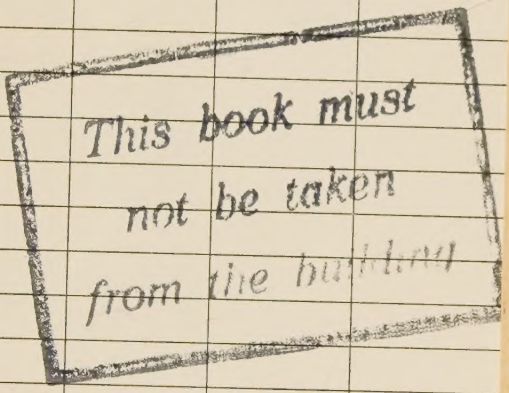
v.20 pt. 2 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278450Z
23
The Woman's College of
University of North Carolina
The LIBRARY
G940.28
G376
v.20
pt.2

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diediplomatische0020vari

D
394
G4
v.20
pt.2

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswartiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

20. Band:

Entente cordiale und erste Marokkokrise 1904—1905

Zweite Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

HARVARD UNIVERSITY LIBRARY
COOLIDGE FUND
L. C. MISSION - 1946

2. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17-18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Die erste Auflage wurde gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle, die zweite im Nachdruckverfahren der Buchdruckerei Otto Elsner K.-G. in Berlin hergestellt.

G940.28
G37g
v.20
pt. 2

Inhaltsübersicht des zwanzigsten Bandes (2. Hälfte)

KAPITEL CXLVII

Die Marokkokrise. Delcassés Sturz 291

KAPITEL CXLVIII

Die Deutsch-Französische Verständigung über den Konferenzgedanken. Die Erklärungen vom 8. Juli 1905 411

KAPITEL CXLIX

Die Verständigung über das Konferenzprogramm. Das Übereinkommen vom 28. September 1905 519

KAPITEL CL

Die Marokkofrage und die Deutsch-Englischen Beziehungen. Ein Englisches Allianz-Angebot an Frankreich? 599

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIX—XXV erscheint am Schlusse des XXV. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192511

Kapitel CXLVII

Die Marokkokrise. Delcassés Sturz

Nr. 6591

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann

Telegramm. Konzept

Nr. 37 Berlin, den 27. März 1905

Bericht Nr. 72* eingegangen.

Haben Ew. mit Mr. Harris den kürzlich von Ihnen berichteten** Gedanken der marokkanischen Regierung besprochen, wegen der französischen Forderungen die Ansicht der in Marokko vertretenen Mächte einzuholen? Wie glaubt Harris, daß die englische Regierung sich zu dem Gedanken einer von Marokko erbetenen Gesandtenkonferenz in Tanger stellen würde? Würde England, selbst gegenüber einem vorwiegend wirtschaftlichen Programm, die Teilnahme ablehnen mit der Motivierung, daß nach dem französischen Abkommen die englische Regierung nicht mehr in der Lage sei, irgendwelche englischen Interessen in Marokko Frankreich gegenüber geltend zu machen, auch nicht Interessen rein wirtschaftlicher Natur? Wenn England ablehnt, so wird damit der Konferenzgedanke hinfällig. Nimmt England an, so wäre diese Konferenz allerdings die einfachste Art, den Status quo mit einigen Verbesserungen zu erhalten. Deutschland und voraussichtlich Amerika würden sich für den Status quo und die Integrität aussprechen, und dadurch würde es auch der englischen Regierung ermöglicht, die durch den Marokkovertrag preisgegebenen wirtschaftlichen englischen Interessen ohne englische Initiative noch zu retten. Die Entscheidungen anderer Mächte würden danach

* Siehe Kap. CXLVI, Nr. 6562.

** In einem Bericht vom 2. März (A. 62), der von der Stimmung der Notabelnversammlung in Fes handelte, hatte Kühlmann beiläufig bemerkt: „Der hiesige Sultansvertreter ben Said, dessen politische Berichte unter Umgehung ben Slimans direkt an den Sultan geschickt werden, empfahl seinem Herrn, diejenigen französischen Forderungen, welche ihm unannehmbar schienen, den Vertretern der Mächte in Tanger zu unterbreiten. Ein solches Vorgehen würde die Stellung der Franzosen, die ohnehin nicht auf Rosen gebettet sind, noch schwieriger machen."

von geringer Bedeutung bezw. durch die Haltung von Deutschland, Amerika und England beeinflußt sein.

Daß Frankreich auf einen solchen Konferenzgedanken eingehen sollte, ist in hohem Grade unwahrscheinlich, selbst für den Fall, daß der Sultan erklärte, ohne Befragung der Konferenz gar nichts konzedieren zu wollen. In Anbetracht des zu gewärtigenden französischen Widerstandes würde zu erwägen sein, ob es praktischer für den Sultan wäre, sich an die Gesandten der in Tanger vertretenen Mächte mit der direkten Frage zu wenden, ob die betreffenden Regierungen ihm raten, sich unter französischen Schutz zu stellen. Diese Anfrage müßte gleichzeitig der Öffentlichkeit übergeben werden. Würde das englische Volk apathisch bleiben? Würde die englische Regierung durch das französische Abkommen sich verpflichtet halten, dem Sultan zur Verständigung mit Frankreich um jeden Preis zu raten, oder würde sie ihre Reserven machen? Da Harris eben aus England zurückkommt, wäre seine Ansicht beachtenswert. Ew. sind ermächtigt, eventuell das Thema als lediglich eigene Idee leichthin und akademisch mit ihm zu besprechen, davon ausgehend, daß ein derartiger Schritt bei den Mächten schon seit einiger Zeit in Fes erwogen werde, und daß der Sultan doch erst um Hülfe rufen müsse, bevor man ihm helfen könne*.

Bülow

Nr. 6592

Der Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Tanger, den 1. April 1905

Dr. Vassel meldet, in Fes bestehe Neigung, französische Pläne mit dem Hinweis zu beantworten, diese müßten erst Konferenz von Vertretern Europas, etwa in Tanger, vorgelegt werden. Vertraulich wurde sondiert, ob Deutschland einen solchen Plan unterstützen würde.

Falls bejahende Antwort ohne Bedenken, würde auch für den Fall, daß die Konferenz nicht zustande kommt, der Schwerpunkt der französisch-marokkanischen Verhandlungen aus dem Gebiet der Reformen in das der internationalen Stellung Marokkos verlegt.

Kühlmann

---

* Eine Antwort Kühlmanns auf die vielen Fragen des obigen Telegramms liegt nicht vor; doch ist wohl Kühlmanns Telegramm Nr. 49 vom 3. April (siehe Nr. 6595) als summarische Beantwortung der Anfragen vom 27. aufzufassen.

Nr. 6593

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann

Telegramm. Konzept

Nr. 47 Berlin, den 3. April 1905

Antwort auf Telegramm 44*.

1. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers findet den Konferenzplan durchaus praktisch. Tanger würde der geeignete Ort dafür sein, schon deshalb, weil heute alle irgendwie beteiligten Mächte dort vertreten sind, was zur Zeit der letzten, in Madrid abgehaltenen Konferenz 1880 noch nicht der Fall war. Wir werden einen entsprechenden marokkanischen Antrag unterstützen.

2. Präsident Roosevelt hat von neuem erklärt, er werde dafür sorgen, daß dortiger amerikanischer Gesandter instruiert werde, mit Ew. engere Fühlung zu nehmen**.

3. In der bisherigen, zunächst nur diplomatischen Berichterstattung über den Kaiserbesuch in Tanger ist nicht erwähnt, in welchem Sinne der spanische Gesandte sich gegenüber Seiner Majestät geäußert hat. Falls Ew. darüber etwas bekannt ist, bitte Haupttendenz kurz drahten***.

Bülow

Nr. 6594

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 62 Berlin, den 3. April 1905

Die italienische Regierung hat hier kürzlich durch Graf Lanza den Wunsch aussprechen lassen, zugezogen zu werden, sobald wir mit der französischen Regierung in Verhandlungen wegen Marokko einträten.

---

* Siehe Nr. 6592.

** Am gleichen Tage (3. April) erging ein ausführliches Telegramm (Nr. 72) nach Washington, durch das Freiherr von Sternburg angewiesen wurde, den Präsidenten Roosevelt über die eingehend dargelegten „innersten Motive unserer Marokkopolitik" vollständig zu orientieren und ihn für den Gedanken einer Konferenz zu erwärmen. Siehe den Text des Telegramms, das ausführlich auf die Zusammenhänge hinweist, die für die englische wie die französische Politik zwischen der ostasiatischen und der marokkanischen Frage bestanden, in Bd. XIX, Kap. CXXXIX, Nr. 6302.

*** Nach einem Telegramm des Gesandten von Schoen vom 5. April war der Inhalt der Unterredung des Kaisers mit dem Gesandten de Cologan unpolitischer Natur gewesen.

Bitte dort mitzuteilen, daß ein Gedankenaustausch mit Frankreich über marokkanische Angelegenheiten hier nicht beabsichtigt wird, einmal, weil in den 12 Monaten, welche seit dem Abschluß der französisch-englischen Marokkokonvention verflossen sind, die französische Regierung keine derartige Absicht hat erkennen lassen; hauptsächlich aber, weil Marokko ein unabhängiges Reich ist, an welchem seiner Bedeutung und Lage nach außer uns und Frankreich noch viele andere interessiert sind. Dies beweist auch der Umstand, daß sämtliche Mächte in Tanger Vertreter haben. Wegen Wahrung unserer eigenen Interessen in Marokko halten wir es daher zunächst noch für genügend, mit dem Sultan von Marokko zu verhandeln. Falls eine neue diplomatische Phase eintreten und die marokkanische Frage in weiterem Kreise beraten werden sollte, werden wir selbstredend die verbündete italienische Regierung orientieren. Unsere Interessen in Marokko sind diejenigen aller handeltreibenden Völker und sind erheblich genug, um es mit unserer Würde unvereinbar zu machen, daß über die Existenzbedingungen von Marokko ohne unsere Zustimmung, ja selbst nur Beteiligung, verfügt wird. Über Interessen kann man transigieren, über Würde nicht. In der gleichen Lage und Gesinnung wie wir befinden sich vielleicht auch noch andere. Jedenfalls wollen Ew. keinen Zweifel darüber lassen, daß wir bei etwaigen diplomatischen Erörterungen auf das Einverständnis Italiens für unsere gemeinnützige Politik mit Bestimmtheit rechnen. Die Haltung Italiens in dieser Frage, wo Würde und Interesse auf denselben Weg weisen, wird für die Stellungnahme Deutschlands zu den italienischen Fragen der Zukunft von entscheidender Bedeutung sein.

Bülow

Nr. 6595

Der Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Tanger, den 3. April 1905

Der Gedanke einer von der marokkanischen Regierung einzuberufenden Konferenz zur Diskussion der marokkanischen Frage liegt sozusagen in der Luft und ist mir in Konversationen mit Diplomaten mehrfach spontan entgegengetreten. Harris steht persönlich dem Gedanken durchaus sympathisch gegenüber und will demnächst eine Kampagne in diesem Sinne beginnen, hält es jedoch nicht für ganz sicher, ob die „Times" schon jetzt bereit ist mitzugehen. Er versprach mir einen neuen interessenten Brief Chirols* demnächst vorzulegen.

Kühlmann

* Vgl. Kap. CXLVI, Nr. 6562.

Nr. 6596

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 52 Berlin, den 3. April 1905

Falls Herr Delcassé jetzt Neigung zeigt, über Marokko zu reden*, wollen Ew. bemerken, daß Sie ohne Instruktionen sind. Etwaige Eröffnungen des Ministers bitte ich einfach ad referendum zu nehmen, ohne Diskussion. Bei der Gelegenheit können Ew. nach eigenem Ermessen eventuell die Tatsache feststellen, daß eine Erörterung über marokkanische Dinge, insbesondere über Neugestaltung Marokkos, zwischen Ihnen und dem Minister überhaupt noch nie stattgefunden hat. Da dieser Umstand jedoch von keiner wesentlichen Bedeutung und überdies schon wesentlich klargestellt ist, so mag es kaum der Mühe wert sein, daß Sie deswegen eine schärfere Tonart in Ihren persönlichen Verkehr mit Herrn Delcassé bringen.

Bülow

Nr. 6597

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein***

Reinschrift

Berlin, den 3. April 1905

Warum ist mein, vom Herrn Reichskanzler genehmigtes Preßprogramm nicht gestern morgen in der „Norddeutschen" veröffentlicht

---

* Inzwischen hatte Delcassé, der bei der Erörterung des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 in der französischen Kammer (10. November 1904) es als das Ziel der französischen Regierung hingestellt hatte, „in Marokko das Übergewicht Frankreichs herzustellen und so seine Stellung im Mittelmeer zu stärken", am 31. März 1905 im Senat Erklärungen zur Marokkofrage abgegeben, die die Besorgnisse der Mächte, die mit Marokko Handel trieben, zerstreuen sollten. Siehe den Wortlaut der Delcasséschen Erklärungen in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1905, S. 211 ff.

** Die beiden folgenden Schriftstücke kennzeichnen das Zerwürfnis zwischen Holstein und dem Leiter des Pressewesens im Auswärtigen Amt Hammann bezüglich der Behandlung der Marokkofrage in der Presse, über das Hammann in seinen verschiedenen Schriften (Zur Vorgeschichte des Weltkrieges S. 210 f., Der neue Kurs S. 104 ff., Bilder aus der letzten Kaiserzeit S. 35 f.) eingehend berichtet. Da das von Holstein im obigen Schriftstück erwähnte „Preßprogramm" nicht bei den Akten liegt, so läßt sich nicht feststellen, ob es wirklich, wie Hammann behauptet, eine kriegerische Sprache gegen Frankreich führte und so eine „Kriegsfanfare" war. Angesichts Holsteins ausdrücklicher Angabe,

worden? Dasselbe war durchaus nicht scharf, aber übersichtlich und hätte das Publikum und die Presse endlich von ihren Holzwegen zurück und auf den richtigen Weg gebracht. Der gestrige Artikel der „Norddeutschen" steht in direktem Gegensatz zu diesem Programm. Denn während letzteres für die Erledigung der Marokkofrage auf eine Konferenz hinwies, läßt die „Norddeutsche" an der rot angestrichenen Stelle* durchblicken, der ganze Ärger sei daraus entstanden, daß Herr Delcassé unterlassen habe und auch jetzt noch keine Neigung zeige, uns zu den Verhandlungen über Marokko heranzuziehen.

Durch solche Fingerzeige, welche im In- und Auslande für autorisiert gelten müssen, wird das Publikum irregeleitet und Deutschland steht fast lächerlich da, als ob es allein durch Empfindlichkeit in seiner Politik

---

sein — von Bülow genehmigtes — Preßprogramm sei „durchaus nicht scharf" gewesen, ist das kaum anzunehmen. Die weitergehende Behauptung Freiherrn von Eckardsteins, daß Holstein es im Frühjahr 1905 um jeden Preis habe zum Kriege gegen Frankreich treiben wollen (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten III, S. 114 ff.), findet in den Akten keinerlei Bestätigung und widerstreitet aufs schärfste Holsteins eigenen späteren Angaben. Vgl. die in dem Märzheft 1919 der „Süddeutschen Monatshefte" unter dem Titel „Zur Kenntnis der Vorkriegszeit" veröffentlichten Briefe Holsteins aus dem Jahre 1906, in denen er die „Behauptungen über seine Kriegspolitik" schlechthin als „Lügen" bezeichnet. Von wesentlicher Bedeutung für die Frage nach Holsteins innerster Stellung zur Marokkofrage ist sein Brief an die Redaktion der „Kölnischen Zeitung" vom 28. Juni 1905, der von dieser Zeitung am 1. April 1922 veröffentlicht worden ist. Es heißt darin zum Schluß: „Die vorstehende kurze, aber erschöpfende Darstellung der Lage bitte ich insoweit als Redaktionsgeheimnis zu behandeln, daß — wenigstens unbedingt bis zur eventuellen Ablehnung der Konferenzeinladung durch Frankreich — die französische Empfindlichkeit tunlichst geschont und der chauvinistischen Presse, die allerdings mehr in England als in Frankreich zu suchen ist, die Möglichkeit entzogen wird, von der Schroffheit der großen deutschen Blätter zu reden. Bei ganz ruhiger und höflicher, wenn auch fester Behandlung werden die Franzosen doch wohl noch am Ende zu der Ansicht gelangen, daß mit der Versumpfung und der sie begleitenden teilweisen wirtschaftlichen Lähmung niemandem gedient ist als dem englischen Nachbarn." Also wünschte Holstein, auch wenn er sich auf den Konferenzgedanken versteifte — hierbei offenbar stark beeinflußt von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes —, doch nicht, aus dem Rahmen einer „ganz ruhigen und höflichen, wenn auch festen" Behandlung der Marokkoangelegenheit herauszugehen.

* An der bezeichneten Stelle war gesagt: „Auf die jederzeit zu widerlegenden Behauptungen französischer Blätter über einen angeblichen deutsch-französischen Mitteilungsaustausch oder gar über deutsch-französische Verhandlungen wegen Marokko — Behauptungen, die in den Preßerörterungen der letzten Woche eine Rolle gespielt haben — ist der französische Minister des Äußeren nicht zurückgekommen. Auch hat er mit keinem Worte angedeutet, daß er in absehbarer Zeit eine Anregung zu solchen Verhandlungen erwarte oder geben werde. Die gegenwärtige diplomatische Lage ist mithin die, daß beide Mächte, Deutschland und Frankreich, in Fes über ihre marokkanischen Interessen mit der Regierung eines völkerrechtlich unabhängigen Staates verhandeln."

geleitet würde. (Die Süddeutschen sprechen bei solchen Gelegenheiten von der „gekränkten Leberwurst".) Das „Tageblatt" resümiert die Tendenz des „Norddeutschen" Artikels nicht unrichtig, wenn es danach von einer „Politik des Schmollwinkels" und von „verschlucktem Ärger" spricht.

Bei den österreichisch-russischen Verhandlungen des Jahres 1897 erklärten die Österreicher, sie erachteten sich nicht für befugt, mit Rußland Abmachungen über die Meerengen zu treffen ohne Zuziehung der übrigen Vertragsmächte. Dasselbe, was das Wiener Kabinett damals hinsichtlich der Meerengen sagte, können wir — müssen wir sogar von Rechts wegen — hinsichtlich Marokkos sagen, falls es Frankreich jetzt nachträglich noch einfallen sollte, mit uns in Separatverhandlungen über Marokko einzutreten. Denn auch über Marokko wie über die Meerengen hat die Gesamtheit der Mächte in Konferenzen zu Rate gesessen, zuletzt im Jahre 1880; sogar Amerika beteiligte sich dabei. Wir müßten daher, wenn wir den Verdacht vermeiden wollen, gleich Frankreich eine gewinnsüchtige Sonderpolitik zu treiben, die Franzosen an die Gesamtheit der Vertragsmächte verweisen nach dem österreichischen Vorgange von 1897. Aber auch wenn Frankreich uns nicht fragt, ist es zur Berichtigung irrtümlicher Preßanschauungen nötig, ja ganz unvermeidlich, daß wir unverzüglich, womöglich heute, in der Presse an unzweideutig offiziöser Stelle als leitenden Grundsatz der deutschen Marokkopolitik hervorheben: „Marokkanische Dinge sind wiederholt durch Konferenzen erledigt worden, bei welchen sämtliche Mächte, einschließlich Amerikas, mitwirkten. Die deutsche Regierung würde daher bei einer Sonderabmachung über marokkanische Angelegenheiten, wo nicht die marokkanische Regierung und sämtliche Vertragsmächte zu Worte kämen, sich nicht beteiligen."

Erst wenn dieser Gedanke, als leitender Gesichtspunkt der deutschen Politik, Gemeingut der Presse geworden ist, wird unsere Stellung klar und zugleich unangreifbar sein. Durch die bisherige Kurztreterei der Öffentlichkeit gegenüber kommen wir — oder kamen wir vielleicht schon — in den Verdacht der Furchtsamkeit und können zu dessen Beseitigung leicht genötigt werden, nachher doppelt fest aufzutreten.

Neben dieser Haupt- und Vertragsfrage, aber nur nebenbei, kann erwähnt werden, daß Deutschland zu denjenigen Großmächten gehört, welche in ihrer Würde verletzt sein würden, wenn über ihr vertragsmäßig anerkanntes, berechtigtes Interesse an Marokko ohne ihre Zustimmung oder selbst nur Beteiligung verfügt werden sollte.

Holstein

Nr. 6598

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Hammann

Eigenhändig

Berlin, den 3. April 1905

Meines gehorsamsten Erachtens ist das „Berliner Tageblatt" ein ungeeigneter Zeuge gegen die „Norddeutsche". Wenn wir die Kundgebungen der „Norddeutschen" auf den Eindruck einrichten wollen, den Dr. Levysohn gewinnt, würden wir häufig den größten Teil der übrigen Presse gegen uns haben. Das „Berliner Tageblatt" hatte auf Grund seiner Pariser Berichte schon vor dem Erscheinen der Bemerkungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die Differenz nur in „formalen Unstimmigkeiten" sehen wollen und dann aus der „Norddeutschen" herausgelesen, was ihm paßte. Die übrige Presse hat die Äußerungen der „Norddeutschen" richtig verstanden. Selbst Levysohn hat sich dem richtigen Eindruck nicht ganz entziehen können, denn er charakterisiert die Erklärungen der „Norddeutschen" als „kühl bis ans Herz hinan". Darauf kam es nach den Direktiven des Herrn Reichskanzlers gerade an.

Der leitende Grundsatz der Preßbearbeitung war bis jetzt: Wir gehen nicht über Paris, sondern direkt nach Fes. Das war klar und wirkte gut. Jetzt soll als leitender Gesichtspunkt aufgestellt werden: Wir gehen weder nach Paris noch nach Fes, sondern auf eine Konferenz. Die vorgeschlagene programmatische Ablehnung jeder Sonderabmachung über marokkanische Angelegenheiten ist schwer mit der Ankündigung Seiner Majestät und des Herrn Reichskanzlers vereinbar, daß wir mit dem Sultan direkt verhandeln. Wird dieser neue Gedanke in hochoffiziöser Gestalt ohne die sorgfältigste Vorbereitung in der übrigen Presse in die Öffentlichkeit geworfen, so ist eine Verwirrung der öffentlichen Meinung wahrscheinlicher als eine Klärung. Nach einem Telegramm des Geschäftsträgers in Tanger will der Sultan eine Konferenz in Tanger verlangen. Für den Fall, daß der Sultan als proprio motu handelnd erscheinen soll, kann die „Norddeutsche" nicht wohl halbamtlich den Konferenzgedanken vorwegnehmen — ein Bedenken, das natürlich wegfällt, wenn jener Fall, wie ich annehme, nicht vorliegt. Die natürlichste Vorbereitung wäre dann aber, daß verschiedene ferner stehende Blätter an die Madrider Konferenz erinnern. Das wird die „Kölnische Zeitung" in diesem Augenblick wahrscheinlich schon getan haben, und zwar zum Beweise dafür, daß Marokko kein Mittelmeerland, sondern ein Pfeiler des Weltverkehrs ist (vergleiche „National-Zeitung" von heute abend an der Spitze).

Was die Kurztreterei gegenüber der Öffentlichkeit betrifft, so haben wir mit einer im Publikum viel stärker als in der Presse verbreiteten Abneigung vor einem ernsten Konflikt mit Frankreich und England wegen Marokkos zu kämpfen. Demgegenüber sollte alles vermieden werden, was nicht dem Vertrauen in die Stetigkeit und Kaltblütigkeit der deutschen Politik diente[1]. Die Reserve, die sich der Herr Reichskanzler im Reichstage auferlegte, ist auch nirgends als Kurztreterei, sondern mit der Erwartung aufgenommen worden, daß seine Diplomatie das deutsche Ansehen in der marokkanischen Frage wahren werde[1]. Legen wir unsere Politik in der halbamtlichen Presse auf eine Konferenz fest, so müssen wir diese auch diplomatisch durchsetzen. Sonst kommt auf das persönliche Konto des Herrn Reichskanzlers ein Mißerfolg[2].

Hammann

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Richtig
[2] sehr richtig

Nr. 6599

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Mittelmeerreise**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Berlin, den 4. April 1905
Geheim

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät darf ich über die Weiterentwicklung der augenblicklichen politischen Lage seit meinem letzten darauf bezüglichen alleruntertänigsten Telegramm vom 27. v. Mts.** nachstehendes in tiefster Ehrfurcht melden:

Die marokkanische Frage ist durch Euerer Majestät Besuch in Tanger in den Vordergrund des Interesses gerückt. Euerer Majestät imponierendes Auftreten, die hochbedeutsamen Ansprachen, namentlich diejenigen an den französischen Geschäftsträger und an die deutsche Kolonie, haben als Kundgebung für die Unabhängigkeit Marokkos einen nachhaltigen Eindruck auf die Stimmung in und außerhalb Europas gemacht. Hierbei möchte ich gleich erwähnen, daß der amerikanische Gesandte, welcher soeben direkt vom Präsidenten Roosevelt angewiesen worden war, in enger Fühlung mit Euerer Majestät Vertreter

* Das Telegramm ging unter Deckadresse des Generalkonsuls in Neapel von Rekowski.
** Siehe Kap. CXLVI, Nr. 6574.

zu bleiben, bei Mitteilung der auf die open door bezüglichen Aussprüche Euerer Majestät ausrief: „That is just exactly what we also want". Ein Teil der englischen Presse gefällt sich vorläufig noch darin, den wilden Mann zu machen. Indessen „mag sich der Most auch noch so wild gebärden, es gibt zuletzt doch noch 'nen Wein". Auch dieser Teil der Engländer wird vernünftig werden, wenn er gewahr wird, daß Deutschland wirklich keine Sondervorteile sucht, und daß trotz aller Deutschfeindlichkeit und aller französischen Machenschaften der englische Instinkt für die open door sich nicht ganz unterdrücken läßt (vide zum Beispiel die hierauf bezüglichen Artikel der „Morning Post" und „Manchester Guardian"). Am meisten wird es wirken, wenn die Engländer sehen, daß auch die amerikanische Diplomatie auf Seiten der open door Deutschlands steht. Die Scheu vor Roosevelt ist sichtlich in England im Zunehmen; ob auch die Liebe zu ihm, weiß ich nicht. Herr Delcassé, arg bedrängt, ist im französischen Senate um die scharfen Ecken der Marokkofrage herumgegangen*. In der Deputiertenkammer hat er die für gestern bestellte marokkanische Interpellation abgewinkt. In seiner Presse versucht er es mit Drohung, indem er auf die französisch-englisch-spanisch-italienische Gruppe hinweist — ein Nebelbild. Um die Nebel zu zerstreuen, wird es genügen, in der deutschen Presse noch deutlicher als bisher die rechtliche Unanfechtbarkeit unserer Politik dazulegen. Ich lasse zur Stärkung der Opposition gegen Delcassé folgende Punkte besonders hervorheben:

1. Ablehnung territorialer Ansprüche.

2. Verlangen wirtschaftlicher Gleichberechtigung aller Staaten, worunter nicht nur Handelsfreiheit, auch nicht bloß formelle Meistbegünstigung, sondern open door im weitesten Sinne verstanden wird.

3. Die Trumpfkarte in unserer Hand ist aber der Hinweis, daß sämtliche europäische Mächte mitsamt den Vereinigten Staaten von Amerika wiederholt in Konferenzen über marokkanische Angelegenheiten beraten und Verträge abgeschlossen haben. Die letzten Konferenzen dieser Art fanden in den achtziger Jahren in Madrid statt. Damit ist unumstößlich bewiesen, daß Marokko, wie das auch ein Blick auf den Globus genugsam erklärt, ein Gegenstand von Interesse für alle Mächte ist. Angenommen daher, daß morgen die französische Regierung sich großmütig erböte, uns in einem Sonderabkommen über Marokko wirtschaftliche Konzessionen zu gewähren, würden wir von Rechts wegen nur dasselbe antworten können, was im Jahre 1897 bei den Verhandlungen über den russisch-österreichischen Balkanvertrag das Wiener Kabinett dem St. Petersburger Kabinett hinsichtlich des Hellespont erwiderte: „Zu einer Sonderabmachung über die Meerengen ohne Zuziehung sämtlicher Vertragsmächte halten wir uns nicht berechtigt." Aus Tanger telegraphiert bereits Euerer Majestät

---

* Vgl. Nr. 6596, Fußnote.

Geschäftsträger, daß der Sultan mit dem Plan umgehe, sich wegen Begutachtung der französischen Forderungen demnächst an die Vertragsmächte zu wenden*. Falls eine Konferenz zustande kommt, sind wir der diplomatischen Unterstützung Amerikas zugunsten der open door schon jetzt sicher**. England wird sich dort wie überall scheuen, mit Nachdruck gegen Amerika anzugehen. Österreich wird sich wegen Marokko nicht mit uns brouillieren wollen, und das gleiche glaube ich von Italien, besonders von einem dreibundfreundlichen Kabinett Fortis. Ich halte daher für ausgeschlossen, daß eine Konferenz das Ergebnis haben könnte, die Einschiebung Marokkos in die ausschließliche Macht- und Interessensphäre Frankreichs anzubahnen.

Falls der Konferenzgedanke des Sultans daran scheitert, daß Frankreich ablehnt teilzunehmen, setzt dieses sich dadurch den anderen Vertragsmächten gegenüber ins Unrecht. Recht und Unrecht sind aber im Völkerverkehr da von Bedeutung, wo der Rechtsverletzer nicht so mächtig ist, daß er sich über alles hinwegsetzen kann. In dieser Lage ist aber Frankreich heute nicht; denn es wird bei der weiteren Verfolgung seiner Pläne voraussichtlich isoliert bleiben. Rußland ist mit sich selbst beschäftigt, und für England ist es angesichts des Eintretens des Präsidenten Roosevelt sowie auch eines erheblichen Teils der englischen öffentlichen Meinung für die Politik der open door sehr schwierig, Frankreich größere Gefälligkeiten zu leisten. Unter diesen Umständen können Euere Majestät in Ihrer mächtigen und auch rechtlich unangreifbaren Stellung die Erledigung der marokkanischen Frage mit Ruhe abwarten. pp.

Bülow

Nr. 6600

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 Paris, den 3. April 1905
Vertraulich

Italienischer Botschafter*** sagte mir vertraulich, daß Herr Delcassé sich ihm gegenüber sehr ernst über Lage geäußert und erneut be-

---

* Vgl. Nr. 6592.
** In diesem Sinne suchte das ausführliche Telegramm Bülows an Freiherrn von Sternburg vom 3. April (Nr. 72), das eindringlich auf die Zusammenhänge zwischen der ostasiatischen und der marokkanischen Politik hinwies, auf Präsident Roosevelt zu wirken. Siehe den Text in Bd. XIX, Kap. CXXXIX, Nr. 6302.
*** Graf Tornielli.

hauptet habe, er habe rechtzeitig Deutschland von Abmachungen über Marokko in Kenntnis gesetzt.

Italienischer Botschafter, der deutsche Haltung nicht billigt, glaubt, daß Stellung Delcassés sehr stark gefährdet sei. Nach ihm werde Herr Etienne Minister der Auswärtigen Angelegenheiten werden, der für Deutschland besonders in kolonialer Beziehung ungünstiger sein werde.

Auch spanischer Botschafter* scheint mir deutscher Haltung nicht sympathisch gegenüberzustehen. Verhalte mich daher in allen Gesprächen möglichst zurückhaltend.

Flotow

Nr. 6601

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Konzept

Berlin, den 4. April 1905

Eben las ich die Telegramme 86** und 88*** des etwas eindrucksfähigen Herrn von Flotow. Der Spanier, persönlicher Freund von Delcassé, und der Italiener, Gegner Deutschlands, haben ihn graulich gemacht und ihm mit Delcassé gedroht. Daß man uns überhaupt von Frankreich her mit irgendetwas droht, ist bezeichnend für den dortigen Glauben an unsre Friedfertigkeit[1].

Unsere Stellung ist klar definiert durch die Erklärung des Kaisers gegenüber dem Grafen Chérisey: „Seine Majestät verhandle mit dem Sultan als unabhängigem Herrscher, werde seinen Ansprüchen Geltung zu verschaffen wissen[2] und erwarte, daß diese auch von Frankreich gebührend respektiert würden." Durch diese aus eigener Initiative von Seiner Majestät getane Äußerung ist die deutsche Politik festgelegt[3]. Ein Zurückweichen würde auf gleichem Niveau mit Olmütz stehen und Faschoda vergessen machen.

Ich denke noch so wie heute früh.

Unser Standpunkt, daß die Vertragsmächte ein Recht haben, gehört zu werden, ist unangreifbar[4]. Der vom „Temps" ins Gefecht geführte accord anglo-hispano-italo-français ist ein Nebelbild. Die englische Regierung — zwischen Roosevelt und denjenigen englischen

---

* Leon y Castillo, Marquis del Muni.

** Siehe Nr. 6600.

*** Telegramm Nr. 88 Flotows vom 3. April gab den Inhalt eines Leitartikels des „Temps" von diesem Tage wieder, der die Rede des Kaisers in Tanger übelwollend fand und sich zu der Drohung verstieg, daß Deutschland auf den Akkord Frankreichs, Englands, Spaniens und Italiens stoßen werde, falls es über seine Handelsinteressen hinaus Vorteile in Marokko erstrebe.

Gruppen, welche so denken wie „Morning Post", „Manchester Guardian" und Lord Rosebery — wird sich nicht rühren. Spanien bedeutet nichts, hat überdies eine sehr starke Partei, die für den Status quo ist. Italien werden wir doch wohl in Ordnung halten, eventuell durch eine leise Andeutung, daß, während wir mit Frankreich abrechnen, Österreich vielleicht mit der Irredenta abrechnen werde.

Ich halte deshalb für höchst unwahrscheinlich, daß eine Konferenz, gegen das Votum von Deutschland und Amerika, den Franzosen Marokko als Beute überläßt.

Wenn Frankreich aber die Konferenz ablehnt, setzt es sich allen Vertragsmächten gegenüber ins Unrecht und gibt dadurch England, Spanien und Italien einen vielleicht willkommenen Vorwand, sich herauszuziehen.

Also gute Aussichten. Jedenfalls aber — durch müssen wir nach dem, was Seine Majestät gesagt hat[5].

Holstein

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Richtig
[2] keine Rodomontaden
[3] nein! Wir dürfen Seine Majestät nicht so sehr in den Vordergrund schieben.
[4] richtig
[5] nicht deshalb, sondern im Hinblick auf die Gesamtsituation, und weil das Interesse des Landes es verlangt.

Nr. 6602

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 53 Berlin, den 5. April 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 89*.

Falls Euer pp. wegen etwaiger mit Frankreich einzuleitender Verhandlungen über Marokko gefragt oder sondiert werden sollten, wollen Sie antworten, daß innere Zustände Marokkos wiederholt Gegenstand von Konferenzen gewesen sind, an welchen eine Gruppe von Mächten und Staaten teilnahmen. Deutschland würde sich daher nicht für befugt halten, über marokkanische Angelegenheit anders als mit Marokko und den Vertragsmächten zu verhandeln.

Bülow

---

* Nach Telegramm Nr. 89 vom 4. April hätte der Preßreferent im Ministerium des Äußern Billy den Pariser Korrespondenten des „Berliner Tageblatts" Theodor Wolff gefragt, ob er glaube, daß eine etwaige Demarche der französischen Regierung in Berlin keine Zurückweisung erfahren werde.

Nr. 6603

Der Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Tanger, den 5. April 1905

Graf Tattenbach bittet mich, folgendes zu telegraphieren:

Der von früher her befreundete Herr von Bacheracht sprach sich in folgender Weise aus:

Er halte deutsches Vorgehen in Marokko für logisch und berechtigt, Frankreich habe sich törichterweise durch England in eine Aktion hineintreiben lassen, die trotz aller heuchlerischen Bezeichnungen auf Protektorat hinauslaufe. Es geschehe ihm recht, wenn es in Verlegenheit gerate. Daß es daran denke, wegen Marokko mit Deutschland Krieg anzufangen, sei ganz ausgeschlossen. Es werde sich in der Weise zu helfen suchen, daß es das deutsche Vorgehen ignoriere und in Fes weiter verhandeln wird, wobei es den durch uns gestärkten marokkanischen Widerstand durch kriegerische Drohungen zu brechen versuchen wird. Werde sich aber billig abfinden lassen, billiger als früher, wenn nur soviel herausschlage, um in Presse renommieren zu können. Gefährlichste Forderung Frankreichs sei Errichtung französischer Staatsbank, die Immobilien beleihen und landwirtschaftlichen Kredit geben soll.

Es bestehe für Rußland keinerlei spezielle Verpflichtung, Frankreich in seinem marokkanischen Unternehmen diplomatisch zu unterstützen. Rußland habe vielmehr das Interesse, Frankreich von unüberlegten und unnötigen Engagements abzuhalten, die Armee und Finanz lahmlegen könnten.

Kühlmann

Nr. 6604

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Tanger von Kühlmann

Telegramm. Konzept

Nr. 50 Berlin, den 6. April 1905

Die Stellung Deutschlands in der marokkanischen Frage ist folgende:

Der Umstand, daß Frankreich mit uns die Konvention vom 8. April v. Js. nicht erörtert hat, konnte unsere Würde unberücksichtigt lassen,

nicht aber unsern Rechtsstandpunkt ändern, welcher für uns und für alle Vertragsmächte der gleiche ist oder sein sollte, daß nämlich der Status von Marokko nicht durch Sonderabkommen einzelner Mächte, sondern nur unter Zuziehung aller Vertragsstaaten geändert werden kann. Wir sind anfangs behutsam vorgegangen, um uns keiner Isolierung auszusetzen. Heute aber stehen wir in vertrauensvollen Beziehungen zu Amerika und wissen, daß dieses für die „Offene Tür" diplomatisch eintreten wird. Durch diese Stellungnahme Amerikas wird England zur Zurückhaltung genötigt. Der italienische Ministerpräsident Fortis hat sich dem deutschen Botschafter gegenüber in einer Weise geäußert, welche sich in den Satz zusammenfassen läßt, daß Italien an einem Tunis genug habe. Daß Österreich mehr zu Frankreich als zu uns neigen sollte, ist nicht anzunehmen, und die kleineren Staaten werden naturgemäß für die Offene Tür sein, sobald sie sich dort in guter Gesellschaft sehen. Rußland war bei der letzten Konferenz nicht beteiligt. Falls es jetzt, wo es seit kurzem in Tanger vertreten ist, Beteiligung wünschen sollte, werden wir keine Einwendung erheben. Ich glaube auch nicht, daß Rußland sich für die Durchführung eines englisch-französischen Abkommens sehr erwärmen wird. Es ist also ausgeschlossen, daß eine Konferenz das Ergebnis haben sollte, mit Stimmenmehrheit Marokko an Frankreich auszuliefern. Wenn andererseits Frankreich die Konferenz zurückweist, setzt es sich ins Unrecht. Im Völkerverkehr ist aber Recht und Unrecht überall da von Bedeutung, wo der Rechtsverletzer nicht so stark ist, daß er sich über alles hinwegsetzen kann. In der Lage wird aber Frankreich dieses Mal schwerlich sein.

Dem Sultan haben wir also jetzt zu sagen, daß niemand ihm helfen wird, wenn er nicht den Willen zeigt, sich selber zu helfen. Er soll sich deshalb an sämtliche Vertragsmächte wenden mit dem Antrage, die französischen Reform- pp. Vorschläge auf einer Konferenz zu begutachten. Die Konferenz muß in Tanger stattfinden, nicht wieder in Madrid. Einmal, weil jetzt die diplomatische Vertretung in Tanger vollständiger ist als vor zwanzig Jahren, sodann, weil Spanien infolge des französischen Abkommens eine Sonderstellung einnimmt.

Dr. Vassel wird also zu instruieren sein, in dem Sinne energisch mit dem Sultan zu reden; und zwar soll der Sultan sich beeilen, bevor Spanien zu einer Konferenz nach Madrid einladet. Auch werden Ew. hoffentlich noch Gelegenheit haben, auf Abd-el Malek* und Kaid Maclean entsprechend einzuwirken, welche den Zeitungen zufolge Sonnabend nach Fes abreisen. Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn auch Graf Tattenbach, der sich zu meiner Genugtuung noch in Tanger befindet, seinen Einfluß in angegebener Weise auf alle maß-

* Oheim des Sultans von Marokko, der zur Begrüßung Kaiser Wilhelm II. nach Tanger entsandt gewesen war.

gebenden Kreise ausüben wollte. Seine Erfahrung und seine Kenntnis der marokkanischen Verhältnisse werden eine willkommene Unterstützung Ihrer Bemühungen sein und unseren Argumenten noch mehr Gewicht verleihen. Ich bitte Sie, den Grafen Tattenbach unter Mitteilung dieses Erlasses hiervon sofort zu verständigen.

Bülow

Nr. 6605

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Mittelmeerreise

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Berlin, den 6. April 1905

Graf von Tattenbach ist noch in Tanger. Nach Abmeldung bei Euerer Majestät war er dorthin zurückgekehrt, um behufs Vermeidung der unbequemen Reise durch Spanien einen Lissabon anlaufenden Dampfer abzuwarten. Obwohl der Geschäftsträger von Kühlmann seine Sache vorzüglich macht, glaube ich doch, daß es unsere diplomatische Position in Marokko stärken und auch Eindruck auf Frankreich nicht verfehlen würde, wenn Euere Majestät mich zu der Anweisung an den Grafen von Tattenbach autorisierten, bis auf weiteres in Tanger zu bleiben und die einstweilige Führung der Geschäfte zu übernehmen. Durch langjährigen Aufenthalt in Tanger hat Graf von Tattenbach besonders eingehende Kenntnisse von marokkanischen Dingen erworben. Euere Majestät hatten schon vor Jahren mir gegenüber in Erwägung gezogen, den Grafen von Tattenbach nach Tanger zu senden, falls dort Not am Mann. Rosen, der sich durch seine Vertrautheit mit allen arabischen Idiomen und orientalischen Verhältnissen besser wie irgendein anderer zum definitiven Vertreter bei der scherifischen Regierung eignet, kann nicht vor etwa zwei Monaten zur Leitung der Gesandtschaft in Tanger eintreffen.

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Ja! W.

Nr. 6606

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 7. April 1905

Am vorigen Sonnabend schlug ich vor, als Schlußsatz eines kurzen Marokko-Programmartikels auf eine Konferenz der Vertragsmächte als

gegebenes Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Verwickelung hinzuweisen. Die Preßleitung hatte für diesen Gedanken kein Verständnis und ließ ihn unbeachtet, stellte sogar in der „Norddeutschen" von Sonntag früh das Empfindlichkeitsmoment wegen Nicht-Mitteilung des französisch-englischen Marokkoabkommens in den Vordergrund der Diskussion*.

Diplomatisch war inzwischen der Konferenzgedanke von uns nach verschiedenen Seiten hin mitgeteilt. Infolgedessen tauchte er vorgestern in der Madrider Presse als spanisches Projekt auf[1]. Gestern erörterten ihn Pariser Blätter mit dem Hinzufügen, Frankreich werde vermutlich seine Beteiligung an der Konferenz von der Ansicht Englands abhängig machen.

Hierdurch verliert Deutschland in der Konferenzfrage nicht nur die leitende Stelle[2], welche uns wegen Priorität des Gedankens gebührte, sondern die Sache wird jetzt womöglich nach außen hin noch so gedreht, als richte sich das Konferenzprojekt g e g e n die deutsche Politik der Empfindlichkeit und des Schmollwinkels[3]. Wenn die Konferenz überhaupt zustande kommt, können wir uns auf diese Motivierung gefaßt machen.

Das kommt von der mangelhaften Leitung unserer Presse.

Holstein

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Das schadet gar nichts
[2] der Pavillon ist gleichgültig, wenn nur die Ware durchgeht
[3] ?

Nr. 6607

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Hammann

Eigenhändig

Berlin, den 7. April 1905

Der Bestimmung des Herrn Stellvertretenden Staatssekretärs, mich zu der Aufzeichnung Seiner Exzellenz von Holstein vom 7. d. Mts.** zu äußern, komme ich wie folgt nach:

Die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 2. und am 5. April veröffentlichten Artikel sind nach den Direktiven des Herrn Reichskanzlers entworfen und von ihm vor dem Druck genehmigt worden. Viele deutsche Blätter haben seit dem 3. April den Konferenzgedanken in dem vorgeschriebenen Sinne si omnes erörtert, auch

---

* Vgl. dazu Nr. 6597, Fußnote **.
** Siehe Nr. 6606.

hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 5. April einen solchen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ auf Anordnung des Herrn Reichskanzlers an hervorragender Stelle abgedruckt.

Hammann

Nr. 6608

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Hammann

Eigenhändig

Berlin, den 7. April 1905

Auftragsgemäß habe ich gestern den Vertreter des „Matin“ in London Hedeman empfangen. Er sagte, sein Blatt habe ihn im Einverständnis mit Delcassé hierher geschickt. Er wünsche ein freundliches mot vom Reichskanzler[1]. Ich erwiderte, was der Herr Reichskanzler zu sagen hatte, habe er im Reichstage gesagt*; ich könne keine Hoffnung machen, daß der Herr Reichskanzler seine Bitte erfülle. Als ich im Laufe der Unterhaltung hinwarf, daß ich die persönlichen Angriffe auf Delcassé in deutschen Blättern, allerdings nur einzelnen, bedaure[2], griff Hedeman das lebhaft auf; ein solches Wort vom Reichskanzler[3] würde ihm schon vollständig genügen und eine Verständigung außerordentlich erleichtern[4]. Jetzt sei noch Zeit dazu; in wenigen Tagen werde sich zeigen, daß die Partie für Deutschland schlecht stehe[5]. Frankreich habe alle Atouts in der Hand[6]. England werde an der marokkanischen Küste mit seiner Flotte zugunsten Frankreichs operieren und deutsche Schiffe zu landen verhindern[7]. Ich erwiderte kurz, die Entscheidung stehe dann zwischen uns und Frankreich[8], und da könne England nicht viel helfen[9]. Das sei richtig, meinte Hedeman, das wisse man auch in Frankreich sehr gut[10]; es bestehe eine starke Partei, die Delcassé zu einer Verständigung mit Deutschland dränge, die entente cordiale mit England hätte schließlich doch die tief im Volke sitzende Anglophobie unberührt gelassen.

Hedeman kam dann nochmals auf das für Delcassé freundliche mot[11] zurück, worauf ich bemerkte: Die Periode der Freundlichkeiten habe doch, wie die Übergehung der deutschen Interessen in Marokko beweise, zu nichts geführt[12]; der Ausdruck persönlichen Wohlwollens[13] werde in Deutschland jetzt mißverstanden werden; überhaupt käme es uns auf die Sache und nicht auf die Person an, weswegen wir uns auch vor dem Schein hüteten, auf innere französische Angelegenheiten einzuwirken[14].

---

* Am 29. März; vgl. Kap. CXLVI, Nr. 6590, S. 288, Fußnote *.

Mehrfach nahm Hedeman auf den Botschafter Lascelles Bezug, unter anderem mit der Bemerkung, daß Exzellenz von Mühlberg aus der Haltung Lascelles am Mittwoch entnommen haben werde, daß er entschiedener Gegner der Konferenzidee sei. Auch von anderer Seite habe ich gehört, daß sich Lascelles sehr abfällig über unsere Marokkopolitik ausspreche.

Ein definitiver Bescheid des Herrn Reichskanzlers blieb vorbehalten. Persönlicher Empfang scheint mir ausgeschlossen[15].

Hammann

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Nein, das kann ich (wenn überhaupt) nicht durch einen französischen Korrespondenten nach Paris schicken

[2] das war zu weich, namentlich gegenüber der pöbelhaften Sprache der von Delcassé inspirierten Presse

[3] Nein

[4] ?

[5] Bluff

[6] ?

[7] Unsere Schiffe wollen gar nicht landen

[8] lediglich

[9] richtig

[10] aha

[11] nein

[12] richtig

[13] für Delcassé? ! !

[14] richtig

[15] ja

Nr. 6609

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Hammann

Eigenhändig

Berlin, den 7. April 1905

Hedeman sprach heute wieder vor, um Bescheid zu holen. Ich vertröstete ihn auf morgen, da die Entscheidung des Herrn Reichskanzlers noch ausstehe.

Hedeman erzählte, daß er von seinem Wunsch, vom Reichskanzler ein freundliches Wort über Delcassé zu erhalten[1], auch zu Lascelles gesprochen habe, der den Gedanken sehr gut finde und überhaupt die Anbahnung einer deutsch-französischen Verständigung für gut halte. Mit einer gewissen Feierlichkeit wiederholte er die Versicherung, daß Delcassé bereit sei, Unterhaltungen zu beginnen[2], wenn er sicher sein könne, keine Ablehnung zu erhalten; der erste Schritt zum Entgegenkommen solle also nicht vom Reichskanzler, sondern von Delcassé gemacht werden.

Hedeman ist ohne Zweifel ein wenig blagueur. Indessen stimmt sein Drängen sachlich mit der am Quai d'Orsay an Th. Wolff gegebenen Anregung* [3] und ferner auch mit folgender Mitteilung überein:

A. Morre hatte in der von Bernard herausgegebenen „Presse Associée" am Tage der Senatsdebatte über Marokko geschrieben, von Deutschland sei keine Initiative zu Verhandlungen mit Frankreich zu erwarten, eine Verständigung wäre vielleicht eher ins Werk zu setzen, wenn erst der Fehler gutgemacht wäre, daß man Deutschland keine amtliche Mitteilung des franko-englischen Vertrags gemacht habe. Nach einem Schreiben Bernards an Morre ließ sich Delcassé das Original des Artikels geben und änderte darauf eine Stelle seiner Antwort für den Senat ab, ne voulant pas fermer la porte et la possibilité d'une conversation possible, désirable.

Hierbei möchte ich bemerken, daß die hart getadelte Politik der Empfindlichkeit nicht nur bei uns in allen nationalen Kreisen mit Genugtuung begrüßt worden ist, sondern auch in Frankreich sehr nützlich gewirkt hat [4]. Das Hauptargument der Jaurès, Lanessan, Clemenceau, Cornély gegen Delcassé ist die aus der kalten und steifen Haltung der deutschen Presse sowie aus der Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage entnommene Wahrnehmung, daß der berechtigte amour -propre Deutschlands durch Delcassés Übermut unnötig und gefährlich verletzt worden ist [5].

Für die Preßbehandlung wird es jetzt vor allem darauf ankommen, zu wissen, wie wir uns zu etwaigen diplomatischen Schritten Delcassés uns gegenüber verhalten werden [6]. Sind sie aussichtslos oder nicht? d. h. lehnen wir a limine unter Berufung auf eine Konferenz ab, oder sind wir bereit, französische Vorschläge entgegenzunehmen? [7] Im ersteren Falle ist die Preßbearbeitung schwieriger als im letzteren, denn ein großer Teil unserer Presse wird schon in einer Initiative, der sich Delcassé ersichtlich und freiwillig nach der deutschen Seite hin unterwürfe, einen Erfolg unserer Politik, eine gewisse Retablierung des durch das franko-englische Abkommen [8] beeinträchtigten deutschen Ansehens erblicken und andererseits glauben, daß durch eine deutliche Ablehnung deutsch-französischer Unterhandlungen die Stellung Delcassés wieder gestärkt werden könnte.

Größer ist natürlich der Erfolg, wenn es gelänge, durch eine Konferenz das franko-englische Marokkoabkommen zu sprengen [9]. Wenn dies aber nicht gelingt oder Krieg in Sicht kommt [10], haben wir einen Pressesturm zu erwarten. Auf jeden Fall scheint mir eine klare Instruktion für die Presse erforderlich, damit keine Zweifel über die Richtung und Festigkeit der deutschen Politik entstehen können.

Hammann

---

* Vgl. Nr. 6602, Fußnote.

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Dazu ist bisher nicht die mindeste Veranlassung
[2] Solche Bereitwilligkeit muß Delcassé anders an den Tag legen als durch einen obskuren Journalisten*
[3] die genügt auch nicht
[4] richtig
[5] ganz richtig
[6] die warten wir ruhig ab
[7] abwarten, weder das eine noch das andere klar und unwiderruflich aussprechen
[8] nicht durch das franko-englische Abkommen, gegen das als solches wir keinerlei Empfindlichkeit zeigen müssen, sondern durch die Delcassésche Politik
[9] das wollen wir gar nicht, oder zeigen jedenfalls keinenfalls eine solche Absicht. Wir wollen nur unsere Rechte in Marokko wahren
[10] Davor nur keine Angst zeigen! Nur keine Feigheit!
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Gegen die englisch-französische Entente und Freundschaft soll nichts gesagt werden, da uns dies nur als Neid oder Furcht ausgelegt wird und Engländer und Franzosen in ihrer Freundschaft bestärkt. Alle Kritiken und alle Angriffe haben sich unter möglichster Schonung auch des französischen Nationalgefühls gegen die Delcassésche systematisch deutschfeindliche, übermütige und ungeschickte Politik zu richten. B. 8/4

Nr. 6610

Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach, z. Z. in Tanger, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Tanger, den 7. April 1905

Während meines mehrtägigen Aufenthalts hier habe ich folgendes beobachten können:

Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers hat auf die eingeborene Bevölkerung einen tiefen Eindruck gemacht[1]. Sie erblickt im Kaiser den Abgesandten des Himmels, der die Mission hat, die Fremdenherrschaft von Marokko abzuwenden.

Von den hiesigen Vertretern bezeichnet der spanische den Besuch des Kaisers als einen geschickten Schachzug von größter Tragweite, der als nächste Folge das Scheitern der französischen Mission in Fes[2] zur Folge haben werde. Er ist ein Gegner der spanisch-französischen Abmachungen. Spanien werde durch Frankreich erdrückt werden[3], weil es ihm an Kapital und kolonialem Unternehmungsgeist mangele. Spaniens Hoffnungen und Aussichten in der Zukunft beruhten auf seiner nach Tausenden zählenden Immigration nach Marokko. Diese könne sich aber neben dem dominierenden französischen Elemente nicht entwickeln.

---

* Zu dieser Bemerkung des Reichskanzlers hat Hammann am 8. April vermerkt: „Das habe ich heute Hedeman zu verstehen gegeben."

Der amerikanische Gesandte betont sehr entschieden die Politik der Offenen Tür[4]. Amerika sehe in Marokko ein interessantes Feld für amerikanische Expansion, insbesondere auf dem Gebiete des Eisenbahnbaus und sonstiger öffentlicher Arbeiten[5].

Für die hiesige amerikanische Vertretung bildet aber der Kaiserbesuch insofern eine unangenehme Überraschung, als durch ihn die Wirkung der von den Vereinigten Staaten beschlossenen Entsendung einer Gesandtschaft nach Fes stark beeinträchtigt worden ist.

Der italienische Gesandte gab seiner Bewunderung für den Kaiserbesuch und dessen politische Wirkungen unverhohlen Ausdruck, ist aber anscheinend nicht ganz frei von dem Hintergedanken, daß die Sache mit einer deutsch-französischen Verständigung auf Kosten der übrigen Nationen oder wenigstens mit einem zu großen Anwachsen deutschen Einflusses in Marokko und damit im Mittelmeer endigen könne[6]. Ich bestritt ihm dies lebhaft und eingehend. Auf seine Bemerkung, Deutschland werde wohl zunächst dem Sultan eine Anleihe bewilligen, um ihn von französischem Druck zu befreien, antwortete ich ihm, daß ich in einem solchen Falle ganz sicher Italien zur stärksten Beteiligung einladen würde[7].

Hingegen habe ich den Eindruck, daß auf eine Lockerung der französisch-englischen Entente nicht zu rechnen ist, weil auch die hier angesehenen Engländer über unser Vorgehen erfreut sind[8]*.

Was die Haltung des marokkanischen Hofes anbelangt, so scheint festzustehen, daß der Sultan die gefährliche Lage klar erkennt, in die er selbst das Land gebracht hat. Indessen dürfen wir nicht vergessen, daß er keinen festen Charakter hat[9], daß ihm kein Ratgeber zur Seite steht, der ihm wirklich imponiert, und daß seine Umgebung französisches Geld eingesteckt hat und wahrscheinlich noch einsteckt. Auch die an den Hof berufenen 64 Notabeln — die nur die Städte, nicht aber die Kabylen vertreten — werden, wie die Erfahrung lehrt, mehr oder weniger den Einflüssen am Hofe zugänglich sein.

Es kommt deshalb darauf an, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist, was meines Erachtens am besten durch möglichst sofortige Entsendung des neuen Vertreters nach Fes geschieht[10]. Er wird des Sultans Widerstand gegen Frankreich ermutigen und ihm klarmachen können, daß er seine Rettung in der Befolgung der deutschen Ratschläge suchen muß, die im großen und ganzen auf die Anrufung der Madrider Signatarmächte hinauslaufe.

Die seitens des Kaiserlichen Geschäftsträgers dem Dr. Vassel gegebenen Instruktionen bewegen sich sachgemäß in dieser Richtung. Ihr Gewicht sollte aber möglichst bald durch das persönliche Erscheinen des neuen Vertreters am Hofe des Sultans verstärkt werden.

* Die auch von Bülow beanstandete Unverständlichkeit des Satzes ist wohl auf eine falsche Entzifferung zurückzuführen; vielleicht ist „wenn" statt „weil" zu lesen.

Daß der neue Vertreter die hiesigen Verhältnisse noch nicht kennt, fällt nicht so sehr ins Gewicht, da er durch Herrn von Kühlmann und die erfahrenen Dolmetscher ausreichend unterstützt sein wird.

Tattenbach

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Sollte in unserer Presse hervorgehoben werden
[2] dafür ist nötig, daß noch mehr als bisher alles den Franzosen Abträgliche nach Tanger gemeldet und von dort nach Fes gegeben wird.
[3] diese Gesichtspunkte müßten durch Radowitz noch mehr in die spanische Presse und Handelswelt gebracht werden! *
[4] die wir immer wieder in unserer Presse in den Vordergrund schieben müssen
[5] Nach Washington geben?
[6] diesen Verdacht muß Monts bekämpfen! Im Mittelmeer sind wir italienisch
[7] gewiß!!
[8] das verstehe ich nicht
[9] also kein Festlegen
[10] Wann könnte Rosen frühestens dort eintreffen?

Nr. 6611

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Gesandten in Lissabon Grafen von Tattenbach, z. Z. in Tanger

Telegramm. Konzept

Nr. 53 Berlin, den 9. April 1905

Seine Majestät haben auf meinen Antrag genehmigt, daß Ew. bis auf weiteres die Leitung der Gesandtschaft in Marokko übernehmen.

Mit der von Ihnen in dem Telegramm Nr. 57 ** entwickelten Auffassung der Lage bin ich einverstanden. Wir müssen dabei bleiben, zu betonen, daß wir es auf keine Sondervorteile und daher auch auf keine Sonderabmachung mit gleichviel welcher Macht abgesehen haben. Deshalb auch keine ausschließlich deutsche Marokkoanleihe, vielmehr italienische und, wenn irgend möglich, amerikanische Beteiligung erwünscht. Letztere könnte unter Umständen ein Trost für die von Ew. angedeutete Enttäuschung Ihres amerikanischen Kollegen sein. Letzteren in guter Laune zu erhalten, ist wichtig. Es kommt für uns darauf an, die völkerrechtliche Notwendigkeit einer Konferenz recht klarzustellen. Gegenüber dem Argument der Delcassé-Presse, daß es sich bei den früheren Marokkokonferenzen nicht um politische Änderungen, sondern lediglich um Fragen von privatrechtlichem Interesse gehandelt habe, ist die Erwiderung sehr einfach, daß grade die

---

* In diesem Sinne wurde Radowitz durch Telegramm Nr. 48 vom 9. April instruiert.
** Siehe Nr. 6610.

Gesamtheit der nichtfranzösischen Privatinteressen von dem Augenblick an bedroht ist, wo die große Pariser Presse sich nicht scheut, die Assimilierung von Marokko mit Tunis als das Endziel der diplomatischen Aktion Frankreichs zu bezeichnen*.

Hinsichtlich der letzten beiden Absätze Ihres Telegramms bemerke ich, daß mindestens ein paar Wochen, vielleicht sogar, falls die Gesundheitsfrage in Betracht kommt, noch längere Zeit wird vergehen müssen, bevor Dr. Rosen seinen Posten antreten kann. Halten Sie für besser, so lange zu warten, oder würden Sie für besser halten, daß Sie selber jetzt in Spezialmission nach Fes gesandt würden? Formale Motivierung, dem Sultan für die Entsendung von Abd-el Malek den Dank Seiner Majestät auszusprechen, in Wirklichkeit um dem Gedanken Eingang zu verschaffen, daß der Sultan den Franzosen erklärt, er könne ohne Befragung der Vertragsmächte den Franzosen keine Konzessionen machen, da er nicht in der Lage sei zu beurteilen, ob nicht etwa durch derartige an Frankreich gewährte Sondervorteile die übrigen Vertragsmächte jetzt oder später in ihren berechtigten Interessen beeinträchtigt werden könnten.

Ich habe volles Vertrauen zur Objektivität Ihrer Begutachtung und werde, dieser entsprechend, eventuell bei Seiner Majestät das Geeignete beantragen.

Bülow

Nr. 6612

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 Paris, den 9. April 1905

Mit nervöser Persistenz, die ich mit Taktlosigkeit bezeichnen möchte, suchen einige meiner Kollegen mich aus meiner Reserve zu locken, indem sie à brûle-pourpoint indiskrete Fragen an mich richten, so zum Beispiel, ob ich mich endlich mit Delcassé ausgesprochen, und hinzufügen, der Minister erwarte eine Aussprache meinerseits. Ich verhalte mich im Rahmen der mir erteilten Weisung durchaus ablehnend[1]. Ich habe den Eindruck, daß einige Botschafter sich ein Vergnügen machen, die Situation envenimieren zu wollen[2] und gern Worte ver-

---

* Am 25. März hatte z. B. das „Journal des Débats" geschrieben: „In den Augen der Kolonialen wie aller Franzosen, die nicht einzig zum Wohle der Menschheit arbeiten wollen, sollte Marokko etwas wie das Gegenstück zu Tunis werden." Deutsches Weißbuch „Aktenstücke über Marokko" Nr. 1.

drehen. So bemerkte Graf von Khevenhüller, Herr von Nelidow habe ihm gesagt, der Minister hätte mir seinerzeit den Text des englischen Abkommens gezeigt, sogar vorgelesen.

Als ich dies in Abrede stellte, modifizierte der österreichische Botschafter gleich seine Behauptung und meinte, Herr von Nelidow hätte vielleicht nicht „vorgelesen" gesagt, aber der Hauptsache nach bliebe dies dasselbe. Auch dies erklärte ich als unrichtig. Ich glaube diesen Vorfall erwähnen zu sollen, um zu zeigen, wie die Dinge verdreht werden.

Übrigens scheint mir Delcassé meine Kollegen ins Vertrauen zu zu ziehen, die seine Version zur ihrigen machen. Der englische * und russische Botschafter allein verhalten sich mir gegenüber korrekt und taktvoll [3].

Bei dem gestrigen offiziellen Diner des Senatspräsidenten ** zu Ehren der Botschafter, dem Herr Delcassé beiwohnte, bemerkte ziemlich erregt mir gegenüber Graf Tornielli, der sich wohl als Doyen berufen glaubt, sich in Dinge, die ihn nichts angehen, einzumischen: „Est-ce que vous n'avez pas encore parlé avec Monsieur Delcassé?" Auf meine kühle Zurückweisung [4] fügte der Botschafter hinzu: „C'est une situation impossible. Vous ne pouvez pas continuer à vous regarder comme des chiens de fayence." Der Vergleich stimmt nicht ganz, denn Herr Delcassé hat mich, wie am letzten Mittwoch, so auch gestern abend in gewohnter freundlicher Weise begrüßt, ohne natürlich die heikle Frage zu berühren. Der Minister hat anscheinend es darauf abgesehen, wie dies in den inspirierten Zeitungen zutage tritt, keinenfalls den ersten Schritt zu tun und von mir denselben zu erwarten.

Es mußte allgemein auffallen, wie gedrückt und präokkupiert Delcassé beim gestrigen Diner war. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß Graf von Khevenhüller mir sagte, es würde für Frankreich ein Affront [5] sein, falls die Nachricht sich bestätigen sollte, daß deutscherseits eine Mission nach Fes gesandt würde.

Radolin

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Sehr richtig
[2] das ist in solchen Fällen immer so
[3] bene
[4] sehr gut!
[5] ?
Schlußbemerkung des Grafen von Bülow:
Es ist sehr zu wünschen, daß Radolin gegenüber den chers collègues recht ruhig bleibt. Nur keine Nervosität, keine Gereiztheit und Übelnehmerei. Avec un front d'airain et le sourire sur les lèvres on passe partout, sagte Talleyrand, dessen Großneffe Radolin ist.

---

* Sir Francis Bertie.
** Fallières.

Nr. 6613

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 71 Berlin, den 11. April 1905

Es werden krampfhafte Versuche gemacht, um namentlich durch die englische Presse dem Verdachte Geltung zu verschaffen, daß Deutschland bei seiner marokkanischen Politik es auf Sondervorteile für sich und auf Beeinträchtigung der Rechte Dritter abgesehen habe. Meinem Telegramm Nr. 62*, durch welches Ew. bereits in der Hauptsache orientiert sind, will ich heute noch kurz das Folgende behufs geeigneter Verwertung hinzufügen.

Wenn wir in Marokko Sondervorteile erstrebten, hätten wir uns im vorigen Sommer als Dritter bei den langwierigen spanisch-französischen Verhandlungen** beteiligt. Ich habe Grund zu der Annahme, daß wir der damaligen spanischen Regierung nicht unwillkommen gewesen wären. Wir sahen jedoch keinen Anlaß hervorzutreten, da das englisch-französische Abkommen in einem seiner bekanntgewordenen Artikel die Erhaltung des marokkanischen Status quo stipulierte und wir deshalb berechtigt waren anzunehmen, daß, falls Veränderungen des Status später beabsichtigt werden sollten, man Deutschland schon in seiner Eigenschaft als Vertragsmacht bei den Beratungen beteiligen werde.

Wir wurden jedoch gewahr, daß unsere Beurteilung der Lage eine irrige gewesen, und daß es Zeit sei, an den Schutz der deutschen Interessen zu denken, als die marokkanische Regierung hier anfragen ließ, ob es richtig sei, daß der französische Gesandte in Fes, wie er angebe, Mandatar der europäischen Mächte sei; als ferner erkannt wurde, daß das sogenannte französische Reformprogramm, — welches in seiner Vollständigkeit bis heute noch gar nicht vorliegt —, in direktem Gegensatz zur Erhaltung des Status quo stehe; als endlich hervorragende, sogar inspirierte Organe der französischen großen Presse offen auf Tunis als Vorbild für Marokko hinwiesen.

Eine neue Konferenz der Vertragsmächte ist das gegebene Mittel zur friedlichen Lösung der jetzigen Verwickelung. Der Einwand der französischen Presse, daß es sich bei den früheren Konferenzen nicht um politische Änderung gehandelt habe, sondern um privatrechtliche Interessen, ist rabulistisch und nicht stichhaltig; denn da jetzt mit der Möglichkeit eines französischen Protektorats, d. h. mit einer gänzlichen Verdrängung nichtfranzösischer, wirtschaftlicher Unternehmungen

---

* Siehe Nr. 6594.

** Vgl. dazu Kap. CXLIV.

nach dem Vorgange von Tunis zu rechnen ist, so sind die fremden Privatinteressen in ihrer Gesamtheit bedroht, und eine Konferenz wäre mehr als je am Platze. Es ist das ein Ausweg, welcher keine berechtigte Empfindlichkeit verletzt, da es sich nur um die Anwendung eines bereits mehrfach erprobten Auskunftsmittels handelt.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat bereits in Erfahrung gebracht, daß sie mit dieser Auffassung der Lage keineswegs alleinsteht. Sie hofft nach den neulich von Ew. übermittelten Äußerungen des Herrn Fortis, daß ihr Standpunkt auch von der italienischen Regierung geteilt wird. Angenommen, daß in der Konferenz die in der englisch-französischen Abmachung bereits vorgesehene Erhaltung des Status quo nochmals betont würde, so wäre damit den Interessen von Italien jedenfalls besser gedient als mit der jetzt von französischer Seite versuchten finanziellen Monopolisierung und allgemeinen Tunisifikation von Marokko.

Es liegt nahe zu vermuten, daß die französische Diplomatie in Rom die Ansicht zu verbreiten sucht, daß Deutschland die Marokkofrage zum Vorwand nehme, um seine Mittelmeerstellung im allgemeinen zu verstärken. Mit Bezug darauf wollen Ew. dem Ministerpräsidenten sagen, daß wir neben unserer Würde als Großmacht unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko zu wahren beabsichtigen, und daß wir uns auch freuen werden, wenn unser dortiger Handel sich auf natürlichem Wege weiter entwickelt. Einen Sondervorteil erstreben wir weder in Marokko noch sonstwo im Mittelmeer. Wenn zum Beispiel die Frage aktuell werden sollte, der marokkanischen Regierung durch eine Anleihe aufzuhelfen, werden wir in erster Linie die italienische Regierung fragen, ob Italien sich beteiligen will, obwohl die Summen, welche in Betracht kommen, so unbedeutend sind, daß die deutsche Finanz auch wohl allein den Anforderungen leicht würde genügen können.

Daß wir auch anderweitig, z. B. in der Balkanfrage, auf Italien, so wie es sich unter Verbündeten gehört, Rücksicht zu nehmen bereit sind, ergibt sich aus unserer Haltung gegenüber dem zurzeit in Konstantinopel noch schwebenden Finanzprojekt. Bei Erwägung desselben haben wir die Frage unberücksichtigt gelassen, ob man geneigt sein würde, Deutschland anderweitige Entschädigungen zu gewähren als Kompensation für die zugunsten der Ottomanbank in Anspruch genommene Ausnahmestellung. Wir haben uns an der Tatsache genügen lassen, daß Italien sich durch jenes Projekt zurückgesetzt fühlte, und haben deshalb trotz formeller, dringender und wiederholter Bitten der Interessenten die Befürwortung des Projektes abgelehnt.

Inbetreff eines anderen Punktes, welcher im Vordergrunde der auswärtigen italienischen Interessen steht — ich meine Tripolis —, sind Ew. in der Lage, Herrn Fortis gleichfalls volle Aufklärung

zu geben. Wir waren seinerzeit nicht in der Lage, dem überraschenden Ansuchen des Herrn Prinetti zu entsprechen, daß wir dem Sultan raten möchten, Tripolis gutwillig und unverzüglich an Italien abzutreten*. Aber der Zersetzungsprozeß des Ottomanischen Reiches nimmt ein immer schleunigeres Tempo an, und wenn der psychologische Augenblick gekommen sein wird, werden wir bereit sein, die italienischen Ansprüche gegen alle anderen zu unterstützen.

Diese Erörterung wird Ew. auch die Gelegenheit geben, bei Herrn Fortis zu ermitteln, ob der italienische Botschafter in Paris von seiner Regierung angewiesen ist, auf unseren Botschafter in der marokkanischen Frage einzuwirken. Graf Tornielli tut das mit Nachdruck. Bei dem offiziellen Diner des Senatspräsidenten am 8. fragte er den Fürsten Radolin über den Tisch hinüber, ob derselbe noch nicht Herrn Delcassé auf die marokkanische Frage angeredet habe. Auf die kühle Verneinung des Fürsten rief Graf Tornielli: „Mais c'est une situation impossible, vous ne pouvez pas continuer comme cela" **.

Ich nehme von Hause aus an, daß diese boutade nicht instruktionsgemäß war, denn einem erfahrenen Politiker wie Herrn Fortis wird es nicht entgehen, daß alles, was nur entfernt einem Druck oder einem Hinweis auf mögliche Gefahren ähnlich sieht, die Schwierigkeiten der Lage in bedenklichem Grade steigert. Deutschland hat in den letzten 34 Jahren keinem großen oder kleinen Staat gegenüber eine aggressive Politik verfolgt. Gerade wegen unserer Friedensliebe aber müssen wir, es koste was es wolle, den Anschein vermeiden, als könnten wir jemals einer Drohung weichen. Der Verdacht, daß Drohungen bei uns wirksam sind, würde Folgen haben, welche uns bald nötigen würden, um unseren Status quo, d. h. um Sein oder Nichtsein, zu kämpfen.

Bülow

Nr. 6614

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Korfu

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Berlin, den 11. April 1905

Graf von Tattenbach drahtete vor drei Tagen, noch bevor Euere Majestät ihm die Leitung der marokkanischen Gesandtschaft übertragen

---

* Vgl. dazu Bd. XVIII, Kap. CXXV, Nr. 5843 ff.
** Vgl. Nr. 6612.

hatten, daß nach seinen Erkundungen der französische Gesandte in Fes auf dem besten Wege sei, dem Widerstand des Sultans gegen das Programm von Delcassé ein Ende zu machen. Der Gesandte überrede oder besteche, je nachdem, die Berater des Sultans, welcher dann in sich schwerlich die nötige Widerstandskraft finden werde. Der deutsche Konsulatsverweser Dr. Vassel sei zwar ein ganz ordentlicher Geschäftsmann, aber schon seiner geringen Stellung wegen dem Franzosen nicht entfernt gewachsen. Es sei deshalb nötig, daß sich sofort eine diplomatische Vertretung an den Hof nach Fes begebe.

Ohne mich der Richtigkeit dieser Ansicht zu verschließen, mußte ich mir doch sagen, daß zu dieser wichtigen und schwierigen Mission nicht nur größtmögliche Lokalkenntnis, sondern auch das mit einem Höherrangieren verbundene Prestige gehöre. Der sehr tüchtige Gesandte Dr. Rosen würde, selbst wenn er heute in Tanger zur Stelle wäre, sich erst orientieren müssen. Graf von Tattenbach selber ist daher die einzige Persönlichkeit, welche jene beiden Erfordernisse in sich vereinigt. Ich habe deshalb an Graf von Tattenbach telegraphiert, ob er sich geneigt bezw. imstande fühle, der anstrengenden Aufgabe sich zu unterziehen; in dem Falle würde ich ihn Euerer Majestät für die Sendung vorschlagen. Der Graf drahtet soeben, daß er gern bereit sei, und treibt nochmals zur Eile.

Euere Majestät bitte ich daher ehrfurchtsvollst, allergnädigst zu genehmigen, daß Graf von Tattenbach sich unverzüglich nach Fes begibt, um dem Sultan Euerer Majestät Dank für die Aufnahme in Tanger und für die Begrüßung durch einen nahen Verwandten auszusprechen. Eine solche Dankmission ist dem Gebrauch entsprechend und daher auch diplomatisch einwandfrei. Seine wirkliche Aufgabe wird Graf von Tattenbach darin zu sehen haben, daß er den Sultan in dessen jetziger Auffassung bestärkt, daß nämlich die Annahme der französischen Forderungen oder sogenannten Reformvorschläge von der Befragung respektive Zustimmung der Mehrheit derjenigen Staaten abhängig zu machen sei, welche an den früheren Konferenzen über marokkanische Angelegenheiten teilgenommen haben. Es sind dies, mit Ausnahme von Rußland, welches keinen nennenswerten Seehandel hat, sämtliche europäische Großmächte, Vereinigte Staaten von Amerika, Spanien, Portugal, Belgien, Holland, Schweden und Norwegen.

Euere Majestät darf ich um huldreiche drahtliche Genehmigung der Mission Graf Tattenbachs bitten*.

Bülow

---

* Nach einem Telegramm des Gesandten von Schoen vom 11. April war Kaiser Wilhelm II. mit der Mission des Grafen Tattenbach ganz einverstanden.

Nr. 6615

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept

Nr. 56 Berlin, den 12. April 1905

Antwort auf Telegramm 61*.

Bedauere, daß Reisevorbereitungen so viel Zeit in Anspruch nehmen. Lasse Ew. pp. freie Hand hinsichtlich der Mittel und der Personen, durch welche Sie inzwischen auf den Sultan einwirken wollen, um zu verhindern, daß er den Franzosen nachgibt und auf den Konferenzgedanken verzichtet.

Bülow

Nr. 6616

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 74 Berlin, den 12. April 1905

Zufolge Zeitungstelegrammen aus Paris taucht dort der Gedanke auf, daß Präsident Loubet die Eröffnung des landwirtschaftlichen Instituts zum Anlaß einer Romreise nehmen und sich dabei von Delcassé, dem Kolonialchauvinisten Etienne sowie dem Kriegs- und dem Marineminister** begleiten lassen werde. Falls richtig, würde diese Nachricht ein weiteres Anzeichen dafür sein, daß die französische Regierung mit allen Mitteln daran arbeitet, Italien dem Dreibunde abspenstig zu machen.

Es war eine Dilettantenpolitik, deren Folgen sich jetzt fühlbar machen, wenn Herr Delcassé glaubte, die Tatsache ignorieren zu können, daß wegen Marokko die Gesamtheit der europäischen seefahrenden Staaten, von Amerika nicht zu reden, schon in wiederholten Konferenzen beraten hat. Herr Delcassé versucht es jetzt mit der Einschüchterung, indem er von einer englisch-französisch-spanisch-italie-

* Durch Telegramm Nr. 61 vom 12. April hatte Graf Tattenbach gemeldet, daß er den Sultan von seiner Entsendung nach Fes benachrichtigt habe, daß aber bis zum Eintriffen der vom Sultan zu stellenden Eskorte usw. gut drei Wochen vergehen möchten.

** Thomson

nischen Gruppe in seinen Zeitungen schreiben läßt. Die englische Regierung hatte, als sie mit Frankreich die marokkanische Abmachung schloß, die Absicht und das Recht, über die marokkanischen Interessen englischer Untertanen zu verfügen. Daß die englische Regierung dabei auch über die Rechte und Freiheiten der Angehörigen der übrigen Vertragsstaaten hat verfügen wollen, betrachten wir als ausgeschlossen. Es ist dies einer, aber nur einer der Gründe, weshalb wir annehmen, daß England in den Fragen der Offenen Tür und der Heranziehung der übrigen Vertragsstaaten nicht aus der friedlichen Rolle heraustreten wird.

Was Italien anlangt, so bleibe ich überzeugt, daß Herr Fortis sich zu keiner Politik hergeben wird, welche geeignet wäre, den Dreibund tatsächlich zu sprengen. Er wird aber vielleicht in die Notwendigkeit kommen, den Franzosenfreunden gegenüber starke Argumente zu gebrauchen. Unter diesen Umständen dürfte am wirksamsten der Hinweis sein, welche Rückwirkung es auf die Fragen der italienischen Zukunftspolitik haben würde, wenn infolge des Übertritts von Italien auf die französische Seite nichts vom Dreibunde übrig bliebe als das deutsch-österreichische Bündnis.

Gerüchtweise verlautet auch, Italien werde auf Ansuchen von Frankreich zwischen diesem und Deutschland vermitteln. Da es sich nicht um Deutschland allein, sondern um die Gesamtheit der von Frankreich bisher ignorierten marokkanischen Vertragsstaaten handelt, so wird die geeignete Gelegenheit für die Entfaltung der diplomatischen Tätigkeit Italiens sich nicht bei der Einwirkung auf eine einzelne Vertragsmacht, sondern bei einer Konferenz ergeben.

Ich nehme an, daß die Franzosen in Ermangelung besserer Argumente an dem Scheingrunde werden festhalten wollen, es habe sich bei den bisherigen Marokkokonferenzen lediglich um die Regelung privatrechtlicher Interessenfragen gehandelt, nicht um eine politische Umgestaltung. Darauf ist einfach zu erwidern, daß die Tunifikation Marokkos, mit deren Möglichkeit wir jetzt zu rechnen haben, die Gesamtheit der nichtfranzösischen Privatinteressen in Frage stellt.

Herr Joel* scheint als vorsichtiger Finanzmann sich in der Presse nicht mit deutschen Sympathien bloßstellen zu wollen. Er wird aber vielleicht als Kanal für vertrauliche Insinuationen an geeigneter Stelle zu benutzen sein, namentlich für solche finanzieller Natur. Nur der Dreibund hat Italien die Möglichkeit gegeben, seine Armee auf das jetzige Minimum herabzumindern. Sobald die Börse merkt, daß Italien aus dem Dreibunde hinaus ist und als Teilnehmer einer französischen Aktionspolitik eintritt, wird von einer Konversion der Rente nicht mehr die Rede sein können; denn jedermann wird sich sagen, daß nun das Armeebudget in die Höhe schnellen muß. Bülow

---

* Direktor der Banca commerciale in Mailand.

Nr. 6617

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 Rom, den 12. April 1905

Telegramm Nr. 71 * verwertet.

Ministerpräsident und Minister Tittoni äußerten übereinstimmend, Italien wünsche vor allem, daß deutsch-französische Divergenz baldigst behoben, dann, daß Marokko kein zweites Tunis wird. Konferenzgedanke beiden Ministern sympathisch. Definitive Stellungnahme Italiens unterläge natürlich Beschluß des Ministerrats und Sanktion des Königs. Tittoni speziell meint, Schlüssel gegenwärtig sind bei England. Da Amerika laut Meldung italienischen Botschafters uns zuneigt, würde Frankreich nur dann hartnäckig sein, wenn England seine Prätensionen glatt unterstützt. Italien habe Frankreich seinerzeit zwar erklärt, Marokko läge außerhalb Sphäre seiner Interessen, ohne darum aber jetzt weitgehende, alle anderen, zumal zukünftige ausschließende Pläne Delcassés zu billigen. Herr Fortis präzisierte seinen Standpunkt dahin: Unabhängigkeit Marokkos, freie Tür für alle, keine Handelsprivilegien **.

Monts

---

* Siehe Nr. 6613.

** In einem ausführlichen Berichte vom 13. April (Nr. 77) bemerkte Graf Monts noch: „Bei der eigenen, namentlich maritimen Schwäche wird für Italiens offizielle Stellungnahme von ausschlaggebender Bedeutung sein, wohin sich die Mehrzahl der Großstaaten, speziell die seemächtigen, wenden, nach Paris oder Berlin. Auf Herrn Tittoni hat die Meldung des italienischen Botschafters aus Washington, Amerika träte für das open door in Marokko ein, ihren Eindruck nicht verfehlt. Immerhin würde ein dezidiertes Engagement Italiens für uns wohl nur dann zu erwarten sein, wenn England sich den französischen Prätensionen gegenüber kühl oder gar ablehnend verhält. Macht England aber gemeinsam mit Frankreich Front gegen uns, so ist meiner Ansicht nach kaum etwas Anderes von Italien zu erhoffen als eine neutrale, vielleicht für uns etwas wohlwollendere Haltung. Es würde dann das Thema ‚Alliierter und Freund' neu abgewandelt werden." Erneut kam Graf Monts auf den gleichen Gegenstand in einem Bericht vom 14. April (Nr. 82) zurück. „Von sicherer Seite hörte ich, daß Seine Majestät der König Viktor Emanuel geäußert, er würde sich unter keinen Umständen aus dem Dreibund herausdrängen lassen. Diese Anhänglichkeit an uns dürfte aber selbstredend weniger warmen Gefühlen wie der doch allmählich gewonnenen Überzeugung entspringen, daß ohne die Allianz das militärisch schwache Italien dem guten oder bösen Willen Österreichs ausgeliefert erscheint. Das venetianische Hemd ist Italien näher wie die tripolitanische Jacke. Dieses einfache Axiom wird Italien ganz gewiß hindern, sich selbst für den Fall, daß England mit Frankreich betreffs Marokko schlechterdings gemeinsame Sache machen sollte, auf die französische Seite zu schlagen. Im übrigen

Nr. 6618

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 78 Rom, den 12. April 1905

Minister Tittoni sagte mir mit der Bitte um Diskretion, er habe dem französischen Botschafter in vorsichtiger Weise von den Frankreich betreffenden Neapeler Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers* Kenntnis gegeben. Hierbei hätte er Herrn Barrère keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch nach italienischer Ansicht von unserer Seite kein Mittel unversucht gelassen, um endlich auf einen besseren Fuß mit Frankreich zu gelangen. Letzteres aber habe sich stets nicht nur ablehnend verhalten, sondern unser Entgegenkommen fast durchweg mit unfreundlichen Gegenzügen beantwortet. Selbst Frankreich sei nicht stark genug, um dauernd mit einem Machtfaktor wie Deutschland in verstecktem Kriegszustand zu leben.

---

dürfte man sich hier, klein und schwach wie man ist, möglichst ducken und nach keiner Seite zu sehr anzustoßen bestrebt sein. Einer energischen Haltung gegen Frankreich stünden sowieso von vornherein die italienisch-französischen Mittelmeer-Abmachungen im Wege, in denen Italien Marokko gegen Tripolis opferte. Daß dies für Italien ein ebenso schlechtes Geschäft wie das ägyptisch-marokkanische für Frankreich gewesen, darüber mögen wohl manchem Italiener jetzt die Augen aufgehen. Indes von dieser Einsicht bis zu einem direkten Bruch der Mittelmeer-Abmachungen ist ein weiter Weg, den vielleicht ein Crispi schnell durchmessen, an dessen Beschreitung aber der neue König und seine Leute nicht im Ernste denken dürften. Bei billiger Beurteilung aller in Betracht kommenden Verhältnisse wird von Italien auch ein Bruch mit seinem so überlegenen Mittelmeer-Nachbar nicht zu erwarten sein, zumal bei einem Streit der Mächtigen die sich mitbeteiligenden Schwachen zum Schluß die Zeche zu zahlen pflegen."

* Kaiser Wilhelm II. hatte gelegentlich seines Aufenthalts in Neapel am 6. April 1905 mit dem italienischen Außenminister Tittoni auch über die deutsch-französische Marokkospannung gesprochen. Als Tittoni dabei unter Berufung auf den Botschafter Barrère die französische Version berührte, daß das französisch-englische Abkommen vom 8. April 1904 der deutschen Regierung durch Frankreich amtlich mitgeteilt worden sei, stellte der Kaiser das entschieden in Abrede. In einem kaiserlichen Telegramm an Bülow vom 6. April hieß es darüber: „Ich antwortete, wenn dies wahr wäre, hätte Herr Barrère die Unwahrheit gesagt. Wir hätten, wie er — Tittoni — aus Rede Eurer Exzellenz und Artikel der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' entnehmen könnte, niemals amtliche Mitteilung eines Abkommens erhalten. Es sei nicht mit unserer Würde und mit unserem jahrelangen freundlichen Verhalten zu Frankreich vereinbar, von diesem nun als quantité négligeable behandelt zu werden. Wir hätten in Marokko keine anderen Absichten als das Prinzip der ‚Offenen Tür' durchzuführen, wir erkennten keine fremde Souveränität an und verhandelten direkt mit dem Sultan als dem Herrscher eines freien und unabhängigen Landes."

Von dem Botschafter sei erwidert worden, wenn irgendein Franzose, so erkenne er die Richtigkeit dieses letzteren Satzes an. Sein Vaterland und Deutschland wären Nachbarn und als solche darauf angewiesen, sich zu vertragen. Wie er, dächten die besten und intelligentesten Franzosen. Sie müßten mit Dank konstatieren, daß Deutschland, wenn auch nicht immer mit Worten, so doch stets mit Taten seine absolute Friedensliebe und seinen Willen, mit Frankreich in Frieden zu leben, dokumentiert hat. Leider müsse man, besonders in einer Republik, mit den Instinkten der Masse und den populären Strömungen rechnen. Etwas weniger von deutscher Seite wäre vielleicht oft mehr gewesen. Eine Verständigung hätte schneller heranreifen können, wenn von Berlin weniger empressement und mehr gleichgültig scheinende Ruhe bei Behandlung Frankreichs an den Tag gelegt worden.

Ich hielt es für gut, den Herrn Minister darauf hinzuweisen, daß diese Entgegnungen meines französischen Kollegen zwar eine passive Haltung der französischen Regierung unserem Liebeswerben gegenüber bis zu einem gewissen Grade rechtfertigten. Herr Barrère aber erkläre nicht die oft aktive Feindlichkeit Frankreichs uns gegenüber, die unzähligen kleinen Nadelstiche sowie die Winkelzüge, mit denen Herr Delcassé und gewisse seiner Agenten konsequent unsere nur auf Förderung friedlicher wirtschaftlicher Interessen gerichtete Politik zu durchkreuzen bestrebt wären.

Monts

Nr. 6619

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 Madrid, den 12. April 1905

Der Staatsminister hat mich trotz seines noch leidenden Zustandes zu einer Unterredung gebeten, bei der ich in Gemäßheit der Weisung in Telegramm Nr. 48* mich ausgesprochen habe. Herr de Villa-Urrutia räumt die Berechtigung unseres Standpunkts bezüglich Marokko vollständig ein und wiederholt, daß die spanische Regierung uns für das ihr bei der vorjährigen Verhandlung mit Frankreich bewiesene Wohlwollen zu Danke verpflichtet sei. Inzwischen sei die Stellung und Aktionsfreiheit Spaniens durch die mit Frankreich abgeschlossene Konvention gebundener

* Vgl. Nr. 6610, S. 315, Fußnote *. Telegramm Nr. 48 vom 9. April hatte Radowitz angewiesen, den Staatsminister (Minister des Äußern) de Villa-Urrutia über die deutsche Stellung zur Marokkofrage aufzuklären und ihn möglichst für den Konferenzgedanken zu gewinnen.

geworden. Dem Vorschlag zur Einberufung einer neuen allgemeinen Konferenz würde Spanien daher nur im Einverständnis mit Frankreich respektive mit England beitreten können. Feindlich würde es gegen den Vorschlag sicherlich nicht auftreten, vielmehr sich anschließen, wenn Frankreich und England es täten. Persönlich meinte der Staatsminister, ob nicht statt der Konferenz ein Austausch von Noten und Deklarationen unter den beteiligten Kabinetten zur Garantie unserer Wünsche, Erhaltung des Status quo und Offenen Tür dem Handel, mit weniger Schwierigkeiten zu erreichen sein würde?

Nach Versicherung des Staatsministers ist hier noch von keiner andern Seite wegen eventueller Haltung Spaniens in bezug auf Konferenz angefragt worden. Wenn das geschähe, würde er antworten müssen, daß Spanien keine Einwendung dagegen habe, vorausgesetzt die Zustimmung von Frankreich und England.

Soviel ich erfahre, wird von französischer Seite jetzt stark darauf gewirkt, daß Spanien in marokkanischer Frage sich nicht von Frankreich trenne, und loyale Ausführung der Konvention mit allen Vorteilen für Spanien versprochen. Die englische Vertretung hält sich mehr zurück. Jedenfalls ist das hiesige Ministerium durch die Rücksichten auf bevorstehenden Königsbesuch in Paris und London beeinflußt und ängstlich, etwas zu tun, was darauf störenden Einfluß üben könnte. Der Staatsminister sagte mir noch als seinen vertraulichen Eindruck, daß man in Paris mehr zur Verständigung mit Deutschland neige, was von England aus wenig Unterstützung zu finden scheine.

Radowitz

Nr. 6620

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Tanger, den 13. April 1905

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 56*.

Der Aufschub ist nicht zu ändern. Ohne Eskorte zu reisen verbietet der gegenwärtige Zustand des Landes[1], verstieße auch gegen die Würde. Ich nehme an, daß der Sultan im eigensten Interesse alles Nötige schleunigst hierher senden wird. Übrigens wird schon die Ankündigung der Reise günstige Wirkung nicht verfehlen.

Ich habe Dr. Vassel angewiesen, dem Sultan in einer zu erbittenden Audienz unter Berufung auf meinen amtlichen Auftrag den Rat zu erteilen, die Forderung der Franzosen abzulehnen. Ich war hierzu umso-

* Siehe Nr. 6615.

mehr veranlaßt, als französischerseits die niedrigsten Mittel angewendet werden, um die Bedeutung des Kaiserbesuchs abzuschwächen. So ist dem Sultan mitgeteilt worden, Seine Majestät habe dem französischen Geschäftsträger einen Orden verliehen[2].

Geschenke für den Sultan und dessen Würdenträger zu beschaffen, fehlt Zeit. Ich schlage deshalb vor, Seine Majestät möge mich beauftragen, dem Sultan das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Kette und Brillanten zu überbringen und folgenden sieben Würdenträgern: Garrit, Ben Sliman, den beiden Tasi, dem Kriegsminister, dem Oberzeremoniemeister und Tores den Kronenorden 1. Klasse. Über die aus Anlaß des Kaiserbesuchs in Tanger zu verleihenden Orden und Geschenke ist Bericht unterwegs.

Um Gesandtschaft glänzender zu gestalten, stelle Entsendung dreier Offiziere anheim[3].

Die Mitnahme eines tüchtigen Militärarztes mit nötigem ärztlichen Material ist unerläßlich[4]*.

Tattenbach

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Gewiß richtig
[2] kann unauffällig in Presse gebracht werden
[3] Engagiert uns das nicht zu sehr?
[4] gewiß

Nr. 6621

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 112 Paris, den 14. April 1905

Gestern spät abend, bevor der Auswärtige Minister sich nach dem Diner auf der Botschaft zurückzog, richtete Delcassé mit einiger Bewegung in der Stimme an mich die Worte:

„Voudriez-vous m'accorder un moment d'entretien. Je vous l'aurais demandé hier si vous étiez venu me voir."

Auf meine mit gleichgültigem Ton gemachte Erwiderung, ich wäre gestern nicht zu seinem Empfangstag gekommen, da ich seine kostbare Zeit nicht unnütz hätte in Anspruch nehmen wollen, zumal ich ihm nichts zu sagen gehabt, fuhr der Minister fort, er hätte durch die kürzlich

---

* Die Vorschläge Graf Tattenbachs wurden genehmigt. Für die Teilnahme an der Mission wurden bestimmt der Inspekteur der Infanterieschule Generalmajor von Schenck, der Militärattaché in Madrid Major Freiherr von Senden und Hauptmann von Kleist vom Generalstabe des Gardekorps.

** Verkürzt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko" Nr. 6 abgedruckt.

entstandene Zeitungspolemik — die höchst bedauerlich wäre — den Eindruck gewonnen, daß die Kaiserliche Regierung verstimmt sei. Ich fiel dem Minister hierbei mit markierter Kälte und Zurückhaltung ins Wort: „Je ne puis vous répondre à ce sujet. Je n'ai pas d'instructions. Ce que vous jugez à propos de me dire, je ne puis le prendre qu'ad referendum."

„Je tiens à vous déclarer formellement," fuhr der Minister emotioniert fort, „que s'il y a un malentendu quelconque malgré toutes les déclarations que j'ai faites à la chambre et que j'ai toujours faites, je suis prêt à le dissiper. Je vous prie de porter ceci à la connaissance du Gouvernement Impérial. Je vais du reste charger M. Bihourd de faire cette même déclaration à Berlin."

Auch auf letztere Bemerkung habe ich mich jeder Antwort enthalten, um nicht den Eindruck zu erwecken, als hätte ich ihn dazu ermutigt.

„Il me revient," sagte der Minister weiter, „que l'impression aurait surgi M. René Taillandier aurait parlé au nom de l'Europe. J'ai immédiatement invité notre ministre à s'expliquer à ce sujet comme il n'avait aucun ordre d'agir ainsi. Je viens de recevoir sa réponse télégraphique qu'il n'avait jamais osé tenir un pareil langage. Je suis prêt à vous montrer sa dépêche."

Darauf erklärte der Minister, daß das französisch-englische Abkommen in L o n d o n abgeschlossen und daselbst zu gleicher Zeit veröffentlicht worden sei: „L'idée, je l'avoue, ne m'était pas venue de communiquer au Gouvernement Impérial ce papier qui avait été livré immédiatement à la publicité." (Ich konnte mich nicht enthalten, den Minister erstaunt anzusehen und zu lächeln.) „Par contre le traité franco-espagnol a été signé à P a r i s par moi et j'ai chargé en votre absence Bihourd de le porter a v a n t s a p u b l i c a t i o n et sans retard à la connaissance du Baron de Richthofen * Ce traité confirmait la liberté absolue du commerce étranger au Maroc pour tous les Etats intéressés et la libre concurrence qui avait été stipulée dans le traité anglo-français. Le traité espagnol était donc une g a r a n t i e de plus pour le commerce étranger.

C'est ainsi que M. Bihourd l'a exposé dans le temps au Baron de Richthofen qui de son côté paraissait l'envisager de la même façon.

Par la communication faite du traité franco-espagnol qui émanait de la convention anglo-française je croyais avoir tout prévu."

Ich hörte dies alles an, ohne ein Wort zu erwidern.

Darauf berührte der Minister unsere Unterhaltung am 23. März 1904 und rekapitulierte, was er mir damals g e s p r ä c h s w e i s e gesagt

---

* Vgl. dazu Kap. CXLIV, Nr. 6508. Die Behauptung Delcassés ist insofern unrichtig, als nach Ausweis der Akten Botschafter Bihourd dem Auswärtigen Amt lediglich von dem Abschluß des französisch-spanischen Abkommens vom 3. Oktober Kenntnis gegeben, nicht aber das Abkommen selbst mitgeteilt hat.

und was ich unter dem gleichen Datum berichtet hatte*. Als Herr Delcassé hierbei spontan bemerkte, daß diese damalige vertrauliche Unterhaltung, welche übrigens einige Zeit v o r dem Abschluß des Vertrags mit England stattgefunden hatte, keineswegs den Charakter einer amtlichen Kommunikation gehabt habe und haben sollte, konnte ich nicht umhin, dem Minister zu erwidern: Ich nehme gern Akt von dieser seiner Erklärung, denn die hiesige offiziöse Presse hätte zu meinem höchsten Erstaunen die Tatsache verdreht und aus einem gelegentlichen Gespräche ein amtliches Kommuniqué herauskonstruieren wollen, was ich nicht ohne weiteres hinnehmen konnte**. Der Minister bestätigte dies und bemerkte zum Schluß, daß, wenn er mir damals diese Mitteilung gemacht, er mir dadurch ein besonderes Zeichen seines Vertrauens habe geben wollen; denn außer dem russischen Botschafter hätte er mit keinem meiner anderen Kollegen den Gegenstand berührt.

R a d o l i n

Nr. 6622

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 258 Paris, den 14. April 1905
Streng vertraulich

Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Tanger, die Haltung der Kaiserlichen Regierung seit Abschluß des englisch-französischen Vertrages sowie die Äußerungen der deutschen Presse über den Verlauf und die Beurteilung der Marokkoangelegenheit haben hier einen außerordentlich nachhaltigen Eindruck gemacht. Ganz ernste Leute, welche hohe Stellungen einnehmen, fragen, ob es zu einem Kriege kommen könne. Alle sind darin einig, daß seit der Schnäbele-Affäre kein ähnlich kritischer Moment mehr eingetreten sei. Die Diplomaten sind durchaus derselben Meinung; unter anderen möchte ich eine Äußerung des Grafen Khevenhüller erwähnen, welcher sagte, die Preßkampagne, bei welcher man auch in Deutschland einen allzu heftigen Ton anschlage, sei bedauerlich, denn vor dem siebziger Kriege habe es ganz ähnlich angefangen, er habe das selbst als Sekretär an der österreichischen Botschaft miterlebt. Kurz darauf gratulierte mir Herr Pallain, Gouverneur der Banque de France, zu dem äußerst glücklichen Verlaufe des gestrigen Diners mit dem Bemerken, er freue sich, bei dem freundlichen Verkehr der Botschaft mit den Mitgliedern der

* Vgl. Kap. CXLI, Nr. 6368.
** Vgl. Kap. CXLVI, Nr. 6567 nebst Fußnote.

französischen Regierung annehmen zu können, daß die ernsten Komplikationen beglichen würden; ich wüßte gewiß, was er meinte.

In diesem Augenblick, wo ganz Paris sich fragt, ob die deutsch-französischen Beziehungen in eine neue Sphäre eintreten, sowie ob Herr Delcassé fallen wird, höre ich aus einer Quelle, die ich für zuverlässig halte, und die jedenfalls sehr gut unterrichtet ist, daß der Kabinettspräsident Rouvier und der Minister des Innern Etienne, der, nebenbei gesagt, auch gestern bei mir mit Herrn Delcassé, einigen Ministern und Botschaftern speiste, aus der unsicheren Lage herauskommen möchten und deshalb Herrn Delcassé gesagt hätten, sie wünschten, daß er sich mit mir ausspräche und eine Regelung des Zwischenfalles veranlasse, anderenfalls sein Portefeuille gefährdet werden könnte. Diese Auseinandersetzung soll Herrn Delcassé bewogen haben, die Initiative zu einer Aussprache mit mir zu ergreifen, was er, wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, gestern in auffallend bewegter Weise tat. Mein Eindruck geht dahin, daß Herr Delcassé mir zugeben wollte, daß die französische Regierung wohl besser getan hätte, Deutschland offiziell zu benachrichtigen, daß er einige Aufklärung über die Unterlassungsgründe angeben und mir zu verstehen geben wollte, wie sehr seiner Regierung an einer möglichst baldigen Aussprache über Marokko gelegen sei. Offenbar ist man sich bewußt, zu weit gegangen zu sein, und hofft, ein guter Abschluß werde sich erreichen lassen, „en ménageant la chèvre et le chou."

Meiner Ansicht nach hat unser Vorgehen hier eine recht heilsame Wirkung hervorgerufen, ohne daß wir es jedoch auf fünfzehn Jahre hinaus wieder mit Frankreich verdorben hätten, wie mehrfach geäußert wurde.

Ich habe den Eindruck, als ob wir vor der Entscheidung stehen, wie wir unser Verhältnis zu Frankreich regeln wollen, und als ob wir dabei in der Hauptsache zwei Wege hätten.

1.) Entweder wir gehen nicht auf die Delcassésche Annäherung von gestern ein. Hierdurch würden wir zeigen, daß auf ein Entgegenkommen unsererseits nicht zu rechnen ist, und daß wir entschlossen sind, unsere Interessen zu verfolgen, ohne uns um Frankreich bekümmern zu wollen. Ob dann der Rücktritt Delcassés erfolgt, weil die französische Regierung die Erleichterung der Verhandlungen von einem anderen Minister erhofft, möchte ich persönlich noch sehr bezweifeln, zumal er in Herrn Loubet eine unbedingte Stütze hat, obgleich ich nicht verkenne, daß sehr weitgehende und mächtige Kreise (insbesondere die Clique Combes-Jaurès) an seinem Sturze arbeiten.

2.) Oder wir gehen auf die Anregung des Herrn Delcassé ein, indem wir gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß wir damit auf eine von Frankreich ausgehende Initiative antworten. Gleichzeitig würden wir dann allerdings der Hauptsache nach unsere Forderungen zu formulieren haben, um zu sehen, ob eine Verständigung möglich ist.

Hierbei würde meines Erachtens der Satz gelten: bis dat, qui cito dat.

Die Kaiserliche Regierung ist zwar allein berufen und unter Erwägung der Stimmung in Deutschland sowie der allgemeinen Lage der auswärtigen Politik allein dazu imstande, zu beurteilen, welchen Weg wir zu wählen haben. Sie wird am besten ermessen, ob jetzt der Augenblick eingetreten ist, wo wir vielleicht gut tun, nun auch unsererseits ein wenig nachzugeben, auf den Wunsch des Herrn Delcassé ein wenig einzugehen und, wenn sich hierbei unsere Interessen in Marokko wahren lassen, möglichst bald unser mindestens korrekt-höfliches Verhältnis zu Frankreich wiederherzustellen, welches die hiesigen Vertreter der meisten fremden Mächte — vielleicht nicht ohne eine gewisse Schadenfreude — auf lange hinaus erschüttert glauben.

Ich glaube dies sagen zu sollen, selbst auf die Gefahr hin, für allzu besorgt um die französisch-deutschen Beziehungen zu gelten.

Bei der heutigen politischen Lage dürfte es vor der Welt keinen schlechten Eindruck machen, wenn wir es mit Frankreich zu einer Verständigung bringen könnten, und wenn hierzu Frankreich, allerdings auf Hochdruck hin, die erste Hand gereicht hätte.

Radolin

Nr. 6623

*Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg**

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats von Kries

Berlin, den 19. April 1905

Der französische Botschafter suchte mich gestern beim Diplomatenempfang, nachdem er sich dazu besonders angesagt hatte, zu einer Besprechung auf. Herr Bihourd begann damit, er habe vom Minister Delcassé einen Auftrag, den er „schlecht und recht" ausführen wolle. Er verlas darauf ein Mémoire, dessen Inhalt sich im wesentlichen deckte mit den Kammererklärungen des Herrn Delcassé** und seinen neulichen Mitteilungen an den Fürsten Radolin. Der Minister habe

---

* Des Zusammenhangs wegen vor dem vom 18. datierten folgenden Schriftstück eingereiht.

** Vgl. Nr. 6596. Am 19. April gab Delcassé in der Kammer, nachdem der Abgeordnete Jaurès ihn wegen nicht erfolgter Verständigung mit Deutschland angegriffen hatte, neue Erklärungen ab, die sich mit den Bihourdschen Eröffnungen deckten. Delcassé sagte u. a.: „Was die Besorgnisse bezüglich unserer marokkanischen Politik im Hinblick auf das Ausland betrifft, so habe ich dem Vertreter Deutschlands gegenüber mich ausgesprochen; wenn meine Ausführungen nicht genügten, so wäre ich bereit gewesen, sie zu vervollständigen. Ich bin bereit, alle Interessen zu beruhigen."

dem Kaiserlichen Botschafter am 23. März v. Js. vom bevorstehenden Abschlusse der Kolonialvereinbarung mit England mündlich Kenntnis gegeben. Unter Hinweis auf die maßgebenden Bestimmungen habe er dabei besonders betont, daß die Handelsfreiheit im Scherifischen Reiche den an der Vereinbarung nicht beteiligten Staaten unbeschränkt erhalten bleiben sollte. Durch Algier Nachbar von Marokko, habe Frankreich dort allerdings Anspruch auf eine Vorzugsstellung, die aber den bestehenden Rechten Deutschlands keinen Schaden zufügen würde. Nach alledem begriffe Frankreich nicht, was wir wollten. Anscheinend bestehe ein Mißverständnis („malentendu") zwischen Deutschland und Frankreich in der Marokkofrage. Sei dies der Fall, so möge Deutschland wegen Aufklärung an Herrn Delcassé herantreten.

Ich bemerkte, ich würde die Äußerungen des Botschafters ad referendum nehmen.

Das Mémoire zu übergeben lehnte Herr Bihourd mangels Auftrags ab; er müsse in Paris die Erlaubnis dazu einholen*.

Während der Unterredung kam das Gespräch nochmals auf das „malentendu" zurück. Ich erwiderte, ein Mißverständnis läge auf unserer Seite gar nicht vor. Wir befänden uns nicht allein in Marokko, wir wären nur einer von den Unterzeichnern der Madrider Konvention aus dem Jahre 1880. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die durchgreifenden Reformen, an die Frankreich in Ausübung der „pénétration pacifique" denke, die Interessen der übrigen, den spanisch-englisch-französischen Abmachungen fernstehenden Mitzeichner bedrohen könnten. In letzter Zeit sei überall wegen Marokkos ein gewisses Gefühl des Mißtrauens und der Unsicherheit wach geworden. Um die ungewisse Lage zu beseitigen, schiene mir das einfachste und natürlichste Mittel, zu einem allgemeinen Gedankenaustausch zwischen den Signatarmächten über die Lösung der Frage zu greifen.

Mühlberg

Nr. 6624

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept

Nr. 64 Berlin, den 18. April 1905
[abgegangen am 19. April]

Französischer Botschafter, welcher sich vorher besonders angemeldet hatte, las heute dem Stellvertretenden Staatssekretär ein Aide-

* Nachträglich wurde das Mémoire am 24. April vom französischen Botschafter Bihourd dem Auswärtigen Amt übersandt. Sein Inhalt deckt sich mit der Radolinschen Berichterstattung.

mémoire vor folgenden Inhalts: Es scheine zwischen Deutschland und Frankreich ein Mißverständnis hinsichtlich der Marokkofrage zu bestehen. Wenn dies der Fall sein sollte, dann möge Deutschland doch an Herrn Delcassé herantreten mit den betreffenden Anfragen. Darüber hinaus enthielt das Aide-mémoire lediglich bekannte Äußerungen des Herrn Delcassé in der französischen Kammer. Das Aide-mémoire zurückzulassen war Herr Bihourd nicht befugt. Herr von Mühlberg erwiderte, ein Mißverständnis läge unsererseits gar nicht vor; wir befänden uns in der marokkanischen Frage nicht allein, sondern wären nur einer von den Unterzeichnern der Madrider Konvention. Die Reformen, an deren Einführung man jetzt in Marokko denke, könnten derartige sein, daß durch sie die Gesamtheit der Interessen der nichtfranzösischen Mitzeichner in Frage gestellt werden würde. Um das in den letzten Monaten allenthalben zutage getretene Gefühl des Mißtrauens und der Unsicherheit zu beseitigen, schiene uns das einfachste und natürlichste Mittel die Herbeiführung eines Gedankenaustausches sämtlicher Mitunterzeichner*.

Es ist nunmehr hohe Zeit, daß der Sultan sich endlich entschließt, seinen Konferenzantrag zu stellen. Wir treten für denselben ein und können schon jetzt auf die Zustimmung fast aller Mitzeichner rechnen. Lassen Sie dem Sultan ohne Umschweife sagen, wenn er sich gar nicht rühre, müßten wir annehmen, daß seine Berater die französischen Pläne begünstigten, und daß es ihm selber mit dem Widerstande nicht Ernst sei.

Bülow

---

* Dieser erste Absatz des obigen Telegramms erging gleichzeitig als Instruktion an die übrigen Missionen. Der Instruktion an Fürst Radolin (Telegramm Nr. 67) wurden noch folgende Sätze hinzugefügt: „Damit ist entsprechend unseren an sämtliche Signatarkabinette abgegebenen Erklärungen Herrn Delcassé in höflicher, aber unzweideutiger Weise gesagt worden, daß wir deutsch-französische Separatverhandlungen als der Lage nicht entsprechend ansehen. Gehen Sie morgen zum Empfangstag und warten Sie zunächst Anregung der Marokkofrage von seiten Herrn Delcassés ab. Ich bitte eintretendenfalls sich im Sinne des Vorstehenden zu äußern. Sollte Herr Delcassé etwa im Sinne gewisser französischer offiziöser Preßäußerungen zu beweisen suchen, daß die früheren Konferenzen nur privatrechtliche Interessen behandelt hätten und nicht eine politische Umwandlung wie die gegenwärtig in Aussicht genommene, dann wollen Ew. mit ruhiger Entschiedenheit erwidern, die Kaiserliche Regierung sei anderer Ansicht und stehe damit auch keinesfalls allein. Man stehe jetzt unstreitig vor der Möglichkeit, daß die geplante politische Umformung auf eine Beschränkung, um nicht zu sagen Verdrängung der gesamten nichtfranzösischen Privatinteressen aus Marokko hinauslaufe. Deshalb sei nach unserer bestimmten Ansicht hier ein Fall gegeben, wo eine Konferenz das unbedenklichste Mittel sein würde, um die Frage in völkerrechtlich korrekter Weise zu erledigen."

Nr. 6625

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Tanger, den 21. April 1905

Sobald Dr. Vassel am 17. meine erste Instruktion betreffend die Ablehnung der französischen Anträge und Anrufung einer Konferenz durch den Sultan erhalten hatte, begab er sich ins Palais, um eine Audienz zu erhalten.

Hadji Omar* machte ihm zunächst Schwierigkeiten, den Sultan zu sprechen, sprach von dem zu erwartenden Besuch des Königs von England und teilte ihm schließlich mit, daß den Franzosen Tags vorher zugestanden worden sei, 3000 Mann durch eine größere Anzahl algerischer Instrukteure in der Gegend von Udjda, Tanger, Rabat und Casablanca ausbilden zu dürfen.

Der Sultan selbst versicherte zwar Vassel, er habe bisher keinerlei bindende Verpflichtungen eingegangen, werde keiner Macht eine Sonderstellung einräumen und keine endgültige Entscheidung vor Eintreffen des deutschen Gesandten in Fes treffen; er bestätigte aber andererseits das den Franzosen frisch gemachte Zugeständnis bezüglich der Anstellung von Instrukteuren und wich einer Aussprache über den Konferenzgedanken aus.

Über meine Mission schien er erfreut und hoffte auf mein baldiges Erscheinen. Charakteristisch ist seine Frage, ob auch Leutnant von Koeckritz mitkommen werde, der ihn bekanntlich seinerzeit mit allen möglichen Scherzen amüsiert hat. Es ist unmöglich, sich von hier aus ein zuverlässiges Bild von den Vorgängen in Fes zu machen. Immerhin spreche obige Tatsache dafür, daß es den Franzosen, die seit Monaten am Hof des Sultans weilen und mit allen erdenklichen Mitteln arbeiten, gelungen ist, den Eindruck des Kaiserbesuchs in den maßgebenden Hofkreisen zu paralysieren, in den Widerstand gegen ihre Forderungen Bresche zu legen und den ersten Erfolg zu verzeichnen.

Auch der hiesige Sultansvertreter für Auswärtige Angelegenheiten hat mir gegenüber der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß selbst der alte Sid Tores den franzosenfreundlichen Einflüsterungen gegenüber nicht standhalten möchte. Andererseits hat Herr Vaffier, Vertreter des Comité du Maroc, Herrn von Kühlmann heute mitgeteilt, daß die Sache in Fes nach einem gestern erhaltenen Brief besser zu gehen scheine, daß man aber im ganzen die Situation nach wie vor pessimistisch beurteile.

Tattenbach

---

* Palastwürdenträger des Sultans.

Nr. 6626

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kries

Nr. 69 Berlin, den 22. April 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 65*.

Die Franzosen werden suchen, Ihre Abholung möglichst hinauszuschieben und es so einzurichten, daß der Zeitpunkt Ihrer Ankunft in Fes ungefähr mit der Unterzeichnung des franko-marokkanischen Vertrages zusammenfällt. Sollte die Verzögerung sich ausdehnen und ein Mißerfolg dadurch nähergerückt werden, dann würde letzterer weniger markant erscheinen, wenn anstatt des Spezialgesandten der neue Vertreter Dr. Rosen zum Zweck der gewöhnlichen Meldung bei Hofe die Mission übernähme. Euere pp. wollen daher sofort an Dr. Vassel folgenden Brief richten, welcher durch denselben Beamten, der den Brief des Geschäftsträgers an Ben Sliman entwarf**, in orientalische Form zu bringen und mit Übersetzung zu versehen sein wird, da Dr. Vassel von sich sagt, daß er die Sprache für gewisse Finessen nicht genügend beherrscht. Der Brief muß folgenden Inhalt haben:

„Der Spezialgesandte, welcher dem Sultan die starken und freundlichen Dankesworte Seiner Majestät des Kaisers zu überbringen hat, darf nicht warten. Säumige Abholung des Spezialgesandten würde Gleichgültigkeit gegen die Freundschaft des Kaisers beweisen, und diese Wahrnehmung würde nicht ohne Folgen bleiben können. Falls daher bis zum — Euere pp. wollen den denkbar kürzesten möglichen Termin bezeichenen — die Eskorte mit den Zelten nicht in Tanger eingetroffen ist, erwartet der Spezialgesandte Graf Tattenbach zurückgerufen zu werden. Anstatt seiner wird alsdann der neue Vertreter Dr. Rosen zur gewöhnlichen Vorstellung die Reise nach Fes übernehmen. Dadurch wird die Bedeutung der Mission verändert sein, und das gleiche läßt sich vermuten von der Gesinnung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, falls der Sultan zeigt, daß er dessen Freundschaft nicht zu würdigen weiß."

Dieser Brief wird auch dann zur Verwendung geeignet bleiben, wenn der Zeitpunkt für die Ankunft der Eskorte zwar bereits festgesetzt, jedoch nach sachkundigem Urteil allzu reichlich bemessen ist.

Ein solches Schreiben wollen Euere pp. unverzüglich nebst Übersetzung an Dr. Vassel senden und diesen anweisen, daß er sofort wegen dringenden Auftrags Audienz beim Sultan verlangt. Dr. Vassel soll alsdann dem Sultan die Übersetzung vorlesen.

---

* Siehe Nr. 6625.

** Vgl. Kap. CXLVI, Nr. 6561.

Dr. Vassel zog noch in seinem Bericht A 38 vom 26. v. Mts. die Möglichkeit eines totalen Frontwechsels der deutschen Politik in Betracht. Es kann daher nicht überraschen, wenn es ihm bis dahin nicht gelungen war, den Sultan von der Stetigkeit unserer Haltung zu überzeugen. Seitdem hat Dr. Vassel jedoch infolge meines Telegramms Nr. 64* den Inhalt der Unterredung des Stellvertretenden Staatssekretärs mit dem französischen Botschafter** erfahren. Dieser Inhalt, welcher damals gleichzeitig zur Kenntnis sämtlicher Vertragsstaaten gebracht worden ist, wird, wie ich hoffe, sowohl auf Dr. Vassel wie auf den Sultan aufklärend gewirkt haben.

Euere pp. wollen den Wortlaut des vorstehend inhaltlich angegebenen Briefes für Dr. Vassel sofort nach seinem Abgang hierher drahten. Ebenso wollen Euere pp. die Meldung des Dr. Vassel über das, was der Sultan bei Mitteilung der deutschen Antwort an den französischen Botschafter geäußert hat, drahten. Endlich wollen Ew. pp. auch drahten, ob und für wann die Ankunft der Eskorte in Aussicht gestellt ist.

Bülow

Nr. 6627

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Tanger, den 23. April 1905

Antwort auf Telegramm 69**.

Auch ich hatte mit der Möglichkeit einer absichtlichen Verzögerung der Hierhersendung der Eskorte gerechnet und Dr. Vassel mit Weisungen versehen, die sich mit dem Inhalt des von Euerer Exzellenz vorgeschriebenen Briefentwurfs im allgemeinen decken, an Schärfe ihn aber noch übertreffen. Inzwischen habe ich heute eine Meldung Dr. Vassels vom 19. erhalten, wonach die Eskorte usw. von Fes abgegangen sei und voraussichtlich schon am 27. d. Mts., also erheblich schneller hier eintreffen werde, als man dies vermuten konnte.

Dr. Vassel meldet ferner, daß der einflußreiche Oberzeremonienmeister, der Kaid Maclean und Sid Tores übereinstimmend und ausdrücklich betonen, der Sultan werde endgültige Konzessionen vor meinem Eintreffen in Fes nicht machen.

---

* Siehe Nr. 6624.
** Vgl. auch Nr. 6623.
*** Siehe Nr. 6626.

Euerer Exzellenz Weisung entsprechend werde ich Dr. Vassel den anbefohlenen Brief übersenden, jedoch mit der Anweisung, ihn nur dann zu übergeben, wenn dies wider Erwarten nötig werden sollte.

Tattenbach

Nr. 6628

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach

Telegramm
Konzept von der Hand des Stellvertretenden Staatssekretärs von Mühlberg

Nr. 72 Berlin, den 24. April 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 71 *.

Sehr einverstanden mit der Eventualinstruktion an Dr. Vassel. Ew. pp. Ermessen stelle ich anheim, ob dieselbe vielleicht noch zu ergänzen ist im Hinblick auf die Gefahren der Zwischenzeit bis zu Ihrer Ankunft in Fes. Die Franzosen werden mit den äußersten Mitteln arbeiten, um bis dahin dem Sultan allerlei zu entreißen, was geeignet sein könnte, in den Augen der Welt unsere diplomatische Aufgabe ad absurdum zu führen. Deshalb wird Dr. Vassel sich eventuell dazu aufraffen müssen, dem Sultan in Ihrem Auftrage klarzumachen, daß weitere Konzessionen ohne Einholung des kaiserlichen Rats im direkten Widerspruch mit den spontanen Erklärungen des Sultans stehen und diesen Seiner Majestät gegenüber als willenlos und unzuverlässig erscheinen lassen würden. Seine Majestät werde sich dann fragen, ob mit dem Sultan überhaupt noch zu rechnen und ob es nicht besser sei, den Bitten der Franzosen nachzugeben. Die Franzosen möchten nämlich erreichen, daß der Kaiser seine Wünsche wegen Marokko ihnen zu erkennen gibt, dafür aber den Sultan seinem Schicksal, d. h. an Frankreich überläßt. Falls der Sultan ein solches Ende vermeiden wolle, solle er den Franzosen bis zu Ihrer Ankunft jede weitere Konzession, groß oder klein, verweigern.

Ob oder wie Sie den vorstehenden Gedanken verwenden wollen, bleibt, wie gesagt, Ew. pp. überlassen. Insbesondere muß aber Dr. Vassel zur Überzeugung gebracht werden, daß die deutsche Politik keine Schaukelpolitik ist.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6627.

Nr. 6629

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 Tanger, den 24. April 1905

Dr. Vassel berichtet vom 20. d. Mts. über sehr günstigen Eindruck einer Unterredung mit Ben Sliman, der auf das bestimmteste erklärt habe, daß bindende Abmachungen mit den Franzosen nicht getroffen worden seien und alle Entscheidungen bis zu meiner Ankunft aufgeschoben würden. Ben Sliman sei auch dem Konferenzgedanken zugänglich, während der Sultan Bedeutung und Vorteil einer Konferenz nicht erfaßt habe. Tattenbach

Nr. 6630

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein für den Stellvertretenden Staatssekretär von Mühlberg

Eigenhändig

Berlin, den 24. April 1905

Die Hauptsache für uns ist jetzt, Zeit zu gewinnen, bis Tattenbach nach Fes kommt. Der Versuch von Delcassé, Separatverhandlungen anzuknüpfen, würde ihm nur Gelegenheit geben, Gerüchte auszusprengen, um die Mauren einzuschüchtern und die Welt irrezuleiten; deshalb empfehle ich, daß Radolin angewiesen wird, Mittwoch, den 26., nicht zum Empfang von Delcassé zu gehen. Was Delcassé denkt, ist gleichgültig; die Pariser Diplomatie aber wird daraus ersehen, daß wir den Franzosen keine Anträge machen, wie Delcassés Presse behauptet. Holstein

Nr. 6631

*Der Konsul in Fes Vassel an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach**

Ausfertigung

Nr. A 48 Fes, den 21. April 1905

Heut gab mir der Sultan Gelegenheit, die in Euerer Exzellenz geneigtem Erlaß vom 14. d. Mts. (A 12) enthaltenen Gesichtspunkte ** vor-

* In etwas veränderter und gekürzter Fassung abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 7.
** Vgl. Nr. 6627.

zutragen. Die in dem Erlasse zitierten Stellen der Delcasséschen Parlamentsrede* veranlaßten ihn zu dem Ausrufe: „Aber das sind ja reine Lügen!“ Ich benutzte die Entrüstung, in der er war, um ihm auch zu erzählen, daß die Franzosen die Behauptung dementierten, daß sie hier sich auf ein allgemeines europäisches Mandat berufen hätten**. Der Sultan bemerkte dazu, daß die Franzosen sich zu ihm selbst in diesem Sinne ausgesprochen hätten. Ich fragte, wer es gewesen sei, und erhielt zur Antwort: Saint-René selbst! Der Sultan habe darauf gefragt, wer denn die Nationen seien, da er gewußt habe, daß wir und Italien solch Mandat nicht erteilt hätten. Monsieur Saint-René habe darauf nichts erwidert, und er habe daraus seine Schlüsse gezogen, die der Verfolg ihm bestätigt hätte. Der Sultan ermächtigte mich auf meine Frage, dies zu berichten.

Für die Mitteilung gemäß Erlaß A 13 vom 14. d. Mts., die ich sodann machte, zeigte er geringeres Interesse, vielleicht weil ihm die Sache bekannt war, vielleicht weil er sie nicht zu würdigen vermag. Gegen republikanische Staatsformen hat er eine entschiedene Abneigung, aus der er kein Hehl macht.

Der Sultan teilte mir mit, daß Maclean ihm erzählt habe, Seine Majestät der Kaiser habe ein gnädiges Interessse an maurischen Melodien genommen. In der Annahme, daß dies wahr sei (sic), habe er angeordnet, in schöner Schrift eine Aufzeichnung darüber zu machen. Er bitte mich, mich zu erkundigen, ob Seine Majestät sich in diesem Sinne ausgesprochen habe, und werde, wenn sich dies bestätige, Euerer Exzellenz die Aufzeichnungen als Geschenk an Seine Majestät überreichen.

Ich suchte während der Audienz, die — an einem Freitag gewährt — an sich eine ungewöhnliche Auszeichnung ist, verschiedentlich Gelegenheit, die politische Haltung des Sultans zu den Franzosen zu erkunden. Es ist jetzt kein Zweifel mehr, daß der Sultan seinem Versprechen getreu mit Entscheidungen bis zum Augenblick hinhalten will, da er sich mit Euerer Exzellenz besprochen haben wird. „Nicht so viel habe ich versprochen,“ sagte er, indem er mit dem Finger schnippte, „und nicht so viel werde ich abmachen, ehe dein Baschador da ist und ich von ihm alles gehört habe.“ Ich habe jetzt auch sicher erfahren, daß Gabbas*** die französische Partie für verloren hält. Ich nehme nunmehr keinen Anstand mehr, mich dieser Meinung anzuschließen. Nur die Reserve habe ich zu machen, daß eine Verschiebung der Abreise Euerer Exzellenz oder Nachrichten von etwaigen deutsch-französischen Verhandlungen die Lage in ihr Gegenteil verkehren würden. Die Hof-

* Vom 31. März 1905. Gemeint ist Delcassés Behauptung, daß die marokkanische Regierung die französischen Reformvorschläge im Prinzip angenommen habe.

** Vgl. dazu Kap. CXLVI, Nr. 6557, Fußnote ***.

*** Marokkanischer Kriegsminister.

Engländer machen kein Hehl daraus, daß sie in diesen Fällen selbst dem Sultan zur Unterwerfung unter Frankreich raten würden.

Mit besonderer Verbindlichkeit teilte der Sultan mir mit, daß das Palais des Obersten Amins Schech Tasi Euerer Exzellenz zur Verfügung gestellt werde. Für Fälle der Anwesenheit zweier Gesandten werde nach dem Herkommen ein anderes Haus dem zweiten Gesandten zugewiesen. Dasselbe sei aber minder prächtig als das vom französischen Gesandten bewohnte. Der Sultan sagte, er habe sich darum nicht nur nach einem anderen, sondern nach einem prächtigeren umgesehen und dies in dem Amin Schechschen Gartenpalais gefunden. Mit anderen Worten: Hadji Omar hat seinen faux pas wieder gutmachen wollen. Vassel

Nr. 6632

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Tanger, den 25. April 1905

In einer Audienz, die Dr. Vassel am 21. hatte, versprach der Sultan nochmals, er werde vor meinem Eintreffen keine Konzessionen machen. Der Sultan hat bei dieser Gelegenheit gesagt, Herr St. René selbst habe sich ihm gegenüber bei Erörterung der französischen Forderungen auf ein Frankreich gegebenes europäisches Mandat bezogen*. Der Sultan hat Herrn Vassel ermächtigt, dies zu berichten.

Herr Harris hat in den letzten Tagen eine Besprechung mit dem Besitzer der „Times“ ** gehabt, nach dessen Mitteilungen die Presse angewiesen sei, zu „bellen“, während die englische Regierung sich auf die diplomatische Unterstützung Frankreichs pro forma beschränken werde. Tattenbach

Nr. 6633

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Washington, den 25. April 1905

Im Anschluß an Telegramm Nr. 76***.

Präsident schreibt mir folgendes: „Your letter containing the communication about Morocco is the first thing that has made me wish I

* Vgl. Nr. 6631.

** A. F. Walter.

*** In Telegramm Nr. 76 vom 15. April 1905 hatte Freiherr von Sternburg gemeldet, daß er dem Präsidenten Roosevelt gemäß erhaltener Weisung den

was not absent, for I hardly know how to arrange from here what you request."

Nachdem der Präsident abermals auf seinen in Telegramm Nr. 47 vom 9. März* auseinandergesetzten Standpunkt mit Bezug auf Marokko hinweist und mich ersucht, unsere Wünsche mit Stellvertretendem Staatssekretär Esit zu besprechen, den er benachrichtigt habe, schließt er mit den Worten: „I am sorry I am not in Washington for I should at once see the British Ambassador** myself and let you know just how things stood."

Stellvertretender Staatssekretär, welchen ich soeben aufsuchte, teilte mir mit, daß Präsident ihn beauftragt habe, englischem Botschafter mitzuteilen, daß es Wunsch des Präsidenten sei, daß England und Deutschland sich über Marokko verständigten und in Harmonie vorgingen.

Aus dem Schreiben des Präsidenten geht hervor, daß es für unsere Interessen wünschenswert ist, daß Marokkofrage bis zur Rückkehr des Präsidenten möglichst dilatorisch behandelt wird und Konferenzidee, falls möglich, bis dahin nicht weiter zur Erörterung gelangt. Ferner wäre es von Vorteil, wenn amerikanischer Gesandter in Marokko seine Regierung darauf aufmerksam machen könnte, daß Teilnahme an einer Konferenz seitens Vereinigter Staaten im Interesse der Entwicklung des amerikanischen Handels von Nutzen sein würde.

Sternburg

Nr. 6634

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 92 Berlin, den 27. April 1905

Ew. Telegramm Nr. 82*** ist in hohem Grade befriedigend, namentlich der Abschnitt zwischen „Stellvertretender Staatssekretär" und „in Harmonie vorgingen".

Wenn auch die „Harmonie" vielleicht noch weit entfernt ist, so wird die englische Regierung nach dieser Mahnung doch noch vorsichtiger sein, als sie es schon vorher war, und die französische Re-

---

deutschen Standpunkt in der Marokkofrage eingehend brieflich dargelegt und den Wunsch der deutschen Regierung nach einer Einwirkung des Präsidenten auf die englische Regierung im Sinne des deutschen Standpunktes ausgedrückt habe.

* Siehe Kap. CXLVI, Nr. 6559.

** S. M. Durand.

*** Siehe Nr. 6633.

gierung wird auf keine tatkräftige englische Unterstützung in der Marokkofrage rechnen können. Daß Frankreich, wenn es sich isoliert sieht, versuchen sollte, in direktem Widerspruch zu den Abmachungen der Madrider Konvention Marokko mit bewaffneter Hand zu unterwerfen, ist in höchstem Grade unwahrscheinlich.

Im übrigen hatte ich bereits vor dem Eintreffen des Telegramms Nr. 82 die Absicht, die Konferenzangelegenheit bis nach dem Eintreffen des Grafen Tattenbach in Fes (10. Mai) ruhen zu lasssen. Prinzipiell stehen wir auf dem Boden der vertragsmäßigen Kollektivität und haben dies sämtlichen Vertragsstaaten, einschließlich Frankreich und Marokko, notifiziert. Sollten die Franzosen uns jetzt zu einer weiteren Äußerung drängen, so werden wir darauf hinweisen, daß zwischen den deutschen und den französischen Meldungen aus Fes Widersprüche bestehen, deren Aufklärung wir durch den Grafen Tattenbach zu erlangen hoffen, und daß wir diese Aufklärung zunächst abwarten wollen. Bitte u m g e h e n d drahten, wann Präsident Roosevelt voraussichtlich zurückkehrt. Bis zu seiner Rückkehr stelle ich Ew. anheim, auch Ihrerseits den Ihnen geeignet scheinenden Grad von Zurückhaltung zu beobachten.

Falls der Stellvertretende Staatssekretär etwa infolge englischer tendenziöser Darlegungen die marokkanische bezw. die Konferenzfrage inzwischen anschneiden sollte, werden Ew. sich vielleicht am besten auf die folgenden akademischen Gesichtspunkte beschränken:

1. daß Amerika bereits vor 25 Jahren an einer marokkanischen Konferenz teilnahm, und daß seitdem doch weder Amerika noch dessen wirtschaftliches Interesse an Marokko kleiner geworden ist,

2. daß die englisch-französische Marokkokonvention vom 8. April 1904 ausdrücklich die Erhaltung des Status quo vorsieht, daß aber Frankreich jetzt aus der Absicht, den Status quo durch ein französisches Protektorat zu ersetzen, kein Hehl macht,

3. daß eine neue Konferenz das einzige ersichtliche, friedliche Mittel sein würde, um den Status quo, d. h. die Offene Tür, gegen vertragswidrige französische Übergriffe zu schützen,

4. daß, wenn die englische Regierung unter diesen Umständen sich gegen die Konferenz ausspräche, sie sich dem Verdacht aussetzen würde, daß sie in dem Abkommen vom 8. April v. Js. neben den englischen Interessen auch über die Interessen der anderen nicht befragten Vertragsstaaten habe verfügen wollen. Eine solche Stellungnahme der englischen Regierung sei umsoweniger zu erwarten, da die von Frankreich geplante Verletzung des marokkanischen Status quo, welche folgerichtig auch eine Verletzung des erwähnten englisch-französischen Abkommens impliziere, die englischen Interessen in Marokko nicht minder als alle übrigen nichtfranzösischen Interessen bedrohe. Die Haltung der englischen Kolonie in Marokko beweise dies zur Genüge.

Ob Ew. in diesem Sinne mit dem Stellvertretenden Staatssekretär bezw. mit einzelnen hervorragenden Journalisten sprechen, oder ob Sie (was vielleicht nicht unpraktisch wäre) dem Präsidenten nochmals ein kurzes schriftliches Resümee geben, oder ob Sie alles Weitere bis nach der Rückkehr des Präsidenten aufsparen wollen, das, wie gesagt, darf ich Ihnen vertrauensvoll überlassen.

Bülow

Nr. 6635

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 127 Paris, den 27. April 1905

Ministerpräsident Rouvier, der mit seiner Gemahlin gestern abend bei mir speiste, berührte mir gegenüber die deutsch-französischen Beziehungen, indem er ohne Umschweif mit sichtlicher Emotion beteuerte, daß unter keinen Umständen unser Verhältnis getrübt werden dürfte; er stehe dafür ein, daß Frankreich alles tun würde, was an ihm liege, um mit Deutschland auf dem besten Fuß zu leben[1]. Das französische Volk neige viel mehr zum deutschen als zum englischen[2]. Wenn auch eine Anzahl törichter Patrioten, die keine Verantwortung hätte, die die Revancheidee predigt und die Wiedererlangung der verlorenen Provinzen als Ziel der französischen Politik hinstellt, so sei das albernes Geschwätz. Man müsse sich mit der Tatsache abfinden, um mit Deutschland enge Freundschaftsbeziehungen anzuknüpfen[3]. Wenn beide Reiche zusammenhielten, wäre der Weltfriede gesichert. Solange er, Rouvier, die Leitung der Geschäfte habe, würde von diesen Bestrebungen nicht abgewichen werden. Mit Bewunderung sprach der Präsident von unserem allergnädigsten Kaiser, der trotz der letzten Vorgänge populär in Frankreich sei. Er deutete an, daß er wohl begriffe, wenn Deutschland seine Rechte wahre. Darauf berührte er sehr vorsichtig und zaghaft die marokkanische Frage und sagte mir, Herr Bihourd hätte das verlangte Mémoire** übergeben. Er fügte hinzu: „Alles, was möglich

---

* Dieses Telegramm Fürst Radolins ist nach einem Briefe Paléologues an den „Temps" vom 15. März 1922 von dem französischen Geheimdienst aufgefangen und entziffert worden. An die Wiedergabe des Telegrammes durch Paléologue hat sich eine leidenschaftliche Erörterung in der französischen Presse darüber geknüpft, ob die deutsche Regierung den „Kopf Delcassés gefordert habe, oder ob er ihr angeboten gewesen sei".

** Vgl. Nr. 6623, S. 333, Fußnote *.

wäre, würden wir tun und jede gewünschte Erklärung und Genugtuung geben." Er bemerkte hierbei, die lange Grenze Algiers und Marokkos erheische Regelung der Verhältnisse an derselben und rechtfertige das Bestreben, die anarchischen Zustände nach Möglichkeit zu beseitigen. Am Status quo etwas zu ändern[4] und den Handel fremder Staaten einzuschränken, davon sei nicht die Rede, und er, Rouvier, bürge dafür. Die Feststellung der 30jährigen Garantie wäre ohne Bedeutung[5] und wäre wohl hineingesetzt, um irgendeinen Zeitpunkt zu nennen. Er hätte ebensogut wegbleiben können. Jedenfalls dürften die früheren Rechte und Abmachungen fremder Staaten mit Marokko keinenfalls beeinträchtigt werden.

Zum Schluß brach er mit Leidenschaft in die Worte aus: „Il faut à tout prix que cette question soit réglée. Il est impossible et cela serait criminel que deux pays qui sont appelés à s'entendre et à se rapprocher, se brouillent — et encore pour le Maroc!"

Ich ließ den Ministerpräsidenten ruhig ausreden und verhielt mich überaus reserviert.

Ich warf nur die Worte hin, daß wir meines persönlichen Erachtens nicht in der Lage seien, die marokkanische Frage einseitig zu regeln, wir seien nicht allein, sondern einer der Staaten der Madrider Konvention. Die von Frankreich angeblich beabsichtigten Reformen könnten die nichtfranzösischen Interessen gefährden. Um das gegenseitige Mißtrauen zu beseitigen, schiene mir das einfachste Mittel, einen Gedankenaustausch der Mitunterzeichneten herbeizuführen. Als er mir erwiderte, er hätte von diesem Gedanken auch schon gehört, ohne daß ich den Eindruck gehabt, daß er denselben abwies, wurden wir unterbrochen.

Kurz vor dem Diner erfuhr ich durch einen Vertrauensmann Rouviers, daß der Ministerpräsident sich dahin ausgesprochen hat, er identifiziere sich keineswegs mit Delcassé, denn er wisse, daß die englischen Schiffe keine Räder hätten[6]. Nach allem Gesagten hatte mein Gewährsmann den Eindruck, als würde Rouvier im gegebenen Moment Delcassé nicht ungern fallen lassen.

Wie ich höre, soll Delcassé mit allen Kräften im Sinne des Friedens in Petersburg wirken.

Radolin

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:

[1] Dann soll die französische Regierung mit ihren Bestrebungen aufhören, uns isolieren, den Dreibund sprengen, England gegen uns vorschieben zu wollen.

[2] Aber nicht die maßgebenden französischen Kreise.

[3] vide Marginal ad Seite 1 (= 1).

[4] und in 30 Jahren?

[5] ??

[6] hic haeret.

Nr. 6636

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Paris, den 27. April 1905

Heute nachmittag ließ mich Herr Rouvier indirekt sondieren, wie man etwa in Berlin eine von der französischen Regierung an die Signatarmächte der Konvention von Madrid zu richtende Zirkularnote auffassen würde, in welcher Frankreich, anknüpfend an die letzten Ereignisse, seinen Standpunkt in der Marokkoangelegenheit darlegen und die Ansicht der in Frage kommenden Regierungen erbitten würde.

Als ich erwiderte, ich könnte mich selber darüber nicht äußern, meinte die Zwischenperson, es wäre doch von großem Interesse, wenn dies festgestellt werden könnte.

Vielleicht wird hiermit bezweckt, einer internationalen Konferenz vorzubeugen.

Radolin

Nr. 6637

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kries

Nr. 75 Berlin, den 28. April 1905

Antwort auf Telegramme Nr. 127 und 128**.

Danken Sie dem Ministerpräsidenten in meinem Namen für seine im Telegramm 127 erwähnten entgegenkommenden Äußerungen. Ich glaube daraus entnehmen zu können, daß er sich Rechenschaft von der Lage gibt, in welche Deutschland versetzt sein würde, wenn von seiten Dritter über deutsche Interessen verfügt worden wäre, ohne uns zu befragen. Eine Großmacht, welche ein derartiges Ignorieren ihrer Existenz ruhig hinnähme, würde sich durch einen solchen Präzedenzfall Unannehmlichkeiten, um nicht zu sagen Gefahren für die Zukunft vorbereiten. Der materielle Wert der bedrohten Interessen kommt neben Erwägungen anderer Art erst in zweiter Linie in Betracht. Aus den Eröffnungen des Ministerpräsidenten Eurer pp. gegenüber glaube ich entnehmen zu können, daß ihm der Gedanke an eine einseitige und

* In verkürzter Fassung abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 8.

** Siehe Nr. 6635 und 6636.

gewaltsame Lösung der Interessenfrage ebenso fernliegt wie der Regierung Seiner Majestät des Kaisers. Diese ist sich bewußt, daß ihre Interessen in dieser Frage identisch sind mit denen einer Anzahl anderer Staaten. Wir hoffen, daß die gegenwärtige Spannung sich unter Beteiligung aller Interessenten in befriedigender Weise erledigen lassen wird, und sind gern bereit, zu unserem Teile dabei mitzuwirken, sobald wir über die gegenwärtig in Fes geschaffene Lage genügend orientiert sein werden. Diese authentische Orientierung ist für uns um so unentbehrlicher, da die Informationen, welche wir bisher von verschiedenen Seiten bekommen haben, zum Teil sich direkt widersprechen. Wir müssen daher, um uns eine Ansicht von der Lage zu bilden, die Ankunft des Grafen Tattenbach in Fes abwarten. Derselbe wird angewiesen werden, seine Reise möglichst zu beschleunigen.

In vorstehendem ist das Telegramm 128 implizite mitbeantwortet. Eine präzise Beantwortung dieses letzteren ist, wie ich nur für Ew. bemerke, zurzeit nicht wünschenswert.

Dieselben Argumente wie beim Ministerpräsidenten werden Sie eventuell auch bei Herrn Loubet verwerten können, falls dieser das Thema anregt.

Bülow

Nr. 6638

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Paris, den 27. April 1905

„Matin" schreibt heute, die Marokkokonversation werde von deutscher Seite nicht so vertrauensvoll und herzlich geführt, wie man dies erwarten könne. Habe Deutschland noch Hintergedanken, so möge es dies sagen. Es findet bei den anderen Mächten keine Unterstützung; wolle es den Frieden stören, so werde es isoliert sein, während Frankreich sich in einer besseren Lage als im Jahre 1870 befinde.

Dieser Artikel hat in Verbindung mit einem vom „Figaro" veröffentlichten und mir von Herrn Rouvier vorher signalisierten Auszug aus dem Schiemannschen „Kreuzzeitungs"-Artikel eine Panik an der hiesigen Börse hervorgerufen und allgemeines Aufsehen erregt.

Daß die Zickzackartikel des „Matin" mit Börsenmanövern im Zusammenhang stehen, halte ich nicht für ausgeschlossen.

„Débats" erklären heute gesperrt gedruckt, die Regierung habe keinerlei Preßartikel weder direkt noch indirekt inspiriert. Das soll sich jedenfalls auf den „Matin"-Artikel beziehen.

Radolin

Nr. 6639

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Tanger, den 27. April 1905

Der englische Gesandte * hat von seiner Regierung Befehl erhalten, sich ohne Verzug an den Hof des Sultans zu begeben.

Der französische Geschäftsträger hat dem Korrespondenten des „Temps" mitgeteilt, daß der Gesandte den Auftrag erhalten habe, die französische Politik in Marokko rückhaltlos zu unterstützen.

Herr Lowther selbst hat sich gegenüber Harris in folgender Weise ausgesprochen: Er habe bislang keine Instruktion, indessen habe nach seiner Meinung die Mission den Zweck, den Franzosen zu beweisen, daß England die Bestimmungen des Aprilvertrags loyal beobachten und seine diplomatische Unterstützung nicht verweigern wolle; in die marokkanische Frage selbst werde England sich nicht verwickeln lassen. Als nächstes Ergebnis der durch ihre Bemühungen sich paralysierenden Missionen sieht der Gesandte eine Art Stillstand voraus, worauf dann der Augenblick zu einer deutsch-französischen Aussprache gekommen sein werde. Vielleicht werde in der Abgrenzung einer wirtschaftlichen Einflußsphäre für Deutschland der Boden zu einer Verständigung gefunden werden, etwa im . . . .**, unter gleichzeitiger Garantie der Souveränität und Integrität Marokkos.

Ich habe mich bisher und werde mich auch fernerhin dafür aussprechen, daß ein Sonderabkommen mit Frankreich über Marokkofrage für uns ausgeschlossen sei. Tattenbach

Nr. 6640

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Paris, den 28. April 1905

Mein neuliches Gespräch mit Herrn Rouvier hat sich über Marokko nur so weit ausgedehnt, als dies im Rahmen der Höflichkeit erforderlich war, nachdem der Ministerpräsident mich auf die Frage angeredet hatte.

Seitdem hat mich der bereits erwähnte Vertrauensmann des Herrn Rouvier indirekt wissen lassen, der Minister hätte sich ihm gegenüber dahin geäußert, ich hätte ihm nicht viel sagen können, was er vollkommen begriffe[1]. Auf die von mir hingeworfene Idee eines Gedanken-

* Lowther.

** Zifferngruppe fehlt, vermutlich: Süden.

austausches der Signatarmächte — womit wohl eine Konferenz gemeint wäre —, welche ihm an sich nicht sympathisch erscheine, hätte er mir nicht direkt antworten können.

Dagegen schiene ihm eine französische Zirkularnote an die Signatarmächte der Madrider Konferenz zweckmäßig, wenn eine solche in Berlin genehm wäre.

Sollte die Mehrheit der beteiligten Staaten sich der Aktion Frankreichs in Marokko nicht geneigt zeigen, dann würde Frankreich eben nicht nach Marokko gehen. Übrigens hätte Frankreich auch nichts dagegen einzuwenden, wenn es dem Grafen Tattenbach gelingen sollte, neue Handelsverträge mit Marokko abzuschließen. Im Falle, daß Deutschland von Frankreich die gewünschte Satisfaktion[2] erhielte, wäre es nach den mir gemachten Andeutungen dem Ministerpräsidenten sehr willkommen, wenn etwa Seine Majestät der Kaiser bei seiner Rückkehr nach Deutschland Gelegenheit nähme, ein Wort in dem Sinne zu sagen, daß es sich um einen Streit rechtlicher Natur gehandelt hätte[3], der zu seiner Befriedigung erledigt sei. Solche Worte würden die hiesigen Sympathien für den Kaiser wesentlich steigern und die Anbahnung engerer Beziehungen zwischen beiden Mächten ermöglichen.

Wie erstaunlich mir die vorstehenden Äußerungen auch erscheinen, halte ich dieselben für nicht ganz unwahrscheinlich nach der Art, wie Herr Rouvier zu mir gesprochen hat, umsomehr als der Ministerpräsident in engster Fühlung mit der schon sehr beängstigten Finanzwelt steht[4].

Sein Vertrauensmann betont allerdings, daß Herr Rouvier obige Äußerungen rein p e r s ö n l i c h getan hat, da er, ohne sich mit Herrn Loubet und Herrn Delcassé vorher über die Frage zu beraten, sich nicht o f f i z i e l l äußern könne. R a d o l i n

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Tant mieux
[2] welche?
[3] so weit sind wir noch nicht
[4] sehr gut

Nr. 6641

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 77 Berlin, den 29. April 1905

Antwort auf Telegramm 133*.

Durch mein Telegramm Nr. 75** sind Ew. bereits über die leitenden Gesichtspunkte unserer Marokkopolitik orientiert. Wir halten den

* Siehe Nr. 6640.
** Siehe Nr. 6637.

Standpunkt der vertragsmäßigen Kollektivität für den völkerrechtlich korrekten. Diesem würde aber nur unvollkommene Rechnung getragen, falls Frankreich auf die Idee käme, durch Zirkularnote in Sonderverhandlungen mit jedem einzelnen Vertragsstaat einzutreten. Wir würden uns von diesem Schritte der französischen Regierung keine vollständige Aufklärung oder Abwägung der nichtfranzösischen Interessen in ihrer Gesamtheit versprechen. Dies ist ein prinzipieller Gesichtspunkt. Neben diesem müssen wir uns aber auch über das Tatsächliche der Lage klar sein, bevor wir Stellung nehmen, d. h. wir müssen zunächst abwarten, daß Graf Tattenbach sich in Fes orientiert hat. Der französische Minister des Auswärtigen hat ein Jahr gewartet, bis er in den für solche Fälle festgelegten diplomatischen Formen den Wunsch zu erkennen gab, unsere Ansicht über die Marokkofrage zu kennen. Wenn wir nun, da doch in der Zwischenzeit mancherlei passiert ist, einige Wochen für unsere Orientierung beanspruchen, wird Herr Rouvier sich der Billigkeit dieses Anspruches nicht verschließen können. Die Besprechungen vor erfolgter vollständiger Orientierung würden von unserer Seite nur einen lediglich konjekturalen Charakter haben, also ohne praktische Bedeutung sein. Diese einfache Tatsache, daß wir uns zunächst authentisch an Ort und Stelle orientieren wollen, bitte ich überall da hervorzuheben, wo Ihnen auf französischer Seite das Bestreben entgegentritt, die durch Jahr und Tag uns gegenüber verschleppte Angelegenheit jetzt zu einem überstürzten Abschluß zu bringen.

Bülow

Nr. 6642

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Tanger, den 29. April 1905

Hatte gestern längere Unterredung mit englischem Kollegen. Er verteidigte das Abkommen vom 8. April v. Js. mit dem Hinweis auf die in Marokko rettungslos und ohne Aussicht auf Besserung herrschende Anarchie und damit, daß Frankreich allein willens und in der Lage sei, die Verantwortung für Herstellung geordneter Zustände zu übernehmen.

Ich legte ihm eingehend unsern Standpunkt dar. Unsere innere Lage verbiete uns, der Schließung von Märkten zugunsten einer einzigen Nation ruhig zuzusehen, und wir müßten auch darauf mit größtem Nachdruck bestehen, daß wir bei internationalen Abmachungen,

die unsere Interessen berühren, gehört würden. Wir seien deshalb gesonnen, unsere Interessen in Marokko auf der Basis der Madrider Konvention zu verteidigen, eventuell durch einen Meinungsaustausch mit den Signatarmächten.

Mr. Lowther erwiderte, der Konferenzgedanke sei aussichtslos. Die Hauptbeteiligten, Frankreich, England, Spanien, Italien und die Vereinigten Staaten von Amerika würden nicht kommen. Wir könnten uns mit Frankreich verständigen. Ich antwortete, dies wäre für uns ausgeschlossen; wir könnten nicht unsererseits tun, was wir Frankreich zum Vorwurf machten; wir müßten und wollten in der Sache ehrlich bleiben; überdies beanspruche Frankreich auf Grund des Abkommens vom 8. April das Protektorat, eventuell die Unterwerfung ganz Marokkos. Wo bleibe bei solchen Ansprüchen für uns genügend Raum für eine Verständigung? Es bleibe uns nur übrig, auf dem Rechtsboden der Madrider Konvention zu bleiben. Was würden die andern Signatarmächte sagen, wenn wir über ihre Köpfe hinweg uns mit Frankreich verständigen wollten? Was würde man in England selbst sagen?

Mr. Lowther erwiderte, man wolle in der Welt häufig das Ganze und sei schließlich zufrieden, die Hälfte zu bekommen.

Wenn ich auch gegenüber Mr. Lowther getan habe, als sei seine Anregung, uns mit Frankreich separat zu verständigen, nur eine ganz persönliche, von ihm selbst ausgehende Privatmeinung, so habe ich doch den Eindruck, daß er nicht ohne Auftrag gesprochen hat (und daß hinter seiner Sprache entweder ein französisches Mandat oder amerikanische Einflüsterungen zu suchen sind).

Ich muß noch hinzufügen, daß Mr. Lowther bei der ganzen Unterredung durchblicken ließ, daß die Unterstützung, die er in Fes dem französischen Gesandten zuteil werden lasse, nicht viel helfen werde.

Meines Erachtens wäre die Voraussetzung für eine Separatverständigung mit Frankreich erst dann gegeben, wenn die anderen Mächte den Konferenzgedanken von sich weisen und auch der Sultan sich unseren Ratschlägen und Wünschen gegenüber ablehnend verhält und unzuverlässig benimmt — was anzunehmen ist.

Wir würden in diesem Falle den Süden Marokkos als Einflußsphäre erhalten müssen. Das scherifische Reich ginge dabei in die Brüche, und wir würden vor der Aufgabe stehen, dort eine neue staatliche Ordnung zu schaffen. Dies würde mit einigem Geschick zu machen sein, immerhin würde es viel Geld und möglicherweise militärisches Einschreiten nach sich ziehen.

Wir stehen also vor der Entscheidung, ob wir uns damit begnügen wollen, gegen Frankreich, sei es durch Unterstützung des Sultans mit Geld und Waffen, sei es durch Anlehnung an die konservative altmarokkanische, fanatisch franzosenfeindliche Partei, einen langen diplomatischen Kampf auszufechten, dessen Ausgang zweifelhaft ist, oder ob wir durch eine Verständigung mit Frankreich ein greifbares Unter-

pfand für eine großzügige afrikanische Kolonialpolitik gewinnen wollen, die auf die Erwerbung aller französisch-afrikanischen Besitzungen abzielt.

Tattenbach

Nr. 6643

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept

Nr. 85 Berlin, den 30. April 1905

Selbst entziffern.

Der im letzten Teil von Ew. Telegramm 84* angedeutete Gedanke leitete in der Vergangenheit die deutsche Marokkopolitik und wird dieselbe unter Umständen in der Zukunft wieder leiten können, falls es Ew. gelingt, die Zukunft frei zu halten. In der Gegenwart muß sich die deutsche Politik danach regeln, daß Seine Majestät der Kaiser voriges Frühjahr in Vigo dem König von Spanien erklärt hat, er habe genug an seinem afrikanischen Besitz und wünsche in Marokko kein Gebiet, sondern nur Handelsfreiheit zu erhalten. Eine solche Erklärung bindet zwar natürlich nicht für immer, indessen waren in dem Jahr, welches seit dieser kaiserlichen Erklärung verflossen ist, die Rückwirkungen der südwestafrikanischen Vorgänge** geeignet, sowohl bei Seiner Majestät wie bei einem großen Teil des deutschen Volkes die Abneigung gegen koloniale Erwerbungen mit kriegerischer Bevölkerung zu steigern. Selbst wenn daher auf französischer Seite die Geneigtheit bemerkbar würde, uns ein Stück Marokko zur Eroberung frei zu lassen, würden wir h e u t e vielleicht nicht in der Lage sein, aus diesem Entgegenkommen Vorteil zu ziehen. Wir stehen also in Wirklichkeit vor der Alternative, den Franzosen Marokko jetzt ohne nennenswerte Kompensation für Deutschland zu überlassen, oder zunächst auf die Verlängerung der Lebensdauer des scherifischen Reiches hinzuwirken in Erwartung eines für uns günstigen Umschwungs der Verhältnisse. Hierin, also in der Freihaltung der Zukunft für die Wahrnehmung deutscher Interessen erblicke ich die wichtige Aufgabe Euerer Exzellenz. Ich präzisiere dieselbe dahin, daß Sie den Sultan veranlassen, zu erklären, er könne die französischen Forderungen nur dann in Erwägung ziehen, wenn dieselben von einer Konferenz sämtlicher Vertragsmächte beraten würden. Die Verweisung an die Konferenz betrachte ich als die für den Sultan leichteste und für uns günstigste Form der Ablehnung. Daß der Sultan die französischen Forderungen überhaupt ablehnt, ist natürlich die Hauptsache.

Bülow

* Siehe Nr. 6642.

** Der Anfang 1904 in Deutsch-Südwest-Afrika ausgebrochene Aufstand der Hereros hatte trotz aller Anstrengungen noch nicht unterdrückt werden können.

Nr. 6644

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin**

Konzept

Nr. 715 Berlin, den 1. Mai 1905

Ew. spreche ich zunächst meine rückhaltlose Anerkennung aus für Ihre bisherige Behandlung der marokkanischen Angelegenheit, insbesondere für die Art, wie Sie die Versuche pariert haben, welche Herr Delcassé gemacht hat, um den gelegentlichen, mündlichen und bruchstückweisen Mitteilungen, welche er durch Sie oder durch Herrn Bihourd hierher gelangen ließ, den Charakter eines diplomatischen Akts zu geben. Daß ein diplomatisches Aktenstück von solcher Tragweite wie das Marokkoabkommen, welches überdies, wie sich schon heute zeigt, sehr verschiedenartiger Auslegung fähig ist, nicht auf Grund mündlicher und fragmentarischer Wiedergabe beurteilt werden kann, bedarf keines Beweises. Für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit ist die schriftliche Form die durch den diplomatischen Gebrauch konsakrierte. Die formelle und materielle Insuffizienz der im Laufe des vorigen Jahres von Hérrn Delcassé durch Ew. Durchlaucht und durch Herrn Bihourd hierher übermittelten Andeutungen und Fingerzeige ist eine Tatsache, über welche keiner der beiden Teile sich nachträglich hinwegsetzen kann. Ob bei diesen Andeutungen ein Wink mehr oder weniger gegeben wurde, ist ein irrelevanter Umstand, welcher keine Remedur schafft für den foncièrement unvollständigen Charakter des Ganzen. Wir haben deshalb, als der französische Botschafter am 25. v. Mts. fragte, ob wir eine Aufzeichnung über den vollständigen Inhalt der früheren marokkanischen Besprechungen des Herrn Delcassé mit Ew. zu haben wünschten, auf die Kenntnis dieses Schriftstückes verzichtet. Dem völkerrechtlichen Brauche hätte es, wie gesagt, entsprochen, wenn Frankreich den sämtlichen Mitinteressenten, welche als solche durch die Unterzeichnung der Madrider Konferenzakte genügend gekennzeichnet sind, das französisch-englische Marokkoabkommen in den üblichen Formen nach dessen Abschluß mitgeteilt hätte. Herr Delcassé hat zwar behauptet, daß diese Mitteilung durch die Veröffentlichung des Abkommens im französischen „Journal officiel" überflüssig geworden sei. Indessen wird es dem Herrn Minister nicht entgehen, daß diese beiden Arten der Bekanntgabe einen grundverschiedenen Charakter haben. Die direkte Mitteilung ist nicht ein bloßer Akt der Courtoisie, sondern die französische Regierung hätte sich dadurch implizite den Adressaten gegenüber bereit erklärt, über deren

* In etwas verkürzter Fassung abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 10.

Interessen, falls sie dieselben berührt glaubten, in Diskussion einzutreten. Die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt hingegen stellt die unbefragten Mitinteressenten einfach vor die vollendete Tatsache.

Es beweist die konzilianten Anschauungen der deutschen Regierung, wenn sie im Hinblick auf den Artikel des Abkommens, welcher die Erhaltung des Status quo stipuliert, sich zunächst an der Vermutung genügen ließ, daß in absehbarer Zeit Veränderungen, welche schädlich auf die fremden Interessen wirken könnten, nicht beabsichtigt seien. Indessen wurde nach dem Auftreten des französischen Gesandten in Fes und nach verschiedenen anderen Anzeichen diese Vermutung unhaltbar, vielmehr zeichnet sich jetzt mit zunehmender Deutlichkeit eine Lage welche die Gesamtheit der nichtfranzösischen Interessen in Marokko bedroht. Unter diesen Umständen sieht die deutsche Regierung sich genötigt darauf hinzuweisen, daß deutsche Interessen in Marokko berührt werden können, daß diese Interessen auf vertragsmäßiger Grundlage beruhen, und daß daher über dieselben ohne Mitwirkung Deutschlands nicht verfügt werden kann. Eine Großmacht, welche bei dieser Sachlage ein Ignorieren ihrer Existenz ruhig hinnähme, würde sich durch einen solchen, zur Wiederholung einladenden Präzedenzfall Unannehmlichkeiten, um nicht zu sagen Gefahren für die Zukunft bereiten. Der materielle Wert der bedrohten Interessen kommt neben Erwägungen anderer Art erst in zweiter Linie in Betracht.

Ich will gern annehmen, daß Herrn Delcassé der Gedanke an eine einseitige und gewaltsame Lösung der Interessenfrage heute ebenso fernliegt wie der Regierung Seiner Majestät des Kaisers, welche letztere sich überdies bewußt ist, daß ihre Interessen in dieser Frage identisch sind mit denen einer Anzahl anderer Staaten. Wir hoffen, daß die jetzige Spannung sich in befriedigender Weise erledigen lassen wird, und sind gern bereit, zu unserem Teile dabei mitzuwirken, sobald wir über die gegenwärtig in Fes geschaffene Lage genügend orientiert sein werden. Diese authentische Orientierung ist für uns um so unentbehrlicher, da die Informationen, welche wir bisher von verschiedenen Seiten bekommen haben, sich zum Teil direkt widersprechen. Wir müssen daher, um uns eine Ansicht von der Lage zu bilden, die Ankunft des Grafen Tattenbach in Fes abwarten. Derselbe wird angewiesen werden, seine Reise möglichst zu beschleunigen.

Alles Vorstehende können Ew. nach Ihrem Ermessen in der nächsten Unterredung mit Herrn Delcassé oder auch sonst an geeigneter Stelle verwerten, wobei jedoch in allen Fällen eine unzweideutige französische Initiative abzuwarten sein wird. Für Ew. persönlich bemerke ich noch, daß einer der markantesten unter den aufzuklärenden Widersprüchen das angebliche Mandat betrifft. Herr Delcassé hat bestritten, daß ein solcher Auftrag von ihm erteilt oder vom Gesandten ausgeführt worden sei. Die gegenteilige Angabe, daß Herr St. René-Taillandier sich ausdrücklich und öffentlich als den Man-

datar der europäischen Mächte bezeichnet habe, erscheint jedoch in einer Weise begründet, welche es untunlich macht, über diesen für die Aktionsmittel des Herrn Delcassé bezeichnenden Inzidenzpunkt ohne weitere Nachprüfung zur Tagesordnung überzugehen. Wir warten da also, um uns eine Meinung zu bilden, die Meldung des Grafen Tattenbach ab. Herrn Delcassé gegenüber wollen Ew. eine Äußerung über die Mandatsfrage vermeiden, weil deren Spitze sich, wie die Dinge liegen, gegen den Minister persönlich richtet. Herrn Rouvier gegenüber können Ew. nach Ihrem Ermessen handeln und Ihre Entscheidung davon abhängig machen, wie der Ministerpräsident sich zur Frage überhaupt und zu Herrn Delcassé insbesondere stellt. Falls Sie davon reden, werden Sie dem Ministerpräsidenten wahrheitsgemäß sagen können, daß die Rolle, welche man Deutschland in der Mandatsfrage scheinbar hat spielen lassen wollen, der wesentliche Grund war, welcher uns veranlaßte, aus der passiven Zuschauerstellung herauszutreten.

Bülow

Nr. 6645

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 292 Paris, den 1. Mai 1905

Der mehrfach erwähnte unoffizielle Vertrauensmann Rouviers* benachrichtigt mich, er hätte den Ministerpräsidenten gesprochen. Derselbe sei wieder von der Idee einer Zirkularnote abgekommen, indem er bemerkt hätte, daß dieselbe wohl nicht zweckentsprechend sei und kaum Aussicht hätte, in Berlin günstig aufgenommen zu werden. Er begreife ganz gut, daß nichts Positives zu machen sei, bis man wisse,

* Als „unoffizielle Vertrauensmänner" Rouviers erscheinen in den Akten neben dem Bankier W. Betzold (vgl. das folgende Schriftstück Nr. 6646) wiederholt zwei Pariser Finanzmänner, Armand Lévy und Léon. Über jenen vgl. Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 247 f.; III, 147 ff. Über Léon heißt es in einem etwas späteren Berichte Fürst Radolins vom 29. August 1905 (siehe Kap. CXLIX, Nr. 6794): „Ich erhielt heute den Besuch des bekannten M. Léon, der als nicht-französischer Staatsangehöriger — er ist türkischer Untertan — und wegen seiner finanziell sehr unabhängigen Stellung sein franc parler mit den leitenden Männern und auch mit Herrn Rouvier hat. Er ist unzweifelhaft ein warmer Verfechter der deutsch-französischen Annäherung und hat nicht wenig dazu beigetragen, die neuen französischen Minister davon zu überzeugen, daß Deutschland ebenfalls die ehrliche Absicht hat, sich mit Frankreich zu verständigen, nachdem die deutschfeindlichen Einflüsse unter Herrn Delcassé beseitigt worden waren."

zu welchem Resultat die Mission Tattenbach gekommen. Übrigens habe der Präsident nichts gegen letztere einzuwenden und fände es ganz natürlich, daß Deutschland sich orientieren und eventuell auch neue Handelsverträge mit dem Sultan abschließen wolle.

Man würde sich sicherlich überzeugen, daß Frankreich keine Sondervorteile[1] verlange, sondern nur die Grenze gesichert sehen wolle, und daß alle interessierten Mächte der gleichen Handelsvorteile teilhaftig wären und sein würden[2] wie Frankreich.

Bezüglich der Idee einer Konferenz äußert sich der Vertrauensmann in Wiedergabe der Gedanken Rouviers: man muß mit dem Umstand rechnen, daß für die gemeinschaftliche Sachbehandlung der Marokkofrage die französische Diplomatie (d. h. das Auswärtige Ministerium) à tort ou à raison sich so engagiert hat, daß es schwierig ist, heute eine Konferenz anzubahnen, zumal bei einer solchen man als sicher annehmen könne, daß England sich nicht beteiligen werde und ebensowenig Spanien wie auch wahrscheinlich Italien.

Diese letztere Deduktion ist mir nicht ganz verständlich, ich wollte aber nicht durch Erläuterungen in ein eingehendes Gespräch verwickelt werden. Ich hielt mich nicht für berufen, dem Sprecher gegenüber auf die Sache näher einzugehen; ich bemerkte nur, daß ich nicht glaubte, daß wir uns auf Sonderverhandlungen einlassen könnten, da wir nicht allein interessiert seien.

Mein Interlokuteur fuhr fort, ob es denn nicht möglich wäre, die Regelung aller schwebenden Fragen zwischen Deutschland und Frankreich mit einem Male zum Ausgleich zu bringen, so daß es nicht den Anschein hätte, als ob wegen Marokko allein verhandelt würde. Wir würden dann leicht zu einem Arrangement kommen, welches ähnlich oder analog wäre mit dem zwischen Frankreich und England abgeschlossenen Vertrage. In einer solchen Besprechung würden beispielsweise unsere gegenseitigen Grenzbeziehungen in Mittelafrika (eine eventuell dort zu bauende Eisenbahn), auch die Bagdadbahnfrage, kurzum was da noch sonstwie, geregelt werden können. Bezüglich der Marokkofrage könnte man bei dieser Gelegenheit sich über den Modus verständigen, wie man gegenüber den anderen Mitunterzeichnern des Madrider Vertrages die Angelegenheit regeln wolle. Wenn diese Form in Berlin nicht genehm wäre, dann müßte man eine andere Form suchen, die beide Teile befriedigen könnte. Selbstredend müsse jede Anspielung auf die verlorenen Provinzen völlig ausgeschlossen bleiben.

Ich verhielt mich bei allen diesen Vorschlägen gänzlich passiv und erwiderte dem Herrn, ich könnte mich in keiner Weise äußern und behandle das Gehörte als eine streng vertrauliche und ganz private Mitteilung, die nichts Bindendes habe.

Mein Gewährsmann fährt fort: Unter die Vorwürfe, die Herr Rouvier Herrn Delcassé gemacht, gehöre auch jene Bagdadfrage. Herr Delcassé hätte dieselbe seinerzeit in für Deutschland wenig entgegen-

kommender Weise behandelt, um sich in Rußland lieb Kind zu machen. Herr Rouvier wäre darüber ungehalten, wie er überhaupt die neun Milliarden bedauert, die teilweise vor seinem Ministerium und gegen seinen Willen nach Rußland gewandert seien. Dieser Tage habe Herr Rouvier mit seinen Kollegen betreffs der vorgedachten Punkte (einer möglichen Verständigung mit Deutschland) Fühlung genommen und natürlich auch mit Delcassé. Letzterer hätte diese Gelegenheit benutzt, ihm zu sagen, wie gut es doch sei, daß er (Delcassé) die Regelung der Bagdadbahnfrage noch in Reserve habe, denn sie bilde möglicherweise heute noch eine monnaie d'échange.

Herr Rouvier (meint sein Vertrauensmann) teile diese Ansicht nicht; da die Angelegenheit aber noch nicht ganz so geregelt sei, wie es Deutschland wünsche, wäre er bereit, auch diese Frage zur Erledigung zu bringen.

Die mir mitgeteilten angeblichen Ansichten und Äußerungen des Ministerpräsidenten sind, glaube ich, die richtige Wiedergabe seiner Gedanken. Sie decken sich zum großen Teil mit dem, was mir Herr Rouvier selbst gesagt. Nur war er mir gegenüber in seinen Worten vorsichtiger und zurückhaltender. Was er mir nicht direkt sagen zu können glaubt, läßt er mir anscheinend durch einen Dritten mitteilen, schon weil es weniger bedeutend, um nicht zu sagen weniger kompromittierend für ihn ist.

Immerhin glaube ich, diese immerhin interessanten Mitteilungen Euerer Exzellenz in aller Eile unterbreiten zu sollen.

Radolin

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Wirklich?
[2] auf wie lange?

Nr. 6646

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 2. Mai 1905

Auftraggemäß empfing ich soeben Herrn Betzold*. Die Unterhaltung dauerte über anderthalb Stunden. Betzold entwickelte zunächst

---

* Vgl. zu Betzolds Berliner Reise die Angabe Dr. Paul von Schwabachs im „Berliner Tageblatt" vom 29. März 1922: „Richtig ist, daß ein mir persönlich bekannter Vertrauensmann M. Rouviers mich etwa am 1. Mai 1905 aufsuchte, mir von des letzteren Absicht, seinen Auswärtigen Minister auszuschiffen, Mitteilung machte und mich ersuchte, eine Unterredung zwischen Herrn von Holstein und ihm zu vermitteln. Herr von Holstein erklärte sich

die dem Herrn Reichskanzler bereits bekannten Ansichten von Rouvier. Ich wies darauf hin, daß die marokkanische Frage vor einem Jahr sich zwischen Frankreich und Deutschland recht leicht hätte erledigen lassen. Heute sei die Sache dadurch erschwert, daß wir nach langem Zuwarten uns endlich gezwungen gesehen hätten, Stellung zu nehmen. Wir hätten uns auf den Boden der vertragsmäßigen Kollektivität gestellt und diese Tatsache amtlich zur Kenntnis sämtlicher Vertragsmächte gebracht. Wir könnten nun nicht einige Wochen später, ohne daß sich inzwischen in der Lage etwas geändert habe, unser Programm umwerfen und mit Frankreich ein Separatabkommen schließen. Im politischen und privaten Geschäftsleben würde jemand, der so handele, allen Kredit für die Zukunft einbüßen. Die Politik des Herrn Delcassé sei es, welche uns endlich zur Stellungnahme gezwungen habe.

Ich beleuchtete sodann die Politik des Herrn Delcassé Deutschland gegenüber. Zunächst ließ ich Herrn Betzold den telegraphischen Erlaß des damaligen Staatssekretärs, heutigen Herrn Reichskanzlers, an den Grafen Münster vom 18. Juni 1898 sowie die Antwort des letzteren vom 19. Juni lesen*. Es handelte sich damals um einen deutschen Vorschlag zu deutsch-französischem Zusammengehen in einer portugiesischen Finanz- und Kolonialfrage. Auf diesen Vorschlag ging der Minister Hanotaux für seine Person ein und instruierte den französischen Gesandten in Lissabon dementsprechend. Hanotaux behielt sich vor, dem Ministerrat die prinzipielle Frage eines deutsch-französischen Zusammengehens gleich nach Abschluß der gerade schwebenden Ministerkrisis vorzutragen. Die Krisis endete jedoch mit dem Sturz des Ministeriums, und von da ab, während des siebenjährigen Regiments von Delcassé, war von keinem deutsch-französischen Zusammengehen irgendwelcher Art mehr die Rede. Die deutsche Demarche vom 18. Juni 98 blieb unbeantwortet, und verschiedene spätere deutsche Versuche, in Einzelfragen zu einem Einvernehmen zu gelangen, blieben nicht nur erfolglos, sondern wurden nach Möglichkeit dazu benutzt, um Deutschland zu isolieren und in eine schiefe Lage zu bringen. Delcassés Politik gegen uns war nicht offen feindlich, aber stets hinterlistig und in der Marokkofrage geringschätzig. Gegen diese letztere Art der Behandlung zu reagieren, halten wir für eine politische Notwendigkeit ohne Rücksicht auf etwaige Folgen, weil sonst die Methode Delcassé schnell Nachahmer finden würde.

Die Schwierigkeiten der heutigen Lage sind zwei: einmal die Tatsache, daß wir uns jetzt in einer bestimmten Richtung festgelegt haben,

---

nach anfänglichem Zaudern bereit, den Rouvierschen Abgesandten zu empfangen, äußerte indes mir gegenüber die Absicht, sich starke Zurückhaltung aufzuerlegen, da der Anschein einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes vermieden werden müßte."

* Siehe Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3813 und 3814.

sodann das absolute Mißtrauen gegen eine französische Politik, welche von Herrn Delcassé geleitet wird. Wir glauben, daß Delcassé nicht bei der Wahrheit bleibt, und daß er jede Gelegenheit benutzt, um die deutsche Politik zu entstellen.

Wir haben unsern guten Willen, mit Frankreich in Einzelfragen zusammenzugehen, oft genug bewiesen, in der Marokkofrage aber sehen wir im Hinblick auf die zwei eben erwähnten Hindernisse keine Möglichkeit, uns jetzt, heute oder morgen oder in nächster Zukunft, mit Frankreich zu verständigen.

Deshalb schiene das Richtige, für den Augenblick das Tempo zu verlangsamen bezw. einen zeitweiligen Stillstand eintreten zu lassen nach der überstürzten Aktion des Herrn Delcassé. Warum Herr Delcassé die Dinge so überstürzt habe, sei uns unerfindlich. Vom Standpunkte der französischen Illusionen aus, d. h. im Hinblick auf die gehoffte russische Unterstützung, sei die Zeit so ungünstig gewählt wie möglich. Wir Deutschen glaubten zwar an diese russische Unterstützung überhaupt nicht wegen der intimen Beziehungen der beiden Kaiserfamilien und wegen der russischen Balkaninteressen, welche Rußland bei einem deutschen Kriege doch vollständig im Stich würde lassen müssen. Aber französische Staatsmänner dächten anders. Dies zeige auch der Hinweis auf die russischen Niederlagen in der Rede des Herrn Rouvier, welche ihm übrigens der Herr Reichskanzler durchaus nicht verübelt habe. Wie sei es da zu verstehen, daß Herr Delcassé gerade jetzt die Marokkofrage brüskiert habe? Wir fänden dafür nur eine Erklärung, nämlich die, daß Herr Delcassé von englischer Seite ermuntert und zur Eile angetrieben worden sei. England, im Gegensatz zu Frankreich, könne sich gar keinen günstigeren Augenblick als den jetzigen wünschen. Rußland habe schon alle Hände voll zu tun; wenn jetzt auch noch zwischen Frankreich und Deutschland eine scharfe Spannung einträte, würde England in Abessinien, Maskat und im Persischen Golf überhaupt machen können, was es wolle.

Betzold zeigte volles Verständnis und notierte sich einzelne Daten, wollte auch Rouvier raten, sich bei Hanotaux zu erkundigen.

Zum Schluß wiederholte ich, unsere Vergangenheit beweise, daß der Wunsch zu einem guten geschäftlichen Einvernehmen mit Frankreich vorhanden sei. Über das Wie? einer Verständigung in der Marokkofrage könne ich mich nicht äußern, denn ich sähe den Weg zurzeit selber nicht. Langsames Tempo, zeitweiliger Stillstand und Beseitigung von Delcassé, das wäre wohl das nächste. Betzold erklärte, hinsichtlich Delcassés teile Rouvier vollkommen die hiesige Auffassung und traue ihm nicht über den Weg. Betzold schien anzunehmen, daß Delcassé bald in Bourgeois einen Nachfolger erhalten werde.

Holstein

Nr. 6647

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 291 Paris, den 30. April 1905

Heute habe ich Gelegenheit genommen, im Sinne der mir erteilten Weisung * dem Ministerpräsidenten, Herrn Rouvier, Euerer Exzellenz Dank für seine persönlichen Äußerungen auszusprechen. Er war sichtlich erfreut und hat mich beauftragt, mit seinen besten Empfehlungen seine Erkenntlichkeit zum Ausdruck zu bringen.

Herr Rouvier schloß daran die mir bereits gemachte Versicherung, wie sehr er das ernste Bestreben habe, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die zwischen Frankreich und Deutschland beständen, um ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden großen Kulturstaaten hergestellt zu sehen. Herr Rouvier meinte, gleichzeitig mit der Marokkofrage könnte eine Reihe anderer Fragen geregelt werden, die für Deutschland von Interesse wären.

Darauf verwies mich der Minister auf die Madrider Konvention von 1880, indem er mir bemerkte, daß ja der Artikel 17 die Meistbegünstigungsklausel enthielte, und daß nach jenem Vertrag, der übrigens k e i n e n Termin vorsehe, alle Abmachungen der einzelnen Staaten mit Marokko für die Folge maßgebend und bindend seien. Es wäre daher nach dem Text der Madrider Konvention gar nicht erforderlich gewesen, in dem englisch-französischen Abkommen den Termin von 30 Jahren anzunehmen. Das letzte englisch-französische und auch das spanische Abkommen könnten sonach diese früheren Stipulationen nicht beseitigen. Die Worte des Kaisers in Tanger wären übrigens seiner Ansicht nach im Einklang mit dem Programm der französischen Politik.

Die von Seiner Majestät erwähnte Unabhängigkeit Marokkos, Freiheit und Gleichheit aller Mächte auf kommerziellem und industriellem Gebiete seien auch die französischen Grundsätze. Die einzige Bevorzugung, die Frankreich mit Rücksicht auf seine weit ausgedehnte Grenze verlangte, sei, Vorkehrungen entlang derselben zu treffen, um Ruhe und Sicherheit zu schaffen. Es läge im Interesse aller Mächte, dem dortigen Zustand der Anarchie ein Ende zu machen. Herr Rouvier signalisierte mir einen Artikel des „Petit Parisien", der dies bestätigt. Ich lege denselben gehorsamst bei. Er versicherte mich aber, daß der Artikel keineswegs von ihm inspiriert sei. Der Minister wiederholte nochmals, daß er die Kaiserlichen Worte in

* Siehe Nr. 6637.

Tanger nur unterschreiben könne. Darauf bemerkte Herr Rouvier, daß es ihm am zweckmäßigsten scheine, wenn man sich auf Grund dieser Übereinstimmung der beiderseitigen Ansichten und Ziele verständigte und feststellen wollte, daß die Grundsätze der Madrider Konvention nach wie vor unberührt blieben.

Ich ließ Herrn Rouvier ausreden und erwiderte auf seinen meridionalen Wortschwall im Sinne und Rahmen der mir erteilten Instruktion, ohne aus meiner Reserve zu treten, daß meiner Ansicht nach wir uns auf Sonderverhandlungen nicht gut einlassen könnten und eine vertragsmäßige Kollektivität mir wohl als das Richtigste schiene. Auf etwas Positives könne indes schwerlich eingegangen werden, bis nicht die Verhältnisse in Fes durch unsere Mission klargelegt wären.

Ich bat ihn, diese Äußerungen als meine rein persönliche Ansicht anzusehen, da ich die Entschließungen der Kaiserlichen Regierung noch nicht kennte und keinen Auftrag hätte, mich zu äußern. Hierauf erwiderte Herr Rouvier, daß er dies vollständig begriffe, „nous parlons en amis de moi à vous, ce n'est pas l'ambassadeur qui parle". Er fuhr fort, indem er hervorhob, daß ihm die Konferenzidee schwer ausführbar und nicht wohl zweckentsprechend schiene. Außerdem würde sich England, Spanien und wohl auch Italien nicht anschließen. „Il faut absolument trouver un moyen, um einen Ausweg zu finden", waren seine Worte. Er meinte nach einigem Nachdenken: „Wir könnten ja vielleicht zu einer ähnlichen Abmachung kommen, wie wir es mit England getan, wo alle fraglichen Punkte, so auch Marokko, ihre Erledigung fänden." Ich schwieg hierzu.

Darauf kam Herr Rouvier auf Herrn Delcassé zu sprechen und sagte mir, er mißbillige vieles, was geschehen sei. Der Auswärtige Minister habe zur Aufgabe, nur das auszuführen, was im Ministerkonseil beschlossen sei, er hätte sich aber eine gewisse Unabhängigkeit angeeignet und ginge über seine Befugnisse hinaus. Nachdem er (Rouvier) sich hiervon überzeugt habe, hätte er ihm die Flügel dadurch beschnitten, daß er sich selbst um die auswärtige Politik kümmert und sich alles vorlegen läßt, um Herrn Delcassé zu kontrollieren.

Ich war einigermaßen erstaunt über die Offenheit des Präsidenten über diese Interna, besonders als er zum Schluß hinzufügte, es hätte ihm Mühe genug gekostet, Herrn Delcassé, dessen Demission* wohl kaum ernst zu nehmen gewesen, (ich glaube sogar mich zu erinnern, daß er das Wort Komödie gebraucht hat) in der Kammer zu retten; er hätte es aber für klüger erachtet, es zu tun.

Radolin

---

* Delcassé hatte kurz nach der Kammerdebatte vom 19. April ein Entlassungsgesuch eingereicht, es aber gleich wieder zurückgezogen.

Nr. 6648

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Persönlich für Herrn Reichskanzler Rom, den 2. Mai 1905

Herr Luzzati machte im Auftrage Delcassés bei mir Demarche, nach der Frankreich bereit ist, Seiner Majestät dem Kaiser irgendeine uns erwünschte und von uns zu bezeichnende eklatante Genugtuung zu gewähren, um darauf Marokkofrage in einer französisches Ehrgefühl nicht zu tief verletzenden Weise gemeinsam zu regeln. Herr Barrère sei ermächtigt, mir dies Anerbieten zu wiederholen und in Pourparlers einzutreten.

Ich habe zunächst abgelehnt, mit Barrère Fühlung zu nehmen, weil dies meinen amtlichen Wirkungskreis überschreite, doch sagte ich Luzzati, ich würde privat Euerer Exzellenz Meldung erstatten.

Ausführliche Darlegung der ganzen Unterhaltung mit Luzzati wird soeben mundiert*. Da ohne dieselbe ganze Angelegenheit nicht verständlich, sende ich per Feldjäger meine Aufzeichnung so zeitig nach Karlsruhe, daß Euere Exzellenz das Schriftstück vor Eintreffen Seiner Majestät** dort haben. Gehen Euere Exzellenz nicht nach Karlsruhe, bitte ich um sofortige telegraphische Nachricht.

Nach meinem Eindruck ist mit dieser französischen Offerte Marokkofeldzug von Euerer Exzellenz gewonnen und zugleich Möglichkeit definitiven freundschaftlichen Generalabkommens mit Frankreich eröffnet.

Sehr wünschenswert, daß jetzt keinerlei antifranzösische Kundgebung veranstaltet wird.

Monts

---

* Der ausführliche „Privatbericht" Graf Monts' vom 2. Juni, der mit einem Privatbriefe vom 3. an den Reichskanzler persönlich gerichtet wurde, wird hier nicht abgedruckt, da er nichts wesentlich Neues gegenüber dem Telegramm vom 2. enthält und durch die direkten Pourparlers zwischen Rouvier und Radolin überholt war.

** Am 5. Mai traf Kaiser Wilhelm II. von seiner Mittelmeerfahrt in Karlsruhe ein; auch der Reichskanzler begab sich dorthin, um dem Monarchen Vortrag zu halten.

Nr. 6649

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 93 Berlin, den 3. Mai 1905
Persönlich

Antwort auf Telegramm von gestern*.

Herrn Luzzati bitte ich zu sagen, daß ich seine alten und freundschaftlichen Gesinnungen in dem Schritte wiedererkenne, welchen er unternommen hat, um die gegenwärtigen marokkanischen Schwierigkeiten zu ebnen.

Daß auf französischer Seite gegenwärtig der Wunsch besteht, die Marokkofrage, soweit Deutschland in Betracht kommt, durch ein deutsch-französisches Sonderabkommen zu erledigen, war mir bereits bekannt. Leider ist diese Erledigung heute nicht so leicht, wie sie vor Jahresfrist gewesen wäre, denn die deutsche Regierung hat inzwischen feste Stellung genommen auf dem Boden der vertragsmäßigen Kollektivität. Es ist unmöglich für uns, unmittelbar nachdem wir allen Vertragsregierungen diesen unsern Standpunkt formell mitgeteilt haben, ein Sonderabkommen mit Frankreich abzuschließen und dadurch die übrigen Mitinteressenten sich selbst zu überlassen, noch bevor dieselben Zeit gehabt haben, ihrerseits Stellung zur Frage der vertragsmäßigen Kollektivität zu nehmen. Eine anständige Motivierung würde sich für einen derartigen plötzlichen Frontwechsel kaum finden lassen.

Hierzu kommt, daß wir, um über marokkanische Dinge zu verhandeln, zunächst die gegenwärtig in Fes geschaffene Lage kennen müssen. Die Mitteilungen, welche uns hierüber von verschiedenen Seiten zugegangen sind, stehen zum Teil in direktem Widerspruch. Wir können daher uns ein Urteil erst bilden, wenn wir durch Graf Tattenbach von Fes aus orientiert sein werden. Aus diesen beiden Gründen müssen wir es uns versagen, jetzt in marokkanische Sonderverhandlungen, gleichviel welcher Art, einzutreten.

Vorstehendes wollen Ew. Herrn Luzzati bestellen.

Für Ew. ausschließlich persönliche Information bemerke ich aber noch, daß der Kaiserliche Konsul in Fes in dem letzten hier eingegangenen Berichte (vom 21. April)** sagt, die französische Mission in Fes habe allmählich die Hoffnung aufgegeben, vom Sultan irgendwelche Konzessionen zu erlangen. Man warte dort mit Spannung auf die Nachricht von der etwaigen Eröffnung deutsch-französischer Sonderverhandlungen. Diese Nachricht würde nach der Überzeugung des Konsuls augenblicklich die Lage in ihr Gegenteil verwandeln und so-

* Siehe Nr. 6648.
** Siehe Nr. 6631.

wohl den Sultan wie die andern in Betracht kommenden Marokkaner zur Unterwerfung unter Frankreich geneigt machen. Der Gedanke liegt nicht fern, daß der französische Gesandte in Fes an seinen Auswärtigen Minister im selben Sinne berichtet hat, und daß letzterem bei seinen durch Luzzati vermittelten Eröffnungen das doppelte Ziel vorschwebte, dadurch entweder eine Verständigung mit Deutschland oder die Unterwerfung des Sultans zu erreichen. Nach letzterer würde die Verständigung mit Deutschland wesentlich erleichtert, wenn nicht ganz entbehrlich werden. Von dieser Erwägung bitte ich jedoch nach außen hin nichts merken zu lassen. Für die Motivierung unserer temporär ablehnenden Antwort genügt der Hinweis, daß wir nicht von einem Tage zum andern das Programm wechseln können, und daß wir zunächst authentische Nachricht über die diplomatische Lage in Fes abwarten müssen.

Bülow

Nr. 6650

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 740 Berlin, den 4. Mai 1905

Ew. beehre ich mich, in der Anlage ein auf die marokkanische Frage bezügliches Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Rom* zu übersenden. Herr Delcassé hat sich an den früheren Schatzminister, Herrn Luzzati, gewandt, um durch diesen den Grafen Monts wissen zu lassen, daß er, Delcassé, bereit sein würde, mit der Kaiserlichen Regierung in Separatverhandlungen wegen Marokko einzutreten, und daß Herr Barrère ermächtigt sei, sofort zu verhandeln.

Ich habe auch hier wiederum geantwortet, daß die Erledigung der Marokkofrage vor Jahresfrist leichter gewesen sein würde als heute, wo wir inzwischen durch das beschleunigte Tempo der französischen Aktion in Marokko gezwungen worden seien, Stellung zu nehmen. Nachdem wir vor ein paar Wochen sämtlichen Vertragsstaaten erklärt hätten, daß wir auf dem Boden der vertragsmäßigen Kollektivität ständen, könnten wir heute nicht ein Sonderabkommen mit Frankreich schließen gleich auf das erste französische Anerbieten hin, und ohne daß sich sonst etwas in den Verhältnissen seit unserer Kollektivitätserklärung geändert hätte. Hierzu komme, daß wir, um über marokkanische Dinge zu verhandeln, zunächst die gegenwärtig in Fes geschaffene Lage kennen müßten, über welche uns von verschiedenen Seiten wider-

* Siehe Nr. 6648.

sprechende Mitteilungen zugegangen seien. Wir warteten darüber zunächst Orientierung durch Graf Tattenbach ab. Aus diesen beiden Gründen müßten wir es uns versagen, jetzt in marokkanische Sonderverhandlungen, gleichviel welcher Art, einzutreten.

Ew. werden in der Lage sein festzustellen, ob dieser komplizierte Verhandlungsversuch den Absichten des Ministerpräsidenten Rouvier entspricht, oder ob wir es mit einem Akt persönlicher Politik des Herrn Delcassé zu tun hatten. Ich bin geneigt, letzteres anzunehmen, weil Herrn Rouvier direkte Informationskanäle verschiedener Art zur Verfügung stehen und er auch wohl inzwischen mit seinem klaren, geschäftsmännischen Blick zu der Überzeugung gelangt sein wird, daß auf unserer Seite kein feindlicher Wille, wohl aber die Unmöglichkeit vorliegt, von heute auf morgen einen vollständigen Frontwechsel vorzunehmen. Wir haben lange genug geduldig gewartet, bis wir Stellung nahmen; nachdem wir aber Stellung genommen haben, müssen wir gegen uns und gegen andere gewisse Rücksichten beobachten, wenn wir nicht den Kredit verlieren wollen, welchen eine Regierung ebenso nötig braucht wie eine Privatfirma. Ich möchte glauben, daß Herr Rouvier für die gegebene Lage ein klares Verständnis hat.

Um die ganz unnötigerweise zwischen Frankreich und uns wegen der Marokkofrage herbeigeführte Divergenz schließlich zu beseitigen, sehe ich nur ein Mittel, Verlangsamung des Tempos der überstürzten Marokkoaktion, zeitweiliger Stillstand, so zwar, daß die Zukunft reserviert bleibt. Ein Mittel, um den schon an sich schnellen Zerfall des scherifischen Reiches zu hindern, wird schwerlich zu finden sein. Die Dinge werden also ihren Gang gehen, und in der Zwischenzeit wird kein Dritter sich zwischen Marokko und die algerische Grenze einschieben. Durch das Warten werden die Aussichten Frankreichs also nicht verändert. Höchstens erleidet die persönliche Eilpolitik des Herrn Delcassé einen Echec. Diese Eilpolitik war für uns immer ein Rätsel, es fehlt die Erklärung dafür, durch was oder durch wen Herr Delcassé die Marokkofrage unter gleichzeitiger absichtlicher Brüskierung Deutschlands beschleunigte zu einem Zeitpunkt, welcher gerade im Hinblick auf die französischen Illusionen, d. h. auf die bei einem deutsch-französischen Konflikt von Frankreich erhoffte russische Unterstützung der denkbar ungünstigste ist. Wir deutschen Politiker sehen ja die Dinge anders an, wir glauben nicht daran, daß Rußland mit Frankreich zusammen gegen uns vorgehen wird, und zwar aus drei Gründen: Erstens würde Frankreich, wenn die Dinge so wie bisher von Herrn Delcassé weitergeführt werden, in Marokko der angreifende Teil sein, Deutschland befände sich also bei der Verteidigung seiner marokkanischen Interessen in der Defensive, der casus foederis läge also nicht vor. Zweitens haben die intimen Beziehungen der beiden Kaiserfamilien doch Bedeutung genug, um zu verhindern, daß Rußland ohne

Notwendigkeit, d. h. ohne Bündnisfall uns angreift. Drittens müßte Rußland bei einem deutschen Kriege seine Balkaninteressen vollständig außer acht lassen, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß am Balkan und an den Meerengen während des russisch-deutschen Krieges vollendete Tatsachen geschaffen werden würden, welche zu hindern Rußland ein intérêt majeur hat. Aus diesen Gründen glauben wir, wie gesagt, nicht, daß Frankreich in einem marokkanischen Kriege die Unterstützung Rußlands erlangen würde. Wenn aber französische Staatsmänner hierüber anders denken, so ist die Eile des Herrn Delcassé noch weniger verständlich. Wir haben dafür nur die eine Erklärung, daß der französische Minister von englischer Seite ermuntert und angetrieben wurde. Denn für die englischen Interessen wäre eine Marokkokrisis im jetzigen Moment das günstigste, was passieren könnte. Zwischen England und Frankreich bestehen der entente cordiale zum Trotz unausgetragene Gegensätze hinsichtlich Abessiniens und des Persischen Meerbusens (Maskat). Ein deutsch-französischer Konflikt, schon eine scharfe Spannung ohne Krieg würde den Engländern, da auch Rußland alle Hände voll zu tun hat, vollständig freie Hand lassen, um sich in den genannten Gebieten festzusetzen. Es ist notorisch, daß der fortschreitende Aufstand in Jemen nur von englischer Unterstützung lebt; die Frage, in wessen Interessensphäre Abessinien künftig fallen soll, bildet zurzeit zwischen England und Frankreich Gegenstand lebhafter Erörterungen; aus der Region von Maskat endlich, welche früher unter französischem Einfluß stand, haben die Engländer zwar Frankreich schon tatsächlich verdrängt, zögern aber aus naheliegenden Gründen, sich formell dort festzusetzen, während Frandreich frei und unbeschäftigt ist. Ein deutsch-französischer Konflikt gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo Rußland ermattet ist, würde also den Engländern unabsehbare Vorteile schaffen mit möglichst geringen Opfern. Es ist daher begreiflich, wenn die englische Diplomatie nichts unversucht läßt, um Herrn Delcassé aufzustacheln.

Falls Herr Rouvier, wie ich nach dessen Äußerungen mit Bestimmtheit annehme, sich die Frage vorlegt, durch welche Mittel — ich rede nur von anständigen Mitteln, die einer Großmacht würdig sind — es sich verhindern läßt, daß Deutschland und Frankreich die englischen Kastanien aus dem Feuer holen, so wird er voraussichtlich auch nichts anderes finden als wir, nämlich Zeitgewinn und die Zukunft reservieren. Vielleicht wird er auch bei genauer Prüfung finden, daß die von den Engländern in allen Tonarten perhorreszierte Konferenz in Wirklichkeit das einwandfreieste Mittel ist, um dieses Ziel zu erreichen. Der Konferenzgedanke wurde von uns in den Vordergrund geschoben, weil wir darin ein praktisches Mittel erblickten, um eine friedliche Lösung herbeizuführen, ohne irgendeine Macht zu schädigen oder zu kränken. Der Vorteil der Konferenz liegt darin, daß sie keine positiven Resultate

haben kann. Sie wird weder marokkanisches Gebiet verteilen, noch den fortschreitenden Zerfall Marokkos hindern können. Sie erfüllt ihre Aufgabe, indem sie die Gefahr eines akuten Konflikts beseitigt und gleichzeitig die Zukunft reserviert.

Soweit es mir möglich ist, mich in die Lage eines französischen Staatsmannes hineinzudenken, komme ich zu dem Schluß, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Konferenz den französischen sowohl wie den deutschen Interessen entspricht. Falls Herr Rouvier zu der gleichen Ansicht gelangen sollte, würde es nur darauf ankommen, daß er als verantwortlicher Leiter der französischen Politik diese seine Entscheidung rechtzeitig zum Ausdruck bringt, um die Spontaneität derselben vor der Welt zu konstatieren. Deutschland hat zwar den Konferenzgedanken als richtig bezeichnet, hat jedoch keine Konferenz beantragt. Nichts hindert also Frankreich, in dieser Richtung die Initiative zu nehmen. Ich mache diesen Vorschlag, weil ich keinen besseren sehe, und weil ich glaube, daß derselbe sich beim Versuch als nützlich bewähren wird und dadurch vielleicht der Ausgangspunkt für eine allmähliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen werden kann. Ich schmeichle mir nicht, daß Herr Rouvier oder ich das Verschwinden des Revanchegedankens erleben werden, wohl aber glaube ich, daß Einzelfragen fortdauernd entstehen werden, wo Deutschland und Frankreich zusammengehen können zu beiderseitigem Vorteil, und ohne daß einer von beiden sich etwas vergibt. Die letzte Anregung in dieser Richtung hat der deutsche Botschafter Graf Münster am 18. oder 19. Juni 1898 beim Minister Hanotaux gemacht. Unsere damalige Anregung ist jedoch bis auf den heutigen Tag unbeantwortet geblieben. Wir haben daraus ebenso wie aus der Behandlung der Marokkofrage den Schluß ziehen müssen, daß seit 1898 die französische auswärtige Leitung dem Grundsatze untergeordnet ist, Deutschlands Existenz zu ignorieren.

Da die Äußerungen des Herrn Rouvier, seit dieser neuerdings der auswärtigen Politik seine Aufmerksamkeit zugewandt hat, geeignet sind Vertrauen einzuflößen, so stelle ich Ew. anheim, nach Ihrem Ermessen alles Vorstehende mit ihm eingehend zu erörtern, bezw. dasselbe ganz oder teilweise in Übersetzung ihm vorzulesen. Herrn Delcassé gegenüber haben wir keinen Anlaß, aus eigener Initiative das römische Umgehungsmanöver zur Sprache zu bringen. Sollte Herr Delcassé dies selber tun, werden Ew. sich darauf beschränken können, ihm zu sagen, daß Sie die Anregung des Herrn Luzzati kennen ebenso wie die diesseitige ablehnende Antwort. Eine andere sei nicht möglich gewesen unmittelbar, nachdem wir uns auf den Boden der vertragsmäßigen Kollektivität gestellt hätten.

Bülow

Nr. 6651

*Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Karlsruhe, den 6. Mai 1905

Graf Monts telegraphiert mir:

„Antwort auf Telegramm von heute**.

Herr Luzzati würdigt vollkommen, daß wir Standpunkt vertragsmäßiger Kollektivität jetzt nicht aufgeben können. Er will von sich aus Franzosen raten, daß sie Ew. Exzellenz direkt generelles Arrangement vorschlagen. Barrère reist übermorgen nach Paris. Luzzati überzeugt, daß Delcassé alles tun wird, um sich mit uns, wieweit und worüber wir wollen, zu arrangieren, da sein Portefeuille sonst verloren."

Bülow

Nr. 6652

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Karlsruhe, den 5. Mai 1905

Freiherr von Eckardstein, der heute früh aus Paris hier eingetroffen war***, schildert mir die dortige Lage im großen und ganzen ähnlich wie Herr Betzold. Rouvier und Etienne möchten den ihnen wegen seiner Überhebung persönlich unsympathischen und, weil er die auswärtige Politik allein leiten wolle, auch geschäftlich unbequemen Delcassé los werden. Beide Teile bekämpften sich im Schoße des Kabinetts und unter den Deputierten. Wir müssen vor allem vermeiden, Delcassé in der deutschen Presse anzugreifen, denn das stärke seine Stellung in Frankreich. Auch Angriffe gegen Frankreich und die französische † als

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.

** Graf Bülow hatte am 6. an Graf Monts telegraphiert, daß die Lage der Dinge es unmöglich mache, von dem in Telegramm Nr. 93 (siehe Nr. 6649) präzisierten Standpunkt der vertragsmäßigen Kollektivität abzugehen.

*** Über die von Rouvier veranlaßte Reise Freiherrn von Eckardsteins von London nach Paris und von Paris nach Karlsruhe vgl. Eckardsteins Erzählung, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten III, 100 ff. Auf das Bülowsche Telegramm muß Holstein mit einem Privattelegramm an den Reichskanzler geantwortet haben, in dem er vor Indiskretionen und Entstellungen Eckardsteins warnte. Vgl. das folgende Schriftstück. Die Erzählung Freiherrn von Eckardsteins über seine Karlsruher Gespräche mit Fürst Bülow enthält, wie der Vergleich mit den Bülowschen Telegrammen ergibt, in der Tat gröbliche Entstellungen und Übertreibungen.

† sic!

Nation führten Delcassé die patriotisch gesinnten Gemüter zu. Die Engländer hetzten in Paris, was sie könnten, um einen französisch-deutschen Krieg herbeizuführen, den alle Engländer wünschten. Auch König Eduard habe in Paris in privatem Gespräch sich ganz antideutsch gegeben. Mit der Bitte um absolute Diskretion teilte mir Freiherr von Eckardstein mit, daß Rouvier ihm gesagt habe, den Anhängern einer generellen Besserung der deutsch-französischen Beziehungen würde ihre Aufgabe sehr erleichtert werden, wenn Seine Majestät in einer Ansprache, ich im Reichstag öffentlich, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in offiziöser Form etwa nachstehenden Gedankengang entwickeln wollte: L'Allemagne ne pourrait pas permettre que la France la tienne en dehors de la question marocaine. Elle estime que le Gouvernement Français aurait dû négocier avec elle comme avec les autres puissances et elle poursuivra sa politique dans ce sens de façon à ce que les intérêts de l'Allemagne soient respectés. Mais il n'est pas dans l'intention de l'Allemagne de troubler la paix de l'Europe à laquelle elle s'est toujours montrée plus attachée que n'importe quelconque puissance au monde. Elle ne demande qu'à entretenir des relations amicales avec une grande nation comme la France qui de même que l'Allemagne s'est toujours trouvée à la tête de la civilisation. Donc l'Empereur ne voit pas d'impossibilité à conserver de bons rapports avec la France en défendant en même temps les intérêts de l'Allemagne au Maroc. L'Empereur d'Allemagne a fait beaucoup pour l'entretien des bons rapports avec la France. Ce n'est pas de sa faute si ce pays n'a pas compris que son intérêt était de vivre dans des conditions amicales avec l'Allemagne. Freiherr von Eckardstein glaubt, daß eine solche Enunziation Delcassé zu Fall bringen würde. Beiläufig äußerte er, Rouvier sei mit unserm jüngsten Vorschlag, die Marokkofrage vorläufig in ein langsames Tempo überzuleiten, ganz einverstanden. Freiherr von Eckardstein meint, daß im Fall eines deutsch-französischen Konflikts die Engländer jetzt unbedingt mit Frankreich gehen würden. König Eduard habe hierüber in Paris keinen Zweifel gelassen. Die Engländer überschätzten aber die Aktionslust der Franzosen. Eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen würde nach Eckardsteins Ansicht die Engländer gegenüber Frankreich enttäuschen, dagegen uns gegenüber wieder kulanter stimmen. Nach dem, was ich von der Umgebung Seiner Majestät des Kaisers höre, scheint allerhöchstderselbe vorläufig überhaupt nicht die Absicht zu haben, in Gravelotte oder sonstwo eine Rede zu halten*.

Bülow

---

* Kaiser Wilhelm II. hatte die Absicht, von Karlsruhe nach Metz zu gehen, um auf dem Schlachtfelde von Gravelotte ein Denkmal für die gefallenen Krieger zu enthüllen. In Paris bestand die Besorgnis, daß der Kaiser bei dieser Gelegenheit eine Rede halten möchte, die die deutsch-französischen Beziehungen weiter komplizieren könnte. Vgl. Freiherr von Eckardstein a. a. O., S. 107.

Nr. 6653

Der Reichskanzler Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Karlsruhe, den 6. Mai 1905

Für Exzellenz Baron von Holstein

Freiherr von Eckardstein kann mit dem, was er hier gehört hat, keinen Unfug treiben. Außer mir hat er nur Herrn von Eisendecher* gesehen; was ihm dieser sagte, weiß ich nicht. Es hat aber keine Bedeutung. Ich habe ihm etwa gesagt:

Unsere Stellung gegenüber Frankreich ist so stark, daß es uns gleichgültig sein kann, wer in Frankreich Minister des Äußern ist. Vom egoistischen deutschen Standpunkt aus wäre uns Delcassé der bequemste, weil er ungeschickt ist. Vor 14 Tagen frug ich einen Bekannten von Delcassé, ob dieser die Nerven haben würde, es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen. Die Antwort lautete negativ. Ein Minister, der eine benachbarte Macht reizt, hänselt und schlecht behandelt, ohne den Ernstfall zu wollen, ist nicht geschickt. Also um die inneren französischen Vorgänge kümmern wir uns gar nicht. In der Marokkofrage ist unsere Stellung durch die bestehenden Verträge, unsere Würde und unsere bisherigen Erklärungen gegeben. Für Seine Majestät liegt zu weiteren Reden keine Veranlassung vor. Die englische Hetzerei mache uns keinen Eindruck. Die Partie würde im Ernstfall zwischen Deutschland und Frankreich gespielt werden. Rußland würde, auch wenn es könnte, sich nicht wegen Marokko mit uns brouillieren. Wir sind in der Lage, alles Weitere mit Ruhe abzuwarten.

Damit kann Freiherr von Eckardstein schwerlich Mißbrauch treiben.

Bülow

Nr. 6654

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Reichskanzler Grafen von Bülow, z. Z. in Karlsruhe

Telegramm. Konzept

Nr. 3 Berlin, den 7. Mai 1905

Sehr erfreut über Inhalt des eben erhaltenen Telegramms Ew. Exzellenz**. Inzwischen hat in Paris die Kampagne gegen Delcassé

---

* Preußischer Gesandter in Karlsruhe. Vgl. dazu Freiherr von Eckardstein a. a. O. III., 108 ff.

** Siehe Nr. 6653.

begonnen. Wie ich sehe, wird dabei nicht Marokko, sondern Neutralitätsbruch in Ostasien vorgeschoben. Die Preßorgane von Delcassé ihrerseits suchen Marokko voranzustellen und betonen, Delcassé müsse noch bleiben, um auf die demnächst im Reichstag zu erwartende marokkanische Interpellationsrede Ew. pp. zu antworten. Delcassé hofft also wohl für seine Rettung auf die von England her und durch Baron Eckardstein erbetenen friedlichen und freundlichen Erklärungen Ew. Exzellenz. Einen Teil dieses Rettungsverfahrens bildet auch das von Rom gemeldete hartnäckig fortgesetzte Bestreben, uns durch gesteigerte Anerbietungen zum Eintritt in Sonderverhandlungen zu verlocken. Ob diese Verhandlungen, nebenbei bemerkt, zu einem guten Ende gelangen würden, ist bei Delcassés bekannter Eigenart durchaus zweifelhaft. Sein Zweck ist erreicht, sobald die Verhandlungen eingeleitet sind.

Das Telegramm aus Rom* wird an Fürst Radolin zur Orientierung weitergegeben. Hinsichtlich der von Delcassé erhofften Interpellationsrede möchte ich mir erlauben zu empfehlen, daß die offiziöse Presse baldmöglichst etwa folgende Notiz bringt: „Wie wir erfahren, beabsichtigt der Herr Reichskanzler nicht, etwaige parlamentarische Anfragen über Marokko zu beantworten, solange nicht über den Gang der Angelegenheit größere Klarheit erlangt ist." Durch diese Notiz würde auch dem Wunsche von Rouvier genügt, welcher nur gebeten hat, „daß keine öffentlichen Äußerungen erfolgen, welche geeignet sein würden, die Verhandlungen zu erschweren". Ein kleiner Rest von Besorgnis muß zurückbleiben, gerade im Interesse der Kampagne, welche Rouvier jetzt führt. Vielleicht empfiehlt es sich auch, Herrn von Loebell** nochmals eine entschiedene Direktive betreffend Interpellation zu senden.

Holstein

Nr. 6655

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Paris, den 7. Mai 1905

Die mir erteilte Instruktion Nr. 740 vom 4. d. Mts.*** habe ich auftragsgemäß bei Herrn Rouvier ausgeführt. Er stimmt ganz mit uns in der Verlangsamungspolitik überein, bemerkt aber, daß Konferenzidee, auch von Frankreich ausgehend, ihm unausführbar scheine. Ich er-

* Siehe Nr. 6648.
** Chef der Reichskanzlei.
*** Siehe Nr. 6650.

widerte, daß zunächst das Resultat der Mission Tattenbach abgewartet werden müßte, was Rouvier als richtig bezeichnete. pp.

Rouvier sagte mir hierauf, Delcassé zeige sich gefügiger und glaube, alle Unklarheiten beseitigen zu können. (Das vom „Figaro" von gestern gebrachte Zerwürfnis des Auswärtigen Ministers mit dem Ministerpräsidenten wird heute im „Temps", „Matin" und „Figaro" als beigelegt gemeldet.)

Sehr überrascht und unangenehm berührt war Rouvier, als ich ihm den Luzzatischen Vermittlungsversuch, als von Delcassé inspiriert, andeutete. Er fuhr auf mit den Worten: „Davon hat mir Delcassé nichts gesagt", und bemerkte weiter, er selbst habe dem Auswärtigen Minister vor einiger Zeit den Gedanken nahegelegt, ob nicht der König von Italien Seiner Majestät dem Kaiser bei ihrem Zusammentreffen ein Wort der Versöhnung einflüstern könnte, was Delcassé als nicht wohl tunlich von sich gewiesen. Seitdem wäre der Gedanke fallen gelassen worden, und erstaune ihn der letzte Vorschlag um so mehr, als ihm (Rouvier) das Mittel schon mit Rücksicht auf unsere Ablehnung, uns in separate Verhandlungen einzulassen, aussichtslos erscheine. Er wolle indes seinem Freunde Luzzati und Barrère, mit Umgehung von Delcassé, um Aufklärung schreiben.

Radolin

Nr. 6656

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 89 Berlin, den 9. Mai 1905

Antwort auf interessantes Privattelegramm an Holstein*.

Raten Sie dem Ministerpräsidenten, von dessen ehrlichen Absichten ich mehr und mehr überzeugt werde, davon ab, daß er jetzt irgend jemanden in Sondermission herschickt oder sonstigen auf Sonderverhandlungen abzielenden Schritt tut. Wir könnten aus den bekannten Gründen, wie die Dinge heute liegen, nicht darauf eingehen und möchten im Interesse künftiger Beziehungen zu Frankreich und zu Rouvier einer unvermeidlichen fin de non recevoir vorbeugen.

Bülow

* Nach einem Privattelegramm Radolins für Holstein vom 8. Mai trug sich der französische Botschafter in Rom Barrère, dessen Ankunft in Paris erwartet wurde, mit der Absicht, sich eine Mission nach Berlin auszuwirken, um dort alles in Ordnung zu bringen.

Nr. 6657

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 312 Paris, den 8. Mai 1905

Herr Rouvier muß doch wohl Herrn Delcassé Vorhaltungen gemacht haben über seine Zurückhaltung, mit mir in intimere politische Unterhaltungen sich einzulassen, denn er sagte mir ganz unvermittelt, Herr Delcassé hätte mir doch wohl am letzten Mittwoch Gelegenheit gegeben, die Tagesfragen zu berühren. Er hätte mir ja auf meine triviale Bemerkung, wie kalt und schlecht das Wetter sei — es war nämlich wolkig und grau an jenem Tage —, geantwortet: „Je ne demande pas mieux que de dissiper les nuages". Ich merkte wohl die Anspielung, die Herr Delcassé mir machte, und wartete die Einleitung einer politischen Unterhaltung ab, aber vergebens. Die an sich stockende Konversation ging alsdann auf andere gleichgültige Themata über. Ich erwähne diesen kleinen Zwischenfall, weil Herr Delcassé ganz imstande ist zu sagen, er hätte den ersten Schritt getan, ich wäre aber nicht darauf eingegangen, was ich keinesfalls nach den durch die Blume gesprochenen Worten über die Wolken am Himmel zugeben kann. Er hatte jedenfalls Gelegenheit, die heikle Frage zu berühren, und ich war bereit, ihm nach der erhaltenen Instruktion zu antworten.

Wenn ich seine Worte als invitation à la valse betrachtet hätte, würde er später ebensogut haben sagen können, er hätte mir über schönes Wetter gesprochen, ich aber hätte aus eigener Initiative das Thema Marokko berührt.

Übrigens bemerkte mir Herr Rouvier im Laufe des Gespräches vertraulich, daß Delcassé ihm und seinen Kollegen gegenüber ebenso einsilbig und verschlossen sei wie zu mir. Man könne nie ganz seine Gedanken erraten.

Der Rouviersche Besuch endete damit, daß Herr Rouvier mir die Überzeugung aussprach, England würde im Falle einer kriegerischen Komplikation, die ja seiner Ansicht nach ganz ausgeschlossen sei, und die Gott verhüten möge, sicherlich nicht die Waffen ergreifen und Krieg führen. Seiner Ansicht nach wäre der König durchaus versöhnlich und friedlich und hätte sich ihm sowie auch seinen Kollegen gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen. Ich konnte aus Rouviers Worten deutlich erkennen, daß er die Meinung habe, England hetze nach Kräften zwischen uns und wolle aus unseren beiderseitigen Mißhelligkeiten nur persönliche Vorteile ziehen, ohne sich dabei die Finger zu verbrennen. Jedenfalls traut er der englischen Freundschaft nicht.

Der Minister Etienne hingegen soll, wie mir eine glaubwürdige Persönlichkeit sagt, die gegenteilige Ansicht und die feste Zuversicht haben, daß Frankreich im Falle eines Konfliktes mit Deutschland unbedingt auf England mit den Waffen in der Hand rechnen könne.

Baron Eckardstein, der ganz unerwartet sich gestern bei mir melden ließ, sagte mir, er käme soeben aus Baden, wohin er gereist sei, um Euerer Exzellenz Meldung zu erstatten von den Eindrücken, die er in London gesammelt. Dieselben seien sehr pessimistisch, und halte er es für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Erbitterung gegen Deutschland dort eine so große sei, daß, wie er mit Sicherheit behaupten könne, England mit Begeisterung die erstbeste Gelegenheit benützen würde, uns kriegerisch entgegenzutreten.

Radolin

Nr. 6658

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 314 Paris, den 8. Mai 1905

Gleich nach seiner Rückkehr aus Berlin* meldete sich Herr Betzold bei mir und erzählte mir die Besprechung, die er auf dem Auswärtigen Amte gehabt. Das ihm dort Gesagte deckt sich vollkommen mit der mir erteilten Instruktion, und begrüßte ich mit Freude die Absicht des Herrn Betzold, Herrn Rouvier zu besuchen und ihn in dem gleichen Sinne zu sprechen, wie ich es getan und tue. Betzold kann als nicht offizielle Persönlichkeit außerdem dem Minister mehr und unverbindlicheres sagen als ich, und wird Herr Rouvier ihm gegenüber auch freier reden können als zu mir. Dies ist auch geschehen.

Herr Betzold hat eine Unterredung mit Herrn Rouvier gehabt. In letzterer hat ihm der Minister zunächst die Versicherung gegeben, daß es auf Irrtum beruhe zu glauben, daß Herr René-Taillandier sich als Mandatar Europas aufgespielt hätte. Derselbe hätte die bindendste Erklärung dahin abgegeben, daß er dies niemals getan, und läge kein Grund vor, seinen Worten nicht zu glauben. Außerdem stimme es nicht mit seiner Instruktion überein.

Man glaubt hier große Dinge getan zu haben mit dem Dementi des Gerüchtes, daß René-Taillandier sich in Fes als Mandatar Europas aufgespielt habe; der Ideengang des Gesandten scheint mir jedenfalls klar zu sein, nachdem er Herrn von Mentzingen in Tanger, wenn auch vergeblich, nahegelegt hatte, sein Anliegen beim Sultan durch seine Vermittelung anzubringen.

* Vgl. Nr. 6646.

Herr Rouvier war mit der Auffassung Euerer Exzellenz ganz einverstanden, daß zunächst die Mission Tattenbachs abgewartet werden müsse, und daß es im allgemeinen Interesse liege, die ganze Sache zu verlangsamen und sich nicht zu überstürzen. In der Zwischenzeit würde sich der notwendige Personenwechsel vollziehen, und wenn dies geschehen und sich Graf Tattenbach überzeugt haben werde, daß der französische Gesandte nicht über seine vorerwähnte Weisung hinausgegangen sei, werde über die Marokko- und die anderen schwebenden Fragen eine Verständigung leicht herbeigeführt werden können. Er werde alles tun, was in seiner Macht liege, um mit Deutschland wieder in gute Beziehungen zu kommen; er halte es für eine Notwendigkeit für die französische Politik, abgesehen von seinen persönlichen Wünschen.

Rouvier bemerkte hierbei, wie mir Betzold sagte, die Sache spitze sich auf die Personenfrage zu, und werde er schon die Dinge zu arrangieren wissen. „Wir werden doch nicht wegen einer politique douanière oder de gendarmerie de frontière einen Krieg machen wollen?“

Auch der König von England habe ihm (Rouvier) gegenüber sich dahin ausgesprochen, daß man vorläufig die Marokkofrage ruhen lassen sollte.

Übrigens sei sich Rouvier ganz klar, daß ein deutsch-französischer Konflikt, sei es mit der Waffe, sei es mit der Feder, nur das Spiel Englands mache und nur ihm zum Vorteil in seiner Ambition auf den verschiedenen Hemisphären gereichen würde.

Im Laufe des Gesprächs bemerkte Herr Rouvier dem Herrn Betzold, es sei ihm noch nicht gelungen, Herrn Delcassé zu überzeugen, daß seine Politik nicht die richtige sei, wiewohl er wisse, daß sie weder von dem Ministerpräsidenten noch von den Kollegen gebilligt werde.

Ich möchte hierbei erwähnen, daß inzwischen das veränderte Auftreten Delcassés für den Augenblick wenigstens den von Herrn Rouvier erwähnten und gewünschten Personenwechsel unausführbar macht.

In einer Unterhaltung, die Herr Rouvier mit Herrn Betzold nach dem vorerwähnten Einlenken Delcassés gehabt, vertraute der Ministerpräsident Herrn Betzold an, daß Delcassé, der sehr an seinem Portefeuille klebe, wohl schwerlich aus eigener Initiative gehen würde. Eine Gelegenheit würde sich aber wohl finden, ihn zu entlassen. Es sei zurzeit schwer, den Zeitpunkt anzugeben; es könne sich um Wochen, ja sogar um Monate handeln. Einen Streit zu suchen, sei deshalb nicht gut möglich, weil Delcassé seit etwa acht Tagen mit Hochdruck auf den Friedensabschluß in St. Petersburg arbeite und dadurch Stärkung erfahren habe. Sollte es zum Beispiel in allernächster Zeit zum Waffenstillstand kommen, sei es nicht gut

möglich, den Minister, der dies gemacht, gleich darauf gehen zu lassen.

Übrigens gebe Herr Rouvier Herrn Betzold die Versicherung, daß Delcassé sich hüten werde, auf eigene Faust zu handeln, wie er es bisher getan. Er hätte sich emanzipiert; die Politik mache nicht Delcassé, sondern das Gesamtministerium, welches ihm genau vorschreibe, was er auszuführen habe.

Radolin

Nr. 6659

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 323 Paris, den 13. Mai 1905
Geheim

Wie ich zu berichten die Ehre hatte, schien mir vor einigen Tagen der Ministerpräsident, nachdem er Herrn Delcassé gesprochen und sich dieser ihm völlig unterworfen hatte, weniger gereizt gegen den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, und fand Herr Rouvier es jedenfalls klüger, es nicht zu einem schroffen Bruch mit Herrn Delcassé kommen zu lassen, sondern eine günstige Gelegenheit abzuwarten, ihn fallen zu lassen. Die gegen Herrn Delcassé aufgebrachte Stimmung in der öffentlichen Meinung könnte nach Ansicht Rouviers leicht zu seinen Gunsten umschlagen, wenn es hieße, er wäre der deutschen Politik zum Opfer gefallen. Dessen ungeachtet hielt ich es für angezeigt, zumal Rouvier im Rufe steht, weich zu sein und sich leicht beeinflussen zu lassen, nach Möglichkeit zu verhindern, daß bei Herrn Rouvier eine mildere Auffassung dauernd Platz greife, und ich habe ihn ohne Zeitverlust auf den ganzen Ernst der Situation nachdrücklich aufmerksam machen und ihm indirekt nochmals andeuten lassen, daß, wenn ihm wirklich daran gelegen sei, unter allen Umständen bessere Beziehungen nachhaltig zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen, dies nur möglich sei, wenn an der Spitze des Auswärtigen Ministeriums eine Persönlichkeit wäre, in die die Kaiserliche Regierung volles Vertrauen habe. Dies sei gegenwärtig nicht der Fall.

Ich habe zu diesen Verhandlungen, um nicht selbst allzusehr im Vordergrund zu sein, Herrn Betzold gewählt, der gleichsam von sich aus teils direkt mit Herrn Rouvier, teils mit ihm durch dessen intimen Vertrauensmann in rege Verbindung getreten ist. Herr Betzold

hat den Eindruck gewonnen, daß der Ministerpräsident vollkommen einsehe, daß ein Personenwechsel unumgänglich nötig geworden sei. Betzold hat ihm nachgewiesen, daß in den maßgebenden Kreisen der Banken, der Presse und des Parlaments nur eine Stimme gegen Herrn Delcassé sei, und daß auch Baron Rothschild in London bezüglich des von ihm durch Herrn Schwabach gemachten naiven Schrittes behufs Erhaltung Delcassés durch das Berliner Kabinett* keineswegs auf Veranlassung der englischen Minister gehandelt habe, sondern sich durch seine eigenen frommen Wünsche im Interesse des Friedens habe leiten lassen. Baron Rothschild sei jetzt vielmehr der Ansicht, daß, wie die Dinge liegen, für ihn kein Interesse mehr sei, Delcassé zu halten, und ein Personenwechsel je schneller desto besser wünschenswert wäre.

Diese Eröffnungen haben wesentlich dazu beigetragen, Herrn Rouvier von der Notwendigkeit einer baldigen Remedur zu überzeugen, und hat der Ministerpräsident Herrn Betzold vertraulich erklärt, er würde zwar nicht selbst hervortreten und die Sache nicht persönlich zum Austrag bringen, sondern es durch die Kammer machen lassen.

Herr Rouvier dürfte sich dabei dem Umstande nicht verschließen, daß Herr Delcassé in der Person des Präsidenten Loubet und bei König Eduard — ohne von seinen Beziehungen zu Rußland zu sprechen — eine mächtige Stütze hat, und daß auch im gegebenen Moment das Votum im Parlament oft unverhoffte Überraschungen zuließe. Also kann meiner Ansicht nach Herr Rouvier nicht ganz unbedingt auf die Majorität in der Kammer für sein Vorhaben rechnen. Auch fragt es sich, ob nicht wenigstens pro forma das ganze Kabinett gezwungen sein würde, ein Vertrauensvotum zu stellen. Nachdem Herr Rouvier erklärt hat, daß er die Oberaufsicht der Auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe, dürfte es naheliegen, daß er nach außen hin zunächst Herrn Delcassé zu decken haben würde. Herrn Betzold gegenüber äußerte sich Rouvier schließlich dahin, daß der Wechsel sich nicht von heute zu morgen vollziehen könne, daß besonders die Erledigung der Differenzen mit Japan Herrn Delcassé überlassen bleiben müsse. Der „tempo", meint Rouvier, wird schon die Gelegenheit schaffen, daß der Wechsel nicht durch äußeren Druck, sondern durch die inneren Verhältnisse herbeigeführt werde. Jedenfalls beschäftigte er sich unausgesetzt mit dieser Frage, die er zuversichtlich im gewünschten Sinne zu erledigen wissen werde.

Radolin

---

* Am 5. Mai hatte Bankier Schwabach im Auswärtigen Amt einen Brief Baron Rothschilds produziert, der die dringende Bitte enthielt, die deutsche Regierung möge einen Schritt tun, um Delcassé im Amt zu erhalten.

Nr. 6660

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 329 Paris, den 15. Mai 1905

Wie stark immer noch die Befürchtung in Paris vorherrscht, daß die Marokkoangelegenheit zu ernsten Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich führen könnte, beweist eine Äußerung des Herrn Rouvier an Herrn Betzold mit der Bitte, es weiterzusagen, wonach sehr zu hoffen sei, Graf Tattenbach möge in Fes keine Frankreich verletzende Haltung einnehmen.

Wie ich von einem näheren Bekannten Rouviers sonst noch hörte, ist es Delcassé selbst, der in der Presse verbreitet hat, Deutschland wolle ihn stürzen[1]. Il a joué sur cette corde.

Radolin

Randbemerkung des Grafen von Bülow:
[1] Wir denken gar nicht daran, Delcassé ist uns gar nicht unbequem, im Gegenteil.

Nr. 6661

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 333 Paris, den 16. Mai 1905

Bei dem gestrigen großen Diner, welches der Präsident der Republik dem diplomatischen Korps gab, sagte mir der Ministerpräsident, wie erfreut und erhoben er sei, daß die Gravelottefeier in Metz so gut verlaufen sei und kein Wort gesagt worden wäre, das die hiesige Empfindlichkeit hätte berühren können*. Es wäre ihm ein Stein vom Herzen gefallen und hätte hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

Außer Herrn Rouvier hoben verschiedene einflußreiche Parlamentsmitglieder der Regierungspartei, so auch der Kammerpräsident Doumer, die alle von ausgesuchtester Zuvorkommenheit für mich waren, mir gegenüber gestern abend hervor, wie sie die auswärtige Politik, namentlich Deutschland gegenüber, mißbilligen und die Hoffnung hegen, daß nach einer offenen Aussprache die allgemein gewünschte und als notwendig empfundene Annäherung zwischen den

---

* Vgl. Nr. 6652, S. 369, Fußnote.

beiden großen Kulturstaaten erfolgen würde. Ganz unumwunden äußerten sie sich dahin, daß England uns verhetzen wolle, um seiner alten Politik getreu Handelsvorteile zu erzielen. In einer Unterhaltung, die ich mit Herrn Rouvier hatte, resümierte ich das, was ihm bereits Herr Betzold angedeutet hatte, daß wir uns nicht in die inneren Verhältnisse Frankreichs einzumischen hätten, daß aber, um zu der von ihm (Rouvier) gewünschten Annäherung zu gelangen, es Vorbedingung sei, unsererseits volles Vertrauen in die äußere Politik Frankreichs zu haben. Er werde wohl begreifen, daß nach dem Geschehenen uns das Vertrauen fehlt. Der Ministerpräsident erwiderte: „Je vous comprends bien, laissez moi faire." Wie ich höre, ist man sich noch nicht schlüssig, wer mit der Gratulationsmission zu den Vermählungsfeierlichkeiten zu betrauen wäre. Man spricht von Bourgeois, Courcel oder Prinz von Arenberg und nennt auch einen oder den anderen General*.

Radolin

Nr. 6662

*Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes**, an das Auswärtige Amt****

Telegramm. Entzifferung

Fes, den 15. Mai 1905

Ich hatte heute mit dem Sultan eine einstündige Besprechung, der Ben Sliman beiwohnte. Hierbei äußerte der Sultan, das französisch-englische Übereinkommen gehe ihn nichts an. Marokko sei ein seit Jahrhunderten unabhängiger Staat und nicht wie Ägypten, Tunis und Tripolis Wechselschicksalen unterworfen gewesen. Die von Herrn Delcassé nach dem Kaiserbesuch in der Deputiertenkammer gemachte Äußerung, die marokkanische Regierung habe die französischen Reformvorschläge im Prinzip angenommen, sei eine Lüge †, gerade so wie die Behauptung des französischen Gesandten, er spreche im Auftrag Europas. Er habe von vornherein

---

* Mit der Vertretung Frankreichs bei den Feierlichkeiten zur Vermählung des Kronprinzen (6. Juni) wurde General de Lacroix betraut, nachdem Fürst Radolin in Paris unter der Hand zu verstehen gegeben hatte, daß es am besten sein werde, der Mission einen vorwiegend militärischen, d. h. unpolitischen Charakter zu verleihen. Telegramm Freiherrn von Richthofens an Freiherrn Speck von Sternburg Nr. 108 vom 18. Mai 1905.

** Graf Tattenbach war am 11. Mai in Fes eingetroffen.

*** In verkürzter Form abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko" Nr. 10.

† Vgl. Nr. 6631.

die Richtigkeit der letzteren Angabe bezweifelt und habe sich lebhaft gefreut, daß Seine Majestät der Kaiser die Sachlage klargelegt habe. Er habe Deputation Franzosen bisher nicht das geringste Zugeständnis gemacht, sondern meine Ankunft abgewartet, um die Sachlage eingehend zu besprechen. Diese Besprechungen könnten nach dem am 17. d. Mts. stattfindenden Muludfest beginnen. Überdies seien die Minister beauftragt, mich über alles eingehend zu informieren. Schließlich drückte der Sultan der Kaiserlichen Regierung seinen lebhaften Dank aus über ihre Intervention in der marokkanischen Frage und ihre Bereitwilligkeit, ihm zur Erhaltung des Status quo auf Grund der Konvention von Madrid helfen zu wollen.

Ich habe von der Person des Sultans einen günstigen Eindruck erhalten. Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre haben ihn gereift, und er ist augenscheinlich von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es sich gegenwärtig für ihn und sein Reich um Sein oder Nichtsein handelt und die Verantwortung und Entscheidung bei ihm allein liegt. Tattenbach

Nr. 6663

*Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Fes, den 17. Mai 1905

Unmittelbar nach meiner Ankunft in Fes hat der französische Gesandte im Auftrage Delcassés erklärt, die französische Regierung würde es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die französischen Reformvorschläge den Signatarmächten zur Kenntnisnahme und Äußerung unterbreitet werden. Keiner Macht stehe das Recht zu, in marokkanischen Angelegenheiten zu intervenieren, insbesondere nicht in der Grenzfrage. Die marokkanische Regierung sei nicht in der Lage, Ordnung und Ruhe im Lande zu schaffen, und müsse sich der Annahme der französischen Vorschläge fügen, umsomehr als die Unruhen in Marokko nachteilige Rückwirkung auf Algerien ausübten. Die französische Regierung würde fortfahren, die Dinge in Marokko scharf zu überwachen, und behalte sich vor, je nach den Umständen zu handeln.

---

* Die Telegramme des Grafen Tattenbach aus Fes gingen zunächst an die Gesandtschaft in Tanger und wurden von dort unter neuer Nummer nach Berlin weitergeleitet. Hier werden der Einfachheit halber die ursprünglichen Nummern wiedergegeben. Das obige Telegramm ist in verkürzter Form bereits abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 11.

Vorgestern, also nach der ersten Privataudienz, die ich beim Sultan hatte, hat Ben Sliman dem französischen Gesandten erklärt, Marokko könne als unabhängiger Staat in seinen Handlungen nicht beschränkt werden und habe das unzweifelhafte Recht, sich an die Signatarmächte zu wenden. Aufstände habe es in Marokko von jeher gegeben, die Ruhe sei aber mit Ausnahme des lokal ganz beschränkten Roghiaufstandes allenthalben zurückgekehrt.

Ich werde nun dahin wirken, daß diese Erklärung ergänzt werde durch eine Note, durch die die französischen Reformvorschläge abgelehnt werden unter Hinweis auf die einstimmige ablehnende Haltung der Notabeln, die religiösen Empfindungen der Bevölkerung, die Bestimmungen der Madrider Konvention und die seitens einzelner Signatarmächte zu erwartenden Schwierigkeiten, deren Lösung sich durch eine Konferenz empfehle.

Den Konferenzgedanken hat der Sultan in einer gestern stattgehabten neuen intimen Besprechung beifällig aufgenommen.

Tattenbach

Nr. 6664

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Berlin, den 22. Mai 1905

Telegramme vom 15. und 17. Mai* erhalten.

Ich lasse den Ministerpräsidenten Rouvier durch einen nichtamtlichen Vertrauensmann darüber orientieren**, daß der französische Gesandte sich wirklich als Vertreter der europäischen Mächte bezeichnet hat, und daß derselbe im Auftrage Delcassés jetzt versucht, dem Sultan den Verkehr mit den anderen Vertragsmächten zu verbieten. Dieser Bestellung wird unsererseits hinzugefügt: Ich sei überzeugt, daß der Ministerpräsident diese Art des Vorgehens mißbillige, und ich würde deshalb das meinige tun, um zu verhindern, daß die mitgeteilten Vorgänge jetzt in die Öffentlichkeit kämen, wo sie, soweit Deutschland in Betracht komme, ungünstig wirken würden. Denn das deutsche Volk glaube zwar an gütliche Erledigung der Marokkofrage, stehe aber bis in die sozialdemokratischen Schichten hinein hinter der Regierung für Wahrung des vertragsmäßigen Standpunktes. Für die Orientierung des Ministerpräsidenten sei von mir der nichtamtliche Kanal gewählt worden, einmal,

* Siehe Nr. 6662 und 6663.

** Vgl. das folgende Schriftstück.

weil wir nicht in der Lage seien, gegenwärtig in Sonderverhandlungen mit Frankreich einzutreten, sodann aber auch, weil bei nichtamtlicher Behandlung jener Vorgänge ich nicht genötigt sei, gegen dieselben sofort zu reagieren.

Die französische offiziöse Presse betont jetzt die guten Beziehungen Ew. zum französischen Gesandten. Sie verfolgt wohl damit immer wieder den Zweck, der Welt und namentlich dem Sultan von Marokko den Glauben an geheime deutsch-französische Verhandlungen beizubringen.

Für Ew. kommt es jetzt darauf an, sich ein schriftliches Exemplar der französischen Reformanträge oder etwaiger sonstiger französischer Forderungen zu verschaffen*, zweitens den Sultan zur Stellung des Konferenzantrages bei den Vertragsstaaten zu veranlassen. Endlich bitte ich auch seinerzeit zu drahten, ob eine Rückwirkung obiger Bestellung an Rouvier im Auftreten des französischen Gesandten bemerkbar wird.

Bülow

Nr. 6665

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin***

Konzept

Nr. 834 Berlin, den 22. Mai 1905

Die ersten Meldungen des Grafen Tattenbach aus Fes sind nicht geeignet, die Ansicht von dem stürmischen und gewalttätigen

* Am 6. Juni meldete Graf Tattenbach zurück, daß die Franzosen über ihre Reformvorschläge nie etwas Schriftliches von sich gegeben hätten. Vielmehr habe der Gesandte St.-René-Taillandier seinen gesamten Plan dem Sultan in mehreren Audienzen mündlich vorgetragen. Ebenso habe er den marokkanischen Ministern und den Notabeln nur mündliche Vorträge gehalten, die wiederholten Bitten aber, seine Anträge schriftlich einzureichen, stets abgelehnt. So konnte Graf Tattenbach seiner Regierung lediglich Aufzeichnungen zustellen, die von marokkanischer Seite im Laufe der von St.-René-Taillandier gehaltenen mündlichen Vorträge gemacht waren. Vgl. deutsches Weißbuch „Aktenstücke über Marokko" Nr. 15 und Nr. 17. Aus den marokkanischen Aufzeichnungen ging, wie Graf Tattenbach in Berichten vom 24. und vom 30. Mai feststellte, deutlich das Streben Frankreichs auf wirtschaftliche Angliederung Marokkos an Frankreich hervor: „Die Summe aus dieser Betrachtung der Vorträge des Gesandten vor den Notabeln kann nur sein, daß ein geschickt verschleierter Versuch der Verwirklichung eines französischen Protektorats gemacht werden sollte und nur der Name des Protektorats vermieden blieb. Das französische Programm läuft also der von Seiner Majestät dem Kaiser in Tanger postulierten Unabhängigkeit und Souveränität Marokkos strikt zuwider."

** In etwas abgeschwächter und abgekürzter Form wiedergegeben im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 12.

Charakter der bisherigen Marokkopolitik des Herrn Delcassé zu ändern.

Zunächst wird die Angabe, daß Herr St.-René-Taillandier sich in Fes als Mandatar der europäischen Mächte bezeichnet habe, von allen Seiten und insbesondere auch vom Sultan persönlich mit Entschiedenheit bestätigt. Dieser Vorgang bildete bekanntlich seinerzeit den Ausgangspunkt der diplomatischen Aktion Deutschlands.

Ferner meldet Graf Tattenbach unter dem 17. d. Mts. wörtlich*: „Unmittelbar nach meiner Ankunft in Fes hat der französische Gesandte im Auftrage Delcassés erklärt, die französische Regierung würde es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die französischen Reformvorschläge den Signatarmächten zur Kenntnisnahme und Äußerung unterbreitet würden. Keiner Regierung stehe das Recht zu, in marokkanischen Angelegenheiten zu intervenieren."

Da ich nach Herrn Rouviers bisherigen Äußerungen mich zu der Annahme berechtigt halte, daß der Ministerpräsident diese Art des Vorgehens mißbilligt und von jeher gemißbilligt hat, werde ich, soweit es an mir liegt, zu verhindern suchen, daß diese Mitteilungen des Grafen Tattenbach in die Öffentlichkeit dringen, wo sie jetzt schädlich wirken würden. Denn das deutsche Publikum, welches auch heute noch an eine Regelung à l'amiable der Marokkofrage glaubt, steht vollständig, sogar bis in die sozialdemokratischen Schichten hinein, hinter der Regierung für Wahrung des vertragsmäßigen Standpunktes. Die authentische Nachricht, daß der Vertreter Frankreichs ohne weiteres Beschlag auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Vertragsstaaten verbieten will, würde einen ebenso plötzlichen wie ungünstigen Stimmungswechsel herbeiführen.

Es ist wünschenswert, daß Herr Rouvier tunlichst bald über das Vorstehende orientiert werde. Die Mitteilung wird aber vielleicht besser durch einen Vertrauensmann als durch Ew. direkt zu erledigen sein, einerseits, weil wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, in Sonderverhandlungen mit Frankreich eintreten zu können, hauptsächlich aber, weil wir bei nichtamtlicher Behandlung der erwähnten Vorgänge nicht genötigt sind, sofort die der Situation entsprechenden Anträge zu stellen.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 6663.

Nr. 6666

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 349 Paris, den 22. Mai 1905

Der von mir öfters genannte Vertrauensmann des Ministerpräsidenten Rouvier, der mit ihm die intimsten politischen Fragen zu besprechen scheint, hat im Auftrage des Ministers gestern eine längere Unterhaltung mit Herrn Betzold gehabt, die ich nachstehend wiedergebe:

Rouvier möchte nicht als „Gascon" erscheinen. Delcassé zu halten oder zu Fall zu bringen, hinge aber nicht von ihm (Rouvier) allein ab, sondern von der großen Politik. Im gegenwärtigen Moment sei es geboten, einen Minister zu halten, der allein die schwebenden politischen Fragen zu beherrschen in der Lage sei. Es handle sich zunächst um die Neutralitätsfrage und um die Anbahnung von Friedensverhandlungen im Fernen Osten. Delcassés enge Beziehungen zu England und zu Rußland wären hierbei außerordentlich wichtig. Eine Krisis müsse außerdem in einem Moment vermieden werden, wo der Besuch des Königs von Spanien vor der Tür stehe.

Nach Ansicht Rouviers gäbe es zwei Alternativen. Die eine wäre, unter Berücksichtigung der wichtigen politischen Momente den Versprechungen Delcassés, für die Zukunft eine durchaus deutschfreundliche Politik zu führen, Vertrauen zu schenken. Daß diese politische Wendung sich vollziehen und innegehalten werden würde, dafür bürge Rouvier, und sei er überzeugt, daß Delcassé alles tun werde, um Deutschland entgegenzukommen, um seine Stellung vorläufig wenigstens zu retten.

Die zweite wäre, angesichts des nun einmal fehlenden Vertrauens Geduld zu haben, bis in der Kammer eine innerpolitische, von Delcassés Fehlgriffen in der äußeren Politik unabhängige Konstellation sich bilden würde, die einen partiellen Ministerwechsel mit sich brächte, ohne die Existenz des Gesamtkabinetts in Frage zu stellen. Rouvier hat sich seinem Vertrauensmann gegenüber dahin geäußert, daß er korrekt handeln müsse und nicht den Anschein gewinnen möchte, als konspiriere er von langer Hand gegen einen seiner Kollegen; der Personenwechsel hinge aber, wie gesagt, nicht von ihm allein ab. Er müsse mit den Verhältnissen rechnen. Er wisse wohl, daß er keine anderen Garantien für Änderung der Politik Deutschland gegenüber leisten könne als sein „Wort". Er hoffe aber, daß dasselbe der Kaiserlichen Regierung genügen würde, um ein gewisses Vertrauen einzuflößen. Es käme ja nur auf einen Versuch von kurzer Dauer an.

Herr Rouvier gab zu, daß er in der ersten Besprechung, die er über den Gegenstand gehabt, vielleicht bestimmter und entschiedener gewesen sei, als er jetzt scheine, seit jener Zeit wären aber an ihn Erwägungen allerersten Ranges herangetreten, die er nicht von der Hand weisen könne, und mit denen er im Interesse der großen Politik und des Weltfriedens rechnen müsse. Damit wolle er indes keineswegs sagen, daß er die Stellung Delcassés auf längere Zeit hinaus als gesichert ansehe, im Gegenteil; er rate aber zu einer weisen, geduldigen Sachbehandlung und biete seine persönliche Kaution an, daß in der Zwischenzeit eine Politik in Frankreich werde geführt werden, die Deutschland befriedige, und die das gegenwärtige Kabinett gutheißen würde.

Wie ich von anderer Seite höre, soll Herr Rouvier die Möglichkeit nicht unterschätzen, daß Herr Delcassé, wenn er im gegenwärtigen Moment zu Fall gebracht würde, sich an die Spitze der Nationalisten stellen und der Regierung recht erhebliche Schwierigkeiten bereiten könnte.

Radolin

Nr. 6667

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 117 Berlin, den 25. Mai 1905

Ganz vertraulich

Der Kaiserliche Geschäftsträger in London ist der Ansicht, daß das Kabinett Balfour es gern sehen würde, wenn Deutschland mit Frankreich direkt verhandelte und sich von Frankreich mit einer Interessensphäre in Marokko oder mit einer sonstigen Kompensation abfinden ließe. Dagegen würde das konservative Kabinett ungern eine Konferenz beschicken, weil diese gleichbedeutend wäre mit einer Ignorierung des bisher als großen diplomatischen Erfolg hingestellten englisch-französischen Marokkoabkommens seitens der übrigen Vertragsmächte. Der Geschäftsträger gibt jedoch der bestimmten Überzeugung Ausdruck, daß die englische Regierung den Konferenzgedanken annehmen wird, falls Amerika unzweideutig für denselben eintritt.

Die Ansicht des Geschäftsträgers gewinnt an Bedeutung durch die Tatsache, daß der englische Gesandte Lowther dem Grafen Tattenbach kurz vor dessen Abreise nach Fes eingehend dargelegt hat*,

* Vgl. Nr. 6642.

daß die Marokkofrage ganz einfach zu erledigen sein würde, wenn Deutschland sich von Frankreich eine Interessensphäre in Marokko zuweisen ließe. Auch von französischer kompetenter Seite ist uns — vielleicht unter Einwirkung Englands — eine nicht mißzuverstehende Andeutung in diesem Sinne gemacht worden.

Unser Standpunkt dem allen gegenüber bleibt so, wie er war. Wir vertreten den Status quo, die Offene Tür und die Gleichberechtigung aller Fremden auf dem Boden der vertragsmäßigen Gemeinsamkeit. Erst wenn die Gemeinsamkeit sich als Illusion erweist und wir allein gelassen werden, sind wir genötigt, ausschließlich deutsche Politik zu machen. Daß die erstere Alternative uns die erwünschtere sein würde, hat Seine Majestät der Kaiser bereits vor Jahr und Tag dem Könige von Spanien gegenüber konstatiert, indem er erklärte, daß er marokkanischen oder überhaupt vermehrten afrikanischen Landbesitz nicht erstrebe.

Ich teile die Auffassung, daß die Entscheidung der Konferenzfrage wesentlich vom Präsidenten Roosevelt abhängt. Ew. pp. kann ich vertrauensvoll überlassen zu erwägen, ob Sie dieselbe schon jetzt wieder beim Präsidenten anregen oder dafür einen besonderen neuen Anlaß, etwa den Konferenzantrag des Sultans abwarten wollen.

Bülow

Nr. 6668

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 119 Berlin, den 30. Mai 1905

Das Urlaubsgesuch werde ich selbstredend bei Seiner Majestät befürworten. Es ist jedoch von weittragender Bedeutung nicht nur für Deutschland, sondern auch meines Erachtens für Amerika, daß die marokkanische Konferenzangelegenheit in die Wege geleitet ist, bevor Sie und der Präsident sich für längere Zeit trennen. Denn die Marokkofrage steht nicht isoliert, sondern kann der Ausgangspunkt einer Neugruppierung der Mächte werden. Auch in der russischen Presse wird neuerdings der Gedanke einer Verständigung von Frankreich und Deutschland bezüglich Marokkos sympathisch besprochen, weil diese eine Annäherung Deutschlands an den Zweibund zur natürlichen Folge haben würde. Einen dies Thema behandelnden Petersburger Botschaftsbericht habe ich gestern Ew. zugesandt. Schon gleich nach Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses ließ die russische Regierung im Februar 1902 durch Graf Alvensleben und Graf Osten-Sacken hier anfragen, ob Deutschland geneigt sein würde, sich als Dritter bei einem demnächst zwischen Rußland und

Frankreich abzuschließenden ostasiatischen Abkommen zu beteiligen*. Seine Majestät hat damals auf meinen Rat ablehnend geantwortet, und wahrscheinlich infolge der Enthaltung Deutschlands ist das kurz danach im März 1902 in Petersburg und Paris vereinbarte ostasiatische Protokoll ziemlich farblos ausgefallen. Heute wird nun nach den vorliegenden Anzeichen der Gedanke einer Annäherung Deutschlands an den Zweibund anläßlich der marokkanischen Verhandlungen von neuem an uns herangebracht werden unter gänzlich veränderten Verhältnissen. Wenn nämlich die Konferenz auf Betreiben Englands durch Frankreich abgelehnt wird, dann stehen wir, wie bereits gesagt, vor der Alternative zwischen einem französischen Krieg, bei welchem England zunächst den kampfbereiten Zuschauer spielen würde, oder vor einer Verständigung über Marokko mit Frankreich, zu welcher Verständigung die französische Regierung schon wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, und welche dann als Folgeerscheinung zur Bildung einer großen europäischen Gruppe führen könnte. Seine Majestät der Kaiser und ich, sein verantwortlicher Berater, wünschen beide, womöglich nicht vor diese Wahl gestellt zu werden; dieselbe würde uns aber ipso facto durch die Zurückweisung des Konferenzgedankens aufgedrängt. Da die französische Regierung wenig Lust zum Kriege zu haben scheint, und da vermutlich von Petersburg her im Sinne des Entgegenkommens auf sie eingewirkt wird, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie bei Sonderverhandlungen Bedingungen vorschlägt, welche uns ein Sonderabkommen ermöglichen. Wir glauben indessen, daß es im Interesse sowohl Deutschlands wie Amerikas liegt, wenn wir unsre bisherige, nach allen Seiten hin unabhängige Stellung auch fernerhin bewahren. Ob dies geschieht oder nicht, das hat Präsident Roosevelt in der Hand, denn von ihm hängt es ab, die Verwirklichung des Konferenzgedankens zu sichern. Er braucht nur den Vertragsmächten und dem Sultan von Marokko gegenüber sich unzweideutig für die Konferenz auszusprechen. Die Engländer werden zwar zunächst versuchen, den Präsidenten für die englische Ansicht gewinnen; er wird aber, wenn er will, das letzte Wort behalten. In Paris würde es sich nach unseren Wahrnehmungen eventuell empfehlen, nicht nur Herrn Delcassé, welcher verärgert und in seiner Eitelkeit verletzt ist, sondern auch den Ministerpräsidenten Rouvier direkt durch den amerikanischen Botschafter über den Standpunkt des Präsidenten Roosevelt zu orientieren.

Lassen Sie dem Präsidenten keinen Zweifel darüber, daß die Bildung einer mächtigen europäischen Staatengruppe mit Hereinziehung Deutschlands, welche jetzt offenbar an verschiedenen Stellen erwogen wird, für uns immer nur als „pis aller" und erst dann in Be-

* Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CX, B.

tracht kommen würde, wenn unser selbstloses Programm der vertragsmäßigen Gemeinsamkeit mit Status quo, Offener Tür und Gleichberechtigung aller Vertragsstaaten infolge des Widerstandes von England und der Gleichgültigkeit von Amerika Schiffbruch gelitten hätte. Bülow

Nr. 6669

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 881 **Berlin, den 30. Mai 1905**

Am 27. v. Mts. meldeten Ew.*, Herr Rouvier lasse deutlich erkennen, daß er das Gebaren des Herrn Delcassé in der Marokkofrage mißbillige und geneigt sei, denselben möglichst bald auszuschiffen. Kurz darauf ließ der Ministerpräsident dieser seiner Absicht durch eine Vertrauensperson hier Ausdruck geben**. Infolgedessen wurden Ew. beauftragt, Herrn Rouvier wissen zu lassen, daß die Kaiserliche Regierung zwar nicht zu Herrn Delcassé, wohl aber zu Herrn Rouviers Ehrlichkeit Zutrauen habe, und daß es daher angezeigt scheine, in Erwartung einer Änderung in der Leitung der auswärtigen französischen Politik zunächst einen Stillstand sowohl in der diplomatischen wie auch in der Preßtätigkeit eintreten zu lassen***. Dementsprechend habe ich mein möglichstes getan, um zu verhindern, daß die deutsche Presse, wenigstens der Teil derselben, welcher mit der Regierung Fühlung hat, Herrn Delcassé fernerhin angriff. Die überwiegende Mehrzahl der großen deutschen Blätter ist meinem Wunsche gefolgt und hat sogar stellenweise hervorgehoben, daß Herr Delcassé sich Deutschland gegenüber entgegenkommend zeige. Dadurch ist auf meine Veranlassung dem deutschen Volke eine Vorstellung beigebracht worden, welche im direkten Widerspruch mit der Wirklichkeit steht. Denn Herr Delcassé ist ganz der alte geblieben, er handelt anders, als er spricht. Während er Herrn Rouvier versichert, Deutschland gegenüber künftig konziliant zu sein, gibt er bis in die neueste Zeit hinein dem französischen Vertreter in Fes Instruktionen, die, wie Ew. aus dem Erlaß 834† ersehen haben werden, an Schroffheit nicht übertroffen werden können.

Bei Seiner Majestät dem Kaiser und bei mir als dessen verantwortlichem Berater wird durch diese neuesten Wahrnehmungen die

---

* Vgl. Nr. 6635.
** Vgl. Nr. 6646.
*** Vgl. Nr. 6650.
† Siehe Nr. 6665.

Überzeugung befestigt, welche sich während der siebenjährigen Amtsdauer des Herrn Delcassé allmählich gebildet hatte, daß, solange Herr Delcassé Minister bleibt, nicht mit der Möglichkeit einer Verbesserung, wohl aber mit einer Möglichkeit der Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen gerechnet werden muß. Herr Delcassé fing seine Amtsführung damit an, daß er meine amtliche Anregung wegen eines deutsch-französischen Zusammengehens in einem Einzelfalle einfach unbeantwortet ließ. Seitdem hat er, wie ich höre, zu seiner Entschuldigung geltend gemacht, ich hätte damals am 18. Juni 1898 auch die gegenseitige Anerkennung des Besitzstandes implizite verlangt — eine Behauptung, welche in direktem Widerspruch mit dem Inhalt meines damaligen Telegramms steht. Seitdem hat Herr Delcassé, wie Ew. bekannt ist, jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um seiner feindseligen Gesinnung gegen Deutschland dadurch Genüge zu tun, daß er bei Fragen, welche Gegenstand diplomatischer Erörterung zwischen Berlin und Paris gewesen waren, den wahren Sachverhalt unterdrückte oder entstellte in der Absicht, unsere Politik zu verdächtigen und uns Feinde zu machen. Auch die Marokkopolitik des Herrn Delcassé, namentlich ihr überstürztes Tempo, läßt sich nicht aus irgendeinem sachlichen französischen Interesse erklären, sondern nur daraus, daß Herr Delcassé als das Werkzeug einer auswärtigen Inspiration gehandelt hat, welche ein Interesse daran hatte, gerade jetzt eine akute Spannung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. Nach den neuesten aus Marokko hierher gelangten Nachrichten setzt Herr Delcassé seine Aktions- und Einschüchterungspolitik unbeirrt fort trotz der gegenteiligen Versprechungen, die er wahrscheinlich in Paris gemacht hat.

Die Tatsache, daß Herr Delcassé nach wie vor die französische Politik in einem deutschfeindlichen und friedensfeindlichen Sinne leitet, wird der Welt nicht lange verborgen bleiben können, und es wird dann in der öffentlichen Meinung Deutschlands ein Rückschlag fühlbar werden, für dessen Folgen ich die Verantwortung ablehnen muß. Ich halte es deshalb nötig, den Ministerpräsidenten Rouvier nochmals auf die ernsten Bedenken hinweisen zu lassen, welche das Verbleiben des Herrn Delcassé für die deutsch-französischen Beziehungen mit sich bringt. Der Botschaftsrat von Miquel, welcher Paris demnächst verläßt, wird unser Mißtrauen gegen Herrn Delcassé mit einer Offenheit zum Ausdruck bringen können, welche für Ew. aus Etiketterücksichten schwierig sein würde. Ich glaube deshalb im Sinne und Interesse der persönlichen Stellung Ew. zu handeln, wenn ich Sie ermächtige, mit Herrn von Miquel zu vereinbaren, was derselbe als von mir kommend in Paris sagen und welche Personen er eventuell in unsere Ansicht über Herrn

Delcassé einweihen soll*. Ich möchte annehmen, daß es sich empfiehlt, Preßpolitiker zunächst noch nicht in die Sache hineinzuziehen, weil eine Besprechung in der Presse vielleicht günstig für Herrn Delcassé wirken könnte. Bülow

Nr. 6670

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 109 Berlin, den 31. Mai 1905

Graf Tattenbach meldet aus Fes vom 25., um den Sultan zu entmutigen, werde französischerseits ausgestreut, daß Deutschland, dessen Interessen in Marokko nur gering seien, den Sultan in der Patsche sitzen lassen werde angesichts des einigen Vorgehens der „Mittelmeermächte", welche eine Einmischung Deutschlands in Fragen des Mittelländischen Meeres niemals dulden würden.

Ew. wollen das Vorstehende Herrn Tittoni und nach Ihrem Ermessen auch Herrn Fortis zur Kenntnis bringen und dabei etwa folgendes hinzufügen:

Deutschland wird, gleichviel welche Wendung die marokkanischen Dinge nehmen, jedenfalls die Konsequenzen der Ratschläge ziehen, welche Seine Majestät der Kaiser dem Sultan erteilen läßt. Die Möglichkeit, daß der Sultan allein in der Patsche sitzen bleibe, kommt also praktisch nicht in Betracht. Was bedeutet es aber, daß

---

* Vgl. Nr. 6674, 6675. Man sieht, daß Graf Bülow in der Frage Delcassé, wenngleich ihm eine Einmischung in innerfranzösische Verhältnisse fern lag (vgl. Nr. 6653), mit offenen Karten gespielt hat. Einer „Mission" des Fürsten Henckel von Donnersmarck hat es zu diesem Zweck nicht bedurft; was darüber von französischer Seite behauptet wird (vgl. André Mévil, De la Paix de Francfort à la Conférence d' Algésiras p. 273 ff.; E. Bourgeois im Rapport de la Commission d' Enquête sur les faits de la Guerre p. 325 s.), ist übertrieben. In den Akten findet sich nicht einmal eine Andeutung darüber, daß Fürst Henckel Auftrag gehabt habe, sich in Paris im Sinne der Darlegungen zu äußern, welche der „Gaulois" vom 17. Juni 1905 ihm in den Mund legte. Nur ein einziges Mal wird in den Akten der Name Henckels erwähnt: in dem Berichte Radolins vom 17. Juni (Nr. 458), mit dem er den fraglichen „Gaulois"-Artikel übersandte. Die Äußerungen Henckels werden von Radolin als apokryph behandelt: „Ein ‚Eingeweihter' veröffentlicht heute im ‚Gaulois' den Inhalt einer Unterredung, welche der Fürst Henckel-Donnersmarck angeblich mit sehr hochstehenden Persönlichkeiten der hiesigen offiziellen Welt gehabt haben soll, und in welcher er unter Geltendmachung aller Beschwerdepunkte, welche Deutschland Frankreich gegenüber vorzubringen hat, in ausführlicher Darlegung aller politischen Möglichkeiten dringend dazu geraten habe, der französischen Politik eine neue Orientierung zu geben und den friedenstörenden Minister Delcassé endgültig fallen zu lassen."

die französische Diplomatie in Fes von „der Einigkeit der Mittelmeermächte im gemeinsamen Widerstande gegen Deutschland" spricht? Wir nehmen zwar an, daß Italiens Name hierbei mißbraucht wird, aber die italienische Regierung wird nicht umhin können, eine Richtigstellung herbeizuführen, wenn sie verhindern will, daß die von Frankreich seit Jahr und Tag in Umlauf gesetzte Legende von dem tatsächlichen Aufhören des Dreibundes eine neue Bekräftigung erfährt. Ew. wollen daher den italienischen Ministern gegenüber meiner festen Hoffnung Ausdrück geben, daß die italienische Diplomatie, daß mindestens der italienische Vertreter in Tanger angewiesen werde, sich unzweideutig im Sinne der vertragsmäßigen Gleichberechtigung zu äußern*. Aus Ew. Berichterstattung glaube ich entnehmen zu können, daß unter den italienischen Ministern namentlich Herr Fortis auf diesem Standpunkt steht. Es genügt aber natürlich nicht, wenn italienische Staatsmänner ihre Überzeugung nur unter vier Augen dem deutschen Vertreter gegenüber aussprechen. Daß die passive Assistenz Italiens auf französischer Seite einer reductio ad absurdum des Dreibundes gleichkommen würde, werden Ew. den italienischen Ministern kaum anzudeuten brauchen, da dieser Gedanke sich von selbst aufdrängt und überdies am Schlusse meines Telegramms 62 schon berührt worden war.

Bülow

Nr. 6671

*Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Fes, den 26. Mai 1905

Der Sultan hat mir heute vertraulich folgendes gesagt:

„Der französische Gesandte hat mir sagen lassen, er habe gehört, daß die marokkanische Regierung die Absicht habe, die Ein-

* Wie Graf Monts am 2. Juni meldete, erwiderte Tittoni auf seine ernsten Vorstellungen folgendes: Italien habe Frankreich gegenüber nur sein Desinteressement in Marokko erklärt, d. h. es beanspruche nichts für sich von diesem Lande. Frankreich sei nicht berechtigt, von einer gemeinsamen Haltung der Mittelmeermächte zu reden, welche eine Einmischung Deutschlands in Fragen des Mittelländischen Meeres niemals dulden würden. Italien habe absolut nichts in Paris verlauten lassen, was nur entfernt als Autorisation zu solcher Sprache ausgelegt werden könne. Das römische Kabinett suche nichts anderes, wie den Frieden zu erhalten, und würde daher in Paris dringend von Drohungen oder gar einer bewaffneten Aktion gegen Marokko abraten.

** In veränderter Form mitgeteilt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 13.

berufung einer Konferenz zu beantragen zur Besprechung der Reformen. Frankreich werde sich an der Konferenz nicht beteiligen. Falls aber die Konferenz zustande kommen sollte, würden die Mächte Frankreich mit der Durchführung der Reformen betrauen."

Unter der Hand, fuhr der Sultan fort, habe der französische Gesandte ferner mitteilen lassen, er wisse auf dem Wege einer vertraulichen Mitteilung des Herrn von Kühlmann an den französischen Geschäftsträger in Tanger, daß den Deutschen bereits eine Konzession, nämlich der Ausbau des Hafens in Tanger, übertragen worden sei. Der Sultan bemerkte, er wisse genau, was er von derartigen Mitteilungen zu halten habe.

In dieser Audienz hat mir der Sultan die formelle Zusicherung gemacht, er werde die französischen Reformvorschläge durch eine Note ablehnen und die Signatarmächte zur Konferenz einladen lassen. Ich soll mit Ben Sliman den Text der Note vereinbaren.

Tattenbach

Nr. 6672

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Fes, den 28. Mai 1905
Geheim

Der Sultan läßt mir eben durch Marum sagen, daß die Note, betreffend Ablehnung der Reformvorschläge, an den französischen Gesandten abgesandt* und der Befehl nach Tanger abgegangen sei, die Mächte zur Konferenz einzuladen.

Tattenbach

Nr. 6673

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 113 Berlin, den 1. Juni 1905

Graf Tattenbach meldet, daß von französischer Seite der Sultan von Marokko für den Fall der Ablehnung des französischen Programms fortgesetzt mit einer Aktion an der algerischen Grenze

* Siehe den Text der Note im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 14.

bedroht wird. Gleichwohl hat der Sultan dem französischen Vertreter am 28. Mai eröffnen lassen, die Annahme der französischen Reformvorschläge könne erst in Betracht kommen, nachdem dieselben durch die Vertragsmächte geprüft und gebilligt sein würden. Damit ist die Konferenzfrage in den Vordergrund gerückt.

Der vom Sultan jetzt eingenommene Standpunkt ist derselbe, welchen Deutschland von Anfang an allen Interessenten gegenüber als den völkerrechtlich korrekten bezeichnet hat. Wir würden daher nicht sagen können, daß uns die Sache nichts angeht, sondern würden die Konsequenzen ziehen müssen, wenn Frankreich nach der völkerrechtlich unantastbaren Stellungnahme des Sultans die bisher von Herrn Delcassé befolgte politique d'intimidation et de violence fortsetzte, welche nicht nur die Interessen, sondern auch die Würde der mit uns in gleicher Lage befindlichen Vertragsstaaten berührt. Ich hoffe aufrichtig, daß dieser Fall nicht eintreten, sondern daß schließlich unter den Interessenten ein accord de vues zu erreichen sein wird unter Zugrundelegung des in meinem Erlaß 740* skizzierten Programms, welches sich in die Worte zusammenfassen läßt: Réserver l'avenir.

Im Interesse des Friedens ist es wichtig, daß das Vorstehende ohne Verzug zur Kenntnis des Ministerpräsidenten gebracht werde, damit dieser nicht ohne volle Sachkenntnis die jetzt an ihn herantretende Entscheidung trifft. Aus besonderer Rücksicht wollen Ew. sich jedoch hierbei einer nichtamtlichen Vertrauensperson bedienen, damit Herr Rouvier zunächst noch in der Lage ist, wahrheitsgemäß erklären zu können, daß ihm die deutsche Regierung weder durch Ew. noch durch Herrn Bihourd hat Vorstellungen machen lassen.

Bülow

Nr. 6674

Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Paris von Miquel

Reinschrift. Vom Botschafter Fürsten von Radolin am 30. Mai dem Reichskanzler übersandt

Paris, den 30. Mai 1905

Da Herr Ministerpräsident Rouvier Herrn Betzold gebeten hatte, heute zu ihm zu kommen, so hielt ich es trotz der Festlichkeiten für den König von Spanien** für zweckmäßig, an Stelle des

* Siehe Nr. 6650.

** König Alfons stattete vom 30. Mai bis 4. Juni einen offiziellen Besuch in Paris ab.

Herrn Betzold noch heute mit Herrn Rouvier zu sprechen und bei ihm den mir von dem Herrn Reichskanzler erteilten hohen Auftrag auszurichten.

Zu Anfang der mehr als eine Stunde währenden Unterhaltung sagte ich, ich sei nach Berlin gefahren, um einen direkten Eindruck von der dort herrschenden Beurteilung der durch die Marokkoangelegenheit geschaffenen Lage zu gewinnen, und sei von dem Ernste betroffen gewesen, mit welchem man von den Gefahren der Delcasséschen Politik spreche.

Der Herr Reichskanzler habe mich beauftragt, im Einverständnis mit dem Herrn Botschafter, Fürsten von Radolin, seine Auffassung von der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ganz offen darzulegen, da er Wert darauf lege, über die in Deutschland herrschende Stimmung keinen Zweifel zu lassen und zu zeigen, daß er dem Ministerpräsidenten mit Vertrauen entgegenkäme. Ich persönlich könne jetzt um so freier hierüber reden, als ich nicht mehr der hiesigen Botschaft angehörte, sondern nach Petersburg versetzt worden sei; einen Auftrag, zu verhandeln, hätte ich hierbei nicht.

Der Herr Reichskanzler habe von vornherein mit Frankreich gute Beziehungen unterhalten wollen; abgesehen von den rein politischen Gründen, sei er auch persönlich Frankreich gegenüber sehr günstig gestimmt gewesen, da er eine Erziehung in französischer Sprache genossen habe und an seinen langen Aufenthalt an der Kaiserlichen Botschaft in Paris die beste Erinnerung bewahre. Er habe geglaubt, daß die beiden Länder sich gegenseitig gute Dienste leisten könnten. Deutschland habe daher zahlreiche auf diese Gesinnung hindeutende Schritte getan, welche jedoch leider bei Herrn Delcassé nicht das richtige Verständnis gefunden hätten. Die vielfachen Akte der Höflichkeit und des Entgegenkommens von deutscher Seite hätten sogar manchen Kreisen in Deutschland als sehr weitgehend geschienen. Zu seinem eigenen Bedauern habe der Herr Reichskanzler sich allmählich davon überzeugen müssen, daß die französische Politik[1] uns gegenüber wenig freundlich und nicht einmal immer aufrichtig gewesen sei. Da er schon länger als Herr Delcassé an der Spitze des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten stehe, so habe er die auswärtige französische Politik mit der größten Aufmerksamkeit Punkt für Punkt während der letzten sieben Jahre beobachten können. Hierbei seien ihm unter anderen fünf verschiedene Angelegenheiten aufgefallen, bei welchen der Mangel an Entgegenkommen seitens des Quai d'Orsay sich offenbart habe.

Erstens: Die Anfrage wegen der portugiesischen Kolonien im Jahre 1898* sei an Frankreich gerichtet worden im Hinblick auf

* Vgl. Bd. XIV, Kap. XCII, Nr. 3813.

die in Deutschland und Frankreich untergebrachten portugiesischen Anleihen. Sie sei daher nur gegen Portugal, nicht aber gegen England gerichtet gewesen. Herr Hanotaux habe in sehr korrekter Weise geantwortet, man werde sich mit dem interessanten Vorschlage beschäftigen, er könne jedoch selber nicht mehr Stellung dazu nehmen, da ein Wechsel im Ministerium einträte. Sein Nachfolger, Herr Delcassé, habe seither keinerlei Antwort auf die deutsche Anfrage gegeben. Erst mehrere Jahre später, als in der „Revue parlementaire" ein wahrscheinlich von Herrn Hanotaux inspirierter Artikel über den Vorgang erschien, sei der Marquis de Noailles in der Wilhelmstraße erschienen, nicht etwa, um die erwartete Antwort zu erteilen, sondern um allgemeinhin zu fragen, wie es um die Angelegenheit stünde. Nach so langem Warten habe man jedoch keine Veranlassung gehabt, hierauf näher einzugehen, und dies um so weniger, als die Politik des Herrn Delcassé inzwischen schon anderweitig Mißtrauen erregt hätte.

Wenn Herr Léon meine, Deutschland habe damals die Garantie des allgemeinen Besitzstandes verlangt[2] oder eine dritte Macht habe angedeutet, es werde zu dieser Forderung kommen, so beruhe dies auf einem Irrtum. Die deutsche Regierung habe ausdrücklich nur von der Regelung von Einzelfragen gesprochen und sei übrigens für die etwaige Dazwischenkunft dritter Staaten nicht verantwortlich zu machen.

Hierauf erwiderte Herr Rouvier, die von Herrn Léon gegebene Erklärung der Nichtbeantwortung sei allerdings nicht richtig, da die Besitzstandsgarantie nur bei einer anderen Gelegenheit zur Sprache gekommen sei[3]. Die französische Regierung habe später nicht mehr geantwortet, weil, wie Herr Delcassé gesagt habe, Deutschlands Wünsche sachlich ohnehin schon erfüllt worden seien.

Zweitens: Vor der Räumung von Schanghai* habe Deutschland bei England, Frankreich und Japan angefragt, ob man nicht von China verlangen solle, daß es im Jangtsetal keinerlei Vorteile irgendeiner Macht gewähre. Frankreich sei hierauf nicht eingegangen, habe jedoch, soweit wir wenigstens von Peking her darüber unterrichtet seien, gleichwohl eine Erklärung in diesem Sinne von sich aus von der chinesischen Regierung verlangt und auch wohl erhalten, hierüber jedoch im Gelbbuch keinerlei Angaben gemacht.

Der Ministerpräsident sagte, er wolle sich über die Vorgänge bei der Räumung von Schanghai näher unterrichten.

Drittens: Bei der Besprechung der Bagdadbahnangelegenheit** meinte der Ministerpräsident, es sei wohl nicht unbekannt, daß eine Frankreich nahestehende Macht auf Herrn Delcassé eingewirkt habe.

---

* Vgl. Bd. XVI, Kap. CVIII, Nr. 4954 ff.
** Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXVI.

Übrigens könne man auf diese Angelegenheit noch zurückkommen, es stünde nichts im Wege, die Verhandlungen wegen der Beteiligung des französischen Kapitals wieder aufzunehmen[4]. Ein abschließendes Urteil über diese Angelegenheit könne man daher noch nicht geben. Ich erwiderte, es sei mir nicht bekannt, ob die deutsche Regierung hierüber anderweitige Verhandlungen wünsche, ich hätte diesen Fall nur erwähnt, um zu erklären, warum das Mißtrauen gegen die Politik des Herrn Delcassé in Deutschland von Fall zu Fall zugenommen habe.

Viertens: Vor zirka zwei Jahren, so fuhr ich fort, seien der deutsche und der französische Vertreter in Haiti beleidigt worden. Der Herr Botschafter habe damals bei Herrn Delcassé wegen gemeinsamer Entsendung von Kriegsschiffen angefragt. Der Minister habe zuerst in der höflichsten Form die Prüfung des Vorschlages zugesagt; als es jedoch später zur eigentlichen Beantwortung der Frage kam, hieß es, die französischen Kriegsschiffe seien bereits nach Haiti abgegangen, so daß das gemeinschaftliche Vorgehen nicht mehr nötig sei.

Fünftens: Die Marokkoangelegenheit habe schließlich das Maß vollgemacht und von neuem gezeigt, wie wenig Vertrauen Herrn Delcassé entgegenzubringen sei. Durch die verschiedentliche[5] Erwähnung der Marokkoangelegenheit durch den Herrn Reichskanzler sei Herrn Delcassé absichtlich Gelegenheit gegeben worden, sich zu äußern; er habe dies aber unterlassen. Die freundliche Haltung des Herrn Reichskanzlers habe also auch hier ihre Wirkung verfehlt. Als dann Herr Jaurès in der Kammer äußerte, er billige den englisch-französischen Vertrag, wenn dieser keine Spitze gegen Deutschland enthalte, habe die französische Regierung diese Gelegenheit nicht benutzt, eine für Deutschland genugtuende Erklärung abzugeben. — Hierzu meinte Herr Rouvier, er sei damals krank gewesen.

Zu den Berichten aus Fes wiederholte Herr Rouvier seinen Zweifel an der Erklärung der marokkanischen Behörden, indem er meinte, bei den Übersetzungen durch Dolmetscher müsse ein Irrtum untergelaufen sein, vielleicht würden weitere Berichte noch Aufklärungen schaffen. „Ich fasse die Lage so auf," fuhr Herr Rouvier fort, „daß nach der Beendigung der Berichte des Grafen von Tattenbach weitere Verhandlungen über Marokko stattfinden könnten."

Hierauf entgegnete ich, ich wüßte nicht, ob dies nach den Berichten der Fall sein könnte, glaubte keineswegs, daß nach dem von uns eingenommenen Standpunkt Sonderverhandlungen möglich seien, und wüßte, daß nach allem, was vorgefallen sei, der Leiter der französischen auswärtigen Politik nicht mehr genügenden Kredit in Deutschland besäße. Diese Auffassung sei in Deutschland sehr befestigt; der Herr Reichskanzler habe sich zu ihr aus seinen eigenen Beobachtungen heraus und zu seinem Bedauern bekennen müssen,

und zwar trotz der Berichte des Fürsten von Radolin, welcher stets in der versöhnlichsten Weise bemüht sei, bei der Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen das Gute hervorzukehren und ausgleichend zu wirken.

Aus Rücksicht auf Frankreich habe der Herr Reichskanzler der Presse von den Einzelheiten noch keine Kenntnis gegeben, sei aber überzeugt, daß er, wenn es zu einer Veröffentlichung kommen müsse, ganz Deutschland hinter sich haben werde. Man möge nicht in den Fehler verfallen, das in der französischen Presse aufgebrachte Wort von dem deutschen Bluff als zutreffend anzunehmen. Die deutsch-französischen Beziehungen hätten, um mich eines mir in Berlin mitgeteilten Ausdruckes zu bedienen, lange Zeit wie ein Dornröschen geschlafen, es sei nur zu hoffen, daß es kein unangenehmes Erwachen gäbe. Eine Änderung der jetzigen Lage sei vor allem durch einen Wechsel in der Leitung der auswärtigen französischen Politik zu ermöglichen.

Herr Rouvier beendete die Unterhaltung, indem er sagte: „Ich nehme von diesen Erklärungen Akt, danke sowohl dem Herrn Reichskanzler wie dem Herrn Botschafter auf das verbindlichste, muß jedoch hinzufügen, daß es sich bei der Verquickung mit Personenfragen um außerordentliche Schwierigkeiten handelt; allerdings muß, das sehe ich ein, auf alle Fälle eine Änderung der jetzigen Lage herbeigeführt werden."

Ich hatte beinahe den Eindruck, als glaube Herr Rouvier nicht an die Möglichkeit, Herrn Delcassé in nächster Zeit beseitigen zu können, und als wolle er im Notfalle selber demissionieren, um die Verantwortung abzulehnen. Miquel

---

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] D. h. die von Delcassé!
[2] ?
[3] wann und wo denn?
[4] Wollen wir das tun?
[5] und sehr friedlich-freundliche

Nr. 6675

*Nachtrag zu der Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Paris von Miquel**

Reinschrift. Von dem Botschafter Fürsten von Radolin am 1. Juni dem Reichskanzler übersandt

Paris, den 31. Mai 1905

Zu der gestern vor Abgang der sicheren Post in Eile diktierten Aufzeichnung über meinen Besuch bei Herrn Rouvier beehre ich mich

---

* Vgl. Nr. 6674.

einige Äußerungen nachzutragen, welche der Ministerpräsident noch machte, nachdem ich mich von ihm verabschiedet hatte:

Er wiederholte, daß Herr Delcassé jetzt nicht zurücktreten könne, da er geeignet wäre, bei dem zu erhoffenden Friedensschluß zwischen Rußland und Japan große Dienste zu leisten. Man müsse doch berücksichtien, daß er, der Ministerpräsident, sich jetzt auch um auswärtige Politik bekümmere. „Je ne puis faire tomber M. Delcassé sur un froncement de sourcils de l'Allemagne, on me le reprocherait toujours . . . toujours."

Es fiel mir auf, daß der Ministerpräsident nicht mehr wie vor einigen Wochen davon sprach, daß er den Rücktritt des Herrn Delcassé wenigstens in absehbarer Zeit erwarte. (Daß Herr Rouvier vorher im Laufe des Gespräches sagte, er wisse, daß er gleichwohl unbedingt irgendeinen Ausweg finden müsse, habe ich gestern bereits angeführt.)

Als Herr Rouvier nochmals meinte, die Marokkoangelegenheit sei ihm nicht ganz verständlich, weil keine deutschen Interessen verletzt würden, und als er nochmals das formelle Vorgehen des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, allerdings mit geringem Nachdruck, verteidigte, erwiderte ich, in der leichthin gemachten und unverbindlichen Äußerung des Herrn Delcassé zu dem Fürsten von Radolin über den zu erwartenden Abschluß eines Vertrages mit England könne Deutschland keine offizielle Benachrichtigung erblicken. Nach Abschluß des Vertrages habe Herr Delcassé nichts mehr von sich hören lassen und erst auf eine gelegentliche Anfrage des Kaiserlichen Botschafters erwidert, man könne den Vertrag im Gelbbuch lesen. Wenn nun auch das Gelbbuch dem Botschafter gewiß nicht unbekannt sei, so könne doch hieraus nicht geschlossen werden, daß die deutsche Regierung hinlänglich benachrichtigt worden sei, während England, Spanien und Italien bindende schriftliche Erklärungen in Händen hätten. Herr Rouvier gab nun plötzlich zu, daß Deutschland übergangen sei: „Monsieur Delcassé a considéré la question comme purement méditerranéenne." Hierauf erwiderte ich, ich hätte zwar keinen Auftrag, dies zu sagen, aber es herrsche meiner persönlichen Ansicht nach in Deutschland die Auffassung, daß es nicht der französischen Regierung allein zustehe, vor der ganzen Welt darüber zu urteilen und zu entscheiden, ob eine so wichtige Frage lediglich die Mittelmeermächte angehe oder nicht. Es handle sich doch um ein Land, welches eine große atlantische Küste besäße, und wo der deutsche Handel in schnellem Wachstum begriffen sei. Wenn der Sultan von französischem Militär, französischen Zollbehörden, französischen Bankbeamten umgeben sei, so bleibe er wohl souverän, er werde jedoch bei dem formell freien Wettbewerb um Bestellungen und Konzessionen voraussichtlich stets Frankreich den Vorzug geben. Hierauf bestritt Herr Rouvier die

Absicht, eine französische Bank in Marokko gründen zu wollen. Es handele sich nur um ein Privatunternehmen, welches fremde Interessen nicht beeinträchtige.

Zum Schluß sagte ich, ich bedauerte es lebhaft, aussprechen zu müssen, mit wie großem Ernste der Herr Reichskanzler die jetzige Lage ansehe, ich bäte aber, den mir erteilten Auftrag als einen Beweis dafür anzusehen, wie loyal der Herr Reichskanzler Frankreich gegenüber handele.

v. Miquel

Nr. 6676

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Fes, den 31. Mai 1905

Ich habe gestern abend das von Tores gezeichnete Schreiben erhalten, in dem die Regierungen eingeladen werden, teilzunehmen an einer Konferenz in Tanger, um zu beraten über die von Seiner Scherifischen Majestät beschlossenen, den jeweiligen Verhältnissen im Reich entsprechenden Reformen und Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel*. Am Schluß wird um Antwort gebeten.

Der Sultan, den ich gestern sah, ist über die durch die ablehnende Note** geschaffene neue Lage durchaus befriedigt und guten Muts. „Die Kugel ist aus dem Rohr, niemand kann sie zurückbringen", sagte er.

Als ich ihm den Rat gab, mit dem heute hier eingetroffenen englischen Gesandten vorsichtig zu sein, antwortete er: „Wenn ein Mann in einer Höhle von einem Skorpion gebissen worden ist, kehrt er zum zweiten Mal nicht dahin zurück."

Die Franzosen und ihre hiesigen Preßvertreter streuen aus, die ablehnende Note des Sultans sei ausschließlich ein coup de tête des Sultans, zu dem ich ihn überredet hätte. Dies ist unrichtig. Es waren allerdings eine Anzahl der von den Franzosen mit schweren Summen erkauften Minister gegen die glatte Ablehnung der französischen Vorschläge, und die Sache ist nicht ohne schwere innere Kämpfe abgegangen. Der ablehnende Beschluß ist aber schließlich von allen Ministern, den drei obersten Richtern von Fes, den drei

---

* Vgl. Nr. 6672.

** Siehe den Text des gleichlautend an alle Signatarmächte der Madrider Konvention von 1880 gerichteten Schreibens des Sultans in „Schultheß' Europäischer Geschichtskalender" Jahrg. 1905, S. 305.

höchsten Ulemas von Fes, von den drei höchsten Scherifs und von allen Notabeln unterzeichnet worden.

Daß das schnell wieder zurückgekehrte Vertrauen des Sultans und seiner Ratgeber in meine Person zum Endergebnis beigetragen hat, leugne ich nicht.

Tattenbach

Nr. 6677

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Fes, den 3. Juni 1905

Ich höre, daß im englischen Lager hier starke Verstimmung darüber herrscht, daß man ganz unerwartet eine total veränderte Lage vorgefunden hat. Diese Verstimmung ist weniger gegen uns und die Marokkaner gerichtet als gegen den französischen Gesandten, der es versäumt hat, seinen englischen Kollegen noch rechtzeitig zu benachrichtigen, daß die Partie verloren oder wenigstens stark gefährdet sei.

Mir gegenüber ist Mr. Lowther sehr höflich, hat sich indessen dahin ausgesprochen, daß Frankreich, England und Spanien an der Konferenz nicht teilnehmen würden.

Tattenbach

Nr. 6678

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 192 Paris, den 3. Juni 1905

In parlamentarischen Kreisen gilt der Rücktritt Delcassés als eine Eventualität, die allgemein ins Auge gefaßt wird. Es handele sich um eine kurze Spanne Zeit zur Regelung der Aktion, die man aus Klugheit nicht überstürzen dürfe, um nicht eine unerwünschte gegenteilige Wirkung im letzten Moment zu erreichen. Entscheidende Interpellationen in der Kammer stehen angeblich nach Abreise des Königs bevor.

Der intime Freund Rouviers, der einflußreiche Jean Dupuy, vielfacher Millionär und Besitzer des „Petit Parisien", besuchte mich, anscheinend im Auftrage Rouviers, und wünschte enge Fühlung mit mir zu nehmen[1]. Er gehört zu den Gegnern Delcassés und mißbilligt

seine Politik „pour les beaux yeux de l'Angleterre, qui nous dupera, comme elle a dupé tout le monde[2]." Er drängt auf engen Anschluß mit Deutschland als der einzig richtigen Politik. Er macht mit Rouvier gemeinsame Sache, um die gegenwärtige politische Leitung in eine andere Bahn zu lenken, und hält den Rücktritt Delcassés für durchaus geboten. Wie mir nach dieser Unterhaltung eine wohl informierte, mit Rouvier und Dupuy gut bekannte Persönlichkeit sagt, soll sich Dupuy mit der Idee tragen, entweder mit Rouvier zusammen oder allein zum Präsidenten Loubet zu gehen und ihm die Notwendigkeit darzulegen, sich vom gegenwärtigen Auswärtigen Minister zu trennen.

Dupuy schien anfänglich unter dem Eindruck zu stehen, als ob nicht an allen maßgebenden Stellen in Deutschland eine einheitliche und gleichmäßig feste Auffassung bestände[3]. Erst nachdem ich ihm sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß es in Deutschland nur einen Willen und eine leitende Politik gebe, die von Seiner Majestät und von Euerer Exzellenz mit der unbedingtesten Energie vertreten werde, daß die Lage eine sehr ernste sei[4], erkannte er die dringende Notwendigkeit, alles aufzubieten, um den selbst von ihm als durchaus berechtigt anerkannten Wünschen Deutschlands Rechnung zu tragen und, ohne die Würde Frankreichs zu verletzen, den Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen.

Pallain vertritt zwar die Ansicht, daß Delcassé sich nicht mehr lange halten könne, meint aber wie Rouvier, daß es schwer sei, Delcassé bei der heutigen politischen Lage Hals über Kopf fallen zu lassen. Man müsse daher etwas Geduld haben. Eine übereilte Aktion gegen den Minister könnte die Stellung Rouviers gefährden. Pallain insistiert darauf, daß Deutschland doch wohl schon eine große Genugtuung in der Haltung der Kammer und der Presse Delcassé gegenüber habe[5]. Radolin

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Bene
[2] sehr richtig
[3] Das ist vollkommen falsch!
[4] richtig
[5] ?

Nr. 6679

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 193 Paris, den 3. Juni 1905

Jean Dupuy, der in sichtbarer Besorgnis mich soeben besuchte, nachdem er zwei Stunden mit Rouvier konferiert hatte, bat mich, bei

dem Ernst der Situation folgende Erwägung Euerer Exzellenz zu unterbreiten. Ich gebe seine Worte genau weiter.

„Il est de la plus haute importance que de la part du gouvernement Impérial et de la presse allemande aucun acte ne soit fait dans la mesure possible jusqu'au retour de l'ambassadeur de l'Allemagne à Paris* qui puisse rendre difficile sinon impossible les pourparlers officieux ou d'ordre privés qui sont engagés. En attendant on espère que la situation permettra de pouvoir adopter l'une ou l'autre politique et de causer avec plus d'efficacité. Dès le départ du roi d'Espagne cette question des rapports de la France avec l'Allemagne sera l'objet exclusif des préoccupations du pouvoir public." Unpersönlich nach dieser Erklärung bemerkte Dupuy, daß er die Situation extrêmement grave[1] finde, und daß er dieser Tage Loubet, mit dem er befreundet, aufsuchen wolle, da er ihn nicht für vollständig unterrichtet hält[2]. Dupuy erklärte mir ferner, daß die marokkanische Politik Delcassés einem vollständigen Fiasko unterlegen und daß darüber in Frankreich nur eine Stimme wäre.

Die ganze Unterhaltung und Mitteilung bat mich Dupuy als streng vertraulich zu betrachten mit der Maßgabe, daß es uns beiden im gegebenen Moment überlassen bleibe, die gesagten Worte nach außen hin abzuleugnen.

Gleichlautende Wünsche Rouviers hinsichtlich der Haltung der deutschen Presse, wenigstens für die nächste Woche, sind mir durch dessen Vertrauensmann zum Ausdruck gebracht worden.

Radolin

Randbemerkungen des Grafen von Bülow:
[1] Das ist sie
[2] das ist Loubet auch nicht

Nr. 6680

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 Paris, den 3. Juni 1905

Der Kabinettschef Rouviers** hat durch den Vertrauten des Präsidenten, Léon, Betzold v e r t r a u l i c h benachrichtigt, daß Rouvier mit Etienne und Marineminister Thomson am Montag gleich nach der Abreise des Königs an den Präsidenten Loubet mit der Kabinetts-

---

* Fürst Radolin war zu der auf den 6. Juni angesetzten Vermählung des Kronprinzen eingeladen.
** Moreau.

frage treten würde, ob die auswärtige Politik Frankreichs diejenige des Herrn Rouvier und seiner Kollegen oder die des Herrn Delcassé sei. Wenn Delcassé daraufhin wider Erwarten nicht zurücktreten sollte, würde Rouvier mit seinen Kollegen von dem Kabinett zurücktreten und die Sache vor die Kammer bringen. Rouvier ist, wie sein Vertrauensmann erklärte, überzeugt, daß die Kammer die von Delcassé befolgte Politik durchaus mißbillige, und daß Rouvier zur Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt werden würde.

Rouvier hat sich seinen Freunden gegenüber dahin geäußert: Angenommen, die Ministerkrisis sei vorbei, er hätte einen neuen Auswärtigen Minister zu suchen, z. B. Herrn Bourgeois, würde dann die deutsche Regierung ihm nicht seine Aufgabe erleichtern wollen und ihm durch einen inoffiziellen Vertrauensmann sagen lassen, Deutschland erkennt seine Schwierigkeiten an und würde nicht abgeneigt sein, mit ihm eine freundschaftliche Politik anzubahnen? Wie soll, meint Rouvier, sich ein guter Auswärtiger Minister finden, ohne daß der Betreffende die Beruhigung hätte, mit Deutschland keinen Schwierigkeiten entgegenzusehen?

Rouvier ließ mir durch Betzold sagen, ich möchte ruhig abreisen „que le Prince parte tranquille". Von Montag ab würde eine Schwenkung in der französischen Politik eintreten.

Radolin

Nr. 6681

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 203 Paris, den 5. Juni 1905

Aus dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten höre ich vertraulich, daß morgen der Rücktritt des Herrn Delcassé bevorsteht.

Flotow

Randbemerkung des Grafen von Bülow:

Ich bitte, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Pariser Meldungen über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Herrn Delcassé von unserer Presse nicht kommentiert werden, bis das Ereignis eingetreten ist. Es kann sich immer noch um eine fausse sortie handeln. Delcassé darf jetzt nicht gelobt und noch weniger, solange er Minister ist, kritisiert werden. Französische Ministerkrisen sind immer französische Angelegenheiten, die uns nichts angehen. Alles Vorstehende muß nicht nur unseren Journalisten, sondern auch den französischen Korrespondenten gesagt werden. B. 6./6.

Nr. 6682

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 204 Paris, den 6. Juni 1905

Rouvier läßt mir sagen, im Augenblick des Rücktritts des Herrn Delcassé bitte er die Kaiserliche Regierung um eine Erklärung, daß dieselbe beabsichtige, ihm gegenüber eine freundschaftliche Politik zu verfolgen. Flotow

Nr. 6683

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Flotow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 119 Berlin, den 6. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 204*.

Die Kaiserliche Regierung hat über ihre loyale Absicht, mit Frankreich bessere Beziehungen anzubahnen, schon durch die in meinem Erlaß Nr. 740** Herrn Rouvier übermittelten Bestellungen keinen Zweifel gelassen. An Versuchen der deutschen Regierung, mit Frankreich in einzelnen Fragen für identische Interessen gemeinsam einzutreten, fehlt es in der Vergangenheit nicht. Herr Delcassé hat während der sieben Jahre, wo er Minister war, den auf deutscher wie auf französischer Seite vorhandenen Instinkt der Nützlichkeit gelegentlichen Zusammenarbeitens zurückzuhalten und irrezuleiten verstanden***. Die deutsch-französischen Beziehungen sind heute

---

* Siehe Nr. 6682.

** Siehe Nr. 6650.

*** Ähnlich äußerte sich ein retrospektiver späterer Erlaß Fürst Bülows an den Grafen Monts vom 24. Oktober 1905 anläßlich eines Artikels der „Italie" über Delcassés Marokkopolitik zusammenfassend: „Es kann für eine unvoreingenommene Betrachtung keinem Zweifel unterliegen, daß Delcassés gesamte Politik auf den Krieg mit Deutschland konsequent lossteuerte. Dies geht aus seinen eigenen Bekenntnissen hervor, wie sie in den mit Recht allgemein auf seine Inspirationen zurückgeführten ‚Enthüllungen' des ‚Matin' vorliegen, und ebenso in dem Interview mit dem Minister, welches der ‚Gaulois' schon am 12. Juli d. Js. gebracht hat. Es war augenscheinlich sein Plan, mit Hilfe von England eine Kombination zustande zu bringen, der Deutschland dann gezwungen sein sollte sich auf Gnade oder Ungnade zu unterwerfen.. Daß dies sein Ziel war, bestätigt auch die konsequente Feindschaft, der wir während seiner Ministerschaft bei den verschiedensten Gelegenheiten von französischer Seite zu begegnen hatten. Überall versuchte

unvergleichbar schlechtere und unsicherere als an dem Tage, wo Herr Delcassé die Geschäfte übernahm. Herr Rouvier kann sich darauf verlassen, daß nach der Entfernung des Herrn Delcassé wir mit demselben guten Willen wie früher an die Aufgabe herangehen werden, den Schaden, welchen letzterer in den Beziehungen der beiden großen Nachbarvölker angerichtet hat, auszugleichen. Dies kann aber nicht von heute auf morgen, sondern nur allmählich geschehen. Die Remedur wird uns dadurch erleichtert, daß wir nicht nötig haben, den Charakter unserer Politik, welcher nie aufgehört hat, in der Frage der Würde wie in der Frage der Interessen ein rein defensiver zu sein, irgendwie zu ändern. Die Besserung wird anfangen in dem Augenblick, wo die französische Marokkopolitik nicht mehr den Charakter der Überstürzung hat, welchen Herr Delcassé ihr aufprägte. Wir haben Verständnis für gewisse politische Regungen Frankreichs, welche das natürliche Ergebnis der Nachbarschaft Frankreichs mit dem zerfallenden marokkanischen Reiche sind. Aus dem Grunde bieten wir die Hand dazu, die Zukunft frei zu halten. Vor Jahr und Tag waren wir frei, uns bei den Verhandlungen mit Frankreich auf eine andere Basis zu stellen, die gleich zu etwas Definitivem hätte führen können. Seitdem hat Herr Delcassé uns genötigt, eine andere Grundlage zu suchen. Wir können nicht den Sultan in dem Augenblick im Stich lassen, wo er unserm Rate folgend die Einladung zur Konferenz hat abgehen lassen. Eine Zwischenpause ist für jetzt nötig, damit man Zeit gewinnt für Beruhigung und eventuell für neue Kombinationen. Um die Zwischenpause auszufüllen und den unvermeidlichen Stillstand in einer für keinen der beiden Teile verletzenden Weise zu motivieren, sehe ich kein besseres Mittel als die Konferenz.

Bülow

---

er die deutsche Stellung zu untergraben und uns Fallen zu stellen, so in der Türkei, namentlich dem Bagdadbahn-Unternehmen gegenüber, so in Ostasien, indem er die Japaner gegen uns aufzuhetzen sich bemühte. Der englischen Hilfe glaubte er gegen uns sicher zu sein ... Die These der ‚Italie', daß Italien gleichzeitig der Freund Deutschlands und eines von Delcasséscher Politik geleiteten Frankreichs sein könnte, ist unhaltbar und scheitert eben an den Tendenzen jener Politik. Das eine schließt das andere aus. Auch darin ist die ‚Italie' abwegig, daß sie meint, ein deutsch-französischer Krieg im Sommer des Jahres sei ausgeschlossen gewesen, schon weil Deutschland wegen Marokko niemals würde haben Krieg führen wollen. Die Situation war damals ernster als die ‚Italie' annimmt. Es handelte sich nicht bloß um Marokko, sondern um viel größeres, nämlich um die Verwirklichung der auf die politische Vernichtung Deutschlands hinarbeitenden Politik des französischen Ministers. Wäre ihm sein Plan mit Marokko gelungen, so wäre er auf der damit beschrittenen Bahn weitergegangen, um das Netz vollends über uns zu werfen. Durch unser Vorgehen in der marokkanischen Frage haben wir die gefährlichen Pläne Delcassés beseitigt und damit nicht bloß dem Weltfrieden einen Dienst geleistet, sondern auch zugleich die wahren Interessen Italiens gefördert."

Nr. 6684

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 419 Paris, den 7. Juni 1905
Vertraulich

Taktisch hat Herr Rouvier sehr geschickt die völlige Isolierung Herrn Delcassés und seinen gestrigen Sturz herbeigeführt, indem er am Tage zuvor in der Kammer eine panikartige Stimmung erzeugt hat. In den Wandelgängen des Palais Bourbon sind ganz offen die Aussichten eines Krieges besprochen worden. Auch das Ausbleiben eines allerhöchsten Telegramms an Herrn Loubet nach dem Attentat* ist in diesem Sinne kommentiert worden.

Die Geschichte des Sturzes des Herrn Delcassé** bietet die Erfahrung, daß zweifellos in Frankreich eine latente Unterströmung besteht, die ein befriedigendes Einvernehmen mit Deutschland wünscht und es den französischen Interessen für zweckdienlich erachtet. Es ist immerhin bezeichnend, daß in der gesamten Presse aller Parteien sich kaum ein Blatt findet, das nicht die gegen Deutschland gerichtete Politik des Herrn Delcassé tadelt. Wenn diese Strömung nicht einen lauteren und erkennbareren Ausdruck findet, so muß die Erklärung eben immer noch in Elsaß-Lothringen gesucht werden. Den territorialen Verlust offen anzuerkennen und

---

* Am 31. Mai war von spanischen Anarchisten auf den zu Besuch in Paris weilenden König von Spanien ein Attentat verübt worden, wobei 10 Personen verletzt wurden. In einem Telegramm vom 2. Juni (Nr. 189) regte darauf Fürst Radolin auf französische Initiative die Entsendung eines kaiserlichen Glückwunschtelegramms an Präsident Loubet an: „Von parlamentarischer Seite ist mir nahegelegt worden, ob nicht Seine Majestät bei diesem Anlaß ein Telegramm an Herrn Loubet richten wolle. Es würde dieses Verhalten wertvoll für die Entfernung Delcassés sein, da er bei einer Interpellation über Marokko sicher zu Fall gebracht werden würde, wenn der Einwand beseitigt werden könnte, daß sein Fall auf die Drohung Deutschlands hin erfolgt sei. Ein kaiserliches Telegramm an Herrn Loubet aber würde das Argument einer öffentlichen Feindseligkeit und drohenden Haltung Deutschlands bei dieser Gelegenheit ausschließen.“ Reichskanzler Graf Bülow lehnte indessen den Vorschlag in einem von Holstein konzipierten Telegramm vom 3. Juni ab: „Wir haben keinen Anlaß, Frankreich in diesem Augenblick eine besondere Liebenswürdigkeit zu erweisen, welche von interessierter Seite als Schwäche ausgelegt werden und dadurch die öffentliche Meinung irreleiten würde.“

** Zur Geschichte des Sturzes Delcassés ist auch Kap. CL zu vergleichen, wo alle Schriftstücke über die englisch-französischen Bündnisbestrebungen zusammengefaßt sind. Vgl. insbesondere auch Kap. CL, Nr. 6858, Fußnote ** über den französischen Ministerrat vom 6. Juni und die in ihm von Delcassé aufgestellten Behauptungen über das englische Bündnisangebot.

als unwiederbringlich zu betrachten, gilt heute auch für die aller Revancheidee abgewandten Franzosen noch nicht als zulässig, und an dieser Schwierigkeit scheitert zunächst noch jeder Versuch einer weitergehenden Annäherung der beiden benachbarten großen Kulturnationen. pp.*

Flotow

Nr. 6685

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 434 Paris, den 11. Juni 1905

Der Hergang der Entlassung des Herrn Delcassé ist mir von meinem Vertrauensmann wie folgt geschildert worden:

Am Freitag, den 2. Juni abends, hat der Ministerpräsident Rouvier mit dem Minister des Innern und dem Marineminister konferiert, um ihnen mitzuteilen, daß Herr Betzold von der Botschaft beauftragt gewesen sei, ihm sehr ernste Eröffnungen zu machen, die darauf hinausgingen, daß, wenn Delcassé seine politique d'intimidation et de violence fortsetze, man erwarten müsse, daß Deutschland dieser Politik gegenüber nicht mehr gleichgültig bleiben könne. Herr Rouvier faßte hierauf den Entschluß, gleich nach der Abreise des Königs von Spanien, Montag, den 5. Juni früh, ganz offen Herrn Delcassé zu einer Besprechung bei Herrn Loubet einzuladen. Bei der Zusammenkunft im Elysée hat Herr Rouvier sich angeblich dahin geäußert, daß die Verhältnisse sich zuspitzen, daß Frankreich ernsten Zeiten entgegengehe. Die französische Politik in Marokko habe die Regierung in eine impasse geführt. Darauf hat, wie ich weiter höre, Herr Rouvier den Minister des Äußern aufgefordert, seine Politik zu entwickeln und zu erklären, wie er aus der Sackgasse herauskommen zu können glaube. Herr Delcassé habe erwidert, nach seinem Dafürhalten sei es das beste Mittel, einige gute frégates cuirassées nach Tanger zu schicken, um den Sultan zur raison zu bringen[1]. Auf die Antwort Rouviers, „das wäre Krieg mit Deutschland", soll Delcassé bemerkt haben: „Glauben Sie das doch nicht; es ist ja alles Bluff[2]." Rouvier entgegnete hierauf, daß seine Mitteilungen so sicher seien und von so glaubwürdigen Personen, daß er versichern könne, daß es „kein Bluff" ist, und müsse er darauf bestehen, daß im morgigen Ministerrat diese so wichtige Frage mit allen Kollegen genau besprochen und geregelt werde. „Ich

* Der Schluß des Berichts ist in Kap. CL, Nr. 6854 abgedruckt.

wünsche", sagte Rouvier wörtlich an Herrn Delcassé, „Ihnen gegenüber ‚fair' zu sein und erkläre Ihnen jetzt bereits, daß ich absolut gegen solche Politik war und bin, und daß, wenn die Mehrheit der Kollegen meine Ansicht nicht teilen sollte, ich vorziehe, meine Entlassung einzureichen."

Vorstehendes hat Herr Rouvier gleich nach der Unterhaltung zur Kenntnis meines Vertrauensmannes durch seinen Kabinettschef bringen lassen. Abends 6 Uhr hat letzterer Herrn Betzold telephoniert, daß morgen alles erledigt sein werde.

Ich habe die diesbezügliche telegraphische Meldung in Berlin* erhalten.

Dienstag, den 6. Juni, war Ministerrat**. Als sich bei demselben herausgestellt hatte, daß sämtliche Minister für Rouvier und absolut gegen Delcassés Politik waren, hat Delcassé gegen Mittag erklärt, daß er unter diesen Umständen seine Entlassung einreiche, die vom Ministerrat ohne weiteres angenommen wurde. Rouvier glaubte ihm für die geleisteten Dienste danken zu müssen, worauf er das Elysée verließ. Nachdem Herr Delcassé sich entfernt hatte, wurde der Beschluß gefaßt, Herrn Rouvier das Portefeuille des Äußern provisorisch zu übergeben.

Herr Loubet war von dem Ernst der Situation keineswegs informiert. Delcassé hatte sich daran gewöhnt, alles allein zu machen[3], sich nicht in die Karten sehen zu lassen und weder dem Staatsoberhaupt noch dem Ministerrat seine Pläne mitzuteilen[4], wie mir Herr Rouvier nachträglich selbst erzählt hat. Auch hat Herr Loubet keinerlei Schwierigkeiten gemacht, Delcassé zu opfern.

Mittwoch, den 7. Juni, hat Herr Betzold mit Rouvier eine Unterredung gehabt. „Sie müssen nicht einen Moment glauben," meinte der Ministerpräsident, „daß unser bestehendes Arrangement mit England den geringsten Einfluß auf unsere jetzt eingeleiteten Unterhandlungen habe. Ich weiß sehr gut, was ich von dem Wert dieses Arrangement zu halten habe. Ich teile auch darin nicht die Ansicht des Herrn Delcassé. Ich habe selbst einen Entschluß noch nicht gefaßt. Ich bin, solange die Schwierigkeiten bestehen, bereit, mit meiner Person einzutreten. Ich hoffe, Fürst Radolin wird in Berlin dazu beitragen, mir meine schwierige Aufgabe zu erleichtern[5]. Nehmen Sie an, ich könnte keinen guten Nachfolger für die Finanzen finden, und ich das Portefeuille behalten müßte, nehmen Sie ferner an, ich bäte z. B. Herrn Bourgeois, das Auswärtige Ministerium zu übernehmen, er würde ebensowenig wie ich bereit sein, diese schwierige Nachfolgerschaft von Delcassé anzutreten, ohne mit einiger

---

* Fürst Radolin hatte am 5. einen kurzen Urlaub zur Teilnahme an der Vermählung des Kronprinzen angetreten.

** Vgl. dazu Kap. CL, Nr. 6858, Fußnote **.

Zuversicht darauf zu rechnen, daß wir jetzt in Deutschland auf ein gutes Zusammenarbeiten zählen dürfen[6]. Sie werden in mir das größte Entgegenkommen finden. Meine ganze Vergangenheit bürgt Ihnen dafür, daß ich eine Verständigung und Annäherung[7] suche. Zu einer Heirat gehören aber zwei; also kommt es darauf an, daß auch Deutschland dazu beiträgt, mir die Stellung zu erleichtern[8]." Betzold erwiderte dem Präsidenten, daß es nicht möglich sei, mit einem Mal von heute zu morgen alles gutzumachen, was seit so langer Zeit verfahren worden ist[9], worauf Herr Rouvier sagte, er begreife es sehr gut, die Kaiserliche Regierung habe es immer verstanden, im richtigen Moment[10] die Hand zu bieten, und das sei es, was er erhoffe und vorschlagen möchte. Er und seine Kollegen seien an dem unerquicklichen Zustand n i c h t schuld. Er hätte nie dazu die Hand geboten, diesen Zustand herbeizuführen*.

R a d o l i n

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Elles n'ont pas de roues! le Sultan est loin de la mer
[2] bei i h m ja
[3] mit Edward VII
[4] ! !
[5] ja gerne
[6] ja
[7] gut; alles was wir wollen
[8] ja
[9] richtig
[10] ja; soll geschehen

---

* Die Vermittlertätigkeit Betzolds wurde von der deutschen Regierung dankbar anerkannt. Am 12. Juli 1905 beantragte der Reichskanzler bei Kaiser Wilhelm für Betzold eine Ordensauszeichnung und zwar den Roten Adlerorden 3. Klasse. Kaiser Wilhelm II. aber verfügte die Verleihung des Kronenordens II. Klasse mit der Bemerkung: „Denn er hat uns vor einem Krieg bewahrt."

Kapitel CXLVIII

Die Deutsch-Französische Verständigung über den Konferenzgedanken

Die Erklärungen vom 8. Juli 1905

Nr. 6686

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 106 Berlin, den 5. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 11*.

Bitte marokkanischer Regierung sofort schriftlich mitzuteilen, daß wir Einladung zu Konferenz in Tanger annehmen.

Unsere Annahme ist durch Zirkularnote** allen Signatarmächten der Madrider Konvention mitgeteilt worden. Inhalt dieser Note folgt in Postziffern.

Bülow

Nr. 6687

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Geschäftsträger in Paris von Flotow****

Telegramm. Konzept

Nr. 117 Berlin, den 5. Juni 1905
[abgegangen am 6. Juni]

Nach einer telegraphischen Meldung der Kaiserlichen Gesandtschaft in Tanger hat die marokkanische Regierung die Signatarmächte der Madrider Konvention zu einer Konferenz in Tanger eingeladen, um dort über die von Seiner Scherifischen Majestät beschlossenen, den jeweiligen Verhältnissen in Marokko entsprechenden Reformen sowie über die Beschaffung der hierfür erforderlichen Mittel zu beraten.

* Siehe Kap. CXLVII, Nr. 6676.
** Siehe das folgende Schriftstück.
*** Abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 16. Das gleiche Telegramm ging an die Vertreter bei den übrigen Signatarmächten der Madrider Konvention.

Die Kaiserliche Regierung glaubt entsprechend den von ihr früher abgegebenen Erklärungen in einer solchen Konferenz das beste Mittel zur Einführung derartiger Reformen zu erblicken. Denn da diese Reformen voraussichtlich nur unter Anlehnung an die Signatarmächte erfolgen können, so ist die Möglichkeit ihrer Durchführung beschränkt durch die Bestimmungen der Madrider Konvention, insbesondere durch den Artikel 17, wonach jeder Signatarmacht in Marokko das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation zusteht und somit keiner Macht eine bevorzugte Behandlung eingeräumt werden darf. Das geplante Reformwerk würde daher nur mit Zustimmung aller Signatarmächte zustande kommen können. Aus diesen Erwägungen hat die Kaiserliche Regierung die Einladung Marokkos angenommen.

Sollte die Konferenz an der Weigerung einzelner Signatarmächte scheitern, so würde die Folge sein, daß der bisherige Vertragszustand unverändert aufrechterhalten bliebe. Hieran würde auch nichts geändert werden, wenn einige Signatarmächte erklären sollten, daß sie mit den für Marokko in Aussicht genommenen Maßregeln einverstanden seien, oder daß sie daran kein Interesse nähmen. Denn es würde nach den obigen Ausführungen der Widerspruch einer einzigen Signatarmacht genügen, um der Einräumung irgendwelcher Sonderrechte, die mit dem Meistbegünstigungsrechte der anderen Mächte unvereinbar sind, den Rechtsboden zu entziehen.

Abgesehen von dem vorstehend entwickelten Rechtsstandpunkte glaubt übrigens die Kaiserliche Regierung die Konferenz auch deshalb für nützlich erachten zu sollen, weil ganz unabhängig von der Rechtsfrage die bestehenden politischen und handelspolitischen Interessen der Signatarmächte durch die Gewährung von Sonderrechten an einzelne Mächte beeinträchtigt werden könnten und die Konferenz ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung eines Ausgleichs bieten würde.

Ew. pp. bitte ich, vorstehendes sofort durch Vorlesen zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen und auf Wunsch Abschrift zu übergeben.

Bei Besprechung der Sache wollen Ew. sodann mündlich, aber auftraggemäß die nachstehenden Gesichtspunkte hervorheben und nachdrücklich verwerten:

Gegenüber der französischen Aktion in Marokko läßt sich die vertragsmäßige Rechtslage folgendermaßen zusammenfassen:

Die Madrider Konvention stellt sich nicht dar als ein Vertrag Marokkos einerseits und der übrigen Signatarmächte andrerseits, sondern als ein Vertrag sämtlicher Signatarmächte untereinander, dergestalt, daß jede Macht allen anderen Mächten gegenüber verpflichtet ist, die Bestimmungen des Vertrags als für sie maßgebend anzusehen. Frankreich hat daher, sofern es Sonderrechte in Marokko erwerben will, die mit den Vertragsbestimmungen im Widerspruche stehen,

nicht nur die Zustimmung Marokkos, sondern auch die aller übrigen Signatarmächte einzuholen.

Die von Frankreich erstrebten Sonderrechte würden zweifellos eine Verletzung der Madrider Konvention zur Folge haben. Wenn auch die Anträge, welche Frankreich an Marokko gerichtet hat, im einzelnen noch nicht bekannt sind, so steht doch so viel fest, daß Frankreich Marokko veranlassen will, ihm ein vertragsmäßiges Recht auf Leitung der inneren Verwaltung und der äußeren Vertretung des Landes sowie seines gesamten Heerwesens zu übertragen und ihm dadurch eine bevorzugte Behandlung vor allen übrigen Signatarmächten einzuräumen.

Auf diese Weise würde Frankreich, ebenso wie in Tunis, den gesamten Verwaltungsapparat des Landes und damit jede Verwaltungsentscheidung der marokkanischen Regierung in die Hand bekommen und so Marokko politisch wie handelspolitisch unter seine Herrschaft bringen. Eine solche Stellung einer einzelnen Signatarmacht ist aber mit Artikel 17 der Madrider Konvention schlechterdings unvereinbar.

Ein Gewährenlassen der französischen Aktion gegen Marokko hieße also nichts anderes, als die den Signatarmächten durch die Madrider Konvention verbürgten Rechte preisgeben, während ein Widerspruch gegen diese Aktion sich lediglich als eine Verteidigung des bestehenden Rechtszustandes darstellt.

Bülow

Nr. 6688

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 Rom, den 6. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 113*.

Befehl ausgeführt.

Herr Tittoni behält sich Entscheidung vor, ob Italien marokkanische Konferenzeinladung annimmt. Inzwischen wurden Botschafter in Paris und London auf Grund meiner letzten Demarche (Telegramm Nr. 97**) angewiesen, zu erklären, daß Italien nicht daran denkt, sich Frankreich, England und Spanien zu assoziieren. Italien verfolgt

---

* Identisch mit Nr. 6687.

** Telegramm Nr. 97 des Grafen Monts vom 2. Juni betraf die Ausführung eines ihm am 1. Juni erteilten Auftrags, bei der italienischen Regierung wegen des angeblich Frankreich von England, Italien und Spanien erteilten Mandats in Marokko zu sondieren.

in Marokko überhaupt keine aktive Politik. Weiter sollen beide Botschafter fragen, ob Kabinette von Paris und London an Marokkokonferenz teilnehmen, wenn nicht, welchen Vorschlag sie zur Beseitigung der Differenz machten. Antwort noch ausstehend.

Da Herr Tittoni sich wiederum drei Tage krank gemeldet, habe ich gestern Ministerpräsidenten dringlich ersucht, betreffend Marokkos endlich Farbe zu bekennen.

Monts

Nr. 6689

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 Paris, den 6. Juni 1905

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 117 vom 5. d. Mts.*.

Habe Auftrag bei dem Direktor der politischen Abteilung Louis, der heute die Leitung der Geschäfte übernommen hatte, genau nach Weisung ausgeführt. Die Eröffnungen machten sichtlich großen Eindruck; Herr Louis beschränkte sich aber auf die in sehr formellem Tone getane Äußerung, daß er morgen die Sache dem Minister unterbreiten wolle, da sie natürlich eingehende Prüfung verlange. Er bat um Abschrift.

Flotow

Nr. 6690

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 157 London, den 6. Juni 1905

Ich habe Telegramm Nr. 102** bei Lord Lansdowne ausgeführt und ihm auf Wunsch Abschrift, soweit vorgeschrieben, überlassen. Über meine mündlichen Erläuterungen machte er sich genaue Notizen.

Hinsichtlich des Artikels 17 fragte er, ob die Meistbegünstigung sich nicht ausschließlich auf die Ausübung des Schutzrechts, worüber die Konvention allein handele, beziehe. Ich erwiderte, das könne nicht der Fall sein. Mit dem Recht auf Behandlung als meistbe-

* Siehe Nr. 6687.
** Identisch mit Nr. 6687.

günstigte Nation sei ein ganz bestimmter Begriff verbunden, der weit über die bloße Ausübung des Schutzrechts hinausgehe. Dadurch, daß am Schluß der Konvention die Meistbegünstigung im allgemeinen noch ausdrücklich stipuliert worden sei, habe die Konvention die Gleichberechtigung aller Signatärmächte in Marokko noch besonders hervorheben wollen.

Lord Lansdowne fragte dann zweifelnd, ob die Zusammenberufung so vieler Mächte, wie sie in der Konvention vertreten seien, ein geeignetes Mittel zur Durchführung der Reformen bildete. Ich erwiderte, die zahlreichen Mächte hätten die nützliche Konvention von Madrid zustande gebracht, und es sei kein Grund zu befürchten, daß sie nicht auch nützliche Reformen vereinbaren sollten. Wie dem aber auch sei, jedenfalls hätten die Signatärmächte ein Recht, bei der beabsichtigten Änderung des Status quo in Marokko gehört zu werden [1].

Der Minister bemerkte außerdem nur noch, daß er zunächst seine Kollegen befragen müsse, ehe er sich zu meiner wichtigen und interessanten Mitteilung äußern könne.

Metternich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Diese vortrefflichen Argumente wollen wir auch in unserer Presse verwerten. Auch die im zweiten Absatz enthaltenen Argumente eignen sich zur Verwertung.

Nr. 6691

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Wien, den 6. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 83*.

Ich habe soeben dem Grafen Goluchowski den entsprechend umstellten, aber sachlich genauen Text des ersten Teils des Zirkulartelegramms vorgelesen und ihm auf seinen Wunsch Abschrift zurückgelassen. Daran anschließend entwickelte ich ihm nach Anhalt des zweiten Teils der Depesche die vertragsmäßige Rechtslage gegenüber der französischen Aktion in betreff Marokkos.

Der Minister erklärte mir ohne Umschweife, unser Rechtsstandpunkt sei unanfechtbar. Er habe an die österreichischen Vertreter

---

* Identisch mit Nr. 6687.

bei den anderen Signatarmächten telegraphiert, um der letzteren Anschauung zu erfahren, und werde an der Konferenz teilnehmen, wenn alle zustimmten. Ich ersuchte ihn darauf dringend, sich schon in Rücksicht auf uns nicht von den anderen ins Schlepptau nehmen zu lassen, sondern die Einladung des Sultans anzunehmen, nachdem er ja unsern Rechtsstandpunkt als unanfechtbar anerkenne. Er erklärte sich dazu bereit, doch müsse er die Beschickung der Konferenz von dem Vorbehalt abhängig machen, daß alle Signatarmächte daran teilnähmen, weil er gegen eine Rumpfkonferenz ernste Bedenken habe.

Dem hielt ich entgegen, es gehe aus Ew. Exzellenz Runderlaß hervor, daß auch wir die Einstimmigkeit der Annahme als eine Vorbedingung betrachteten, wie wir ja überhaupt den Standpunkt der Gleichberechtigung aller Unterzeichner der Madrider Akte von 1880 verträten.

Graf Goluchowski äußerte darauf, Österreich-Ungarn habe zwar momentan in Marokko sehr unbedeutende Handelsinteressen, letztere könnten indessen mit der Entwickelung der Schiffahrt steigen, und so besitze das afrikanische Kaiserreich auch für die Donaumonarchie Wert.

Was Frankreichs Haltung betreffe, so glaube er, daß dasselbe nach dem heute oder morgen zu erwartenden Rücktritt Delcassés die Konferenz akzeptieren werde, zweifelhaft aber sei es ihm, ob auch England zustimme.

Wedel

Nr. 6692

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 7 Berlin, den 7. Juni 1905

Mit dem Sturz von Delcassé und dessen Ersetzung durch Rouvier dürfte die akute Phase der Marokkofrage abgeschlossen sein, gleichviel ob die Konferenz zustande kommt oder nicht. Die englische Presse, welche ihr möglichstes getan hat, um einen französisch-deutschen Konflikt herbeizuführen, befürwortet jetzt die „Interessensphäre". Euer pp. Aufgabe wird es sein, dem Sultan die Überzeugung beizubringen, daß er in seinem eignen Interesse richtig gehandelt hat, als er das französische Programm ablehnte und zunächst die Konferenz beantragte. Er hat dadurch zur Beseitigung von Delcassé und zur Zurückleitung der französischen

Politik in ruhigere Bahnen seinen Teil beigetragen. Deutschland seinerseits wird, gleichviel ob wir schlecht oder besser mit Frankreich stehen, dessen eingedenk bleiben, daß der Sultan hierin unserm Rate gefolgt ist. Selbst wenn die Konferenz nicht zustande kommt, genügt es nach Artikel 17 der Madrider Vertragsakte, wenn eine einzelne Vertragsmacht einer den Vertragsbestimmungen zuwiderlaufenden Änderung des bestehenden Zustandes widerspricht.

Bülow

Nr. 6693

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 275 St. Petersburg, den 7. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 167*.

Da ich durch heftige Erkältung am Ausgehen verhindert, hat Freiherr von Romberg dem Grafen Lamsdorff die befohlenen Eröffnungen über Marokko unter gleichzeitiger Verwertung des Telegramms Nr. 161 gemacht. Der Minister dankte für die Mitteilung, vermied es aber, irgendwie auf die Sache selbst einzugehen; er erwiderte, er habe aus Tanger nur eine etwas unklare Meldung des dortigen russischen Vertreters erhalten, wonach Sultan an die auswärtigen Würdenträger appelliert habe. Daß eine Konferenzeinladung an Rußland gerichtet sei, könne er aus dieser Meldung nicht entnehmen, und er finde die Auslassung Rußlands auch ganz natürlich, da es nicht eigentlich zu den Signatarmächten gehöre. Auf den Einwand, Rußland sei doch wohl nachträglich der Konvention beigetreten, sagte Graf Lamsdorff, es hätte allerdings ein bezüglicher Deklarationsaustausch stattgefunden, über den er aber nicht genügend Bescheid wisse; er müsse die Sache noch studieren. Er fragte noch, ob bereits bekannt wäre, wie sich die anderen Mächte verhalten würden. Freiherr von Romberg antwortete, er wisse darüber nichts, es müsse aber wohl auf günstige Aufnahme des Vorschlags gerechnet werden, da alle Signatarmächte das gleiche Interesse hätten. Graf Lamsdorff, der mehrfach die Geringfügigkeit der russischen Interessen in Marokko betonte, war sichtlich bestrebt, einer Meinungsäußerung auszuweichen.

Alvensleben

---

* Identisch mit Nr. 6687.

Nr. 6694

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Paris, den 7. Juni 1905

Rouvier nahm die Erklärungen der Kaiserlichen Regierung* mit Dank entgegen. Er enthalte sich der Kritik des Herrn Delcassé, seine Ansicht über ihn sei ja bekannt.

Daß der Konferenzgedanke ihm nicht zweckmäßig erscheine, habe er ja schon dem Kaiserlichen Botschafter mitgeteilt. Er glaube nicht, daß Frankreich diesen Weg beschreiten könne, den auch die wichtigsten der anderen Signatarmächte nicht gehen würden. Auf meine Bemerkung, ob denn das feststehe, wiederholte Rouvier, es sei sicher von England und Spanien, sehr wahrscheinlich von Italien.

Als ich wiederholt darauf hinwies, daß wir im Augenblick nicht den Sultan in dieser Frage im Stich lassen könnten, sagte der Minister, aber wenn die Mehrzahl der Signatarmächte ablehne, so könne ja von uns mit Recht dem Sultan gesagt werden, daß versucht worden sei, seinem Wunsch zu entsprechen, daß die Ausführung sich aber als unmöglich erwiesen habe. Jedenfalls sei es weiterhin vorzuziehen, daß Deutschland und Frankreich direkt verhandelten.

Im übrigen aber müsse er die Sache noch überlegen und gemeinsam mit seinen Kollegen prüfen. Er bitte daher, diese Äußerungen nicht als eine definitive Antwort zu nehmen.

Flotow

Nr. 6695

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 **Madrid, den 7. Juni 1905**

Antwort auf Telegramm Nr. 71**.

Eingegangen gestern früh.

Ich habe heute dem Unterstaatssekretär in Vertretung des mit dem König abwesenden Staatsministers die vorgeschriebene Mitteilung gemacht und Abschrift gelassen sowie die ergänzenden Be-

---

* Vgl. Nr. 6687.

** Identisch mit Nr. 6687.

merkungen hinzugefügt. Herr de Ojeda hat von der Mitteilung Akt genommen und wird sie sofort dem Ministerpräsidenten vorlegen. Vermutlich wird hier erst nach Rückkehr des Königs und des Staatsministers zu der Frage Stellung genommen werden.

Radowitz

Nr. 6696

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 Washington, den 8. Juni 1905

In einem Gespräch über Marokko teilte mir der Präsident mit, daß er sich an einer Konferenz zur Regelung der Marokkofrage kaum würde beteiligen können, ohne in politischen Kreisen und in der öffentlichen Meinung sich den schärfsten Angriffen auszusetzen. Seit der Perdicarisaffäre glaubt man hier, daß im Inneren Marokkos gänzlich unbotmäßige Stämme hausen, über die der Sultan keine Autorität besitze, und die für den fremdländischen Kaufmann stets eine Gefahr bilden werden. Aus diesem Grunde gäbe es hier denkende Leute, die es gern sehen würden, wenn Marokko von einer fremden Macht ähnlich wie Ägypten zivilisiert würde. In diesem Sinne hat sich, wie ich höre, der französische Botschafter* hier allgemein ausgesprochen. Ich betonte dem Präsidenten gegenüber, daß dies eine schwere Verletzung aller Rechte der Vertragsmächte, zu denen Amerika gehöre, bedeuten würde. Die Vertragsmächte wären untereinander gebunden, darauf zu achten, daß der Vertrag von allen respektiert werde. Frankreich gewähren zu lassen, würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der sicherlich im Fernen Osten seine Rückwirkung zeigen würde. Ich hinterließ dem Präsidenten ein Memorandum, in welchem ich die rechtliche Seite der Frage klar beleuchtete. Er hat mir eine definitive Antwort in Aussicht gestellt. Ich habe auch im Staatsdepartement Inhalt von Telegramm Nr. 126 vom 5. Juni** besprochen und Übersetzung hinterlassen***.

Sternburg

---

* Jusserand.

** Identisch mit Nr. 6687.

*** Fürst Bülow antwortete auf diese Darlegungen Freiherrn von Sternburgs in einem Telegramm vom 9. Juni (Nr. 129), dessen erster Teil der Frage der Rooseveltschen Vermittelung im russisch-japanischen Kriege gewidmet war. In bezug auf die Marokkofrage hieß es dann: „Wir verstehen sehr wohl, daß Präsident Roosevelt es vermeiden will, in der Marokkofrage Ver-

Nr. 6697

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 161 London, den 8. Juni 1905

Lord Lansdowne bat mich soeben, ihn aufzusuchen zu einer Besprechung der Marokkofrage. Er habe meine Mitteilung vom 6. d. Mts. (Telegramm Nr. 157*) mit seinen Kollegen besprochen und wünsche mir vorläufig folgende Antwort zu geben:

Mr. Lowther habe vor einer Woche die Einladung der marokkanischen Regierung zur Konferenz erhalten. Die Einladung sei von Mr. Lowther abgelehnt worden. Inzwischen sei als Novum meine Mitteilung mit der Berufung auf die Konvention von Madrid erfolgt. Ferner sei in der Zwischenzeit der Ministerwechsel in Paris erfolgt. Er, Lord Lansdowne, halte eine Konferenz so vieler Mächte nicht für ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung der Reformen. Infolge unserer Berufung auf die Madrider Konvention und infolge des Ministerwechsels in Paris wünsche er aber noch keine definitive Stellung zu nehmen, weil er zunächst unsere Mitteilung noch ferner prüfen und weil er, wie er offen eingestehe, auch mit der französischen Regierung die Angelegenheit erst noch beraten wolle. Die Ansicht des interimistischen Ministers des Äußern Rouvier kenne er noch nicht.

Metternich

---

pflichtungen auf sich zu nehmen. Wir legen zu großes Gewicht darauf, daß der Präsident nicht in einen Gegensatz zu der amerikanischen öffentlichen Meinung gerät, die seine allgemeine Aktionsfähigkeit hemmen könnte, als daß wir nicht alles vermeiden möchten, was seine Stellung im eigenen Lande zu gefährden irgendwie geeignet wäre. Durch den Sturz von Delcassé hat sich aber die Situation speziell hinsichtlich der Marokkofrage geändert, verbessert und erleichtert. In Frankreich werden Stimmen laut, die in der Konferenz nicht nur den vertragsmäßigen und legitimen, sondern auch den sichersten Ausweg aus der durch den Leichtsinn von Delcassé verfahrenen Situation erblicken. Die englische Regierung wünscht Bedenkzeit, um ihre Stellung zur Konferenzfrage nochmals zu erwägen. Wenn Präsident Roosevelt jetzt in London und Paris akademisch andeuten ließe, daß eine Konferenz ihm alles in allem doch als das beste Mittel erschiene, um die Marokkofrage in friedlicher Weise zu regeln, so würde er sich damit nicht nur um die Ruhe der Welt ein weiteres Verdienst erwerben, sondern voraussichtlich auch einen diplomatischen Erfolg sichern, der mit keinem lästigen Engagement oder Risiko verbunden wäre."

* Siehe Nr. 6690.

Nr. 6698

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 London, den 9. Juni 1905

An die in Telegramm Nr. 161 * gemeldete vorläufige Mitteilung Lord Lansdownes knüpfte sich noch eine längere Besprechung der Marokkofrage, wobei sich der Minister hauptsächlich Auskunft ersuchend verhielt, die ich ihm nach Maßgabe der mir zuteil gewordenen Weisungen erteilte. Auf der einen Seite trat bei dem Minister die Abneigung gegen den Konferenzgedanken wiederholt hervor, auf der anderen Seite aber auch der Wunsch, die Situation nicht verschärft zu sehen. Andeutungen, daß die französische Regierung anscheinend bereit gewesen sei, Besprechungen mit uns zu beginnen und befriedigende Erklärungen abzugeben, begegnete ich mit der Bemerkung, daß dies in einem früheren Stadium vielleicht nützlich gewesen wäre, daß jetzt aber der Zeitpunkt für einseitige Besprechungen mit Frankreich verpaßt und die Konferenz die beste Lösung sei. Auf seine Frage, soviel er wisse, beanspruchten wir lediglich die Aufrechterhaltung des Status quo und die kommerzielle Gleichberechtigung aller in Marokko, erwiderte ich einfach ja. Als Lord Lansdowne darauf bemerkte, diese sei auch schon in dem englisch-französischen Abkommen vorgesehen, erwiderte ich, die Haltung Frankreichs sei mit dem Prinzip der Gleichberechtigung Dritter nicht zu vereinbaren. Das offizielle Programm der französischen Regierung sei zwar nie veröffentlicht worden, das tatsächliche Programm gehe aber auf Alleinherrschaft in Marokko hinaus. Deshalb wären allgemeine Versicherungen nicht mehr genügend, und es müsse wieder eine internationale feste Basis durch eine Konferenz erworben werden. Wir hätten der französischen Regierung Zeit genug gelassen, um mit uns zu einer Verständigung über Marokko zu gelangen in derselben Art, wie wir zu einer Verständigung mit England über Ägypten ** gelangt seien. Der Reichskanzler hätte bald nach Abschluß des englisch-französischen Abkommens sich im Reichstag in versöhnlichem Sinne geäußert ***, wodurch es der französischen Regierung leicht gewesen wäre, mit uns in Verhandlungen zu treten. Statt dessen wären die monopolisierenden Bestrebungen Frankreichs in Marokko immer deutlicher zutage getreten, so daß schon im November v. Js. der Kaiserliche Geschäftsträger in Marokko dem dortigen französischen Gesandten

* Siehe Nr. 6697.
** Vgl. dazu Kap. CXLIII.
*** Am 12. April 1904; vgl. Kap. CXLI, Nr. 6374, Fußnote ††.

dargelegt hätte, daß Deutschland auf der ihm von Marokko gewährleisteten kommerziellen Gleichberechtigung bestehen müsse. Frankreich sei aber auch dann noch auf dem Wege der Aneignungspolitik in Marokko fortgeschritten, und einseitige französische Erklärungen seien jetzt zu spät. Wir hätten nicht den geringsten Wunsch nach einem diplomatischen Sieg oder gar Frankreich zu demütigen. Wir wünschten im Gegenteil, in den besten Beziehungen mit unserem Nachbar zu leben; auf der anderen Seite würden wir es aber nicht dulden, daß andere Länder über unsere berechtigten Interessen einfach zur Tagesordnung übergingen, und deshalb sähen wir nur in der Konferenz einen Ausweg aus der jetzigen Lage. Es hänge nun von der französischen Regierung ab, ob sie diesen Weg beschreiten wolle, und, wie mir scheine, auch nicht zum geringen Teile von England. Lehne die französische Regierung ab, so bleibe in Marokko alles beim alten; die notwendigen Reformen würden nicht erfolgen können, und der Keim zu neuen Schwierigkeiten würde fortbestehen. Als rein persönlichen Eindruck fügte ich hinzu, daß sowohl die öffentliche Meinung in Frankreich als auch die jetzige Regierung zu einem Ausgleich der marokkanischen Gegensätze auf der von Deutschland vorgeschlagenen Basis geneigt zu sein schienen. Ob und inwieweit er, Lord Lansdowne, die Franzosen in ihrem bisherigen Programm zu bestärken wünsche, wisse ich nicht. Ich gebrauchte den Ausdruck: whether he would stiffen their backs. Der Minister erwiderte, ein englisches Reformprogramm für Marokko gebe es überhaupt nicht, und er wisse in diesem Augenblick nicht einmal, ob der französische Rücken steif oder gebogen sei. Die englische Regierung habe nur die Verpflichtung, innerhalb der Grenzen des englisch-französischen Abkommens die französische Marokkopolitik diplomatisch zu unterstützen.

Metternich

Nr. 6699

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Rom, den 9. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 115*.

Hiesige Regierungsmänner zeigen sauersüße Mienen. Trotzdem ich Mittwoch Herrn Fortis dringlich riet, bisherige zweideutige

* Durch Telegramm Nr. 115 vom 8. Juni war bei Graf Monts angefragt worden, welchen Eindruck der Sturz von Delcassé bei den dortigen amtlichen Stellen gemacht habe, und wie sich jetzt die italienische Regierung zur Konferenzfrage stelle.

Haltung zu ändern, sowie Herrn Tittoni auch noch durch Dritten sagen ließ, daß im italienischen Interesse sofortige Konferenzannahme liege und verspätete Annahme für uns wertlos sei, bin ich bis heute ohne Antwort.

Monts

Nr. 6700

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 Paris, den 9. Juni 1905

Herr Rouvier läßt durch seinen Vertrauensmann mitteilen, daß es ihm sehr erwünscht sein würde, wenn Kaiserliche Regierung anderen Ausweg als Konferenz fände, um in der marokkanischen Frage Auffassung der Kollektivität, die er an sich als berechtigt anerkenne, zum Ausdruck zu bringen. Konferenz bedeute nach seiner Auffassung Demütigung Frankreichs.

Da er Sturz Delcassés als Gesamtwechsel der französischen Politik betrachte, würde er bereit sein, zugleich mit Marokkofrage andere Punkte, wie z. B. Bagdadbahn oder eventuelle Annäherung in Ostasien und dergl., gemeinsam mit Kaiserlicher Regierung zu regeln.

Er wiederhole, daß er nur im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten verbleibe, falls ihm von deutscher Seite Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen manifestiert würde.

Ich verwies zunächst auf bevorstehende Rückkehr des Kaiserlichen Botschafters.

Flotow

Nr. 6701

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Konzept

Nr. 73 Berlin, den 10. Juni 1905
[abgegangen am 11. Juni]

Zu Telegramm 97*.

Die Äußerung des Herrn de Villa-Urrutia, durch welche dieser Minister die spanische Politik mit der unfriedlichen und deutsch-

* Nach Telegramm Nr. 97 des Botschafters von Radowitz vom 6. Juni wollte der spanische Ministerpräsident Villaverde in Abrede stellen, daß sich der Außenminister de Villa-Urrutia gelegentlich des Besuchs König Alfons in Paris im Sinne des unbedingten Anschlusses der spanischen Politik an die französische geäußert habe.

feindlichen marokkanischen Aktion des Herrn Delcassé identifiziert, wird von allen Seiten gleichinhaltlich gemeldet. Ich muß dieselbe daher für richtig halten, jedenfalls gilt sie in der politischen Welt — nicht nur in Paris allein — für richtig wiedergegeben. Inzwischen ist Herr Delcassé zum Rücktritt gezwungen worden durch ein Zusammenwirken der französischen Regierung und der französischen Presse, welche in der Ansicht übereinstimmten, daß nicht eine Verschlechterung der französisch-deutschen Beziehungen, sondern eher das Gegenteil im Interesse Frankreichs liege. Die Eventualität einer französisch-spanischen Aktion gegen Deutschland ist damit in Wegfall gekommen, es bleibt jedoch von derselben der Unterschied zurück, daß Frankreich den Minister, welcher die deutschfeindliche Aktion zu seinem Programm gemacht hatte, allein gelassen und beseitigt hat, während sein spanischer Gesinnungsgenosse die spanische auswärtige Politik weiter leitet. Die Wahl der Minister ist stets und ausnahmelos eine innere Angelegenheit des betreffenden Landes. Es liegt uns fern, den Gedanken einer Beseitigung des Herrn de Villa-Urrutia anzuregen, ebenso wie wir auch nie daran gedacht haben, den Rücktritt des Herrn Delcassé zu fordern. Ein derartiges vom Auslande gestelltes Verlangen würde in den meisten Fällen ein sicheres Mittel sein, um den dem Auslande mißliebigen Minister in seiner Stellung zu befestigen. Aber wir sind in Anbetracht der bisher zwischen Deutschland und Spanien wie zwischen den beiden Höfen aufrecht erhaltenen guten Beziehungen dem Madrider Kabinett die offene Erklärung schuldig, daß wir unter diesen Umständen uns von der Verpflichtung befreit erachten, bei einer etwaigen künftigen Regelung der Marokkofrage oder anderer ähnlicher Fragen auf Spaniens Interessen Rücksicht zu nehmen. Auch würde, da bei dieser Sachlage nennenswerte diplomatische Erörterungen zwischen Deutschland und Spanien in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind, einer Beurlaubung der beiderseitigen Botschafter auf längere bezw. unbestimmte Zeit kaum etwas im Wege stehen.

Daß endlich unser allergnädigster Herr die Frage des Königsbesuchs mit dem etwaigen Eintreten Spaniens in die antideutsche diplomatische Aktion in Zusammenhang gebracht hat, ist Ew. bereits bekannt.

Ew. ersuche ich, das Vorstehende mit dem Ministerpräsidenten zu besprechen, ruhig und ohne jede Gereiztheit in einer Weise, welche dem Herrn Villaverde die Überzeugung aufdrängt, daß es sich nicht um Stimmungen und Drohungen, sondern um unvermeidliche politische Konsequenzen handelt.

Bülow

Nr. 6702

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 122 Berlin, den 10. Juni 1905

Der „Berliner Lokalanzeiger" bringt heute* folgenden telegraphischen Bericht seines Pariser u.-Korrespondenten:

„Über den Inhalt der vom deutschen Geschäftsträger von Flotow Herrn Rouvier überreichten, auf den Konferenzvorschlag Bezug habenden Note ist offiziell nichts verlautbart, doch glaubt man in Rouviers Umgebung, daß nach Radolins bevorstehender Rückkehr die Besprechungen eifrig geführt werden. Nach der in Pariser Kreisen vorherrschenden Ansicht wäre Frankreich außerstande, eine Konferenz ohne streng begrenztes Programm zu beschicken. Es würde sich also darum handeln, vorher gewisse Punkte auszuschalten, welche Zugeständnisse betreffen, die angeblich schon vor Tattenbachs Erscheinen für Frankreich erlangt waren, so besonders die Stellung der Polizei und der Grenztruppen unter französisches Kommando. Frankreich hätte, wie es heißt, gegen die analoge Ausschaltung gewisser deutsche Interessen berührender Programmpunkte, soweit von Tattenbach in Fes erlangte Zugeständnisse in Betracht kommen, nichts einzuwenden. Demzufolge wäre der wesentliche Zweck der Konferenz, dokumentarisch die Politik der Offenen Tür festzulegen, ein Prinzip, das gegenwärtig hier keiner Opposition mehr begegnet. Für die gleiche Auffassung auch die Zustimmung Englands zu erlangen, wird, falls zwischen Paris und Berlin die erhoffte Verständigung erzielt wird, Aufgabe des Botschafters Cambon sein. Ein völliges Scheitern der Verhandlungen wird zwar nicht befürchtet, doch sind die Ihnen vorgestern gemeldeten Vorsichtsmaßnahmen an der Ostgrenze keineswegs aufgehoben. Man nützt den Anlaß aus, um jene scharfe Kritik, welche seinerzeit General Négrier an Frankreichs Vorbereitungen für den Ernstfall übte, durch umfassende Verbesserungen gegenstandslos zu machen."

Dieser Bericht, der offenbar auf guten Informationen beruht, gibt anscheinend das Programm der französischen Regierung. Danach will Frankreich die Konferenz beschicken, sofern ihm von uns vorher gewisse, von den Konferenzberatungen auszuschließende Sonderrechte garantiert werden, wogegen uns gleichfalls einige Sonderrechte eingeräumt werden sollen. Vorschläge dieser Art erscheinen uns nicht annehmbar.

Wie wir wiederholt ausgeführt haben, können wir gegenwärtig nach den dem Sultan erteilten Zusicherungen schlechterdings nicht

* Richtig: „gestern".

unsere Hand dazu bieten, daß diesem Bedingungen aufgezwungen werden, die seine Unabhängigkeit tatsächlich beseitigen würden. Dies würde umsoweniger angängig sein, wenn wir uns dadurch gleichfalls Vorteile auf seine Kosten verschaffen wollten. Die englische Presse hat uns bereits wiederholt vorgeworfen, daß wir durch unser Vorgehen lediglich die Erpressung solcher Vorteile beabsichtigten.

Überdies würden die von Frankreich in Aussicht genommenen Abmachungen dem Rechtsstandpunkte, wie er in dem Zirkulartelegramme Nr. 117* dargelegt ist, direkt zuwiderlaufen.

Frankreich scheint seine Reformvorschläge über das Heerwesen und die Polizei, die in der Euerer pp. gestern mitgeteilten Aufzeichnung** unter I. und II. 1. näher beleuchtet sind, aufrechterhalten zu wollen. Diese Vorschläge, welche die Unabhängigkeit des Sultans weitaus am meisten bedrohen, verstoßen zweifellos gegen den Artikel 17 der Madrider Konvention, selbst wenn der Sultan sie angenommen haben sollte. Tatsächlich hat er aber nach den uns vorliegenden Berichten solche Zugeständnisse nicht gemacht, vielmehr die Vorschläge nachdrücklich zurückgewiesen.

Ebenso würden übrigens auch wir gegen die Madrider Konvention verstoßen, wenn wir uns Sondervorteile, die mit dem Artikel 17 nicht im Einklange stehen, ohne die Zustimmung sämtlicher Signatarmächte bewilligen lassen wollten. In der Tat sind von uns irgendwelche Versuche nach dieser Richtung nicht gemacht worden.

Euere pp. bitte ich, vorstehende Gesichtspunkte bei Ihrer morgigen Besprechung mit Herrn Rouvier, falls dieser sich im Sinne der eingangs erwähnten Korrespondenz äußern sollte, nachdrücklich zu vertreten und dabei nochmals zu betonen, daß uns nach wie vor eine Konferenz über die gesamte Marokkofrage als das beste Mittel zur Herbeiführung eines Ausgleichs erscheint.

Zu dem soeben eingehenden Telegramm Nr. 218*** bemerke ich folgendes: Die Konferenz kann, wie bereits in meinem Erlasse Nr 740† dargelegt wurde, keine positiven Resultate haben, welche geeignet wären, die französische Zukunft zu verschlechtern. Es handelt sich also jetzt nur um eine Etikettenfrage und um einen Aufschub. Ob es für Frankreich der Mühe wert ist, deswegen die Aussichten auf eine materielle Besserung der deutsch-französischen Beziehungen in Frage zu stellen, muß Herr Rouvier entscheiden. Was die Demütigung anlangt, so war diese bisher in der Marokkofrage ausschließlich auf der deutschen Seite und erfordert Remedur. Wir sind aber gern bereit, jede Art von Remedur in Erwägung zu ziehen, welche uns

---

* Siehe Nr. 6687.

** Vgl. deutsches Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 15.

*** Siehe Nr. 6700.

† Siehe Kap. CXLVII, Nr. 6650.

nicht wortbrüchig macht gegen den Sultan von Marokko, den wir vor wenigen Wochen zum Widerstand ermutigt haben.

Bülow

Nr. 6703

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 423 Paris, den 8. Juni 1905

Nachdem ich mich einige Tage gesellschaftlich zurückgehalten hatte, um unbequemen Fragen aus dem Wege zu gehen, fand ich bei einer gestrigen größeren Soiree im Hause der Gräfin Jean Castellane, wo ein großer Teil der politischen und parlamentarischen Welt von Paris sich zu versammeln pflegt, eine meine Erwartungen weit übertreffende Panik und Kriegsfurcht. Geradezu stürmisch wurden die Fragen an mich gerichtet, ob man unmittelbar vor dem Kriege stände. Es war nicht ganz leicht, zwischen beruhigenden und doch nicht allzu abschwächenden Erklärungen die Mittellinie zu finden.

Flotow

Nr. 6704

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 123 Berlin, den 10. Juni 1905

Seine Majestät der Kaiser hat gestern beim Abschluß der Übungen in Döberitz den zu den Übungen zugezogenen fremdländischen Offizieren seine Befriedigung über ihr Erscheinen ausgesprochen und auf das Wohl der durch sie vertretenen Heere und insbesondere auch des französischen sein Glas geleert. General de Lacroix dankte in wärmsten und herzlichsten Worten. Seine Majestät hat alles in der sichern Annahme getan, daß das ihm verhaßte System Delcassé mit Herrn Delcassé wirklich beseitigt sei. Sollte sich, wie ich nach den Morgenblättern und auch nach den Andeutungen des Vertrauensmanns fast annehmen muß, herausstellen, daß Rouvier durch zurückgebliebene Anhänger von Delcassé ahnungslos in die Bahnen dieses letzteren zurückgeschoben wird, so würde sich bei Seiner Majestät eine um so schärfere Reaktion bemerkbar machen.

Um keine gefährlichen Mißverständnisse aufkommen zu lassen, ist es deshalb nötig, daß Major von Hugo* von den kaiserlichen Worten, die er mitbekommen hat, den Franzosen erst Kenntnis gibt, wenn die gegenwärtige Lage ihre Schärfe verloren hat. Wenn die Franzosen jetzt, wo sie offenbar zwischen dem friedlichen und dem Aktionsprogramm schwanken, zu der irrtümlichen Auffassung kämen, daß Seine Majestät seinen Standpunkt in der Marokkofrage geändert habe (was nicht entfernt der Fall ist), so würde ich darin eine wirkliche Kriegsgefahr sehen. **Bülow**

Nr. 6705

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 222 Paris, den 11. Juni 1905

In der ersten längeren Unterredung mit dem neuen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten versteifte sich Herr Rouvier auf die Unzweckmäßigkeit einer Konferenz.

Um sich auf derselben sagen zu lassen, daß die von Frankreich vorgeschlagenen und schon wegen der langen Grenze als notwendig bezeichneten Reformen von Deutschland nicht annehmbar seien, wozu dann überhaupt erst hingehen?

Könnte eine Aussprache über die Ausdehnung der zulässigen Reformen mit Deutschland v o r h e r stattfinden, dann würde die Beteiligung an einer Konferenz leichter möglich sein. Trotz der Bestimmtheit, mit der ich meine Auffassung zum Ausdruck gebracht hatte, bat mich der Minister inständigst, diesen Punkt Euerer Exzellenz nochmals zu unterbreiten. Außerdem würde es doch nicht — meint Herr Rouvier — der Würde einer Großmacht entsprechen, sich dem eventuellen Beschluß irgendeines sekundären Signatarstaates wie Schweden oder Dänemark zu unterwerfen. Ich erwiderte dem Minister, daß die Kaiserliche Regierung die Konferenz als das letzte Mittel betrachte, zu einer Verständigung und Durchführung von Reformen zu gelangen. Nachdem wir den vom Sultan von Marokko gemachten Vorschlag akzeptiert und ihn zur Einladung zur Konferenz ermutigt hätten, wären wir ihm gegenüber gebunden. Auch ständen wir mit unserer ganzen Macht hinter ihm, um seine Unabhängigkeit zu gewährleisten und den Status quo zu erhalten, falls die Beschickung der Konferenz von Frankreich abgelehnt würde.

Ich hielt dem Minister vor, daß dies ein sehr ernstes Wort sei, und möchte er dessen Tragweite erwägen.

---

* Militärattaché in Paris.

Die von Herrn Delcassé vorgeschlagenen Reformen seien eine Verletzung des Artikels 17 der Madrider Konvention, und wenn er, Rouvier, auf denselben bestände, wäre eine Änderung der französischen Politik zur Anbahnung besserer Beziehungen, wie er sie in Aussicht gestellt, nicht erkennbar. Die Kaiserliche Regierung sei gern bereit, dem neuen Kurs, wo es angängig wäre (z. B. in Abessinien, Bagdad, dem Fernen Osten), entgegenzukommen, wenn sie die Überzeugung gewänne, daß es demselben mit der Streichung der Übergriffe Delcassés aus seinem Programm Ernst sei. In der bisherigen Haltung der Marokkofrage gegenüber sei das Bestreben nicht erkennbar, und so müssen wir unsere bisherige Reserve beobachten.

Der Minister ließ sich trotz aller dieser fast drohenden Vorhaltungen nicht davon abbringen, daß die französischen Reformen allen mit Marokko handeltreibenden Nationen zugute kämen; sie bezwecken nur, der Anarchie ein Ende zu machen, geordnete Zustände einzuführen zum Vorteil aller Fremden. Wegen dar Nachbarschaft und der 2000 km langen Grenze sei Frankreich besonders berufen und in der Lage, dies auszuführen und eine bevorzugte Stellung zu haben. Frankreich wolle aber keinen Sondervorteil auf handelspolitischem Gebiet erwerben und garantiere dafür, daß die Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans nicht angetastet werde. Auf diese in sich widersprechenden, nicht stichhaltigen Argumente erwiderte ich immer wieder mit Entschiedenheit in der angewiesenen Weise und bemerkte dem Minister, er möchte sich die Sache reiflich überlegen und meine wohlgemeinten Worte beherzigen. Der Wille des Kaisers und Euerer Exzellenz wären unerschütterlich.

Herr Rouvier verhehlte mir nicht, daß er sich in einer äußerst schwierigen Lage befände, da es ihm unmöglich sei, die jetzt erhobenen deutschen Ansprüche in ihrem vollen Maße vor der Kammer zu vertreten. Seine Vertrauensmänner sagen mir, daß er sich infolgedessen mit Rücktrittsgedanken ernstlich trage.

Radolin

Nr. 6706

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin**

Telegramm. Konzept

Nr. 127 Berlin, den 12. Juni 1905

Dem Wunsche des Herrn Rouvier, vor der Marokkokonferenz mit uns eine Aussprache über die Ausdehnung der zulässigen Re-

* Bereits teilweise veröffentlicht im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 18.

formen zu haben, würden wir unter der Voraussetzung entsprechen können, daß Frankreich zuvor die Einladung zu der Konferenz annimmt. In diesem Falle würden voraussichtlich auch die übrigen Signatarmächte der Madrider Konvention zur Teilnahme an der Konferenz bereit sein, sodaß deren Zustandekommen gesichert wäre. Alsdann würden wir uns gern dazu verstehen, noch vor dem Zusammentreten der Konferenz den ernsten und ehrlichen Versuch zu machen, uns mit Frankreich über das Programm und die Ziele der Konferenz zu verständigen.

Sollte Herr Rouvier schon jetzt Näheres über unsere Intentionen in dieser Hinsicht zu erfahren wünschen, so würden Euere pp. zu erwidern haben, daß Sie in Ermangelung eines amtlichen Auftrags eine Ansicht hierüber nicht zu äußern vermöchten. Nach dem von uns bisher eingenommenen Standpunkte werde sich indes die französische Regierung von selbst sagen können, daß für die Konferenz zwei Gesichtspunkte maßgebend sein müßten, nämlich einerseits für jetzt keine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit Marokkos zugunsten Frankreichs oder irgendeiner anderen einzelnen Signatarmacht und andererseits keine Verschlechterung der französischen Zukunft. Aus diesen Gesichtspunkten scheine sich logisch ohne weiteres zu ergeben, daß die notwendigen Reformen auf dem Gebiete des Heerwesens und der Polizei international zu gestalten und zeitlich zu beschränken seien, daß ferner die Finanzreformen gleichfalls international behandelt werden müßten, und daß endlich die wirtschaftliche Erschließung Marokkos unter Beachtung des Grundsatzes der open door zu erfolgen habe. Dies alles sei aus der Natur der Sache zu folgern; dabei zweifelten Sie aber nicht, daß sowohl die Kaiserliche Regierung als auch die übrigen Signatarmächte den berechtigten französischen Wünschen, soweit irgend möglich, Rechnung tragen würden. Bei Ihrem Gespräche über dieses Thema bitte ich übrigens zu beachten, daß die vorstehenden Ausführungen nur objektive Deduktionen sind, und daß wir mit Frankreich in entsprechende Verhandlungen erst eintreten wollen, nachdem die französische Regierung die Konferenzeinladung in formeller Weise angenommen haben wird.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unter diesen Umständen die Konferenz für Frankreich annehmbar sein wird. Andererseits befürchten wir, daß, wenn sie am Widerspruche Frankreichs scheitert, sich erhebliche Schwierigkeiten herausstellen werden, auch wenn die französische Regierung ihre weitere Aktion vorläufig einstellen sollte. Der Sultan hat unserm Gesandten in Fes mitgeteilt, daß algerische Kaufleute fortfahren, den Prätendenten mit Zufuhr zu versehen, daß kürzlich eine marokkanische Abteilung eine solche Karawane angegriffen und daß es dabei auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben habe. Falls nach einer Wiederholung solcher

Vorfälle der Sultan unsere Vermittelung anrufen sollte, würden wir nach allem, was vorausgegangen ist, kaum umhin können, diesem Ansuchen zu entsprechen.

Euere pp. bitte ich, im Sinne der vorstehenden Ausführungen sofort mit Herrn Rouvier Rücksprache zu nehmen und dabei unserer aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß auf dem angedeuteten Wege der von beiden Seiten gewünschte Ausgleich erzielt werden möge. Es handelt sich für uns, wie schon genugsam betont worden ist, nicht um Erlangung neuer Vorteile, sondern hauptsächlich um eine Form- und Etikettenfrage, nämlich darum, daß wir mit Anstand aus der Zwangslage herauskommen, in welche wir durch das herausfordernde Vorgehen des Herrn Delcassé gedrängt worden sind. Die Herausforderung — das muß nochmals betont werden — kam von französischer Seite, wenn auch die Inspiration vielleicht von dritter Seite kam. Sobald wir über diese formale Schwierigkeit hinweg sind, sehe ich kein Hindernis weiter gegen eine sachgemäße Erwägung solcher Fragen, wo die Gleichartigkeit deutscher und französischer Interessen ein gemeinsames Verhalten der beiden Mächte als angezeigt erscheinen läßt.

Bülow

Nr. 6707

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 Washington, den 12. Juni 1905

Habe Inhalt von Telegramm Nr. 129* vom 9. d. Mts., 131, 132 und 133 vom 10. d. Mts., 134 und 135 vom 12. d. Mts. mit Präsident eingehend besprochen. Mit Bezug auf Marokkofrage will Präsident zuerst auf hiesigen französischen Botschafter zugunsten einer Konferenz einwirken und ihm ein an Rouvier abzusendendes Telegramm vorlegen. Botschafter Mac Cormick in Paris hält er nicht für fähig genug, um mit Rouvier Frage zu erörtern. London will er wegen der deutschfeindlichen Haltung hiesigen englischen Botschafters**, mit dem er Gespräche möglichst vermeidet, vorläufig aus dem Spiele lassen und nur im Notfall amerikanischem Botschafter in London*** Instruktionen drahten. Vor allem will Präsi-

* Vgl. Nr. 6696, Fußnote ***. Die übrigen angezogenen Telegramme hatten dem Zweck gedient, den Präsidenten über die Entwickelung der Konferenzfrage auf dem laufenden zu erhalten.
** S. M. Durand.
*** W. Reid.

dent französischen Botschafter darauf hinweisen, daß bei einer englisch-französischen Allianz mit Spitze gegen Deutschland Frankreich im Kriegsfall nur verlieren, England aber bedeutend gewinnen könnte. Präsident war über die weitere Entwickelung der Friedensbemühungen, namentlich über die Politik Seiner Majestät des Kaisers und Königs in höchstem Grade erfreut und versprach mir, für eine friedliche Lösung der Marokkofrage seinen vollen Einfluß einzusetzen. pp.*

Sternburg

Nr. 6708

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 108 Berlin, den 13. Juni 1905

Der Kaiserliche Gesandte telegraphiert aus Fes vom 10. d. Mts.: „Der englische Gesandte hat die Antwort der englischen Regierung auf die Konferenzeinladung, die er schriftlich an Tores richten wird, gestern mündlich dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten mitgeteilt. Hiernach wird zunächst dem Mißvergnügen Ausdruck gegeben, daß die marokkanische Regierung die Ankunft des Gesandten nicht abgewartet habe, und dann gesagt, daß England an der Konferenz nicht teilnehmen werde, weil es Marokko für reformbedürftig halte; die meisten der zur Konferenz geladenen Mächte hätten nur geringe Interessen, die Einladung selbst sei auf einen schlecht gemeinten Rat zurückzuführen, und die englische Regierung hoffe, daß Marokko von seinem Entschluß zurückkommen werde. Die Antwort des Sultans wird nach Mitteilung des Ministers des Äußern wie folgt lauten: Die Entschließung sei wohlüberlegt, entspreche den Interessen des Landes und seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen, welch letztere Ausführung der Reformen durch eine einzige Macht verbieten. Der Sultan werde Reformen durchführen, die Mittel hierzu könnten aber nur durch einstimmigen Beschluß der Signatarmächte beschafft werden. Sollte der Umstand, daß England in der Ablehnung den Vortritt genommen hat, darauf schließen lassen, das es nicht gesonnen sei, sich zu effacieren, sondern im Gegenteil mit Frankreich im Schlepptau die Führung zu übernehmen? (gez.) Tattenbach."

Die Annahme, daß die englische Regierung bemüht ist, den französisch-deutschen Konflikt von neuem zu verschärfen, dürfte richtig sein. Bülow

---

* Der Schluß des Telegramms betrifft die Friedensvermittlung Präsident Roosevelts im russisch-japanischen Kriege.

Nr. 6709

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 128 Rom, den 12. Juni 1905

Die Behandlung der Marokkoangelegenheit seitens Italiens ist so typisch, daß Euere Durchlaucht mir einen kurzen Rückblick gestatten mögen:

Es war bisher nicht möglich, die hiesigen Staatsmänner zu einer festen Stellungnahme zu drängen. Jeder Italiener ist ein großer Wortkünstler, unerschöpflich in Ausflüchten und Beteuerungen. Wenn es mir gelang, den Wust der allgemeinen Phrasen beiseite zu schieben und zur Formulierung eines klaren Antrages durchzudringen, so wurde mir Antwort zum nächsten Tage in Aussicht gestellt oder ein Ministerrat oder ein Referendum an den Souverän. Kam ich nach mehrtägigem Warten auf meine Bitten zurück, so war der eine krank, der andere abwesend gewesen oder waren auswärtige Erkundigungen noch nicht eingegangen. Inzwischen folgten sich wie in allen großen politischen Fragen schnell die Ereignisse. Während Italien zu a und b noch nicht Stellung genommen, war man schon bei m und n angelangt. Der von allen Kundigen längst vorhergesehene Fall Delcassés kam nur der Consulta überraschend. Am 6. früh übermittelte ich Herrn Tittoni den mir nachts zugegangenen Auftrag, die Konferenz betreffend; heut, am 12., bin ich noch ohne Antwort. Daß meine Vorstellungen des nötigen Nachdrucks nicht entbehrten, können Euere Durchlaucht versichert sein. So ließ ich zum Beispiel die hiesigen Politiker nicht im Zweifel darüber, daß, wie Euere Durchlaucht mich instruierten, ein Versagen Italiens in der Konferenzfrage als eine reductio ad absurdum der Tripelallianz erscheinen müsse. Trotzdem wurde zunächst ein Meinungsaustausch mit London und Paris eingeleitet. Welchen Wert kann aber eine eventuelle nachträgliche Annahme der Konferenz durch einen Verbündeten noch haben, der nichts anderes zu tun weiß, als mit den erklärten Konferenzgegnern ins Benehmen zu treten.

Es sind persönliche und sachliche Momente, welche generell allen Verhandlungen hier einen schleppenden, unsicheren Stempel aufdrücken. Über Herrn Fortis habe ich Euerer Durchlaucht schon eingehend berichtet. Herr Tittoni gehört zu denjenigen Staatsdienern, die sich mehr durch unbedingten Gehorsam dem Staatsoberhaupt gegenüber wie durch Begabung, wenigstens in den eigentlichen politicis, auszeichnen. Dazu kommt, daß dem Minister in der Consulta ein wenig brauchbares Instrument zur Hand ist. Das Räderwerk funktioniert nicht, es mangelt an Organisation und an

wirklich arbeitenden, tüchtigen Beamten; aus Furcht vor Indiskretionen wird alles Wichtige in den Händen von ein, zwei Personen sekretiert. Einigen Ersatz würde eigene große Arbeitsleistung des Chefs bieten, die indes bei Herrn Tittoni, kränklich, vergnügungssüchtig und durch parlamentarische Pflichten mehr wie billig in Anspruch genommen, nicht zu finden ist. Dazu kommt, daß der Ministerrat nichts mehr scheut, wie irgendwelche Verantwortlichkeit zu übernehmen. Der eigentliche Leiter der äußeren Politik ist der König Viktor Emanuel. Ein Hauptcharakterzug Seiner Majestät ist eine gewisse Unentschlossenheit; Entscheidungen schiebt höchstderselbe wie im gewöhnlichen Leben so auch in der Politik bis zum allerletzten Moment hinaus. Der Mangel an Entschlußkraft bei dem Herrn teilt sich dem Knecht mit, das Ergebnis ist allgemeine Unsicherheit und Verschwommenheit.

Neben den persönlichen fallen aber auch sachliche Gründe schwer in die Wagschale. Italien als Mittelmeermacht hat unstreitig viele Rücksichten auf die beiden mächtigeren Genossen in diesem Meere zu nehmen. Divergenzen zwischen dem deutschen Alliierten einerseits, Frankreich oder England respektive beiden andererseits, müssen sofort eine für das römische Kabinett mißliche Lage schaffen. Die Position erweist sich jetzt als doppelt schwierig, als Italien gerade über das jetzige Streitobjekt Marokko feste Engagements mit Frankreich eingegangen war. Italien fürchtet wohl, die ihm wegen Tripolis gemachten Zusagen widerrufen zu sehen. Wie reizbar die öffentliche Meinung Italiens aber betreffs dieses Küstenlandes ist, erwies erst ein neulicher Vorgang. Auch die Zustände auf der Balkanhalbinsel verbieten nach hiesiger Ansicht ein Abrücken von den Westmächten. Die allgemeine Meinung geht nämlich dahin, daß Österreich Albanien sich schließlich doch zu eigen machen will. Außerdem hat man wegen der irredentistischen Zettelungen ein böses Gewissen, jedenfalls ist ein guter Teil des Volkes mit dem österreichischen Alliierten innerlich zerfallen. Die schwache italienische Regierung muß all diese Momente in Rechnung stellen und glaubt daher, nicht alles auf die Karte des Dreibundes setzen zu dürfen. Hält sie ferner Umschau über die eigenen Machtmittel, so können einigermaßen einsichtige Staatsmänner sich nicht über das zwischen dem Wünschen und Können bestehende Mißverhältnis einer Täuschung hingeben. Die Rüstung zu Lande und zur See ist nicht die einer Großmacht. Schon in der Volkszahl steht die Halbinsel allen anderen europäischen Großstaaten, zum Teil erheblich, nach. Die Qualität der Einwohner ist, was die südliche Hälfte des Königreichs anlangt, eine minderwertige in physischer wie intellektueller Beziehung. Die Assimilierung der einzelnen Landesteile läßt noch viel zu wünschen übrig. Eine enorme Schuldenlast, das jeder Elastizität mangelnde Budget und die nur auf Papier gestellte Währung sind schließlich auch

Dinge, welche die Aktionsfreiheit ernstlich beeinträchtigen. Trotzdem hat die Nation sehr ehrgeizige Regungen. Ein unerhörtes Glück hat dem alten, Jahrhunderte vergeblich nach nationaler Einigung strebenden Kulturvolk in kurzer Frist die Einheit und die staatliche Existenz in den Schoß geworfen. Statt alle Kräfte auf Ausbau des noch wenig festgefügten eigenen Hauses zu konzentrieren, will das politisch unreife Volk und seine schwache Regierung im Rat Europas ein Rolle spielen, überall mit dabei sein und, wenn möglich, stets etwas erhaschen. Der Rahmen des von verständigen Staatsmännern eingegangenen Bundesverhältnisses genügt dem ehrgeizigen und unruhigen Streben nicht mehr, die Krone glaubt, auch noch andere Eisen in ihr Feuer legen zu können, rat- und planlos schwankt seitdem die italienische Politik hin und her, ohne sich zur Befolgung einer festen Linie oder zu Entschlüssen aufraffen zu können. So auch in der Marokkofrage. Unklugerweise eingegangene Engagements und der Zug des Herzens leiten zur lateinischen Schwester, der Verstand und die Bundespflicht aber mahnen, sich auf die Seite des Alliierten zu stellen. Angesichts dieses Dilemma wird temporisiert, nach beiden Seiten werden freundliche Worte gerichtet, zu einer klaren Politik aber kann man sich nicht durchringen.

Bei der heutigen Verschiebung der Machtverhältnisse wird es ja ziemlich gleichgültig sein, ob Italien uns mit mehr oder weniger starken Lügen und Unaufrichtigkeiten regaliert; das politische Bild aber kann sich auch wieder verschieben, ebenso wie Italien selbst in die Lage kommen könnte, an unsere Bündnispflicht zu appellieren. So gut wie z. B. auch heut das italienisch-türkische Verhältnis sich gestaltet hat, der Wind hier kann schnell umschlagen und Italien uns vor die Eventualität stellen, zwischen Rom und Konstantinopel zu optieren. Ich darf Euerer Durchlaucht höherer Einsicht die Entscheidung der Frage überlassen, ob namentlich wirtschaftlich die Türkei mit ihrem kleinasiatischen Hinterland für uns gegenwärtig nicht ebenso wichtig ist wie Italien. Im gegebenen Falle aber würde man sich hier gewiß nicht genieren, wie wir dies schon häufig erlebt haben. Wenn es gilt, für sich Rechte aus der Tripelallianz zu deduzieren, so sind die italienischen Staatsmänner schnell bei der Hand, weniger, wenn aus derselben auch nur moralische Verpflichtungen für Italien von den Verbündeten abgeleitet werden. Ich halte es für meine Pflicht, dieses in Berlin ja übrigens längst bekannte Verhältnis nochmals ungeschminkt darzulegen. Wenn in der verhältnismäßig gefahrlosen Marokkofrage Italien sich uns bisher glatt versagte, so gibt dies einen Vorgeschmack für das, was wir von diesem Alliierten in wirklich ernsten oder gefährlichen Momenten zu erwarten haben. Es scheint, als wenn der Dreibund, was Italien anlangt, sich überlebt hat, umsomehr als Deutschland in den Kreis

der Weltmächte eingetreten ist. Trotzdem wäre eine Brüskierung selbst eines so schwachen europäischen Faktors wie Italien gewiß nicht richtig, vielleicht aber ein allmähliches Einschlafenlassen des Bündnisverhältnisses in Erwägung zu nehmen. Ein so unsicherer Klient wie die Pseudo-Großmacht Italien ist kaum etwas anderes wie ein totes Gewicht, das unsere Politik unnütz mitschleppt.

Monts

Nr. 6710

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227 Paris, den 14. Juni 1905
[abgegangen am 15. Juni]

Die hohe Weisung laut Telegramm Nr. 127* vom 12. habe ich heute bei Herrn Rouvier ausgeführt. Ich fand den Minister verärgert, entmutigt, krank. Er deutete mir an, daß er die große Bürde beider Ministerien bei den sich auftürmenden Schwierigkeiten nicht tragen könne und nach einem Minister des Äußern sucht, der in seinem friedfertigen, versöhnlichen Sinne die Geschäfte weiterführen würde (es wird von Herrn Freycinet gesprochen). Ich habe dem Minister zunächst das große Entgegenkommen Euerer Durchlaucht zu Gemüte geführt, um ihm seine schwierige Lage zu erleichtern, dann aber hinzugefügt, wie wir und warum wir auf seine Annahme der Konferenzeinladung rechneten. Er erkannte die in Aussicht gestellte Modifikation des Verfahrens dankbar an, meinte aber, daß er die Frage ohne Überstürzung eingehend und reiflich prüfen müßte, bevor er sie beantworten könne. Auch bat er zunächst um Erklärung, wie der Ausdruck „international" bezüglich der Armee, Polizei, Finanz gemeint sei, ob es heißen solle, daß die beteiligten Staaten an Frankreich, das als Grenzstaat am meisten an geordneten Zuständen in Marokko interessiert sei, ein Mandat erteilen sollten, oder daß die einzelnen Mächte die erforderlichen Instrukteure und Beamten zu liefern hätten — ähnlich wie in der Türkei. Dies letztere könne seiner Ansicht nach namentlich bei den Truppen in den Grenzdistrikten nicht gemeint sein. Der Minister bemerkte alsdann, daß das Auftreten und Vorgehen des Grafen von Tattenbach in Fes nichts weniger als beruhigend wirkt, und stellte an mich das Ansinnen, dahin zu wirken, daß derselbe zur Mäßigung angewiesen werde. Ich erwiderte Herrn Rouvier, daß der Gesandte wohl nur seine Pflicht

* Siehe Nr. 6706.

tue, und daß ihn kein Vorwurf treffen könne, wenn er die Tatsachen, wie er sie finde, berichte. Das Gebaren des französischen Gesandten hätte uns auch manchen Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Herr Rouvier begründete unter anderem seine Klagen damit, daß er anführte, es seien nicht Algierer, sondern Marokkaner, die den Prätendenten unterstützten und Unruhen hervorriefen. Nach längerer Diskussion, die sich darum drehte, daß Rouvier die Erwartung gehegt habe, nach der Entfernung Delcassés würden mit einem Schlage für Frankreich alle Schwierigkeiten mit Deutschland beseitigt sein, konnte ich nicht umhin, ihm sehr deutlich vorzuhalten, daß, solange er die uns bekannten Reformpunkte seines Vorgängers in Marokko aufrechterhielte und verföchte, die eine Mediatisierung des Sultans in sich schlössen, wir eine Änderung der bisherigen Politik, wie er sie mir selbst in Aussicht gestellt hätte, nicht konstatieren könnten. Seine Antwort war, daß er das Reformprojekt, das er sich habe kommen lassen, in seiner vollen Ausdehnung überhaupt noch nicht kenne, und daß er die von mir erwähnten, uns störenden Punkte, soweit sie nicht die Grenze betreffen, nicht zur Anwendung zu bringen beabsichtige. Ich entgegnete ihm, daß dies wohl unter seiner Regierung möglich wäre, daß wir aber keine Garantie hätten, daß nicht eine spätere Regierung die gegenteilige Politik verfolgen würde. Er schloß die Unterhaltung mit der Versicherung, daß kein Ministerium in Frankreich auf absehbare Zeit hinaus möglich wäre, welches den Frieden mit Deutschland direkt oder indirekt zu gefährden versuchen würde, natürlich solange die Ehre Frankreichs nicht im Spiele sei. Herr Rouvier macht sich anscheinend keine Illusionen über das Doppelspiel Englands, das zwischen uns Unfrieden schaffen möchte.

Radolin

Nr. 6711

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin**

Telegramm. Konzept

Nr. 133 Berlin, den 16. Juni 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 227**.

Euere pp. bitte ich, bei Ihren weiteren Besprechungen mit Herrn Rouvier an dem in meinem Telegramme Nr. 127*** dargelegten

---

* Bereits teilweise veröffentlicht im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 19.
** Siehe Nr. 6710.
*** Siehe Nr. 6706.

Standpunkte festzuhalten, daß wir mit Frankreich in Verhandlungen über das Programm und die Ziele der Konferenz erst eintreten können, nachdem die französische Regierung die Konferenzeinladung in formeller Weise angenommen haben wird.

Wir glauben nach wie vor, daß in diesem Falle die Konferenz zustande kommen wird. Denn wenn auch England die Einladung endgültig ablehnen sollte, so brauchte doch daran allein die Konferenz nicht zu scheitern, da England auf seine hier in Betracht kommenden Interessen zugunsten Frankreichs verzichtet hat, mithin durch dieses auf der Konferenz gewissermaßen mitvertreten sein würde.

Wir glauben ferner, daß die Konferenz im wohlverstandenen Interesse Frankreichs selbst liegen würde. Denn sie würde es Marokko erleichtern, den berechtigten französischen Wünschen zu entsprechen, da diese alsdann ebenso wie die sonst als notwendig erkannten Reformmaßregeln eine europäische Sanktion erhalten würden. Ohne die Konferenz aber würden wir schon mit Rücksicht auf die dem Sultan erteilten Zusicherungen sowie auf unsere öffentliche Meinung daran festhalten müssen, daß die Unabhängigkeit des Sultans nicht im Widerspruche mit den bestehenden Vereinbarungen beeinträchtigt werden dürfte.

Die Frage des Herrn Rouvier, wie der Ausdruck „international" bei den Reformen auf dem Gebiete des Heerwesens, der Polizei und der Finanzen zu verstehen sei, werden Eure pp. wie folgt beantworten können: Das Heerwesen und die Polizei würden zunächst insofern international zu ordnen sein, als, wie Herr Rouvier richtig hervorgehoben hat, die Konferenz ein Mandat zur Durchführung der erforderlichen Reformen erteilen müßte. Dieses Mandat würde naturgemäß, soweit es sich um die Distrikte an der algerischen Grenze handelt, Frankreich allein zufallen können, womit, soweit sich aus den Rouvierschen Ausführungen entnehmen läßt, der Hauptwunsch Frankreichs erfüllt sein würde. Dagegen würde kein Grund vorliegen, weshalb das Mandat auch für die entfernter liegenden Plätze, insbesondere die am Atlantischen Ozean, an Frankreich übertragen werden sollte. Vielmehr würde es hier der Sachlage entsprechen, daß die Armee- und Polizeireformen, soweit erforderlich, in den einzelnen Distrikten verschiedenen Mächten zugeteilt würden. Die Finanzreformen würden vor allem dadurch international zu gestalten sein, daß die nach dem französischen Reformprojekte zu gründende marokkanische Staatsbank — vergleiche III. 1. der Aufzeichnung vom 8. Juni* — nicht lediglich von einer französischen Bankgruppe, sondern von Bankgruppen verschiedener Mächte ins Leben gerufen würde. Dabei würden das einzuschießende Kapital wie die zu besetzenden leitenden Stellen möglichst gleich zu verteilen sein.

---

* Vgl. deutsches Weißbuch „Aktenstücke über Marokko 1906", Nr. 15.

Bei Entwickelung der vorstehenden Gesichtspunkte bitte ich wiederholt darauf hinzuweisen, daß es sich hier um objektive Deduktionen und keineswegs um Vorschläge der Kaiserlichen Regierung handelt.

Euerer pp. stelle ich hiernach anheim, sofort in weitere Verhandlungen mit Herrn Rouvier einzutreten.

Bülow

Nr. 6712

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 London, den 15. Juni 1905

Als ich heute zu der Hochzeitsfeier* in Windsor war, nahm mich Lord Lansdowne für einen Augenblick aus dem Gedränge der Gäste beiseite, um mir zu sagen, daß die heute von den Zeitungen telegraphisch aus Fes mitgeteilte Nachricht von der Ablehnung der Konferenz durch Mr. Lowther** sich lediglich auf die ursprüngliche Haltung des Gesandten gegenüber der marokkanischen Einladung beziehe, nicht aber auf die Haltung der englischen Regierung, nachdem ich ihm den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung und unsere Berufung auf die Madrider Konvention dargelegt habe. Ich erwiderte dem Minister, daß auch ich diese Zeitungsnachricht in demselben Sinne aufgefaßt und darin nicht eine Ablehnung unseres Standpunkts durch die englische Regierung erblickt habe.

Das Empressement Lansdownes, bei mir nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als habe die englische Regierung sich in der Marokkofrage schon gegen uns entschieden, zeigt mir von neuem, daß die leitenden Kreise hier nicht gesonnen sind, den diplomatischen Kampf leichtfertig gegen uns aufzunehmen.

Der Konferenzgedanke tauchte vor Delcassés Fall auf. Er war und ist naturgemäß hier unbequem, da er sich über das englisch-französische Abkommen hinwegsetzt und dasselbe erschüttert, wenn er sich verwirklicht. Die hiesige Regierung wird gewiß nicht gegen den Wunsch Frankreichs in der Marokkofrage handeln, schon deshalb nicht, weil sich die französische Regierung dann auch nicht durch den anderen Teil des Abkommens betreffend Ägypten gebunden erklären könnte. Kommt die Konferenz zustande, so ist Ägypten vorläufig ein einseitiges Geschenk Frankreichs an England.

* Am 15. Juni fand in Windsor die Vermählung der ältesten Tochter des Herzogs von Connaught, Prinzessin Margarete von Großbritannien, mit dem Prinzen Gustav Adolf von Schweden statt.

** Vgl. Nr. 6708.

Das Auftreten Mr. Lowthers ist veraltet. Inzwischen ist Delcassé gestürzt, und wir sind in den Vordergrund getreten. Rußland ist aus der Zahl der mitredenden Mächte bis auf weiteres ausgeschieden, und die Macht Japans fängt trotz allem Zeitungsenthusiasmus an, den hiesigen denkenden Politikern unheimlich zu werden. Deshalb hofft man hier allgemein, daß die Japaner bei den Friedensbedingungen weise Mäßigung zeigen werden. Der Unterstaatssekretär Sanderson sprach sich mir gegenüber noch gestern in diesem Sinne aus. Auf das wankende und geängstigte Frankreich will man sich hier allein nicht stützen. Der Fall Delcassés hat diese Sachlage hier ins rechte Licht gesetzt.

Trotz der veralteten Nachrichten aus Fes habe ich daher nicht den Eindruck, daß die hiesige Regierung die Franzosen in ihrem Widerstand gegen uns zu bestärken wünscht. Ich glaube im Gegenteil, daß die hiesigen leitenden Kreise am liebsten eine Verständigung zwischen uns und Frankreich sehen würden, die es der englischen Politik ermöglichte, auch wieder näher an uns heranzurücken. Allerdings geht man dabei hier von der Voraussetzung aus, daß die englisch-französische Entente stark genug ist, um nicht durch eine deutsch-französische ersetzt zu werden. Zunächst dürfte man hier den Versuch machen, die Franzosen zu bestimmen, sich mit uns ohne Konferenz und auf anderer Grundlage über Marokko zu verständigen. Euere Durchlaucht werden am besten in der Lage sein, aus der mir unbekannten Haltung Rouviers zu schließen, ob diese Annahme zutreffend ist.

Wie ich vertraulich erfahren, ist der Kronprinz von Schweden jetzt nicht ohne Erfolg bemüht gewesen, bei König Eduard im Sinne einer Ausgleichung der Mißstimmung zwischen England und Deutschland zu wirken und dem Könige gewisse Zweifel hinsichtlich der deutschen Politik zu benehmen.

Metternich

Nr. 6713

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Washington, den 17. Juni 1905

Präsident sagte mir folgendes:

„Auf Grund Ihres Memorandums über Marokko hatte ich mit dem französischen Botschafter vor einigen Tagen ein langes Ge-

spräch. Ich hielt es für notwendig, ihn auf alle diejenigen Punkte aufmerksam zu machen, auf welche Sie meine Aufmerksamkeit lenkten. Ich wisse wohl, betonte ich, daß seine Regierung meinen Schritt als eine Einmischung in ihre Angelegenheiten betrachten könne, da aber die Marokkofrage drohe, einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich heraufzubeschwören, der den Weltfrieden stören würde, hielt ich meinen Schritt für gerechtfertigt. Ich ersuchte französischen Botschafter, dies seiner Regierung mitzuteilen und dabei hervorzuheben, daß Frankreich in einem Krieg mit Deutschland nur verlieren, England hingegen nur gewinnen müsse. Als bestes Mittel zur Regelung der Marokkofrage hielte ich eine Konferenz. Gestern sprach der französische Botschafter mir gegenüber den Dank . . .* für meine Bemühungen im Interesse des Friedens aus. Sie werde die Marokkofrage einer eingehenden Erörterung unterwerfen und mir dann ihren Entschluß mitteilen.

Dem englischen Botschafter habe ich nur kurz mitgeteilt, daß ich erwarte, daß England der friedlichen Lösung der Frage zwischen Deutschland und Frankreich keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde."

Wie ich höre, hat nach dem Empfange Mr. Hays** in London seitens des Königs und Lord Lansdownes Depeschenwechsel zwischen Mr. Hay und dem Präsidenten stattgefunden, durch welchen ersterer versucht hatte, den Präsidenten für Englands Stellungnahme zur Marokkofrage zu gewinnen. Daß ihm dies nicht gelungen ist, konnte ich heute aus den Bemerkungen des Präsidenten klar erkennen.

Präsident hat Meldung erhalten, daß augenblicklich Frankreich und England über Marokkofrage verhandeln.

Entschieden haben wir aus Mr. Hays Abwesenheit gutes politisches Kapital geschlagen. Mit Bezug auf Ostasien, den Frieden und Marokko hat der Präsident eine Politik verfolgt, welche den Grundsätzen Hays direkt zuwiderlief; dies ist sogar von der Presse zugegeben worden. Durch die hervorragenden, vom ganzen Lande gepriesenen Erfolge des Präsidenten in seiner eigenen auswärtigen Politik, die sich als eine ausgesprochene Friedenspolitik erwiesen hat, sind gewisse Kreise, welche der Ansicht waren, daß die äußere Politik des Präsidenten eine aggressive und kriegerische sein werde, die als Gegengewicht des erfahrenen alten Mr. Hay bedürfe, gänzlich beruhigt worden. Es ist daher zu hoffen, daß dies Mr. Hay Anlaß geben werde, an seinen Rücktritt zu denken.

Sternburg

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten Hay weilte im Juni 1905 in England. Kurz nach seiner Rückkehr nach Amerika erlag er (1. Juli) einer Krankheit.

Nr. 6714

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 Fes, den 16. Juni 1905

In dem, was Euere Durchlaucht die „zweite Etappe" meiner hiesigen Tätigkeit und die „Sicherung der Zukunft Deutschlands in Marokko" nennen, habe ich bisher eine abwartende Haltung eingenommen; einerseits, um zu beobachten, und um uns nicht zu binden, andererseits, um die Marokkaner mit ihren Wünschen hervorzulocken. Die abwartende Haltung war auch darum geboten, weil ich nicht weiß, inwieweit die Kaiserliche Regierung in der nächsten und weiteren Zukunft sich hier engagieren will.

Eine längere Konversation, die ich gestern mit dem Wesir Garrit hatte, läßt mir kaum einen Zweifel übrig, daß die marrokkanischen Wünsche sich auf die Organisation einer kleinen, tüchtigen, festgefügten Armee durch deutsche Offiziere verdichten werden. Jetzt ganz hülfloser Sultan braucht eine solche Armee, um des Aufstandes im Osten Herr zu werden, um seine gegenüber Frankreich eingegangenen Verpflichtungen an der Grenze zu erfüllen, und um die jetzt ganz unbotmäßig gewordenen Kabylen wieder in seine Hand zu bekommen.

Sind wir bereit, die Aufgabe zu übernehmen, und werden wir sie mit Geschick lösen, so sind wir die Herren der Situation, und die Zukunft liegt in unserer...*. Lehnen wir sie ab, so wird der Sultan versuchen, seine Existenz durch eine Schaukelpolitik zwischen Frankreich und dem dienstwilligen England weiter zu fristen, während er uns zum Lohn für unsere bisherige Haltung mit einigen kleinen Konzessionen abzufinden suchen wird.

Ich habe bisher die Frage der Armeeorganisation gegenüber den Marokkanern stets als die wichtigste und brennendste bezeichnet, aber immer in dem Sinne, als sollte sie von ihnen selbst aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln gelöst werden. Nachdem sie gestern zwischen mir und Garrit zur Sprache gekommen, habe ich ihm geantwortet, daß die Übernahme der Armeeorganisation für uns von großer politischer Tragweite sei, die wohl überlegt werden müsse; ich sei nicht in der Lage, ihm zu sagen, wie Seine Majestät der Kaiser und seine Regierung darüber denken.

---

* Zifferngruppe fehlt.

Ich würde mir die Organisation der marokkanischen Armee so vorstellen, daß sie einem höheren Offizier, etwa im Oberstenrang, zu übertragen wäre, der uns und dem Sultan allein verantwortlich wäre, sich seine Offiziere und Beamten selbst auswählte, und dessen Stellung und Tätigkeit inklusive der Kosten für die gesamten Bedürfnisse der auszubildenden Truppe durch eine deutsch-marokkanische Anleihe auf mehrere Jahre im voraus sicherzustellen wäre.

Falls wir bereit sind, die Aufgabe zu übernehmen, bin ich bereit, das Weitere in die Wege zu leiten; wenn nicht, bitte ich um Instruktion, um den Schluß meiner Mission durch Erlangung einiger kleiner Konzessionen vorzubereiten.

Tattenbach

Nr. 6715

Der interimistische Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandter Graf von Tattenbach, z. Z. in Fes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Fes, den 16. Juni

Der Wesir Garrit, der die Seele des marokkanischen Widerstandes gegen die französischen Protektoratsbestrebungen ist, liebt es, mich gelegentlich durch Fragen politischer Natur in Verlegenheit zu setzen zu suchen. So fragte er mich gestern, was die marokkanische Regierung tun könnte, wenn der vorgestern in Tanger angekommene französische Admiral die Erfüllung der Verbindlichkeiten verlangen sollte, die Marokko an der östlichen Grenze eingegangen sei, und im Falle der Nichterfüllung mit der Besetzung einiger Grenzpunkte drohen würde? Ich antwortete ihm, daß Frankreich in erster Linie darauf bedacht sei, mit uns in Frieden zu leben und nicht daran denke, an der algerischen Grenze eigenmächtig und in einer den Frieden bedrohenden Weise vorzugehen.

Als ich den Wesir nach der bisherigen Haltung und Sprache meines englischen Kollegen frug, antwortete er lachend und im hohen Grade belustigt, Mr. Lowther habe ihm bei seinem ersten Besuch einen langen Vortrag über die Vorzüge und den Nutzen der französischen Reformvorschläge gehalten, am Schluß aber hinzugefügt, daß dies alles nur seine persönliche Anschauung sei.

Tattenbach

Nr. 6716

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 232 Paris, den 18. Juni 1905

In einer langen Unterredung mit Rouvier, die über eine Stunde gedauert, habe ich mich, nachdem ich ihm zur definitiven Übernahme des Auswärtigen Ministeriums gratuliert hatte, streng der hohen Weisung gemäß des Inhalts des Telegramms Nr. 133* entledigt und dabei nochmals die ganze Angelegenheit im Sinne des Telegramms Nr. 127** durchgesprochen. Der Minister war sichtlich erleichtert durch die ihm gemachte Mitteilung, und wenn er es mir auch nicht direkt eingestand, so hatte ich jedenfalls die Empfindung, daß ihm eine Lösung im gedachten Sinne möglich schien. Er erbat einige Tage zur weiteren Erwägung und Besprechung im Ministerrat und wollte mir dann die Entschließung der französischen Regierung mitteilen. Im Laufe der Unterhaltung bemerkte der Minister, daß ich mich wohl überzeugt hätte, daß ein Offensiv- und Defensivvertrag mit England nicht bestehe, wie es manche Blätter gesagt***. Wenn er damit andeuten wollte, daß Frankreich nicht gebunden sei und nach Belieben handeln könne, so deduziere ich daraus, daß Frankreich nicht mehr so abgeneigt ist, die Konferenzeinladung anzunehmen. Auch lenkte Rouvier meine Aufmerksamkeit auf verschiedene Zeitungsartikel, die dieser Auffassung zuneigen, und welche ich heute bereits eingereicht habe. Rouvier steht übrigens, wie mir scheint, unter dem Eindruck, daß die englische Regierung die Konferenz nicht so kategorisch abgelehnt habe, wie dies von mancher Seite behauptet worden war.

Radolin

Nr. 6717

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnants von Hugo

Abschrift

Nr. 19 Paris, den 18. Juni 1905

Während die diplomatischen Verhandlungen über die Marokkofrage in der Presse Kriegsbefürchtungen auftauchen ließen und

---

* Siehe Nr. 6711.
** Siehe Nr. 6706.
*** Vgl. darüber Kap. CL.

namentlich die hetzerischen Organe wie „La Patrie", „La Libre Parole" und „La Presse" die gefürchtete „invasion germanique" jeden Augenblick in Aussicht stellten, ist man im französischen Kriegsministerium und Generalstab von einer bemerkenswert ruhigen Haltung beseelt gewesen.

Ich hatte nach meiner Rückkehr von Berlin Gelegenheit, mit einigen mir gut bekannten französischen Generalstabsoffizieren zu sprechen, deren Ansichten ich wiedergeben möchte, weil sie mir typisch zu sein scheinen.

Die Marokkofrage an sich erscheint ihnen zu wertlos und unbedeutend, um ihretwegen es zu einem Kriege zwischen den beiden größten europäischen Kulturstaaten kommen zu lassen. Ein solcher Krieg würde nach ihrer Meinung vielleicht auf beiden Seiten unpopulär sein und die Opfer zu dem eventuellen geringen Gewinn in keinem richtigen Verhältnis stehen. — Also wegen Marokkos selbst müßte eine Einigung erzielt werden, das gebiete schon allein die Würde der beteiligten Staaten, in erster Linie Deutschlands und Frankreichs.

Aber diese Offiziere sind sich vollkommen darüber klar gewesen, daß die Gefahr eines ernsten Konfliktes viel tiefer liegt. Sie besteht vor allem darin, daß Frankreich durch die Delcassésche Politik der Isolierung Deutschlands und durch die Abmachungen über Marokko zwischen ihm und England im April 1904 vollkommen ins Schlepptau Englands genommen ist und von diesem gegen Deutschland ausgespielt werden soll. Das ist wieder für sie eine unwürdige Aufgabe, die unter allen Umständen verhindert werden muß.

Sie geben dem ehemaligen Minister Delcassé allein die Schuld, der mehr als acht Jahre diese gefahrvolle Politik unerkannt und unwidersprochen treiben konnte, und sprechen von ihm als „vendu à l'Angleterre" und flechten Bemerkungen wie „le perfide Albion" und „England nicht Deutschland ist unser Erbfeind" hinein.

Von dem klugen und energischen Nachfolger, Herrn Rouvier, hoffen sie auf eine baldige Regelung der Marokkofrage, vor allem aber auf eine klar erkennbare Politik „los von England". Sie glauben allerdings selbst, daß diese letztere politische Wendung für Frankreich nicht unbedenklich sei, denn England könne Repressalien am Kolonialbesitz, namentlich im Verein mit Japan in Indochina, aber auch in Madagaskar und den Besitzungen des Westsudans ausüben.

Sie erkannten also durchaus richtig den Marokkokonflikt als den Tropfen Wasser, welcher das Glas zum Überlaufen bringt, als den Kern der Sache aber die englische deutschfeindliche Stimmung, zu deren Werkzeug sie ihre Armee nicht machen wollen.

Wenn in diesen Ansichten über die politische Lage auch von Deutschland direkt nicht die Rede ist, so geht doch aus ihnen klar hervor, welche Hochschätzung diese an den höchsten Kommando-

stellen beschäftigten Offiziere für Deutschland haben. Deutschland geht ihnen vor England, und des letzteren wegen in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden, erscheint ihnen unwürdig.

Es ist hierin ohne jede Frage zu erkennen, daß die allgemeine politische Anschauung in Frankreich Deutschland weit mehr gewogen ist, als sie es zur Zeit des Dreyfus-Handels und nationalistischer Agitationen war. Man kann sogar so weit gehen zu sagen, daß augenblicklich niemand in Frankreich den Krieg mit Deutschland ernstlich will. Daß solche allgemeinen Ansichten auch die politischen Eindrücke der erwähnten Offiziere im Gespräch mit einem deutschen Kameraden beeinflussen müssen, braucht nicht weiter nachgewiesen zu werden. Es würde aber falsch sein, aus ihren Äußerungen darauf zu schließen, daß sie aus übertriebener Friedensliebe die Lust am Kriege überhaupt verloren hätten.

(gez.) von Hugo

Nr. 6718

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 13 Berlin, den 19. Juni 1905

Die Aussichten für das Zustandekommen der Marokkokonferenz haben sich in den letzten Tagen wesentlich gebessert. Insbesondere scheint nunmehr auch Frankreich einen Ausgleich auf diesem Wege für möglich zu halten, nachdem wir uns bereit erklärt haben, mit der französischen Regierung in Vorbesprechungen über das Programm und die Ziele der Konferenz einzutreten, sobald sie die Einladung in formeller Weise angenommen haben wird. An der Ablehnung Englands, die übrigens noch keineswegs endgültig zu sein scheint, brauchte die Konferenz nicht zu scheitern, da England auf seine Interessen zugunsten Frankreichs verzichtet hat, mithin durch dieses auf der Konferenz gewissermaßen mitvertreten sein würde.

Sollte die Konferenz zustande kommen, so würden wir dort auf ein ernsthaftes Reformwerk hinarbeiten müssen und uns nicht etwa, wie dies nach Ihrer Berichterstattung in marokkanischen Kreisen anscheinend gewünscht wird, mit bloßen Scheinreformen begnügen können*. Die Notwendigkeit von Reformen in Marokko wird allge-

* Am 7. Juni hatte Graf Tattenbach berichtet: „Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die meisten maßgebenden Persönlichkeiten im Lande hoffen, daß man in der Konferenz nicht einen Weg zu wirklichen Reformen, sondern ein Mittel zur verschleierten Abweisung jeglicher Reformvorschläge sieht. Unsere

mein anerkannt, sie ist auch von der marokkanischen Regierung zugegeben und noch jüngst durch die Vorgänge in Masagan* bestätigt worden. Ein Scheitern des Reformwerks auf der Konferenz aber würde uns schweren Vorwürfen aussetzen, nachdem wir durch unser Vorgehen die einseitigen französischen Reformvorschläge vereitelt und mit dem Sultan den ganzen Reformplan an die Konferenz verwiesen haben.

Die Unabhängigkeit des Sultans würde durch das Reformwerk nur dann gefährdet werden, wenn es entsprechend den französischen Vorschlägen von Frankreich allein durchgeführt würde; denn in diesem Falle könnte es, wie das Beispiel von Tunis zeigt, leicht eine Aufsaugung Marokkos zur Folge haben. Dagegen würde das Reformwerk, sofern es durch die Konferenz einer Gruppe von Mächten übertragen wird, ebenso wie in der Türkei erhaltend wirken, da alsdann die europäische Sanktion den Verwickelungen mit einzelnen Mächten vorbeugen, auch tatsächlich die Gelegenheit zu solchen Verwickelungen durch die verbesserten Zustände vermieden würde. In diesem Sinne glauben wir daher im Interesse des Sultans selbst für das Zustandekommen und die Durchführung ernsthafter Reformen eintreten zu sollen.

Den Beratungen der Konferenz könnte hiernach vielleicht das französische Reformprogramm in gewissem Umfange mit der Modi-

---

marokkanischen Freunde hoffen also im stillen, daß wir mit ihnen auf ein Scheitern der Reformen hinarbeiten. Ganz ablehnend gegen alle Verbesserungen dürfen sich die Marokkaner, wenn die Dynastie weiter bestehen soll, nicht verhalten. Der Sultan hat zwar seine Stellung durch Ablehnung der französischen Reformvorschläge verbessert, er hat an Prestige gewonnen, und ich habe ihn wiederholt ermuntert, aus der neuen Situation möglichst Kapital zu schlagen. Er muß aber auch die Macht haben, um erstens des Prätendenten-Aufstandes Herr zu werden und zweitens sich bei den Kabylen wieder in Respekt zu setzen. Hierzu gehört die gründliche Reorganisation des vollständig in Auflösung begriffenen Heerwesens und der Finanzverwaltung. In letzterer Beziehung bemerke ich, daß weder die ökonomische Lage des Landes noch die Staatsfinanzen schlecht sind. Das Land hat fast keine Schuld (die wenigen Millionen französischer Anleihe kann man kaum als solche bezeichnen), und es hat — wie ich bestimmt weiß — noch einen Staatsschatz, der hier für extreme Fälle reserviert bleibt. Was wirklich schlecht ist, und zwar ganz unbeschreiblich schlecht, ist die Verwaltung der Finanzen, die in der Hauptsache darin besteht, daß ein Minister, Scheich Tasi, alle Einnahmen einkassiert, ohne jemals darüber Rechenschaft zu geben, wie und wofür das eingenommene Geld ausgegeben wird. Hier müßte Wandel geschaffen werden. Es müßten, ehe man an Eisenbahnen und sonstige einschneidende Reformen geht, zunächst Reformen im Kriegswesen und in der inneren Verwaltung vorgenommen werden, damit die bestehende Ordnung nicht Gefahr laufe, bei plötzlicher Überleitung in ganz neue ökonomische Bahnen vollständig zusammenzubrechen."

* Dort war am 12. Juni der österreich-ungarische und dänische Vizekonsul Madden, ein englischer Staatsangehöriger, ermordet worden.

fikation zugrunde gelegt werden, daß die notwendigen Reformen auf dem Gebiete des Heerwesens und der Polizei international zu gestalten und zeitlich zu beschränken wären, daß ferner die Finanzreformen gleichfalls international behandelt werden müßten, und daß endlich die wirtschaftliche Erschließung Marokkos unter Beachtung des Grundsatzes der open door zu erfolgen hätte. Das Heerwesen und die Polizei würden einmal insofern international zu ordnen sein, als die Konferenz ein Mandat zur Durchführung der Reformen erteilen müßte. Sodann würde dieses Mandat zwar, soweit es sich um die Distrikte an der algerischen Grenze handelt, Frankreich allein zufallen können, womit anscheinend einer seiner Hauptwünsche erfüllt sein würde. Dagegen würde kein Grund vorliegen, das Mandat auch für die entfernter liegenden Plätze, insbesondere für die am Atlantischen Ozean, an Frankreich zu übertragen. Vielmehr würde es hier der Sachlage entsprechen, daß die Militär- und Polizeireformen, soweit erforderlich, in den einzelnen Distrikten verschiedenen Mächten zugeteilt würden. Die Finanzreformen könnten vor allem dadurch international gestaltet werden, daß die nach dem französischen Reformprojekte zu gründende marokkanische Staatsbank nicht lediglich von einer französischen Bankgruppe, sondern von Bankgruppen verschiedener Länder ins Leben gerufen würde. Dabei wären das einzuschießende Kapital wie die zu besetzenden leitenden Stellen möglichst gleich zu verteilen.

Entsprechende Andeutungen sind der französischen Regierung von unserem Botschafter in Paris, wenn auch in gänzlich unverbindlicher Form und keineswegs als Vorschläge der Kaiserlichen Regierung, gemacht und anscheinend nicht ungünstig aufgenommen worden.

Euere pp. ersuche ich, sich möglichst bald zu der Reformfrage unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte eingehend telegraphisch zu äußern. Insbesondere erbitte ich Ihre Ansicht darüber, ob diese Gesichtspunkte, die, soweit es sich um das Heerwesen handelt, den Bedingungen Marokkos zu den französischen Vorschlägen möglichst Rechnung tragen, dem Sultan annehmbar gemacht werden könnten. Auch wäre mir eine Äußerung darüber erwünscht, ob bei einer Beteiligung Deutschlands an den Militär- und Polizeireformen von uns Casablanca und vielleicht auch Agadir — als geeignete Stützpunkte für eine etwaige künftige deutsche Interessensphäre — auszuwählen sein würden, während für Spanien wohl Tanger und für Italien, falls dieses überhaupt beteiligt werden sollte, möglicherweise Rabat in Betracht käme.

Die in diesem Erlasse enthaltenen Mitteilungen sind vorläufig ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information bestimmt und daher weder mit der marokkanischen Regierung noch mit Ihren dortigen

Kollegen zu erörtern. Ihr weiteres Verhalten bitte ich so einzurichten, daß Ihnen später ein nachdrückliches Eintreten für die vorstehenden Gesichtspunkte nicht erschwert wird.

Bülow

Nr. 6719

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 14 Berlin, den 20. Juni 1905
Vertraulich

Antwort auf Telegramm Nr. 28 und 27*.

Reformen sind unvermeidlich, wir würden sonst isoliert bleiben. Auch Präsident Roosevelt, welcher — als einziger — in dem Augenblick, wo die französische Regierung am stärksten von England bearbeitet wurde, uns direkt und kräftig in Paris unterstützt hat, erklärt Reformen für nötig, wenn auch unter Wahrung der Offenen Tür. Letztere, welche von Anfang an ein Hauptpunkt unseres Programms war, sichert die Autorität des Sultans, welche durch die von England angeregten Interessensphären stark beeinträchtigt, wenn nicht illusorisch gemacht worden wäre. Wir werden jetzt gegen die Interessensphären Stellung nehmen. Jedoch im Hinblick auf die Möglichkeit, daß nach und nach die Instrukteurposten sich zu Interessenzentren entwickeln, empfiehlt es sich, daß auch wir schon jetzt als Instrukteure an einer geeigneten Stelle Posto fassen.

Wir haben den Franzosen bereits gesagt, daß wir, nachdem sie die Konferenz angenommen haben werden, bereit sind, vor Beginn derselben mit Frankreich allein die Modalitäten der Reformen zu besprechen. Im Hinblick auf diese Besprechungen sehe ich jetzt zunächst den landeskundigen Vorschlägen Ew. entgegen.

Unsere Reformanträge müssen naturgemäß dieselben Fragen behandeln wie das französische Reformprojekt, aber wir möchten die Reformen reduziert sehen auf das Minimum dessen, was als eine Remedur des chronischen Geldmangels und als der Anfang einer Remedur gegen das jetzt geltende Faustrecht betrachtet werden kann.

Zunächst steht uns, wenn nicht die Anzeichen trügen, eine lebhafte Auseinandersetzung mit der französischen Regierung bevor, da letztere den Wunsch erkennen läßt, noch vor Ihrer Erklärung zur Konferenzfrage die Hauptpunkte des Reformprogramms mit uns zu erledigen unter tunlichster Aufrechterhaltung des Entwurfs von Del-

* Siehe Nr. 6714 und 6715.

cassé. Wir unsererseits vertreten die Ansicht, daß die in meinem gestrigen Telegramm an Ew.* wiedergegebenen Eröffnungen den Franzosen genügende Sicherheit für unser Entgegenkommen geben, und daß wir berechtigt sind, als nächsten Schritt die französische Annahme der Konferenzeinladung zu gewärtigen. Wir werden auch der französischen Regierung andeuten, daß die Begünstigung des Prätendenten durch Frankreich zu einer Verlegenheit für beide Regierungen, die deutsche wie die französische, werden kann.

Ich nehme an, daß die telegraphischen Reformvorschläge Ew. Zeit haben werden heranzukommen, bis die Vorfrage erledigt ist.

Was insbesondere die in Ew. Telegramm Nr. 27 erwähnte Unterstellung des ganzen marokkanischen Heeres unter deutsche Leitung betrifft, so liegt ein solcher Schritt, welcher womöglich als Verletzung des Madrider Vertrages ausgelegt werden würde, bisher nicht in unserer Absicht. Wir können damit drohen, wenn Frankreich sich untraitabel zeigt, würden aber mit Rücksicht auf die Schonung unserer Beziehungen zu Frankreich vorziehen, daß diese Maßnahme uns durch eine praktische internationale Verteilung der Militärreform erspart würde. Auch in dieser Beziehung sehe ich den Vorschlägen Ew. mit lebhaftem Interesse entgegen.

Die in Ew. Telegramm 28 besprochene Sendung des französischen Panzergeschwaders nach Tanger ist, wie ich zu Ew. vertraulicher Orientierung bemerke, infolge einer Demarche des Fürsten Radolin unterblieben.

Daß Ew. eine Besprechung der Reformfragen mit dem französischen und englischen Kollegen vermeiden, ist richtig, schon allein wegen der Rückwirkung auf die zuschauenden Marokkaner. Letzteren gegenüber werden Ew. wohl am besten (unter Hinweis auf die zu erwartende Konferenz) Ihre bisherige abwartende Haltung bewahren.

Bülow

Nr. 6720

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 236 Paris, den 21. Juni 1905

Herr Rouvier hat mich heute morgen kommen lassen, um mir eine gleichzeitig in Berlin übergebene Note** zuzustellen als Antwort

* Siehe Nr. 6718.

** Veröffentlicht im französischen Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905", Nr. 273, in deutscher Übersetzung auch im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko 1906", Nr. 20.

auf die am 6. d. Mts. von dem hiesigen Geschäftsträger, Herrn von Flotow, übergebene Note*. Mit dieser Note übergab Herr Rouvier die seinerzeit von Herrn Delcassé „versehentlich" der Kaiserlichen Regierung nicht mitgeteilte englisch-französische Deklaration**. Auf den vom Minister hervorgehobenen, am Schluß der Note befindlichen Passus: „que la conférence pourrait être dangereuse si elle n'est pas précédée d'une entente, et inutile, si elle la suit", erwiderte ich bestimmt im Sinne der mir wiederholt erteilten Weisungen, daß die Annahme der Konferenzeinladungen in formeller Weise v o r allen weiteren Verhandlungen erst verlangt werden müßte.

Die Kaiserliche Regierung habe ja eine loyale und die französischen Sonderinteressen möglichst berücksichtigende Behandlung der marokkanischen Frage bereits zugesagt, könne sich aber vorläufig auf eine bestimmtere Zusage nicht einlassen.

Trotzdem bat mich Herr Rouvier, nachdem er hervorgehoben, daß ja in der Note schließlich die prinzipielle Annahme der Konferenz liege, doch noch um eine möglichst genaue Erklärung über die Reformen nachzusuchen, damit er der Kammer gegenüber wenigstens etwas gedeckt sei, worauf ich mich beschränkte zu erwidern, daß wir uns auf amtliche Sonderverhandlungen v o r der Annahme nicht einlassen könnten.

R a d o l i n

Nr. 6721

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 84 Berlin, den 21. Juni 1905

Es ist von großer Wichtigkeit, daß Ew. den neuen Auswärtigen Minister*** möglichst bald über die Stellung Deutschlands zur Marokkofrage orientieren. Deutschland ist in dieselbe hineingegangen, um keine Einbuße an Würde und an berechtigtem Interesse zu erleiden. Vorteile erstreben wir nicht, haben aber Verständnis dafür, daß Spanien welche erstrebt. Zunächst möchten wir den bestehenden Zustand, wenn auch mit einigen notwendigen Reformen, erhalten sehen. Wenn aber der schnell fortschreitende Zerfall des scherifischen Reiches in fernerer oder näherer Zukunft zu einer

---

* Vgl. Nr. 6687 und 6689.

** Gemeint ist das Abkommen vom 8. April 1904.

*** Am 20. Juni war das Ministerium Villaverde gestürzt worden; an seine Stelle trat am 23. ein liberales Kabinett Montero Rios mit Saint Roman als Minister des Äußern.

Änderung drängt, werden wir gern bereit sein, die Wünsche Spaniens zu unterstützen. Insbesondere würden wir Tanger nebst Gebiet lieber in den Händen von Spanien als in denen von England oder Frankreich sehen. Unsere Unterstützung würde natürlich die Voraussetzung haben, daß Spanien nicht in der Zwischenzeit eine deutschfeindliche Politik gemacht hat. Im letzteren Falle würden wir bei der finalen Auseinandersetzung mit Frankreich lediglich deutsche und französische Interessen als Gegenstand der Beratung betrachten. Falls Ew. in der Persönlichkeit des neuen Ministers Bedenken gegen diese Bestellung sehen, bitte ich um Drahtbericht.

Bülow

Nr. 6722

Der Botschafter in Rom Graf von Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

Rom, den 21. Juni 1905

Verschiedene Symptome lassen erraten, daß in den letzten Tagen zwischen Paris und Rom ein lebhafter Meinungsaustausch statthatte. England dagegen scheint es weiter unter seiner Würde zu erachten, mit der hiesigen Regierung in nähere Fühlung zu treten. Sir Edwin Egerton* rührt sich nicht, er war in den kritischen Tagen überdies in Perugia, während dem Drängen des Herrn Pansa** zweideutige Auskünfte zuteil werden.

Wie übrigens die Dinge hier liegen, war die sowieso verspätete und verklausulierte Annahme der Einladung zur Marokkokonferenz von Herrn Tittoni ziemlich à contre cœur und nur auf Grund der Berichte des Grafen Lanza, meiner sehr gemessenen Vorstellungen und der direkten Intervention des momentan aus seiner Apathie erwachten Ministerpräsidenten ausgesprochen worden. Augenscheinlich hat Herr Barrère stark dagegen gearbeitet, vielleicht auch mit Enthüllungen gedroht, die das Ministerium sprengen, möglicherweise selbst die Krone den beiden Verbündeten gegenüber in unheilbarer Weise kompromittieren könnten. Denn daß Herr Delcassé sich mit dem Versprechen einer rein negativen Haltung Italiens Marokko betreffend seinerzeit begnügt hätte, kann nur ein sehr Wohlwollender glauben. Ich möchte daher annehmen, daß im Hinblick auf die unvermeidlich gewordene Konferenz Herr Rouvier Italien den einst unterschriebenen Schein präsentiert und gewisse

* Englischer Botschafter in Rom.
** Italienischer Botschafter in London.

Forderungen betreffs späterer Unterstützung des französischen Standpunktes im Rate der Mächte formuliert hat. Wie weit der König und Herr Tittoni sich drängen ließen, respektive wie weit sie gehen mußten, wird bei dem sorglichst gehüteten Geheimnis erst eine spätere Zeit lehren. Es ist inzwischen daran festzuhalten, daß beide nicht aus dem Dreibund heraus wollen, daß aber beide es für möglich erachten, ihrem Vaterlande die aus der triplice und dem, jedenfalls verbrieften, Freundschaftsverhältnis zu Frankreich resultierenden Vorteile zu sichern, daß sie also mit uns und mit den Franzosen au plus fin spielen und im Grunde beide hinters Licht führen wollen.

Ich bin der Überzeugung, daß Herr Fortis den Rattenschwanz der Versprechungen oder Verpflichtungen uns und den Franzosen gegenüber wenig oder kaum kennt. Vielleicht will er sogar absichtlich davon nichts wissen, da er einerseits überzeugter Crispinianer ist, es aber andererseits ihn freut, Ministerpräsident zu sein, und er wohl allmählich eingesehen hat, daß unter dem heutigen König und bei den von früheren Kabinetten Paris gegenüber eingegangenen Engagements eine ganz klare Dreibundpolitik für Italien nicht möglich ist. Mit Keulen in dieses Intrigennetz dreinzuschlagen, wäre gewiß ganz unangebracht. Wir erhielten höchstens neue, von den schlauen Italienern doch machiavellistisch verfaßte oder auszulegende Erklärungen. Im übrigen würden sie fortfahren, das zu tun, was nach Lage der Dinge für sie zu tun ist, schwanken und schmeicheln nach beiden Seiten, möglichst ohne weitgehende oder festere Bindung. Immerhin hielt ich es für nötig, Euerer Durchlaucht ganz vertraulich und privatim über die Lage der Dinge hier reinen Wein einzuschenken, damit die sich immer klarer abzeichnende Unsicherheit des italienischen Faktors in unsere Marokkopolitik entsprechend eingestellt wird.

Monts

Nr. 6723

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Cuxhaven

Telegramm. Konzept

Berlin, den 22. Juni 1905

Nach einer soeben eingegangenen telegraphischen Meldung von Radolin probiert Rouvier seit gestern, uns das Marokkoprogramm von Delcassé als sein eigenes aufzudrängen. Er will seine Annahme der Konferenzeinladung abhängig machen von unserer vorherigen Annahme der Hauptpunkte des Delcassé-Programms. Dadurch würden wir uns in direkten Widerspruch mit den Zusicherungen setzen,

die Ew. in Tanger dem Sultan von Marokko gemacht haben. Auch würden wir so dem biederen Delcassé noch nachträglich einen Triumph bereiten. Denn hiermit wäre der Beweis geführt, daß sein Programm, welches für Frankreich die tatsächliche Verfügung über Heer, Polizei und Finanzen in Marokko beanspruchte, richtig und annehmbar war, daß er also mit Unrecht gestürzt wurde. Delcassé wäre mit einem Schlage wieder der große Mann und hätte womöglich Aussicht, an Stelle von Rouvier Ministerpräsident und Auswärtiger Minister zu werden.

Rouvier, von dem wir wissen, daß er keinen Konflikt mit uns haben will, hat sich offenbar von dem Clan Delcassé überreden lassen und versucht jetzt als Handelsmann, wieviel von seiner Überforderung sich durchsetzen lassen wird. Sein Hauptargument ist, daß er auf unsere Großmut zu wirken sucht, indem er bittet, wir möchten ihm doch wegen seiner Deputiertenkammer Konzessionen machen. Das ist Unsinn, denn weder die Deputiertenkammer noch sonst jemand in Frankreich macht Rouvier verantwortlich für die Fehler von Delcassé, und die Deputiertenkammer will vor allen Dingen keinen Krieg. Rouvier würde ihr für das Programm von Delcassé erst verantwortlich, wenn er sich dasselbe endgültig aneignete. Unsere Rücksichtnahme auf Rouvier kann meines ehrfurchtsvollsten Erachtens keinenfalls so weit gehen, daß wir ihm oder eigentlich dem Delcassé zu einem Erfolge auf unsere Kosten verhelfen.

Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, steht der Fürst von Monaco* in guten persönlichen Beziehungen zu Rouvier. Vielleicht wird er deshalb und als Freund von Frankreich für die Rouvierschen Vorschläge plädieren. In diesem Falle würde es par ricochet nützlich wirken, wenn gegenüber dem Fürsten von Monaco die Bemerkung fiele, wir hörten mit wahrem Bedauern, daß Rouvier beabsichtige, die marokkanische Konferenzeinladung erst anzunehmen, nachdem wir den Hauptpunkten des Delcassé-Programms zugestimmt haben würden. Wenn Rouvier darauf wirklich bestünde, würden wir das aus mehrfachen Gründen aufrichtig beklagen. Einmal im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen, welche wir gebessert sehen möchten. Wir würden ja wegen des marokkanischen Delcassé-Programms keinen Angriffskrieg machen, aber wenn Rouvier an diesem Programm festhielte, wären wir doch genötigt, die aussichtslosen Verhandlungen mit Frankreich ruhen zu lassen, einen Defensivvertrag mit dem Sultan von Marokko abzuschließen und dann abzuwarten, was Frankreich tut. Damit wäre eine Lage geschaffen, aus welcher, namentlich im Hinblick auf den marokkanischen Aufstand und die Unterstützung, welche derselbe von Algier aus erhielte, bedenkliche Komplikationen resultieren könnten. Wir hofften um so mehr, daß Rouvier uns das er-

---

* Er wurde zur Kieler Woche als Gast des Kaisers erwartet.

sparen würde, weil eine Adoptierung der wesentlichen Punkte des Delcassé-Programms die Politik dieses Ministers nachträglich rechtfertigen müßte. Die politische Welt in Frankreich und außerhalb würde sich fragen, warum Herr Rouvier denn eigentlich Herrn Delcassé gestürzt habe, wenn er dessen Programm in der Hauptsache für das richtige hielte. Wir würden also gerade durch unsere Annahme des von Rouvier jetzt endossierten Delcassé-Programms die sonst unmögliche Rehabilitierung von Delcassé anbahnen. Das wären die Folgen, welche wir voraussähen, wenn Frankreich die Politik von Delcassé ohne Delcassé weiterführen wollte.

Ich möchte nur noch untertänigst hinzufügen, daß wir uns zwar mit dem Sultan von Marokko nicht ganz und namentlich nicht für immer identifizieren dürfen, aber schon im Hinblick auf die Wahrung des Ansehens Ew. in der islamitischen Welt seine Souveränität und die Unabhängigkeit Marokkos nicht so vollständig an Frankreich ausliefern können, wie Rouvier dies nach dem Vorgang von Delcassé jetzt wünscht.

Bülow

Nr. 6724

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 239 Paris, den 22. Juni 1905

Mit Rücksicht auf die ungewöhnliche Länge der französischen Note* schicke ich dieselbe heute mittag nach Berlin, anstatt sie zu chiffrieren. Die Note selbst enthält eine ausführliche, ganz überflüssige Darlegung der „uneigennützigen" Politik Frankreichs, die nur darauf bedacht sei, geordnete Zustände herbeizuführen, um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Sultans aufrechtzuerhalten, die bestehenden durch Separatverträge mit Marokko gesicherten Rechte aller handeltreibenden Nationen zu wahren und für Frankreich nur die Sicherheit der Grenze als meistinteressierte Macht zu verlangen, ohne darauf auszugehen, aus Marokko ein zweites Tunis zu machen. Die Note deduziert weiter die Unzweckmäßigkeit der Konferenz und sucht einen Gegensatz zu konstruieren zwischen dem Wunsch des Sultans und unseren Vorschlägen, wobei Frankreich durchblicken läßt, daß es mehr die Interessen des Sultans vertritt als Deutschland, das besonders die f r e m d e n Interessen im Auge hat. Die Note versichert nochmals ausführlich, daß Frankreich in Marokko keinerlei habsüchtige

* Vgl. Nr. 6720, Fußnote **.

Sonderinteressen verfolge und das Prinzip der Offenen Tür hochhalte. Wenn daher auch die Notwendigkeit einer Konferenz nicht recht ersichtlich sei, so wolle die französische Regierung — gleichsam aus Rücksicht für die deutschen Wünsche — dem Gedanken einer solchen Konferenz nähertreten, müsse aber vorher amtlich doch durch Schriftwechsel über die zu erörternden Fragen informiert werden, die zur Verhandlung kommen sollen.

Diese Note mit Delcasséschem Beigeschmack entspringt sicherlich nicht der Feder Rouviers, sondern dürfte im Auswärtigen Ministerium vielleicht durch Louis* geschrieben sein, der eher in dem bisherigen Fahrwasser schwimmt. Nach anderen Vermutungen soll Révoil, früherer Gouverneur von Algier, der Verfasser sein. Révoil ist ein intimer Freund Etiennes, unter dessen Mitwirkung die Note dem leicht zu beeinflussenden Herrn Rouvier aufgedrängt und vom Ministerrat angenommen worden ist. Ich habe nicht umhin können, Herrn Rouvier während des Lesens der Note mein Erstaunen darüber auszudrücken, daß auf meine wiederholten längeren vertraulichen Mitteilungen, die den ganzen Sachverhalt für die deutschen Wünsche und Bestrebungen doch so klar und offen darlegten, und von denen ich den Eindruck gehabt, daß sie von Rouvier verstanden und, wenn auch privatim, geteilt würden, in der Note keine genügende Berücksichtigung gefunden hätten, daß vielmehr die Note immer wieder auf Dinge zurückkomme, die ich für längst überwunden angesehen hätte. Ich machte Rouvier kein Hehl daraus, daß wir uns auf amtliche Sonderverhandlungen v o r der Annahme der Konferenzeinladung — wie öfters wiederholt — nicht einlassen könnten. Was ich ihm vertraulich in privater Form über das Wort „international" gesagt, sei das meiste, was wir ihm sagen könnten, und hätte die Kaiserliche Regierung dies auch nur aus ganz besonderer Rücksicht für seine Person getan, um ihm ein Zeichen unseres Vertrauens zu geben. Wenn er die gewünschte formelle Einladung zur Konferenz nach diesen vertraulichen Eröffnungen nicht annehmen sollte, so würde der Status quo aufrechterhalten bleiben müssen mit all den e r n s t e n Konsequenzen, die er sich selbst ziehen könnte. Ich machte ihn auf die Mitteilungen des Kapitäns Karow** aufmerksam, auf die gefährlich werdende Agitation des Prätendenten und die ihm zuteil werdende Unterstützung seitens der algerischen Behörden. Dies könne zu bedenklichen Konflikten führen, deren Tragweite nicht abzusehen. Herr Rouvier antwortete, daß er die bestimmtesten Versicherungen aus Marokko erhalten habe, daß diese Nachricht unbegründet sei, daß er aber dessenungeachtet strengen Befehl gegeben habe, keinen Vorwand zu solchem Mißgriff

---

* Direktor im französischen Ministerium des Äußern.

** Kapitän Karow hatte gemeldet, daß der Prätendent von französischer Seite mit Gewehren, Maximkanonen und Munition unterstützt werde.

zu geben, und deshalb sogar die Truppen über die Grenze zurückziehe.

Was die Gefahr eines Kriegs mit Deutschland anbelange, so könne und wolle er an dieselbe nicht glauben, und ich anwortete sehr ernst: „Qui veut les fins, veut les moyens." Wir hätten ihm genügend den Weg angegeben, diese Eventualität auszuschließen.

Radolin

Nr. 6725

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Unsigniertes Konzept

Berlin, den 23. Juni 1905.

Der französische Botschafter, der sich gestern bei mir angemeldet hatte, erschien heute mittag bei mir, um mir die „Note" zu überreichen, welche Herr Rouvier vorgestern dem Fürsten Radolin hat zugehen lassen. Ich verhehlte dem Botschafter nicht, daß diese „Note", welche ich lieber ein „Exposé" nennen wolle, mich überrascht und befremdet habe. „Je ne puis vous cacher que cette réponse aux ouvertures que notre ambassadeur a été chargé de faire à Paris m'a causé une profonde surprise et donne lieu à des appréhensions sérieuses." Die französische Regierung wolle der Konferenzeinladung nicht zustimmen, ohne von uns Erklärungen über die verschiedenen Einzelfragen erhalten zu haben, welche der Konferenz unterbreitet werden sollten. Wenn wir auf diese Forderung eingingen, würden wir gezwungen sein, ein vollständiges Programm für die Konferenz aufzustellen und ihren Entschlüssen vorzugreifen. Ein solches Verlangen zu erfüllen, sei aus formalen und sachlichen Gründen für uns nicht möglich. Die Einladung zur Konferenz ginge vom Sultan von Marokko aus, der ihre Aufgabe dahin präzisiert habe, daß sie über die für Marokko notwendigen Reformen und über die Beschaffung der Mittel verhandeln solle, welche unentbehrlich wären, um diese Reformen ins Werk zu setzen. Es sei also Sache des Sultans, ohne dessen Mithülfe die Reformen nicht durchzuführen wären, den Teilnehmern an der Konferenz die Einzelheiten des Konferenzprogramms mitzuteilen. Dazu käme, daß wir gar nicht in der Lage wären, hinsichtlich des Programms der Konferenz Detailvorschläge zu machen, weil die verschiedenen Detailpunkte sorgsam geprüft werden müßten, was eben die Aufgabe der Konferenz sein würde.

Vertraulich fügte ich hinzu, Fürst Radolin habe Herrn Rouvier bereits eröffnet, daß wir auf der Konferenz „sérieusement et loyalement" bemüht sein würden, auf ein für alle Teile befriedigendes Ergebnis hinzuwirken und insbesondere mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen. Die beiden Punkte, welche in dieser Richtung eine

annehmbare und praktische Grundlage bilden könnten, wären einerseits die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Autonomie des Sultans, andererseits „le maintien de l'avenir intact de la France". Das erstere wäre für uns notwendig nach allem, was seit einem Jahr passiert sei, und wenigstens für einige Zeit; das andere lasse für Frankreich die Zukunft offen.

Ich warf nun einen Rückblick auf die französische Politik des letzten Jahres, indem ich betonte, daß mir Rekriminationen namentlich persönlicher Natur fernlägen und ich nur in objektiver Weise auf die vorliegenden Tatsachen hinweisen wolle. Als ich vor einem Jahr im Reichstage über die Marokkofrage und das englisch-französische Abkommen gesprochen hätte, wäre es für die französische Regierung ein leichtes gewesen, sich mit uns über Marokko auseinanderzusetzen. Man habe dies von französischer Seite nicht gewollt, man habe uns ignoriert, man habe uns als quantité négligeable behandelt. Auf diese Weise habe man uns gezwungen, dem Sultan von Marokko gegenüber gewisse Verpflichtungen einzugehen, die wir nicht von einem Tage zu anderen repudiieren und denen wir jetzt nicht untreu werden könnten. Ich ließ hierbei einfließen, daß ich vor einem Jahr öffentlich erklärt hätte, ich glaubte nicht, daß das englisch-französische Abkommen eine Spitze gegen uns enthielte. Vieles, was seitdem geschehen sei — die immer wieder hervortretende Tendenz, uns zu isolieren, Versuche, uns unsere Verbündeten abspenstig zu machen, Begünstigung aller spezifisch deutschfeindlichen und kriegerischen Elemente in der Welt —, hätte mich gezwungen, meine Ansicht in dieser Beziehung zu revidieren, und nicht allein mich, sondern auch eine andere sehr hochstehende Persönlichkeit im Deutschen Reich und sehr weite Kreise des deutschen Volks.

Ich fuhr fort: „La situation est sérieuse. Avec un peu de bon vouloir et de décision on pourrait en sortir. Mais si on laisse s'embrouiller les choses, si on les laisse trainer, si on les abandonne aux fanatiques coloniaux, elles pourraient prendre une mauvaise tournure." Ich erzählte dem Botschafter, gestern abend gegen Mitternacht sei ein seriöser Journalist bei mir erschienen, um mir zu melden, daß von Paris aus an Berliner Publizisten und Finanziers und sogar an die Wolffsche Telegraphenagentur telephoniert worden wäre, die französische Armee wäre mobil gemacht worden und die Truppentransporte hätten begonnen. Ich fügte hinzu: „Il ne faut pas jouer avec le feu." Das gelte auch für die Haltung der algierschen Grenzbehörden gegenüber Marokko. Der Sultan beklage sich bei uns, daß Frankreich den Prätendenten gegen ihn unterstütze und ihm unter Verletzung der bestehenden Verträge die Bekämpfung der Rebellen unmöglich mache. Ich bat Herrn Bihourd, grade in dieser Richtung in Paris zur Vorsicht zu mahnen. Es sei das ein gefährliches Spiel, „qui pourrait mener plus loin que nous ne voudrions vous et moi".

Herr Bihourd hob in seiner Erwiderung namentlich hervor, daß er über die Marokkofrage und den Stand der Unterhandlungen gar nicht oder ungenügend informiert wäre, daß Frankreich den Frieden wolle, daß Herr Rouvier eine Verständigung mit uns wünsche, daß der französische Ministerpräsident aber das französische Nationalgefühl schonen, sich selbst und das republikanische Regime nicht kompromittieren und seinen Gegnern nicht zu viel Angriffsflächen bieten dürfe. Die Beschickung der Konferenz durch Frankreich könnte von den Gegnern der Regierung und der Republik leicht als eine Demütigung Frankreichs hingestellt werden. Deshalb möchte Herr Rouvier gewisse Garantien haben hinsichtlich des Programms und des Verlaufs der Konferenz. Herr Rouvier lehne die Konferenz nicht ab; er möchte nur nicht, daß die Konferenz sein und seiner politischen Richtung Grab werde.

Ich schloß die Unterredung, indem ich nochmals hervorhob, daß das französische Exposé uns nicht befriedige, daß seine Forderungen nicht annehmbar für uns wären, und daß ich im Interesse des Friedens und der Ruhe dringend wünschte, es möge ohne zu viel Zeitverlust eine Angelegenheit geregelt werden, die ernste Gefahren in sich berge.

Nr. 6726

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 1036 Berlin, den 23. Juni 1905

Ew. erhalten anbei eine Aufzeichnung über meine heutige Unterredung mit dem französischen Botschafter*. Ich möchte dem, was ich dem Botschafter sagte, noch ein paar Betrachtungen hinzufügen.

Herr Rouvier hat schon wiederholt die Bitte ausgesprochen, wir möchten den Schwierigkeiten seiner Stellung Rechnung tragen und ihn vor dem Unwillen der Kammer und des Landes durch weiteres Entgegenkommen unsererseits retten. In Wirklichkeit denkt niemand daran, weder in der Kammer noch sonst in Frankreich, Herrn Rouvier verantwortlich zu machen für die Fehler von Delcassé. Die Deputiertenkammer, welche, soviel mir bekannt ist, keinen Krieg will, würde Herrn Rouvier für das Programm von Delcassé erst dann verantwortlich machen können, wenn er sich dasselbe endgültig aneignete. Er scheint allerdings im Begriff zu sein, dies zu tun. Die inspirierten Zeitungsartikel der letzten Tage besprechen Gedanken, welche dem Programm Delcassé entnommen sind. Es ist nämlich

* Siehe Nr. 6725.

ein Irrtum, wenn das französische Exposé sagt, wir kennten die dem Sultan von Marokko gemachten französischen Vorschläge nicht. Der Sultan hat sie uns mitgeteilt. Das Exposé vermeidet es zwar, Einzelvorschläge zu machen, aber allein schon die Tatsache, daß die französische Regierung die Absicht erkennen läßt, über die wichtigsten inneren Fragen Marokkos mit fremden Mächten ohne jede Rücksicht auf den Sultan zu verhandeln, läßt erkennen, daß der oder die Verfasser des Exposés über den Sultan zur Tagesordnung übergehen möchten, ganz im Geiste der Delcasséschen Politik. Wenn wir die in dem Exposé des Herrn Révoil entwickelten Anschauungen als richtig anerkannt hätten, so wäre damit der Beweis geführt worden, daß das Programm des Herrn Delcassé richtig und annehmbar war, daß er also mit Unrecht gestürzt wurde. Herr Delcassé wäre mit einem Schlage wieder rehabilitiert worden und hätte auf Grund seiner erfolgreichen Politik vielleicht nochmal mit Herrn Rouvier in Konkurrenz treten können. Daß Herr Rouvier dies nicht einsieht, beweist, wie vollständig er jetzt in den Händen der Anhänger von Delcassé ist. Ich kann mir kaum denken, daß welterfahrene und lebenskluge Männer wie die Herren Léon und Jean Dupuy gleichfalls den in die Augen springenden Umstand übersehen haben sollten, daß durch die Weiterführung der Marokkopolitik von Delcassé Herr Rouvier nur daran arbeitet, diesen wieder ministrabel zu machen.

Solange Herr Rouvier sich der Leitung von Leuten wie Etienne und Révoil überläßt, würden wir durch Konzessionen im einzelnen nichts erreichen. Herr Révoil, den Herr Combes — wenn ich nicht irre im April 1903 — seines algerischen Postens wegen Chauvinismus entsetzte, vertritt Delcassés Marokkopolitik in ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit. Dies ersieht man aus der prinzipiellen Stellungnahme gegenüber dem Sultan von Marokko, welcher in dem Exposé gänzlich ignoriert ist. Die deutsche Regierung hat Herrn Rouvier gegenüber ihren Standpunkt nicht geändert. Wir versprachen ihm, soweit an uns liege, Frankreichs marokkanische Zukunftsaussichten unberührt zu halten. Gleichzeitig aber ließen wir ihm keinen Zweifel darüber, daß wir in den letzten Monaten während der durch Herrn Delcassés Politik verursachten Spannung gewisse Verpflichtungen gegen den Sultan übernommen hätten, die es uns unmöglich machten, denselben nun plötzlich im Stich zu lassen, weil Frankreich uns ein freundliches Gesicht zeigt. Auf diese unsere Lage nimmt die neueste französische Marokkopolitik, so wie dieselbe sich in den inspirierten Zeitungen und in dem Exposé des Herrn Révoil widerspiegelt, ebensowenig Rücksicht wie auf den Sultan von Marokko, nur mit dem Unterschiede, daß man die Geneigtheit durchblicken läßt, uns für die Auslieferung des Sultans einen Preis zu zahlen. Wenn Herr Rouvier sich diese Ideen der Delcassé-Gruppe wirklich aneignet, dann ist er in der Tat weit entfernt von dem Standpunkt, den er noch vor

sechs Wochen einnahm. Er kann sich dann nicht wundern, wenn er mit uns zu keiner Verständigung kommt, denn wir haben nicht die Person des Herrn Delcassé, sondern dessen Politik bekämpft und tun dies auch heute noch. Wir wären gern bereit, Herrn Rouvier entgegenzukommen, aber wenn er sich den Kolonialchauvinisten anschließt, welche uns zumuten möchten, von heute auf morgen mit Frankreich Verträge über Marokko abzuschließen, als ob Marokko einem von uns oder uns beiden gehörte, so mutet er uns zu viel zu.

Aus einem Preßtelegramm ersehe ich, daß Lord Lansdowne sich beeilt hat, der französischen Regierung sein volles Einverständnis mit dem Exposé des Herrn Révoil auszusprechen. Ungefähr gleichzeitig bringt der „Figaro" einen Artikel von Sir Charles Dilke, wo dieser die Franzosen zum Kriege ermuntert durch den Hinweis, daß vier französische Geschütze so viel wert seien wie sechs deutsche. Lansdowne und Dilke rufen beide Frankreich auf zum Streite gegen Deutschland. Vor sechs Wochen sah Herr Rouvier in dieser Hinsicht ganz klar, aber heute scheint er anderen Einflüssen zu folgen. Indessen gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß er zu der Ansicht zurückkehren wird, er werde von sich selber besser beraten als von der Gruppe Delcassé.

Der französische Botschafter, welchem ich nichts von dem Vorstehenden sagte, machte mir einen sympathischen und pflichttreuen Eindruck. Er war eifrig bemüht, auch seinerseits mir darzustellen, in welcher schwierigen Lage Herr Rouvier sich befinden würde, wenn Deutschland sich zu dem Exposé ablehnend verhielte. Wie gesagt, unterdrückte ich Herrn Bihourd gegenüber den Gedanken, daß Herr Rouvier, falls er wirklich an diesem Exposé von Révoil festhielte, hauptsächlich für den Ruhm von Delcassé arbeiten würde.

Bülow

Nr. 6727

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 180 London, den 23. Juni 1905

Lord Lansdowne ließ mich heute zu sich bitten. Er teilte mir die hauptsächlichsten Punkte der Euerer Durchlaucht zugestellten Note der französischen Regierung, betreffend Marokko, mit und bezeichnete sie als sehr versöhnlich. Er sei nach Rücksprache mit Cambon dahin übereingekommen, die englische Antwort auf die Einladung zur Konferenz in suspenso zu lassen bis zur Erledigung des Meinungsaustausches, der zwischen Paris und Berlin stattfinde.

In gleichem Sinne spreche er sich auch anderen hiesigen fremden Vertretern gegenüber aus, die ihn nach dem Stand der Marokkoangelegenheit befragten.

Er habe mir diese Mitteilung machen wollen, damit ich wisse, wie die Sache augenblicklich liege, soweit England in Betracht käme.

Metternich

Nr. 6728

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Telegramm. Abschrift

Kiel, den 24. Juni 1905

Folgendes Telegramm von Rouvier an Fürsten von Monaco eingelaufen:

„Je trouve dépêche de Votre Altesse en revenant de Paris, aucun revirement dans aucun genre ne s'est produit et il est impossible comprendre qui a pu donner lieu à cette information. La presse est unanime à approuver la note qui ne repousse pas principe de conférence et établit facilité de la conciliation entre tous les intérêts au Maroc. Dans mon opinion personnelle un accord direct aurait signification plus haute, parce qu'il en résulterait démonstration que les deux pays n'ont pas besoin de cet appareil compliqué pour trouver la formule d'une entente conforme aux intérêts de la civilisation et de la paix."

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 6729

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm en clair. Konzept

Berlin, den 24. Juni 1905

Ew. Majestät Telegramm mit ehrfurchtsvollstem Dank erhalten. Rouvier geht um den Kernpunkt der Frage herum wie die Katze um den heißen Brei. Bevor Frankreich die Einladung zur Konferenz angenommen hat, können wir nicht unter völliger Ignorierung des Sultans von Marokko Vorverhandlungen über Marokko führen. Einerseits, weil solche Vorverhandlungen sich ins Unendliche ausdehnen würden; andererseits, weil es Aufgabe des Sultans ist, das Programm der Konferenz zu entwerfen. Ist die Konferenz erst einmal gesichert,

so werden wir uns über Einzelheiten und Verlauf derselben unschwer mit Frankreich verständigen können. Offenbar ist jetzt ein Wendepunkt in der Marokkofrage eingetreten. Wenn Rouvier weiter laviert und finassiert, werden die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich sich wieder verschärfen zur Freude der tertii gaudentes, die Frankreich mit Deutschland verhetzen möchten. Akzeptiert Rouvier die Einladung zur Konferenz, was ohne jede Beeinträchtigung für ihn und Frankreich möglich ist, so ist damit der schwierigste Teil der Marokkofrage überwunden.

Bülow

Nr. 6730

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 147 Berlin, den 24. Juni 1905

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelchem ich über die in Paris eingetretene ungünstige Wendung Meldung erstattet hatte, telegraphiert nachstehendes. Ich bemerke zu diesem allerhöchsten Telegramm, daß der Fürst von Monaco, welcher Seiner Majestät persönlich ergeben und dabei ein warmer Freund friedlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ist, zurzeit in Kiel weilt.

„Fürst von Monaco völlig überrascht und niedergeschmettert! Er hatte mir wenige Stunden vorher erzählt, Radolin hätte ihn tags zuvor an die Bahn gebracht und versichert, alles gehe gut nach Wunsch. Rouvier habe beim Fürsten am Tag vor Delcassés Sturz gegessen und sei dort von ihm und seinen Freunden überzeugt und bestärkt worden, Delcassé zu stürzen, was auch geschehen. Seitdem habe Rouvier den Fürsten fast täglich aufgesucht und jedesmal sich schärfer und schroffer über das Unerhörte des Benehmens und Vorgehens von Delcassé ausgesprochen. Der Präsident Loubet sei über die Mitteilungen über Delcassés Tun und Treiben dergestalt in völligstem Dunkel gewesen, daß bei der Information darüber und der daraus etwa resultierenden Perspektive derselbe völlig rat- und fassungslos gewesen sei. Delcassé sei ein unerhörter Gauner gewesen und habe, ohne daß die maßgebenden Kreise es geahnt oder erwartet hätten (er selbst auch nicht), Frankreich an den Rand des Verderbens gebracht. Das sei jetzt erkannt und darüber die Empörung groß. Er habe keineswegs das Land hinter sich gehabt noch jetzt bekommen. Rouviers augenblickliches Verhalten völlig unbegreiflich und im krassen Widerspruch zu allem, was er bisher dem Fürsten gesagt. London sei vielleicht dabei im Spiel. Fürst hat vor, an Rouvier sofort das Mitgeteilte zu schreiben. Wilhelm I. R.“

Wir stehen jetzt vor dem Wendepunkt der marokkanischen Frage. Unsere Hoffnung, daß dieser Wendepunkt schon mit dem Sturz von Delcassé eingetreten sei, hat sich nicht erfüllt, da Rouvier mit einer plötzlichen Volte-face, die zuerst in seiner Unterredung mit Ew. pp. vom 11. d. Mts.* erkennbar wurde, sich anschickt, das Delcassé-Programm durchzuführen. Wenn Frankreich die Konferenz ablehnt, hat Deutschland die Wahl, entweder stillzusitzen und zuzusehen, wie Frankreich den Sultan vergewaltigt, oder Frankreich zu erklären, daß wir uns verpflichtet halten, für den Sultan und den Status quo einzutreten bis zu dem Augenblick, wo eine Konferenz der Vertragsstaaten uns diese Verantwortung abnimmt. Mit der bisherigen deutschen Politik steht allein die zweite Alternative im Einklang. Es entsteht die weitere Frage, ob es besser ist, stillschweigend abzuwarten, bis die Ereignisse uns nötigen einzuschreiten, oder Herrn Rouvier schon jetzt anzudeuten, was Frankreich eventuell zu gewärtigen haben würde. Rouvier schien früher einer gütlichen Regelung der Marokkofrage den Vorzug zu geben. Neuerdings schlägt er Wege ein, welche eine solche in Frage stellen. Je eher wir ihm klar machen, welche Folgen die französische Ablehnung der Konferenz und die weitere französische Unterstützung des Prätendenten haben müßte, desto mehr vermindern wir die Gefahren der Lage. Es erscheint daher dringend wünschenswert, ohne Zeitverlust Herrn Rouvier zu orientieren. Jede weitere Verzögerung könnte ihn in den jetzigen Delcasséschen Bahnen befestigen und weiter treiben, womit der Sache des Friedens nicht gedient wäre. Ew. werden dort am besten imstande sein zu ermessen, ob Sie die obige Andeutung hinsichtlich der Folgen einer eventuellen französischen Konferenzablehnung dem Ministerpräsidenten direkt machen oder durch einen der bisher verwandten Vertrauensmänner übermitteln wollen. Um die öffentliche Meinung nicht vorzeitig zu alarmieren, empfiehlt es sich, die Presse noch nicht ins Vertrauen zu ziehen.

Bülow

Nr. 6731

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 Washington, den 24. Juni 1905

Präsident teilt mir soeben folgendes schriftlich mit:

„I hope to see you at nine Sunday evening. Meanwhile, pray communicate to His Majesty that in accordance with the suggestion

* Vgl. Nr. 6705.

I made to ambassador Jusserand in pursuance of the letter you sent me, the French Government informs me unofficially through the ambassador that it has ceased its opposition to a conference of the Powers on Morocco[1]. It seems as a matter of course that a programme of the conference would be needed in advance in accordance with the usual custom in such cases. I suggest that that be arranged between Germany and France.

Let me congratulate the Emperor most warmly on his diplomatic success in securing the assent of the French Government to the holding of this conference[2]. I had not believed that the Emperor would be able[3] to secure this assent and to bring about this conference, from which undoubtedly a peaceful solution of all the troubles will come. I need not say to you that I consider such peaceful solution as vitally necessary to the welfare of the world at this time, and in view of its having been secured by the Emperors success in obtaining this conference, I wish again to express my hearty congratulation. It is[4] a diplomatic triumph of the first magnitude. Faithfully Yours T. Roosevelt."

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung:
[1] !!!
[2] !!
[3] Not yet!
[4] would be!

Nr. 6732

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Ausfertigung

Berlin, den 25. Juni 1905

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich ehrfurchtsvollst ein soeben eingegangenes Telegramm von Sternburg*. Es geht daraus hervor, daß der schlaue Rouvier in Washington denselben Versuch unternommen hat, den er beim Fürsten von Monaco machte, nämlich glauben zu machen, daß Frankreich die marokkanische Konferenz so gut wie angenommen habe[1]. Diesen Punkt bei Roosevelt aufzuklären, wird nicht schwer sein. Ich habe mich darauf beschränkt, an Sternburg en clair die Stelle aus der französischen Note zu telegraphieren, welche lautet:

---

* Siehe Nr. 6731.

„Dans l'état actuel des choses, une réponse définitive à la question qui nous a été posée serait encore de notre part insuffisamment éclairée. Le Gouvernement de la République est vivement frappé de cette double considération que la conférence pourrait être dangereuse si elle n'est pas précédée d'une entente et inutile si elle la suit."

Das nennt Rouvier die Konferenz annehmen[2]. Übrigens behauptet die Pariser Presse, daß nicht Rouvier an dem rabulistischen „Exposé" schuld sei, sondern eine Kreatur von Delcassé namens Révoil. Delcassé ließ denselben zum Generalgouverneur von Algerien machen, Combes aber setzte ihn im April 1903 kurzerhand ab, weil er merkte, daß Révoil auf einen marokkanischen Krieg losging. Diesen Mann hat Rouvier merkwürdigerweise sich ausgesucht, um das marokkanische Exposé zu machen[3], und Révoil hat die Gelegenheit benutzt, seinen Freund Delcassé zu rehabilitieren, indem er dem in Kolonialsachen offenbar unerfahrenen Rouvier das Delcassé-Programm als Kuckucksei unterschob. Solange Rouvier sich von Révoil leiten läßt, ist die Lage dieselbe, als wenn Delcassé noch am Ruder wäre. Aber ich denke mir, daß Rouvier, der von Natur ein heller Kopf ist, allmählich ein Einsehen haben und Révoil wieder abschieben wird, wenn er merkt, daß dieser ihn mit dem Kopf gegen die Wand führt.

Ich nehme an, daß es Euerer Majestät Allerhöchsten Intentionen entsprechen dürfte, durch Sternburg dem Präsidenten Roosevelt zu danken. Eine Aufklärung des französischen Irrtums wird zwar kaum noch nötig sein, es wäre meines alleruntertänigsten Erachtens aber doch nützlich, daß Euere Majestät auf die Sache noch zurückkommen, vielleicht etwa wie folgt:

„Sagen Sie dem Präsidenten meinen herzlichen Dank. Frankreich hat zwar keineswegs schon angenommen, aber meine Dankbarkeit für die uneigennützigen Bemühungen des Präsidenten bleibt deshalb doch die gleiche. Die Schwierigkeit besteht eben, wie das der Präsident ja schon durch Sie erfahren hat, darin, daß die Franzosen den Sultan von Marokko gänzlich ignorieren, es nicht einmal der Mühe wert halten, auf seine Konferenzeinladung zu antworten, sondern anstatt dessen mit mir über die Zukunft von Marokko verhandeln wollen. Ich glaube, daß ich allerlei Vorteile erlangen könnte, wenn ich darauf einginge. Ich kann das aber nicht, denn ich habe dem Sultan erklärt, daß ich ihn als einen unabhängigen Souverän betrachte, und er hat darauf, meinem Worte vertrauend, die Anträge von Delcassé abgelehnt. Ich kann nun nicht den Sultan fallen lassen, weil Frankreich mir ein freundliches Gesicht macht. Würde Theodore Roosevelt, wenn er einem armen Nigger ein Versprechen gemacht hätte, sein Wort brechen? Ich glaube, in dem Punkte denken wir beide gleich und werden uns verstehen. Übrigens zweifle ich nicht, daß die Sache mit der Konferenz sich zurechtziehen wird. Die augenblicklichen Schwierig-

keiten kommen davon, daß Rouvier, der zwar die innere französische Politik genau kennt, aber in kolonialen Dingen gänzlich unerfahren ist, sich in seinen auswärtigen Anfängen den Anhängern von Delcassé hat anvertrauen müssen, und diese versuchten natürlich, das Programm Delcassé wieder zu Ehren zu bringen. Ein Freund von Rouvier, der Fürst von Monaco, welcher hier bei mir ist, zweifelt ebenfalls nicht daran, daß man sich mit Rouvier, sobald er in seiner neuen Stellung sich zurechtgefunden hat, wird verständigen können; aber wie gesagt, mich mit Frankreich über Marokko verständigen und den Sultan draußen lassen, das kann ich nicht, weil es gegen mein Wort wäre."

Die Meldung, welche auf Euerer Majestät Allerhöchsten Befehl der Gesandte von Tschirschky mir über seine Unterredung mit dem Fürsten von Monaco erstattet hat, war mir in hohem Grade wertvoll.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist ihm von London gerathen! Welches sich ärgert, daß wir mit Rooseveldt gut stehen und ihm die Friedensvermittelung zugeschanzt haben.
[2] !
[3] !

Nr. 6733

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Tschirschky, z. Z. in Kiel

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 53 Berlin, den 25. Juni 1905

Meines Erachtens wäre es nützlich, wenn dem Fürsten von Monaco auch mein gestriges Telegramm an Seine Majestät* mitgeteilt würde. Ich glaube, es ist von hohem Wert, wenn Seine Majestät geruhen wollen, entweder direkt oder durch Euer Hochwohlgeboren den Fürsten von Monaco über den wahren Stand der Marokkofrage und unsere Stellung zu derselben zu orientieren. Dadurch wird eine Gegenwirkung ausgeübt gegen blinde französisch-koloniale und gefährliche englische Einflüsse.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6729.

Nr. 6734

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 151 Berlin, den 25. Juni 1905
[abgegangen am 26. Juni]

Das deutsche Marokkoexposé* wird Ihnen morgen nachmittag mit Kurier zugehen. Ich bitte, das Exposé Herrn Rouvier persönlich zu übergeben und an der Hand der darin enthaltenen Ausführungen die Konferenzfrage nochmals ausführlich mit ihm zu erörtern. Dabei würden etwa nachstehende Gesichtspunkte verwertet werden können.

Der Hauptgrund, weswegen wir uns vor Annahme der Konferenzeinladung durch Frankreich nicht auf einen Meinungsaustausch, mit anderen Worten auf Abmachungen über alle Einzelfragen sowie über deren Lösung einlassen wollen, ist der, daß wir den Sultan weder für einen guten Preis verkaufen noch auch sonst gegen seinen Willen in seiner Unabhängigkeit beeinträchtigen lassen können, nachdem dieser soeben, auf unsere Zusicherungen bauend, die französischen Reformanträge abgelehnt hat. Nach der Annahme der Konferenz steht die Sache insofern anders, als dann eine Beschränkung der Hoheitsrechte des Sultans zugunsten der notwendigen Reformen nur mit Zustimmung des Sultans wie der übrigen Signatarmächte erfolgen kann. Wir sind daher nach wie vor der Ansicht, daß den beiderseitigen Standpunkten am besten Rechnung getragen wird, wenn nunmehr die französische Regierung die Konferenzeinladung annimmt.

In diesem Falle wären wir bereit, alsbald eine Verständigung mit Frankreich auf der früher angedeuteten Grundlage herbeizuführen. Diese Verständigung würde in der Weise erfolgen können, daß wir uns mit Frankreich über die Ratschläge einigen, die unsere beiderseitigen Vertreter dem Sultan für die Einzelvorschläge des Programms zu erteilen hätten. Sache des Sultans würde es dann sein, das vervollständigte Programm den Signatarmächten vor dem Zusammentritte der Konferenz mitzuteilen. Dies würde selbstverständlich nicht ausschließen, daß die Signatarmächte auch ihrerseits der Konferenz Vorschläge unterbreiten.

Sollte die französische Regierung die Einladung vor Feststellung des Programms nicht annehmen wollen, so würde vielleicht noch der

---

* Es ist veröffentlicht in dem deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko 1906", Nr. 21.

Ausweg möglich sein, daß das Programm von unseren beiderseitigen Vertretern in Fes in Gemeinschaft mit Vertretern des Sultans ausgearbeitet würde. Ich würde einen solchen Ausweg an sich für annehmbar halten, weil damit unser wichtigstes Bedenken, nämlich die Vergewaltigung des Sultans, in Wegfall käme. Zu erwägen bleibt allerdings, daß sich die Verhandlungen in Fes schwierig gestalten könnten, und daß inzwischen die Spannung, die wegen der Ungewißheit über das Zustandekommen der Konferenz eingetreten ist, ungelöst bliebe. Falls Euere pp. den Eindruck gewinnen, daß die französische Regierung an ihrem bisherigen Standpunkte unter allen Umständen festhalten will, gebe ich Ihnen anheim, Herrn Rouvier diesen Ausweg anzudeuten und ihm die Stellung eines entsprechenden Vorschlags nahezulegen.

Sollte die französische Regierung die Einladung endgültig ablehnen und dadurch die Konferenz zum Scheitern bringen, so würde die Folge sein, daß der jetzige vertragsmäßige Zustand unverändert aufrecht erhalten bliebe. Wir würden alsdann wegen des marokkanischen Delcassé-Programms keinen Angriffskrieg führen, aber wir würden genötigt sein, die aussichtslosen Verhandlungen mit Frankreich ruhen zu lassen, da wir uns insbesondere von der Fortsetzung schriftlicher Erörterungen schlechterdings keinen Erfolg mehr versprechen. Auch würden es weder unsere vertragsmäßigen Rechte, noch unsere Interessen, noch unsere Würde gestatten, daß wir den Sultan der französischen Politik preisgeben. Wir würden daher Angriffe gegen ihn oder eine Unterstützung des Prätendenten durch die französische Regierung nicht ruhig hinnehmen können, sondern dem Sultan alsdann unsere Unterstützung gewähren müssen; von dieser Sachlage würden wir ihn in Kenntnis setzen. Damit wäre allerdings eine Lage geschaffen, aus welcher sich namentlich im Hinblick auf den marokkanischen Aufstand bedenkliche Komplikationen ergeben könnten.

Ganz vertraulich und lediglich zur persönlichen Information bitte ich Herrn Rouvier folgendes mitzuteilen: Seitens der marokkanischen Regierung seien uns bereits Anerbietungen gemacht worden, die uns in Marokko eine Vormachtstellung sichern würden*. Wir seien auf alle diese Anerbietungen bisher nicht eingegangen und würden auch an diesem Standpunkte festhalten, solange wir auf eine Verständigung mit Frankreich rechnen könnten. Dagegen müßten wir selbstverständlich freie Hand für den Fall behalten, daß in Ermangelung einer solchen Verständigung unsere Rechte und Interessen in Marokko gefährdet erschienen.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 6714.

Nr. 6735

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 248 Paris, den 25. Juni 1905

Bitte dringend, mir die amtliche Antwort auf französische Note erst zuzustellen, nachdem ich morgen nachmittag Rouvier gesehen und seine mir in Aussicht gestellten Erklärungen Euerer Durchlaucht mitgeteilt haben werde, eventuell mich zu autorisieren, mit der Übergabe bis dahin zu warten. Ich habe Grund anzunehmen, daß die Erklärungen so befriedigend sein werden, daß sie die abzugebende Antwort modifizieren könnten. Ich habe Jean Dupuy soeben eingehend gesprochen, der vollständig auf unserem Standpunkt steht und Rouvier von der Richtigkeit derselben überzeugt zu haben glaubt.

Radolin

Nr. 6736

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 153 Berlin, den 26. Juni 1905

Ew. Telegramm 248* war mir erfreulich. Ich kann nur hoffen, daß die von Ew. ausgesprochenen Erwartungen sich verwirklichen. Unsere Antwort auf das französische Exposé, welche Ew. heute nachmittag erhalten, ist durchweg ruhig und versöhnlich gehalten. Sie ist bestimmt, unseren Standpunkt nicht nur gegenüber der französischen Regierung, sondern auch vor der amtlichen und nichtamtlichen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Da die französische Regierung ihr Exposé bereits an Dritte mitgeteilt hat, würden wir uns im Lichte stehen, wenn wir unsere Rechtfertigung verheimlichten. Ew. wollen daher unser Antwortexposé ohne Bedenken Herrn Rouvier übergeben. Inwieweit Sie die mit Telegramm 151** gegebenen Erläuterungen als der von Ihnen angedeuteten Lage entsprechend und daher noch verwendbar erachten wollen, überlasse ich vertrauensvoll Ihrem Ermessen.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6735.
** Siehe Nr. 6734.

Nr. 6737

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 132 Madrid, den 25. Juni 1905

Dem Ministerpräsidenten habe ich in eingehender Unterredung unsere Stellung zur Marokkofrage der hohen Weisung gemäß * dargelegt, ihm darüber keinen Zweifel gelassen, daß unsere eventuelle Unterstützung spanischer Wünsche von der aufrichtigen und korrekten Haltung der spanischen Politik uns gegenüber abhänge. Herr Montero Rios war sehr dankbar für die Aussprache, erklärte, daß er die guten Beziehungen zu Deutschland von vornherein zu einem Hauptpunkt seines Programms gemacht habe. In Marokkofrage finde er die Abmachung mit Frankreich als fait accompli vor, aber darüber hinaus halte er Spanien zu nichts verpflichtet, wolle vielmehr das Recht wahren, nur nach Maßgabe der eigenen Interessen weiter zu handeln. Die Politik des Herrn Delcassé tadelte er scharf, „il a agi comme un mauvais français." Der Ministerpräsident will die gegenwärtige Lage der Marokkofrage genauer studieren, wozu ihm bisher die Zeit gefehlt habe. Unseren Standpunkt erkenne er jedenfalls als durchaus berechtigt an. Für die Person Seiner Majestät des Kaisers sprach er warme Bewunderung und seine Freude über die Ergebnisse der allerhöchsten Reise nach Tanger aus.

Der neue Staatsminister empfängt erst von morgen ab, da er sich zuvor in das ihm ganz neue Ressort etwas habe einarbeiten müssen. Er wird wohl in allem der Inspiration durch Montero Rios folgen.

Radowitz

Nr. 6738

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Washington, den 25. Juni 1905

Noch ehe ich Präsident gesehen habe, erhalte ich eben von ihm folgendes Schreiben von heute: „My dear Mr. Ambassador. I have received from Mr. Jusserand the following extract from a telegram sent to him by Mr. Rouvier: ‚You reported to me your conversation with President Roosevelt who asked you to inform us that according

* Vgl. Nr. 6721.

to his views much prudence should be used in present circumstances and that we ought to consider the idea of a conference as a concession we might make. Be so good as to tell the President that his reflections and advices have received from us due consideration and have caused us to take the resolution we have just adopted. We had first thought that, in order to remove the erroneous impressions held about our action in Morocco, it would be enough to show that it threatens no interests whatsoever. But now we have gone further and have[1] declared that we are ready to accept a conference in spite of the serious reasons we had to entertain objections against such a project.'

I shall ask Mr. Ambassador that in forwarding this information to His Majesty you explain that it is of course confidential.

I need hardly tell you how glad I was to secure this information from the French Envoy. As you know, I was at first extremely reluctant to do anything in the matter which might savour of officious interference on my part; and I finally determined to present the case to the French Government only because I wished to do anything, I properly could do which the Emperor asked and of course also because I felt the extreme importance of doing everything possible to maintain the peace of the world. As you know I made up my mind to speak to France rather than to England because it seemed to me that it would be useless to speak to England; for I felt that if a war were to break out, whatever might happen to France, England would profit immensely while Germany would lose her Colonies and perhaps her fleet[2]. Such being the case I did not feel that anything I might say would carry any weight with England and instead I made a very earnest request of France that she should do as the Emperor desired and agree to hold the conference. The French Government have now done just what at His Majesty's request I urged should be done. Now in turn I most earnestly and with all respect urge that His Majesty show himself satisfied and accept this yielding to his wishes by France[3]. I trust that the Emperor understands that I would not for any consideration advise him to do anything that would be against the interest or the honour either of himself or of his people any more than I would counsel such an action as regards my own country; and I say conscientiously that I am advising just the conduct that I would myself take under like circumstances; and I venture to give the advice at all only because, as I took the action, I did on the Emperor's request; it seems but right that in reporting the effect of this action I should give my own views thereon. I say with all possible emphasis that I regard this yielding by France, this concession by her which she had said she could not make and which she now has made, as representing genuine triumph for the Emperor's diplomacy, so that if the result is now accepted, it will be not merely honourable for Germany but a triumph. You know that I am not merely a sin-

cere admirer and well-wisher of Germany but also of His Majesty, I feel that he stands as the leader among the sovereigns of to-day who have their face set toward the future and that it is not only of the utmost importance for his own people but of the utmost importance for all mankind that his power and leadership for good should be unimpaired. I feel that now having obtained what he asks, it would be most unfortunate even to seem to raise questions about minor details, for if under such circumstances the dreadful calamity of war should happen, I fear that his high and honourable fame might be clouded. He has won a great triumph; he has obtained what his opponents in England and France said he never would obtain and what I myself did not believe he could obtain. The result is a striking tribute to him personally no less than to his nation and I earnestly hope that he can see his way clear to accept it as the triumph it is. With high regard, sincerely yours Th. Roosevelt."

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat der Entzifferung:
[1] No they have not!
[2] France must pay them
[3] not yet!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Not yet! a little bit „previous" this letter!!

Nr. 6739

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 154 Berlin, den 26. Juni 1905

Die in Ew. Telegramm Nr. 130* wiedergegebene Mitteilung des Präsidenten gibt mir den Schlüssel zu einem Telegramm, welches ich heute nacht vom Fürsten Radolin erhielt**. Dasselbe meldet eine günstige Wendung in der Haltung der französischen Regierung, ohne jedoch Details zu geben. Wenn Frankreich die Konferenz wirklich angenommen hat, ist damit die bedenkliche Phase der Marokkofrage überwunden. Diese war dadurch entstanden, daß Frankreich zuerst die Vertragsstaaten außer England und Spanien gänzlich unberücksichtigt ließ und dann später mit Deutschland in Sonderverhandlungen eintreten wollte, zu denen wir nach allem, was inzwischen geschehen war, ohne Mandat der übrigen Unterzeichner des Madrider Vertrags

---

* Siehe Nr. 6738.
** Siehe Nr. 6735.

in keiner Weise legitimiert waren. Durch die Annahme der Konferenz kehrt Frankreich auf den vertragsmäßigen Boden zurück. Damit ist die Kriegsgefahr beseitigt. Denn die Beschlüsse der Konferenz, gleichviel wie sie ausfallen, können für Deutschland kein Kriegsfall werden, weil die Verantwortung, welche wir als Vertragsmacht während des durch die Delcassé-Politik geschaffenen vertragswidrigen Zustandes gegenüber dem Sultan übernommen hatten, mit dem Zusammentritt der Konferenz sich auf die Gesamtheit der Vertragsstaaten verteilt. Wir sehen bei der Konferenz keine besonderen Schwierigkeiten voraus. Jedenfalls gehen wir zur Konferenz mit der Absicht, uns entgegenkommend zu zeigen. Daß angesichts der vom Präsidenten so richtig resümierten internationalen Lage ein Krieg für uns ebensowenig etwas Verführerisches gehabt haben würde wie für Frankreich, bedarf keiner Erörterung. Daß Präsident Roosevelt dazu beigetragen hat, uns einen solchen Krieg zu ersparen, dafür werden Deutschlands Kaiser und Deutschlands Volk, beide gleich friedlich gesinnt, ihm dauernd dankbar bleiben.

Bülow

Nr. 6740

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Konzept

Berlin, den 26. Juni 1905

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich gestern den französischen Botschafter, Herrn Bihourd, habe zu mir bitten lassen, um ihm die anliegende, ganz sachlich gehaltene Antwort auf das jüngste französische Exposé über die Marokkofrage* zu übergeben. Ich benutzte die Überreichung dieses Schriftstücks, um Herrn Bihourd zur Beleuchtung unseres Standpunkts und in Erläuterung unserer schriftlichen Erwiderung etwa nachstehendes zu sagen:

„Lorsque j'ai eu le plaisir de vous voir vendredi, j'avais seulement parcouru à la hâte votre exposé marocain. Depuis, je l'ai lu attentivement, et je suis arrivé à la conclusion que le spécialiste colonial, à qui M. Rouvier a confié la rédaction de ce document, ne tient malheureusement pas à arriver à une entente. Il ne tient qu'à une chose, il voudrait réhabiliter le programme Delcassé aux yeux de la France et du monde entier. Ce programme reposait sur deux principes fondamentaux: écarter l'Allemagne et ignorer le Sultan du

* Vgl. Nr. 6734, Fußnote.

Maroc. Grâce à ce procédé M. Delcassé espérait pouvoir arriver à traiter le Maroc comme res nullius.

Lorsque M. Delcassé a vu que l'Allemagne ne se laisse pas écarter, il s'est retiré, mais la partie de son programme relative au Sultan et au Maroc survit dans la pièce que vous m'avez remise. Car celle-ci ignore l'existence du Sultan, et en nous proposant de nous arranger avec la France quant au Maroc sans le concours du Sultan, elle traite le Maroc comme res nullius. Ces deux points cardinaux de l'exposé justifient la croyance que j'ai et que je veux conserver c'est que M. Rouvier avait, comme de raison, abandonné la rédaction de l'exposé colonial à quelque spécialiste colonial dont il n'aura pas voulu dès le principe contrecarrer les vues. Mais je compte maintenant sur les bons offices de M. Rouvier lui-même pour aplanir les difficultés. Car M. Rouvier est parfaitement renseigné sur la situation où nous nous trouvons. Nous lui avons dit qu'afin de pouvoir réagir contre les plans que M. Delcassé préparait à notre détriment, nous avions dû assumer vis à vis du Sultan certaines obligations dont il convient de tenir compte, si on veut réellement s'entendre avec nous. L'auteur de l'exposé a fait tout le contraire. Il voudrait nous amener à reconnaître par le fait que le Sultan ne saurait réclamer aucun des égards dus à un souverain, et qu'on n'a en aucune façon besoin de lui lorsqu'il s'agit de régler les affaires du Maroc. Or, M. Rouvier sait parfaitement que l'Allemagne a déclaré tout récemment qu'elle considère le Sultan comme un souverain indépendant et qu'elle le traitera comme tel. Il en résulte que nous ne saurions, seuls avec la France, aborder la question formelle des réformes marocaines pendant que la France oppose une fin de non-recevoir à l'invitation que le Sultan lui a adressée en vue de faire discuter cette même question. Tant que la France n'aura pas au moins répondu au Sultan qu'elle est prête à discuter avec lui, elle laisse supposer qu'elle veut de parti pris ignorer jusqu'à son existence, et nous aurions l'air d'adopter la même manière de voir, si nous voulions en ces circonstances discuter avec elle les affaires du Maroc.

Voilà pour le côté formel. Il est clair. Quant au côté matériel, il est également fort simple. La France voudrait être seule chargée des réformes. C'est à dire qu'elle voudrait absorber le Maroc. Il y a un an, nous étions libres de tout engagement. Aujourd'hui nous ne sommes pas en mesure de pouvoir admettre l'absorption sans phrases. Afin d'enlever aux réformes le caractère absorbant, nous devons exiger qu'elles aient un caractère en quelque sorte international. On voudrait nous faire comprendre qu'il est inutile pour la France d'aller à la Conférence si elle n'obtient pas immédiatement tout ce qu'elle désire. Ceux qui disent cela sont comme les enfants; pour les enfants il n'y a pas de demain, il faut tout avoir tout de suite.

Nous demandons qu'on fasse un essai loyal de l'application des

réformes internationales. Réussira-t-il, cet essai? En Turquie les réformes ne réussissent pas, et il y a beaucoup d'hommes compétents qui croient qu'au Maroc, avec un peuple sauvage, elles réussiront encore moins. Si ces réformes, au lieu d'amener une amélioration, amenaient de nouvelles crises par suite du contact de la civilisation avec la barbarie, on se trouverait en présence d'une situation nouvelle, non prévue par les engagements antérieurs. Donc l'avenir est libre. Dans cet avenir qui n'est peut-être pas si éloigné, nous pourrions redevenir opportunistes. Mais aujourd'hui nous sommes tenus. Comme c'est là une conséquence de la politique marocaine de M. Delcassé, il n'est que juste que le successeur de M. Delcassé nous aide à sortir d'une situation dont l'Allemagne n'est pas responsable.

L'exposé que vous m'avez remis vendredi et qui n'est en réalité qu'un acte de piété pour la mémoire de M. Delcassé, fait précisément le contraire. Il persiste à vouloir ignorer que nous avons dû prendre des engagements qui nous empêchent aujourd'hui de faire certaines concessions. Pour ce qui concerne la France, on ne lui connaît aucune entrave de ce genre. La France est libre de faire tout ce qui lui paraîtrait opportun en vue des intérêts de l'avenir. Quant à cet avenir, je l'ai dit et je le répète, nous sommes on ne peut plus disposés à aider la France dans le soin de le conserver intact.

La différence entre la France et nous est celle-ci: La France peut dès aujourd'hui agir en opportuniste, tandis que nous ne le pouvons pas, mais nous le pourrons peut-être à un moment donné que je soupçonne de ne pas être trop éloigné. La seule question réellement en litige entre nous et la France est donc la question de temps, la question du moment opportun. Il me semble qu'elle ne vaut pas une guerre. Cependant je ne me cache pas, je vous ai déjà dit vendredi, que nous ne serons pas à l'abri de complications inattendues tant que durera la grève diplomatique qui est la conséquence inévitable de la résurrection du programme Delcassé. Je me permets d'ajouter que les embarras à créer au Sultan par les encouragements accordés au prétendant formaient notoirement partie de ce programme. L'état actuel des choses sur la frontière algérienne est gros de complications possibles. La tendance du Sultan de lier son sort au notre et de se mettre sous notre protection, suite naturelle de l'inquiétude provoquée par les procédés du Gouvernement français, est également très propre à tendre davantage nos relations avec la France. Il n'est que temps de sortir d'une situation incertaine et périlleuse pour entrer dans la voie qui mène à l'apaisement, à la conciliation et à la paix."

Herr Bihourd versprach mir, meine Ausführungen seiner Regierung ohne Zeitverlust zu übermitteln.

Bülow

Nr. 6741

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 252 Paris, den 26. Juni 1905
[aufgegeben am 27. Juni]

Jean Dupuy, der mich eben verläßt, hofft, daß der morgige Ministerrat Rouvier ermächtigen wird, die Konferenzeinladung anzunehmen. Er macht mich vertraulich darauf aufmerksam, daß England mit allen Mitteln und mit wahrer Wut arbeitet, um es zu verhindern und Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erzeugen. Dupuy, der bereits die an Bihourd von Euerer Durchlaucht gegebene Antwort auf das französische Exposé kannte, atmete auf, weil seine Befürchtung einer schroffen Antwort nicht eingetroffen ist, was die weitere friedliche Entwickelung erleichtert.

Ich werde Rouvier erst morgen nachmittag besuchen und ihm unsere Antwort überreichen. Er war heute verhindert wegen Interpellation in der Kammer, mich zu empfangen.

Ich darf gehorsamst bitten, die von mir heute gemeldeten intimen Äußerungen Dupuys streng vertraulich zu behandeln.

Radolin

Nr. 6742

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Washington, den 26. Juni 1905

Nachdem Präsident in Unterredung Inhalt von dortseitigem Telegramm Nr. 152* von gestern wiederholt hatte, sagte er mir:

„Ich würde es für politisch richtig halten, wenn Deutschland die seitens Frankreichs angebotene[1] Konferenz sofort annimmt und als einen bedeutenden diplomatischen Triumph bezeichnet. Rouvier sagt mir klar, daß er bereit sei, Konferenz anzunehmen. Sobald Deutschland bereit ist, unter den jetzigen Verhältnissen einzutreten, werde ich England mitteilen, daß ich Konferenz angenommen habe, und England veranlassen, dasselbe zu tun; die übrigen Mächte werden

* Telegramm Nr. 152 vom 25. Juni hatte das französische Marokkoexposé vom 21. Juni und die deutsche Antwort vom 24. Juni nach Washington übermittelt.

folgen. Deutschland kann dann Frankreich mit Bezug auf das Programm mitteilen, daß es die Integrität Marokkos, die Aufrechterhaltung seiner Regierung, Offene Tür, Gleichberechtigung aller Fremden, Fernhaltung von Einmischung in innere und äußere Angelegenheiten des Reichs und in Armeefragen verlangt[2]. Nur in der Reformfrage muß ich mich fernhalten und diese europäischen Mächten überlassen, da meine Einmischung hier scharf verurteilt werden würde."

Präsident wird heute französischen Botschafter sehen, mit ihm Inhalt von Telegramm Nr. 152 und 153 von gestern besprechen und mir dann Antwort geben. Am Schluß bemerkte der Präsident: „The great thing is that we bring the conference together[3], the settling of the details are of secondary importance, handle the question on broad lines." Präsident begibt sich heute abend nach Boston und wird Rest des Sommers auf Landsitz bei New York verbringen.

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist nicht geschehen
[2] gut
[3] yes

Nr. 6743

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Washington, den 27. Juni 1905

Präsident teilt mir mit Bezug auf seine Unterredung mit französischem Botschafter folgendes mit:

„Auf Grund Ihres Memorandums habe ich Herrn Jusserand gesagt, daß ich Bedingungen, welche seine Regierung mit Bezug auf ihre Teilnahme an Konferenz stellt, für unklug halte. Nach einem sehr eindringlichen Gespräch habe ich französischen Botschafter veranlaßt, folgendes nach Paris zu telegraphieren:

‚Let France and Germany go into the conference without any programme or agreement; but to discuss all questions in regard to Morocco; save of course where either is in honor bound by a previous agreement with another power. Their prove* is . . .** may be private.' "

Hierauf ersuchte mich der Präsident, ihm mitzuteilen, ob er Seiner Majestät dem Kaiser mit Bezug auf Zusammenberufung der Konferenz von Nutzen sein könne. Ich bleibe in telegraphischer Verbindung mit ihm. Dem englischen Botschafter hat er heute gesagt,

---

* sic!
** Zifferngruppe unverständlich.

daß er bestimmt hoffe, England werde seine Bedenken gegen die Konferenz fallen lassen.

Ich nahm Gelegenheit, den Präsidenten auf Potentia und andere Hetzversuche nochmals aufmerksam zu machen, und bat, seine Anwesenheit auf Harvarduniversität als Gelegenheit zu benutzen, um über deutsch-amerikanische Beziehungen etwas zu sagen. Er antwortete, daß er das Germanische Museum besuchen und von dort ein Glückwunschtelegramm an den Deutschen Kaiser absenden werde. Das Telegramm, welches er mich ersuchte mit ihm zu entwerfen, erkennt die großen Verdienste Seiner Majestät des Kaisers und des deutschen Volkes Amerika gegenüber an und weist auf die notwendigen guten Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern hin. Ohne Zweifel ist es das beste Mittel, um die englischen Wühlereien hier schadlos zu machen. Präsident hat mich ersucht, vor meiner Abreise nach Deutschland behufs eingehender Besprechung der Lage ihn auf seinem Landsitze zu besuchen.

Sternburg

Nr. 6744

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 155 Berlin, den 27. Juni 1905

Aus Ew. Telegrammen Nr. 130*, 131** und 133*** ersehe ich, daß unsere Ansichten über eine friedliche Erledigung der Marokkofrage mit derjenigen des Präsidenten Roosevelt übereinstimmen. Diese Übereinstimmung erleichtert wesentlich die fernere Behandlung der Frage. Denn wenn nach erfolgter Annahme der Konferenz durch Frankreich wir mit den Franzosen verhandeln und dabei Meinungsverschiedenheiten hervortreten sollten, werde ich allemal bereit sein, bei Seiner Majestät dem Kaiser diejenige Entscheidung zu befürworten, welche Präsident Roosevelt als praktisch und fair empfehlen wird. Dies wollen Ew. ebenso wie den übrigen Inhalt dieses Telegramms zur Kenntnis des Präsidenten bringen. Ich bin mir bewußt, hiermit eine für einen leitenden Minister ungewöhnliche und sehr weitgehende Erklärung abzugeben, aber ich weiß, wem ich sie gebe. Der Präsident soll hierdurch die Gewißheit bekommen, daß die Unterstützung, welche er uns

---

* Siehe Nr. 6738.
** Siehe Nr. 6742.
*** Siehe Nr. 6743.

gewährt, auch wirklich der Sache des Friedens und damit den Interessen unserer beiden Völker dient.

Die entgegengesetzte Tätigkeit derjenigen Gruppe, auf deren Treiben Ew. seit sechs Monaten die Aufmerksamkeit des Präsidenten zu lenken hatten, dauert inzwischen in Paris ungeschwächt fort. Einerseits ist es der auswärtige und koloniale Anhang von Delcassé, welcher diesen wieder hochbringen möchte, indem er Delcassés Programm dem in kolonialen Dingen unerfahrenen Herrn Rouvier aufzudrängen versucht, andererseits aber und hauptsächlich ist es England, welches, wie Fürst Radolin von Freunden Rouviers streng vertraulich erfahren hat, „mit allen Mitteln und einer wahren Wut" arbeitet, um die Konferenz zu verhindern und Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu säen. Indessen hofft Fürst Radolin neuerdings, daß Herr Rouvier sich von dem heute stattfindenden Ministerrat ermächtigen lassen wird, die Konferenzeinladung anzunehmen. Unter diesen Umständen werde ich heute den hochbedeutsamen Brief des Präsidenten, welcher durch Ew. Telegramm Nr. 130 übermittelt wurde, ebenso wie Ew. Telegramme 131 und 133 Seiner Majestät übersenden. Ich unterließ das bisher im Interesse der Sache, weil ich Seine Majestät genug kenne, um vorher zu wissen, daß die falschen Vorspiegelungen, welche die französische Diplomatie hinsichtlich der Bereitwilligkeit Frankreichs zur Annahme der Konferenzeinladung dem Präsidenten gemacht hat, den Kaiser irritieren und weniger geneigt zu einem Entgegenkommen stimmen würden. Jetzt aber schicke ich die Sachen, weil ich Seiner Majestät mit gutem Gewissen sagen kann, daß ich nun endlich selber die Hoffnung auf einen guten Ausgang hege. Denn einerseits ist die Hetztätigkeit der englischen Diplomatie und Presse durch das energische Eingreifen des Präsidenten Roosevelt wohl so ziemlich neutralisiert worden, während andererseits Rouvier durch politische Freunde auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden ist, welche ein längeres Gewährenlassen der Anhänger von Delcassé nicht nur für Frankreich, sondern auch für die persönliche Stellung des Ministerpräsidenten nach sich ziehen würde. Ich erwarte deshalb, daß der elektrische Draht innerhalb der nächsten 48 Stunden nach Berlin und Washington die französische Konferenzannahme melden wird. Sobald das geschieht, sobald die positive Annahme der Einladung durch Frankreich Tatsache ist, können Ew. Ihre diplomatische Aufgabe für die nächste Zeit als befriedigend erledigt ansehen und Ihren Urlaub jeden Tag antreten. Zu meinem Teile sage ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank für das patriotische Opfer, was Sie durch Ausharren in dem heißen Washington gebracht haben*.

Bülow

---

* Der Schlußsatz wird verständlich, wenn man weiß, daß Freiherr von Sternburg an einer schweren Krankheit litt, der er nach einigen Jahren (23. August 1908) erlag.

Nr. 6745

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 496 Paris, den 26. Juni 1905

M. Jean Dupuy hat nach eingehender ernster Unterredung mit seinem intimen Freunde Rouvier die Überzeugung gewonnen, daß dem Konseilpräsidenten nichts ferner liegt, als in die Delcassésche Politik sich hineindrängen zu lassen. Er ist sich völlig bewußt der verderblichen Folgen, die das haben müßte. (Dupuy deduzierte mir gegenüber, nachdem er Herrn Rouvier in diesem Sinne gesprochen hatte, genau dasselbe, ohne es zu kennen, was Euere Durchlaucht mir in dem hohen Erlaß Nr. 1036 vom 23. Juni * und dem Telegramm Nr. 151 vom 25. Juni ** sagen, ein Zeichen, daß nur e i n e Auffassung und e i n e Interpretation über die Gefahr und Folgen der Delcasséschen Politik überhaupt möglich sei.) Rouvier denkt genau jetzt noch so wie vor sechs Wochen. Er will unter allen Umständen eine dauernde Verständigung mit Deutschland, die er als den wichtigsten Punkt seiner Politik betrachtet; bestreitet, sich irgendwie in den Schlingen der englischen Politik fangen zu lassen, der er stets das größte Mißtrauen entgegenbringt. Diese kategorischen Erklärungen Rouviers werden mir von ganz anderer zuverlässiger Seite e b e n f a l l s bestätigt, und zwar durch einen Vertrauensmann Rouviers, den Betzold gesprochen.

Herr Rouvier hat — wie Dupuy mir weiter streng vertraulich mitteilt — mit seltener Naivität, aber ohne alle mauvaise foi und infolge der Unkenntnis der diplomatischen Finessen der Büros des Auswärtigen Ministeriums blindlings geglaubt, daß eine Note, die im Auswärtigen Ministerium verfaßt und ihm von letzterem vorgelegt sei, mit dem stimmen müsse, was er, der Minister, sagen wolle. Er hat in dem Wust von pomphaften protokollarischen Phrasen übersehen, daß man seiner Intention nicht entsprochen und namentlich den von ihm gehegten Wunsch, auf unsere Propositionen einzugehen, nur sehr verklausuliert wiedergegeben hat.

Herr Rouvier stand unter dem Eindruck, ein Meisterwerk der diplomatischen Kunst vor sich zu haben, und hat nicht einen Moment den Argwohn gehabt, daß man ihn durch diese Note in große Verlegenheit bringen wollte oder gebracht hätte. Erst als Herr Dupuy ihm auseinandergesetzt, daß das Machwerk nichts weiter als ein nichtssagendes, phrasenreiches, hohles Blendwerk sei, welches den einen Punkt, auf den

---

* Siehe Nr. 6726.
** Siehe Nr. 6734.

es ankomme, falsch wiedergebe und nicht genügend klarlege, seien ihm die Schuppen von den Augen gefallen. Rouvier, dessen ehrliche Absichten, aber auch dessen Schwächen (auf die ich seinerzeit schon aufmerksam gemacht habe) heute zutage treten, möchte nun die Note ungeschehen machen und hofft mit Dupuy, daß er die amtliche Erwiderung aus Berlin, die natürlich sehr schroff ausfallen müßte, erst erhalten würde, nachdem er mit mir heute nachmittag gesprochen haben würde, in der Hoffnung, daß sich die zu erwartende Antwort modifizieren lassen könnte. Er beabsichtigt, wie mir Dupuy versichert, mir eine neue Erklärung zu geben, die uns vollauf befriedigen würde und sein Einlenken in die gewünschten Bahnen ermöglicht, ohne ihn vor seinen Gegnern so bloßzustellen, daß er fallen müßte. Er hofft, daß Euere Durchlaucht ihm diesen Weg erleichtern werden, ohne sonst von dem Programm der Kaiserlichen Regierung abzuweichen. Es handle sich nur darum, ein Wort, eine Phrase zu finden, um den Schluß der Note zu umschreiben (d. h. den Sinn zu ändern), die dann für uns und auch für die französische öffentliche Meinung befriedigend wäre. Rouvier würde mir den Entwurf dieser neuen Fassung mitteilen, mit der Bitte, denselben Euerer Durchlaucht als Vorschlag zu unterbreiten.

Herr Dupuy bemerkte mir bezüglich der Note, es sei doch auffällig, daß in derselben nichts von meinen streng vertraulichen Mitteilungen an Rouvier (im Sinne des hohen Erlasses Nr. 127 vom 12. d. Mts.*) enthalten sei, die doch im wesentlichen, wenn auch unoffiziell, dem französischen Wunsch vor der Annahme der Konferenz über die Tragweite und Ziele derselben informiert zu werden, Rechnung trägt. Sogar eine Andeutung hierüber würde genügt haben, die Franzosen zu beruhigen. Tatsache soll sein, meint Dupuy, daß der Redakteur der Note von meiner vertraulichen Mitteilung am 12. nicht ein Wort erfahren und dieselbe daher auch nicht verwertet hat. Als Dupuy Herrn Rouvier über diesen Punkt interpellierte, hätte ihm Rouvier geantwortet, die Mitteilung des deutschen Botschafters sei eine so streng vertrauliche gewesen, daß er nicht geglaubt habe, dieselbe irgendwie verwerten zu dürfen.

Zum Schlusse möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß ich von Vertrauensmännern Rouviers mit Bestimmtheit erfahre, daß Etienne, wenn auch ein Hauptführer der Kolonialpartei, Herrn Delcassé persönlich sowie seiner Politik geradezu feindlich gegenübersteht und wesentlich dazu beigetragen hat, den Minister zu stürzen.

Radolin

---

* Siehe Nr. 6706.

Nr. 6746

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253 Paris, den 27. Juni 1905

[abgegangen am 28. Juni]

Ich habe heute dem Ministerpräsidenten Rouvier die Note Euerer Durchlaucht* übergeben. Der Minister dankte für dieselbe und behielt sich vor, mir sobald als möglich eine Antwort zu geben. In einer sich anschließenden vertraulichen Unterhaltung, die fast zwei Stunden dauerte, bemerkte der Minister von neuem, ob Euere Durchlaucht ihm die gewünschte Annahme der Einladung zur Konferenz nicht dadurch erleichtern könnten, daß in irgendeiner Weise dem französischen Ansinnen wegen Feststellung des Reformprogramms[1] Rechnung getragen würde; wiewohl ich immer wieder unter ausführlicher Darlegung der Gründe mit der größten Entschiedenheit erklärte, daß wir von unserem ihm zur Genüge bekannten Standpunkte nicht abweichen könnten: „erst Annahme, dann Verhandlung", trat Rouvier unentwegt mit der Bitte an mich heran, Euerer Durchlaucht die Schwierigkeit seiner Lage vor der öffentlichen Meinung darzulegen. Er würde einen nicht zu überwindenden Echec erleiden, wenn er eingestehen müßte, daß er auf Drängen Deutschlands bedingungslos[2] die Konferenz angenommen habe. Er würde es einfach nicht durchsetzen können und darüber fallen.

Er hätte aus Diskretion meine vertrauliche Mitteilung (nach Telegramm Nr. 127 vom 12. Juni**) nicht einmal andeutungsweise erwähnt. Hätte er sie verwerten dürfen, würde es seine Stellung erleichtert haben.

Rouvier bat mich vertraulich, der Erwägung Euerer Durchlaucht anheimzugeben, ob etwa folgende Erklärung das Einverständnis der Kaiserlichen Regierung erhalten würde. Ich gebe seine Worte wieder: „M. Rouvier a déclaré au prince Radolin, qu'il était toujours personnellement disposé à aller à la conférence, mais il se demande si, en associant le Sultan à l'établissement du programme des réformes, ce ne serait pas le meilleur moyen de donner satisfaction à la préoccupation du gouvernement Impérial, d'éviter tout ce qui pourrait paraître porter atteinte au droit du gouvernement du Sultan." Rouvier spricht die Überzeugung aus, daß, wenn Euere Durchlaucht mit dieser oder einer ähnlichen Erklärung einverstanden wären, ihm die formelle Annahme der Einladung wesentlich erleichtert würde. Er wird hierbei anscheinend von dem Gedanken geleitet, daß durch Heranziehen des

---

* Siehe den Text in dem deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko" Nr. 21.

** Siehe Nr. 6706.

Sultans, für den die Kaiserliche Regierung eintritt, dessen Stellung gewahrt und die von uns abgelehnte vorherige Sonderverhandlung zwischen Deutschland und Frankreich vermieden werde.

Ohne Rouvier irgendwelche Hoffnung zu geben, daß Euere Durchlaucht sich diesem Gedanken anschließen würden, blieb ich bei der mir erteilten bisherigen Weisung. Nur ist es eigentümlich, daß sein Vorschlag sich mit dem so ziemlich deckt, welchen das Telegramm Nr. 151 vom 26. Juni* enthält, und von dessen Inhalt Rouvier absolut keine Kenntnis haben kann. Ich habe ihm darauf die mir von Euerer Durchlaucht erwähnten Bedenken vorgehalten.

Rouvier kam alsdann auf meine Mitteilung nach Telegramm Nr. 127 vom 12. Juni zurück und sagte mir, daß bei der internationalen Regelung der Armee, Polizei und Finanzen es ihm besonders darauf ankäme, daß ausschließlich die französischen Instrukteure in den Distrikten an der algerischen Grenze mit der Ausbildung der marokkanischen Truppen und der Bildung der Polizei betraut würden, daß es ihm aber ratsam erscheine, wegen der Truppen in anderen Distrikten vorerst nichts zu präzisieren oder anzudeuten. Der Ausdruck „an der atlantischen Küste" könnte leicht die Vermutung aufkommen lassen, als wolle Deutschland die Hand darauf legen[3]. Mit der Internationalisierung der Finanzen sei er einverstanden.

Dies vorausgesetzt, könnte vielleicht die Erklärung etwa lauten: „Les bases des négociations ci-dessus exposées deviennent définitives aussitôt que la France aura accepté l'invitation formelle de la conférence."

Ich verwies auch hierbei Rouvier auf das entschiedenste darauf, daß meine damaligen Ausführungen nur objektive Deduktionen seien, und daß wir mit Frankreich in entsprechende Verhandlungen erst eintreten wollen, nachdem die französische Regierung die Konferenzeinladung in formeller Weise angenommen haben würde.

Auf meine Bemerkung, daß er wohl unter englischem Druck stehe, beteuerte er mir das Gegenteil und versicherte, daß er vollkommen wisse, was er von England zu halten habe. Seine Bedenken wären lediglich die Rücksichtnahme auf Kammer und Volksstimmung.

Zum Schluß warf Rouvier hin, ob nicht vielleicht die gleichzeitige Abberufung der drei Gesandten aus Fes die Situation klären und dem Sultan zur Beruhigung dienen würde[4].

Um den Prätendenten allen Vorwand zur Unruhestiftung zu nehmen, meint der Minister, habe er sofort die Truppen zurückgehen lassen.

Habe Telegramm Nr. 156 soeben erhalten und werde Inhalt morgen unverzüglich zur Kenntnis des Herrn Rouvier bringen.

Radolin

---

* Siehe Nr. 6734.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] In allen Details doch nicht möglich
[2] ?? ist ja nicht der Fall
[3] cf. die Berliner Konferenz* des „Figaro", der meinte, das Geheimnis unserer Politik sei, daß wir in Marokko dieselbe Stellung anstrebten wie in der Türkei
[4] sobald die Konferenz angenommen ist!

Nr. 6747

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 157 Berlin, den 28. Juni 1905

Frankreich hat die Konferenz noch immer nicht angenommen. Bei Entgegennahme der Ew. pp. bekannten deutschen Antwort sprach der Ministerpräsident Rouvier den Wunsch aus, daß zunächst ein deutscher und ein französischer Vertreter gemeinsam mit dem Sultan von Marokko die einzelnen Punkte des Programms beraten und feststellen möchten. Diese Substituierung einer Konferenz zu Dreien an Stelle der allgemeinen Konferenz halten wir für bedenklich, weil der Sultan, der überdies in letzter Zeit vielfach Ratschläge vom englischen Vertreter empfängt, ein natürliches Interesse daran haben wird, Deutschland und Frankreich zu entzweien. Jedenfalls würden diese Verhandlungen sich endlos hinziehen und unberechenbaren Zwischenfällen und Intrigen Dritter ausgesetzt sein.

Fürst Radolin ist beauftragt, diese Gesichtspunkte, die vom Standpunkte der gesunden Vernunft schwer zu widerlegen sein dürften, Herrn Rouvier nochmals auseinanderzusetzen.

Bülow

Nr. 6748

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 157 Berlin, den 28. Juni 1905

Antwort auf den Privatbrief vom 26. Juni**.

Es unterliegt keinen Bedenken, daß Herr Rouvier entweder in der Note, womit er uns die Annahme der Konferenzeinladung mitteilt,

---

* Vermutlich verschrieben für „Korrespondenz".
** Nicht bei den Akten.

oder mündlich Euerer pp. gegenüber etwa folgendes erklärt: Die französische Regierung habe ihre anfänglichen Bedenken gegen die Konferenz zurücktreten lassen können, nachdem sie aus den mündlichen Aufklärungen Euerer pp. die Überzeugung gewonnen habe, daß Deutschland auf der Konferenz keine Ziele verfolgen werde, die mit den berechtigten Interessen Frankreichs im Widerspruche ständen. — Weitere Mitteilungen aus den Telegrammen Nr. 127 und 133* sind jedenfalls für die Öffentlichkeit nicht zu verwerten.

Sobald die französische Regierung die Einladung angenommen hat, werden wir uns mit ihr gemäß dem Telegramm Nr. 151** über die Ratschläge einigen können, die unsere beiderseitigen Vertreter in Fes dem Sultan für die Einzelvorschläge des Programms zu erteilen haben. Zu diesem Zwecke würde es sich empfehlen, wenn die französische Regierung ihr bisheriges Reformprogramm mit den in den Telegrammen Nr. 127 und 133 angedeuteten Gesichtspunkten in Einklang bringt und es uns dann als Grundlage für die weiteren Besprechungen mitteilt.

Nachschrift: Soeben trifft Telegramm Nr. 253*** ein. Im Interesse der Sache ist es dringend erwünscht, daß Herr Rouvier die oben angegebene Erklärung für genügend erachtet und unter dieser Begründung die Konferenz annimmt. Die Zuziehung des Sultans zur Feststellung des Konferenzprogramms vor Annahme der Konferenz ist, wie Euere pp. aus Telegramm Nr. 151 wissen, für uns nicht unannehmbar, aber Herrn Rouvier wird es ebenso klar sein wie uns, daß diese Verhandlung sehr langwierig und recht bedenklich ist wegen der Möglichkeit friedensfeindlicher Einwirkungen von den verschiedensten Seiten, solange die Konferenz nicht endgültig gesichert ist.

Ich bitte daher, auf diesen Vermittelungsvorschlag vorläufig nicht einzugehen, dagegen mit Herrn Rouvier sofort unsere Vorschläge, die sich mit Ihrem Telegramme gekreuzt haben können, zu erörtern.

Bülow

Nr. 6749

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kiel

Telegramm. Konzept

Nr. 68 Berlin, den 28. Juni 1905

Fürst Radolin telegraphiert über seine gestrige Unterredung mit Rouvier, die zwei Stunden dauerte. Rouvier sprach wieder die Be-

* Siehe Nr. 6706 und 6711.
** Siehe Nr. 6734.
*** Siehe Nr. 6746.

fürchtung aus, er werde gestürzt werden, wenn er eingestehen müsse, daß er dem Drängen Deutschlands „bedingungslos" nachgegeben habe. Er machte verschiedene Vorschläge, um uns vor Erteilung einer Zusage doch noch auf ein bestimmtes Programm zu verpflichten. Diese Vorschläge könnten dazu führen, uns den Sultan abspenstig zu machen und auf diese Weise die Konferenz zu vereiteln. Im einzelnen handelt es sich um folgende Vorschläge:

1. Rouvier wünscht, daß vor Annahme der Konferenz ein deutscher und ein französischer Vertreter gemeinsam mit dem Sultan von Marokko die einzelnen Punkte des Programms beraten und feststellen. Dieser Vorschlag erscheint deshalb bedenklich, weil solche Verhandlungen sich sehr langwierig und schwierig gestalten könnten. Auch würden voraussichtlich, solange die Konferenz nicht endgültig gesichert ist, friedensfeindliche Einwirkungen auf den Sultan von den verschiedensten Seiten versucht werden.

2. Ein anderer Vorschlag Rouviers geht dahin, daß Deutschland und Frankreich sich allein über die Hauptpunkte des Programms verständigen, daß aber diese Verständigung erst in Kraft tritt, nachdem Frankreich die Konferenz in formeller Weise angenommen hat. Dieser Vorschlag kommt sachlich auf den von uns abgelehnten Standpunkt des neulichen französischen Exposés hinaus. Er erscheint unannehmbar, umsomehr als nach dem Wunsche Rouviers die Frankreich zu gewährenden Vorteile im wesentlichen vorher festgestellt werden sollen, während die den anderen Mächten zuzubilligenden Äquivalente in suspenso bleiben würden.

3. Rouvier empfiehlt Abberufunng des deutschen, französischen und englischen Gesandten aus Fes, da dies die Situation klären und dem Sultan zur Beruhigung dienen werde. Eine Abberufung unseres Gesandten im gegenwärtigen Augenblicke würde als ein Systemwechsel Deutschlands angesehen werden und uns um allen Einfluß beim Sultan bringen, während der Einfluß Frankreichs durch die französischen Truppen an der Grenze dauernd gesichert ist. Selbstverständlich können wir hierauf vor der Annahme der Konferenzeinladung durch Frankreich nicht eingehen.

Fürst Radolin ist beauftragt, diesen Vorschlägen gegenüber an unserem bisherigen Standpunkt „erst Annahme, dann Verhandlung" festzuhalten, dabei aber Herrn Rouvier nachstehendes mitzuteilen. Wir seien bereit, sobald die französische Regierung die Konferenzeinladung angenommen haben werde, mit ihr in einen eingehenden, sachlichen Meinungsaustausch über Marokko einzutreten. Das Ziel würde sein, uns über gemeinsame Ratschläge zu einigen, die unsere beiderseitigen Vertreter in Fes dem Sultan für die Aufstellung des Konferenzprogramms zu erteilen hätten. Den Bedenken im Hinblick auf Kammer und Volksstimmung könne Rouvier sehr wohl dadurch Rechnung tragen, daß er in seiner Mitteilung an uns über die Annahme

der Konferenz etwa folgende Erklärung abgebe: „Die französische Regierung hat ihre anfänglichen Bedenken gegen die Konferenz zurücktreten lassen, nachdem sie aus den mündlichen Aufklärungen des deutschen Botschafters die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland auf der Konferenz keine Ziele verfolgen wird, die mit den berechtigten Interessen Frankreichs im Widerspruche stehen."

Eine solche Erklärung dürfte auch der französischen Kammer genügen, wenn der Ministerpräsident noch hinzufügt, daß weitere Enthüllungen der vaterländischen Sache schädlich sein würden; denn man müsse bedenken, daß Frankreich und Deutschland nicht unter vier Augen allein, sondern von einer wißbegierigen Gruppe neugieriger Interessenten umgeben seien. **Bülow**

Nr. 6750

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 28. Juni 1905

Nach dem, was Rouvier gestern gesagt hat, habe ich keinen Zweifel, daß er immer noch für seine Orientierung auf Personen angewiesen ist, welche eine Konferenz hintertreiben, seine Politik überhaupt in eine Sackgasse hineindirigieren möchten. Nach meiner persönlichen Ansicht, mit welcher ich jedoch keineswegs allein stehe, würden die Verhandlungen zu Dreien mit dem Sultan vor Annahme der Konferenzeinladung zu nichts Gutem führen; der Sultan würde es so machen wie der andere Sultan in Konstantinopel, dessen Verfahren Du ja kennst: Die Mächte entzweien, eine gegen die andere ausspielen. Die Engländer würden natürlich nicht unterlassen, dem Sultan „uneigennützige" Ratschläge im Sinne der Zwietracht zu geben. Tattenbach berichtet ein Mal über das andere, daß der englische Vertreter bemüht ist, England beim Sultan in ein besseres Licht zu stellen auf Kosten nicht nur von Deutschland, sondern auch von Frankreich.

Bülow sagte mir vorhin, daß er als parlamentarischer Minister sich des Erfolges vollkommen sicher fühlen würde, wenn er in der Lage wäre, einem Parlament zu sagen: „Nach den Erklärungen, welche die Regierung von X uns gegeben hat, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß X nichts gegen unsere berechtigten vaterländischen Interessen plant. Mehr kann ich heute nicht sagen, da wir nicht zu Zweien allein, sondern von einer aufmerksamen Galerie noch anderweitiger Interessenten umgeben sind. Ich würde fürchten, der vaterländischen Sache durch weitere Enthüllungen in diesem Augenblick zu schaden."

Bülow meinte, es werde immer Einzelne oder kleine Gruppen geben, welche in diesem Falle wie bei anderen Gelegenheiten die Er-

klärung des Ministers als ungenügend bezeichnen würden. Aber die große Mehrheit nicht nur in Frankreich, sondern auch anderswo würde unter den gegebenen Umständen sich für befriedigt erklären.

Ich meinerseits glaube, daß Rouvier, ohne es zu wollen und vielleicht auch ohne es zu wissen, heute noch ebenso wie vor acht Tagen gegen die Konferenz arbeitet, und ich habe die Überzeugung, daß wir, wenn es nach seinen jetzigen Vorschlägen ginge, in sechs Wochen wieder viel schlechter stehen würden als heute. Rouvier würde dann, wenn es zu spät ist, einsehen, daß er das Spiel anderer gemacht hat, und würde bitter bedauern, nicht den gegenwärtigen Augenblick der Beruhigung zur Annahme der Konferenz benutzt zu haben. Wenn Deutschland und Frankreich sich jetzt auf der Basis der Konferenz verständigen, gibt es weder einen Sieger noch einen Besiegten. Da für jede der beiden Regierungen die Verständigung das Hauptziel war, so bedeutet die Erreichung dieses Ziels einen gemeinsamen Erfolg für beide. Als Besiegter wäre höchstens England anzusehen, dessen diplomatische und publizistische Hetzpolitik alsdann eine Niederlage erlitten haben würde. Heute leider ist es noch nicht so weit. Ich fürchte, daß, wenn Rouvier den jetzigen Zeitpunkt vorübergehen läßt, die Lage sich nur wieder verschlechtern kann. Stelle anheim, im Sinne des Vorstehenden mit Dupuy zu reden, der offenbar ein Mann von praktischem Verstand ist und wahrscheinlich ebensowenig wie ich begreift, weshalb Frankreich die Konferenz scheuen soll, wo es unter allen Umständen eine stärkere Gruppe mit sich haben würde als Deutschland, falls Deutschland auf den Gedanken käme — den es nicht hat —, Frankreich systematische Opposition zu machen. In Wirklichkeit haben wir den entgegengesetzten Plan, nämlich die Gelegenheit zu benutzen, um bessere Beziehungen für die Zukunft mit Frankreich anzubahnen. Dies Ziel halte ich viel leichter erreichbar bei einer Konferenz als bei Verhandlungen zu Dreien, wo der Dritte ein Orientale und mutmaßlich von England beraten sein würde. Jeder vernünftige Mensch muß doch einsehen, daß wir auf einer Konferenz, wo wir mit unserem etwaigen Entgegenkommen nicht isoliert sind, Frankreich eher entgegenkommen können als heute, wo wir Frankreich allein gegenüberstehen. Von den Verpflichtungen, die wir dank Delcassé dem Sultan gegenüber als Vertragsmacht eingehen mußten, kann die Gesamtheit der Vertragsmächte uns befreien.

Nachschrift

Erhalte soeben heutiges Privattelegramm wegen des Fürsten von Monaco*. Dieser hatte gleich nach seiner Ankunft die Marokkofrage

* Nach Radolins Privattelegramm vom 28. Juli hätte sich Rouvier bei ihm über die vielen Telegramme des Fürsten von Monaco aus Kiel beschwert. Es erging darauf noch am gleichen 28. Juli ein Telegramm des Reichs-

mit Seiner Majestät besprochen, anscheinend auf Wunsch von Rouvier. Seitdem orientiert Seine Majestät den Fürsten direkt oder durch Herrn von Tschirschky fortlaufend über neue Eingänge. Nach den Meldungen von Tschirschky an den Reichskanzler äußerte sich der Fürst erstaunt über die französische Note, namentlich über den letzten Absatz, wo gesagt ist, die französische Regierung stehe unter dem Eindruck, daß die Konferenz vor einer Verständigung bedenklich, nach der Verständigung unnötig sein würde. Der Fürst und auch sein Adjutant zerbrachen sich beide den Kopf darüber, durch welche Einflüsse Herr Rouvier sich, vielleicht unbewußt, nach England hinziehen lasse.

Danach ist es möglich, daß Herr Rouvier durch die Mitteilungen des Fürsten ungeduldig gemacht wird, weil der Fürst, anstatt den Kaiser zu bekehren, sich selber zu der deutschen Auffassung bekehrt hat.

Holstein

Nr. 6751

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Für Exzellenz Baron von Holstein Paris, den 29. Juni 1905

Inhalt gestrigen langen Privattelegramms mit Dupuy eingehend besprochen. Er unterschreibt jedes Wort, teilt ganz unsere Ansicht.

Er wird heute noch dem Minister den ganzen Ernst der Situation bei weiterer Verzögerung darstellen und hofft endlich eine definitive Entscheidung nach morgigem Ministerrat zu erreichen.

Könnte ich nicht Dein gestriges Privattelegramm morgen Rouvier als die von ihm erwartete Antwort auf seinen Vorschlag amtlich verwerten, um ihm die Idee der Mitbeteiligung des Sultans, falls von Berlin unannehmbar, kategorisch auszureden.

Betzold bewährt sich durch sein Einwirken auf Léon sehr gut. Der Haupthetzer ist, wie ich bestimmt höre, Herr Cambon-London, der im englischen Delcasséschen Sinne alles aufbietet, um unsere Verständi-

---

kanzlers an Fürst Radolin, in dem es bezüglich des Fürsten von Monaco hieß: „Herr von Tschirschky, welcher am Kaiserlichen Hoflager weilt, telegraphiert mir von dort, daß bei Seiner Majestät wie beim Fürsten von Monaco sich mehr und mehr die Meinung befestigt, daß auch Herr Rouvier allmählich in das Fahrwasser der englischen Politik hineingleitet, die Frankreich gegen Deutschland vorschieben will. Der Adjutant des Fürsten von Monaco äußerte gegenüber Herrn von Tschirschky: ‚Ich frage mich, ob wir — d. h. Frankreich — nicht viel enger an England gebunden sind, als wir es uns selbst träumen lassen.‘“

gung mit Frankreich zu verhindern und auch den schwachen Rouvier, der an sich auf unserer Seite steht, zu terrorisieren. Sir Francis Bertie ist plötzlich heute nach London gereist, um in gleichem Sinne zu wirken. Der neueste Vorwand soll sein, daß Deutschland die englisch-französische Abmachung zu nichte machen will, was sich weder Frankreich noch England gefallen lassen können.

Etienne ist, wie mir versichert wird, keineswegs auf Seite Delcassés und ist für Verständigung mit Deutschland. Etienne soll im Mai oder Juni v. Js. nach Straßburg gekommen sein, weil man ihm in sichere Aussicht gestellt hatte, Seine Majestät den Kaiser zu treffen. Zu seiner Enttäuschung sei aus der Begegnung nichts geworden. Es wäre interessant zu erfahren, ob daran etwas Wahres ist.

Radolin

Nr. 6752

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 257 Paris, den 30. Juni 1905

Dupuy hat gestern abend Inhalt des langen Privattelegramms vom 28. Juni* bei Rouvier verwertet. Derselbe hat sich überzeugen lassen, daß der Vorschlag der Zuziehung des Sultans mit Gefahren verbunden und daher nicht empfehlenswert sei.

Nach einer endlosen Konversation, bei der Rouvier seinem Freunde Dupuy zugestanden hat, daß die Engländer ihm gewaltig „auf dem Nacken saßen" und ihn zu verhindern suchen, nach seiner freien Überzeugung zu handeln — was Dupuy mir unter dem Siegel des strengsten Vertrauens verriet —, habe der Ministerpräsident Dupuy schließlich die bestimmte Versicherung gegeben, er würde mich morgen oder Montag zu sich bitten, um mir endgültig die Erklärung der Annahme der Konferenz offiziös mitzuteilen und eine offizielle Note in diesem Sinne zu übergeben oder in Aussicht zu stellen.

Dupuy vertraute mir an, daß heute Cambon hierher geeilt sei, wohl um neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und dazu von Lord Lansdowne und Mr. Bertie stark getrieben würde.

Auch deutete er mir an, daß mit allen Mitteln versucht würde, Mißtrauen gegen mich bei Rouvier zu säen. Dies komme zum Teil aus London. Rouvier sei dagegen aber unempfindlich, habe das vollste Vertrauen zu mir und wisse genau, daß ich nur die mir erteilten Weisungen mit möglichster Schonung der französischen Empfindlichkeit

* Siehe Nr. 6750.

ausführe. Ich habe Dupuy Inhalt des Telegramms Nr. 162* und Privattelegramms von heute** über englischen Wunsch der Beteiligung an Vorbesprechungen mitgeteilt, um es Rouvier heute noch zur Kenntnis zu bringen, da keine Zeit zu verlieren und ich ihn selbst nicht sehen würde. Er bestätigt, was ich Rouvier kürzlich angedeutet, daß Cambon der englische Kandidat für das Auswärtige sei[1]. Rouvier erwiderte mir damals, durch Ehrgeiz angestachelt, er würde sich jetzt nicht mehr aus dem Sattel heben lassen.

Dupuy vertraute mir an, daß Cambon der Redakteur und Hauptinspirator der französischen Note gewesen[2].

Auch gestand Dupuy mir vertraulich ein, daß englischer Botschafter bemüht sei[3], das unter Delcassé auf Wunsch Englands entworfene englische Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich zur Ausführung zu bringen, wogegen Rouvier sich ablehnend verhalte.

Rouvier erweist sich als wohlintentioniert, aber von namenloser Schwäche. Dupuy ist wertvoll, um ihm Rückgrat zu geben.

Ich möchte zum Schluß nicht unerwähnt lassen, daß nach Ansicht Rouviers es sich empfehlen würde, nach erfolgter Annahme der Einladung zur Konferenz[4] die drei Gesandten aus Fes abzuberufen. Als Ort der Konferenz, meinte er, würde Tanger oder ein kleiner neutraler Staat, etwa Bern[5], wohl am zweckmäßigsten erscheinen.

Nachschrift

Inhalt des eben erhaltenen Telegramms Nr. 165*** von heute hatte ich bereits vor einigen Tagen bei Rouvier und an anderer Stelle verwertet. Werde es von neuem auch in der Presse betonen.

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] In Frankfurter Zeitung?
[2] also nicht Révoil
[3] In ein nichtdeutsches Blatt, bzw. Frankfurter Zeitung??
[4] besser nach Eröffnung der Konferenz
[5] Tanger, Haag, Bern.

---

* Durch Telegramm Nr. 162 vom 30. Juni 1905 war Radolin von einem Telegramm Graf Metternichs in Kenntnis gesetzt worden, wonach sich der englische Botschafter in Paris Sir Fr. Bertie bei seinem letzten Aufenthalt in London höchst abfällig über Rouvier geäußert und seinen baldigen Sturz prophezeit hatte.

** Laut Privattelegramms Holsteins vom 30. Juni wären in der Presse Meldungen aufgetaucht, England wünsche sich an den Vorbesprechungen wegen Marokkos zu beteiligen; England verfolge dabei natürlich die Absicht, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

*** Telegramm Nr. 165 vom 30. Juni wandte sich gegen das Bestreben der englischen Presse, die deutsch-französische Verständigung durch die Insinuation zu hintertreiben, als ob das deutsche Vorgehen sich gegen das Abkommen vom 8. April 1904 richte. Siehe den Text des Telegramms in Kap. CL, Nr. 6861.

Nr. 6753

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 1104 Berlin, den 1. Juli 1905

Ew. erhalten anbei eine Aufzeichnung, wo ich den Hauptinhalt meiner vorgestrigen Unterredung mit dem Botschafter Bihourd zusammengefaßt habe*. Ich glaube, meine Äußerungen lassen keinen Zweifel darüber, daß die deutsche Politik bestrebt ist, Frankreich in der Marokkofrage nicht nur nicht zu brüskieren, sondern möglichst entgegenzukommen, weil Deutschland die Verbesserung und vermehrte Sicherung seiner Beziehungen zu Frankreich für wichtiger erachtet als die Interessen, welche wir in Marokko haben. Indessen gibt es eine Grenze, über die wir beim besten Willen nicht hinausgehen können. Ew. Meldungen und mehr noch die Andeutungen anscheinend inspirierter französischer Blätter lassen mich besorgen, daß die französische Regierung, dem vereinten Drängen Englands und der Hinterbliebenen des Herrn Delcassé nachgebend, versuchen wird, uns über diese annehmbare Grenze hinauszudrängen. Dies würde der Fall sein, wenn man das Verlangen stellte, daß wir uns schon jetzt für einzelne Punkte festlegen, wo augenscheinlich ein Zwangsverfahren gegen den Sultan in Aussicht genommen ist. Dadurch würden wir uns in Widerspruch bringen mit unserem Grundsatze der vertragsmäßigen Gemeinsamkeit und auch mit den dem Sultan gegenüber eingegangenen Verpflichtungen, welche nach unserer Auffassung uns solange binden, bis die Gesamtheit der Signatarstaaten in Beratung tritt. Wir würden daher, wenn Frankreich darauf bestände, uns schon jetzt isoliert auf eine Politik eventueller Gewalt gegenüber dem Sultan zu verpflichten, erwidern müssen, daß wir unter solchen Umständen weitere deutsch-französische Pourparlers auf dieser Basis als aussichtslos betrachteten, und daß wir uns nunmehr der Aufgabe zuzuwenden hätten, mit dem Sultan zu verhandeln, um die Schwierigkeiten seiner jetzigen Lage zu erleichtern, besonders diejenige, welche aus dem Treiben des Prätendenten erwächst. Wir würden dabei betonen, daß wir nach wie vor eine Konferenz als das für alle Teile geeignetste Mittel zur Lösung der marokkanischen Verwickelungen ansehen, und daß wir nach wie vor bereit sind, uns an einer solchen eventuell zu beteiligen. Ew. werden besser als ich beurteilen können, ob die Stellung des Herrn Rouvier in der Kammer nicht sogar erleichtert werden würde, wenn er in die Lage gesetzt wäre, eine derartige deutsche Erklärung mitzuteilen. Vielleicht besprechen Ew. mit Herrn Dupuy, ob die Stellung des Ministerpräsidenten gegenüber der Kammer und der öffentlichen

* Siehe Anlage.

Meinung erleichtert werden würde, wenn er die nachstehenden Gesichtspunkte ganz oder teilweise verwertete:

„Gewichtige Anzeichen berechtigen zu der Überzeugung, daß Deutschland korrekte und friedliche Beziehungen mit uns zu haben wünscht. Die deutsche Regierung hält sich jedoch nicht für befugt, in ihrer Eigenschaft als einzelne Vertragsmacht im voraus bindende Erklärungen abzugeben, durch welche sie sich verpflichten würde, einer selbst unfreiwilligen Änderung des bestehenden Zustandes in Marokko zuzustimmen. Sie hält sich vielmehr verpflichtet, bis zu dem Augenblick, wo die Signatarmächte sich in der Konferenz äußern, den Sultan in der Erhaltung des Status quo zu unterstützen, und würde, falls die Konferenz nicht zustande kommt, dementsprechend mit dem Sultan verhandeln. Wir können uns nicht verhehlen, daß dieser Zustand für unsere nächste Zukunft Elemente der Unsicherheit in sich birgt, welche zu beseitigen beide Teile bemüht sind. In langen, mühsamen, aber vom Geist beiderseitiger Loyalität und gegenseitigen Entgegenkommens getragenen Unterhandlungen hat sich ergeben, daß der französische und der deutsche Standpunkt nicht so unvereinbar sind, wie anfänglich angenommen wurde. Frankreich hat niemals beabsichtigt, die Integrität von Marokko, die Unabhängigkeit des Sultans und die bestehenden internationalen Verträge zu verletzen. Auch dem englisch-französischen Abkommen lag diese Absicht fern. Auf der anderen Seite verkennt Deutschland nicht, daß Frankreich als Nachbar von Marokko diesem gegenüber eine besondere Stellung einnimmt, welche ihm die Sorge um sein afrikänisches Reich und dessen Sicherheit verleiht. Beide Mächte sind einig darin, daß die Reformen für Marokko, die sie beide für notwendig halten, unter Beobachtung dieser beiden großen Grundsätze durchgeführt werden sollen. Von Nachgiebigkeit ist auf keiner von beiden Seiten die Rede gewesen, sondern nur von dem aufrichtigen Wunsche, etwa vorhandene Mißverständnisse aufzuklären. Frankreich kann die Konferenz annehmen, weil Deutschland ihm die bestimmte Zusicherung gegeben hat, daß es nichts auf der Konferenz vertreten wird, was im Widerspruch stehen würde mit den Rechten und legitimen Interessen von Frankreich. Um auch an Ort und Stelle unnötige Friktionen zu vermeiden, werden nach dem Zusammentritt der Konferenz die Vertreter von Deutschland, Frankreich und England Fes verlassen. Die Annahme der Konferenz ist für Frankreich in keiner Weise eine Annullierung der englisch-französischen Konvention, sondern der loyale Versuch, dieses Abkommen in Einklang zu bringen mit den berechtigten Interessen der übrigen handeltreibenden Völker und so dem Frieden der Welt zu dienen. Indessen möchte ich nicht, daß mir in der Zukunft der Vorwurf gemacht werde, ich habe die Interessen Frankreichs vernachlässigt. Deshalb habe ich die Lage so, wie ich sie vorfand, der Kammer offen dargelegt und bitte die Vertreter des französischen Volks zu entscheiden."

Durch diesen Schritt würde ein leitender Minister die Verantwortung von sich auf die Kammer übertragen, welche, wie ich annehmen möchte, der englischen Zudringlichkeit weniger ausgesetzt ist als ein einzelner Staatsmann. Die Kammer würde wahrscheinlich einsehen, daß Deutschland in diesem Augenblick nicht anders handeln kann, und daß man wegen einer Frage, welche in ihrem natürlichen Verlaufe doch wohl nur eine Frage der Zeit und des Aufschubs ist, keinen unabsehbaren Konflikt zu riskieren braucht.

Bei der Erörterung des Vorstehenden mit Herrn Dupuy wollen Ew. hervorheben, daß eine deutsche Antwort wie die oben skizzierte ausgeschlossen wäre, wenn man auf französischer Seite von Vorschlägen absähe, welche darauf hinauslaufen, uns für eine eventuelle Vergewaltigung des Sultans schon jetzt festzulegen. Bülow

Anlage

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Undatierte und unsignierte Reinschrift

[pr. 1. Juli 1905]

Le mot de la situation, c'est que nous avons besoin de la conférence pour dégager la responsabilité que nous avons prise vis-à-vis du Sultan du Maroc. Le Ministre de France en arrivant à Fez a dit au Sultan et au Maghzen: „Je suis le mandataire des puissances européennes." Le Sultan nous a fait demander si c'était vrai. Nous avons répondu que l'Allemagne n'avait pas donné de mandat, qu'elle n'avait même pas été consultée. Le Sultan, après cela, nous a demandé conseil. Nous lui avons conseillé de subordonner l'acceptation du programme de réformes français à la discussion préalable de ce programme par une conférence des Etats signataires du traité de Madrid. Le Sultan a suivi ce conseil et nous a par là rendus responsables de la situation pour le laps de temps qui interviendra jusqu'à la réunion de la conférence. C'est une responsabilité à laquelle nous ne saurions nous soustraire. La situation présente a des dangers. Chaque incursion de Kabyles devient dans les conditions actuelles un événement politique. S'il n'y a pas de conférence, nous restons vis-à-vis du Sultan responsables du maintien du status quo au Maroc. C'est très incommode, mais c'est ainsi.

Une fois la conférence réunie, nous ne serons plus qu'un signataire parmi tant d'autres et alors, nous considérant libres de toute entrave, nous n'aurons plus à consulter que notre intérêt. Or, dans la balance des intérêts allemands de bonnes relations avec la France sont d'un poids bien plus grand que toutes les questions marocaines mises ensemble. Ceci est tellement évident que je ne

comprends pas comment des hommes sérieux en France peuvent croire que l'Allemagne n'attend que la conférence pour tendre des pièges à la France. Dans quel but, je vous le demande. Le beau résultat, si une concession même importante obtenue au Maroc nous valait une recrudescence de haine française et rendait impossible, pour longtemps, une coopération des deux grandes nations même dans les cas nombreux où leurs intérêts sont identiques. Le renouvellement du bail d'hostilité intransigeante serait dans l'état où se trouve le monde un malheur égal pour les deux pays. Jamais la situation politique et économique du Globe n'a été aussi compliquée qu'aujourd'hui, parce qu'à aucune époque précédente autant de grandes puissances ne se sont trouvées en présence. Il est certain que l'Allemagne et la France ont des intérêts politiques, industriels, commerciaux, maritimes qui sont identiques et qui devraient être défendus en commun. Ce serait une politique d'écolier que de compromettre l'avenir par une hostilité inutile, provoquée par quelque intrigue au Maroc.

M. Rouvier voudrait que dès à présent, à nous seuls, avant et sans la conférence nous sanctionnions une amputation. Eh bien, cela ne se peut pas. D'abord parce que nous n'avons pas de mandat des autres signataires et que nous ne voulons pas en avoir.

Je ne vous cacherai pas que tout récemment un gouvernement ami nous a demandé si nous serions disposés à traiter la question marocaine comme mandataire d'autres Etats signataires; nous avons décliné à cause du surcroît de responsabilité. Le Maroc, comme les morts, va vite. Les réformes, en toute probabilité, n'y réussiront pas plus qu'en Turquie, et même encore moins. Dès que l'essai des réformes n'aura pas réussi, nous nous trouverons en présence d'une situation nouvelle, non prévue par les engagements antérieurs. Alors, nous n'aurons à consulter que nos intérêts, l'ensemble de nos intérêts, où le Maroc ne tient qu'une place infiniment petite. Ce jour-là nous nous entendrons facilement avec la France. Mais aujourd'hui nous ne sommes pas libres. Nous avons dit, et je le répète, qu'en vue d'un rapprochement ultérieur avec la France nous prenons à tâche dès aujourd'hui de ne rien proposer qui pourrait compromettre d'une manière définitive l'avenir de la France au Maroc. Mais quant aux conditions d'avant la conférence proposées maintenant, nous ne saurions les accepter. Si le gouvernement français, se conformant en cela aux vues du gouvernement anglais, voulait absolument les maintenir, alors il n'y aurait pas de conférence. Et puis ensuite, quoi? Alors ce sera la paix armée, ce sera Oudjda * en permanence.

* In Udjda wurden marokkanische Regierungstruppen vom Prätendenten belagert. Die Franzosen verboten die Verstärkung der Garnison, da die Truppen durch französische Gebiete hätten rücken müssen, und erkannten dadurch den Prätendenten als kriegführende Macht an.

Nr. 6754

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 520 Paris, den 1. Juli 1905

Das Telegramm Nr. 170 vom 1. d. Mts.* habe ich erhalten, als ich im Begriff stand, zu Herrn Rouvier zu gehen, der mich kurz zuvor hatte einladen lassen, möglichst unverzüglich zu ihm zu kommen, da er mir eine wichtige und eilige Mitteilung zu machen habe. Er hatte mir die Zeit meines Besuches festgesetzt. Ich konnte daher nicht umhin, dem Ruf zu folgen.

Als ich zu Herrn Rouvier eintrat, sagte er mir, er hätte nach längeren, schwierigen Verhandlungen den Entschluß gefaßt, im Sinne unserer Wünsche die bisherigen Bedenken gegen die Konferenz fallen zu lassen und die Einladung zu derselben formell anzunehmen. Er hätte eine diesbezügliche Erklärung in Form eines Briefes gekleidet, den er an mich richte.

Er habe gleichzeitig den Entwurf eines Schreibens gemacht, den ich zu unterschreiben haben würde. Durch Austausch dieser beiden Schriftstücke und durch gemeinsame Unterschrift des dritten würde die Sache perfekt werden. Letzteres Schriftstück enthalte die nach Annahme der Konferenzeinladung wohl unbedenkliche, ihm sogar angezeigt erscheinende gleichzeitige Abberufung der drei Gesandten aus Fes und den Vorschlag, dem Sultan durch unsere beiden Gesandten in Tanger gemeinschaftlich den Rat erteilen zu lassen, das Programm der Konferenz auf der Grundlage der beiden von mir und ihm zu unterschreibenden Briefe festzusetzen.

Die Originale dieser drei Schriftstücke** beehre ich mich gehorsamst in den Anlagen zu unterbreiten.

Radolin

Nr. 6755

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 264 Paris, den 1. Juli 1905

Die Übersetzung der mir von Rouvier abgegebenen Note lautet wörtlich:

* Telegramm Nr. 170 vom 1. Juli kündigte das Eintreffen des Erlasses Nr. 1104 vom gleichen Tage (siehe Nr. 6753) an.
** Vgl. das folgende Schriftstück.

„Entwurf der Note.

Rouvier an Fürst Radolin.

Die Regierung der Republik ist durch die Besprechungen, welche zwischen den beiderseitigen Vertretern in Paris und Berlin stattgefunden haben, zu der Überzeugung gelangt, daß die Kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keinerlei Ziele verfolgen werde, welche die Frankreich in diesem Lande vorbehaltene Zukunft in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den aus seinen Verträgen (oder Arrangements) sich ergebenden Interessen und in Einklang mit folgenden Grundsätzen [1] zu bringen sind:

Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans.

Integrität seines Reiches.

Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit.

Nützlichkeit von polizeilichen [2] und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze [3] Zeit nach internationaler Vereinbarung zu regeln ist.

Anerkennung der für Frankreich in Marokko geschaffenen Situation, wie sich dieselbe ergibt: aus der langen Grenzberührung zwischen Algerien und dem scherifischen Reiche; ferner aus den besonderen hieraus für die beiden Nachbarländer herzuleitenden Beziehungen; und schließlich aus seinen (Frankreichs) speziellen Interessen an der Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Gebiet.

Infolgedessen nimmt Frankreich von seinen ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz Abstand und nimmt die Einladung an."

Das von mir zum Austausch erbetene Antwortschreiben lautet im Inhalt wörtlich übereinstimmend mit dem obigen Schreiben Rouviers.

Eine von uns beiden zu unterzeichnende Erklärung lautet in Übersetzung wie folgt:

„Entwurf der auszuwechselnden Erklärung.

Die Regierung der Republik und die Deutsche Regierung kommen überein:

1. Gleichzeitig und so schnell als möglich ihre zurzeit in Fes befindlichen Gesandschaften nach Tanger zurückzuberufen [4].

2. Dem Sultan von Marokko gemeinschaftlich durch ihre Vertreter in Tanger Ratschläge bezüglich der Feststellung des Programms geben zu lassen, welches er auf Grundlage der unter dem (Datum fehlt) zwischen dem Ministerpräsidenten, Minister des Äußern und dem deutschen Botschafter in Paris ausgetauschten Note der Konferenz in Vorschlag bringen wird."

Herr Rouvier legt größten Wert auf möglichst umgehende Zustimmungserklärung Euerer Durchlaucht zum Austausch der Schriftstücke, um jeder weiteren Intrige endgültig vorzubeugen, die — wie mir Herr Dupuy sagt — an Intensität vorher nicht aufhören werde.

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] 1. Handelsfreiheit
2. Freiheit des Wettbewerbs um alle Konzessionen (einschließlich Anleihen)
3. Zolldienst international
[2] polizeilich-administrativen
[3] pour un temps limité
[4] erst wenn die Konferenz zusammengetreten ist

Nr. 6756

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 519 Paris, den 1. Juli 1905

M. Dupuy hat, wie er mir soeben eingesteht, in den letzten zwei Tagen bis gestern die allerheftigsten Auftritte mit den Widersachern der Verständigung, nicht zum mindesten mit Cambon, gehabt, um das Schreiben durchzusetzen, welches Herr Rouvier mir heute als Antwort auf die Note der Kaiserlichen Regierung übergab. Die verzweifeltsten Versuche der englischen Politik und der dahinter sitzenden Delcasséschen Parteigänger, um die Annahme der Konferenz zu hintertreiben, hat Herr Rouvier schließlich dadurch überwunden, daß er, fest zu Dupuy stehend, erklärt hat, er wolle unter allen Umständen mit Deutschland zu einer dauernden Verständigung kommen.

Noch vor kaum 24 Stunden war es fraglich, ob nicht im letzten Moment die Intrigen der Gegner siegen und Herr Rouvier überstimmt und fallen würde. Er hat mit einer ihm sonst nicht eigenen Energie im entscheidenden Moment alles eingesetzt, um das gewünschte Resultat zu erzielen. Mit Umschreibung der Worte, die ich in meinem Vorschlag gebraucht, hat er in seinem Schreiben alles aufgenommen, was ich beauftragt war, ihm als Wiederholung meiner mündlichen Eröffnungen zur amtlichen Verwertung zuzugestehen. Auch hat mir Herr Rouvier bei Überreichung des Schreibens gesagt, er hätte die ihm aufgestoßene, aus deutschen Zeitungen zufällig entnommene Idee der Mitbeteiligung des Sultans ganz nach unserer Auffassung als unpraktisch verworfen und hätte sich in dem neuen Entwurf streng an meine Erklärungen gehalten. Er gibt sich nunmehr der Hoffnung hin, daß Euere Durchlaucht, von seinem guten Willen und seinen redlichen Absichten überzeugt, mich ermächtigen werden, den Austausch der Schriftstücke nach vollzogener Unterschrift möglichst bald vorzunehmen.

Die Originale der drei mir übergebenen Schriftstücke* habe ich bereits an anderer Stelle zu überreichen die Ehre gehabt. Ich möchte

* Siehe Nr. 6754.

hierbei die persönliche, ganz gehorsamste Bitte aussprechen, wenn irgend möglich, die Unterzeichnnug derselben ohne weitere Modifikationen telegraphisch zu genehmigen, da ich sonst die ernstliche und begründete Befürchtung habe, daß die ganze Angelegenheit in Frage gestellt werden könnte. Die Ankämpfung von interessierter Seite ist eine so gewaltige, daß Herr Rouvier nicht imstande sein würde, derselben bei Verzögerung des Abschlusses zu widerstehen.

Radolin

Nr. 6757

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Privat

Berlin, den 2. Juli 1905

[abgegangen am 3. Juli]

Nachdem ich Telegramm Nr. 264* las, sehe ich, daß da noch kleine Divergenzen sind. Es werden wohl noch vier Änderungen kommen. Mit dem Spezialisten der Rechtsabteilung** sprach ich noch nicht. Im ganzen habe ich den Eindruck, daß wir dicht vor der Verständigung stehen. Deshalb will ich Dir anvertrauen, wie ich mir nach meiner rein persönlichen, unverantwortlichen Ansicht den weiteren Verlauf denke, nämlich so:

Wir sagen den Franzosen ganz offen, daß sofortige Absorption, wie sie von Delcassé beabsichtigt war, ausgeschlossen ist; wir würden dadurch sehr zu unserem Bedauern genötigt, uns auf die Seite des Sultans zu stellen. Jeder französische Antrag nach dieser Richtung hin wäre daher eine diplomatische Dummheit. Mit den Reformen muß ein loyaler Versuch gemacht werden. Die Reformen werden aber wahrscheinlich noch schlechter gehen als die internationalen Reformen in der Türkei. Bei der neuen Lage, die sich dann ergibt, wird Deutschland den marokkanischen Ansprüchen Frankreichs seine Unterstützung gewähren gegen die Ansprüche Dritter. Ob Deutschland seinerseits sich eine Interessensphäre im fernen Südwesten wünschen wird, weiß ich nicht, nehme aber an nach dem, was darüber von französischer Seite angedeutet worden ist, daß wir damit bei Frankreich auf keine Opposition stoßen würden. Wie gesagt, über das, was in der Hinsicht in der höchsten Region gewünscht werden wird, bin ich nicht orientiert. Zurzeit sind Kaiser und Publi-

---

* Siehe Nr. 6755.

** Vortragender Rat Kriege.

kum durch die Vorgänge in Südwestafrika und namentlich die rasenden Kosten so verprellt, daß das Anerbieten eines Stückes Marokko mit der Ermächtigung, es zu erobern, vielleicht nichts Tentierendes haben würde. Aber das sind Stimmungen, welche vorübergehen. Gesunde Politik wäre es wohl für uns, auch unsere marokkanische Zukunft offen zu halten ebenso wie die von Frankreich. Auf einen Dritten haben wir dabei keine Rücksicht zu nehmen, jedenfalls nicht auf Spanien, welches uns nie etwas anderes als Ärger oder Verlegenheiten gemacht hat. Hohenzollernkandidatur, Karolinenaffäre etc. In allerneuster Zeit schwenken die Spanier, zunächst die Presse; demnächst wird wohl auch die Regierung den Wunsch zu erkennen geben, daß sie Deutschlands Unterstützung für ihre marokkanischen „berechtigten Interessen" zu erlangen hofft. Mein Rat wird dann sein, daß wir j e d e r Sonderabmachung mit Spanien über Marokko aus dem Wege gehen, daß wir überhaupt in der Zukunft uns wegen marokkanischer Angelegenheiten nur mit einer Macht, nämlich mit Frankreich, verständigen, vorausgesetzt natürlich, daß wir bei Frankreich das geeignete Entgegenkommen finden. Der erste und hauptsächlichste Punkt dieses Entgegenkommens ist aber, daß Frankreich nicht versucht, uns vor der Welt zu blamieren dadurch, daß es jetzt oder sagen wir in sechs Monaten am Sultan von Marokko eine Amputation vornimmt. Dann m ü s s e n wir eben eintreten, obwohl das unsere Zukunftsinteressen ebenso schädigen würde wie die von Frankreich, welches letztere durch eine solche kindische Übereilung die zukünftige Unterstützung Deutschlands in jener Gegend verscherzen würde. Ich habe so eine Ahnung, daß ich mit meiner vorstehend entwickelten Ansicht nicht allein bleiben werde. Du kannst also, falls dieser Gedankengang Dir sympathisch ist, denselben als Deine rein persönliche Ansicht, als „Traum einer Zukunft, wie sie sein sollte", mal ganz unverbindlich und leicht mit Dupuy besprechen. Du könntest dabei auch einfließen lassen, daß nach Deiner Ansicht Spanien in Tanger doch immer nur Platzhalter für eine der großen Seemächte, England oder Frankreich, sein würde, und daß es vom deutschen Standpunkt aus unerwünscht wäre, wenn England die beiden Seiten der Meerenge in seine Gewalt bekäme.

Selbstverständlich würden vorzeitige Indiskretionen und Klatschereien über vorstehendes Thema dem Gedanken einer lokalen Interessengemeinschaft von Deutschland und Frankreich, welche sich in Marokko leicht anbahnen ließe, ein schnelles und definitives Ende machen. Die amtliche Antwort mit den einzelnen (ich vermute 4) Änderungen kommt vielleicht heute abend spät, wahrscheinlicher erst morgen.

Inzwischen kannst Du, falls es Dir opportun scheint, vielleicht über vorstehendes mit Dupuy reden.

H o l s t e i n

Nr. 6758

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 1110 Berlin, den 2. Juli 1905

Antwort auf Telegramme Nr. 263* und 264**.

Mit dem von Herrn Rouvier vorgeschlagenen Notenaustausch sowie mit den darauf auszuwechselnden Erklärungen sind wir im allgemeinen einverstanden und hoffen bestimmt, daß auf dieser Basis die gewünschte Verständigung erfolgen wird.

Im einzelnen haben wir einige Änderungen für die Noten wie für die Erklärungen vorzuschlagen, dergestalt daß deren Text folgendermaßen lauten würde:

Text der Note

„Rouvier an Fürst Radolin.

Die Regierung der Republik ist durch die Besprechungen, welche zwischen den beiderseitigen Vertretern in Paris und Berlin stattgefunden haben, zu der Überzeugung gelangt, daß die Kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keinerlei Ziele verfolgen werde, welche die berechtigten französischen Interessen in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den aus seinen Verträgen (oder Arrangements) sich ergebenden Rechten und in Einklang mit folgenden Grundsätzen zu bringen sind:

Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans.

Integrität seines Reiches.

Wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit.

Nützlichkeit von polizeilichen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit nach internationaler Vereinbarung zu regeln ist.

Anerkennung der für Frankreich in Marokko geschaffenen Situation, wie sich dieselbe ergibt: aus der langen Grenzberührung zwischen Algerien und dem scherifischen Reiche; ferner aus den besonderen hieraus für die beiden Nachbarländer herzuleitenden Beziehungen.

Infolgedessen nimmt Frankreich von seinen ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz Abstand und nimmt die Einladung an."

---

* Durch Telegramm Nr. 263 vom 1. Juli meldete Fürst Radolin die Überreichung des Entwurfs der Zustimmungserklärung zur Annahme der Konferenzeinladung durch Rouvier.

** Siehe Nr. 6755.

Text der Erklärung

„Die Regierung der Republik und die Deutsche Regierung kommen überein:

1. Gleichzeitig ihre zurzeit in Fes befindlichen Gesandtschaften nach Tanger zurückzuberufen, sobald die Konferenz zusammengetreten ist.

2. Dem Sultan von Marokko gemeinschaftlich durch ihre Vertreter in Fes Ratschläge bezüglich der Feststellung des Programms geben zu lassen, welches er auf Grundlage der unter dem (Datum fehlt) zwischen dem Ministerpräsidenten, Minister des Äußern und dem deutschen Botschafter in Paris ausgetauschten Note der Konferenz in Vorschlag bringen wird."

Begründung unserer Abänderungsvorschläge für die Note. Wir schlagen drei Abänderungen vor.

1. Die Worte „welche die Frankreich in diesem Lande vorbehaltene Zukunft in Frage stellen" sollen ersetzt werden durch die Worte „welche die berechtigten französischen Interessen in diesem Lande in Frage stellen". Wir sind nach wie vor entschlossen, im Fall des Zustandekommens der Konferenz durch Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich der Zukunft Frankreichs in Marokko nicht zu präjudizieren. L'avenir de la France au Maroc reste intact. Wenn aber bei vertraulichen Besprechungen zwischen uns und Frankreich ein solcher Hinweis auf die Zukunft wohl verständlich ist, würde derselbe in einem internationalen Aktenstücke in seiner Unbestimmtheit sowohl Marokko wie anderen Mächten zu Mißverständnissen Anlaß geben. Insbesondere könnte Marokko daraus seine sofortige Preisgebung an Frankreich entnehmen.

2. In der Stelle „oder im Widerspruche stehen mit den aus seinen Verträgen (oder Arrangements) sich ergebenden Interessen" soll der Ausdruck „Interessen" durch „Rechte" ersetzt werden, weil der Ausdruck Interessen ohne genauere Definierung hier zu unbestimmt wäre, überdies aus Verträgen und Arrangements nicht Interessen, sondern Rechte herzuleiten sind.

3. Die Stelle „und schließlich aus seinen (Frankreichs) speziellen Interessen an der Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Gebiete" ist gestrichen worden. Denn die Anerkennung solcher s p e z i e l l e n Interessen könnte in dem Sinne verstanden werden, daß damit Frankreich ein exklusives Recht eingeräumt wird, die Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Lande ohne weiteres in die Hand zu nehmen und unter diesem Gesichtspunkte die ihm geeignet scheinenden Reformen auf dem Gebiete des Heerwesens sowie der inneren und äußeren Verwaltung einseitig zu bewirken.

Begründung unsers Abänderungsvorschlags für die Erklärung.

Unter 1. ist als Zeitpunkt für die Zurückberufung der Gesandten in Fes der Zusammentritt der Konferenz vorgesehen worden. Dieser

Aufschub erscheint einmal erforderlich, weil die Feststellung des Konferenzprogramms nur im unmittelbaren Benehmen der Gesandten mit dem Sultan erfolgen kann. Sodann aber würde uns die Zurückberufung unseres Gesandten im gegenwärtigen Zeitpunkte des einzigen Gegengewichts berauben, das wir bei dem Sultan gegenüber den Positionen anderer Mächte in Marokko, insbesondere gegenüber der Grenzstellung Frankreichs in die Wagschale legen können.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es Euerer pp. gelingen wird, die französische Regierung unter Hinweis auf diese Gründe zur Annahme unserer Abänderungsvorschläge zu bewegen, und ermächtige Sie, in diesem Falle zum alsbaldigen Austausche der Noten und zur Auswechselung der Erklärungen zu schreiten.

Bülow

Nr. 6759

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 273 Paris, den 4. Juli 1905

Bevor ich amtlich dem Minister Rouvier die modifizierten Entwürfe der Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich zur Annahme vorlegte, habe ich heute früh bereits Dupuy vertraulich die zu ändernden Stellen mitgeteilt, um ihn für unsere Auffassung zu gewinnen und ihn in die Lage zu setzen, Rouvier umzustimmen oder wenigsten vorzubereiten.

Nachdem Dupuy tagsüber die einzelnen Punkte und unsere Erläuterungen einer genauen Prüfung unterzogen und mit Rouvier und den maßgebenden Persönlichkeiten Fühlung genommen, kam er soeben wieder zu mir, um mir zu sagen, die gewünschten Änderungen seien an sich wohl ziemlich irrelevant, die Stimmung beginne aber umzuschlagen, und Rouvier würde schon dermaßen wegen seiner Nachgiebigkeit in dem Briefentwurf angegriffen, daß er die schlimmsten Befürchtungen habe, wenn der Bogen zu straff gespannt würde [1]. Die feindlichen englischen Einflüsse arbeiten unausgesetzt daran, die öffentliche Meinung zu bearbeiten und uns feindselige Hintergedanken unterschieben zu wollen.

Dupuy bittet daher aufs inständigste, folgende Gesichtspunkte in Erwägung zu ziehen: Ad 1. Der Ausdruck „l'avenir réserver à la France" wäre dem vom Reichskanzler selbst öfters gebrauchten Ausdruck réserver l'avenir entnommen worden. Wenn man aber die Worte „intérêts justifiés de la France" gebrauchen wolle, schlägt er vor, das Wort justifiés überhaupt fallen zu lassen und nur „intérêts

de la France" zu sagen[2]. Das Wort „justifiés" wäre zum mindesten überflüssig, da es sich von selbst verstehe, daß die französischen Interessen von der Konferenz nur angenommen werden würden, wenn sie sich als justifiés erwiesen.

Ad 2. Das Wort „droits" statt „intérêts" zu gebrauchen, fand Dupuy entschieden richtiger.

Ad 3. Gegen die vorgeschlagene Streichung des letzten Satzes „et par l'intérêt particulier[3] qu'a la France à ce que l'ordre règne dans tout le territoire marocain"[4] hat Dupuy einzuwenden, daß dieser Satz unmöglich dahin ausgelegt werden könnte, als habe Frankreich eine Beschlaglegung (main mise) auf Marokko, da in dem vorhergehenden Satz formell gesagt ist, daß die Nützlichkeit von polizeilichen und finanziellen Reformen nach internationalen Vereinbarungen zu regeln sei.

Was „den Abänderungsvorschlag für die Erklärung" anlange, so meint Dupuy, die baldige Abberufung der drei Gesandten scheine deshalb erwünscht, weil der französische Vertreter, der bisher eine andere Politik vertreten hat, bei der neuen Richtung demnächst abberufen werden soll, und weil das weitere Zusammenwirken der drei Gesandten nach den bisherigen Reibereien in Fes nicht gedeihlich wirken kann[5].

Es würde vielleicht empfehlenswert sein, daß der Sultan seinen Minister nach Tanger schickt, um dort mit den Gesandten weiter zu verhandeln. Wenn auf diese Einwendung Rücksicht genommen würde, wäre bei Nummer 2 das Wort Tanger statt Fes beizubehalten.

Gegen den Zusatz bei Nr. 1 „aussitôt que la conférence se sera réunie" hat Dupuy k e i n e Einwendung gemacht, ebensowenig gegen die Streichung der Worte et dans le plus bref délai.

Ich habe Dupuy keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Kaiserliche Regierung bis an die alleräußerste Grenze der Konzessionen[2] gegangen sei, und daß er eine große Verantwortung übernehme, wenn er Rouvier nicht zu unserer Auffassung bringe, nachdem die von Euerer Durchlaucht gegebene Erklärung so klar die Richtigkeit unserer Ansichten nachgewiesen habe. Eine Weigerung würde alles bisher Erreichte ernstlich in Frage stellen und den Triumph der Gegner Rouviers bedeuten[6]. Dupuys Erwiderung war, daß seiner Ansicht nach die beiderseitigen Einwendungen nicht wert wären, das bisher mit so unsäglicher Mühe Erreichte in Frage zu stellen, aber die öffentliche Meinung und die einflußreichen Gegner machen Rouvier den Vorwurf, durch neue Nachgiebigkeit, wenn auch nur in der Form, bei schließlich gleichgültigen Punkten eine Schwäche, die der Regierung nicht würdig sei, zu verraten[7]. Dupuy bat mich, n i c h t zu Rouvier amtlich zu gehen, bevor nicht alle Mittel des Ausgleichs vorher unter der Hand erschöpft wären. Rouvier, der für morgen den Diplomatenempfang abgesagt hat und mich heute nicht hat emp-

fangen können, wird mich wahrscheinlich morgen, Mittwoch, nachmittag oder Donnerstag vormittag empfangen. Ich wäre dankbar, bis dahin eine Antwort zu erhalten, die ich Dupuy gleich mitteilen könnte, bevor ich zu Rouvier gehe, der von diesen privaten Verhandlungen offiziell nichts wissen darf.

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Bei uns liegt die Sache nicht viel anders. Eine größere Anzahl deutscher Blätter greift die Regierung und mich auch schon an, daß ich la proie pour l'ombre hergegeben und tatsächlich auf der ganzen Linie nachgegeben hätte. In dieser Beziehung nous sommes logés à la même enseigne, Herr Rouvier und ich. Wenn wir aber zu einer Verständigung kommen, werden wir die vernünftigen Leute in beiden Ländern für uns haben, alle diejenigen, welche das Aufhören der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Spannung wünschen, und den bon sens du public.

[2] ja

[3] l'intérêt spécial de voisinage

[4] l'empire schérifien

[5] nach dem Zusammentritt der Konferenz — dann sofort — vorher wäre Gefahr der Verschleppung aus der Fortdauer de l'état d'incertitude actuel, gros de complications. Vide übrigens Seite 6!!*

[6] gewiß

[7] tout comme chez nous

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Baldiger, endlicher Abschluß der Verhandlungen erwünscht, weil Seine Majestät spätestens am 9. d. Mts. seine Nordlandsreise antritt. Vorher muß ich Seiner Majestät Immediatvortrag halten, weil allerhöchstderselbe dann für Wochen von mir getrennt ist. Es wäre nicht gut, wenn Seine Majestät auf Reisen ginge, bevor die schwierigste und gefährliche Phase der Marokkoangelegenheit geregelt ist. Ist das Einverständnis über die Konferenz erst wirklich erreicht, so wird nach menschlicher Voraussicht die weitere Entwickelung sich glatter, leichter und ohne bedenkliche Zuspitzung der Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich vollziehen. B.

Nr. 6760

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 175 Berlin, den 5. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 273**.

Herr Rouvier hält die von uns gewünschten Abänderungen in den auszutauschenden Noten und Erklärungen an sich für irrelevant, trägt aber mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Bedenken, auf unsere Abänderungsvorschläge einzugehen.

---

* Gemeint ist der Absatz von „Gegen“ bis „délai“ auf Seite 507.

** Siehe Nr. 6759.

Wenn Herr Rouvier mit der öffentlichen Meinung operiert, so liegt die Sache bei uns nicht viel anders. Eine größere Anzahl deutscher Blätter wirft der Regierung und mir schon jetzt vor, daß ich la proie pour l'ombre hergegeben und tatsächlich auf der ganzen Linie nachgegeben hätte. In dieser Beziehung nous sommes logés à la même enseigne, Herr Rouvier und ich. Wenn wir zu einer Verständigung kommen, werden wir die vernünftigen Leute in beiden Ländern für uns haben, alle diejenigen, welche das Aufhören der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Spannung wünschen, und den bon sens du public.

Übrigens dürfte die Annahme unserer Vorschläge kaum zu einer Erregung der öffentlichen Meinung in Frankreich führen, da der durch die bisherigen Veröffentlichungen bekannt gewordene Inhalt der Entwürfe durch die von uns gewünschten Abänderungen nicht berührt wird. Andererseits können wir ohne solche Abänderungen die Schriftstücke unserer Öffentlichkeit wirklich nicht vorlegen und uns auch nicht auf die loyale Durchführung der darin enthaltenen Versprechungen verpflichten. Im einzelnen haben wir zu den französischen Gegenvorschlägen folgendes zu bemerken:

1. Aus allen meinen Mitteilungen an Ew. wissen Sie, daß wir die feste und loyale Absicht haben und es dem deutschen politischen Interesse für entsprechend halten, die französische Zukunft in Marokko intakt zu erhalten. Aber in einem internationalen Aktenstück können wir den Ausdruck „l'avenir réservé à la France" aus schon angegebenen Gründen jetzt noch nicht zur Anwendung bringen. Auf dem juristisch präziseren Ausdruck „intérêts justifiés de la France" wollen wir nicht bestehen, um den französischen Wünschen entgegenzukommen. Wir begnügen uns mit dem allgemeineren Ausdruck „intérêts légitimes".

2. Die Wendung „et par l'intérêt particulier qu'a la France à ce que l'ordre règne dans tout le territoire marocain" würde zu Mißdeutungen Anlaß geben, die wir unter den momentanen Umständen vermeiden müssen. Wenn aber dadurch die letzte Differenz beseitigt würde, wollen wir uns mit folgender Fassung der Stelle einverstanden erklären: „et par l'intérêt spécial qui en résulte pour la France à ce que l'ordre règne dans l'empire chérifien".

3. Der Vorschlag, daß unsere Gesandten bis zum Zusammentritt der Konferenz (Nr. 1 der Erklärung) in Fes bleiben, die Verhandlungen wegen des Programms aber in Tanger (Nr. 2 der Erklärung) geführt werden, erscheint nicht praktisch. Es wäre unnatürlich zu erwarten, daß die Gesandten, solange sie in Fes sind, sich jeder Tätigkeit enthalten. Es würden also Besprechungen stattfinden in Tanger und in Fes, was zu Verwirrung und unendlicher Verzögerung führen müßte. Sobald die Konferenz zusammentritt, rufen wir unsern Gesandten aus Fes ab.

Seine Majestät verläßt in den allernächsten Tagen den deutschen Boden. Bei der Geringfügigkeit der jetzt noch übrig bleibenden Divergenzen darf ich die Erwartung hegen, daß die Unterzeichnung nunmehr ohne Verzug erfolgen kann.

Bülow

Nr. 6761

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Ausfertigung

Paris, den 7. Juli 1905

Von dem „Zukunftstraum“* zu sprechen, ergab sich von allein. Dieser Gedanke entspricht ganz den Anschauungen Dupuys, ebenso wie dieser eine vorzeitige „Amputation“ für ausgeschlossen hält und eine solche als einen Fehler mit unabsehbaren Folgen ansehen würde. Nicht minder hat er volles Verständnis dafür, daß wir uns in keiner Weise vorher binden dürfen, und daß unsere spätere Haltung von der der Franzosen abhängen wird. Die Idee, uns festzulegen, haben die jetzigen Machthaber sicherlich aufgegeben. Meine gesprächsweise hingeworfene Deduktion (im Sinne des Privattelegramms vom 2. Juli**) war Dupuy durchaus sympathisch. Namentlich gefiel ihm der Gedanke, daß wir eventuell nur mit der einen bestimmten Macht uns dereinst verständigen könnten; auch leuchtet ihm die „Platzhalterei“ Spaniens in Tanger bei eventuellen englischen Bestrebungen, nach beiden Seiten der Meerenge hin Fuß zu fassen, ein.

Dies kann ich auch von Rouvier sagen, der mir, namentlich als er noch nicht das Auswärtige Amt übernommen hatte und daher freimütiger sprechen konnte, ähnliche, fast gleiche Gedanken zum Ausdruck brachte. Übrigens hat er mir oft genug erklärt, er verwerfe die Politik seines Vorgängers durchaus, wolle mit ihr brechen und ganz andere Bahnen wandeln, d. h. engen, dauernden Anschluß an Deutschland suchen, ohne dabei England vor den Kopf zu stoßen. Von Spanien habe ich nicht Gelegenheit gehabt eingehend mit Rouvier zu sprechen, welches — wie mir scheint — durch sein Abkommen als momentan abgefunden, sonst aber so ziemlich als quantité négligeable behandelt wird. Ob Rouvier Italien dieselbe Wichtigkeit beilegt, wie es Delcassé getan, möchte ich bezweifeln. Man fühlt so

---

* Vgl. Nr. 6757.
** Siehe Nr. 6757.

etwas durch, ohne viel darüber zu reden. Graf Tornielli scheint seit dem neuen Regime finsterer denn je.

Wie oft hat Rouvier mir gesagt, er möchte mit uns ein Verhältnis anbahnen, wie es mit England vereinbart worden, ein Abkommen schließen auf gleicher Basis wie mit England. Das französische Volk habe im Grunde viel mehr Neigung zu dem deutschen wie zu dem englischen.

Die Ideen des Kapitäns Gambetta* entsprechen der Auffassung Rouviers und Dupuys sowie der meisten vernünftigen Franzosen aus der politischen Welt.

Als ich Rouvier über die englischen Pläne in Arabien und am Persichen Meerbusen sprach, bemerkte er mir, er durchschaue dieselben vollkommen und passe auf. Er traut jedenfalls den neuen Freunden nicht.

Was die gegenwärtige schwebende Angelegenheit betrifft, so ist Herr Rouvier, von Dupuy unterstützt, fest entschlossen — wie mir letzterer heute noch sagte —, sich mit uns zu verständigen, es nicht zum diplomatischen Bruch kommen zu lassen und schließlich nachzugeben; er wird nur von seinen politischen Direktoren mit pedantischen, nebensächlichen Bedenken gequält und von M. Révoil terrorisiert, der sich als Kenner der nordafrikanischen Verhältnisse hineingedrängt und den — wie ich höre — die seinerzeitige Ablehnung, als Diplomat nach Süddeutschland zu gehen, zu unserem entschiedenen Feinde gemacht hat. Rouvier ist eben zu schwach, um energisch dazwischen zu fahren und seinen Willen, wie er es möchte, rücksichtslos durchzusetzen. Das sagt auch Dupuy, natürlich im Vertrauen.

Als Herr Rouvier mir gestern wieder mit der heute eingesandten französischen „Erläuterung" kam, was die Unterzeichnung unnützerweise von neuem verschob, sagte ich dem Minister schließlich sehr entschieden: „Eh bien, si vous ne voulez pas, si vous avez toujours de nouvelles objections à faire, alors il vaut mieux cesser nos négociations", worauf er mir in gutmütigster Weise in den Arm fuhr mit dem Bemerken: „Mais non, mais non, ce ne sont que des explications que je vous donne, de simples propositions que je fais. Nous sommes donc d'accord sur tout. Il faut absolument que nous finissions cette affaire ces jours-ci."

Radolin

---

* Hauptmann Juinot Gambetta hatte am 3. Juli sich gegenüber dem Geschäftsträger von Kühlmann in Tanger im Sinne einer weitgehenden deutsch-französischen Verständigung über Marokko ausgesprochen. Telegramm Kühlmanns Nr. 174 vom 3. Juli.

Nr. 6762

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 281 Paris, den 7. Juli 1905
[abgegangen am 8. Juli]

Herr Dupuy hat eine längere Unterredung heute mit Herrn Rouvier gehabt und sich von neuem überzeugt, daß derselbe in allen Punkten mit uns einverstanden ist, daß aber Révoil, Louis und der Kabinettschef Moreau den Hauptwiderstand bilden und besonders sich hinter Redaktionsbedenken stellen, um immer wieder neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Es ist wohl richtig, daß der von Euerer Durchlaucht genehmigte Zusatz „par l'intérêt spécial qui en résulte pour la France à ce que l'ordre règne dans l'empire chérifien" dieselben beiden Worte, die sich im vorherigen Satz befinden, „spéciales" und „résultent", gebraucht. Es könnte vielleicht, um diese Wiederholung zu vermeiden, statt „relations spéciales" „relations particulières" und statt „qui en résulte" eine Umschreibung gefunden werden; ich möchte durch einen derartigen Vorschlag die Bedenken der peniblen Redakteure zu beseitigen suchen.

Radolin

Nr. 6763

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 539 Paris, den 7. Juli 1905

Bei meiner gestrigen Unterredung übergab mir der Ministerpräsident, welchen ich vorher durch Herrn Dupuy über die von der Kaiserlichen Regierung gewünschten Änderungen des Entwurfs unterrichtet hatte, die angeschlossene Redaktion desselben*. Auf meine sehr bestimmte Erklärung, daß die Kaiserliche Regierung auf weitere Änderungen sich keinesfalls mehr einlassen könnte und ich dringend bäte, denselben nun endgültig anzunehmen, erwiderte mir Herr Rouvier, daß es sich lediglich um eine andere, mehr dem französischen Sprachgebrauch entsprechende Redaktion handle, wobei

* Hier nicht abgedruckt, weil bereits durch die seitdem in Paris eingegangenen deutschen Vorschläge vom 5. (siehe Nr. 6760) überholt.

alle von der Kaiserlichen Regierung gewünschten Änderungen berücksichtigt wären.

Euere Durchlaucht darf ich bitten, diesen Entwurf einer hochgeneigten Prüfung unterziehen und mich mit telegraphischer Weisung versehen zu wollen, ob ich denselben in dieser neuen Fassung nun eventuell endgültig annehmen darf. Ich hatte im Drange der Geschäfte keine Zeit, seit gestern abend die Anlage eingehend zu prüfen. Ich beehre mich, dieselbe schleunigst mit der heutigen Gelegenheit Euerer Durchlaucht zu übersenden, um keine Zeit zu verlieren.

Radolin

Nr. 6764

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 181 Berlin, den 8. Juli 1905

Antwort auf Bericht Nr. 539* und Telegramm Nr. 281**.

Ich nehme an, daß die mit Bericht Nr. 539 mitgeteilten französischen Gegenvorschläge redigiert worden waren, bevor die französische Regierung die Vorschläge meines Telegrammes Nr. 175*** kannte.

Aus Ew. Telegramm Nr. 281 hoffe ich entnehmen zu können, daß die französische Regierung inzwischen von diesen meinen letzten Vorschlägen Kenntnis erhalten und sich mit meinen Vorschlägen 1 und 3 einverstanden erklärt hat, während sie für den Vorschlag 2 nur eine andere Fassung zu erhalten wünscht. Diese Fassung könnte zur Vermeidung einer Wiederholung der Worte „spécial" und „résulte" folgendermaßen lauten: „par les relations particulières qui en résultent entre les deux pays limitrophes et par l'intérêt spécial qui s'en suit pour la France à ce que l'ordre règne dans l'empire chérifien".

Auf weitere Abänderungsvorschläge können wir uns jetzt unmöglich einlassen. Die daran sich knüpfenden Detailverhandlungen würden im gegenwärtigen Augenblick die Aussicht auf Verständigung ernstlich gefährden, während sie auf der Konferenz unbedenklich diskutiert werden können.

Bülow

---

* Siehe Nr. 6763.
** Siehe Nr. 6762.
*** Siehe Nr. 6760.

Nr. 6765

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 182 Berlin, den 8. Juli 1905

Während sich die Verhandlungen durch französisches Verschulden unabsehbar auszudehnen drohen, wird die innere Krisis in Marokko immer akuter. Dem Prätendenten ist es tatsächlich gelungen, seine Anhänger mit modernen Gewehren und sogar mit Maschinengewehren zu versehen. Ob dieselben, wie der Sultan behauptet, aus Frankreich kamen, ist für das Endergebnis gleichgültig. Udjda ist nach wie vor bedroht. Der Sultan bittet um Hülfe. Er wünscht namentlich, daß Deutschland ihm Waffen, Munition und Instrukteure schickt. Ich fahre morgen früh zu Seiner Majestät dem Kaiser. Ich bedauere, daß ich allerhöchstdemselben diese Anliegen des Sultans vortragen muß, ohne Seiner Majestät gleichzeitig sagen zu können, daß infolge der Annahme der Konferenzeinladung durch Frankreich die deutsch-französischen Beziehungen auf festen Boden gestellt sind.

Bülow

Nr. 6766

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 284 Paris, den 8. Juli 1905

Wir haben eben das Abkommen genau nach Weisung unterzeichnet. Näheres folgt.

Ministerpräsident fragt an, ob Euere Durchlaucht Bedenken haben, daß er das Abkommen am Montag zur Kenntnis der Kammer bringt. Bis dahin wird Presse über genaueren Inhalt nicht informiert.

Radolin

Nr. 6767

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 286 Paris, den 8. Juli 1905

Der Text der heute unterzeichneten Schriftstücke ist folgender:

1. Brief Rouviers an mich.

* Vgl. zu nachstehendem Telegramm das deutsche Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 22.

M. l'Ambassadeur, le Gouvernement de la République s'est convaincu par les conversations qui ont eu lieu entre les représentants des deux pays tant à Paris qu'à Berlin que le Gouvernement Impérial ne poursuive à la conférence, proposée par le sultan du Maroc, aucun but qui compromît les légitimes intérêts de la France dans ce pays ou qui fût contraire aux droits de la France résultant de ces traités (ou arrangements) et en harmonie avec les principes suivants:

souveraineté et indépendance du sultan; intégrité de son empire;

liberté économique sans aucune inégalité,

utilité de réformes de police et de réformes financières dont l'introduction serait réglée pour une courte durée par voie d'accord international,

reconnaissance de la situation faite à la France au Maroc par la contiguïté, sur une vaste étendue, de l'Algérie et de l'empire chérifien, par les relations particulières qui en résultent entre les deux pays limitrophes, ainsi que par l'intérêt spécial qui s'en suit pour la France à ce que l'ordre règne dans l'empire chérifien.

En conséquence le Gouvernement de la République laisse tomber ses objections premières contre la conférence et accepte de s'y rendre.

Agréez etc. Rouvier.

2. Die von Rouvier und mir unterzeichnete Erklärung lautet:

Le Gouvernement Allemand et le Gouvernement de la République conviennent:

1° de rappeler à Tanger simultanément leurs missions actuellement à Fez aussitôt que la conférence se sera réunie,

2° de faire donner au sultan du Maroc des conseils par leurs représentants à Fez d'un commun accord, en vue de la fixation du programme qu'il proposera à la conférence sur les bases indiquées dans les lettres échangées sous la date du 8 juillet 1905 entre l'ambassadeur d'Allemagne à Paris et le président du conseil, Ministre des affaires étrangères.

Fait à Paris, le 8 juillet 1905

Rouvier Prince de Radolin

Radolin

Nr. 6768

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 287 Paris, den 9. Juli 1905

Im Anschluß an Telegramm 286*.

Nachdem vorstehende Schriftstücke von Rouvier und mir ge-

* Siehe Nr. 6767.

zeichnet worden waren und die französische Regierung sich unserem Vorschlage nicht ohne Mühe unterworfen hatte, bat mich Rouvier, als persönliche Gefälligkeit von Euerer Durchlaucht zu erbitten, genehmigen zu wollen, daß die Redaktion des zuletzt von uns verlangten Satzes in besseres Französisch gebracht werde, was den Sinn nicht ändern würde. Er schlägt folgende Satzbildung vor: „et oder ainsi que par l'intérêt spécial qu'a la France en raison de cette frontière commune et de ces relations à ce que l'ordre règne dans l'empire chérifien".

Ad 1 der Deklaration würde Rouvier großen Wert darauf legen, daß folgende Fassung genehmigt würde: „de rappeler à Tanger simultanément leurs missions actuellement à Fez aussitôt que possible et au plus tard dès que la conférence sera réunie",

und zu 2 das Wort „à Fez" ganz fallen zu lassen, sodaß es heißen würde: „donner les conseils par leurs représentants d'un commun accord".

Rouvier würde zu großem Dank verpflichtet sein, wenn seiner Bitte bis Montag früh entsprochen werden könnte, um die von uns bereits unterschriebenen Schriftstücke mit der von ihm gewünschten Veränderung umzuschreiben und einzutauschen, die er dann der Kammer am Montag vorlegen würde. Rouvier bemerkt, daß im Sommer der Aufenthalt in Tanger oder Fes für Europäer unerträglich wäre, und es sich empfehlen würde, einen anderen Ort für die Konferenz in Aussicht zu nehmen, z. B. Haag. Die heutigen zweistündigen Verhandlungen vor der endlichen Unterzeichnung der Schriftstücke hatten im letzten Moment so große Schwierigkeiten wegen des Widerstandes des anwesenden Herrn Révoil gemacht, daß ich meine Akten zuschlug und erklärte, ich würde die Verhandlungen definitiv abbrechen, wenn nicht Wort für Wort unserer Vorschläge angenommen würde, was denn auch geschah.

Radolin

Nr. 6769

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 184 Berlin, den 9. Juli 1905

Antwort auf Telegramme Nr. 284, 286, 287*.

Den Wünschen des Herrn Rouvier wegen Abänderung der ausgewechselten Noten und Erklärungen möchten wir in den ersten

* Siehe Nr. 6766—6768.

beiden Punkten nicht Rechnung tragen. Die Stelle „ainsi que par l'intérêt spécial pp." hat nach den Vorgängen zu so vielen Zweifeln Anlaß gegeben, daß eine nochmalige Änderung besser unterbleiben dürfte. Die Einschiebung der Worte „aussitôt que possible" in die Erklärung zu 1 möchten wir deshalb vermeiden, weil die Erklärung in dieser Fassung einen ungünstigen Eindruck auf den Sultan machen würde. Mit der Streichung der Worte „à Fez" in der Erklärung zu 2 sind wir einverstanden, sofern Herr Rouvier nach Ablehnung der übrigen Punkte noch Wert darauf legen sollte. Ich bitte um Drahtnachricht, ob danach die Worte „à Fez" gestrichen sind*.

Gegen die für Montag in Aussicht genommene Mitteilung des Abkommens an die französische Kammer bestehen keine Bedenken. Wir beabsichtigen, die Schriftstücke in deutscher Übersetzung in der morgigen Abendnummer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu veröffentlichen**.

Die Abhaltung der Konferenz an einem anderen Orte als Tanger dürfte aus sachlichen Gründen kaum möglich sein, da es sich der Hauptsache nach um Fragen lokaler Natur handelt, die nur an Ort und Stelle übersehen werden können.

Richthofen

Nr. 6770

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 557 Paris, den 11. Juli 1905

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, die Originale der vom Ministerpräsidenten Herrn Rouvier und mir am 8. Juli 1905 unterzeichneten Schriftstücke, die Marokkoangelegenheit betreffend, anliegend zu überreichen.

Es hat viel Mühe, Geduld und mitunter recht energischen Auftretens bedurft, um diese an sich so einfache Arbeit zu beenden. Wenn es nur auf Herrn Rouvier angekommen wäre, würde längst die Angelegenheit erledigt worden sein. Die seit vielen Wochen dauernden Vorverhandlungen, die ich mit Hilfe des Herrn Dupuy und des Herrn Betzold geführt in Fällen, wo es angezeigter schien, nicht persönlich hervorzutreten, sind vielfach erschwert worden durch das Eingreifen von Beamten, die dem Auswärtigen Ministerium angehören,

* Es geschah laut Telegramm Radolins Nr. 290 vom 10. Juli.

** Sie finden sich außerdem abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 22.

und Fachmännern für nordafrikanische Fragen. Beide bilden eine Macht, gegen die der Neuling in der Routine der formellen Behandlung auswärtiger Fragen, der sich allein vom gesunden Menschenverstand leiten läßt und nur die großen Ziele der Politik im Auge hat[1], nur schwer ankämpfen kann. Der feste Knäuel der Bureaukratie in den einzelnen Ministerien, die die unumstößliche Tradition bildet, macht es in Frankreich allein möglich, daß die vielen Wechsel der Persönlichkeiten der verschiedenen Minister in nichts den Lauf der Geschäfte ändern. Wenn zum Beispiel ein Arzt oder ein Journalist von heute zu morgen Marineminister, ein agent de change Kriegsminister, ein Bankier Auswärtiger Minister wird, gehört eine ungewöhnliche Energie und rücksichtslose Kraftanstrengung dazu, Wandel in der Grundauffassung der ihm unterstellten Ressorts zu schaffen und mit der sogenannten Tradition zu brechen.

Herr Rouvier, der das große Ziel ehrlich verfolgt, die bisherige Politik zu ändern und eine dauernde Annäherung an Deutschland zu suchen, hat in dieser Richtung schon weit mehr durchgesetzt, als anfänglich möglich schien. Auch wird er sicherlich suchen — wenn er sich nicht entmutigen läßt, was immerhin zu befürchten wäre —, sich allmählich von Leuten in dem ihm fremden Auswärtigen Ministerium zu umgeben, die ihm in seiner Politik treu zur Seite stehen, was er kaum von denen erwarten kann, die seit langen Jahren den entgegengesetzten Prinzipien zugetan waren. Mit einem Schlage läßt sich das für ihn nicht tun, aber mit der Zeit wird es seinen außenstehenden Freunden, die seine Ansichten, welche auch die unsrigen sind, teilen, vielleicht gelingen, neue Elemente in seine Umgebung zu bringen.

Soweit es mir möglich ist, werde ich mit Hilfe derer, die mich bisher erfolgreich unterstützt haben, mit aller Kraft, aber auch mit großer Vorsicht in diesem Sinne weiterarbeiten.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Kapitel CXLIX

Die Verständigung über das Konferenzprogramm Das Ubereinkommen vom 28. September 1905

Nr. 6771

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 185 Berlin, den 10. Juli 1905

Herr Rouvier hat die Konferenz angenommen, weil und nachdem er die Überzeugung erlangt hatte, daß die deutsche Regierung wirklich den Wunsch hegt, sich mit Frankreich über die Marokkofrage zu verständigen. Diese für uns wie für Frankreich erwünschte Verständigung wäre aber ernstlich in Frage gestellt, wenn Herrn Révoil der Einfluß auf die kommenden Verhandlungen gestattet würde, welchen er offenbar erstrebt. Wir hoffen deshalb lebhaft, daß das nicht der Fall sein wird. In dieser Verwahrung kommt keine deutsche Laune zur Geltung, sondern lediglich das Urteil des Ministerpräsidenten Combes, welcher Herrn Révoil als eine Gefahr für Frankreichs auswärtige Beziehungen ansah und ihn deshalb aus Algier zurückrief. Herr Delcassé protestierte damals (April 1903) gegen diese Maßregel des Ministerpräsidenten in einem wütenden „Temps"-Artikel, überschrieben „Une faute", wo Herr Combes persönlich aufs schärfste angegriffen wurde. Wir müssen nach diesem Vorgange in Herrn Révoil den Vertreter des Delcassé-Programms sehen, welches sich dahin zusammenfassen läßt: Freundschaft mit allen Mächten außer mit Deutschland. Wir würden unter den Umständen dazu gedrängt werden, auch unsererseits anderswo als mit Frankreich Interessengemeinschaft anzubahnen, während unser bisheriger Plan dahin ging, in erster Linie Fühlung mit Frankreich zu gewinnen. Diesen Gedanken müssen wir als aussichtslos aufgeben, sobald wir gewahr werden, daß auf französischer Seite die Verhandlungen durch einen notorischen Chauvinisten, einen Märtyrer der Delcassé-Politik beeinflußt werden. Diese Personenfrage ist von weittragender Bedeutung für den Ausgang der diplomatischen Aktion, welche jetzt beginnt. Ew. wollen deshalb unverzüglich in diesem

Sinne eindringlich mit Herrn Dupuy und, falls dieser es außerdem für nützlich hält, auch mit Herrn Rouvier reden.

Wiederholte französische Anspielungen, welche in Ew. Berichterstattung wiedergegeben sind, machen es wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit man Ihnen andeuten wird, Herr Révoil sei nicht feindseliger gegen Deutschland gesinnt als Graf Tattenbach gegen Frankreich, und es werde daher eine billige Kompensation sein, beide Herren gleichzeitig zu eliminieren. Ew. werden darauf erwidern können, daß Graf Tattenbach, weit entfernt, franzosenfeindlich zu sein, vielmehr in seinem letzten Telegramm vor der Abreise nach Fes, am 29. April, sich wie folgt äußerte: „Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir uns damit begnügen wollen, gegen Frankreich, sei es durch Unterstützung des Sultans mit Geld und Waffen, sei es durch Anlehnung an die konservative altmarokkanische, fanatisch franzosenfeindliche Partei, einen langen diplomatischen Kampf auszufechten, oder ob wir durch eine Verständigung mit Frankreich ein Unterpfand für eine großzügige Politik gewinnen wollen*."

Es ist nicht schwer herauszufühlen, daß der Gesandte zu der letzteren dieser beiden Alternativen neigt. Ihm ward damals erwidert**, er möge seine Aufgabe darin erblicken, die Zukunft freizuhalten für die Möglichkeit der von ihm angedeuteten deutsch-französischen Vereinbarung. Für den Augenblick sei dieselbe nicht realisierbar.

Damals war Herr Delcassé noch Minister, es gehörte daher ein robuster Glaube dazu, um die Frage überhaupt zu erwägen, ob er zu einer deutsch-französischen Verständigung die Hand bieten würde. Graf Tattenbach hat nachher, seiner Instruktion gehorchend, in Fes die deutsche Politik gegen das Delcassé-Programm vertreten. Aber seine obige Anregung, zu welcher er sich im Augenblick der Abreise noch entschloß, läßt erkennen, daß eine Verständigung mit Frankreich ihm sympathischer sein würde.

Ew. werden infolgedessen Herrn Dupuy bezw. Herrn Rouvier wahrheitsgemäß versichern können, daß es für die deutsche Regierung schwer sein würde, unter unseren Diplomaten einen anderen von der ausgesprochen frankophilen Tendenz des Grafen Tattenbach ausfindig zu machen. Die Ausschaltung dieses letzteren von den weiteren Verhandlungen würde daher einen Verlust für die Sache der deutsch-französischen Verständigung bedeuten. Ein Gewinn für diese Sache würde es sein, wenn Herr Dupuy es auf sich nehmen wollte, solche Persönlichkeiten, die er als geeignet erachtet, bei Herrn Rouvier durchzusetzen.

Richthofen

---

* Siehe Kap. CXLVII, Nr. 6642.
** Siehe das., Nr. 6643.

Nr. 6772

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Privat Berlin, den 10. Juli 1905

Zu dem heutigen amtlichen Telegramm*. Die bevorstehenden Verhandlungen können nur dann zu einer Verständigung führen, wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, und wenn man namentlich auf französischer Seite sich vom Programm Delcassé freimacht. Wenn Leute wie Révoil und Louis maßgebend bleiben, habe ich sehr wenig Hoffnung. Der einzige Mann drüben, der die Lage versteht, ist Dupuy. Er muß alles daran setzen, um Leute, welche für seine Anschauungen empfänglich sind, mit den Verhandlungen betrauen zu lassen. Es ist dabei wichtiger, wer in Paris an der Zentralstelle die Instruktionen ausarbeitet, als wer sie in Tanger ausführt. Dupuy muß das alles an Rouvier sagen und ihm solche Leute bezeichnen, welche nicht wie Cambon, Louis, Révoil auf das Programm Delcassé eingeschworen sind. Wenn Dupuy Minister des Auswärtigen wäre, würde zwischen Deutschland und Frankreich alles glatt gehen.

Holstein

Nr. 6773

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 186 Berlin, den 11. Juli 1905

Nachdem die französische Regierung die Marokkokonferenz angenommen hat, sind wir unserer früheren Zusage gemäß gern bereit, uns mit ihr im einzelnen über das Programm und die Ziele der Konferenz zu verständigen. Dies erscheint schon deshalb angezeigt, damit wir dem Sultan die in Aussicht genommenen gemeinsamen Ratschläge für das Programm erteilen können. Der einfachste Weg würde, wie wir bereits angedeutet haben, der sein, daß uns zunächst die französische Regierung ihre einzelnen Vorschläge und Wünsche mitteilt.

Euere pp. bitte ich, Herrn Rouvier eine entsprechende Mitteilung zu machen und mich von seiner Antwort telegraphisch zu unterrichten.

Bülow

* Siehe Nr. 6771.

Nr. 6774

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 21 Berlin, den 11. Juli 1905

Das Zustandekommen der Marokkokonferenz erscheint nunmehr gesichert, nachdem sich Frankreich zu deren Annahme auf Grund des Ihnen anderweitig mitgeteilten Schriftwechsels vom 8. Juli bereiterklärt hat.

Euere pp. bitte ich, der marokkanischen Regierung eine entsprechende Mitteilung zu machen und dabei folgendes zu bemerken. Wir glauben, den Wünschen des Sultans durchaus entsprochen zu haben, indem wir die Annahme der Konferenz durch Frankreich und damit voraussichtlich auch durch die übrigen Mächte durchgesetzt haben. In den mit Frankreich ausgetauschten Erklärungen wird die Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans sowie die Integrität seines Reiches ausdrücklich anerkannt, ebenso die internationale Grundlage des in Aussicht genommenen Reformwerks. Wenn wir versprochen haben, auf der Konferenz die legitimen Interessen Frankreichs und seine Vertragsrechte zu achten, so haben wir uns damit zu nichts verpflichtet, was die Unabhängigkeit Marokkos gefährden könnte.

In den deutsch-französischen Erklärungen ist vorgesehen, daß dem Sultan gemeinsame Ratschläge zur Feststellung des Konferenzprogramms erteilt werden sollen. Im Hinblick hierauf haben wir die französische Regierung gebeten, uns im einzelnen ihre Vorschläge und Wünsche mitzuteilen. Vor weiterer Verständigung mit Frankreich werden Ihnen diese zur gutachtlichen Äußerung zugehen.

Entgegen dem von Frankreich ausgesprochenen Wunsche haben wir entschieden daran festgehalten, daß Euere pp. bis zum Zusammentritte der Konferenz in Fes verbleiben, damit wir einen maßgebenden Einfluß auf den Sultan behalten. Für die Konferenz selbst sind Sie als unser erster Delegierter in Aussicht genommen.

Was Ihre weitere Haltung in Fes betrifft, so bitte ich, im Auge zu behalten, daß Sie demnächst mit dem französischen Vertreter gemeinsam zu handeln haben werden. Die vom Sultan uns angebotenen Konzessionen* erachten wir als wünschenswerte Vorteile,

* Außer der Leitung der Armeereorganisation (vgl. Kap. CXLVIII, Nr. 6714) waren der deutschen Regierung wiederholt wirtschaftliche Konzessionen vom Sultan angetragen, z. B. der Ausbau des Hafens von Ajerut, Vergebung des Kabelbaus für die Strecke zwischen Ajerut und Tanger an eine deutsche Kabelgesellschaft usw. Telegramm Tattenbachs Nr. 36 vom 23. Juni.

werden sie indes nur dann annehmen können, wenn sie mit den zu erwartenden Konferenzbeschlüssen nicht im Widerspruche stehen. Euere pp. wollen daher gegenüber den Ihnen bisher gemachten Angeboten eine abwartende Stellung einnehmen und sich hierfür auf den vorstehend angegebenen Grund berufen.

Der wichtigste und schwierigste Punkt wird für uns der sein, durchzusetzen, daß uns von der Konferenz die in Ihrem Telegramme Nr. 38* erwähnten Polizeireformen an der atlantischen Küste übertragen werden. Ich würde es aus naheliegenden Gründen für richtig halten, daß wir nicht selbst entsprechende Anträge stellen, sondern

* In Telegramm Nr. 38 vom 25. Juni 1905 hatte Graf Tattenbach sich ausführlich über die Stellungnahme des Sultans zu den Reformen geäußert und im Anschluß daran ein eigenes Reformprogramm entwickelt, wobei das Hauptgewicht auf die Armeereorganisation und die Schaffung von Polizeikorps, weiterhin auf wirtschaftliche Beteiligung Deutschlands gelegt wurde. Es hieß darüber in dem Telegramm: „Die Frage der Armeeorganisation, der Instrukteure und Schaffung von Polizeikorps ist die wichtigste. Ich hätte gewünscht, daß wir die Aufgabe übernehmen, eine kleine tüchtige Armee unter den Augen und der tatkräftigen Mitwirkung des Sultans zu organisieren, und ihm dadurch die Möglichkeit geben, sein durch die Verwerfung der französischen Protektoratsbestrebungen gehobenes Prestige zu befestigen, den Prätendenten zu vernichten, die Kabylen nach und nach wieder zu unterwerfen und sie zu den gesetzlichen Leistungen an Geld und Heerfolge zu zwingen. Da dies anscheinend gegenwärtig nicht geschehen kann, müssen wir darauf bestehen, daß uns in den westlichen Küstenorten von Rabat nach Süden die Bildung von Polizeikorps übertragen werde. Vielleicht kann sich hieraus der Anstoß zu einer Armeeorganisation ergeben, wenn der Sultan späterhin nach Marrakesch übersiedelt und die jetzigen englischen Militärinstrukteure aufgeben sollte. Besser wäre es natürlich, die letzteren sofort durch deutsche Offiziere zu ersetzen.

An der französischen Grenze werden die Marokkaner auch fernerhin hinnehmen müssen, was seit 1847 in verschiedenen Abmachungen mündlich und schriftlich festgelegt worden ist. Zu mehr wird der Sultan nicht zu haben sein und jedenfalls nur dann, wenn Frankreich sich zur Abgabe einer Integritätserklärung des marokkanischen Gebiets nach vorheriger endgültiger Grenzfestsetzung verstehen sollte. Die marokkanisch-französischen Grenzabmachungen sind erst seit gestern in meinen Händen. Sobald sie übersetzt sind, werde ich sie Euerer Durchlaucht einsenden. Die Polizeikorps werden vorerst ihre Wirksamkeit auf den Sicherheitsdienst in den Küstenplätzen beschränken müssen. Eine Einteilung des Landes in Distrikte und die Aufrechterhaltung der Ordnung in denselben durch diese Polizeikorps ist bei dem gegenwärtigen unbotmäßigen Zustand der Kabylen ausgeschlossen.

Von der Westküste müßten französische Instrukteure natürlich verschwinden. Ihre fernere Wirksamkeit in Tanger, Tetuan und weiter nach Osten könnte uns gleichgültig sein.

Die minimale Stärke der Polizeikorps müßte festgelegt, ihre Bezahlung durch die Staatsbank sichergestellt werden.

Was nun die eigentliche Eröffnung des Landes durch Wege, Eisenbahnen und Telegraphen und durch Verbesserung der Häfen anbelangt, so müssen jedenfalls die uns vom Sultan bereits gegebenen Zusicherungen (Hafen von Tanger und Larache) aufrecht erhalten bleiben und uns gültige Zusicherungen für entsprechende Berücksichtigung in der Zukunft erteilt werden. Ich

daß uns diese Reformen gewissermaßen gegen unsern Willen aufgedrängt werden. Das würde vielleicht auf dem Wege zu erreichen sein, daß wir, wenn Frankreich für sich militärische und polizeiliche Reformen in den Grenzdistrikten verlangt, dem Sultan klarmachen, wie solche Reformen, um nicht seine Unabhängigkeit zu gefährden, eines Gegengewichts bedürfen, also entsprechende Reformen anderer Mächte in sonstigen Teilen seines Gebiets zur Voraussetzung haben müssen. Das Nähere wird sich indes erst übersehen lassen, wenn die französischen Einzelwünsche vorliegen.

Bülow

Nr. 6775

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 92 Berlin, den 13. Juli 1905

Nachdem Frankreich die Einladung zur Marokkokonferenz angenommen hat, wird deren Zustandekommen als gesichert angesehen werden können. Es handelt sich somit nunmehr darum, Ort und Zeit der Konferenz endgültig festzusetzen.

Als Ort der Konferenz hat der Sultan Tanger bezeichnet, während man auf französischer Seite zum Haag und neuerdings zu Genf neigt. Wir glauben, daß aus sachlichen Gründen allein Tanger in Frage kommen kann. Die Abhaltung der Konferenz an einem europäischen Orte würde ihr von vornherein einen ausschließlich politischen Charakter geben, während für die Mehrzahl der beteiligten Mächte doch gerade die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrunde stehen. Die wirtschaftlichen Fragen können aber ebenso wie die gleichfalls in Betracht kommenden Finanzfragen nur an Ort und Stelle richtig übersehen werden, zumal bei deren Prüfung die Auskunft ortskundiger Personen unentbehrlich ist. Eine Marokkokonferenz außerhalb Marokkos würde daher voraussichtlich nichts Brauchbares zuwege bringen.

Die Festsetzung der Zeit der Konferenz wird naturgemäß dem Sultan zu überlassen sein. Doch dürfte es im Interesse aller beteiligten Mächte liegen, wenn der Zusammentritt nicht zu lange hinausgeschoben wird.

---

habe in den allerletzten Tagen den Eindruck bekommen, daß England uns in dieser Hinsicht bekämpft und Vorteile für sich selbst erlangen wolle. Die gegenwärtigen deutsch-französischen Besprechungen kommen in dieser Beziehung England sehr gelegen."

Ew. pp. bitte ich, die dortige Regierung sofort von den vorstehenden Gesichtspunkten in Kenntnis zu setzen und für unsere Auffassung mit Nachdruck einzutreten.

Die Botschaften in Madrid, Rom, Washington und St. Petersburg erhalten gleiche Weisung. Ähnliche Instruktionen ergehen an die Botschaft in Paris*. Die Botschaft in London wird entsprechend informiert, soll jedoch die vorstehenden Fragen nicht von sich aus anregen.

Mühlberg

Nr. 6776

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 303 Paris, den 14. Juli 1905

Rouvier, den ich heute früh bei der großen Parade sah, sagte mir, er könne vor Montag keinen Augenblick finden, um mich in Ruhe zu sprechen. Ich werde ihn indes morgen, wenn auch nur kurz, sprechen, um mich der Weisung in Telegramm Nr. 188** zu entledigen und nochmals auf Tanger zu bestehen.

Ich habe inzwischen von verschiedenen Seiten indirekt auf den Minister einwirken lassen, um ihm begreiflich zu machen, daß ohne schleunige Änderung seiner Ratgeber im Auswärtigen Ministerium er nicht aus dem Delcasséschen Fahrwasser herauskommen könne und die Folgen zu tragen haben würde. Dupuy arbeitet nach Kräften in diesem Sinne. Die ihm heute gemachte Mitteilung aus dem Privatbrief Exzellenz von Holsteins von gestern*** ist ihm wie aus der Seele gesprochen. Nur bittet Dupuy ebenso wie Léon, Rouvier nicht zu sehr die Pistole auf die Brust zu setzen. Er wird schon in der Presse wegen zu großer Nachgiebigkeit angegriffen. Er würde ja alles tun, was wir wünschen, nur müßte er etwas Zeit haben, um das Terrain vorzubereiten. Der schlaue Nichtfranzose Léon meinte in unserer heutigen Unterhaltung, man erreiche bei Franzosen alles durch galant doigté, aber nicht durch Brüskierung.

Übrigens höre ich aus Kreisen des Auswärtigen Ministeriums, daß Louis sich selbst nicht wohl fühlt mit Rouvier, er würde vielleicht gern ins Ausland gehen.

Révoil wird in jenen Kreisen als wahrscheinlicher Kommissar für die Konferenz bezeichnet. Würden Euere Durchlaucht eventuell damit einverstanden sein? Er würde dort weniger schaden als an der Zentralstelle.

Radolin

---

* Es geschah durch Telegramm Nr. 188 vom 13. Juli.
** Siehe Fußnote *.
*** Nicht bei den Akten.

Nr. 6777

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 306 Paris, den 20. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 186 vom 11. Juli*.

Der Minister Rouvier hat mir soeben nachstehenden Entwurf mit dem Bemerken, daß er in einigen Tagen mir die näheren Ausführungen des Programms zukommen lassen werde, ...**:

„Après avoir mûrement examiné la question du programme, les points mis à l'étude en vue d'un projet de programme à proposer d'accord au sultan sont:

I. L'organisation de la police hors de la région frontière, c'est-à-dire hors des districts où elle est réglée par accord franco-marocain.

II. Les réformes financières en vue d'asseoir et de régulariser le crédit du Maroc et de fournir au Gouvernement marocain les ressources nécessaires à l'entretien des forces de police et à des premières améliorations de l'outillage économique."

Ohne sich noch bestimmt für Tanger als Ort der Konferenz auszusprechen, bemerkte der Minister, daß ihm die von uns angeführten Gründe, die wir für Tanger geltend gemacht hätten, durchaus einleuchteten. Er behielt sich eine endgültige Antwort vor.

Radolin

Nr. 6778

Der Geschäftsträger in Washington Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, z. Z. in Lenox, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 152 Lenox (Massasuchet), den 25. Juli 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 171***.

Sekretär des Präsidenten schickt mir folgende Antwort für Freiherrn von Sternburg:

„Will communicate with Jusserand and am sure you will understand my great reluctance to interfere further. America has no

---

* Siehe Nr. 6773.

** Zifferngruppe fehlt, wohl: „übergeben".

*** Im wesentlichen identisch mit der Weisung nach Wien vom 13. Juli; siehe Nr. 6775.

interest in the matter and it has only been my strong feeling for the Emperor and my anxiety for peace that have enabled me hitherto to act as the Emperor has suggested. Theodore Roosevelt."

Bussche

Nr. 6779

Der Geschäftsträger in Washington Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, z. Z. in Lenox, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 154 Lenox, den 30. Juli 1905

Präsident sendet mir nachstehendes Telegramm mit dem Ersuchen, es Seiner Majestät dem Kaiser und König zu übermitteln.

„His Majesty

William Emperor of Germany

Berlin.

Deeply appreciate your telegram and heartily thank you for the great services you are rendering in connexion with Emperor Nicolas*. Have just heard from France. They insist Monsieur Révoil has been from the first an advocate of an understanding with Germany concerning Morocco and was appointed because he knew the question fully and was very conciliatory, so that his appointment was regarded as a guarantee for an equitable and permanent settlement. They strongly object to Tangier as a bad choice, being a hot bed of intrigue . . .**, each legation having its clientele; but evidently desire to meet your wishes, and suggest that the conference be inaugurated there but that it be continued elsewhere, as at San Sebastian in Spain or at some town in Switzerland. They do not mention the Hague, and I do not know, whether this is inadvertence or whether they prefer San Sebastian or some town in Switzerland. Theodore Roosevelt." Bussche

Nr. 6780

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 315 Paris, den 30. Juli 1905

Erhalte soeben Privatbrief Rouviers, in welchem sich derselbe über die auf Betreibung des Grafen von Tattenbach vom Sultan an

* Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXIX.
** Zifferngruppe fehlt.

deutsche Unternehmer vergebenen Hafen- und andere Arbeiten sowie Lieferungsaufträge (Bestellung von Schiffen) sehr beunruhigt und bestürzt zeigt nach den getroffenen Abmachungen und den angeblichen Zusicherungen Euerer Durchlaucht an Bihourd.

Wäre Euerer Durchlaucht für umgehende Weisung behufs Beantwortung dieses Schreibens dankbar, indem ich mich auf meinen Bericht Nr. 617 vom 25. Juli und das Telegramm Nr. 313 vom 28. Juli* beziehe.

Radolin

Nr. 6781

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Für Baron von Holstein — Paris, den 30. Juli 1905

Im Anschluß an Telegramm vom 30. d. Mts.**

Übersetzung des Privatbriefes Rouviers vom 29. Juli, den ich am 30. erhalten habe:

„Im Laufe unserer Unterhaltung am 20. Juli habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die von Graf Tattenbach in Fes entwickelte Tätigkeit gelenkt, Konzessionen für deutsche Unternehmer im Hafen von Tanger zu erlangen. Ich habe Sie daran erinnert, daß wir uns im Laufe der Unterredung, die wir zu Abschluß des Abkommens am 8. Juli geführt haben, dahin verständigt hätten, alle Sonderverhandlungen mit dem Sultan zu unterbrechen von dem Moment ab, wo die Konferenzeinladung angenommen sein würde. Ich fügte hinzu, daß der Gesandte in Fes angewiesen worden sei, in diesem Sinne zu handeln, und daß ich erwarten dürfte, daß Graf Tattenbach in gleichem Sinne instruiert würde, und darum gebeten hatte. Ohne bisher eine Antwort hierauf von Ihnen erhalten zu haben, bin ich benachrichtigt worden, daß Graf Tattenbach die Vollziehung eines Kontrakts erhalten habe, welcher dem Hause Rentemann die Konstruktion einer Mole und von Magazinen in Tanger sichert. Graf Tattenbach bemühe sich, noch weitere Vorteile in anderen Hafenplätzen Marokkos sowie die Bestellung von Schiffen zu erlangen, wozu eine Anleihe in Aussicht genommen sei.

---

* Beide angezogene Schriftstücke hatten bereits die Beunruhigung gemeldet, in die Rouvier durch die einlaufenden Nachrichten über Graf Tattenbachs erfolgreiche Bestrebungen versetzt war, den Sultan zu wirtschaftlichen Konzessionen an Deutschland zu bewegen.

** Siehe Nr. 6780.

Das ökonomische Werk der Reformen, welches der Konferenz zuzufallen habe, wäre auf diese Weise von vornherein in einem ausgedehnten Maße zugunsten Deutschlands präjudiziert.

Fürst von Bülow hatte im Laufe zweier Unterredungen mit Bihourd darauf hingewiesen, daß neben anderen Vorteilen die Annahme der Konferenz durch Frankreich der Unsicherheit der Situation ein Ende machen würde de prévenir les surprises du Gouvernement chérifien, notamment celle provenant des offres qu'il faisait à l'Allemagne.

Auf diese Erklärungen Bezug nehmend, vermag ich nicht zu verstehen, wie Verhandlungen, welche so wenig im Einklang mit den vom Herrn Reichskanzler dargelegten Gesichtspunkten stehen, und durch welche das Abkommen vom 8. Juli unzweifelhaft inspiriert worden ist, abgeschlossen werden konnten und noch fortgesetzt werden. Rouvier."

Radolin

Nr. 6782

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Norderney, den 31. Juli 1905
Geheim

Für die Marokkofrage kommen jetzt drei Gesichtspunkte in Betracht:

1. Wir müssen uns die Möglichkeit reservieren, Frankreich in dem Augenblick, wo dieses sich wegen seines Anschlusses an die deutsch-russische Verständigung zu entscheiden hat, auch freie Hand in Marokko gewähren zu können. Eine bessere Verwendung könnte Marokko für uns nicht finden, und das wäre der weitaus günstigste Abschluß unserer Marokkokampagne.

2. Um dies zu erreichen, dürfen wir unseren prinzipiellen und allgemeinen Standpunkt in der Marokkofrage nicht vorzeitig preisgeben. Die Franzosen dürfen aber auch nicht glauben, daß unsere letzten Absichten dahin gingen, in Marokko selbst endgültig Fuß zu fassen.

3. Es erscheint mir ratsamer, die Marokkofrage bis auf weiteres versumpfen zu lassen, als sie zu brüskieren. Schiebereien oder Drohungen wegen Marokkos in diesem Augenblick würden Frankreich nur noch enger an England herandrängen und gleichzeitig Kaiser Nikolaus in die Meinung versetzen, daß er unmittelbar nach Björkoe ge-

zwungen werden solle, zwischen uns und Frankreich zu optieren. Von diesen Gesichtspunkten aus bitte ich den Entwurf des Telegramms an den Kaiserlichen Botschafter in Paris nochmals zu prüfen.

Bülow

Nr. 6783

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 320 Paris, den 2. August 1905

Ministerpräsident Rouvier hat mir heute den in Aussicht gestellten Programmentwurf in einem längeren Schreiben zukommen lassen*. Die daran ...** Vorschläge sind auf das Abkommen vom 8. Juli basiert. Um den Beschlüssen der Konferenz nicht vorzugreifen und deren Annahme durch die Mächte zu sichern, enthält sich der Entwurf nach Möglichkeit, Einzelfragen zu berühren.

Dennoch glaubt Rouvier zur Begründung der Vorschläge die allgemeinen Gesichtspunkte nachstehend darlegen zu sollen, welche sie veranlaßt haben:

„Organisation de la police hors de la région frontière, c'est-à-dire hors des districts où elle est réglée par un accord franco-marocain.

Premièrement. Création de corps de troupes marocaines pour la police à Tanger, Larache, Rabat et Casablanca.

Deuxièmement. Surveillance et répression de la contrebande des armes par terre.

II. Réforme financière.

Concours financier donné au Maghzen par la création d'une Banque d'Etat avec privilège d'émission, se chargeant des opérations de trésor, s'entremettant pour la frappe de la monnaie, dont les bénéfices appartiennent au Maghzen.

La Banque d'Etat procède à l'assainissement de la situation monétaire.

Les crédits ouverts au Maghzen seraient employés à l'équipement et à la solde des troupes de police et à certains travaux publics urgents, notamment à l'amélioration des ports et de leur outillage.

III. Engagement par le Maghzen de n'aliéner aucun des services publics au profit d'intérêts particuliers. Principe de l'adjudication, sans exception de nationalité, pour les travaux publics."

---

* Siehe den Text der französischen Note vom 1. August im französischen Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905", Nr. 294.

** Zifferngruppe fehlt.

Herr Rouvier glaubt, daß diese näher ausgeführten Vorschläge den bisherigen Verständigungen entsprechen und nach beiderseitigem Einverständnis dem Sultan zur Annahme vorgelegt werden könnten.

Verfolgung von Sonderbestrebungen der beiderseitigen Missionen hat nach Abschluß des Vertrags vom 8. Juli aufzuhören.

Rouvier weist auf den Inhalt seiner beiden Privatbriefe hin (siehe Telegramme Nr. 315* und 318**) und gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die Kaiserliche Regierung die Ansicht der Französischen Republik teile, und schlägt in diesem Falle vor, die Gesandten in Fes mit Weisung zu versehen, das Einverständnis des Sultans einzuholen behufs baldigen Zusammentritts der Konferenz.

Über den Ort der Konferenz spricht sich die Denkschrift, welche heute abend durch Prinz Wilhelm Wied im Original expediert wird, nicht aus.

Radolin

Nr. 6784

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin****

Telegramm. Konzept

Nr. 201 Berlin, den 3. August 1905

Antwort auf Bericht Nr. 617 und Telegramme Nr. 313, 314, 318 sowie im Anschluß an diesseitiges Telegramm Nr. 196†.

Euere Durchlaucht haben seinerzeit Herrn Rouvier davon in Kenntnis gesetzt, daß wir bisher auf alle Anerbietungen der

---

* Siehe Nr. 6780.

** In Telegramm Nr. 318 meldet Fürst Radolin den Empfang eines zweiten Privatbriefs Rouviers, worin dieser seiner Besorgnis über angebliche weitere an Deutschland seitens Marokkos gemachte Konzessionen Ausdruck verleiht und darauf hinweist, daß ein derartiges Vorgehen Deutschlands nicht in Einklang mit der am 8. Juli getroffenen Vereinbarung stehen würde.

*** Teilweise veröffentlicht im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko 1906", Nr. 25.

† Vgl. Nr. 6780, S. 530, Fußnote *, und 6783, S. 533, Fußnote **. Die angezogenen Aktenstücke betrafen bis auf das Berliner Telegramm Nr. 196 die der deutschen Regierung durch den Sultan von Marokko angebotenen Konzessionen und die dadurch in Frankreich erzeugte Beunruhigung. Telegramm Nr. 196 setzte Fürst Radolin davon in Kenntnis, daß der französische Gesandte in Tanger den Sultan durch Vorspiegelung eines geheimen deutschen Einverständnisses mit Frankreich einzuschüchtern suche: „Graf Tattenbach meldet aus Fes vom 23.: ‚Der französische Gesandte hatte durch seinen bekannten algerischen Dragoman der Regierung eröffnet, daß zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich Marokkos vollständiges Einvernehmen herrsche. Dieses Einvernehmen beruhe auf geheimen Abmachungen, wonach Frankreich auf der

marokkanischen Regierung, die uns in Marokko eine Vormachtstellung sichern würden, nicht eingegangen seien und an diesem Standpunkt festhalten würden, solange wir auf eine Verständigung mit Frankreich rechnen könnten.

Meldungen aus Tanger zufolge ist kürzlich zwei deutschen Firmen im Abschluß von seit Monaten schwebenden Verhandlungen der Bau einer Mole in Tanger im Wert von cr. 60 000 Pfund übertragen worden. Von einer Mitwirkung des Grafen Tattenbach bei diesem Abschluß oder bei der Vergebung irgendeiner anderen Konzession ist hier nichts bekannt. Die Kaiserliche Regierung hat ihn aber zum Bericht hierüber aufgefordert und wird sich ihre Stellungnahme zu dem Vertrag über den Molenbau, sobald derselbe ihr bekannt wird, vorbehalten. Unserer oben erwähnten Zusage gemäß haben wir deutsche Banken, die den Sultan zur Beseitigung augenblicklicher Not auf die nächste von Marokko aufzunehmende Anleihe einen Vorschuß von 10 Millionen Mark gewährten, verhindert, daß der Vorschuß von Konzessionen wirtschaftlicher oder administrativer Natur abhängig gemacht worden ist.

Wir tun unser möglichstes, um die derzeitige Lage in Marokko nicht zu modifizieren und ihrer zukünftigen Gestaltung nicht zu präjudizieren, und haben unseren Vertreter in Fes sowohl früher wie auch jetzt von neuem entsprechend instruiert. Wir müssen dabei aber allerdings erwarten, daß die französische Vertretung in Marokko eine gleich loyale Haltung beobachtet. In dieser Beziehung beziehe ich mich auf den Inhalt meines Telegramms Nr. 196, den Euere Durchlaucht mit Herrn Rouvier besprochen haben oder besprechen werden. Welche bedenklichen Wirkungen die darin bezeichnete Haltung St.-René-Taillandiers hat, zeigt nachfolgendes Telegramm des Grafen Tattenbach:

„Die Sprache der hiesigen französischen Gesandtschaft, Frankreich werde mit deutscher Hülfe auf der Konferenz das Mandat für die Durchführung des französischen Reformwerks erhalten, wird von der algerisch-französischen und von der englisch-ägyptischen Presse, welch letztere hier eifrig verfolgt wird, unterstützt. Diese Sprache fängt an, hier eine fanatische Stimmung der Bevölkerung auszulösen, die sich nicht auf die Franzosen beschränkt, sondern bald gegen alles Fremde und Christliche ausdehnen wird. Ich kann nicht be-

---

Konferenz seitens der Vertragsmächte das Mandat erhalten würde, die Reformen wenigstens zum größten Teil allein durchzuführen. Für diesen Fall, bemerkte der Sultan, wäre es besser, die Konferenz überhaupt nicht abzuhalten. Auch aus den Äußerungen marokkanischer Minister und Großwürdenträger entnehme ich, daß Marokko eine bestimmt ablehnende Haltung einnehmen würde, falls Frankreich die Durchführung aller oder aller wesentlichen Reformen übertragen werden würde. Die Marokkaner wollen es dann lieber auf einen Krieg ankommen lassen, bei dem Marokko auch nicht mehr verlieren könne."

stimmt sagen, daß die hiesige Regierung diese Stimmung begünstigt; jedenfalls aber wird sie sich von ihr treiben lassen. Ihre nächste Wirkung wird sein, daß die Marokkaner auf der Konferenz eine ablehnende Haltung einnehmen und auch auf unseren Rat nicht mehr hören werden.

Ich kann nicht sagen, ob der von den Franzosen geführten Sprache ein bestimmter Plan zugrunde liegt; immerhin liegt die Vermutung nahe, daß Leute wie Révoil dahin arbeiten, jedes Konferenzergebnis zum Scheitern zu bringen, um dann für ein von den Mächten stillschweigend gebilligtes gewaltsames Vorgehen freie Hand zu bekommen."

Am besten wird sicherlich allen Unzuträglichkeiten der Situation abgeholfen und wechselseitigen Rekriminationen vorgebeugt, wenn wir möglichst beschleunigt in die Lage gesetzt werden, gemeinschaftlich mit französischer Regierung wegen der Einzelheiten des Konferenzprogramms uns mit dem Sultan zu verständigen.

Bülow

Nr. 6785

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Konzept

Nr. 24 Berlin, den 3. August 1905
[abgegangen am 4. August]

pp.* Inzwischen haben sich nach telegraphischen Berichten des Fürsten Radolin die französische Regierung wie die französische Presse lebhaft darüber erregt, daß wir uns angeblich in Marokko wirtschaftliche Sondervorteile auf Grund von Abmachungen mit dem Sultan verschafft haben. Dabei sind insbesondere die Hafenbauten in Tanger und anderen Küstenstädten, die Legung von Kabeln sowie die Bestellung von Schiffen erwähnt worden.

In dem Telegramm Nr. 21 vom 11. Juli** waren Euere pp. angewiesen worden, gegenüber den Ihnen angebotenen Konzessionen eine abwartende Stellung einzunehmen, da wir diese nur dann annehmen könnten, wenn sie mit den zu erwartenden Konferenzbeschlüssen nicht im Widerspruche ständen. Dementsprechend haben wir der französischen Regierung die Zusicherung erteilt, daß wir auf

---

* Der Anfang des Telegramms betrifft einen dem Sultan von Marokko durch deutsche Bankiers zu gewährenden Vorschuß von 10 Millionen Mark. Vgl. S. 542, Fußnote ***.

** Siehe Nr. 6774.

die marokkanischen Anerbietungen wirtschaftlicher oder sonstiger Art nicht eingehen würden, solange wir auf eine Verständigung mit Frankreich rechnen könnten.

Hiernach war im gegenwärtigen Augenblicke die Übertragung des Molenbaus in Tanger an deutsche Firmen wenig opportun; doch haben wir den Abschluß des Vertrags nicht mehr zu hindern vermocht. Jedenfalls kann Ihrem Vorschlage, bei Gelegenheit der Anleihe eine Eisenbahnkonzession Fes—Tanger—Mogador zu erwerben, nach Lage der Umstände keine Folge gegeben werden.

Über Ihre bisherige Haltung zu den Konzessionsfragen bitte ich schriftlich zu berichten. Was Ihre weitere Haltung betrifft, so werden Sie zur Vermeidung eines Bruches mit Frankreich unbedingt daran festhalten müssen, daß wir vorläufig keine Abmachungen mit dem Sultan treffen dürfen, um uns irgendwelche Sondervorteile in Marokko zu sichern.

Der französischen Regierung soll auf ihre Beschwerden durch unseren Botschafter folgendes mitgeteilt werden*:

„Fürst Radolin hat seinerzeit Herrn Rouvier davon in Kenntnis gesetzt, daß wir bisher auf alle Anerbietungen der marokkanischen Regierung, die uns in Marokko eine Vormachtstellung sichern würden, nicht eingegangen seien und an diesem Standpunkt festhalten würden, solange wir auf eine Verständigung mit Frankreich rechnen könnten. Meldungen aus Tanger zufolge ist kürzlich zwei deutschen Firmen im Abschluß von seit Monaten schwebenden Verhandlungen der Bau einer Mole in Tanger im Wert von cr. 60 000 Pfund übertragen worden. Von einer Mitwirkung des Grafen Tattenbach bei diesem Abschluß oder bei der Vergebung irgendeiner anderen Konzession ist hier nichts bekannt. Die Kaiserliche Regierung hat ihn aber zum Bericht hierüber aufgefordert und wird sich ihre Stellungnahme zu dem Vertrag über den Molenbau, sobald derselbe ihr bekannt wird, vorbehalten. Unserer oben erwähnten Zusage gemäß haben wir deutsche Banken, die dem Sultan zur Beseitigung augenblicklicher Not auf die nächste von Marokko aufzunehmende Anleihe einen Vorschuß von 10 Millionen Mark gewährten, verhindert, daß der Vorschuß von Konzessionen wirtschaftlicher oder administrativer Natur abhängig gemacht worden ist. Wir tun unser möglichstes, um die derzeitige Lage in Marokko nicht zu modifizieren und ihrer zukünftigen Gestaltung nicht zu präjudizieren, und haben unseren Vertreter in Fes sowohl früher wie auch jetzt von neuem entsprechend instruiert. Wir müssen dabei aber allerdings erwarten, daß die französische Vertretung in Marokko eine gleich loyale Haltung beobachtet.“ pp.

Mühlberg

---

* Vgl. Nr. 6784.

Nr. 6786

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Norderney, den 3. August 1905

Als Antwort auf Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Allerhöchstes letztes Telegramm an Präsident Roosevelt geht das anliegende Telegramm Euerer Majestät Geschäftsträgers in Washington* ein.

Die Äußerungen des Präsidenten im zweiten Teil des Telegramms beziehen sich auf Bemerkungen, welche Baron Sternburg im diesseitigen Auftrage über die anscheinend in Paris bestehende Absicht gemacht hat, Herrn Révoil als Vertreter Frankreichs auf die marokkanische Konferenz zu entsenden. Wir sehen in Herrn Révoil einen wesentlichen Träger der Delcasséschen Politik und erwarten daher von ihm auf der Konferenz nichts Gutes, können aber schließlich der französischen Regierung, wenn sie ungeachtet unserer Bedenken auf ihrer Wahl beharren will, hierbei nicht wohl in die Zügel fallen.

Daß die Konferenz in Tanger ihre Beratungen beginnt, liegt, da die marokkanische Regierung dort am kräftigsten wird mitwirken können, in unserem Interesse. Wir werden aber im gegebenen Moment Frankreich sagen lassen können, daß wir damit das dauernde Tagen der Konferenz gerade in Tanger nicht von vornherein festlegen wollen.

Bülow

Nr. 6787

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Norderney, den 3. August 1905

Unter Bezug auf dortseitiges Telegramm Nr. 196 an Fürsten von Radolin**, Schlußsatz.

Telegramm Nr. 306** des Fürsten Radolin ist mir nicht bekannt. Aber ich stelle zur Erwägung, ob es sich nicht empfiehlt, das Kon-

* Enthalten in Nr. 6779.

** Vgl. Nr. 6784, Fußnote †. Der Schlußsatz des Telegramms bezog sich auf Fürst Radolins Telegramm Nr. 306 vom 20. Juli (siehe Nr. 6777) und den darin enthaltenen ersten Entwurf des französischen Konferenzprogramms; er lautete: „Die in Ew. Durchlaucht Telegramm Nr. 306 mitgeteilten Kapitelköpfe sind als Programmentwurf nicht füglich anzusehen. Wir werden uns eine Meinung erst nach Eingang der angekündigten Vervollständigungen bilden können. Durch die Kürze bekommt namentlich die Inhaltsangabe des ersten Kapitels eine Schroffheit des Ausdrucks, welche hoffentlich nicht beabsichtigt war."

ferenzprogramm nur auf sehr allgemeine Umrisse und Gegenstandsbezeichnungen, gewissermaßen Kapitelköpfe zu beschränken. Laufen wir nicht Gefahr, bei Spezialisierung des Programms mit Frankreich zu keiner Einigung über dasselbe und damit nicht zum Zusammentreten der Konferenz zu kommen? Ist unsere Situation nicht besser, je weniger wir vor der Konferenz in Detailberatungen mit Frankreich eintreten? Werden wir auf der Konferenz selbst nicht mehr Aussichten auf Unterstützung durch andere Mächte französischen Prätensionen gegenüber haben als vorher, da die Konferenzberatungen sich doch mehr in der Öffentlichkeit vollziehen und verschiedene Mächte dort wohl gezwungen sein werden, uns bei Wahrnehmung auch für sie nicht unwichtiger wirtschaftlicher Interessen zur Seite zu stehen? Bülow

Nr. 6788

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den interimistischen Leiter der Gesandtschaft in Tanger Gesandten Grafen von Tattenbach, z. Z. in Fes

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 26 Berlin, den 6. August 1905

Die Ew. pp. mitgeteilten französischen Vorschläge für das Konferenzprogramm* dürften formell als annehmbare Grundlage anzusehen sein. Materiell ergeben sich aber die nachstehenden Zweifel und Bedenken, die ich bei Ihrer Prüfung zu berücksichtigen bitte.

1. Die französische Regierung will nach I ihres Programmentwurfs die Organisation der Polizei in den Grenzdistrikten der Sonderverständigung zwischen Frankreich und Marokko vorbehalten, also dem Einflusse der Konferenz entziehen. Sie begründet diesen Anspruch damit, daß die Grenzpolizei seit mehr als 50 Jahren als eine ausschließlich französisch-marokkanische Angelegenheit behandelt worden sei. Nach den uns bekannten Grenzabmachungen bestehen Verabredungen über die Organisation der Polizei in den marokkanischen Grenzdistrikten insofern, als Marokko an bestimmten Punkten Polizeiposten zu unterhalten hat, die erforderlichenfalls mit den auf französischer Seite stehenden Posten zusammenwirken. Die marokkanischen Polizeiposten unterstehen aber in keiner Weise dem französischen Einflusse, da ihre Organisation und Verwaltung lediglich Sache Marokkos ist. Abmachungen solcher Art werden unbedenklich Frankreich und Marokko ausschließlich überlassen bleiben können. Ganz anders liegt dagegen die Sache, wenn Frankreich, wie es offenbar beabsichtigt, ein vertragsmäßiges Recht auf die Organisation und Verwaltung der

* Vgl. Nr. 6783.

marokkanischen Polizeitruppen in den Grenzbezirken erlangen würde, da es in diesem Falle einen wesentlichen Bestandteil der Staatsgewalt Marokkos unter seinen unmittelbaren Einfluß brächte. Ein solches vertragsmäßiges Recht könnte, sofern es nicht auf den Beschlüssen der Konferenz beruht und also nicht die europäische Sanktion erhält, zu einer schweren Gefährdung der Unabhängigkeit des Sultans führen. Dazu kommt, daß es nicht unbendenklich erscheint, die Unterhaltung der durch ein französisch-marokkanisches Sonderabkommen zu schaffenden Polizeitruppen laut Konferenzprogramm (II Absatz 3) auf die Marokko eröffneten Kredite zu verweisen, ohne daß der Konferenz wegen der Ausdehnung dieser Verpflichtung irgendwelche Mitwirkung eingeräumt wird. Bei Mitteilung Ihrer Auffassung über diese Bedenken bitte ich auch um eine Äußerung darüber, welche Haltung voraussichtlich die marokkanische Regierung gegenüber einem solchen französischen Ansinnen einnehmen würde. Dabei bemerke ich, daß wir nach den Frankreich erteilten Zusicherungen nicht umhin können, dafür einzutreten, daß ihm die Konferenz ein Mandat auf Durchführung der Polizeireformen in den Grenzdistrikten erteilt. Ein solches Mandat erscheint aber weniger bedenklich, da es zeitlich begrenzt und international geregelt sein würde.

2. Die von Frankreich unter I, 1 vorgeschlagene Schaffung zuverlässiger Polizeikorps in den wichtigsten marokkanischen Küstenplätzen dürfte an sich das beste Mittel zur Pazifizierung des Landes bilden. Zweifelhaft ist es aber, ob die Auswahl der Plätze bereits im Programm getroffen oder der Konferenz überlassen werden soll, zumal da es Frankreich darauf anzukommen scheint, die internationalen Polizeitruppen von Tanger nach Westen, also möglichst fern von seiner Grenzstellung unterzubringen.

Die wichtigste Frage wird für uns die sein, welcher Macht die Organisation dieser Polizeitruppen übertragen werden soll. Allem Anschein nach beabsichtigt Frankreich, auch diese Aufgabe für sich in Anspruch zu nehmen oder, wenn es damit nicht durchdringt, kleinere Mächte, z. B. Belgien, vorzuschieben. Mit beiden Lösungen kann uns selbstverständlich nicht gedient sein. Wir müssen vielmehr, schon um Frankreich das Gegengewicht zu halten, darauf ausgehen, die Polizeitruppen von Rabat nach Süden selbst in die Hand zu bekommen. Dabei werden allerdings die Gesichtspunkte im letzten Absatze des Telegramms Nr. 21 vom 11. Juli* zu berücksichtigen sein. Hiernach würde es für uns von besonderem Interesse sein, Ihre Ansicht auch darüber kennen zu lernen, ob der Sultan mit Nachdruck darauf bestehen wird, daß wir mit den Polizeireformen an dem erwähnten Teile der atlantischen Küste betraut werden.

3. Die französische Regierung schlägt unter I, 2 des Programms als Beratungsgegenstand vor: „Surveillance et répression de la con-

* Siehe Nr. 6774.

trebande des armes par terre"; sie begründet diesen Vorschlag damit, daß die Überwachung der Waffenzufuhr an die marokkanischen Stämme kräftigeren Händen als denen der scherifischen Regierung anvertraut werden müsse. Die Waffeneinfuhr nach Marokko zu Lande erfolgt lediglich über die algerische Grenze und würde daher, soweit sie illegitim ist, ohne weiteres durch die algerischen Behörden verhindert werden können. Es erscheint hiernach nicht recht verständlich, weshalb sich die Konferenz mit dieser Frage befassen soll. Ich werde daher bei der französischen Regierung anfragen, welche Maßnahmen sie nach dieser Richtung ins Auge gefaßt hat. Vielleicht beabsichtigt sie auf diesem Wege die Befugnis zu erhalten, ihre Posten beliebig in das marokkanische Gebiet vorzuschieben. In jedem Falle würde mir Ihre Ansicht über die mutmaßlichen französischen Intentionen von Interesse sein.

4. Gegen die unter II und III des französischen Programms vorgeschlagenen finanziellen und wirtschaftlichen Reformen scheinen im allgemeinen keine Bedenken zu bestehen. Doch wird entsprechend den Vorschlägen in Ihrem Telegramm Nr. 38 vom 25. Juni* dafür zu sorgen sein, daß in den finanziellen Teil des Programms auch die Erschließung neuer Einnahmequellen aufgenommen wird.

5. Das Programm enthält keine Angaben über den Konferenzort. Wir beabsichtigen, an Tanger festzuhalten und werden uns dementsprechend in Paris äußern.

Einem möglichst baldigen telegraphischen Bericht über das Ergebnis Ihrer Prüfung sehe ich entgegen. Von Erörterungen mit dem Sultan oder der marokkanischen Regierung und selbstverständlich mit Ihren dortigen Kollegen sowie von Mitteilungen über den Programmentwurf bitte ich zur Vermeidung von Mißdeutungen auf französischer Seite abzusehen.

Mühlberg

Nr. 6789

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Berlin, den 18. August 1905

Antwort auf Brief vom 16.**

Es ist ganz unbedenklich zu sagen, daß unsere Antwort*** verzögert wurde, weil wir Tattenbach um Auskunft über einige Spezial-

* Vgl. Nr. 6774, S. 525, Fußnote.
** Nicht bei den Akten.
*** Gemeint ist die Rückäußerung auf das am 2. August (vgl. Nr. 6783) dem Fürsten Radolin überreichte französische Konferenzprogramm.

punkte ersucht hatten. Die Note ist inzwischen ziemlich fertiggestellt worden und wird, wie ich gestern mit dem Reichskanzler verabredete, von diesem mit oder ohne Tattenbachsche Erläuterungen vollzogen werden, sobald er von Wilhelmshöhe nach Norderney zurückgekehrt ist, d. h. Montag oder Dienstag.

Die Tangerkonzession war mir unsympathisch, aber Tattenbach und Kühlmann, beide, saßen dahinter, weil sie wußten, daß der Kaiser sich dafür ausgesprochen hatte. Indessen, da die ganze Sache 85 000 Pfund ausmacht, ist sie zu unbedeutend, um das Geschrei zu motivieren, sie gab nur einen willkommenen Vorwand ab für die kombinierte Aktion der Gruppe Révoil und der Engländer. Was die Anleihefrage anlangt, so war diese durch die Verhältnisse gerechtfertigt. Es ist geradezu komisch, daß man uns zumutet, zur finanziellen Aushungerung des Sultans die Hand zu bieten. Ein Vertrag wie der, auf den die Franzosen sich berufen, und wonach der Sultan verpflichtet sein soll, nur von Frankreich Geld zu nehmen, würde die Franzosen tatsächlich zu Herren von Marokko machen. Ein solcher Vertrag ist unter den obwaltenden Umständen einfach contra bonos mores. Wir verbinden mit dem Vertrage durchaus keine Zukunftspläne und haben deshalb nichts dagegen, wenn unsere Bankiers sich von der zu gründenden marokkanischen Bank den Vorschuß zurückzahlen lassen.

Die Frage, ob die marokkanische Konferenz eventuell ohne Beteiligung des Sultans von Marokko abgehalten werden soll, läuft wieder ebenso wie die Aushungerungspolitik auf Vergewaltigung des Sultans von Marokko hinaus. Wir glauben, daß der Sultan gemeinsamen ernsten Ratschlägen höchstwahrscheinlich nachgeben wird. Daß eine direkte Vergewaltigung des Sultans dem Standpunkt Seiner Majestät des Kaisers zuwiderläuft, wissen die Franzosen seit dem 31. März. Eine marokkanische Konferenz ohne bezw. gegen den Sultan würde von Hause aus einen gewalttätigen Charakter haben. Der Umstand, daß der Sultan keine Vertreter anderswohin als nach Tanger schicken würde, ist einer der Gründe, weshalb wir Tanger als den einzigen möglichen Konferenzort ansehen. Der andere Grund ist der, daß nur in Tanger die Konferenzdelegierten sich durch Umfragen diejenigen Informationen verschaffen können, welche zu einer sachlichen Behandlung der Angelegenheit notwendig sind.

Die Ablehnung von Tanger seitens einer Konferenz wäre nur denkbar bei Frankreich oder bei England. Diese beiden Mächte verfolgen allerdings nicht die gleichen Ziele. Frankreich wünscht ebenso wie wir eine friedliche Erledigung, dagegen geht die englische Politik, insbesondere die persönliche Politik des Königs auf Biegen und Brechen, d. h. unser Kaiser soll sich biegen. Von verschiedenen Seiten hört man, daß der König jedem, der es hören will, sagt: „Mein Neffe wird nichts tun, wird sich unter allen Um-

ständen ruhig verhalten", und noch manches mehr. Diese Insinuationen sind eine wirkliche Gefahr, sie scheinen darauf berechnet, die Franzosen so dicht vor die Kriegsfrage zu stellen, daß sie nachher nicht mehr zurück können. Indessen muß man da auf den gesunden Menschenverstand und die Lebensklugheit des Ministerpräsidenten Rouvier rechnen. Unsere Antwortnote ist sehr versöhnlich und entgegenkommend, sie ergänzt den diesseitigen Erlaß 740. Allerdings kann unser Kaiser sich nicht selbst desavouieren, indem er jetzt wenige Monate nach seiner Erklärung in Tanger den Sultan an Frankreich ausliefert, aber es ist doch nicht anzunehmen, daß Herr Rouvier ein solches Verlangen stellen will.

Holstein

Nr. 6790

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter Graf von Pourtalès an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 214 Berlin, den 19. August 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 342 und Bericht Nr. 691 *.

Herr Moreau** hat Ew. pp. gegenüber das Vorschußgeschäft der deutschen Banken mit der marokkanischen Regierung als eine Verletzung des deutsch-französischen Abkommens vom 8. Juli bezeichnet. Dieser Auffassung muß die Kaiserliche Regierung entschieden entgegentreten.

Nach der in dem Telegramm Nr. 209 gegebenen Sachdarstellung*** handelt es sich bei dem Vorschusse nicht um Placierung einer Anleihe

---

* Telegramm Nr. 342 vom 14. August und Bericht Nr. 691 vom 17. August handelten von dem dem Sultan von Marokko von deutschen Banken bewilligten Vorschuß von 10 Millionen, wegen dessen in der französischen Presse heftige Angriffe erfolgt waren.

** Kabinettschef Rouviers.

*** Nach Telegramm Nr. 209 vom 14. August 1905 war der Sachverhalt bezüglich des Vorschusses der, daß im April 1905 die englische Firma Moses Pariente in Tanger an das Berliner Bankhaus Mendelssohn & Co. mit der Anfrage herangetreten war, ob der deutsche Geldmarkt bereit sein würde, der scherifischen Regierung mit einer Anleihe von 2—3 Millionen Pfund aufzuhelfen, wofür die spanische, englische und französische Finanz nicht zu haben gewesen sei. Auf Grund dieser Anregung hatte sich in Berlin ein Bankkonsortium gebildet, das zwar die gewünschte Anleihe ablehnte, sich aber bereit erklärte, dem Sultan gegen Sicherheiten auf die nächste von Marokko aufzunehmende ordentliche Anleihe einen Vorschuß von 10 Millionen Mark zu gewähren, ohne daß jedoch dieser Vorschuß von irgendwelchen Konzessionen wirtschaftlicher oder anderer Art abhängig gemacht worden wäre.

oder überhaupt um Erlangung wirtschaftlicher Sondervorteile, sondern lediglich um einen vorübergehenden, engbegrenzten Bankkredit. Die Einräumung eines solchen Kredits steht weder mit dem Abkommen vom 8. Juli noch mit den dazu getroffenen mündlichen Abreden im Widerspruche. Das Geschäft zu hindern, erschien um so weniger gerechtfertigt, als in diesem Falle die politische Lage des Sultans und damit das auf der Konferenz zu beschließende Reformwerk schwer geschädigt worden wären. Die angebliche Äußerung des deutschen Geschäftsträgers in Tanger, die deutsche Regierung „aurait sollicité le concours des banques allemandes à faire les avances d'argent au Sultan", ist von diesem, wie er telegraphisch meldet, weder dem Wortlaute noch dem Sinne nach getan worden. pp.

Was den Vorschlag des Herrn Moreau betrifft, die Rückzahlung des Vorschusses an die deutschen Banken durch die neu zu gründende marokkanische Staatsbank herbeizuführen, so erscheint ein entsprechender Zusatz in dem Konferenzprogramm nicht angezeigt. Ein solcher Zusatz ist auch nicht erforderlich, da die marokkanische Regierung vertragsmäßig berechtigt ist, den Vorschuß jederzeit zurückzuzahlen. Hiernach steht nichts im Wege, daß die Staatsbank die sofortige Abwickelung des Geschäfts in die Hand nimmt; einem dahin gehenden Konferenzbeschlusse würde die Kaiserliche Regierung nicht entgegentreten.

Ew. pp. bitte ich, der dortigen Regierung alsbald eine entsprechende Mitteilung zu machen.

Pourtalès

Nr. 6791

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Gesandten Grafen von Pourtalès

Eigenhändig

Berlin, den 22. August 1905

Der französische Botschafter übergab mir beim heutigen Diplomatenempfang das anliegende Schriftstück*, mit dem sich das diesseitige Telegramm an den Fürsten Radolin Nr. 214 vom 19. d. Mts.** gekreuzt hat.

---

* Siehe den Text der Note vom 17. August, die die Frage des Vorschusses von 10 Millionen betraf, im französischen Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905", Nr. 308. Dort noch eine Reihe weiterer Schriftstücke zur gleichen Frage, die von den französischen Staatsmännern mit einem in Berlin nicht ganz verstandenen Ernst behandelt wurde.

** Siehe Nr. 6790.

Der Botschafter bemerkte bei Übergabe des Schriftstücks, dasselbe sei ein Ausdruck einer gewissen Animosität, die „vielleicht nicht am Quai d'Orsay, aber sonst in Paris" herrsche, und die er lebhaft bedauere. Er halte immer an der Hoffnung fest, daß wir schließlich nach Erledigung der Differenzen über Marokko nicht allein zu besseren, sondern zu sehr guten Beziehungen gelangen würden. Zwischenfälle aber wie die der Anleihe wirkten schädlich, und er fürchte immer, daß in Paris ein Umschlag erfolgen könnte und man es mit einer anderen Politik versuchen könnte [1].

Mir schien der Botschafter unter dem Eindruck des Tones, in dem das von ihm übergebene Schriftstück gehalten ist, zu stehen. Von dem anscheinend guten Eindruck, den die Aufklärungen des Telegramms Nr. 214 nach Paris dort gemacht haben, wußte der Botschafter offenbar nichts.

Als ich ihm im Sinne dieses Telegramms über das Vorschußgeschäft der deutschen Banken sprach, schien ihn dies einigermaßen zu beruhigen. Ebenso als ich ihn als alter Kollege aus dem Haag versicherte, es sei meine feste Überzeugung, und ich hätte es aus Euerer Durchlaucht eigenem Munde, daß Euere Durchlaucht den aufrichtigen Wunsch hätten, mit Frankreich zu einer baldigen, loyalen Verständigung zu gelangen [2].

F. Pourtalès

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Das wohl nicht, aber Rouvier kann fallen und Delcassé wird sich die Hände reiben.

[2] gewiß

Nr. 6792

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 1395 Norderney, den 22. August 1905
[abgegangen am 24. August]

Ew. pp. erhalten anbei unsere Antwort auf die französische Note, Marokko betreffend*. Dieselbe ist in deutscher Sprache abgefaßt, und es dürfte sich auch empfehlen, daß Ew. pp. eine französische Übersetzung nicht beifügen, da der deutsche Text für uns der maßgebende ist. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß wir nach dieser loyalen und entgegenkommenden Antwort zu einer Übereinstimmung mit Frankreich hinsichtlich des Konferenzprogramms nunmehr gelangen werden.

Bülow

---

* Siehe Anlage.

Anlage

Note. Undatiertes Konzept

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf das Schreiben vom 1. d. Mts.* über das Programm für die Marokkokonferenz mitzuteilen, daß die Kaiserliche Regierung von den Vorschlägen der französischen Regierung mit Interesse Kenntnis genommen und sie einer eingehenden Prüfung unterzogen hat. Diese Prüfung hat zur lebhaften Befriedigung der Kaiserlichen Regierung ergeben, daß die Vorschläge ihrem Umfange wie ihrem Inhalte nach im allgemeinen als eine annehmbare Grundlage für die Beratungen der Konferenz angesehen werden können. Insbesondere stimmt die Kaiserliche Regierung mit der französischen Regierung darin völlig überein, daß das Konferenzprogramm kurz und allgemein gefaßt sein muß, damit es den Entschließungen der Konferenz so wenig wie möglich vorgreift.

Wenn sich die französische Regierung für die von ihr beabsichtigte Beteiligung an der Ausführung des Reformwerkes auf ihre Note vom 6. Juli** bezieht, so darf die Kaiserliche Regierung darauf aufmerksam machen, daß sie diese Note erst erhalten hat, als ihre letzten Vorschläge für den deutsch-französischen Notenaustausch bereits abgegangen waren. Die Kaiserliche Regierung hat daher zu dem Inhalte der Note nicht mehr Stellung genommen und dies der französischen Regierung auch mitgeteilt. Die Verständigung zwischen den beiden Regierungen ist damals ohne Eingehen auf diese Note erfolgt, und die Kaiserliche Regierung hofft, daß sich auch jetzt die Verständigung ohne ein Zurückgreifen auf die Note erreichen lassen wird.

Was die Vorschläge der französischen Regierung im einzelnen betrifft, so gestattet sich die Kaiserliche Regierung, ihre Auffassung durch nachstehende Bemerkungen zu erläutern.

1. Die Kaiserliche Regierung ist mit der französischen Regierung der Ansicht, daß die unter I, 1 des Programmentwurfs vorgeschlagene Schaffung zuverlässiger Polizeikorps in den wichtigsten marokkanischen Plätzen das beste Mittel zur Pazifizierung des Landes bilden würde. Dabei dürfte indes die Auswahl der Plätze nicht, wie dies vorgeschlagen wird, in dem Programm zu treffen, sondern entsprechend dem von Frankreich empfohlenen allgemeinen Grundsatz über die möglichste Vermeidung von Einzelheiten der Konferenz zu überlassen sein.

Die französische Regierung will die Organisation der Polizei in den Grenzdistrikten der Sonderverständigung zwischen Frankreich und Marokko vorbehalten, da diese Angelegenheit seit über fünfzig Jahren als eine ausschließlich französisch-marokkanische Angelegen-

* Vgl. Nr. 6783 nebst Fußnote *.
** Vgl. Kap. CXLVIII, Nr. 6763 nebst Fußnote.

heit behandelt worden sei. Soweit der Kaiserlichen Regierung die Grenzabmachungen zwischen Frankreich und Marokko bekannt sind, bestehen Verabredungen über die Organisation der Polizei in den marokkanischen Grenzdistrikten insofern, als Marokko an bestimmten Punkten Polizeiposten zu unterhalten hat, die erforderlichenfalls mit den auf französischer Seite stehenden Posten zusammenwirken. Die marokkanischen Polizeiposten unterstehen dem Einflusse Marokkos, da ihre Organisation und Verwaltung Sache der marokkanischen Regierung ist. Es erscheint daher selbstverständlich, daß die aus einer solchen Regelung der Grenzpolizei sich ergebenden Verhältnisse dem ausschließlichen Benehmen zwischen Frankreich und Marokko unterliegen.

Sollte es dagegen in Frage kommen, die Organisation und Verwaltung der marokkanischen Polizei in den Grenzbezirken ebenso einzurichten, wie dies für die übrigen Teile des scherifischen Reiches in Aussicht genommen ist, so dürfte zu erwägen sein, ob nicht eine solche Einrichtung gleich der in den übrigen marokkanischen Gebietsteilen einer internationalen Sanktion durch die Konferenz bedürfen würde. Dies um so mehr, als es nicht unbedenklich wäre, die Unterhaltung der Grenzpolizei durch das Konferenzprogramm (unter II Absatz 3) auf die dem Machsen eröffneten Kredite zu verweisen, ohne daß der Konferenz bei Festsetzung des Umfanges dieser Unterhaltungspflicht irgendwelche Mitwirkung eingeräumt würde.

Der besonderen Lage, in welcher sich Frankreich infolge der Grenzberührung mit Marokko befindet, würde selbstverständlich Rechnung zu tragen sein, indem ein Konferenzmandat für die Organisation der marokkanischen Grenzpolizei keiner anderen Macht als Frankreich übertragen werden könnte. Ein solches Mandat würde seinem Inhalte nach ebenso zu gestalten sein wie das Mandat für die Polizeiorganisation in den übrigen marokkanischen Gebietsteilen und würde auf diese Weise Frankreich für die Sicherung seiner Grenze eine allgemein anerkannte Grundlage gewähren.

2. Die französische Regierung schlägt unter I, 2 des Programmentwurfs als Beratungsgegenstand vor: „Surveillance et répression de la contrebande des armes par mer". Sie begründet diesen Vorschlag damit, daß die Überwachung der illegitimen Waffenzufuhr an die marokkanischen Stämme kräftigeren Händen als denen der scherifischen Regierung anvertraut werden müsse. Die Kaiserliche Regierung tritt auch diesem Vorschlage bei und glaubt nur noch darauf hinweisen zu sollen, daß die Beschlüsse der Konferenz, um wirksam zu sein, den Waffenschmuggel vom Lande ebenso wie von der See her treffen müßten. Eine einseitige Beschränkung der Waffeneinfuhr zur See würde den Waffenschmuggel geradezu auf den Landweg drängen. Das Konferenzprogramm dürfte daher eine gleich-

mäßige Regelung der Waffeneinfuhr über alle Grenzen des Landes in Aussicht zu nehmen haben.

Den vorstehend unter 1 und 2 aufgeführten Gesichtspunkten würde in dem Programm dadurch Rechnung getragen werden können, daß in der Überschrift des Teiles I die Worte „hors de la région frontière usw.", in Nr. 1 die Worte „à Tanger, Larache, Rabat et Casablanca" und in Nr. 2 die Worte „par mer" gestrichen würden.

3. Mit den unter II und III des Programmentwurfs vorgeschlagenen finanziellen und wirtschaftlichen Reformen erklärt sich die Kaiserliche Regierung gleichfalls einverstanden. Insbesondere erscheint es ihr als ein richtiger Gedanke, daß die neu zu gründende marokkanische Staatsbank sowohl in ihrer Leitung wie in der Beteiligung des Kapitals international gestaltet werden soll. Zur Durchführung der Finanzreform dürfte es sich allerdings empfehlen, der Konferenz auch die Beratung über die bessere Ausnutzung der bisherigen sowie über die Erschließung neuer Einnahmequellen insbesondere vom Grundbesitze vorzubehalten und diese Punkte am Schlusse des zweiten Teiles des Programms hinzuzufügen.

4. Eine weitere Ergänzung des Konferenzprogramms hat die Kaiserliche Regierung nicht vorzuschlagen. Dagegen behält sie sich ihre Stellungnahme vor, falls etwa solche Vorschläge von anderer Seite gebracht werden sollten.

5. Die französische Regierung hat sich bisher nicht endgültig darüber geäußert, ob sie damit einverstanden ist, daß die Konferenz der Einladung des Sultans entsprechend in Tanger stattfindet. Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß an Tanger als Konferenzort festzuhalten ist, da die zu beratenden Fragen nur an Ort und Stelle richtig übersehen werden können, auch bei ihrer Prüfung die Auskunft ortskundiger Personen unentbehrlich ist.

Die Kaiserliche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die vorstehenden Erwägungen bei der französischen Regierung Billigung finden werden, und daß auf diese Weise das von beiden Regierungen erstrebte Einvernehmen über das Konferenzprogramm erreicht wird. In diesem Falle ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, alsbald ihren Vertreter in Fes anzuweisen, gemeinsam mit dem dortigen französischen Vertreter Seiner Majestät dem Sultan entsprechende Ratschläge für das Konferenzprogramm zu erteilen.

Am Schluß des Schreibens vom 1. d. Mts. haben Euere pp. mit Beziehung auf zwei Privatbriefe vom 29. und 31. Juli* Vorstellungen über das Verhalten des Gesandten Grafen Tattenbach erhoben, weil dieser angeblich in Marokko deutschen Unternehmern Sondervorteile auf Grund von Abmachungen mit dem Sultan verschafft habe. Wie ich Euerer pp. mitzuteilen die Ehre hatte, hält die

---

* Vgl. Nr. 6780, 6781 und 6783 nebst Fußnote **.

Kaiserliche Regierung ebenso wie die französische Regierung daran fest, daß sie sich vor dem Zusammentritte der Konferenz Vorteile wirtschaftlicher oder anderer Art durch Sonderverhandlungen mit dem Sultan nicht verschaffen wird. Wegen der in Ihren Briefen enthaltenen Einzelheiten darf ich auf meine inzwischen gegebenen Aufklärungen Bezug nehmen*.

Nr. 6793

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Gesandten Grafen von Pourtalès

Eigenhändig

Berlin, den 29. August 1905

Der französische Botschafter teilte mir bei dem heutigen Botschafterempfang mit, daß ihm seine Regierung eine Abschrift unserer letzten Note** übersandt habe, jedoch keine weiteren Kommentare daran geknüpft habe.

Herr Bihourd kam dann wieder auf die Frage der Mole in Tanger und der Anleihe zu sprechen und drückte sein Bedauern darüber aus, daß wir diese Fragen nicht der Konferenz vorbehalten wollten [1]. Als ich hier einwarf, ich hätte den Eindruck, daß man sich über diese Fragen in Paris zu beruhigen anfinge, gab der Botschafter dies bezüglich der Presse zu, fügte aber hinzu, er könne aus den allgemeinen Instruktionen, die er erhalten, diesen Eindruck nicht bestätigt finden.

Der Botschafter sprach sodann den dringenden Wunsch aus, daß die Konferenz möglichst bald zustandekommen möchte [2], auf der man sich dann über alle noch strittigen Fragen aussprechen und einigen könnte. Ich sagte darauf, das sei gewiß Euerer Durchlaucht Wunsch, indessen sei es unerläßlich, vorher über gewisse Punkte des Programms, vor allem aber auch über den Ort der Konferenz ein Einverständnis zu erzielen.

Herr Bihourd ging bezüglich keines Punktes auf Einzelheiten ein, sondern bewegte sich nur in allgemeinen Redensarten und schönen Phrasen. Er verglich unter anderem unser gegenwärtiges Verhältnis mit einer

---

* Vgl. auch den Bericht Graf Tattenbachs vom 13. August (Deutsches Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 24), der in eingehender Darlegung den französischen Vorwurf zurückweist, als habe er die Zeit vor dem Zusammentritt der Konferenz benutzt, um dem Sultan im deutschen Interesse Konzessionen abzuringen.

** Siehe Nr. 6792.

Reise durch gewisse Gegenden Algeriens. Wir befänden uns augenblicklich in einem unangenehmen Defilee, jenseits dieses Defilees winkten vielleicht die schönen Gefilde eines guten Einvernehmens. Darum gelte es, möglichst schnell durch das Defilee durchzukommen. Das beste Mittel hierzu sei ein möglichst baldiges Zustandekommen der Konferenz[3]. Der Botschafter sprach schließlich die Hoffnung aus, daß er, wie ihm in Aussicht gestellt worden sei, demnächst die Ehre haben würde, Euere Durchlaucht auf der Durchreise hier zu sehen[4].

Pourtalès

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Haben wir das erklärt?
[2] diesen Wunsch teilen wir durchaus
[3] richtig
[4] ja

Nr. 6794

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Nr. 728 Paris, den 29. August 1905

Ich erhielt heute den Besuch des bekannten M. Léon, der als nichtfranzösischer Staatsangehöriger — er ist türkischer Untertan — und wegen seiner finanziell sehr unabhängigen Stellung sein franc parler mit den leitenden Männern und auch mit Herrn Rouvier hat. Er ist unzweifelhaft ein warmer Verfechter der deutsch-französischen Annäherung und hat nicht wenig dazu beigetragen, die neuen französischen Minister zu überzeugen, daß Deutschland ebenfalls die ehrliche Absicht hat, sich mit Frankreich zu verständigen, nachdem die deutschfeindlichen Einflüsse unter Herrn Delcassé beseitigt worden waren. Von den Äußerungen, die ich seinem Freunde, Herrn Dupuy, seinerzeit gemacht, unterrichtet, hat er sich dafür verbürgt, daß mit dem Sturze Delcassés und dem aufrichtigen Einschlagen einer anderen Direktive das Mißtrauen der Kaiserlichen Regierung gegen Frankreich fallen gelassen und Herr Rouvier eine tatsächliche freundschaftliche Unterstützung seiner Politik finden würde. Herr Léon hielt mir dies heute noch vor und sagte mir, wie schwer Herr Rouvier es empfände, daß, nachdem er alles getan hätte, was in seiner Macht gestanden und was kaum ein anderer Minister zu tun gewagt hätte, um eine Annäherung anzubahnen, er eigentlich kein Entgegenkommen von unserer Seite gefunden habe. Er hätte den schweren Kampf der Beseitigung Delcassés aufgenommen, hätte auch meine mündlichen Zusicherungen für die ihm widerstrebende Konferenzeinladung ohne

weiteres angenommen, hätte im Sinne der Berliner Wünsche das Abkommen vom 8. Juli abgeschlossen und damit geglaubt, allen an ihn gestellten Anforderungen entsprochen zu haben. Ein äußeres Zeichen des aufrichtigen Entgegenkommens hätte er aber von uns nicht erhalten. Dagegen wäre wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Zehnmillionenanleihe — oder -vorschuß — bekannt geworden, um nicht von der Tanger Mole usw. zu sprechen. Die darin liegende Umgehung der Abmachung vom 8. Juli und des zwischen dem Machsen und den französischen Banken geschlossenen Vertrags, wonach letzteren jedenfalls das Vorrecht bei Anleiheangeboten zustehe, habe die öffentliche Meinung in so bedenklicher Weise aufgebracht, daß die Existenz des Ministeriums gefährdet und die bisherige gute Stimmung Deutschland gegenüber ins Gegenteil umgeschlagen sei. Wenn der Sultan wirklich in Geldnot für Staatszwecke gewesen wäre und sich an deutsche Kapitalisten gewandt hätte, wie leicht wäre es gewesen, die französische Empfindlichkeit zu schonen und die Sache dadurch zu regeln, daß der deutsche Gesandte sich, wenn auch nur der Form wegen, mit seinem französischen Kollegen verständigte. Übrigens könne die Not des Sultans keine so große sein; denn es sei festgestellt worden, daß der Sultan das Geld nicht für Staatszwecke brauche, sondern um in seiner Verschwendungssucht sich silberne Fahrräder, goldene Kodaks und Cirkassierinnen mit einem Aufwand von 500 000 frs. kommen zu lassen.

Herr Rouvier wisse sich tatsächlich keinen Rat gegen die sich häufenden, ihm gemachten Vorwürfe, er sei von Deutschland „rouliert". Wenn er nicht irgendeine Satisfaktion seitens der Kaiserlichen Regierung, wenn auch nur durch eine mündliche Andeutung, die ich ihm machen könnte, erhielte, würde er die Stellung schwerlich behaupten können. „Wäre es denn nicht möglich", bemerkte Herr Léon, „Herrn Rouvier wenigstens darüber zu beruhigen, daß, falls in der Konferenz der Vorschlag gemacht würde, Frankreich das Mandat zu geben, den Chef der im marokkanischen Reiche neu einzurichtenden Polizei zu stellen, Deutschland diesen Vorschlag unterstützen werde und er darauf rechnen könne, daß, wenn irgendeine unvorhergesehene Frage seitens einer oder der anderen Signatärmächte in der Konferenz aufgeworfen würde, Frankreich die Unterstützung Deutschlands finden würde?" Herr Léon glaubt zu wissen, daß die hauptsächlichste Besorgnis Frankreichs in der Befürchtung liege, daß die obenerwähnte Direktion des gesamten Polizeikorps, das doch wohl wie jeder Truppenkörper einer einheitlichen Leitung unterstehen müsse, ihm (Frankreich) durch deutschen Einspruch entgehen könne, was für sein (das französische) Prestige in Nordafrika ein nicht zu ertragender Schlag wäre. Schließlich bemerkte Herr Léon, daß der Grund, weshalb die Regierung sich mit dem Gedanken nicht befreunden könne, Tanger als Konferenzort anzunehmen, darin

liege, daß sie die feindselige Haltung des Grafen von Tattenbach, vorausgesetzt, daß er als Delegierter bei der Konferenz wäre, in Tanger mehr als wo anders fürchte.

Ich blieb Herrn Léon selbstverständlich eine Antwort auf alle seine Argumente nicht schuldig und widerlegte dieselben mit den mir weisungsgemäß zur Rechtfertigung unserer Politik zur Verfügung stehenden Tatsachen.

Herr Léon schloß die Unterhaltung mit den warnenden Worten, daß die Situation sich bei der in kurzer Zeit zusammentretenden Kammer wesentlich verschärfen würde und es von der allergrößten Wichtigkeit wäre, einen Ausgleich bis dahin zu finden und eine vertrauensvolle, freundschaftliche Politik anzubahnen. Es sei für Deutschland — meint er — doch ein Nichts, die Regelung des Molenbaues in Tanger und der noch nicht abgeschlossenen Vorschußfrage auf die Konferenz abzuschieben, um den gemachten Angriffen den Boden zu entziehen, als habe Deutschland trotz der Abmachung sich Sondervorteile gesichert. Man könne sich nicht wundern, daß der Sultan eine Frankreich nicht achtende Haltung annehme, wenn er sich unterstützt sehe.

Radolin

Nr. 6795

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Nr. 731 Paris, den 29. August 1905

Herr Rouvier, den ich nach seiner Rückkehr wegen Geschäftsüberhäufung nur kurz sehen konnte, als ich ihm die Antwort auf das französische Programm* übergab und vorlas, sagte mir beim Verabschieden: „Je vous supplie de tâcher de faire revenir votre Gouvernement de cet emprunt de 10 millions, puisque l'affaire n'est pas encore conclue et que l'argent ne paraît pas encore être payé. Cette affaire me met dans la position la plus difficile et la plus pénible, elle compromet notre situation vis-à-vis du Sultan et excite l'opinion publique d'une façon menaçante contre l'Allemagne et contre la politique de conciliation que j'ai entreprise. Du reste à ce qu'il résulte de votre communication, ce serait une maison de banque anglaise qui aurait entreprise cette négociation."

* Vgl. Nr. 6792.

Ich erwiderte dem Minister der mir erteilten Weisung gemäß, blieb aber unter dem Eindruck, daß es nicht die Geldfrage sei, die ihn präokkupiere, sondern die gefährliche Wirkung, die der ganze Vorgang, als gegen die Abmachungen laufend, im Lande hervorgerufen habe.

Ich fand die Stimmung des Herrn Rouvier sehr gedrückt.

Radolin

Nr. 6796

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 354 Paris, den 31. August 1905

Minister Rouvier sagte mir heute abend, er würde mir morgen die Erwiderung auf die Note Euerer Durchlaucht bezüglich des Programms zugehen lassen, nachdem sie dem Präsidenten der Republik vorgelegen, und meinte, wir würden uns wohl über alle Punkte einigen, nur müsse er den größten Wert darauf legen, nicht Tanger, sondern einen Ort in Spanien für die Konferenz zu wählen, trotz aller meiner von neuem vorgebrachten Gründe, weshalb wir von vornherein an Tanger festhielten.

Der Ministerpräsident war sichtlich erfreut, von dem Inhalt des Telegramms Nr. 218* Kenntnis zu erhalten, und sprach seinen Dank für die Mitteilung aus.

Radolin

---

* Telegramm Nr. 218 vom 30. August betraf einen durch die Gefangennahme eines französischen Untertanen, des Algeriers Bu-Mzian, geschaffenen marokkanisch-französischen Zwischenfall, der von französischer Seite zum Anlaß schroffen Vorgehens gegen den Sultan genommen wurde. Deutscherseits war Graf Tattenbach gleich nach Einlaufen der ersten Meldungen über den Zwischenfall am 19. August „im Interesse unserer Verständigung mit Frankreich" angewiesen worden, in dieser Angelegenheit Hand in Hand mit dem Gesandten St.-René-Taillandier zu gehen. Am 28. August wurde Graf Tattenbach nochmals aufgefordert, auf die sofortige Freilassung des französischen Untertanen nachdrücklich hinzuwirken. Graf Tattenbach meldete darauf am 30. August: „Ich habe bei dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in sehr ernster Weise Vorstellungen über die äußerst törichte und unzeitgemäße Behandlung der Sache gemacht und die sofortige Freilassung des Mannes dringend empfohlen." Infolge der deutschen Intervention erfolgte die Freilassung.

Nr. 6797

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 357 Paris, den 31. August 1905

Französische Antwortnote nebst Annex, vom 30. August datiert, habe ich soeben erhalten und beeile mich, einen flüchtigen Auszug zu senden. Das Original folgt in extenso* morgen durch Kurier.

Die neue Redaktion ist:

zu I 1: „Création de corps de troupes marocaines pour la police",

zu I 2: „Surveillance et répression de la contrebande des armes".

Die gewünschte Streichung der Ortsnamen und der Worte „par mer" erfolgte unter der Bedingung, daß Punkt I folgende Redaktion erhält: „Organisation de la police hors de la région frontière où elle est réglée et continuera à l'être par l'entente directe des deux pays voisins".

Die französische Regierung beruft sich bei Punkt I auf die franko-marokkanischen Verträge und Traditionen, welche das Grenzverhältnis und die Grenzpolizei regeln; statt der gewünschten Streichung der Worte „hors de la région frontière etc." würde die Regierung die obige zu I aufgeführte Fassung annehmen. Die Streichung „par mer" bei I 2 geschehe „sous réserve que l'application dans la région frontière du règlement ainsi élaboré restera l'affaire exclusive des deux pays".

Punkt II „réforme financière" und III bleiben in dem neuen Vorschlag unverändert.

Die französische Regierung wartet nur das Einverständnis Euerer Durchlaucht ab, um den so gefaßten Text nach Fes zu senden.

Zum Schluß der Note bemerkte Rouvier, er würde sich gern unserem Wunsch, Tanger als Konferenzort zu wählen, anschließen, bemerkt aber, daß nach den gemachten Erfahrungen die zu regelnden Fragen gerade in Tanger keine Lösung gefunden hätten, und daß 1880 nach zweijährigen vergeblichen Verhandlungen die Konferenz von Tanger nach Madrid habe verlegt werden müssen. Dort wäre die Konferenz glatt von statten gegangen. Außerdem böte Tanger keinerlei Sicherheit für die Fremden. Unter diesen Umständen legt Rouvier den größten Wert darauf, Madrid oder eine näher liegende Stadt zu wählen.

Als Nachschrift bemerkt Rouvier, daß er eine Antwort auf sein Schreiben vom 25. August und die angeschlossene Note erwartet und

---

* Siehe den Text der Note im französischen Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905", Nr. 331.

hofft, daß mit Rücksicht auf unsere Abmachungen und auf die nahe bevorstehende Konferenz die Anleihefrage und die Ausführung des Molenbaues in Tanger einstweilen sistiert werden würde.

Radolin

Nr. 6798

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Kriege

Undatierte und unsignierte Reinschrift

[pr. 3. September 1905]

Die französische Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge für das Programm der Marokkokonferenz trägt den deutschen Wünschen in den Nebenpunkten Rechnung, während sie sich in den beiden Hauptpunkten entschieden ablehnend verhält. Diese Hauptpunkte betreffen die französische Polizeiorganisation in den marokkanischen Grenzdistrikten und die Verlegung der Konferenz von Tanger nach einem spanischen Orte.

1. Die französische Polizeiorganisation in den marokkanischen Grenzdistrikten.

Frankreich beabsichtigt nach seiner ersten Note, den wichtigsten Teil der Reformen, nämlich die Organisation der marokkanischen Polizei, ausschließlich in seine Hand zu bekommen. Zu diesem Zwecke fordert es in dem Programm die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes, die Polizeiorganisation in den marokkanischen Grenzdistrikten durch unmittelbare Verständigung mit Marokko zu regeln, während es die Polizeiorganisation in den übrigen Plätzen durch ein Konferenzmandat zu erhalten hofft. Auf diese Weise würde Frankreich die zuverlässigen Truppen Marokkos unter seinen unmittelbaren Einfluß bringen, sodaß die Polizeiorganisation einer Besetzung der wichtigsten Plätze durch französische Truppen gleichkommen würde. Damit wäre Frankreichs Vormachtstellung in Marokko gesichert und die Unabhängigkeit des Sultans tatsächlich beseitigt. Frankreich würde daher auf einem Umwege den wesentlichsten Teil seines ursprünglichen Marokkoprogramms durchsetzen.

Dieses Ziel würde Frankreich der Hauptsache nach schon dann erreicht haben, wenn es durch das Programm die Befugnis erhielte, die Polizei in den Grenzdistrikten — einem sehr dehnbaren Begriffe — ohne Kontrolle der Konferenzmächte zu regeln. Denn in diesem Falle kann es mit Marokko Militärkonventionen abschließen, die ihm gestatten, an beliebigen marokkanischen Grenzplätzen Polizeitruppen in unbeschränkter Zahl und auf unbegrenzte Zeit zu organisieren und mit den Kosten ihrer Unterhaltung die der marokkanischen Regierung

durch die Konferenz zu eröffnenden Kredite zu belasten. Demgegenüber würden die internationalen Polizeiorganisationen an den übrigen Plätzen örtlich, numerisch und zeitlich beschränkt sein und infolgedessen eine verhältnismäßig geringe Bedeutung besitzen. Diese Organisationen würden daher, auch wenn die Konferenz sie in andere als französische Hände legen sollte, kaum ein genügendes Gegengewicht gegen die französischen Grenzorganisationen bilden.

Die Einräumung des von Frankreich beanspruchten Vorrechts durch das Konferenzprogramm erscheint übrigens rechtlich nicht möglich. Sie würde einer Sonderabmachung zwischen Deutschland und Frankreich gleichkommen, die der Konferenz einen wichtigen ihrer Kompetenz unterliegenden Beratungsgegenstand entzöge; denn die von Frankreich in Aussicht genommenen Militärkonventionen würden der in Artikel 17 der Madrider Konvention ausgesprochenen Meistbegünstigung zuwiderlaufen, also die Zustimmung aller Konferenzmächte zur Voraussetzung haben. Der französische Vorschlag entspricht ferner nicht der Billigkeit. Denn wir haben keinen Grund, Frankreich ohne irgendwelche Gegenleistung wertvolle Rechte in Marokko einzuräumen, die dazu führen könnten, ihm das Land über kurz oder lang vollständig auszuliefern. Der von Frankreich erhobene Anspruch dürfte daher abzulehnen sein. In jedem Falle würde er, um eine rechtliche Grundlage zu erhalten, der Genehmigung durch die Konferenz bedürfen.

2. Die Verlegung der Konferenz von Tanger nach einem spanischen Orte.

Der Sultan hat Tanger als den für ihn allein möglichen Konferenzort bezeichnet; wir haben uns dieser Auffassung angeschlossen und sie den Konferenzmächten gegenüber vertreten. Auf Tanger als Konferenzort legen wir deshalb besonderen Wert, weil nach der übereinstimmenden Ansicht des Grafen Tattenbach und des Legationsrats von Kühlmann der Einfluß der marokkanischen Delegierten, den wir gegenüber den französischen Prätensionen verwerten wollen, allein in Tanger voll zur Geltung kommen wird. Dazu kommt noch, daß die zu beratenden Fragen nur an Ort und Stelle richtig übersehen werden können, auch zu ihrer Prüfung die Auskunft ortskundiger Personen unentbehrlich ist; solche Personen würden wir uns aber voraussichtlich nur in Tanger beschaffen können, während sie Frankreich aus seinen afrikanischen Reichen überall zur Verfügung ständen. Es dürfte sich daher empfehlen, an Tanger als Konferenzort festzuhalten. Allenfalls könnte den französischen Wünschen dadurch Rechnung getragen werden, daß es der Konferenz überlassen bliebe, später ihre Verlegung nach einem anderen Platze zu beschließen. Einem solchen Beschlusse würden wir, sofern sich die französischen Besorgnisse wegen der Unsicherheit Tangers bestätigen sollten, nicht entgegentreten. Auch würden wir bei längerer

Fortdauer der gegenwärtigen Unruhen in Tanger schon jetzt mit der Wahl eines anderen Konferenzorts in möglichster Nähe Marokkos einverstanden sein.

In einer Nachschrift zu der französischen Note wird von neuem auf die schon mehrfach zur Sprache gebrachten beiden deutschen Unternehmungen in Marokko, den Molenbau in Tanger und den Zehnmillionenvorschuß, hingewiesen und deren Annullierung verlangt.

1. Der Molenbau in Tanger.

Dieser Auftrag ist dem deutschen Unternehmer, der ein Projekt im Februar d. Js. durch Vermittelung des deutschen Geschäftsträgers vorgelegt hatte, im März d. Js. durch den marokkanischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten schriftlich zugesichert worden. Hiernach handelte es sich bei der im Juli erfolgten Unterzeichnung des Vertrags nur noch um dessen formellen Abschluß. Die Mitwirkung des Grafen Tattenbach hat sich nach dessen Berichte darauf beschränkt, daß er über den Wettbewerb einer französischen Firma, die sich die deutschen Pläne auf illoyale Weise verschafft hatte, beim Sultan eine entsprechende Bemerkung gemacht hat. Die von Herrn Rouvier behauptete Tatsache, daß wegen desselben Unternehmens von französischer Seite schon seit 18 Monaten verhandelt worden sei, war hier nicht bekannt. Sollten diese Verhandlungen zu ähnlichen Zusicherungen, wie sie der deutschen Firma gemacht sind, geführt haben, so werden wir allerdings auf eine Annullierung des Auftrags hinwirken müssen. Übrigens handelt es sich bei dem Unternehmen nur um ein Objekt von rund 1½ Millionen Mark. Vielleicht könnte der französischen Regierung nahegelegt werden, daß wir nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn sich die französische Industrie einen Auftrag ähnlicher Art sicherte.

2. Der Zehnmillionenvorschuß.

Die französische Regierung greift dieses Geschäft nach zwei Richtungen an, indem sie behauptet, daß die Kreditgewährung sowohl dem von Marokko mit den französischen Banken abgeschlossenen Anleihevertrage als auch dem deutsch-französischen Abkommen vom 8. Juli zuwiderlaufe. Beide Angriffe erscheinen nicht gerechtfertigt.

Die Rechte der französischen Banken sollen dadurch beeinträchtigt sein, daß ihnen das Geschäft entgegen dem Artikel 33 ihres Anleihevertrags nicht vorher angeboten worden ist. Dieser Artikel gewährt indes den Banken ein Vorrecht nur für die von Marokko aufzunehmenden Anleihen, während es sich hier im technischen Sinne nicht um eine Anleihe, sondern um einen Vorschuß handelt. Überdies kann das Vorrecht der französischen Banken vom internationalen Rechtsstandpunkte keine Beachtung beanspruchen, weil es praktisch auf ein Finanzmonopol in Marokko hinausläuft und daher sowohl die Unabhängigkeit des Sultans als auch den Artikel 17 der Madrider Konvention verletzt.

Die Kreditgewährung steht ebensowenig mit dem deutsch-französischen Abkommen vom 8. Juli im Widerspruche. Das Geschäft ist den deutschen Firmen vom Sultan angetragen worden. Besondere Vorteile wirtschaftlicher oder anderer Art haben sie dabei infolge der Intervention der Kaiserlichen Regierung nicht erlangt, sodaß es sich nur um einen vorübergehenden, engbegrenzten Bankkredit handelt. Das Geschäft selbst zu hindern, lag kein Anlaß vor, zumal da ohne diese Hülfe die politische Lage des Sultans und damit das auf der Konferenz zu beschließende Reformwerk schwer geschädigt worden wäre.

Da der Vorschuß jederzeit zurückbezahlt werden kann, ist die neu zu gründende marokkanische Staatsbank in der Lage, die sofortige Abwickelung des Geschäfts in die Hand zu nehmen. Überdies sind die deutschen Banken gern bereit, Unterbeteiligungen abzugeben und dabei insbesondere auch die in Betracht kommenden französischen Banken zu berücksichtigen.

Nr. 6799

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 219 Berlin, den 4. September 1905

Zunächst nur zu Eurer Durchlaucht persönlicher Information:

Ich beabsichtige, den für Tanger designierten Gesandten Rosen morgen abend nach Paris zu senden, um in mündlichen Besprechungen zu versuchen, die noch wegen des Marokkokonferenzprogramms bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Ich bin sicher, daß Ew. den Gesandten Rosen mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten, in erster Linie mit Herrn Rouvier, in Verbindung setzen und ihm jegliche Unterstützung werden zuteil werden lassen, welche irgendwie zweckdienlich sein kann.

Ich werde Herrn Bihourd heute von der Sendung des Gesandten Rosen mündlich in Kenntnis setzen und behalte mir telegraphische Mitteilung über die Unterredung vor.

Gleichzeitig mit Dr. Rosen wird sich Geheimer Legationsrat Kriege nach Paris begeben, um Eurer Durchlaucht die in der Frage hier maßgebenden juristischen Gesichtspunkte mündlich darzulegen.

Ew. bitte ich, Ihre Urlaubsabsichten so lange zu vertagen, bis entweder über das Konferenzprogramm eine Einigung herbeigeführt oder eine solche wider Verhoffen endgültig gescheitert sein wird.

Bülow

Nr. 6800

*Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein — Paris, den 6. September 1905

Nach den langen mühevollen Verhandlungen und nach erschöpfender Ausführung aller erhaltenen Instruktionen kann ich nur hoffen, daß Dr. Rosen ein befriedigenderes Resultat erreicht. Ich werde ihn selbstverständlich bestens einführen.

Radolin

Nr. 6801

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 220 — Berlin, den 4. September 1905

Im Anschluß an Telegramm Nr. 219**.

Ich habe heute Herrn Bihourd empfangen. Was ich dem französischen Botschafter gesagt habe, fasse ich in großen Linien wie folgt zusammen: „J'ai reçu la note que M. Rouvier a adressée au Prince Radolin***. Il y a plusieurs points qui ne sont pas encore éclaircis et où nous ne sommes pas encore d'accord: Où siégera la conférence? La question de l'emprunt allemand et des moles de Tanger. L'organisation de la police marocaine. — J'ai eu avant-hier et hier avec l'Empereur de longs entretiens sur l'état actuel de la question marocaine. Sa Majesté partage mon désir d'arriver avec la France à une entente qui rendrait possible la réunion de la conférence, mais elle est comme moi fermement décidée à ne pas dépasser la ligne où sa dignité et la dignité de l'Allemagne seraint atteintes. L'échange de notes qui a continué pendant deux mois ne nous a malheureusement pas beaucoup avancés. Dans un esprit de conciliation j'ai conseillé à l'Empereur une démarche qui, je l'espère, sera appréciée par le Gouvernement français. J'enverrai demain soir à Paris notre ministre futur à Tanger M. Rosen. Monsieur Rosen essayera de se mettre d'accord avec votre Gouvernement sur les questions en litige qui empêchent la réunion de la conférence. —

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.
** Siehe Nr. 6799.
*** Vgl. Nr. 6797 nebst Fußnote.

C'est un essai très loyal que nous faisons pour arriver à une entente si désirable à plus d'un point de vue. Je désire vivement que cet essai soit couronné de succès. Si cet essai échouait, nous serions de nouveau placés dans la situation qui a subsisté avant l'accord du 8 juillet. Cette situation serait incertaine et périlleuse, elle laisserait la porte ouverte à toutes les surprises, elle pourrait amener des frictions et des conflits, qui selon ma ferme conviction se laissent éviter avec du bon vouloir des deux côtés. — Je voudrais ajouter un mot sur le différend qui a surgi récemment entre la France et le Maroc*. Nous n'avons pas l'intention de nous immiscer dans ce conflit. Je ne critique pas l'attitude que le Gouvernement français a prise, mais je ne voudrais pas que l'œuvre de conciliation et d'apaisement que nous avons entreprise et que la conférence doit consacrer fût troublée ou mise en question par une action brusque ou précipitée de la part de la France vis-à-vis du Maroc."

Herr Bihourd will meine Ausführungen telegraphisch nach Paris weitergeben.

Ew. ersuche ich, auch Ihrerseits die bevorstehende Ankunft des Gesandten Rosen Herrn Rouvier zu notifizieren. Hierbei wollen Ew. sich im Sinne meiner vorstehenden Äußerungen — einschließlich der Schlußbemerkung — aussprechen.

Seine Majestät der Kaiser erwartet, daß wir jetzt mit Frankreich zu einer Verständigung kommen werden, welche unter voller Wahrung der Würde unseres allergnädigsten Herrn und des deutschen Ansehens das Zusammentreten der Konferenz ermöglicht. Ich bin fest überzeugt, daß Ew. das Vertrauen rechtfertigen werden, welches unser kaiserlicher Herr für die Erreichung dieses Zieles in erster Linie auf Ew. als allerhöchstseinen Botschafter in Paris setzt.

Bülow

Nr. 6802

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 130 Baden-Baden, den 8. September 1905

Gesandter Rosen telegraphiert mir direkt unter Nr. 1:

„Auf der Fahrt hierher habe ich zum ersten Male Gelegenheit gehabt, mich über die ganze Marokkoangelegenheit zu informieren und Herrn Krieges Plan für weiteres Vorgehen kennen zu lernen. Hier angelangt, hat dann Herr Kriege nochmals alle schwebenden Punkte

* Vgl. Nr. 6796, Fußnote.

in zweistündiger Auseinandersetzung dem Kaiserlichen Botschafter vorgetragen. Auf Grund meiner nunmehrigen Aktenkenntnis und meiner erschöpfenden Aussprache mit Herrn Kriege bin ich unabhängig von Fürst Radolin zu der Überzeugung gelangt, daß wir durch weitere juristische Deduktionen unsere Sache nicht fördern, sondern höchstens aufs schwerste schädigen könnten. Ich bitte daher Euere Durchlaucht, von solchen zunächst ganz absehen zu dürfen. Hiesige Stimmung ist, wie ich auch von anderer Seite als Botschaft erfahre, und wie schon aus der Haltung der Presse hervorgeht, in hohem Grade irritiert und mißtrauisch. Allgemein ist Glaube verbreitet, daß unsere wiederholten Beanstandungen des Konferenzprogramms nur dazu dienen sollen, uns weitere Sondervorteile zu verschaffen, wogegen allerdings seitens französischer Presse meine Mission als Gegenbeweis vorläufig akzeptiert wird. Aber alle Freunde eines guten Einvernehmens Frankreichs mit uns raten dringend zu möglichst schneller Einigung über Konferenzprogramm. Was dieses selbst betrifft, so ist meine durch nunmehr erfolgte Information gewonnene eigene Anschauung folgende:

Zu Punkt 1 hatten wir durch das Abkommen vom 8. Juli den Franzosen bereits zugestanden: die Konferenz sollte haben aucun but qui compromît les légitimes intérêts de la France résultant de ses traités ou arrangements. Hiermit war französische Regierung ...* und unsererseits zugesagt, daß die Konferenz die französischen Verträge und Abmachungen, betreffend ihren sogenannten Grenzschutz, nicht in Frage stellen dürfe. Hiermit ist — meiner Meinung nach — der erste Punkt bis auf die Definition der Worte région frontière als erledigt anzusehen. Wir müssen aber, und haben ein gutes Recht darauf, eine geographische Definierung des Begriffs région frontière verlangen, da diese sonst beliebig ausgedehnt werden könnte.

Über die tatsächlichen Verhältnisse in diesem Distrikt habe ich folgendes aus guter Quelle in Erfahrung gebracht:

Die algerisch-marokkanische Grenze ist im allgemeinen durch den Vertrag von 1845 geregelt. Nur der nördliche Teil der Grenzlinie ist bisher geographisch geregelt etwa 150 km landeinwärts. Dann kommt das Ksurgebiet, in dem die einzelnen Stämme Marokko oder Algerien zugeteilt sind. Südlich davon wird die Gegend als wasserlose Wüste bezeichnet und keine Grenze gemacht. Die Eisenbahn, die zum Teil auf marokkanischem Gebiete bis 100 km südwestlich von Figig führt, ist durch Militärposten bewacht. Große, mit französisch-europäischen Truppen besetzte befestigte Posten befinden sich 50 bis über 100 km westlich der im Vertrag von 1845 augenscheinlich vorgesehenen Grenze. Ich hoffe, Euere Durchlaucht werden mich nicht des Pessimismus zeihen, wenn ich es nicht für

* Zifferngruppe unverständlich.

denkbar halte, daß Frankreich einwilligen könnte, eine Vertragslage, die seit Louis Philippe unangefochten besteht, und damit die eventuelle Räumung von Garnisonen und Schleifung von Festungen der Begutachtung einer internationalen Konferenz zu unterwerfen. Es brauchte ja nur — da nach unserer Auffassung zur Beschlußfassung der Konferenz Einstimmigkeit erforderlich sein soll — eine Stimme, beispielsweise Marokko, gegen das französische Mandat an der Ostgrenze zu stimmen, und Frankreich würde das betreffende Gebiet zu räumen haben. Um eine französische Regierung zu bewegen, sich dieser Gefahr auszusetzen, dürfte wohl nur die Sprache der Kanonen, nicht aber juristische Deduktionen genügen. Ich glaube aber ferner auf Grund meiner jetzigen Aktenkenntnis, daß wir durch nichts gebunden sind, uns gerade für diesen Punkt einzusetzen, den weder Seine Majestät der Kaiser noch Euere Durchlaucht in ihren öffentlichen Äußerungen berührt haben. Vielmehr tun wir, glaube ich, viel besser daran, die nun einmal seit 50 Jahren geschaffene Sachlage entsprechend unserer ausdrücklichen Zusage vom 8. Juli ruhig anzuerkennen, indem wir den Grenzdistrikt als an Frankreich verloren betrachten, was er ja schon lange ist, und dafür suchen, dem weiteren Vordringen der Franzosen nach dem Innern einen Riegel vorzuschieben. Hierbei würden wir uns auf dem sichern Boden des Rechts und der gegenseitigen Abmachungen befinden, ohne irgendwie faktisch deutsches Interesse aufzugeben. Ich werde bis zum Eintreffen Euerer Durchlaucht Weisung versuchen, die Erörterung des Punktes 1 zu vermeiden, und höchstens zunächst fragen, was unter région frontière zu verstehen ist, um so Zeit zu gewinnen.

Was den zweiten Programmpunkt, Tanger, betrifft, werde ich Eurerer Durchlaucht Weisung gemäß sagen, daß ich zu Konzessionen ermächtigt sei, nachdem das Übrige befriedigend erledigt. Desgleichen werde ich die Molenfrage als Bagatelle behandeln und dringendenfalls Aufschub in Aussicht stellen. Ich nehme an, diese beiden Punkte werden nicht zu schwer zu erledigen sein.

Große Schwierigkeiten sehe ich dagegen in Anleihefrage voraus. Franzosen werfen uns hierin duplicité vor; ihre einstimmige Meinung geht dahin, daß wir auf der einen Seite vertrauensvolles Zusammenwirken mit Frankreich bei Reformwerk versprochen hätten und auf der anderen Seite Marokko durch 10 Millionen Vorschuß und sonstige Schritte in Fes gegen Frankreich aufreizten. Die Frage, ob die 10 Millionen als Vorschuß oder als Anleihe zu betrachten sind, spielt dabei keine Rolle, und ist dies Argument hier wohl überhaupt kaum verwendbar. Viel besser wäre es vielleicht, rund heraus zu erklären, Anleihegeschäft wäre Antwort deutscher Banken auf französische Bankmonopolprätensionen. Die Anleihe zu inhibieren, hielten wir für bedenklich, da dies als Anerkennung jener Prätensionen ausgelegt werden könnte. Mildernd könnte dabei angedeutet werden,

daß wegen Frage der Pfänder noch Verzögerung zu erwarten sei. Dann müßte aber Mendelssohn angewiesen werden, etwas kurz zu treten.

M. Tardieu* sagte mir heute, er käme aus Provinz zurück und fände starken Umschlag der öffentlichen Meinung gegen uns, während Regierung nach wie vor vertrauensvolles Verhältnis zu Deutschland anstrebe. Herr Rouvier habe ihm dies noch gestern gesagt. Tardieu sagte ferner, meine Entsendung sei in Presse günstig aufgenommen worden, als Zeichen Euerer Durchlaucht loyalen Wunsches, Sache ins reine zu bringen. Er versprach uns sympathischen Artikel im „Temps". Tardieu würde gern von Euerer Durchlaucht gelegentlich empfangen werden. Ich sagte ihm, daß ich glaubte, daß dies später nach Erledigung des Programms möglich sei. Ich werde aber eventuellen vorhergehenden Besuch Etiennes oder Dupuys im Auge behalten.

Spanischer Botschafter, den ich bei Fürst Radolin traf, versicherte mir, französische Regierung verlange nichts sehnlicher als gutes Verhältnis zu Deutschland. Auf meine Frage, ob dies jetzt noch der Fall sei, antwortete er: „Ja, aber täglich vermindert sich dieser Wunsch unter dem Druck öffentlicher Meinung. Wenn Ihre Entsendung zur Herstellung guter Beziehungen beitragen soll, dann ist Eile geboten." Mit Rücksicht hierauf wage ich es noch zu befürworten, daß der übrigens entlegene und wüste Grenzdistrikt zuerst genau definiert und dann von uns ruhig in seinem bisherigen Zustand belassen wird. Wir können dann um so mehr Kraft auf Internationalisierung des übrigen Marokko oder auf dessen Reservierung für die Zukunft verwenden.

Ich habe vorstehendes dem Herrn Botschafter mitgeteilt, welcher sein Einverständnis erklärte und es in keinem Punkte seiner früheren Berichterstattung widersprechend fand. Rosen."

Bülow

Nr. 6803

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 133 Baden-Baden, den 8. September 1905

Für Exzellenz Freiherrn von Richthofen

Wie beurteilen Sie die Vorschläge von Rosen (Telegramm Nr. 1 von Rosen an mich, enthalten in meinem Telegramm Nr. 130 an Auswärtiges Amt**)? Wie mir prima vista scheint, kommt alles

* Redakteur des „Temps".
** Siehe Nr. 6802.

darauf an, daß wir aus der in letzter Zeit augenscheinlich verfahrenen Marokkoangelegenheit jetzt in einer Weise herauskommen, die unser Ansehen in der Welt intakt erhält und den wirtschaftlichen und finanziellen deutschen Interessen möglichst Rechnung trägt. Wichtig ist auch, daß Fürst Radolin auf eine ruhige Haltung der französischen Presse hinwirkt, vielleicht unter Hinweis auf die anständige Sprache aller maßgebenden deutschen Blätter. Ich möchte empfehlen, Rosen baldmöglichst mit Weisungen zu versehen, die, soweit es sich um Einzelfragen handelt, zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs natürlich von dort aus erfolgen müssen. Sofern Sie es für nützlich halten, daß ich Rosen von hier aus ein ermutigendes oder zustimmendes Wort sende, bitte ich um schleunige Mitteilung.

Bülow

Nr. 6804

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 362 Paris, den 9. September 1905

Dr. Rosen bittet mich, folgendes zu telegraphieren:

„Ich habe bis jetzt nur allgemeine und unverbindliche Unterredungen gehabt. Außer Rouvier und Révoil hat der Kaiserliche Botschafter mich mit Herrn Henry* Dupuy und Etienne bekannt gemacht. Bei allen begegnete ich dem Ausdruck einer uns freundlichen Gesinnung und des Wunsches nach einem guten Einvernehmen mit Deutschland. Dupuy sprach lange eingehend über den Hergang der Marokkofrage mit mir. Seine Ausführungen zeigten lebhaftes Bedauern darüber, daß angeblich die deutsche Zusage einer politique de franchise cordiale nach Annahme der Konferenz sich nicht erfüllt hätte. Indessen zweifelte er nicht daran, daß auch jetzt noch der accord bald zustande kommen würde. Er stellte mir hierzu seine Unterstützung bei Rouvier und Révoil zur Verfügung.

Etienne schlug in seiner Unterhaltung mit dem Fürsten und mit mir einen sehr warmen Ton an und sprach die Hoffnung aus, daß unsere zukünftigen Beziehungen kordiale seien. Dies sei der Wunsch [der] ganzen Regierung. Révoil versicherte mir bei meiner gestrigen ganz allgemeinen Besprechung mit ihm, daß Frankreich, nachdem es die Konferenz einmal angenommen, loyal und gern im Einvernehmen mit uns daran mitarbeiten wollte. Er beteuerte, ein ganz offenes Spiel spielen zu wollen ohne den Hintergedanken einer territorialen

* Wohl versehentlich übermittelt für „Jean".

Ausdehnung[1]. Spezialfragen habe ich vermeiden müssen mit Ausnahme des Konferenzorts, über den wir unsere Gedanken zwanglos ausgetauscht haben. Meine nächste Zusammenkunft mit ihm ist auf Montag früh festgesetzt. Ich darf gehorsamst darauf aufmerksam machen, daß, falls ich bis dahin die erbetene Instruktion nicht erhalten sollte, ein für uns sehr ungünstiger Eindruck unvermeidlich ist[2]. Rosen."

Ich möchte gehorsamst bemerken, daß, wie ich bereits wiederholt berichtet habe, die vorgenannten Herren genau in demselben Sinne sich geäußert haben. Wenn Rosen bei der bevorstehenden Sitzung Révoil eine befriedigende Antwort nicht geben kann und erneut hinter dem Berg halten muß, dann ist eine ernste Mißstimmung gegen uns unvermeidlich und erschwert weitere Verhandlungen[2].

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Die ist jetzt nicht möglich; später, on verra — je nach dem Stand der deutsch-französischen Beziehungen.

[2] richtig

Nr. 6805

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 233 Berlin, den 10. September 1905

Auf Telegramm Nr. 130*.

Bitte, dem Gesandten Rosen auf sein Telegamm Nr. 1 nachstehende Instruktion zu übermitteln:

„In Rücksichtnahme auf die nach Ihrer Schilderung dort bestehende Stimmung bin ich damit einverstanden, daß Sie von der Verwendung weiterer juristischer Deduktionen zunächst nach Möglichkeit absehen.

Dem Glauben, daß wir uns Sondervorteile zu verschaffen wünschten, werden Sie auch fernerhin mit ruhiger Festigkeit entgegentreten müssen, indem Sie geltend machen, daß unsere Haltung nicht auf dem Wunsch nach Sondervorteilen für uns beruht, sondern allein auf dem Bestreben, uns dagegen zu sichern, daß Frankreich seinerseits uns schädigende Sondervorteile erlangt.

Zu Punkt I des Konferenzprogramms:

---

* Siehe Nr. 6802.

Wir beabsichtigen nicht, Frankreich den zu seinen Gunsten hinsichtlich der Polizeitruppen in den Grenzbezirken bestehenden Status quo und dessen sachgemäße Fortbildung im Wege direkter französisch-marokkanischer Abmachungen zu verkümmern. Wir wollen uns vielmehr auf das berechtigte Verlangen beschränken, daß die Grenzbezirke geographisch ausreichend definiert werden, um eine beliebige Ausdehnung des Begriffs zu verhüten. Insoweit etwa finanzielle Mittel Marokkos für die Grenzpolizei in Anspruch genommen werden, wird deren Bemessung in die Kompetenz der Konferenz fallen. Ferner betrachten wir als selbstverständlich, daß die Verpflichtung zur surveillance et répression de la contrebande des armes (Punkt I sub 2) auch die Polizei in den Grenzdistrikten trifft.

Eine Verpflichtung, für das französischerseits in den Grenzbezirken beanspruchte Vorrecht positiv einzutreten, können wir übrigens naturgemäß nicht übernehmen. Wir können uns nur anheischig machen, den französischen Wünschen in dieser Beziehung nicht entgegenzutreten und unsre Stimme dafür abzugeben.

Mit der von Ew. pp. hinsichtlich des Konferenzorts in Aussicht genommenen Haltung bin ich einverstanden. Wir geben zu, daß die neuerlichen Vorgänge in Tanger nicht zugunsten der Abhaltung der Konferenz an diesem Platze sprechen. Wir werden dagegen darauf Wert zu legen haben, daß den Gründen, welche unser bisheriges Festhalten an Tanger bestimmten, dadurch Rechnung getragen wird, daß der Konferenzort in möglichste Nachbarschaft von Marokko gelegt und so der Verkehr sowohl mit den dortigen Sachverständigen als für die marokkanischen Delegierten mit Tanger so wenig wie möglich erschwert wird. Von diesem Gesichtspunkte aus würden Sie der Wahl eines südspanischen Platzes, am besten wohl — der Dampferverbindungen halber — Cadiz, zustimmen können. Ich bemerke nur, daß,wenn wir nach vorstehendem in den beiden für Frankreich wichtigsten prinzipiellen Punkten, Grenzpolizei und Konferenzort, den französischen Wünschen nachgeben, wir umsomehr Entgegenkommen hinsichtlich der beiden andren, für Frankreich untergeordneten Punkte, Mole und Anleihe, erwarten können.

Was die Anleihe betrifft, so ist darüber hiesigen Orts nur festzustellen, daß Mendelssohns letzte Instruktion 25. August an Pariente gesandt haben und darauf noch ohne Antwort sind. Von Graf Tattenbach haben wir nur die Ihnen und Herrn Geheimrat Kriege bereits bekannte Meldung vom 2. d. Mts., daß der Abschluß des Vorschußgeschäfts sich verzögere. Es ist daher anzunehmen, daß der Vertrag formell noch nicht perfekt und Vorschuß daraufhin noch nicht ausgezahlt worden ist.

Vorstehendes über Anleihe lediglich zu Ihrer vertraulichen Information. Sie werden zu erwägen haben, ob es nicht zweckmäßiger sein wird, die Anleihe vorläufig dort als bereits perfekt zu behandeln.

Sie werden darauf hinzuwirken haben, daß die französische Regierung in Erwiderung unseres Entgegenkommens hinsichtlich Konferenzort und Grenzpolizei sich verpflichtet, der Anleihe nicht entgegenzutreten, wogegen wir mit einer alsbaldigen Rückzahlung der Anleihe aus von der Konferenz bereitzustellenden Mitteln uns einverstanden erklären würden.

Daß Ew. pp. die Molenangelegenheit als eine Bagatelle hinstellen, erscheint mir durchaus richtig. Es handelt sich um einen Betrag von nur 1½ Millionen Mark und nicht einmal um eine eigentliche Mole, sondern um einen Pier für Leichterschiffe. Da die Verhandlungen darüber bereits lange vor dem 8. Juli d. Js. begonnen haben und erworbene Privatrechte in Frage kommen, so wird auf volle Aufrechterhaltung des Kontrakts hinzuwirken sein.

Darüber, ob die gegenwärtigen Verhandlungen Ew. pp. auf die vorstehenden Punkte zu beschränken und nicht auf weitere Gebiete (Grenzpolizei im Westen, finanzielle und wirtschaftliche Fragen, Staatsangehörigkeitsfragen) auszudehnen sind, bitte ich hiermit den Herrn Botschafter, sich mit Ew. pp. und Herrn Kriege zu benehmen und das Ergebnis mir telegraphisch zu berichten. Für die Beschränkung dürfte vielleicht sprechen, daß durch eine solche die Fertigstellung des Konferenzprogramms und der Zusammentritt der Konferenz, der immer für uns ein Erfolg sein wird, wohl am schnellsten gesichert werden und daß es uns vielleicht auf der Konferenz leichter wird, die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung durchzusetzen als im Diskussionswege mit Frankreich allein. Insbesondere wird zu erwägen sein, ob nicht die Frage der Gültigkeit des französischen Bankenvertrags über Monopolisierung der marokkanischen Anleihen und des Zollwesens nützlicher für uns erst auf der Konferenz zur Sprache zu bringen und durch Erwähnung in den jetzigen Verhandlungen nicht irgendwie zu präjudizieren sein wird.

Selbstverständlich wollen Ew. pp. diese Instruktion sogleich auch zur Kenntnis des Geheimrats Kriege bringen, wie ich auch annehme, daß derselbe von Ihnen über den wesentlichen Inhalt Ihres Telegramms Nr. 1 informiert worden ist." Richthofen

Nr. 6806

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Koblenz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 124 Berlin, den 10. September 1905

Da nächste Besprechung zwischen Rosen und Révoil auf morgen angesetzt ist und Rosen in dieselbe nicht ohne Instruktion eintreten

kann, habe ich die Instruktion im Sinne der mir bekannten Intentionen Euerer Durchlaucht für Rosen aufgestellt[1] und telegraphisch abgesandt. Der Wortlaut der Instruktion geht durch Kanzleidiener heute abend nach Koblenz ab, und hoffe ich, daß dieselbe Euerer Durchlaucht Genehmhaltung finden wird. Sie läuft auf Anerkennung des Status quo in der Grenzzone und Wahl eines Marokko möglichst benachbarten Konferenzorts in Südspanien (Cadiz) gegen möglichste Aufrechterhaltung der Anleihe und des Molenkontrakts hinaus.

Richthofen

Randbemerkung des Fürsten von Bülow auf der Entzifferung: Richtig.

Nr. 6807

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Nr. 774 Paris, den 14. September 1905

Um den sich in die Länge ziehenden Verhandlungen zwischen Herrn Geheimen Rat Rosen und Herrn Révoil den nötig gewordenen Nachdruck zu geben, habe ich geglaubt, unbeschadet der selbständigen Mission des Herrn Geheimen Rates Rosen, im Interesse der Sache und im Sinne des Schlußpassus des hohen Erlasses vom 5. d. Mts. (Telegramm Nr. 220*) zu handeln, indem ich gestern Herrn Jean Dupuy, dem seinerzeit auf mein Drängen der entscheidende Schritt zur Beseitigung des Herrn Delcassé zu verdanken war, durch eine eindringliche und überzeugende Sprache bestimmt habe, seinen ganzen Einfluß zunächst bei Herrn Révoil und dann bei Herrn Rouvier geltend zu machen, um namentlich ersteren unter Vorhaltung der ernsten Gefahr, die ein weiterer Widerstand, auf unsere berechtigten Forderungen einzugehen, nach sich ziehen würde, zur Nachgiebigkeit zu drängen.

Geheimer Rat Rosen wird hoffentlich durch diese vorbereitenden Schritte die Lösung seiner Aufgabe erleichtert finden, was ihm übrigens Herr Dupuy, den er gestern bei mir traf, in Aussicht stellte.

Radolin

---

* Siehe Nr. 6801.

Nr. 6808

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Nr. 781 Paris, den 16. September 1905

Der Gesandte Rosen bittet mich, folgendes zu melden:

„In meinen langen Verhandlungen mit Herrn Révoil hat dieser allmählich mehr und mehr sein eigentliches Programm durchblicken lassen. Dieses gipfelt in dem Satze: „La France a un droit à la réorganisation du Maroc dans la région frontière; quant à la réorganisation à faire dans la partie occidentale, elle y a un titre.“ Frankreich wollte hiernach auf der Konferenz beantragen, von den Signatarmächten der Madrider Konferenz das Mandat für sämtliche finanzielle[1] und Polizeireformen zu erlangen, wie dies aus Herrn Révoils Äußerungen deutlich zu entnehmen war, entsprechend den seinerzeit vom Herrn Botschafter berichteten Andeutungen des Herrn Léon*. In den anderen noch schwebenden Punkten — Vorschuß und Molenbau — war Révoil nach Herrn Dupuys erster Einwirkung nur zu Kompromissen zu bewegen, die unserem Standpunkt nur unvollkommen Rechnung trügen. Unter diesen Umständen glaubte ich, jede Konzession irgendwelcher Art in der Frage der Polizei an der Ostgrenze rundweg ablehnen zu müssen[2]. Es folgte eine Periode unfruchtbarer und teilweise sehr unliebsamer Auseinandersetzungen, die sich stets in dem gleichen circulus vitiosus bewegten. Herr Révoil suchte mir immer wieder klarzumachen, daß eine Ingerenz fremder Mächte in seine Grenzbeziehungen mit Marokko Frankreich aufs tiefste kränken müsse, daß kein Staat der Welt einen Einspruch in seine Grenzmaßregeln gegenüber einem unzivilisierten und unorganisierten Nachbarlande dulden würde, daß wir hiermit keinen anderen Zweck als eine neue Demütigung Frankreichs[3] verfolgen könnten. Ich erklärte demgegenüber, daß ich außerstande sei, Euerer Durchlaucht einen Vorschlag zu unterbreiten, der voraussichtlich der erste Schritt zu einer Besitzergreifung ganz Marokkos durch Frankreich sein würde, ohne daß dieses uns irgendein Äquivalent wie anderen Mächten geboten hätte[4]. Angesichts einer derartigen Zumutung bleibe mir nichts anderes übrig als die sofortige Abreise. Herr Révoil glaubte bei dieser Sachlage den Ministerpräsidenten konsultieren zu müssen, was dazu führte, daß Herr Rouvier mich mit Révoil gestern abend noch um halb neun Uhr zu sich bitten ließ. Auch diese Besprechung verlief im wesentlichen resultatlos, da Herr Rouvier bei seiner Unkenntnis der Details durch Révoil genau eingepaukt war.

* Vgl. Nr. 6794.

Ich setzte ihm auseinander, wie uns doch unmöglich zugemutet werden könnte, an der Ostgrenze eine derartig weitgehende Konzession zu machen, wenn, wie ich dies jetzt aus Äußerungen Révoils wisse, Frankreich auch noch den Westen beanspruche. Herr Rouvier suchte meine Besorgnisse nur durch Beteuerungen zu beschwichtigen, ohne mir aber bindende Zusicherungen zu geben. Ich wollte aber trotzdem die Verhandlungen nicht zum Abbruch kommen lassen, weil ich noch am selben Abend Dupuy sehen konnte. Diesem teilte ich die Sachlage mit und erhielt von ihm das Versprechen nochmaligen Eingreifens. Eine Einwirkung Dupuys, der in fortwährender Verbindung mit dem Herrn Botschafter steht, auf Rouvier war unmöglich, da letzterer heute früh auf drei Tage verreist ist. Es blieb also nur noch die Einwirkung auf Révoil übrig, der schon Dupuy und mir gegenüber erklärt hatte, resignieren zu wollen. Das Resultat dieser Einwirkung ist ein unerwartet günstiges. In der Frage des Molenbaues soll Frankreich auf die Geltendmachung der Ansprüche der Compagnie marocaine verzichten und in Anerkennung des Machsenbriefes vom 26. März diese Arbeit Deutschland allein überlassen [5].

Die Zehnmillionenanleihe soll die deutsche Gruppe weiterhin allein negoziieren unter französischer Unterbeteiligung bis zur Hälfte und der Voraussetzung der Absorbierung durch die zu gründende Staatsbank bzw. die nächste Anleihe [5].

In der heikelen Frage der Grenzpolizei hat auch Dupuy einen Modus, welcher dieselbe vor die Konferenz brächte, nicht durchsetzen können. Dafür hat er aber im Prinzip die Zusage erreicht, daß Frankreich auf der Konferenz bezüglich der Organisationen im Westen keine Kandidatur stellt, die ihm eine privilegierte Stellung einräumen würde, daß vielmehr die Reformen nicht nur durch die Konferenz international beschlossen, sondern auch bona fide international ausgeführt werden. Stellt Frankreich eine Kandidatur für einen einzelnen Zweig, so fällt Deutschland damit das gleiche Recht zu und umgekehrt. Deutschland und Frankreich würden hierdurch auf der Konferenz nicht mehr als Gegner aufzutreten brauchen [6], und die ganze maritime Zone würde vor einer vorzeitigen französischen Absorbierung bewahrt. Morgen früh soll bei Dupuy eine Besprechung zu Dreien stattfinden, bei der diese Punkte schriftlich fixiert werden sollen.

Wenn ich mir auch der Bedenken bewußt bin, die bezüglich der Ostgrenze immer noch bestehen bleiben, so halte ich doch diese Lösung für eine den Umständen nach höchst günstige. Außer dem eventuellen Mandat für die Ostgrenze haben wir nur noch den Konferenzort aufgegeben*, den wir angesichts der Zustände in Tanger

* Bezüglich des Konferenzortes hatte man sich inzwischen auf Algeciras geeinigt.

doch nicht hätten halten können. Dafür haben wir unseren Standpunkt in der Vorschußfrage und im Molenbau ganz durchgedrückt. Erstere ist, wie Marum* wiederholt versichert, für Deutschland eine äußerst wichtige Prestigefrage, und was die Mole betrifft, so sagt mir Marum, daß Seine Majestät der Kaiser und König für den einer deutschen Firma erteilten Bauauftrag bereits dem Sultan von Tanger aus durch allerhöchstes Handschreiben gedankt hat. Im übrigen ist der Kaiserliche Herr Botschafter mit mir der Ansicht, daß das nunmehr Erreichte das Äußerste dessen ist, was überhaupt mit friedlichen Mitteln zu erreichen ist. Auch Herr Dupuy, der eifrigste französische Verfechter der Entente mit uns, hält ein noch weiteres Nachgeben Frankreichs für ganz ausgeschlossen. Ich darf bezüglich der Ostgrenze auf mein gehorsamstes Telegramm Nr. 1** hinweisen und ergänzend folgendes bemerken. Frankreich ist, falls es unter dem Deckmantel von Polizeimaßregeln Territorium besetzen oder ähnliche Übergriffe vornehmen sollte, durch seine Zusicherung der indépendance du Sultan und der intégrité de son Empire hinreichend gebunden. Allerdings kann es mit Zustimmung des Sultans marokkanische Polizeitruppen im Osten organisieren, aber daran würden es in der Praxis die Konferenzmächte auch nicht hindern, denn die hauptsächlich in Betracht kommenden Staaten sind durch Abkommen bereits gebunden, derartiges nicht zu tun.

Sollten aber Euere Durchlaucht dennoch Bedenken tragen, auf die gegenwärtigen Vorschläge Dupuys einzugehen, so wäre mit Sicherheit eine äußerst heftige antideutsche Bewegung zu erwarten, deren Folgen sich nicht absehen lassen. In jedem Falle bitte ich gehorsamst, von etwa für wünschenswert gehaltenen Abänderungen hochgeneigtest absehen zu wollen, da solche Zeit erfordern, was die bereits hochgradig gespannte öffentliche Meinung über Gebühr erregen würde.

Erbitte Drahtantwort über prinzipielles Einverständnis. Rosen."

Ich kann vorstehenden Ausführungen nur zustimmen. Die Gefahr eines Ausbruchs französischer Leidenschaft, die künstlich zurückgehalten wird, dürfte bei Abbruch oder auch Hinziehung der Verhandlungen doch nicht verkannt werden.

Ich stelle der Erwägung gehorsamst anheim, ob die allgemeine Lage erlaubt, den Bogen noch schärfer zu spannen.

Radolin

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] !!
[2] Richtig

---

* Erster Dragoman in Tanger.
** Vgl. Nr. 6802.

[3] !?
[4] hic haeret
[5] gut
[6] das wäre sehr wünschenswert

Nr. 6809

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 251 Berlin, den 17. September 1905

Auf Bericht Nr. 781 vom 16. d. Mts.*

Mit Arrangement prinzipiell einverstanden vorbehaltlich der Prüfung der noch in Aussicht gestellten Formulierungen.

Richthofen

Nr. 6810

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 161 Baden-Baden, den 18. September 1905

Unter Bezugnahme auf Pariser Bericht Nr. 781**.

Die von Rosen vorgeschlagene Lösung erscheint günstig. Wir dürfen dies aber die Franzosen nicht merken lassen. Vergessen Sie das auch in Ihrem Chiffretelegramm nicht, bzw. bedienen [Sie***] sich eventuell nur des allersichersten Chiffres. Noch weniger als Befriedigung dürfen wir vor dem endgültigen Abschluß Ängstlichkeit oder Nervosität zeigen. Wir müssen vielmehr so tun, als ob wir aus Noblesse und Kulanz Frankreich so weit entgegenkämen. Wichtig ist die Form, in welcher die Verständigung zustandekommt, und daß sie von der Presse in Frankreich wie bei uns anständig und verständig besprochen wird. Drahten Sie mir umgehend, ob und wann ich das unter Nr. 162† an Sie abgehende Telegramm an die Botschaft in Paris richten soll. Bülow

* Siehe Nr. 6808.
** Siehe Nr. 6808.
*** Zifferngruppe unverständlich.
† Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 6811

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162 Baden-Baden, den 18. September 1905

Entwurf für ein Telegramm von mir an den Botschafter Paris*:

Antwort auf Bericht Nr. 781 vom 16. d. Mts.**, welcher mir vom Auswärtigen Amt vorgelegt worden ist.

Die allgemeine Lage würde uns erlauben, den Bogen noch schärfer zu spannen. Wenn infolge Abbruchs der Verhandlungen wirklich eine äußerst heftige antideutsche Bewegung in Frankreich eintreten und eine solche zu einem Zusammenstoß zwischen uns und Frankreich führen sollte, so würde bei einem solchen Frankreich mehr zu verlieren haben als wir, und die Chancen nach menschlicher Berechnung für uns günstiger liegen als für Frankreich. Die Politik Seiner Majestät des Kaisers ist aber auf Frieden und ein freundliches Verhältnis zu Frankreich gerichtet. Deshalb akzeptiere ich die Vorschläge, welche das Ergebnis der Besprechungen zwischen Herrn Rosen, Herrn Dupuy und Herrn Révoil sind, in der Erwartung, daß die schriftliche Fixierung dieser Punkte eine loyale sein wird. Ich lege besonders Gewicht darauf, daß auf der Konferenz sich Frankreich und Deutschland nicht zu bekämpfen brauchen, sondern zusammengehen können.

Bülow

Nr. 6812

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 Baden-Baden, den 19. September 1905

Mein Telegramm Nr. 162*** ist soeben nach Paris abgegangen. — Die Hauptsache ist jetzt, daß Fürst Radolin auf Rouvier einwirkt, von dessen Haltung das Weitere abhängt. — Daß Fürst Radolin wegen der unerhörten Sprache der offiziösen Pariser Blätter ernst-

---

* Das Telegramm ging, nachdem der Staatssekretär Freiherr von Richthofen sein Einverständnis ausgesprochen hatte, am 19. nach Paris ab. Vgl. Nr. 6812.
** Siehe Nr. 6808.
*** Siehe Nr. 6811.

liche Vorstellungen machte*, war sehr notwendig. Wenn die Franzosen sich einbilden, daß sie uns durch Drohungen einschüchtern oder gar öffentlich demütigen können, so ist das ein gefährliches Spiel, das zum Krieg führen kann. Soll ich das direkt an Fürsten Radolin telegraphieren**?

Bülow

Nr. 6813

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 168 Baden-Baden, den 19. September 1905

Für Exzellenz Freiherrn von Richthofen

Wenn ich das letzte Telegramm aus Paris*** richtig verstanden habe, trifft Rouvier heute, Dienstag, abend in Paris ein. Seine Stellungnahme wird für Erfolg oder Fiasko der Marokkoverhandlungen von entscheidender Bedeutung sein. Ich bitte mir umgehend zu telegraphieren, sobald es wünschenswert erscheint, daß ich von hier aus direkt eingreife. Es ist vor allem wichtig, Fürsten von Radolin und den Franzosen klarzumachen, daß die Entsendung von Rosen ein ganz loyaler und sehr entgegenkommender, aber letzter Versuch zur Verständigung ist; daß wir nicht daran denken, Frankreich demütigen zu wollen, uns aber ebensowenig demütigen lassen; daß die Sprache, welche die offiziösen französischen Blätter seit einigen Tagen führen, auf die Absicht hindeutet, uns in die Rolle des Unterlegenen und Blamierten zu schieben, und daß wir uns das nicht gefallen lassen können; daß, wenn unsere Presse, die wir bisher in ruhigen und verständigen Bahnen gehalten haben, in dem Ton der französischen Presse repliziert, der Bruch ziemlich wahrscheinlich wird; daß man sich die Konsequenzen eines solchen Bruches klarmachen möge, der nur mit beiderseitigem Anstand, beiderseitiger Kulanz und beiderseitigem guten Willen, dann aber sicher zu vermeiden ist.

Bülow

---

* Am 18. September hatte Fürst Radolin (Telegramm Nr. 382) gemeldet, er werde heute am Quai d'Orsay ernste Vorstellungen über die Haltung der von der Regierung beeinflußten Blätter machen, die durch einen plötzlichen Ausbruch von Ungeduld und Unfreundlichkeit den Gang ruhiger Verhandlungen gefährdeten.

** Die Anfrage wurde von Freiherrn von Richthofen am 19. bejaht.

*** Telegramm Nr. 382 vom 18. September. Vgl. Nr. 6812 nebst vorstehender Fußnote *.

Nr. 6814

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 171 Baden-Baden, den 19. September 1905

Ich habe soeben an Fürst Radolin telegraphiert:

„Unter Bezugnahme auf das dortseitige Telegramm vom 18. d. Mts.* nachmittags, welches mir vom Auswärtigen Amt vorgelegt worden ist.

Ew. Durchlaucht haben sehr recht daran getan, dort ernste Vorstellungen zu erheben wegen der unerhörten Sprache der offiziösen Pariser Presse, die im Gegensatz zu dem anständigen und entgegenkommenden Tone aller von uns beeinflußten Blätter die Weisung zu haben scheint, uns zu provozieren. Wenn sich die Franzosen einbilden, daß sie uns durch Drohungen einschüchtern oder gar öffentlich demütigen können, so ist das ein gefährliches Spiel, das zum Kriege führen kann. Die Hauptsache ist jetzt, daß Ew. Durchlaucht auf Rouvier einwirken, von dessen Haltung die Entscheidung abhängt. **Bülow**

Nr. 6815

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 Baden-Baden, den 20. September 1905

Gesandter Dr. Rosen schreibt mir vom 19. d. Mts.: „Euerer Durchlaucht beehre ich mich unter Benutzung einer sicheren Gelegenheit ganz kurz über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zu berichten. Seit Sonnabend habe ich keine weiteren Besprechungen mit Révoil gehabt. Inzwischen hat Dupuy auf diesen nach Kräften eingewirkt, doch läßt sich noch nicht absehen mit welchem Erfolg. Als ein günstiges Symptom ist es vielleicht aufzufassen, daß Révoil, der tatsächlich die letzten Tage leidend war, mich in einem sehr höflichen, fast herzlichen Schreiben auf morgen zum Frühstück eingeladen hat. Es ist aber auch möglich, daß er nur einer geselligen Pflicht genügen will, ohne daß diese auf ein Einlenken in der Sache schließen ließe. Rouvier wird heute abend zurückerwartet. Sobald er zu sprechen ist, wird Dupuy ihn nach Kräften in unserem Sinne

* Vgl. Nr. 6812, S. 573, Fußnote *.

bearbeiten. Später werde ich mich dann beim Ministerpräsidenten melden lassen.

Die Haltung der Presse, die schon anfing, recht unfreundliche Töne anzuschlagen, ist infolge der gemeinsamen Einwirkung des Herrn Botschafters, Dupuys und meiner Wenigkeit heute wieder eine viel ruhigere. Herr Tardieu bringt im heutigen „Temps" einen recht vernünftigen Artikel. Gleichzeitig will das „Journal des Débats" eine beruhigende Erklärung von mir wiedergeben. Wenn die Franzosen unsere meiner unmaßgeblichen Ansicht nach sehr annehmbaren Vorschläge nunmehr annehmen, dürfte für die nächste Zukunft und für die Konferenz die Möglichkeit eines befriedigenden modus vivendi geschaffen sein. Sollten sie aber wieder weitere Schwierigkeiten machen, dann dürfte mir wohl nichts anderes übrigbleiben, als zu erklären, daß ich zur Berichterstattung bei Euerer Durchlaucht nach Baden-Baden reisen müßte. Dieser Modus hätte den Vorzug, daß er noch nicht als definitiver Abbruch der Verhandlungen angesehen zu werden braucht. Euere Durchlaucht darf ich gehorsamst bitten, mich hochgeneigtest telegraphisch bescheiden lassen zu wollen, falls ich diesen Modus nicht einschlagen soll." — Erscheint Ihnen dieser Rosensche Vorschlag zweckmäßig?

An Fürst Radolin habe ich soeben telegraphiert: „Aus den mir heute vorgelegten Pressestimmen ersehe ich mit Befriedigung, daß es Euerer Durchlaucht Einwirkung gelungen ist, die offiziöse französische Presse zu einer verständigen Tonart zurückzuführen. Wenn die „Times" wieder hetzt, so ist der Zweck klar, den dies Blatt verfolgt: sie möchte Frankreich verleiten, für England die Kastanien aus dem Feuer und Blut eines Krieges herauszuholen. Einsichtige Franzosen aber sollten doch begreifen, daß die Marokkofrage nur friedlich geregelt werden kann, wenn die Presse auf beiden Seiten sich eines anständigen Tones befleißigt, und wenn jeder von uns beiden darauf verzichtet, den anderen Teil in die Rolle des Unterliegenden und Blamierten zu schieben. Der Ausgleich in der Marokkofrage muß in einer Weise erfolgen, qu'il n'y a ni vainqueurs ni vaincus. Das hängt in erster Linie von der Sprache der Presse ab. Nichts liegt mir ferner als Drohen. Aber Staatsmänner von der Erfahrung und dem scharfen Blick der Herren Rouvier und Dupuy werden sich doch darüber nicht im unklaren sein können, wie ernste Konsequenzen ein Bruch haben würde, der nur mit beiderseitiger Kulanz, beiderseitigem guten Willen und beiderseitiger Noblesse, dann aber sicher zu vermeiden ist. Euerer Durchlaucht als dem berufenen Hüter der deutsch-französischen Beziehungen überlasse ich es vertrauensvoll, Ihre Sprache nach diesen Gesichtspunkten einzurichten und auch Herrn Rosen zu veranlassen, seine Sprache und sein Auftreten nach diesen Direktiven zu regulieren."

Bülow

Nr. 6816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 158 Berlin, den 21. September 1905

Auf Telegramm Nr. 173*.

Rosens Brief an Euere Durchlaucht vom 19. d. Mts. ist mir nach dem Inhalt seines Berichts vom 16. d. Mts. (Nr. 781)** nicht völlig verständlich.

Nach diesem Bericht hat die Einwirkung des Herrn Dupuy auf Révoil zu einem annehmbaren Ergebnis geführt: die Franzosen lassen uns den Molenbau und die Anleihe, letztere gegen französische Unterbeteiligung zur Hälfte; bezüglich Grenzpolizei findet ein in seinen Grundzügen angegebenes Kompromiß statt, und bezüglich des Konferenzorts verzichten wir auf Tanger.

Die schriftliche Fixierung dieser Punkte sollte am Sonntag früh bei Dupuy erfolgen.

Wir haben diese Vorschläge sofort am Sonntag abend telegraphisch im Prinzip angenommen vorbehaltlich der näheren Prüfung der in Aussicht gestellten Formulierungen.

Damit ist die prinzipielle Einigung über alle vier streitigen Punkte bereits hergestellt.

Sollten die Franzosen von ihren unsererseits bereits angenommen Vorschlägen hinterdrein wieder abgehen wollen, so bliebe meines gehorsamsten Dafürhaltens uns nichts andres übrig als die Abberufung Rosens.

Sollte es sich dagegen, wie ich vorläufig noch hoffe, nur um Schwierigkeiten im Detail der Formulierungen handeln, so wäre der Versuch zu machen, diese Schwierigkeiten im Wege der Erörterungen zwischen Berlin und Paris zu beheben; falls etwa erforderlich, indem Rosen zu mündlichen Aufschlüssen hierher käme.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 6815.
** Siehe Nr. 6808.

Nr. 6817

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 385 Paris, den 21. September 1905

Herr Rosen bittet mich zu drahten:

„Das Ergebnis meiner heutigen langen Besprechung mit Herrn Rouvier, der mich allein ohne Herrn Révoil empfing, ist das folgende. Konstatierung der Übereinstimmung in der Hafenfrage und bezüglich des Orts der Konferenz. In der Vorschußfrage tritt Herr Rouvier endlich unserem Standpunkt bei, sodaß deutsche Banken ihn allein in Fes negoziieren, während Franzosen Unterbeteiligung annehmen. Bezüglich der Hauptfrage, Polizeiorganisation, sagte ich dem Ministerpräsidenten, daß wir die unserer Meinung nach sehr wichtige Konzession bezüglich Grenzregion nicht machen könnten, ohne über Frankreichs Absichten mit Bezug auf die internationalen Reformen beruhigt zu sein. Die Beunruhigung sei durch wiederholte Äußerungen Révoils hervorgerufen, wonach es mir nicht zweifelhaft sei, daß dieser das ganze programme de la pénétration pacifique au profit de la France trotz alles Geschehenen und trotz des Übereinkommens vom 8. Juli beibehalten wollte. Nach langer Diskussion schlug ich schließlich Herrn Rouvier folgende Fassung für einen deutsch-französischen geheim zu haltenden Notenaustausch vor: „Ni la France ni l'Allemagne ne poseront à la conférence des candidatures exclusives. Il est entendu que pour l'exécution des réformes (sauf la région frontière) l'Allemagne et la France resteront sur un [pied*] d'égalité." Herr Rouvier bat sich Bedenkzeit aus. Er schien persönlich nicht abgeneigt, auf meinen Vorschlag einzugehen, da ihm augenscheinlich an Marokko nicht so viel gelegen ist. Was ihn noch zaudern macht, ist eine gewisse Rücksichtnahme auf Révoil und Kammerfieber. Ich habe Herrn Rouvier auch Vorstellungen wegen der Haltung der Presse gemacht und ihm namentlich vorgehalten, daß gestriger (von Francis Charmes verfaßter) „Débats"-Artikel nur durch eine flagrante Indiskretion des Quai d'Orsay zu erklären ist. Rosen."

Ich werde morgen nachmittag Herrn Rouvier sehen und vorstehendes energisch unterstützen unter Hinweis auf seine eigenen Erklärungen und Zugeständnisse (u. a. nach Telegramm Nr. 133 vom 16. Juni**).

Radolin

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Siehe Kap. CXLVIII, Nr. 6711.

Nr. 6818

Der Gesandte in Tanger Rosen, z. Z. in Paris, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Nr. 801 Paris, den 22. September 1905

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, über den Verlauf der heutigen Besprechung des Herrn Rouvier mit dem Herrn Botschafter und mir nachstehendes gehorsamst zu berichten.

Herr Rouvier zeigte sich entgegen seiner gestrigen Zusage wenig geneigt, auf unser Verlangen einzugehen. Er trug augenscheinlich Bedenken, irgendeine schriftliche Erklärung mit Bezug auf die Frage abzugeben, ob Frankreich auf der Konferenz ein Generalmandat stellen werde. Ich sagte dem Premierminister, daß ich nur unter dieser Voraussetzung von Euerer Durchlaucht das Zugeständnis betreffend die Ostgrenze erlangt habe. Es war mir indessen nicht möglich, mit meinen Argumenten Herrn Rouvier gegenüber durchzudringen. Der Ministerpräsident schlug schließlich folgende Formulierung vor, die der Kaiserliche Herr Botschafter nicht beanstandet hat.

„Les deux Gouvernements se sont mis d'accord pour proposer au Sultan le projet de programme suivant élaboré en conformité des principes adoptés dans l'échange de lettres du 8 juillet:

1° Organisation, par voie d'accord international, de la police, hors de la région frontière.

2° Surveillance et répression de la contrebande des armes dans les mêmes conditions.

3° Réforme financière.

(Le reste comme au programme du 30 août)."

Ich habe Herrn Rouvier gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß ich nicht glaubte, daß Euere Durchlaucht von diesem Resultat der langen Verhandlungen befriedigt sein würden. Ich habe mich jedoch verpflichtet, die betreffende Formulierung Euerer Durchlaucht ohne Kommentar einzureichen.

Mit Bezug auf den Konferenzort, den Molenbau und den Vorschuß blieb Herr Rouvier bei seinem bisherigen, unseren Wünschen durchaus Rechnung tragenden Standpunkte. Er hatte auch keine Bedenken dagegen, daß das Vorschußgeschäft in Fes nunmehr abgeschlossen wird, was ich Herrn Fischel mitgeteilt habe.

Rosen

Gelesen: Radolin

Nr. 6819

Der Gesandte in Tanger Rosen, z. Z. in Paris, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Paris, den 22. September 1905

Der gestrige Stand der Verhandlungen ließ mich mit Sicherheit erwarten, daß bei einem heutigen Besuche beim Ministerpräsidenten ein endgültiger Abschluß erfolgen würde. Herr Rouvier hatte mir dies durch Herrn Léon sagen lassen, allerdings mit der Bitte, auf eine schriftliche Formulierung der französischen Regierung betreffend ihre Absichten auf ein Generalmandat der Konferenz zu verzichten. Ich hegte jedoch keinen Zweifel, daß es gelingen würde, auch hierfür eine Form zu finden, die Herrn Rouvier über seine parlamentarischen Besorgnisse hinweghülfe. Alles deutete darauf hin, daß wir unmittelbar vor dem Ziele angelangt seien, namentlich die dem Herrn Botschafter gestern wiederholt gegebene Versicherung Herrn Rouviers: „Nous sommes d'accord."

Heute morgen 10 Uhr besuchte Herr Witte* den Kaiserlichen Herrn Botschafter und blieb bis ¾12 bei ihm. Während der letzten halben Stunde des Gesprächs war ich zugezogen worden. Ich bemerkte sofort, daß Seine Durchlaucht den russischen Ministerpräsidenten in alle Einzelheiten des gegenwärtigen Standes der Marokkoverhandlungen eingeweiht hatte. Ich hielt dies für in hohem Grade bedenklich, da jedoch an der nun einmal vorhandenen Tatsache nichts mehr zu ändern war, beteiligte ich mich an der Unterhaltung, um zu sehen, welchen Standpunkt Herr Witte einnehme. Dieser schien ganz unserer Auffassung beizutreten, daß nämlich Herr Rouvier die von uns erwartete Erklärung abgeben müsse. Er sagte unter anderem: „Quand il vous demande votre concession par écrit, il est impossible qu'il vous donne la sienne en paroles seulement. Cela pourrait à la rigueur se faire dans un pays monarchique où la parole d'un souverain peut être acceptée au lieu d'un document. Mais dans un pays républicain où les gouvernements changent à chaque instant cela ne suffit pas. Je suis sûr que M. Rouvier le fera, il lui faut seulement un peu de courage. Il faut naturellement chercher la forme qui ménage sa situation vis-à-vis de la Chambre."

Herr Witte bemerkte, daß Herr Rouvier außer durch die Furcht vor dem Parlament auch wohl namentlich durch Rücksicht auf Eng-

* Minister Witte war auf der Rückkehr von den Friedensverhandlungen in Portsmouth am 19. September in Paris eingetroffen, wo er eine Anleihe für Rußland in die Wege zu leiten suchte, bei den Bankiers jedoch auf Bedenken wegen der noch schwebenden Marokkofrage stieß. Es lag unter diesen Umständen nahe, daß Witte seine guten Dienste zur Beilegung der

land vom Abschluß mit uns abgehalten würde*. Er (Witte) habe Rouvier bereits gesagt und werde dies noch tun, daß, falls Frankreich in dieser Politik verharre, Rußland gezwungen sein werde, mit uns gegen Frankreich zu gehen. Der Kaiserliche Botschafter hat in meiner Gegenwart Herrn Witte keinen Auftrag gegeben, mit Herrn Rouvier in unserem Sinne zu sprechen, doch hat der größere Teil des Gesprächs vor und nach meiner Anwesenheit stattgefunden und ist mir nicht bekannt.

Heute nachmittag erschien nun Herr Witte wiederum beim Kaiserlichen Botschafter, um ihm, wie mir Seine Durchlaucht nachher kurz mitteilte, im Auftrage Herrn Rouviers zu erklären, daß dieser unmöglich unserm Verlangen Rechnung tragen könne, da ihn die Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs daran verhindere. Der Fürst zeigte sich von den Argumenten des russischen Ministerpräsidenten vollkommen überzeugt. Inzwischen hatte Herr Rouvier den Kaiserlichen Herrn Botschafter bitten lassen, mit mir zugleich im Ministerium des Äußern zu erscheinen. Wie vorauszusehen, legte Herr Rouvier die Gründe dar, weshalb er eine bindende Erklärung mit Bezug auf die Haltung Frankreichs auf der Konferenz nicht abgeben könne. Er hielte eine solche aber auch für überflüssig, da Herr Révoil nur seine „Privatansichten" über diesen Punkt zum besten gegeben hätte. Ich hielt ihm natürlich die Stelle der französischen Note vom 6. Juli** vor, in welcher die französische Regierung erklärt:

„Et puisque nous allons à la conférence, nous constatons ce fait à titre de raison déterminante de nous confier le mandat qui y sera

---

Schwierigkeiten in der Marokkofrage anbot. Vgl. auch Fürst Radolins Bericht Nr. 800 vom 23. September (siehe Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6241), nach dem sich die Unterredung zwischen ihm und Witte am 23., und nicht schon am 22. September abgespielt hatte. Da Fürst Radolin über eine Unterredung vom 22. nichts berichtet, ist anzunehmen, daß der vom 22. datierte Bericht Rosens, der auch einen Tag später als der Radolinsche in Berlin eintraf, erst vom 23. stammt und irrtümlich das Datum des 22. trägt. In seinen Memoiren (Graf Witte, Erinnerungen, S. 268 ff.) schildert Witte eingehend seine Pariser Unterredungen mit Fürst Radolin und den französischen Staatsmännern; jedoch übertreibt er sowohl den Ernst der damaligen Lage wie das Maß seiner Einwirkung. Die Konferenz von Algeciras, die Witte erst angeregt und gleich auch durchgesetzt haben will, stand längst fest; es handelte sich nur noch um die Modalitäten des Konferenzprogramms. Wittes Einwirkung beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß er erst in Paris Fürst Radolin und dann bei seiner Weiterreise über Berlin und Rominten Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II. mit Erfolg im Sinne weiteren Entgegenkommens gegenüber Frankreich bearbeitete. Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6243 ff.

* Angesichts dieser und anderer englandfeindlicher Äußerungen Wittes nimmt es sich sehr eigen aus, daß er kurz darauf einem französischen Botschafter erklärte, die deutsche Marokkoaktion habe zum Zweck gehabt, die englisch-französische Intimität zu brechen. Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre p. 324.

** Vgl. Nr. 6763 nebst Fußnote.

réglé pour une courte durée. Ainsi que M. Rouvier l'a exposé dans son entretien du 1 juillet avec S. A. S. le Prince Radolin, nous comptons que le Gouvernement Impérial, en considération à notre adhésion à la conférence, ne fera pas d'objection à nos vues à cet égard."

Und als Herr Rouvier, wie dies ebenfalls zu erwarten, mir erwiderte, das sei ja durch den „accord" vom 8. Juli* wieder ausgeglichen, las ich ihm die Stelle der Note vom 1. August** vor, in der die französische Regierung ausdrücklich auf ihre in der Note vom 6. Juli aufgestellten Ansprüche zurückkommt. Dieselbe lautet:

„Sans nous départir des intentions que nous vous avons fait connaître dans nos entretiens et spécialement dans notre note du 6 juillet en ce qui concerne la part que la France compte demander dans l'exécution des réformes etc."

Zu meinem tiefsten Bedauern darf ich es Eurer Durchlaucht nicht verschweigen, daß während dieser langen und ernsten Auseinandersetzung mit Herrn Rouvier der Kaiserliche Botschafter fast durchweg dem französischen Standpunkte beitrat und Herrn Rouvier offen recht gab, daß dieser mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Franzosen sich nicht zu einer Zusage verpflichten könne. Der Herr Botschafter berief sich hierbei wiederholt auf Herrn Witte, der ihm als langjähriger Freund dasselbe gesagt und zur Nachgiebigkeit geraten hätte. Es war mir natürlich nicht möglich, meine Anschauung zur Geltung zu bringen angesichts der Herrn Rouvier zustimmenden Einwürfe des Botschafters, wie: „Je suis parfaitement de votre avis" — „Je l'ai toujours dit" — „C'est ce que M. Witte m'a dit aussi" —, und möchte daher Euere Durchlaucht gehorsamst bitten, mich für das Resultat der heutigen Verhandlungen nicht verantwortlich zu machen.

Ich bin es dem Fürsten Radolin schuldig, bei diesem Anlaß Eurer Durchlaucht zu berichten, daß derselbe sonst sein möglichstes getan hat, um meine ihm nicht eben bequeme Mission zu unterstützen. Auch sind seine persönlichen Beziehungen zu mir — trotz seiner unverkennbaren Verstimmtheit — stets die wohlwollendsten und freundlichsten gewesen. Ich muß auch besonders hervorheben, daß der Herr Botschafter hier eine außergewöhnlich gute Stellung einnimmt, und daß die guten Beziehungen, die er anzuknüpfen verstanden hat, uns eine unschätzbare Hülfe gewesen sind. Ich muß es nur bedauern, daß er es sich augenscheinlich nicht klar machen kann, daß er gerade zu einer Zeit den Franzosen gegenüber nicht die weiche Note anschlagen durfte, wo das Gegenteil unbedingt geboten war. Am meisten bedaure ich es, daß er Herrn Witte sich hat in die marokkanische Angelegenheit einschieben lassen. Ich hatte schon in Berlin die gehorsamste und unmaßgeblichste Meinung ausgesprochen, daß wir

---

* Vgl. Nr. 6767.
** Vgl. Nr. 6783, Fußnote *.

russischer Hülfe nicht bedürften, daß mir diese vielmehr gefährlich erscheine. Ich bin auch jetzt noch dieser Meinung und fürchte, die Tatsachen geben mir recht. Was jedoch die den Franzosen gegenüber zurzeit einzuschlagende Taktik betrifft, so haben diese sich seit meiner Ankunft noch kein Mal einem Argument gefügt, sondern ihre verschiedenen Konzessionen immer nur dann gemacht, wenn sie glaubten, anderenfalls den Abbruch der Verhandlungen befürchten zu müssen. Rosen

Nr. 6820

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Ausfertigung

Nr. 802 Paris, den 23. September 1905

Nachdem mir Herr Minister Witte diesen Vormittag einen zweistündigen Besuch abgestattet und in großen Zügen im Sinne der Rouvierschen Auffassung die Marokkofrage berührt hatte*, kam er diesen Nachmittag direkt im Auftrage Rouviers zu mir, um mir den großen Ernst der Situation klarzulegen. Er hob zunächst hervor, daß wir nur das Spiel Englands machen würden, wenn wir den Bogen zu straff spannten. Man verlange von Rouvier, der der aufrichtigste Verfechter der deutsch-französischen Annäherung sei, eine schriftliche Erklärung, daß er auf das Mandat der Westgrenze in der Konferenz verzichte. Er sei bereit, mündlich die formellste Erklärung hierzu und die Zusicherung zu geben, daß er niemals das Mandat verlangen würde, schon deshalb, weil bei der stipulierten Unanimität der Beschlüsse er von vornherein wisse, daß er die deutsche Stimme nicht erhalten würde. Er würde sich deshalb einem échec niemals aussetzen. Wenn auch ein anderes Ministerium ans Ruder käme, würde das veto einer Macht (also Deutschlands) genügen, jede Proposition Frankreichs zu Fall zu bringen. Rouvier habe die beste Absicht, sich mit Deutschland zu verständigen, könne aber einen Schritt unmöglich tun, der ihn in der öffentlichen Meinung und vor der Kammer sofort stürzen würde. Eher würde er vorher freiwillig zurücktreten. Ein schriftliches Versprechen könne er daher unter keinen Umständen geben. Er versichere aber, daß, wenn auch pro forma, und um die französische Empfindlichkeit zu schonen, die Mandatsforderung zwar aufrechterhalten werde, die Regierung sich doch mit dem Gedanken abgefunden habe, daß in der Praxis diese Forderung stets abgelehnt und nicht durchgesetzt werden würde. Jede Regierung

* Vgl. Radolins Bericht Nr. 800 in Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6241.

würde sich daher dahin gehenden Anträgen enthalten. Herr Witte, der aufrichtig bestrebt ist, die Gegensätze zwischen uns auszugleichen, trat mit der dringenden Bitte hervor, in dem zu entwerfenden Programm nur die Punkte zu berühren, welche bereits ausgeglichen seien, nämlich:

1. Annahme der Einstimmigkeit als Beschlußmodus in der Konferenz,
2. Bestimmung des Konferenzortes,
3. Molenbau,
4. Zehnmillionenvorschuß,

während die Frage der Polizei an der Ost- und Westgrenze gar nicht zu erwähnen wäre. Es würde Sache der Konferenz sein, über diese letzte Frage schlüssig zu werden.

Auf diese Weise, meint Herr Witte, würde Deutschland die ganze Konferenz in der Hand behalten und jeden unerwünschten Antrag zu Fall bringen können. Dem Prestige Deutschlands könne es nichts schaden, denn der Sturz Delcassés und die Annahme der Konferenz wären ein überaus großer Erfolg und an sich eine humiliation de la France. Herr Witte bemerkte zum Schluß, daß, wenn eine Verständigung jetzt nicht zustande käme, England allein der tertius gaudens sein würde, der unablässig bemüht sei, Frankreich und Deutschland zu entzweien.

Der Minister sagte mir, Herr Rouvier hätte ihn gebeten, in diesem Sinne mit Seiner Majestät dem Kaiser zu sprechen, was er auch tun wolle. Er bedauere lebhaft, da er eiligst in Petersburg erwartet werde, nicht imstande zu sein, seine Reise über Baden-Baden zu nehmen, um Euerer Durchlaucht den Ernst der Situation und die Gefährdung der Stellung Rouviers darzulegen.

Angesichts der Bedeutung des Herrn Witte und seines direkten Auftrages habe ich geglaubt, Euerer Durchlaucht hierüber berichten zu sollen, habe aber Herrn Witte nicht verhehlt, daß durch seine Vorschläge und die Erklärung Rouviers die Verhandlungen auf eine ganz veränderte Basis gestellt würden, indem der Hauptpunkt aus den früheren Verhandlungen ausgeschaltet und der Konferenz überwiesen würde.

Radolin

Nr. 6821

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 392 Paris, den 24. September 1905

„Halte bei gegebener Sachlage für das beste, Rouvier auf sein mündliches Versprechen festzunageln, daß Frankreich auf der Kon-

ferenz kein mandat général verlangen wird. Sollte Herr Witte in Berlin oder Rominten Marokkoverhandlungen zur Sprache bringen, so stelle gehorsamst anheim, ihm kurz und ohne Eingehen auf Einzelheiten zu antworten, daß Angelegenheit bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt sei. Es würde meiner unmaßgeblichen Meinung nach einen äußerst ungünstigen Eindruck machen, wenn es aussähe, als ob Deutschland sich ohne russische Intervention mit Frankreich nicht hätte einigen können. Dies würde auch in Frankreich deprimierend wirken. Habe daher heute an Presse Note ausgegeben, daß der Accord schon seit meiner Besprechung mit Rouvier am Donnerstag als unzweifelhaft festgestellt sei, und daß es sich für Einzelfragen nur noch um die geeigneteste Redaktion handle. Witte habe ich dabei nicht erwähnt, bin auch von keiner Seite nach seiner etwaigen Rolle gefragt. Rosen."

Ich fürchte, es wird schwer sein, Witte zu erklären, daß eine Einigung bereits erzielt sei, da Witte direkt von dem mit ihm befreundeten Rouvier orientiert ist, daß eine Einigung noch nicht erfolgt ist, da Rouvier es bekanntlich ablehnt, schriftlich Verzicht auf Mandatforderung zu geben.

Die Demarche Wittes bei mir erfolgte auf direkten Wunsch Rouviers.

Radolin

Nr. 6822

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 395 Paris, den 25. September 1905

[aufgegeben am 26. September]

„Herr Rouvier hat mir heute abend endlich eine Erklärung abgegeben, die wenigstens bei mir einen Zweifel an seiner aufrichtigen Absicht, keine deutschfeindliche Politik in Marokko und speziell auf der Konferenz machen zu wollen, nicht mehr bestehen läßt. Nachdem er mir eine Erklärung vorgelesen, wonach er, ohne ein Engagement formell einzugehen, jeden conflit flagrant auf der Konferenz vermeiden will, zumal Deutschland gegen einen solchen schon durch die Einstimmigkeit der Beschlüsse geschützt sei, versicherte er mir, daß er fest entschlossen sei, seine Zusage betreffs einer friedlichen Politik auf der Konferenz und auch sonst zu halten. Ich könne über diesen Punkt vollkommen beruhigt sein, und er stellte mir anheim, Euerer

Durchlaucht in diesem Sinne zu telegraphieren. Er sagte, er habe, Euerer Durchlaucht Anwesenheit in Berlin benutzend, eine entsprechende Erklärung durch Herrn Bihourd abgegeben. Ich glaube, daß mehr als die obigen Erklärungen nicht zu erreichen ist. Rosen."

Gesehen: Radolin

Nr. 6823

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 396 Paris, den 25. September 1905
[aufgegeben am 26. September]

Im Anschluß an Telegramm Nr. 395*.

Ministerpräsident Rouvier ließ mich heute abend 7½ Uhr eilig zu sich bitten, nachdem ihn Gesandter Rosen eben verlassen hatte. Ich fand Herrn Rouvier ungewöhnlich erregt, und erklärte er mir, daß, nachdem Herr Rosen ihn gedrängt, ein schriftliche Erklärung abzugeben, die er ihm nach wiederholter Ablehnung und reiflicher Überlegung nochmals hätte abschlagen müssen, er den französischen Botschafter in Berlin angewiesen habe, zur Kenntnis Euerer Durchlaucht zu bringen, daß er nach wie vor entschlossen sei, eine deutschfreundliche Politik zu führen und auf der Konferenz nach Möglichkeit jeden Konflikt zu vermeiden, dafür bürge sein Wort, daß er es aber ablehne, irgendwelche bindende schriftliche Erklärung abzugeben, die er vor der Kammer nicht vertreten könne. Der Inhalt seiner Äußerungen deckt sich mit den Erklärungen, die er mir durch Herrn Witte hatte zugehen lassen. Radolin

Nr. 6824

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 273 Berlin, den 26. September 1905

Auf Bericht Nr. 801**, Telegramme Nr. 391*** und 392†, für Euere Durchlaucht und Gesandten Rosen.

* Siehe Nr. 6822.
** Siehe Nr. 6818.
*** Telegramm Nr. 391 vom 24. September enthielt im wesentlichen die gleichen Mitteilungen wie Bericht Nr. 802 vom 23. (siehe Nr. 6820).
† Siehe Nr. 6821.

Vorbedingung für jedes freundschaftliche Eingehen auf die französischen Wünsche ist, daß in der Presse hüben wie drüben ein anständiger Ton angeschlagen und nach erfolgter Einigung kein einseitiges Triumphgeschrei erhoben wird. Die Preßerörterungen in beiden Ländern müssen folgende Gesichtspunkte einhalten: Keiner habe nachgegeben, keiner obgesiegt, man habe sich eben verständigt. Auf beiden Seiten bestehe der Wunsch, daß die Konferenz harmonisch verlaufen und insbesondere zur weiteren Befestigung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen möge. Deshalb hätten beide Teile kleinere Gesichtspunkte größeren untergeordnet.

Unter der Voraussetzung der Erfüllung dieser Vorbedingung will ich einem so hervorragenden und einsichtigen Staatsmann wie Herrn Rouvier bis zur alleräußersten Grenze entgegenkommen und habe demgemäß zu der jetzt vorgelegten Formulierung des Konferenzprogramms nur folgendes zu bemerken:

Die Einleitung wird nicht beanstandet.

Die neue Fassung des Punktes 1 wird nicht mehr beanstandet.

Zu Punkt 2: Die Worte „dans les mêmes conditions" bringen nicht genügend zum Ausdruck, daß die von der Konferenz auszuarbeitenden Bestimmungen zur Verhinderung des Waffenschmuggels auch an der Ostgrenze zu gelten haben, nur mit der Maßgabe, daß die Anwendung der Bestimmungen daselbst ausschließlich Frankreich und Marokko verbleibt. Da hierüber bereits seit der Depesche des Herrn Rouvier vom 30. August* Einverständnis besteht, würden die Worte „dans les mêmes conditions" fortzulassen sein. Ist die französische Regierung zu der einfachen Streichung durchaus nicht zu bewegen, so würde eventuell statt der vier Worte ein Satz hinzuzufügen sein, der den obigen Gedanken von „daß die von der Konferenz" bis „verbleibt" wiedergibt.

Zu Punkt 3: Hier darf die ebenfalls in der Depesche vom 30. August schon angenommene Hinzufügung dahin, daß die Konferenz sich auch mit der Frage eines besseren Ertrages der Abgaben und der Schaffung neuer Einnahmen zu befassen hat, nicht vergessen werden.

Drahtbericht an Auswärtiges Amt über die hiernach vereinbarten Formulierungen.

In Berücksichtigung der Bedenken des Herrn Rouvier will ich auf ein schriftliches Versprechen, auf Mandat an Westgrenze zu verzichten, nicht bestehen. Je mehr an mündlichen Zusagen ohne uns bindende Gegenversprechen zu erlangen ist, um so besser.

---

* Siehe französisches Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905", Nr. 331; vgl. auch Nr. 6797.

Den Vorschlag Dr. Rosens (Telegramm Nr. 392*), dem Minister Witte gegenüber das Einvernehmen als bereits hergestellt zu behandeln, halte ich mit Euerer Durchlaucht für nicht durchführbar.

Bülow

Nr. 6825

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 274 Berlin, den 26. September 1905

Im Anschluß an Telegramm Nr. 273**.

Für Ew. pp. und Gesandten Rosen.

Wir nehmen an, daß es der Unterzeichnung eines formellen Dokuments nur für die Vereinbarung über das Konferenzprogramm bedarf, daß dagegen das Einverständnis über den Konferenzort in den gemeinsam bezw. konform an die spanische Regierung und den Sultan wegen der Einladungen zu stellenden Anträgen ihre genügende Beurkundung finden, und daß endlich das Einvernehmen über Anleihe und Mole durch faktisches Fallenlassen der französischerseits dagegen erhobenen Einwendungen dokumentiert wird, sodaß die infolge des französischen Einspruchs suspendierten deutschen Schritte wegen Anleihe und Mole nunmehr ohne Hindernis wieder aufgenommen bezw. fortgesetzt werden können.

Drahtanwort, ob diese Auffassung von Ihnen geteilt wird.

Richthofen

Nr. 6826

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 275 Berlin, den 26. September 1905

Auf Bericht Nr. 802 vom 23. d. Mts.***

Zu Ew. und Minister Rosens Orientierung.

Auf die von Herrn Witte vorgeschlagenen vier Punkte können wir das Konferenzprogramm nicht beschränken lassen.

---

* Siehe Nr. 6821.
** Siehe Nr. 6824.
*** Siehe Nr. 6820.

Namentlich bedarf es einer Bestimmung über die Polizei, weil sonst Frankreich auf der Konferenz die Einlassung auf diesen Punkt überhaupt verweigern könnte.

Das Prinzip der Einstimmigkeit der Beschlüsse betrachten wir als selbstverständlich und einer ausdrücklichen Festlegung nicht erst bedürftig.

Bülow

Nr. 6827

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 276 Berlin, den 26. September 1905

Für Ew. pp. und Gesandten Rosen.

Pariente telegraphierte am 24. abends an Mendelssohn, daß Anleihevertrag am 25. d. Mts. nach Fes abgehen würde.

Reichskanzler, welcher heute nach Baden-Baden zurückgereist ist*, empfing gestern abend (nach Ablassung von Telegramm Nr. 273**) Botschafter Bihourd, welcher in Rouviers Auftrag den am Sonnabend dort übergebenen Entwurf des Konferenzprogramms ebenfalls übergeben hat.

Ich betrachte diese Mitteilung und die Telegramme Nr. 395 und 396*** als durch das Telegramm des Herrn Reichskanzlers Nr. 273 erledigt. Da Euere Durchlaucht und Gesandter Rosen weitere Erklärungen nicht für erreichbar halten, will ich mich im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit Rouviers damit einverstanden erklären, daß auf Weitergehendes nicht insistiert wird, abgesehen selbstverständlich von den in obigem Telegramm Nr. 273 vorgezeichneten Änderungen zu Punkt 2 und 3 des Programms.

Richthofen

---

* Fürst Bülow hatte seinen Aufenthalt in Baden-Baden für kurze Zeit unterbrochen, um am 25. mit dem durchreisenden Minister Witte in Berlin zusammenzutreffen.

** Siehe Nr. 6824.

*** Siehe Nr. 6822 und 6823.

Nr. 6828

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 399 Paris, den 26. September 1905
[aufgegeben am 27. September]

„Ich habe heute abend in Ausführung des Telegramms Nr. 273* dem Ministerpräsidenten die von dem Herrn Reichskanzler ausgeführten Gesichtspunkte dargelegt. Rouvier äußerte sich über den nunmehr endgültigen Abschluß erfreut und dankbar. Er versicherte mich nochmals seiner besten Absichten und gab mir einen Text seiner gestrigen Erklärung, die er dem Herrn Botschafter und mir bisher nur kurz vorgelesen hatte. Derselbe lautet:

„En dehors de la formule qui sera signée par les deux Gouvernements j'entends n'avoir d'engagement sur aucun point.

Je ne puis que renouveler mon affirmation que j'ai au même degré que le Gouvernement Impérial le désir d'éviter tout désaccord flagrant entre nous à la conférence et de concourir à y faire prévaloir les solutions qui ménagent le mieux les intérêts et les amours-propres de manière qu'il n'y ait ni vainqueurs ni vaincus, l'expression même du Prince de Radolin.

La garantie pour l'Allemagne réside dans ce fait que les décisions de la conférence devront être prises à l'unanimité; il suffit de son opposition pour que le mandat général ne nous soit pas confié."

Über das nunmehr mit den von Ew. Durchlaucht gewünschten kleinen Änderungen angenommene Konferenzprogramm werde ich morgen mit Rouvier gemeinsam Mitteilung für Presse ausarbeiten und sofort an W. T. B. geben.

Mit Rücksicht auf Ew. Durchlaucht Telegramm Nr. 274** werde ich wegen der anderen drei Punkte (Konferenzort, Mole und Vorschuß) den mit Révoil zu vereinbarenden Text einer Mitteilung an die Presse zunächst telegraphisch einreichen. Es erscheint mir nicht möglich, der öffentlichen Meinung eine Mitteilung über die Lösung dieser Punkte vorzuenthalten. Die vereinbarte Mitteilung an die Presse kann dann gleichzeitig als ausreichendes Dokument für beide Regierungen angesehen werden. Rosen."

Gesehen: Radolin

---

* Siehe Nr. 6824.
** Siehe Nr. 6825.

Nr. 6829

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 406 Paris, den 28. September 1905

Euerer Durchlaucht stelle ich gehorsamst anheim, dem Grafen Tattenbach die nötigen Instruktionen wegen Überreichung des Konferenzprogramms, Empfehlung Algeciras als Konferenzort und Festsetzung eines Termins zur Eröffnung der Konferenz zu erteilen*. Was letzteren Zeitpunkt betrifft, so wünscht die französische Regierung einen möglichst nahen Termin. Es dürfte aber unter Umständen schwer halten, die Marokkaner zur Abhaltung der Konferenz während des Monats Ramadan zu bewegen. Dieser Fastenmonat endet am 28. November mit einigen hohen Festtagen, sodaß also erst Anfang Dezember die Konferenz beginnen könnte. Die Franzosen legen Wert auf baldiges Zusammentreten der Konferenz. Falls aber die Marokkaner auf Verschiebung bis nach Fasten bestehen, wäre es erwünscht, wenn der Sultan diese Motivierung in seiner Einladung an die Mächte ausspräche. Französische Regierung, die gleichlautende Instruktion an ihren Gesandten in Marokko schickt, legt großen Wert auf baldige Abreise der Gesandten von Fes und auf Übernahme der Gesandtschaft durch Dr. Rosen. Euerer Durchlaucht darf ich gleichzeitig anheimstellen, die Anfrage wegen Algeciras bei der spanischen Regierung zu stellen**, da diese französischerseits unverzüglich erfolgen wird. Frankreich wird übrigens den Wortlaut des Programms den Mächten mitteilen und nimmt an, daß Euere Durchlaucht dasselbe tun werden.

Radolin

Nr. 6830

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 205 Baden-Baden, den 28. September 1905

In einem langen chiffrierten Telgramm über allerhöchstseine Unterredung mit Witte, das ich heute per Post übersende***, bemerkt Seine

---

* Es geschah am 5. Oktober; vgl. Bd. XXI, Kap. CLI, Nr. 6889.

** Es geschah durch Telegramm Nr. 118 vom 29. September an die Botschaft in Madrid; die zustimmende Antwort der spanischen Regierung, daß sie mit Vergnügen die Wahl von Algeciras annehme und dem Konferenzprogramm zustimme, erfolgte am 5. Oktober.

*** Siehe Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6246. Welche Eindrücke Witte bei seinem Aufenthalt in Rominten (27. September) gewonnen hatte, ergibt sich

Majestät unter anderem: „Marokko, so hofft Witte, werde endlich in Güte erledigt werden. Er habe nach beiden Seiten in Paris zum Guten geraten. Radolin und Rouvier seien eigentlich schon einig, nur Rosen versteife sich auf einige Formfragen, die überflüssig seien. Rouvier wolle in Polizeifrage völlig sich unseren Vorschlägen unterordnen, nur wünsche er dieselben von der Konferenz diktiert zu bekommen, nicht jetzt von uns. Seine Stellung im Parlament sei gefährdet, wenn er jetzt — vor der Konferenz — vor dasselbe träte mit einer von uns aufgenötigten Lösung, dann werde er gestürzt werden. Sei dagegen die Konferenz erst im Gange und beschließe dahin gehend, wie wir es wollten, dann könne er den ‚députés' sagen, es geschehe auf Wunsch der gesamten Konferenz aller Mächte, und das würden sie akzeptieren. Er persönlich sei ganz mit unserem Vorschlag einverstanden. Um ihn zur Durchführung zu bringen, bäte er nur um Berücksichtigung seiner parlamentarischen Situation. Ich halte das für ganz begreiflich und wünsche, daß Fürst Radolin und Rosen dahin instruiert werden. Gallien muß jetzt gut zugesprochen und freundlich erzeigt werden, seine ‚face' zu retten, damit es ohne ‚rancune' bleibe".

Wie stehen die Dinge in Paris? Ist der Abschluß endlich erfolgt?

Bülow

Nr. 6831

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 404 Paris, den 28. September 1905

Ich habe heute mittag das von Gesandten Rosen und Révoil aufgesetzte Konferenzprogramm mit dem Ministerpräsidenten zugleich unterzeichnet.

Radolin

---

aus den Mitteilungen, die er einem französischen Botschafter über die Dispositionen Kaiser Wilhelms II. gegen Frankreich machte: „Ecrivez à Paris, que j'affirme, non à titre d'information, mais comme une certitude absolue: 1) Que l'Empereur Guillaume n'a que de bons sentiments pour la France, et que son plus cher désir est de nouer avec elle des relations, je ne dis pas amicales, mais intimes; 2) que, loin de chercher à détruire l'alliance franco-russe, il y attache le plus grand prix et qu'il la resserrerait de ses propres mains, s'il en était besoin et s'il en avait le pouvoir." Vgl. Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre, p. 335.

Nr. 6832

*Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Programmentwurf für die Marokkokonferenz**

Ausfertigung

Les deux gouvernements se sont mis d'accord pour proposer au sultan le projet de programme suivant élaboré en conformité des principes adoptés dans l'échange de lettres du 8 juillet.

I.

1°. — Organisation, par voie d'accord international, de la police hors de la région frontière;

2°. — Règlement organisant la surveillance et la répression de la contrebande des armes. — Dans la région frontière, l'application de ce règlement restera l'affaire exclusive de la France et du Maroc.

II.

Réforme financière.

Concours financier donné au Maghzen par la création d'une banque d'Etat avec privilège d'émission, se chargeant des opérations de trésorerie, s'entremettant pour la frappe de la monnaie dont les bénéfices appartiendraient au Maghzen.

La banque d'Etat procéderait à l'assainissement de la situation monétaire.

Les crédits ouverts au Maghzen seraient employés à l'équipement et à la solde des troupes de police et à certains travaux publics urgents, notamment à l'amélioration des ports et de leur outillage.

III.

Etude d'un meilleur rendement des impôts et de la création de nouveaux revenus.

IV.

Engagement par le Maghzen de n'aliéner aucun des services publics au profit d'intérêts particuliers.

Principe de l'adjudication, sans acception de nationalité, pour les travaux publics.

Fait à Paris, le 28 Septembre 1905

(L. S.) Radolin
(L. S.) Rouvier

---

* Bereits veröffentlicht im französischen Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901 bis 1905", Nr. 359; in deutscher Übersetzung im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 26.

Nr. 6833

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 408 Paris, den 29. September 1905

„Gestern nach der Unterzeichnung des Konferenzprogramms sagte mir* Herr Rouvier, daß der Präsident der Republik mich entweder Sonnabend oder Montag empfangen werde. Ich war hierdurch insofern überrascht, als ich an eine derartige Eventualität nicht gedacht hatte, halte aber diesen Empfang im Interesse der Festigung guter Beziehungen für nützlich. Falls nicht Euere Durchlaucht mir noch besondere Aufträge erteilen sollten, werde ich dem Präsidenten sagen: Ich schätzte mich glücklich und rechnete es mir zur hohen Ehre an, daß ich innerhalb der bescheidenen Rolle, die mir zugefallen, an dem großen Werk einer Entente zwischen den beiden Kulturnationen hätte mitarbeiten dürfen. Meine Entsendung zur Unterstützung der auf dasselbe Ziel gerichteten Bestrebungen des Kaiserlichen Botschafters möge der Präsident als ein Symptom ansehen für den Wert, den Euere Durchlaucht auf gute Beziehungen zu dem Nachbarlande legten. Euere Durchlaucht hegten die zuversichtliche Erwartung, daß die Konferenz zu dem weiteren Ausbau der nunmehr begründeten Beziehungen beitragen werde.

Außerdem hat mir Herr Rouvier bei mehreren Anlässen seine Geneigtheit zu erkennen gegeben, auch noch andere Fragen außer der Marokkofrage durch freundschaftliche Aussprache mit uns zu regeln, ‚comme nous avons fait avec les autres pays'. Er nannte mir die Kameruneisenbahn und die Bagdadbahn. Der erstere Gegenstand ist mir nicht bekannt, doch scheint es, daß Herr Rouvier uns eine Grenzregulierung gewähren will, die den Bau einer Eisenbahn ohne Benutzung französischen Gebiets ermöglichen würde. Bei der Bagdadbahn dürfte es sich im wesentlichen um zwei Punkte handeln, nämlich erstens um die offizielle (früher von Herrn Delcassé verweigerte) französische Beteiligung und zweitens um die Revision der sogenannten Brüsseler Abmachungen, durch welche (ebenfalls durch Herrn Delcassés Betreiben) neben jedem höheren deutschen Beamten der Bagdadbahn ein französischer Nebendirektor gesetzt war. Die Revision soll eine einheitliche Leitung unter Anerkennung der deutschen Führung herstellen. Ich habe es absichtlich vermieden, vor Abschluß der Marokkofrage auf diese Punkte näher einzugehen, um zu verhindern,

---

* Gesandter Rosen.

daß uns etwa ungenügende Äquivalente für in der Marokkofrage zu machende Zugeständnisse angeboten würden. Ich glaube aber, daß nunmehr einer unverbindlichen Besprechung zwischen dem Herrn Botschafter und Rouvier über diese Gegenstände nichts mehr im Wege steht.

Ich werde unmittelbar nach meinem Empfang durch Loubet nach Deutschland zurückreisen und erbitte Weisung, ob ich über Baden-Baden gehen soll. Rosen."

Ich werde unmittelbar nach meinem Empfang durch Loubet nach „Temps" und der Persönlichkeit Tardieus dieser eventuell mit Rosen zusammen nach Baden-Baden reist und dort von Euerer Durchlaucht als zweiter Interviewer empfangen wird*. Herr Rosen könnte dann Euerer Durchlaucht die nötigen Auskünfte zu dem Interview erteilen. Tardieu hat sich wiederholt und dringend an Rosen gewandt, und dieser hatte mir seine Bitte vorgetragen.

Gleichlautendes Telegramm geht nach Baden-Baden.

Radolin

Nr. 6834

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 214 Baden-Baden, den 30. September 1905

Auf das auch nach dort gegebene Telegramm** aus Paris, betreffend die Audienz von Rosen bei Loubet und seine Rückreise mit Tardieu über Baden-Baden, habe ich nachstehendes erwidert:

„Antwort auf Telegramm Nr. 8.
Für Gesandten Dr. Rosen.

Einverstanden mit Ihrer Audienz bei Präsident Loubet. Es würde sich empfehlen, daß Euer Hochwohlgeboren im Laufe dieser Unter-

---

* Es war beabsichtigt, daß nach Abschluß der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen Fürst Bülow in Baden-Baden den einen und den anderen französischen Korrespondenten empfangen solle. Im Hinblick auf die Verdienste, die sich Dupuy um das Zustandekommen der Verständigung erworben hatte, war dessen Blatt „Le Parisien" das erste Interview zugedacht, das zweite A. Tardieu vom „Temps". Das erste Interview mit dem Dupuyschen Vertrauensmann Douvier fand am 2. Oktober, das zweite mit Tardieu am 3. Oktober statt.

** Siehe Nr. 6833.

redung bei aller Courtoisie dem Präsidenten wie überhaupt den Franzosen nicht nur Komplimente sagten. Durch tunlichste Freundlichkeit den ständigen trait d'union zwischen uns und Frankreich zu bilden, ist die Aufgabe des Botschafters. Für Sie, der Sie nur vorübergehend und zufällig nach Paris gekommen sind, ist es dagegen leichter, ohne jede Gereiztheit in ganz sachlicher Weise die Franzosen mit liebenswürdigem Freimut darauf aufmerksam zu machen, wie die Schwierigkeiten, welche während der letzten Monate zwischen Frankreich und uns entstanden wären, nur darauf zurückzuführen seien, daß in Frankreich Tendenzen hervorgetreten wären, die, weil auf unsere Isolierung gerichtet und gegen uns feindlich, direkt den Frieden gefährdeten. Eine loyale französische Politik würde bei uns und speziell bei mir stets eine unbedingt loyale, entgegenkommende und die beiden Völkern gemeinsamen Interessen fördernde Haltung hervorrufen. Ihrer Meldung bei mir in Baden-Baden sehe ich mit Vergnügen entgegen. Sie können Tardieu mitbringen, gleichzeitig mit einer genauen Aufzeichnung in französischer Sprache über das, was ich Tardieu sagen soll. Ich setze hierbei unbedingt voraus, daß Douvier wie Tardieu ihre Interviews vor der Veröffentlichung Ihnen bezw. mir vorlegen."

Meines Erachtens sollten wir auf die französische Anregung, auch noch andere Fragen als die Marokkofrage mit Frankreich zu regeln, ohne auffallendes Empressement, aber mit freundlicher Bereitwilligkeit eingehen. Wir müssen jetzt jede Gelegenheit benutzen, um zwischen uns und Frankreich Interessensolidaritäten zu schaffen. Wir dürfen uns bei den Verhandlungen natürlich nicht über den Löffel barbieren lassen, müssen sie aber in kulanter und larger Weise führen. Die Angelegenheit der Kameruneisenbahn kenne ich nicht. Aber mir scheint, daß jedes afrikanische Abkommen mit Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen für uns nützlich ist. Noch viel nützlicher wäre natürlich eine Verständigung über die Bagdadbahn. Wir müssen immer mit der Tendenz der Engländer rechnen, die Russen mit Kleinasien abzufinden, was uns eventuell vor das Dilemma stellen würde, in der Frage der Bagdadbahn eine Niederlage zu erleiden oder zwischen uns und Rußland einen akuten Interessengegensatz zu schaffen. Daß Frankreich sich an der Bagdadbahn beteiligt, erscheint mir vom Standpunkt unserer großen Politik in hohem Grade nützlich. Ich lenke die besondere Aufmerksamkeit des Herrn Staatssekretärs auf die Frage weiterer Accords mit Frankreich und bitte, mir die diesbezügliche Instruktion an Fürsten von Radolin mit möglicher Beschleunigung vorzulegen.

Bülow

Nr. 6835

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Paris, den 2. Oktober 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 10*.

„Habe soeben in Audienz beim Präsidenten der Republik Euerer Durchlaucht Instruktion vom 30. September ausgeführt. Präsident, welcher dem Herrn Botschafter und mir gegenüber außerordentlich herzlich war, versicherte, daß ihm und allen ernsten Franzosen nichts ferner läge als eine Politik, welche auf die Isolierung Deutschlands abzielt. Er gab zu, daß eine solche Politik die Gefahr kriegerischer Verwickelungen in sich berge, und versicherte, daß die Zeit, wo in Frankreich an einen Krieg mit Deutschland gedacht wurde, vorüber sei. Schon seien neue Generationen herangewachsen, die 1870/71 nicht miterlebt hätten, und der oubli du passé nehme in gleichem Maße zu wie das allgemeine Friedensbedürfnis in der Welt. Er versicherte, daß diese Gesinnung die Haltung Frankreichs auf der Marokkokonferenz beherrschen werde. Er beauftragte mich, dies Euerer Durchlaucht zu melden zugleich mit dem Ausdruck seines lebhaften Bedauerns, daß es ihm bisher nicht vergönnt gewesen sei, Euere Durchlaucht persönlich kennen zu lernen. Der Präsident hat die große Liebenswürdigkeit gehabt, mir für heute abend seine Loge in der Oper zur Verfügung zu stellen. Rosen."

Gesehen: Radolin

Nr. 6836

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 439 Paris, den 18. Oktober 1905

Herr Rouvier, den ich wegen Abwesenheit die letzten 10 Tage nicht gesehen und an seinem Empfangstage heute besuchte, kam mir mit den Worten entgegen, der Fürst von Monaco** habe ihm vor

---

* Identisch mit Nr. 6834.

** Fürst von Monaco hatte Mitte Oktober beim Kaiser Wilhelm II. in Hubertusstock geweilt. Der Kaiser schrieb darüber an den Reichskanzler am 17. Oktober aus Liebenberg: „Monaco brachte günstige Nachrichten aus seinen

einigen Tagen mitgeteilt, Seine Majestät der Kaiser habe ihn beauftragt, dem Präsidenten Loubet und ihm (Rouvier) direkt zu sagen, daß er der französischen Politik keinerlei Hindernisse in den Weg legen wolle — (Fürst von Monaco hat auch mir von diesem allerhöchsten Auftrage am heutigen Tage Mitteilung gemacht). Herr Rouvier war durch die kaiserlichen Worte überaus erfreut.

Die Zeitungsfehde der letzten Tage berührend, sagte mir Rouvier, er werde in der Kammer mit Festigkeit anworten, worauf ich ihm von dem Inhalt des Telegramms Nr. 310* Kenntnis gab.

Weisungsgemäß habe ich im Laufe des Gesprächs Rouvier gefragt, ob er geneigt sei, entsprechend seinem im Frühjahr d. Js. mir gemachten Vorschlag über allgemeine Fragen wie Bagdadbahn und Kamerun mit uns in Verhandlungen zu treten. Rouvier erwiderte, er habe mir angeboten, eine sogar weitergehende Abmachung wie mit England auch über obige Punkte zu treffen, jedoch zu einer Zeit, wo er gehofft habe, die marokkanische Angelegenheit à nous deux ohne Konferenz zu erledigen. Aber auch unter den jetzt veränderten Verhältnissen würde er gern bereit sein, dem Gedanken näher zu treten, jedoch erst n a c h der Konferenz. Auf die Anregung des Gesandten Rosen einzugehen, sei ihm nicht zeitgemäß erschienen.

R a d o l i n

Kreisen mit. Rouvier habe klar das Ziel erkannt, habe alle besonnenen Franzosen hinter sich und sei durch Delcassés Enthüllungen wesentlich in seiner Stellung gestärkt worden. Er bitte um Entgegenkommen von hier wegen seiner Aufgabe dem Parlamente gegenüber. Im übrigen könnten wir uns auf ihn verlassen und sollten nicht irre werden, wenn auch jetzt augenblicklich eine ausgesprochene Strömung zu England in Frankreich bemerkbar sei. Die habe zum Grunde Ärger über den Erfolg unserer Banken und über die Molenbauten in Tanger, welche das französische Publikum als Übervorteilung unsererseits und Unehrlichkeit aufgefaßt habe, nicht wissend, daß die Verhandlungen bereits v o r unseren Verhandlungen abgeschlossen seien, die die Konferenz betrafen und zur Zeit meines Besuches in Tanger bereits erledigt gewesen seien. Das wisse aber Rouvier, der darin keine Nebenabsichten sehe. Der Wunsch, mit uns sich zu einem festen modus vivendi zu arrangieren, sei vorhanden in Frankreich und werde mit der Zeit und nach eingetretener Beruhigung im Volk immer mehr sich akzentuieren."

* Telegramm Nr. 310 vom 8. Oktober betraf das Interview, das Fürst Bülow am 3. Oktober Tardieu in Baden-Baden gewährte, und das zu polemischen Erörterungen in der Presse Veranlassung gegeben hatte.

Kapitel CL

Die Marokkofrage und die Deutsch-Englischen Beziehungen

Ein Englisches Allianz-Angebot an Frankreich?

Nr. 6837

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 361 London, den 28. März 1905

Es wird mit jedem Tage klarer, daß die englische Presse sich in der Marokkokontroverse zwischen Deutschland und Frankreich immer entschiedener auf die französische Seite stellt*. Soweit mir die französischen Preßstimmen bekannt sind, scheint es sogar, daß die englischen Zeitungen in dieser Frage französischer als die Franzosen selbst sind. In der Unterschiebung von böswilligen Motiven für die deutsche Politik leistet eine Anzahl hiesiger Preßorgane, voran die „Times", anscheinend mehr als die französischen Kollegen. Diese Haltung der englischen Presse bietet einen auffallenden Beleg für die häufig verkannte Tatsache, daß die englische öffentliche Meinung nicht lediglich durch Interessenpolitik geleitet wird, sondern auch durch Gefühlspolitik, d. h. durch Stimmungen und Mißstimmungen sich beeinflußen läßt. Wenn die englische Presse sich von dem Interesse ihres Landes leiten ließe, so würde sie in der kommerziellen Streitfrage, die sich zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko zu entwickeln scheint, . . .** bleiben und im stillen wünschen, daß Deutschland die Tür in Marokko offen hielte. Damit wäre dem englischen Interesse sowohl mit Bezug auf die entente cordiale, die hier niemand verderben will, als auch mit Bezug auf die Handelsfreiheit in Marokko, die dem Engländer wertvoll sein sollte, am besten gedient. Statt dessen fällt die englische Presse über uns her, als ob wir ein englisches Interesse verletzten. Diese vom englischen Standpunkt aus törichte Haltung ist zu erklären, einmal aus dem Wunsche, sich als eifrigen Anhänger und Verteidiger des englisch-französischen Abkommens und der entente cordiale zu zeigen, dann aber auch zum

* Das war nicht von Anfang an der Fall gewesen; jedenfalls hatten der Korrespondent der „Times" Harris und der die auswärtige Politik der „Times" leitende Valentine Chirol bis in die zweite Hälfte März 1905 hinein sich eher zugunsten Deutschlands ausgesprochen. Vgl. Kap. CXLVI, Nr. 6562.

** Zifferngruppe unverständlich, vermutlich: neutral.

großen Teile aus der Verstimmung und Abneigung, die noch gegen uns herrscht. Mit dieser Verstimmung und Abneigung werden wir auch künftig und für lange Zeit hinaus zu rechnen haben. Wenn sie zeitweise zu verschwinden scheint, so wird sie stets dann wieder zum Vorschein kommen, wenn wir mit einer dritten Nation eine Differenz haben, die öffentlich zum Ausdruck gelangt.

Ich bin nun weit davon entfernt anzunehmen, daß die Mehrzahl der nicht für die Zeitungen schreibenden Politiker oder gar die englische Regierung den Standpnukt der englischen Presse teilt. Als ich heute im Laufe der Unterhaltung bei dem Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson die Bemerkung hinwarf, die englische Presse scheine in der deutsch-französischen Zeitungskontroverse über Marokko mit noch größerer Wärme für die Franzosen einzutreten als diese selbst, erwiderte er, die hiesige Presse habe leider die Gewohnheit, für Dinge einzutreten, die sie nichts angingen. Als ich ihm dann unseren Standpunkt, wie er im Telegramm Nr. 58* gekennzeichnet ist, darlegte, bemerkte er, er würde es für sehr wünschenswert halten, wenn die Franzosen sich mit uns in ähnlicher Weise über Marokko verständigten, wie wir es mit England über Ägypten getan hätten[1]**.

Metternich

Randbemerkung von Holsteins:
[1] Das heißt umsonst oder beinahe umsonst auf alles verzichten.

Nr. 6838

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Paris, den 29. März 1905

„Temps" stellt heute abend in sehr selbstbewußter Sprache gemeinsame Begrüßung englischer Königin durch englische und französische Vertreter in Tanger auf französischem Kriegsschiff*** als deut-

---

* Siehe Kap. CXLVI, Nr. 6569.
** Vgl. dazu Kap. CXLIII.
*** Am 29. März schifften sich der französische Geschäftsträger in Tanger Comte de Chérisey und sein englischer Kollege H. E. White auf dem französischen Kreuzer „Du Chayla" ein, um die englische Königin Alexandra, die auf ihrer Yacht durch die Meerenge nach Gibraltar fuhr, zu begrüßen. Die gemeinsame Begrüßung sollte nach dem „Temps" und anderen französischen Zeitungen eine wohlberechnete Demonstration im Hinblick auf den Besuch Kaiser Wilhelms II. in Tanger sein: „Et tout le monde a compris que, dans les circonstances actuelles, le gouvernement britannique entendait marquer publiquement sa volonté de rester en étroit accord avec la France et de pratiquer activement la politique d'entente inaugurée par l'arrangement du 8 avril dernier."

liche Antwort auf Haltung deutscher Presse in Angelegenheit des kaiserlichen Besuchs in Tanger dar. Dazu geselle sich Erklärung spanischen Ministers*.

Wenn Kaiserliche Regierung noch Erklärungen über Handelsgarantien in Marokko nötig habe, so habe sie ja eine Botschaft in Paris, die sprechen könne, andernfalls würden die Dinge auf dem Punkte bleiben, wo sie sind.

Weiter meldet „Temps", daß demnächst englisch-französische Flottenverbrüderung in einem englischen Hafen stattfinden solle.

Flotow

Nr. 6839

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Esternaux

Nr. 65 Berlin, den 4. April 1905

Die Angriffe englischer Blätter auf unsere Marokkopolitik dürfen nicht zu einem neuen deutsch-englischen Federkrieg führen**. Hier wird nach Möglichkeit beschwichtigt. Ich bitte aber, auch auf die dortigen Korrespondenten deutscher Blätter einzuwirken, damit sie ihren Redaktionen nicht Stoff zu anglophoben Artikeln liefern und, wo ein Totschweigen der englischen Ausfälle nicht angeht, wenigstens gleich die in unserem Sinne erwünschten abschwächenden Bemerkungen hinzufügen.

Mühlberg

---

* Nach dem „Temps" vom 30. März hätte der spanische Minister des Äußern de Villa-Urrutia erklärt, daß Spanien dem durch das Abkommen vom 3. Oktober 1904 besiegelten spanisch-französischen Einvernehmen treu bleiben werde. Dem deutschen Botschafter gegenüber betonte der spanische Minister am 31. März, daß er unbedingt zur Politik der Offenen Tür in Marokko stehe und die erworbenen Rechte gegenüber Frankreich wahren wolle. Auch klagte Villa-Urrutia bitter über die Konsequenz, mit der englische Korrespondenten anläßlich des kaiserlichen Besuchs in Tanger zwischen Spanien, Deutschland und Frankreich zu hetzen suchten. Telegramme Radowitz' Nr. 52 und 54 vom 30. und 31. März 1905.

** Auch Holstein hatte sich in einer Aufzeichnung vom 31. März auf den Standpunkt gestellt: „Nach meiner Empfindung würde es sich empfehlen, die ganze Bluff-Campagne der englischen Presse bei uns totzuschweigen und in den diesseitigen Marokkoartikeln England gar nicht, sondern nur den Sultan zu erwähnen, der als Souverain mit uns wie mit Frankreich verhandelt."

Nr. 6840

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kries

Nr. 566 Berlin, den 4. April 1906

Vertraulich

Nach Londoner „Figaro"-Meldung vom 1. d. Mts. soll auf Anregung des Herzogs von Connaught bei seiner letzten Anwesenheit in Brest ein Austausch von englisch-französischen Flottenbesuchen vereinbart worden sein. Ein britisches Geschwader würde nach Brest, ein französisches während der Coweswoche nach Portsmouth kommen, das eine begrüßt von Herrn Loubet, das andere von Seiner Majestät dem König Eduard.

Es würde mir von Interesse sein zu hören, ob dieser Plan, für die „Entente" der beiden Westmächte Stimmung zu machen, in den maßgebenden britischen Kreisen wirklich besteht.

Vielleicht können Euere Exzellenz unauffällig etwas darüber erfahren.

Mühlberg

Nr. 6841

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Entzifferung

Nr. 408 London, den 6. April 1905

Antwort auf Erlaß vom 4. d. Mts. Nr. 566*.

Soweit sich hier ermitteln läßt, ist der Austausch von englisch-französischen Flottenbesuchen für diesen Sommer bereits bestimmt vorgesehen. Die hiesige öffentliche Meinung begrüßt den Gedanken mit großer Freude.

Ich habe mehrfach in meiner Berichterstattung hervorgehoben, daß die englische Volksstimmung fast ohne Ausnahme unsere Marokkopolitik nicht als eine Vertretung berechtigter wirtschaftlicher Interessen, sondern als einen Angriff auf die entente cordiale ansieht, welcher England seine marokkanischen Interessen vollkommen bewußt geopfert hat. Aus diesem bei fast allen Briten unerschütterlich feststehenden Vorurteil erklärt sich die Einmütigkeit der englischen Presse und der Wunsch, durch Flottendemonstrationen usw. die Festigkeit der entente cordiale zu beweisen.

Metternich

* Siehe Nr. 6840.

Nr. 6842

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Paris, den 6. April 1905

„Havas" meldet heute Begegnung des Königs von England mit Herrn Loubet als heute bevorstehend.

Zeitungen zufolge wird Herr Delcassé dieser Begegnung beiwohnen. Es heißt, König Eduard werde bei seiner Rückkehr nach London wiederum mit Herrn Loubet zusammentreffen.

Radolin

Nr. 6843

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Telegramm. Konzept

Nr. 70 Berlin, den 11. April 1905

Obwohl ich aus Ew. Berichterstattung entnehme, daß die öffentliche Meinung in England einer sachlichen Würdigung marokkanischer Angelegenheiten und insbesondere unserer Marokkopolitik wenig zugänglich ist, möchte ich doch nicht unterlassen, Sie über die Hauptgesichtspunkte dieser letzteren zu orientieren.

In dem englisch-französischen Abkommen ist die Erhaltung des Status quo ausdrücklich vorgesehen. Wir waren daher berechtigt anzunehmen, daß, falls im Laufe der Zeit Neuerungen eingeführt werden sollten, welche geeignet wären, die Interessen der Fremden zu berühren, Deutschland zu denjenigen Staaten gehören würde, mit welchen man deswegen in Verhandlung treten werde. Hiervon ausgehend traten wir aus der Beobachterrolle nicht heraus bis zu dem Augenblick, wo die marokkanische Regierung unsern Vertreter in Tanger fragen ließ, ob wirklich der französische Gesandte, wie er das vor dem Machsen erklärt habe, Mandatar der europäischen Mächte sei**. Ungefähr gleichzeitig damit erfuhren wir, daß das von dem Gesandten zur Annahme vorgelegte Programm Forderungen enthalte, welche mit

---

* Der telegraphische Erlaß an Graf Metternich vom 11. April ist später von dem Reichskanzler im Rahmen seiner Reichstagsrede vom 6. Dezember 1905 öffentlich mitgeteilt worden. Er findet sich gleichfalls im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 4.

** Vgl. dazu Kap. CXLVI, Nr. 6557, Fußnote ***.

dem Status quo unvereinbar sind. Um jeden Zweifel an den Endabsichten Frankreichs zu beseitigen, machten einige inspirierte Organe der großen Pariser Presse Stimmung für den Gedanken, daß Marokko zu Frankreich in das gleiche Verhältnis wie Tunis zu bringen sei.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß diesem französischen Vorhaben die völkerrechtliche Grundlage fehlt, und daß dadurch die Interessen aller derjenigen Staaten beeinträchtigt werden, welche bei den früheren marokkanischen Konferenzen mitberaten haben und jetzt nicht von Frankreich gefragt worden sind. Der Einwand offiziöser französischer Blätter, daß es sich bei den früheren Konferenzen nicht um eine politische Änderung, sondern lediglich um die Regelung privatrechtlicher Interessenfragen gehandelt habe, ist rabulistisch und nicht stichhaltig. Denn eine Änderung wie die Tunisifikation von Marokko, welche darauf hinausläuft, das nichtfranzösische Element nach dem Vorgange von Tunis gänzlich aus dem marokkanischen Geschäftsleben zu verdrängen, berührt selbstverständlich die fremden Privatinteressen in ihrer Gesamtheit. Eine Befragung der Vertragsstaaten ist daher nicht zu vermeiden, sofern Frankreich nicht den Rechtsboden verlassen und lediglich die Machtfrage stellen will.

Was England und auch Spanien angeht, so bestreiten wir keiner der beiden Regierungen das Recht, über die Marokkointeressen ihrer Untertanen für Gegenwart und Zukunft nach Gutdünken zu verfügen. Wir glauben aber nicht, daß eine der beiden den Anspruch erhebt, gleichzeitig über die Interessen der Angehörigen der übrigen Vertragsstaaten, z. B. über die deutschen, zu disponieren. Diese unsere Annahme wird gestützt durch den Artikel des englisch-französischen Vertrags, wo die Erhaltung des Status quo ausdrücklich vorgesehen ist. Wenn Frankreich dem entgegen jetzt eine politische Richtung einschlägt, welche auf den Umsturz des bestehenden Zustands hinausläuft, so tut Frankreich das auf seine eigene Gefahr, und England ist dafür nicht verantwortlich.

Es werden jetzt in der englischen Presse große Anstrengungen gemacht, um, wie das übrigens schon seit Jahren gebräuchlich ist, der deutschen Marokkopolitik allerlei düstere Pläne unterzuschieben. Auf unsere Lage paßt der Spruch: „Cet animal est très méchant, quand on l'attaque il se défend." Wir treten für unsere Interessen ein, über welche anscheinend ohne unsere vertragsgemäße Zustimmung verfügt werden soll. Die Bedeutung der Interessen ist dabei Nebensache. Derjenige, welchem Geld aus der Tasche genommen werden soll, wird sich immer nach Möglichkeit wehren, gleichviel, ob es sich um 5 Mark oder um 5000 Mark handelt. Daß wir wirtschaftliche Interessen in Marokko haben, bedarf keines Beweises. Wenn wir dieselben stillschweigend preisgeben, so ermuntern wir damit die zuschauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten gegen uns bei anderen, vielleicht größeren Fragen. Ew. werden also da, wo Sie eine Besprechung

der Marokkopolitik für angezeigt halten, sagen können, daß Deutschland in Marokko für die Interessen seiner Reichsangehörigen eintritt, welche dort, abgesehen von Frankreich, identisch sind mit den Interessen der Angehörigen aller übrigen Vertragsstaaten und mit der Erhaltung der Offenen Tür; ferner, daß Deutschland nicht die Absicht hat, bei diesem Anlaß durch Sonderverhandlungen sich Sondervorteile, welcher Art es auch sei, in Marokko oder anderswo zu verschaffen.

Wir haben Anlaß anzunehmen, daß wir mit unserer Beurteilung marokkanischer Dinge nicht allein stehen.

Bülow

Nr. 6844

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 251 Paris, den 10. April 1905
Geheim

Der auf einige Tage hier anwesende Freiherr von Eckardstein erzählte, nach seinen Informationen in England könne kein Zweifel darüber bestehen, daß im Falle eines ernstlichen deutsch-französischen Konfliktes England unbedingt aktiv auf französischer Seite stehen und sogar mit Begeisterung gegen Deutschland vorgehen würde. Man warte in England allerseits nur auf eine geeignete Gelegenheit dazu.

Soweit ich Gelegenheit gehabt habe, hier festzustellen, wird diese Überzeugung in den französischen gesellschaftlichen und politischen Kreisen geteilt. Die Sprache der englischen Presse in den letzten Tagen hat diese Auffassung notwendig bestärkt. Es wäre aber irrig anzunehmen, daß dadurch ein Gefühl der Sicherheit und Befriedigung erzeugt worden wäre. Zwar hofft man, daß Deutschland durch die drohende englische Haltung von extremen Maßregeln zurückgehalten werde, gibt sich aber ganz besonders in den England niemals sehr zugeneigten nationalistischen Kreisen keiner Täuschung darüber hin, daß England einen eventuellen Krieg gegen Deutschland „sur le dos de la France" führen würde. Dazu kommt in diesen Kreisen das Gefühl, daß einer bis zur Allianz gesteigerten Annäherung an England schließlich doch notwendig eine entsprechende Entfernung von Rußland gegenüberstehen würde.

Diese Erwägungen haben zu der merkwürdigen Entwickelung geführt, daß chauvinistische und bisher ausgesprochen deutschfeindliche Nationalistenzeitungen wie „Presse" und „Patrie" jetzt nicht nur zu Verhandlungen mit Deutschland drängen, sondern sich direkt gegen die englische Haltung wenden.

Eine Probe möge der anliegende Artikel der „Patrie“* sein, der die angebliche Absicht Seiner Majestät des Königs von England, ebenfalls Tanger zu besuchen, eine „décision imprudente et maladroite d'Edouard“ nennt. Auch die gleichfalls beigefügte unfreundliche Auslassung über den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Herzogs und der Herzogin von Connaught in Paris** ist nicht ohne Interesse.

Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß der Herzog und die Frau Herzogin bei ihrem hiesigen Besuche von der Kaiserlichen Botschaft bisher keine Notiz genommen haben. Nur beim zufälligen Zusammentreffen in der Loge des Präsidenten im Concours hippique begrüßten mich die Herrschaften in freundlicher Weise.

Radolin

Nr. 6845

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 London, den 19. April 1905

Lord Lansdowne begibt sich heute für 14 Tage aufs Land. Als ich mich bei ihm verabschiedete, berührte er gesprächsweise in einer gleichgültigen Wendung auch die Marokkoreise Seiner Majestät des Kaisers. Ich benutzte diesen Anlaß, um ihm den mir im Telegramm Nr. 70*** mitgeteilten Gedankengang zu entwickeln. Er hörte mir meistens schweigend zu und vermied es sorgfältig, in dem Wenigen, was er sagte, eine Stellungnahme gegen uns durchblicken zu lassen. Als ich auf die französischen Bestrebungen hinwies, unter Ausschluß des freien Mitbewerbs Dritter aus Marokko ein zweites Tunis zu machen, bemerkte der Minister, das würde dem englisch-französischen Abkommen über Marokko widersprechen. Als ich sagte, der französische Gesandte habe dem Machsen zu verstehen gegeben, er trete als Mandatar Europas auf, erwiderte Lord Lansdowne, falls das wirklich der Fall sei und nicht etwa nur eine unzuverlässige Äußerung der marokkanischen Regierung unserem dortigen Vertreter gegenüber vorliege, so hätte der französische Gesandte sehr unklug gehandelt, da er bekanntlich gar kein europäisches Mandat besitze. Als ich wiederholt betont, daß wir lediglich die Handelsfreiheit für alle in Marokko gewahrt wissen wollten, erklärte der Minister, dieselbe sei auch in dem englisch-französischen Abkommen gewährleistet. Ich erwiderte, wir

* Vom 9. April.
** Vom 9. April.
*** Siehe Nr. 6843.

hätten den Artikel über den Status quo ebenfalls so ausgelegt und wären erst aus unserer Reserve herausgetreten, nachdem wir durch die jüngste Haltung der französischen Politik in Marokko zu der Ansicht gelangt seien, daß die Franzosen es auf eine Änderung des Status quo abgesehen hätten. Schließlich bemerkte der Minister, er erinnere sich, daß ich ihm schon vor längerer Zeit einmal gesprächsweise auseinandergesetzt hätte, daß wir in Marokko den Standpunkt der freien Betätigung des Handels verträten! Da derselbe Grundsatz in dem englisch-französischen Abkommen ausgedrückt sei, so habe er ein klares Gewissen.

Aus der ganzen Haltung des Ministers ging hervor, daß er keineswegs wünscht, wegen Marokko diplomatisch mit uns anzubinden, und jedenfalls so lange, wie er kann, aus dem Spiel bleiben will. Trotzdem wird er in der ferneren Entwickelung der Marokkofrage leicht dazu gezwungen sein können, Farbe zu bekennen und für die Franzosen, die man hier unter keinen Umständen fallen lassen will, einzutreten und deren Standpunkt diplomatisch zu unterstützen. Es ist Sache der Auslegung, wodurch die Handelsfreiheit bedroht erscheint. Die Franzosen gerieren sich jetzt schon als Verteidiger der Handelsfreiheit in Marokko und behaupten, daß sie dieselbe keineswegs bedrohen.

Von der mir im Telegramm Nr. 74 mitgeteilten Demarche des französischen Botschafters in Berlin und der ihm zuteil gewordenen Antwort* habe ich dem englischen Minister nichts gesagt. Dem Konferenzgedanken, der in gewisser Beziehung eine Negierung des englisch-französischen Abkommens darstellt, dürfte er keineswegs, schon aus Rücksicht auf Frankreich, günstig gesinnt sein. Falls aber Amerika offen für die Konferenz eintreten sollte, so wird man hier kleinmütig werden.

Es ist jedenfalls richtig, wenn wir, solange es geht und unbekümmert um das Gehetze der hiesigen Presse, die englische Regierung aus dem Spiel lassen und uns lediglich an Frankreich halten.

Metternich

Nr. 6846

Der Geschäftsträger in London Graf von Bernstorff an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 475 London, den 22. April 1905

Das Auftauchen der marokkanischen Frage einerseits und die Schlacht bei Mukden**, welche hier als die Entscheidung des ostasiati-

* Vgl. dazu Kap. CXLVII, Nr. 6623.
** 24. Februar bis 10. März.

schen Krieges angesehen wurde, andererseits haben bekanntlich in der englischen Presse lebhafte Erörterungen hervorgerufen. Diese ließen besonders deutlich erkennen, nach welcher Richtung hinsichtlich der äußeren Politik die Magnetnadel der hiesigen öffentlichen Meinung weist.

Wenn ich den Ausdruck „öffentliche Meinung" brauche, so will ich damit die augenblicklich in Presse und Parlament herrschende Strömung bezeichnen. Ich möchte von vornherein betonen, daß diese dominierende Richtung nicht mehr der wirklich im Lande bestehenden Stimmung entspricht. Wir befinden uns dem merkwürdigen Zustande gegenüber, daß die Regierung über eine ansehnliche Majorität im Parlamente verfügt und deshalb entschlossen ist, so lange wie möglich im Besitze der Macht zu bleiben, während sie nach allgemeiner Ansicht von Freund und Feind bei einer heute stattfindenden Wahl fortgefegt werden würde. Wenn das Ministerium im Amt bleiben will, muß es auf den schutzzöllnerischen und jingoistischen Flügel der unionistischen Partei eine sehr große Rücksicht nehmen, da dieser jeden Tag die Regierung stürzen kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Presse. Hier beherrschen die Tarifreformer fast alle großen Londoner Zeitungen und auch viele Provinzblätter. Auf dem Gebiete der inneren Politik verschlägt das wenig, da der Engländer seine eigenen heimischen Interessen genau kennt. Trotz Aufwendung großer Summen, trotz einer schrankenlosen Agitation und des Einflusses der großen Zeitungen bringt das Land immer klarer zum Ausdruck, daß es dem Freihandel, der England zum Handelsmittelpunkt der Welt gemacht hat, treu bleiben will.

Hinsichtlich der äußeren Politik liegen die Dinge leider anders. Über fremde Verhältnisse ist ja der Engländer erstaunlich ignorant. Auf diesem Gebiete schöpft er seine Weisheit aus den Korrespondenzen, welche die großen Zeitungen aus den fremden Hauptstädten bringen. Da ist es natürlich von höchst verderblichem Einflusse, daß die auswärtigen Mitarbeiter englischer Blätter nicht unbefangen urteilen, sondern nach Instruktionen aus den hiesigen Redaktionsstuben schreiben. Korrespondenzen, die ihrer politischen Richtung nach dem Leiter einer englischen Zeitung nicht paßten, würde er einfach unterdrücken[1] und sich im Wiederholungsfalle nach einem anderen auswärtigen Vertreter umsehen. Auf diese Weise bringen es die englischen Blätter fertig, ihren Lesern täglich ein Bild der Weltlage zu entrollen, nicht wie diese tatsächlich aussieht, sondern wie sie sich in den Köpfen ihrer Chefredakteure malt. Wenn letztere einmal Partei ergriffen haben, dann urteilen sie mit vollkommener Verblendung und Stumpfheit des sittlichen Gefühls. Die Masse aber nimmt dann keine Gründe mehr an, und wären sie so häufig wie Brombeeren, sondern glaubt mit einer gewissen stupiden Redlichkeit, was sie eigensinnig glauben will.

Wenn man also heute von einer englischen öffentlichen Meinung

hinsichtlich auswärtiger Fragen spricht, so darf man nicht vergessen, daß dieselbe gebildet wird von einem Ringe von Jingos und Tarifreformern, welche in der Regierung, im Parlament und in der Presse jeden zu terrorisieren suchen, der eine abweichende Ansicht vertritt[2].

Diese herrschende Richtung sieht, wie gesagt, seit der Schlacht von Mukden den ostasiatischen Krieg als bereits zugunsten der Japaner entschieden an. Infolgedessen ist bei ihr der Wunsch nach einer freundschaftlichen Verständigung mit Rußland, der früher so oft hervortrat, sehr in den Hintergrund gedrängt worden. Dazu hat auch allerdings sehr viel beigetragen, daß man sich hier Wunderdinge von dem in Rußland gegen England bestehenden Hasse erzählt. Seitdem auch Mr. Chamberlain, der Herr und Meister der Jingos, sich für eine Erweiterung der japanischen Allianz ausgesprochen hat, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Majorität der unionistischen Partei Rußland künftig mit Hilfe der japanischen Legionen im Zaum halten möchte. Diese Sachlage dürfte sich aber sofort ändern, wenn die russische Flotte einen Seesieg erringen sollte*. Die Hinneigung zu den kriegführenden Mächten ist hier ungefähr wie eine Börsenspekulation betrieben worden. Es war erstaunlich, wie schnell manchmal der Kurswert der beiden Mächte wechselte.

Abgesehen von einem oder dem anderen exaltierten Bramarbas will selbst unter den hiesigen Jingos niemand, daß England Krieg führe. Man möchte sich nur mit Hilfe anderer vor Gefahren schützen, die angeblich dem britischen Reiche von fremden Mächten drohen sollen. Nachdem die englische Regierung und öffentliche Meinung durch fortwährendes Nachgeben und Unterwürfigkeit die Vereinigten Staaten ganz gewonnen zu haben glauben[3], genießen außer den Russen nur wir die zweifelhafte Ehre, von den Briten gefürchtet zu werden, und zwar — was die Zukunft anlangt — in noch weit höherem Maße als jene. Fast jeder Engländer sieht in uns — Gott sei dank wohl mit Recht — ein stetig aufsteigendes Volk. Die Jingopartei zieht aber aus dieser Auffassung die falsche Folgerung. Anstatt die lebendigen Kräfte in der Geschichte zu erkennen und sich mit uns gut zu stellen — wie sie es in ähnlichem Falle mit Japan tat —, will sie den im ganzen Verlaufe der Weltgeschichte stets mißglückten Versuch machen, einer aufsteigenden Nation in den Weg zu treten, als wenn der reißende Bergstrom nicht erst recht für die Umgegend gefährlich würde, wenn man seinen natürlichen Lauf zu versperren sucht[4].

Wie auch immer die Zukunft über diese Fragen urteilen möge, in der Gegenwart glaubt die hiesige Jingopartei, daß wir es auf den kommerziellen Ruin der Engländer sowie auf die Zertrümmerung des Britischen Reiches abgesehen hätten, und daß wir uns hierzu syste-

---

* Statt dessen erfolgte am 27./28. Mai die Niederlage der Russen in der Seeschlacht von Tschusima.

matisch vorbereiteten, ähnlich wie wir von 1859 bis 1870 uns militärisch und diplomatisch für den Kampf um die deutsche Einheit rüsteten. Die Losung dieser Partei ist daher, daß England in allen Fragen gegen Deutschland Partei ergreifen und uns immer zu isolieren suchen müsse. So verfuhr man in der Marokkofrage. Ursprünglich hatte die „entente cordiale" keine Spitze gegen Deutschland. Sie sollte hauptsächlich dazu dienen, den ostasiatischen Krieg zu lokalisieren. Dafür zahlte England mit der Aufgabe seiner marokkanischen Interessen einen hohen Preis. Die Rechnung erwies sich aber als gut. Ohne einen Schwertstreich zu führen, konnte England ruhig zusehen, wie ein Hauptnebenbuhler geschwächt wurde. Selbst seine Geldsäcke öffnete es dem Alliierten nur gegen sehr hohe Zinsen. Gleichzeitig liebäugelte man mit Rußlands Verbündetem, damit dieser ja nicht das Spiel verdürbe.

Die Engländer finden es immer unbegreiflich und empörend, wenn etwas in der Welt geschieht, das sie nicht wollen [5]. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtete man uns, als wir unerwartet mit Ansprüchen hervortraten, die man als ungerecht betrachtete, weil sie unbequem waren. Der fein gesponnene Plan, die französische Freundschaft mit einem allerdings hohen Wechsel auf die Zukunft zu bezahlen, drohte zu scheitern, wenn der böse Deutsche den Verfall des Wechsels „ad calendas graecas" verschob. Da hätte ja die „entente cordiale" in die Brüche gehen können, noch ehe der Friede in Ostasien geschlossen war, und bevor die französische Freundschaft ihren Zweck erfüllt hatte. Deshalb galt es, in der Marokkofrage französischer als die Franzosen zu sein, den Konflikt mit Deutschland zu schüren und einen Bund der Westmächte an die Wand zu malen. Glücklicherweise sind die angeblich so aufgeregten Franzosen zu verständig, um im Bunde mit England gegen uns in den Krieg ziehen zu wollen. Ein gebranntes Kind scheut das Feuer. Der englische Schutz wäre uns gegenüber doch gar zu wenig wirksam [6]. Dieser französische Gemütszustand ist den Engländern eigentlich erst infolge der letzten Pariser Kammerverhandlungen* klar geworden. Ein Blatt sagte traurig, das französische Parlament habe „travaillé pour le Roi de Prusse" [7]. Es wäre doch zu schön gewesen, wenn fast alle kontinentalen Mächte gleichzeitig sich nach altbewährtem englischen Rezept „in majorem Britanniae gloriam" untereinander zerfleischt hätten [8]. Falls Frankreich uns gegenüber schroffer aufgetreten wäre, so hätte die hiesige Presse den französischen Freund gewiß in diesen Tagen hinsichtlich der Neutralitätsfrage glimpflicher behandelt. Aber so wie die Dinge liegen, steht der Japaner dem britischen Herzen näher. Der ficht doch wenig-

* Die Kammerverhandlungen am 19. April, in deren Verfolg Delcassé sein erstes, alsbald wieder zurückgezogenes Entlassungsgesuch einreichte, hatten gezeigt, daß die französische Volksvertretung einen unabsehbaren Konflikt mit Deutschland nicht wünschte. Vgl. Kap. CXLVII, Nr. 6623, Fußnote **.

stens für England[9], während der Franzose gleich kurz tritt, wenn der Deutsche zornig die Brauen faltet[10].

Wie gesagt, die Marokkofrage hat deutlich gezeigt, was wir vom heutigen England zu erwarten haben. Wenn man sich aber fragt, ob diese Feindseligkeit der Briten notwendig zu einem deutsch-englischen Kriege führen muß, wie alldeutsche Blätter öfters behaupten, so würde ich für meinen Teil diese Frage unbedingt verneinen. In der englischen Regierung befindet sich niemand, der die Tatkraft hätte, einen Angriff auf Deutschland zu planen. Die Minister wagen zwar niemals, gegen die Jingos aufzutreten, und lassen sich von ihnen terrorisieren, weil das Kabinett auf dieselben angewiesen ist. Daher wäre es nicht ausgeschlossen, daß sie einmal von der Jingopartei in einen Krieg gehetzt würden, wenn diese selbst einen solchen wollte. Das ist aber nicht der Fall. Dazu hat der Engländer von heute seit dem Burenkriege viel zu wenig Vertrauen in die Leitung und die Machtmittel seines Staats. Deshalb war er auch über den sogenannten „war scare" in Deutschland[11]* so erstaunt. In seinem „for intérieur" fand es der Engländer beinah komisch, daß man ihm so viel zutraue. Reden, wie die berüchtigte von Mr. Arthur Lee**, haben ja nur den Zweck, diesen hier allseits bestehenden Mangel an Vertrauen zu beseitigen und der Regierung einen künstlichen Nimbus zu geben, den sie in Wahrheit nicht hat[12].

Im übrigen glaube ich nicht, daß die gegen uns gerichtete Feindseligkeit der englischen öffentlichen Meinung sich legen wird, bis der Kabinettswechsel eintritt. Dann dürfte mit vielen Dingen „tabula rasa" gemacht werden. Die liberale Regierung wird nach allen Richtungen versöhnlich auftreten. Lord Rosebery hat ja schon jetzt den Mut gehabt, öffentlich die herrschende Germanophobie zu verurteilen, was bisher keiner der unionistischen Minister wagte. Auch ist dann eine Umgestaltung mancher Organe der Presse zu erwarten, welche den jetzt dominierenden Ring sprengen dürfte. Bis dahin gilt es für uns, dem Toben der englischen Zeitungen gegenüber gute Laune zu behalten[13]. Jeder Ausbruch von Mißstimmung unsererseits wird hier immer als neuer Agitationsstoff dienen, um zu beweisen, daß wir feindselig gesinnt seien.

Hinsichtlich der Bearbeitung der Presse läßt sich in so aufgeregten Zeiten leider wenig machen. Wenn man mit Journalisten gesprochen hat, so kann man seine Ideen im nächsten Leitartikel wiederfinden. Ein solcher Einfluß dauert aber nur 24 Stunden. Dann kommt alles in den alten Fluß, und der einzige günstige Leitartikel geht spurlos im Strome unter. Ebensowenig wie die Minister haben die Journalisten

---

* Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXVI.

** Im Januar 1905 hatte der Zivillord der Admiralität Lee eine Rede gehalten, nach der England Deutschland den Ausbau seiner Flotte verbieten müßte. Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXIX, Nr. 6286, S. 569, Fußnote **.

Lust, sich von dem germanophoben Ring angreifen zu lassen. Um so mehr haben wir Deutschen die Pflicht, es dankbar anzuerkennen, wenn hier und da sich einer findet, der den Mut hat, sich öffentlich zu deutschfreundlichen Gesinnungen zu bekennen. Unter vier Augen tun es viele, die in künftigen besseren Zeiten dann hervortreten werden. So verdient es hohe Anerkennung, wenn Lord Lyveden mit einer großen Anzahl von Mitgliedern seines Vereins deutsche Städte besuchen will[14], und wenn andere Herren sich der Mühe unterziehen, einen „Anglo-German Union Club" zu gründen. Diese Samenkörner können gute Früchte tragen, wenn einst der Terrorismus aufhört, der jetzt die leiseste Frühlingshoffnung zertritt.

Eine andere Frage wäre, ob es sich nicht verlohnte, der „Times" als dem Protagonisten des deutschfeindlichen Rings direkt den Krieg zu erklären. Eine Ausweisung des Berliner „Times"-Korrespondenten dürfte sich wohl nicht empfehlen, da es dann hier heißen würde, wir hätten den einzigen Beobachter entfernen wollen, der wahrheitsgetreu über die deutsche Feindseligkeit gegen England berichtet hätte. Nachdem sich aber im Laufe der letzten Monate klar herausgestellt hat, daß die „Times" wissentlich falsche Nachrichten verbreitet, und zwar lediglich zu dem Zwecke, um zwischen Deutschland und England Drachenzähne zu säen, so ließe sich vielleicht unsererseits ein vollkommener Boykott dieses Blattes erfolgreich durchführen[15]. Mit Hilfe der deutschen Telegraphenagenturen und auswärtigen Korrespondenten würde es wohl möglich sein, zu erreichen, daß die „Times" und ihre Nachrichten in Deutschland ein für allemal totgeschwiegen würden[16]. Das wäre dem „Weltblatt" viel unangenehmer als alle Dementis, die hier doch nur von denjenigen geglaubt werden, welche schon vorher den Verdächtigungen der „Times" mißtraut haben[17].

Wenn wir jede Äußerung schlechter Laune über die britische Feindseligkeit vermeiden, die wenigen Annäherungsversuche, welche von hier ausgehen, freundlich aufnehmen und die englische öffentliche Meinung geschickt bearbeiten, so kann ein Konflikt mit England jedenfalls bis zu gelegenerer Zeit hinausgeschoben, nach menschlicher Berechnung aber sogar ganz vermieden werden. Mit jedem Jahre, das vergeht, dürfte die englische Neigung zu einem Kriege mit uns, die schon jetzt keineswegs groß ist, geringer werden. Die deutsche Volkskraft und Staatsmacht sind in stetem Wachsen begriffen, während materieller Genuß, tatenlose Wohlhabenheit und Arbeitsunlust bereits an der britischen Größe nagen. Wenn heute ein Deutscher öffentlich freundlich über England spricht und für ein gutes deutsch-britisches Einvernehmen plädiert, dann wird er von dem germanophoben Ring als Heuchler bezeichnet. Solche Vorwürfe dürfen uns aber nicht beirren, wenn es einen Konflikt zu vermeiden oder zum mindesten aufzuschieben gilt, der, nach einem hier so verpönten Worte des großen Treitschke,

als unsere schwerste Abrechnung mit dem Auslande zu betrachten sein dürfte. Bernstorff

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Bravo!
Randbemerkungen des Kaisers:
1 Wie in Paris!
2 wohin ist das Land von „common sense" und „fair play" gesunken!
3 sie irren sich.
4 gut
5 sehr gut und richtig
6 die Englische Flotte schützt Paris vor unserer Eroberung nicht!
7 vor allem England
8 ja
9 der östliche Lanzknecht
10 oui!
11 war keiner
12 auf unsre Kosten
13 richtig
14 o! Nein! Er hat diese Ideen aus Angst vor den Jingoes schon wieder aufgegeben
15 gut
16 ja
17 sehr gut
soll gemacht werden
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich geschrieben
Bernstorff telegraphisch meine Anerkennung aussprechen

Nr. 6847

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 278 Paris, den 25. April 1905
Vertraulich

Wie mir eine gewöhnlich gut informierte Persönlichkeit, die soeben aus England kommt, vertraulich erzählt, hat König Eduard kurz vor seiner Abreise von London mit Lord Lansdowne und Mr. Balfour eine Unterredung gehabt, in der die bevorstehende Begegnung mit Herrn Loubet* besprochen wurde. Man sei hierbei, wie ich weiter höre, zu dem Entschluß gekommen, dem Präsidenten der Französischen Republik zu sagen, England sei bereit, mit seiner ganzen Macht die französische Politik in Marokko und die Ausführung des französisch-englischen Abkommens zu unterstützen. — Der König soll sogar die Frage ernstlich erörtert haben, ob er selbst nach Tanger gehen würde. Vorläufig habe er aber darauf verzichtet.

* Sie fand am 30. April in Paris statt.

Nach Äußerungen meines Gewährsmannes gilt in England Mr. Balfour nicht für Deutschlands Freund, Lord Lansdowne nicht für unseren Feind, Sir F. Bertie* hingegen für einen ausgesprochenen Gegner Deutschlands.

Graf Khevenhüller hat in Diplomatenkreisen erzählt, der englische Botschafter habe auf speziellen Befehl seiner Regierung seinen Urlaub in England unterbrochen, um sich persönlich zu Präsident Loubet zu begeben und für das Verbleiben des Herrn Delcassé zu wirken. — Auch der russische Botschafter soll — nach derselben Quelle — für Herrn Delcassé eingetreten sein.

Radolin

Nr. 6848

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 290 Paris, den 1. Mai 1905

Streng vertraulich

Gestern abend fand großes Diner zu Ehren des Königs von England im Elysée statt. Als Seine Majestät den Saal betrat, in dem wir versammelt waren, ging der König direkt auf mich zu und begrüßte mich in seiner alten herzlichen Weise. Gleich nach der Tafel zog er mich in ein längeres Gespräch; das Gewirr der lauten Stimmen erschwerte die Konversation. Der König berührte zunächst des längeren vergangene Zeiten, dann sagte er mir mit gewisser Leidenschaft: Die ganz natürliche Verschiebung der englischen Flotte sei in Deutschland ausgelegt worden, als wolle England den Krieg mit Deutschland**. Das hätte natürlich viel böses Blut gemacht und die Presse in Harnisch gebracht. Nichts läge England ferner, als sich leichtfertigerweise auf Krieg einlassen zu wollen. Darauf erging sich der König über die erschreckenden Zustände in Rußland und die Pflichtvergessenheit mancher Großfürsten, indem er mir einen Fall zitierte, wo einer dieser Herren gesagt hätte, es fiele ihm nicht ein, nach Ostasien zu gehen.

Der König kam dann auf seine kürzliche Seereise und auf den jetzigen „Inkognito"-Aufenthalt in Paris zu sprechen und bemerkte, wie sehr er sich freue zu sehen, daß man in Frankreich durchaus friedlich gesinnt sei, und daß ebenso Herr Loubet wie Herr Delcassé eine Verständigung in der bedauerlichen marokkanischen Frage wünschen[1].

---

* Englischer Botschafter in Paris.

** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVI.

„Warum antwortet Berlin aber nicht auf die letzte französische Eröffnung?“[2]* war seine unvermittelte Frage. Ich erlaubte mir darauf zu erwidern, daß bei einer so schwerwiegenden Sache es wohl begreiflich sei, daß man sich nicht überstürzen könne. Es müsse wohl vorerst das Resultat der Feser Mission** abgewartet werden. Ich sollte aber denken, daß, wenn es sich darum handele, das Madrider Abkommen zu modifizieren, dies nicht einseitig und nicht ohne Gedankenaustausch der bei jenem Abkommen beteiligten Mächte und Staaten geschehen könne, worauf der König mehrfach „ja, ja“ einwarf. Ich bemerkte dem König, daß Deutschland sicherlich keine Reibungen mit den Nachbarn suche. Wir müßten aber darauf bedacht sein, nicht übergangen zu werden, wenn die deutschen Interessen gefährdet schienen. Auch wären wir überzeugt, daß die Regierung Seiner Majestät des Königs nicht die Absicht hätte, über die Interessen der nicht befragten Staaten hinwegzugehen. Wenn auch die Franzosen Versicherungen gäben, daß der Status quo in Marokko nicht geändert werden solle, so läge doch die Befürchtung nahe — schon nach der Haltung der regierungsfreundlichen Presse —, und es wäre eine offene Frage, ob es nicht mit der Zeit zu einer Tunisifizierung kommen könnte, was ja doch wohl nicht in der Abmachung vom 8. April 1904 vorgesehen sei. Dies veranlaßte den König, mir ins Wort fallend, freilich ziemlich undeutlich, zu sagen, nein, von einer Tunisifizierung könne keine Rede sein; die Erhaltung des Status quo bezüglich des Sultans und der völligen Handelsfreiheit der dort interessierten Mächte sei unzweifelhaft[3].

Ich wollte nicht unerwähnt lassen, daß während des Diners Präsident Loubet, neben dem meine Frau saß, ihr zutrank und darauf sein Glas erhob und mir quer über den Tisch weg dieselbe Liebenswürdigkeit erwies. Ich stand auf, um zu danken. Ich glaube dies nicht mit Stillschweigen übergehen zu sollen, als das Zutrinken nicht in der hiesigen Gewohnheit liegt und ich der e i n z i g e war, dem der Präsident diese Aufmerksamkeit, welche von den Anwesenden nicht unbeobachtet blieb, erwies[4]. Herr Loubet war ebenso wie alle anwesenden Minister — Delcassé einbegriffen — von ausgesuchtem Entgegenkommen und Freundlichkeit für uns[5].

R a d o l i n

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 ?
2 ?!! Es war keine
3 ? leider nicht
4 da der König dies immer thut hat er es Loubet gerathen!
5 Weil sie Angst haben aber das ändert an den Thatsachen nichts

---

* Vgl. dazu Kap. CXLVII.
** Des Grafen Tattenbach.

Nr. 6849

Der Geschäftsträger in London Graf von Bernstorff an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 516 London, den 1. Mai 1905
Geheim
Streng vertraulich

Zu dem mir hochgeneigtest mitgeteilten Berichte des Kaiserlichen Herrn Botschafters in Paris vom 10. v. Mts.* gestatte ich mir gehorsamst folgendes zu bemerken.

Wenn Freiherr von Eckardstein gesagt hat, nach seinen Informationen würde im Falle eines ernstlichen deutsch-französischen Konflikts England unbedingt aktiv auf französischer Seite stehen**, so halte ich diese Auffassung für richtig, vorausgesetzt, daß sich die Äußerung nur auf einen eventuell jetzt zu erwartenden deutsch-französischen Krieg um Marokko bezog. Dagegen glaube ich weder, daß England mit Begeisterung gegen uns vorgehen würde, noch, daß man hier allerseits auf eine Gelegenheit hierzu wartet.

In der diesseitigen Berichterstattung ist wiederholt hervorgehoben worden, daß die in England gegenwärtig noch herrschende Partei unsere Aktion in der Marokkofrage nicht als eine Verteidigung legitimer wirtschaftlicher Interessen, sondern als einen intriganten Angriff auf die sogenannte „entente cordiale" ansieht. Es mutet den unbefangenen Beobachter oft geradezu komisch an, wenn er immer wieder aus dem Munde von Briten hört, daß wir auf die bekannte „fides punica" des „perfiden Albion" spekuliert und geglaubt hätten, England werde glücklich sein, unter Assistenz Deutschlands mit einer Hand den Preis zurückzunehmen, den es mit der anderen den Franzosen für ihre Freundschaft gezahlt habe. An diesem Zerrbilde der deutschen Politik hält die hier jetzt noch herrschende Partei eigensinnig fest und folgert daraus, daß England moralisch verpflichtet sei, unter allen Umständen zu Frankreich zu stehen.

---

* Siehe Nr. 6844.

** In demselben Sinne ließ sich Eckardstein, von Baden-Baden kommend, gegenüber Radolin am 8. Mai aus. Telegramm Radolins Nr. 147 vom 8. Mai 1905: „Herr Eckardstein war aus Baden kommend hier und erklärt mit Bestimmtheit zu wissen, daß England im Fall eines Konflikts die Waffen gegen Deutschland ergreifen werde. Etienne ist gleicher Ansicht. Dagegen glaubt Rouvier nicht daran und neigt zu unserer Ansicht, daß England uns beide verhetzen will, um im Trüben zu fischen."

Mit Begeisterung würden die Briten aber nicht aktiv gegen uns vorgehen, denn diese fehlt dem heutigen Engländer für jeden Krieg, in dem er selbst seine Haut zu Markte tragen und seine eigenen Pfunde opfern muß. Mag auch immer ein oder der andere Jingo Chamberlainscher Richtung in später Abendstunde bei Whisky und Soda mit dem Säbel rasseln oder solche kriegerischen Ergüsse in einem Leitartikel niederlegen, im Innersten seines Herzens hofft auch er, daß die Solidarität der Westmächte genügen wird, um Deutschlands angeblich schrankenlosen Ehrgeiz einzudämmen und einen deutsch-französisch-englischen Krieg zu verhindern. Die Sache läge ja ganz anders, wenn man hier annähme, daß Frankreich allein mit uns fertig werden und England sich unterdessen den angenehmen Zeitvertreib gönnen könnte, unseren Handel zu zerstören. Aber an einen französischen Sieg über Deutschland glaubt hier kein Mensch mehr, seitdem die Franzosen selbst so wenig kriegerische Neigungen gezeigt haben. Schon jetzt klagen die Briten darüber, daß infolge von Rußlands Zusammenbruch Deutschland auf dem Festlande allmächtig geworden sei. Gerade deshalb würde England — abgesehen von der angeblich moralischen Verpflichtung — glauben, eingreifen zu müssen, wenn um Marokko ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbräche, damit der deutsche Sieg zu Lande durch eine Niederlage zur See wettgemacht würde. Aber selbst in diesem Falle würde sich seitens der jetzt so starken liberalen Partei ein lebhafter Widerspruch gegen die Beteiligung Englands am Kriege erheben. Besser wäre es doch noch, den „tertius gaudens" zu spielen und nur einzugreifen, um dem Sieger die Früchte seiner Anstrengungen zu rauben.

Zweifellos wird das heutige England immer feindselig gegen Deutschland auftreten und namentlich die deutsch-französische Kluft zu erweitern suchen. Es kommt aber für die Beurteilung der Sachlage wesentlich darauf an, welchen Grad diese Feindseligkeit erreichen wird. Meines gehorsamsten Erachtens darf letztere nicht als so groß angesehen werden, daß man hier allerseits nur auf eine geeignete Gelegenheit zum Kriege gegen uns warte. Die Jingos befinden sich jetzt in der entschiedenen Minorität. Solche Erfahrungen wie die neuesten mit ihren Schiffsgeschützen geben ihnen auch zu denken. Sie werden daher froh sein, wenn sie unsere angeblichen aggressiven Absichten durch geschickte diplomatische Kombinationen zunichte machen können. Ohnehin scheinen die Tage der Herrschaft der Jingos gezählt zu sein.

Bernstorff

Nr. 6850

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 Paris, den 7. Mai 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 83*.

Rouvier, dem ich Inhalt desselben mitgeteilt, war sichtlich überrascht und erklärte, nichts davon zu wissen, und sprach Vermutung aus, daß nicht Londoner, sondern vielleicht Alfons Rothschild-Paris eigentlicher Inspirator des Gedankens sein könnte. Rothschild habe Interesse, Krisis zu vermeiden. Rouvier fand unsere Haltung durchaus begreiflich. Daß Delcassé eine starke Stütze in England fände, deutete Rouvier wiederholt an. Welchen Wert König Eduard auf den Minister des Äußern legt, ergibt sich schon aus dem Umstand, daß derselbe zu allen privaten Diners im Faubourg auf besonderen Wunsch des Königs zugezogen wurde.

Radolin

Nr. 6851

*Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg***

Telegramm. Konzept

Nr. 98 Berlin, den 10. Mai 1905

pp. Wir bleiben nach wie vor bestrebt, durch eine Konferenz der Vertragsmächte — für welche Tanger sich wohl am besten eignen würde — die unbeschränkte Erhaltung der Offenen Tür zu erreichen. In Frankreich gibt es gegenwärtig schon einzelne Zeitungsstimmen, welche die Konferenz als die beste Lösung bezeichnen, während in England die große Presse, welche Fühlung mit der Regierung hat, in ihrer Gesamtheit den Konferenzgedanken heftig bekämpft. Von

---

* Telegramm Nr. 83 vom 5. Mai betraf einen dem Auswärtigen Amt von dem Bankier P. Schwabach vorgelegten Brief des Barons Rothschild in London, in dem die dringende Bitte ausgesprochen war, die deutsche Regierung möge einen Schritt tun, um Delcassé — auf dessen Beseitigung sie eben damals unter der Hand hinwirkte; vgl. Kap. CXLVII, Nr. 6646 — im Amte zu erhalten!

** Das ausführliche Telegramm, das den Botschafter in den Stand setzen sollte, den Präsidenten Roosevelt neuerdings über den Stand der Marokkofrage zu unterrichten, wird hier nur so weit wiedergegeben, als es darauf abzielt, eine Einwirkung des Präsidenten auf die englische Haltung in der Konferenzfrage wie in der Delcassé-Frage herbeizuführen.

einer Seite, welche mit Paris nähere Fühlung hat als wir, erfuhren wir bereits, daß Frankreichs Haltung in der Marokkofrage, und zwar namentlich diejenige des Herrn Delcassé, wesentlich von der Haltung des englischen Kabinetts abhängen werde. Letzteres wird aber seinen Widerstand gegen die Konferenz nur einzig und allein auf Zureden des Präsidenten Roosevelt aufgeben. Am wirksamsten würde es wohl sein, wenn der Präsident den Engländern zu verstehen gäbe, daß ihre Bekämpfung des Konferenzgedankens den Verdacht rechtfertigen würde, als hätten sie in dem Abkommen mit Frankreich nicht bloß über englische Rechte, sondern auch über diejenigen der andern Vertragsstaaten verfügen wollen.

Deutschlands Politik ist eine einfache und klare. Wir halten ohne Rücksicht auf dargebotene Sondervorteile an der vertragsmäßigen Gemeinsamkeit fest. Erst wenn wir sehen sollten, daß wir für diese, d. h. für den Gedanken der Offenen Tür und der Konferenz, auf keine diplomatische Unterstützung der mitinteressierten Vertragsmächte zu rechnen haben, würden wir genötigt sein, an uns allein zu denken. Alsdann — aber nicht früher — würden wir zu optieren haben zwischen der Möglichkeit eines Konflikts mit Frankreich und der Prüfung der Bedingungen, die Frankreich etwa vorschlagen könnte, um einen Konflikt zu vermeiden.

Alles Vorstehende ist nur für den Präsidenten Roosevelt persönlich bestimmt. Ihm können Sie, wenn Sie wollen, das ganze Telegramm vorlesen. Er wird daraus ersehen, daß wir, sowie wir es ihm von Anfang an zusagten, ohne Hintergedanken mit ihm verhandeln.

Bei dieser Besprechung werden Ew. auch vielleicht erfahren, wie der Präsident sich das Rätsel erklärt, daß der König von England und die englische Regierung aufs äußerste bemüht sind, Herrn Delcassé zu halten. Delcassé ist keineswegs der einzige französische Staatsmann, welcher gute Beziehungen zu England kultivieren möchte. Unter den französischen Politikern, welche in der ersten Reihe stehen, gibt es kaum einen, der nicht das gleiche will. Aber Delcassé steht fast allein mit seiner russischen Politik, welche ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Normen der russischen Flotte in den Häfen von Indochina ein sicheres Obdach sowie die Mittel für die Vorbereitung des Angriffs gewährt und dadurch vielleicht eine den Russen günstige Entscheidung des Krieges herbeiführen wird. Gleichwohl ist gerade Delcassé der Schützling von Japans englischem Verbündeten. Wie erklärt sich das? Bereits wiederholt hatte ich Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß in der offiziösen Presse des Herrn Delcassé das französisch-englisch-russische Bündnis zum Zweck der Aufteilung Chinas offen besprochen wurde, und daß dabei auch Japans mehr oder weniger freiwilliges Hinzutreten als Vierter in Aussicht genommen war. Man irrt wohl kaum, wenn man die Popularität von Delcassé in den englischen Regierungskreisen darauf zurückführt, daß er als der Träger

des Gedankens der französisch-englisch-russischen bezw. der Quadrupelallianz betrachtet wird. Dieser Gedanke wird neuerdings wieder besonders lebhaft in großen englischen Blättern erörtert und empfohlen. Der innerste Grund dieser Erscheinung liegt wohl darin, daß die jetzt am Ruder befindliche konservative Regierung ihrer schwindenden Popularität durch einen Erfolg auf dem Gebiete der auswärtigen Politik aufhelfen möchte, und daß sie hofft, Herr Delcassé werde ihr den eher als ein anderer besorgen. Nur so erklärt sich die bisherige Schüchternheit der japanischen Vorstellungen bei Frankreich, die Lauheit der englischen Unterstützung und die Dickfelligkeit der Franzosen. Die Engländer verfolgen ein Ziel, welches ihnen wichtiger ist als das japanische Bündnis, nämlich den Dreibund mit Frankreich und Rußland, und Herr Delcassé weiß, daß er den Engländern hierbei als Vermittler unentbehrlich erscheint.

Diesen und jeden andern Plan wird die englische Regierung fallen lassen, wenn ihr rechtzeitig offenbar wird, daß sie sich dadurch in einen Gegensatz zur amerikanischen Politik bringt. Denn ein solcher Gegensatz mit Amerika würde die Engländer aller Parteien erschrecken und den schleunigen Sturz des Torykabinetts herbeiführen. Dieses Ereignis wäre übrigens für Deutschland kein Unglück, denn unsere Nachrichten aus England lassen eine Besserung der englisch-deutschen Beziehungen vor dem Regierungswechsel kaum erhoffen. Die jetzige konservative Regierung ist und bleibt hypnotisiert durch den Gedanken, „zusammen mit Frankreich bei dem ostasiatischen Friedensschluß die Stimme Europas zur Geltung zu bringen". Für die Pläne, welche sich daran knüpfen, wird Deutschland offenbar als störendes Element betrachtet, und darum werden wir unter immer neuen Vorwänden angefeindet. Für eben diese Pläne hat wohl auch das Kabinett Balfour die englischen Interessen in Marokko geopfert.

Bülow

Nr. 6852

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 Washington, den 13. Mai 1905

pp.* Über Marokko sagte der Präsident: „Ich bin sehr ungehalten über Englands Standpunkt zu der Konferenzfrage, zumal da es in Frankreich Stimmen gibt, welche den Konferenzgedanken befürworten. Es sieht aus, als ob England in Marokko über die Rechte anderer ver-

* Der Anfang des Telegramms betrifft den russisch-japanischen Krieg.

fügen wolle. Ich werde mir den englischen Geschäftsträger* kommen lassen und ihm meine Meinung mitteilen. Meine Bemühungen, Harmonie zwischen Deutschland und England in der marokkanischen Frage zu erzielen, haben geringe Erfolge gehabt. Ich erhielt von englischer Seite die alte Antwort: England kann Deutschlands feindselige Politik während des Burenkrieges nicht vergessen. Meine Antwort war: ‚Wie kommt es, daß England Frankreich verziehen hat, welches die gleiche Politik trieb?' Ich habe den kürzlich abgereisten englischen Botschafter** beauftragt, dem König von England und Lord Lansdowne gegenüber zu betonen, daß ich eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England emphatisch wünsche. Ich werde in den nächsten Tagen ein Gespräch mit Ihnen und meinem neuen Botschafter in London*** über deutsch-englische Beziehungen und über unsere Weltpolitik arrangieren und Ihnen sofort das Resultat meines Gesprächs mit dem englischen Geschäftsträger mitteilen."

Sternburg

Nr. 6853

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 415 Paris, den 7. Juni 1905

Vertraulich

Der aus früherer Berichterstattung bekannte Mitarbeiter des „Matin", Herr de Cuverville, suchte mich gestern nach dem Rücktritt des Ministers Delcassé auf, um mir im Namen des Herrn Bunau-Varilla, Eigentümers des „Matin", von neuem seine Mitwirkung zu einer Beseitigung der deutsch-französischen Spannung anzubieten†. Er erwarte nur von unserer Seite die Bezeichnung eines genehmen Kandidaten für

---

* W. B. Townley.
** Sir H. M. Durand.
*** W. Reid.
† Schon am 24. April hatte Cuverville dem Fürsten Radolin angedeutet, daß Bunau-Varilla bereit sein würde, für die Verständigung Deutschlands und Frankreichs in der Marokkofrage einzutreten. „‚Matin' sei in Frankreich unbestrittene Macht, könne Ministerien schaffen und stürzen, beherrsche durch einen großen Kreis abhängiger Annexblätter öffentliche Meinung Frankreichs. Bunau-Varilla, dem französisch-deutsch-russisches Verhältnis als politisches Ideal vorschwebe, habe den Ehrgeiz, seine Macht darin zu zeigen, daß er gestörtes deutsch-französisches Verhältnis wiederherstelle, falls die Art der deutschen Forderungen ein Eintreten für sie gestatte. Falls Delcassé sich weigere, werde er zu Fall gebracht werden." Telegramm Fürst Radolins Nr. 125 vom 24. April. Als Entgelt für seine Anerbietungen verlangte Cuverville, vom Deutschen Kaiser

den Posten des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, um sofort für denselben einzutreten. Bei dem Einflusse des „Matin“ und der ihm affiliierten Blätter unterliege es keinem Zweifel, daß eine solche Stellungnahme sofort zum erwünschten Erfolge führen würde.

Er teilte mir im Namen des Herrn Bunau-Varilla, der ja in der Tat hier eine Macht ist und stets mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fühlung hat, mit, daß von englischer Seite hier in aller Form das Anerbieten einer Offensiv- und Defensivallianz mit antideutscher Spitze gemacht worden sei. Man habe aber bis jetzt in hiesigen leitenden Kreisen nicht den Entschluß fassen können, darauf einzugehen, einerseits wegen der Rückwirkung auf Rußland, andererseits, weil der überwiegende Teil der französischen Regierung hoffe, doch noch zu einem befriedigenden Verhältnis zu Deutschland zu gelangen. Es sei aber nunmehr an der Zeit für Deutschland, sich in dieser Hinsicht zu entscheiden, da andernfalls Frankreich doch gezwungen sein würde, engere Fühlung mit England zu suchen.

Ich erwiderte Herrn de Cuverville, ohne auf die Mitteilung über England einzugehen, daß sein Bestreben der Anbahnung befriedigender Beziehungen zu Deutschland nur sympathisch sein könne, daß es mir aber ausgeschlossen erscheine, daß die Kaiserliche Regierung in die Besetzung des französischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten durch Bezeichnung von Kandidaten eingreifen sollte. Wenigstens sei ich in dieser Beziehung ohne Weisung. Im übrigen würde ich, nachdem sich die Verhältnisse geklärt haben würden, gern bereit sein, mich mit ihm weiter politisch zu unterhalten.

Flotow

---

empfangen zu werden, was aber deutscherseits mit Rücksicht auf frühere sehr scharfe Angriffe des „Matin“ gegen den Kaiser abgelehnt wurde. Telegramm Reichskanzler Graf Bülows an Fürst Radolin Nr. 71 vom 26. April. Die Eröffnungen Cuvervilles vom 6. Juni gegenüber Flotow hängen offenbar mit den Angaben zusammen, die Delcassé in der Sitzung des französischen Ministerrats vom 6. Juni über ein englisches Allianzangebot an Frankreich gemacht hatte. Wer Cuverville von diesem Vorgang in Kenntnis gesetzt hat, geht aus seinen Äußerungen nicht hervor. Wenn deutscherseits Cuverville einmal ein Vertrauensmann Rouviers genannt wird (vgl. Nr. 6856), so steht doch fest, daß der „Matin“ vorher und nachher auch enge Beziehungen zu Delcassé unterhalten hat, hatte der „Matin“ doch sogar im Anfang April eigens einen Vertreter nach Berlin entsandt, um beim Auswärtigen Amt zugunsten Delcassés zu wirken (vgl. Kap. CXLVII, Nr. 6608, 6609). Unter diesen Umständen ist die Möglichkeit nicht ganz abzuweisen, daß Delcassé selbst das englische Bündnisangebot durch das Medium Cuvervilles zu deutscher Kenntnis gebracht habe, einmal, um im französischen Interesse das deutsch-englische Verhältnis zu vergiften, sodann, um seinem Gegner Rouvier, auf den er den Verdacht wegen der begangenen Indiskretion lenkte (vgl. Nr. 6858, S. 631, Fußnote), ein Bein zu stellen. Ein ähnlicher Verdacht hatte sich auch bei den früheren Anerbietungen Cuvervilles vom April dem Auswärtigen Amt aufgedrängt.

Nr. 6854

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 419 Paris, den 7. Juni 1905
Vertraulich

pp.* Der zweite interessante Punkt in der Geschichte der letzten Tage ist die Tatsache, daß trotz des fortgesetzten und fast aufdringlichen Angebotes der englischen Hilfe, trotz einer mit materiellen und moralischen oder unmoralischen Mitteln betriebenen maßlosen Agitation Englands die öffentliche Meinung Frankreichs niemals eine wirkliche Neigung gezeigt hat, diese Hilfe zu akzeptieren. Wo immer man hier in Presse, Klubs, Gesellschaft und anderweitig Gelegenheit hatte, mit dem öffentlichen Empfinden Fühlung zu nehmen, da begegnete man der Anschauung, daß England nur suche, die französische Macht für seine Differenzen mit Deutschland zu engagieren, und daß im Ernstfalle Frankreich die englischen Kastanien aus dem deutschen Feuer holen müsse. Man wird der politischen Welt Frankreichs nicht immer kühle Reflexion nachrühmen können; in diesem Falle muß man sagen, daß sie der in der ersten Erregung wohl begreiflichen Versuchung, sich in die englischen Arme zu stürzen, mit Besonnenheit widerstanden hat. Ich hatte Gelegenheit, durch eine Mittelsperson Herrn Rouvier über das von Herrn de Cuverville berichtete Angebot einer englisch-französischen Offensiv- und Defensivallianz** vorsichtig sondieren zu lassen. Herr Rouvier hat positiv erklärt, über die bekannten Vertragsbestimmungen und über einige handelspolitische Abmachungen hinaus sei von einem engeren Vertragsverhältnis zwischen beiden Ländern keine Rede. Flotow

Nr. 6855

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 707 London, den 9. Juni 1905

Bei einer zufälligen Besprechung mit dem Premierminister, wobei auch das Thema der deutsch-englischen Beziehungen berührt wurde,

---

* Der Anfang des Berichts, der die am 6. Juni erfolgte Demission Delcassés betrifft, ist abgedruckt in Kap. CXLVII, Nr. 6684.
** Siehe Nr. 6853.

versicherte mir Herr Balfour emphatisch, „that no sane person in England wishes to have a quarrel or a war with Germany[1]. A war with Germany would be an act of perfect lunacy." Ich erwiderte ihm höflich, auch in Deutschland wolle kein vernünftiger Mensch einen Krieg mit England. Im House of Commons kennte ich verschiedene, die die Ansicht verträten, daß ein Krieg mit Deutschland zu führen sei, ehe Deutschland so mächtig würde. Auf die Stimmen einzelner kriegerischer Admirale legte ich weniger Gewicht, denn es sei eine bekannte und in der Geschichte häufig wiederkehrende Erscheinung, daß die hohen Militärs die Nützlichkeit oder die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Gesichtspunkt beurteilten, ob sie sich in einem gegebenen Moment für die Stärkeren und besser Gerüsteten hielten, während die staatsmännischen Leiter von der Betrachtung ausgingen, ob der Krieg unvermeidlich sei, und ob im Falle des Krieges ein nützlicher Zweck damit erreicht werde. Den Krieg als Selbstzweck aufzufassen, gewissermaßen als ein Duell, um zu konstatieren, daß die eine Armee oder Flotte der anderen überlegen sei, ohne zwingenden Grund und nützlichen Zweck, habe für die Staatsleiter wenig Verlockendes.

Herr Balfour stimmte dem bei und fügte hinzu, daß auch die Heißsporne im Parlament, von denen ich spräche, einen Krieg mit Deutschland als folly bezeichnen würden, wenn sie sähen, daß es ernst damit würde. Im übrigen müsse er mir leider darin recht geben, daß die Stimmung in England noch recht bitter gegen uns sei[2].

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Then why let the quarrelsome tone of Press and literature go on?
[2] Da absolut von oben nichts geschieht um diese Stimmung zu heben!

Nr. 6856

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 132 Berlin, den 10. Juni 1905

Antwort auf Telegramm 116*.

Ew. Mitteilungen über verdächtige Haltung Englands werden unterstützt durch einen Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Paris vom 7. d. Mts.**. Ein Vertrauensmann des Herrn Rouvier hatte

---

* Laut Telegramm Nr. 116 Freiherrn von Sternburgs hatte sich Präsident Roosevelt diesem gegenüber sehr mißtrauisch über Englands anscheinend von Abneigung gegen Deutschland diktierte Politik geäußert.
** Siehe Nr. 6853.

in höherem Auftrage dem Geschäftsträger am selben Tage gesagt, „daß von englischer Seite hier (in Paris) in aller Form das Anerbieten einer Offensiv- und Defensivallianz mit antideutscher Spitze gemacht worden sei. Man habe aber bis jetzt in hiesigen leitenden Kreisen nicht den Entschluß fassen können, darauf einzugehen, weil der überwiegende Teil der französischen Regierung hoffe, doch noch zu einem befriedigenden Verhältnis zu Deutschland zu gelangen. Es sei aber nunmehr an der Zeit für Deutschland, sich in dieser Hinsicht zu entscheiden, da anderenfalls Frankreich doch gezwungen sein würde, engere Fühlung mit England zu suchen."

So lautet wörtlich die Meldung des Geschäftsträgers. Aus allerlei halbamtlichen Mitteilungen ersehen wir, daß die französische Regierung uns unter dem Namen „Interessensphäre" ein Stück Marokko geben möchte, während sie den größeren Teil des Reiches nehmen will. Wir waren frei, einen solchen Vorschlag anzunehmen oder nicht, bis zu dem Augenblick, wo der Sultan sich infolge unserer Anregung auf den Boden der Madrider Konferenz stellte. Wir können nicht unmittelbar hinterher uns mit Frankreich und vielleicht Spanien als Drittem in das marokkanische Reich teilen, müssen vielmehr, wenn es nötig wird, aus unabweisbaren Gründen der Loyalität für den Sultan eintreten, welcher unserem Rate gefolgt ist. Hier liegt also der seltene Fall vor, daß wir in Krieg verwickelt werden können, nicht weil wir zuviel haben wollen, sondern weil wir nichts haben wollen.

Wenn England, wie man nach dem Pariser Bericht und nach manchen anderen Anzeichen annehmen muß, sich mit dem Gedanken trägt, Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland zu unterstützen, so geschieht das natürlich nicht wegen der marokkanischen, sondern wegen der ostasiatischen Frage. Das wahrscheinliche Ergebnis eines französisch-englischen Krieges gegen Deutschland würde sein, daß Frankreich zu Lande den kürzeren zieht, daß aber die vereinigten Flotten von Frankreich und England die deutsche Flotte zugrunde richten. Alsdann würde in Ostasien Amerika allein stehen gegenüber der Gruppe England-Japan-Frankreich, wo Rußland vielleicht als Vierter hinzukäme.

Der Zusammenhang der marokkanischen mit der ostasiatischen Frage fällt in die Augen. Wenn es England und Frankreich zunächst in einem marokkanischen Kriege gelänge, Deutschlands Seemacht zu vernichten, dann wäre England der Erwerbung des Jangtsebeckens erheblich näher als heute, denn das isolierte Amerika würde die Aufteilung Chinas, bei welcher voraussichtlich auch für Rußland ein weites Gebiet abfallen würde, schwerlich hindern können. Viel leichter würde es für den Präsidenten Roosevelt sein, dieser gefährlichen Lage dadurch vorzubeugen, daß er entweder eine friedliche Lösung der marokkanischen Frage, also eine Konferenz, fördert, oder daß er, wenn ihm dies nicht paßt, England hindert, sich an einem durch die Aggressiv-

politik Frankreichs gegen Marokko hervorgerufenen deutsch-französischen Kriege zu beteiligen.

Auf die Gefahr der Bildung einer den Interessen von Deutschland und Amerika feindlichen Gruppe haben wir seit längerem hingewiesen. Ein marokkanischer Krieg würde diese Gruppierung fördern. Gleichfalls förderlich ist ihr der Umstand, daß Rußland unter den Friedensbedingungen die Zahlung einer Kriegsentschädigung und die Abtretung von Sachalin (weil russisches Gebiet) schwer annehmen wird. Diese beiden schwierigen Punkte wären sofort beseitigt, wenn nach der maritimen Lahmlegung Deutschlands eine Lage geschaffen wäre, welche es ermöglichte, Rußland und Japan durch chinesische Gebietsteile schadlos zu halten.

Ew. ersuche ich, das Vorstehende baldmöglichst mit dem Präsidenten zu besprechen.

Bülow

Nr. 6857

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 957 Berlin, den 11. Juni 1905
[abgegangen am 12. Juni]

Der englische Botschafter Sir Frank Lascelles suchte mich gestern vor seiner Abreise nach London auf, um die englisch-deutschen Beziehungen mit mir zu besprechen, die auch für ihn ein Gegenstand des Bedauerns und der Sorge sind. Meine Ausführungen gegenüber Sir Frank fasse ich wie folgt zusammen:

Bei dem gegenseitigen Mißtrauen zwischen Deutschland und England handelt es sich um ein großes Mißverständnis. Es gibt Engländer, die glauben, daß wir England angreifen, überfallen, unterminieren, schwächen wollen; es gibt Deutsche, die dasselbe von England annehmen. Bei uns halten überspannte alldeutsche Professoren gelegentlich törichte Reden, und pensionierte Offiziere schreiben alberne Artikel oder Romane à la Battle of Dorking; in England leisten frühere Admiräle und selbst noch im Amt befindliche Regierungspersonen ähnliches. Beides ist gleich unsinnig. Ein Unterschied waltet nur insofern ob, als die deutschen Narreteien mehr in die Vergangenheit, die englischen mehr in die Gegenwart fallen. Die ungeheure Mehrheit der verständigen Leute in Deutschland fürchtet den Krieg so wenig, wie ihn die Engländer fürchten, ist aber überzeugt, daß er für beide Teile kein Vorteil wäre, sondern daß infolgedessen sich Dritte den Weltmarkt erobern würden, ohne einen Schuß abzufeuern.

Es werden alarmierende oder für England unfreundliche Bemerkungen Seiner Majestät des Kaisers kolportiert. Die Engländer kennen Seine Majestät doch genügend, um zu wissen, daß er im Ernstfall als preußischer Offizier und Prinz nicht zurückweichen würde, aber auch nicht im Traum an irgendwelche Offensive gegen England denkt. Allerdings ist Seine Majestät durch die fortgesetzten Verdächtigungen der englischen Presse gegenüber unserer Politik und die zum Teil unqualifizierbaren Hetzereien verletzt und hier und da erregt. Ich verwies hierbei unter vielen anderen Beispielen auf die völlig dreist erlogene Behauptung, wir hätten uns in die Tibetangelegenheit einmischen wollen*. Erst neuerdings sei in einem von den englischen Konservativen herausgegebenen Flugblatt die Behauptung aufgestellt worden, wir hätten nach dem Zwischenfall von der Doggerbank unsere Flotte mobilisiert**. Diese Behauptung sei in ihrer Lügenhaftigkeit geradezu absurd. Bei diesem Anlaß erzählte ich streng vertraulich dem Botschafter, daß sich die Sache in Wirklichkeit gerade umgekehrt verhalte. Als wir nach dem Doggerzwischenfall von russischer nichtamtlicher, aber hoher Seite sondiert worden wären, hätten wir geantwortet, daß Rußland in keiner Weise auf unseren Beistand zählen könne. Eine weitere Lüge der „Times" sei, daß wir die Fortdauer des ostasiatischen Krieges wünschten, dessen Ausbruch wir seinerzeit beklagt haben. In Wahrheit bemühten wir uns, und nicht ohne Erfolg, um die Wiederherstellung des Friedens***.

Unsere Flotte diene nur defensiven Zwecken. Der Gedanke, daß wir die Absicht hätten, eine starke Flotte zu bauen, um die englische Marine niederzuzwingen, errege bei jedem seiner fünf Sinne mächtigen deutschen Seeoffizier wie Staatsmann Achselzucken. Schiffe müßten wir haben, da wir nicht wissen könnten, von wem, wo und von wie vielen wir angegriffen werden würden, und die Pflicht hätten, unsere Handelsemporien, unsere Seehäfen und unseren überseeischen Handel zu schützen. Alle anderen Länder, Amerika wie Italien, Frankreich und Rußland, bauten auch Schiffe.

In der Marokkoangelegenheit stünden wir auf vertragsmäßigem Boden. Die Engländer würden doch nicht im Ernst behaupten, daß wir ruhig zusehen müßten, wenn man ohne unser Zutun über unsere Rechte disponiere. Im vorliegenden Falle hätten wir ein Jahr gewartet und uns erst gerührt, als die Franzosen, ohne uns auch nur zu fragen, unseren Namen mißbraucht hätten, um die Einwilligung des Sultans von Marokko für ein Programm zu erlangen, welches aus Marokko ein zweites Tunis gemacht haben würde. Wir hätten in Marokko Handelsinteressen, die wir nicht ohne weiteres preisgeben

---

* Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXL, B, Nr. 6348 ff.
** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVI, Nr. 6159, S. 376, Fußnote *.
*** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXV und CXXXIX.

könnten. Dazu käme die Frage der Würde. Eine Großmacht wie Deutschland könne sich nicht als quantité négligeable und schlecht behandeln lassen, wie dies die Franzosen trotz unserer freundlichen und höflichen Haltung mit uns versucht hätten. Unsere Würde würden wir immer zu wahren wissen, und über unsere vertragsmäßigen Rechte dürfe nicht ohne uns disponiert werden. Als der beste Ausweg aus der Marokkoangelegenheit erscheine mir alles in allem die vom Sultan vorgeschlagene Konferenz. Sie würde auch am ehesten Reformen in Marokko ermöglichen. Käme es nicht zur Konferenz, so bliebe eben in Marokko alles beim alten. Beiläufig ließ ich einfließen, wir hörten nicht aus offizieller, aber sehr guter und ernster Quelle, daß die Engländer Delcassé eine Defensiv- und Offensivallianz gegen Deutschland angeboten hätten*. Die Art und Weise, wie ein großer Teil der englischen Presse die Franzosen gegen uns gehetzt hätte, gebe dieser Mitteilung einen gewissen Anschein von Wahrscheinlichkeit. Ich schloß mit der Bemerkung, wir sähen in fast allen Organen der englischen öffentlichen Meinung eine blinde Feindschaft gegen uns und hörten von allen Seiten, daß die englische Politik uns direkt unfreundlich sei. Ich stelle anheim, daß Euere Exzellenz in Ihren Unterredungen mit Sir Frank Lascelles in die gleiche Kerbe hauen.

Bülow

Nr. 6858

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 London, den 16. Juni 1905

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 170**.

Lord Lansdowne sagte mir heute, er habe drei Berichte Sir Frank Lascelles' erhalten über Unterredungen, die der Botschafter mit Seiner Majestät dem Kaiser, dem Reichskanzler und Baron von Holstein gehabt habe. Aus den von dem Botschafter übermittelten Bemerkungen Euerer Durchlaucht und Herrn von Holsteins seien hauptsächlich drei Punkte hervorzuheben:

1. Die Nachricht, daß England eine offensive und defensive Allianz an Frankreich angetragen habe, sei ihm, dem Minister, auch schon von anderer Seite zugekommen. Diese Nachricht sei vollkommen erfunden.

---

* Vgl. Nr. 6853.

** Nach Graf Metternichs Telegramm Nr. 170 wollten City-Kreise (Rothschild) erfahren haben, daß der französische Ministerpräsident Rouvier neuerdings die Situation wieder pessimistischer auffasse und deshalb bei der englischen Regierung sondiert habe, welche Haltung diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges einnehmen werde.

Da Lord Lansdowne das Allianzgerücht mit der größten Entschiedenheit und ohne Zweideutigkeit als aus der Luft gegriffen zurückwies, so erwiderte ich ihm, durch seine Versicherungen erscheine Punkt Nr. 1 als beseitigt, und ich würde meiner Regierung berichten, daß infolge seiner Aussprache nach meiner festen Überzeugung kein wahres Wort an der ganzen Geschichte sei.

Ich halte Lord Lansdowne für unfähig, mich mit seiner klaren Erklärung zu hintergehen*.

2. Die unfreundliche Haltung der englischen Presse gegen Deutschland. Auch ich hätte dieses Thema schon öfters bei ihm zur Sprache gebracht. Ich müsse aber wissen, daß die englische Regierung der Haltung der hiesigen Presse machtlos gegenüberstehe und für sie

---

* Zu dem kategorischen amtlichen Dementi Lord Lansdownes vgl. nun auch Asquith, Genesis of the War, p. 90 f., der auf Grund sorgfältiger Untersuchungen und Mitteilungen aus bester Quelle ebenfalls positiv bestreitet, daß „ein solches Angebot jemals vom britischen Auswärtigen Amt oder von seiten der britischen Regierung oder für die britische Regierung gemacht worden sei". Die Behauptungen Asquiths verlieren aber dadurch an Gewicht, daß er die entgegenstehenden Erklärungen der überlebenden Teilnehmer des französischen Ministerrats vom 6. Juni und Delcassés (vgl. unten) ignoriert. Der gleiche Einwand ist gegen die Darstellung G. P. Goochs in: The Cambridge History of British Foreign Policy 1785/1919 Vol. III (1923) p. 342 f., zu erheben, der auf Grund amtlicher Mitteilungen feststellt, was offiziell zwischen der englischen und der französischen Regierung vor dem entscheidenden französischen Ministerrat vom 6. Juni 1905 vor sich gegangen sei. In schroffstem Widerspruch damit stehen die offiziellen französischen Angaben, so vor allem die Darstellung R. Poincarés (Les Origines de la Guerre p. 79, 91), wonach Lord Lansdowne nicht nur bereits im April 1905 dem französischen Botschafter Cambon „une formule générale d'entente" angeboten habe, sondern Delcassé auch in der Lage gewesen sei, im Ministerrat vom 6. Juni seinen Kollegen die „proposition d'entente écrite que M. Paul Cambon lui a transmise quelques jours auparavant de la part de Lord Lansdowne" mitzuteilen. Noch präzisere Angaben über die englischen Angebote und Zusagen (Blockade der Elbmündung und Besetzung Schleswig-Holsteins mit 100 000 Mann) hat Delcassé selbst in den unzweifelhaft auf ihn zurückgehenden Enthüllungen im „Gaulois" (12. Juli) und im „Matin" (6.—13. Oktober) gemacht, wobei allerdings nicht klar wird, von wem er die Zusicherungen erhalten haben will, und wann sie erfolgt sind. Nach einem viel späteren Briefe Delcassés an den „Figaro" vom 20. März 1922, der von dieser Zeitung am 24. März 1922 veröffentlicht worden ist, wäre das englische Allianzangebot am 4. Juni in seine Hände gelangt: „Le 6 juin je n'avais que depuis quarante-huit heures l'offre anglaise de concours. Seuls, le président de la République et le président du Conseil en avaient été avisés par moi. On m'affirma que l'Allemagne le connaissait. Comment l'Allemagne le connaissait-elle? Et comment savait-on que l'Allemagne le connaissait?" Sofern diese Angabe Delcassés besagen will, daß Deutschland schon um die Stunde des Ministerrats vom 6. Juni von dem englischen Bündnisangebot Kenntnis gehabt habe, ist das nicht richtig; erst nach dem Sturz Delcassés hat im Auftrage des Besitzers des „Matin" Bunau-Varilla dessen Vertrauter de Cuverville dem deutschen Geschäftsträger von

nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er erinnerte an die Zeit der Venezuelaaffäre*, wo die gesamte hiesige Presse ihn auf das heftigste angegriffen und ihn zu stürzen versucht habe. Wenn er oder die englische Regierung den Einfluß auf die hiesige Presse hätten, den wir anzunehmen schienen, so würde sie damals in ihrem eigensten Interesse die Preßkampagne gewiß verhindert haben.

Ich erwiderte, Punkt Nr. 2 sei nicht so einfach abzufertigen wie Punkt Nr. 1. Die hiesige Presse vergifte nun schon seit Jahren durch Erfindungen und Schmieden von Motiven die öffentliche Meinung gegen Deutschland. Ich könne mir leider nicht verhehlen, daß dieses Werk große Fortschritte gemacht habe. Im Parlament und im Lande bestehe eine feindliche Stimmung gegen Deutschland. Mit aller Welt wolle man sich versöhnen, aber in Deutschland wolle man hier den Gegner erkennen. Ich sähe auch keinen Weg zur Besserung, solange nicht angesehene Männer in England öffentlich auf das Gefährliche dieses Treibens hinwiesen. Eine Erklärung für die feindselige Haltung der hiesigen Presse könne ich nicht finden. Ein vernünftiger Zweck sei nicht zu erkennen. Es sei aber nicht zu wundern, wenn man in Deutschland anfange, sich zu fragen, ob die englische Nation sich dazu entschlossen habe, in uns unter allen Umständen ihren Feind zu erblicken.

Lord Lansdowne erwiderte, das beste Mittel, um Mißverständnisse zwischen uns nicht aufkommen zu lassen, scheine ihm in einer freien Aussprache zu bestehen, wie er sie mir gegenüber soeben mit Bezug auf das Allianzgerücht geübt habe, und dadurch von neuem zu konstatieren, daß keine Divergenzpunkte zwischen uns bestünden.

Flotow mitgeteilt, daß von englischer Seite in Paris in aller Form das Anerbieten einer Offensiv- und Defensivallianz mit antideutscher Spitze gemacht worden sei. Vgl. Nr. 6853. Über den Ministerrat vom 6. Juni hat der Justizminister Chaumié Aufzeichnungen hinterlassen, wonach Delcassé dort erklärt hätte, daß England im Sinne gemeinsamen Vorgehens Eröffnungen gemacht hätte, und daß darüber Noten ausgetauscht seien. Ja, Delcassé soll den Text der letzten Note vorgelesen haben, aus der sich klipp und klar das englische Angebot zu gemeinsamer Aktion ergeben hätte. Vgl. „The Daily Telegraph" vom 20. März 1922. Bemerkenswert ist, daß auch die Verfasser des „Mémoire sur les responsabilités de la Guerre" Emile Bourgeois und Georges Pagès, die ungehinderten Zutritt zu den Archiven des französischen Außenministeriums gehabt und aus ihnen eine große Anzahl Schriftstücke mitgeteilt haben, Delcassés Behauptung von dem Vorliegen eines formellen englischen Angebots unterstreichen. Ob sich der klaffende Widerspruch zwischen den französischen und den englischen Angaben dadurch aus der Welt schaffen läßt, daß man annimmt, das Allianzangebot sei nicht von der englischen Regierung, sondern von König Eduard VII. persönlich ausgegangen (vgl. Nr. 6863), muß angesichts der ausdrücklichen Nennung Lord Lansdownes durch Poincaré dahingestellt bleiben. Auch Freiherr von Eckardstein glaubte positive Unterlagen für die Existenz eines englischen Bündnisangebots zu haben. Vgl. Nr. 6859.

* Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CXII.

Ich hätte ihm erwidern können, daß Vorgänge, die sich der Öffentlichkeit entziehen, auch auf sie keinen Einfluß haben.

3. Marokko. Er, Lord Lansdowne, sehe keinen Gegensatz zwischen der deutschen und englischen Marokkopolitik. Was wir verfolgten, die gleiche Behandlung aller, sei auch das Ziel der englischen Politik in Marokko und sei auch zugleich mit der Erhaltung des Status quo in dem Abkommen mit Frankreich ausgesprochen.

Unsere Befürchtung, daß Frankreich unter Ausschließung der Interessen anderer Mächte die Hand auf Marokko legen wolle, teile er nicht, und er sähe keine Anzeichen dafür. Dagegen schienen die Franzosen bereit zu sein, sich mit uns über Marokko zu verständigen.

Ich erwiderte, es sei ihnen die Hand hierzu geboten durch Beitritt zur Konferenz, und wiederholte dann von neuem die Gründe, weshalb ein unparteiischer Beobachter sowie auch die interessierte Geschäftswelt der nichtfranzösischen Nationen, die englische einbegriffen, zu der Überzeugung gelangen mußte, daß Frankreich in Marokko ein Monopol zu schaffen trachtete, wenigstens bis zu dem Augenblick, wo wir Einspruch erhoben hätten.

Darin gäbe ich ihm vollkommen recht, daß die englischen und deutschen Interessen in Marokko nicht kollidierten. Infolgedessen sei ich auch nie beauftragt gewesen, bei ihm über Marokko Beschwerde zu führen, sondern wir hielten uns erklärlicherweise allein an die Franzosen, welche dort allein in einer unsere Interessen gefährdenden Weise vorgingen. Ich könnte nicht beurteilen, und es sei seine und der englischen Regierung Sache, ob er die französische Regierung in ihrem Widerstande gegen die Beilegung des Streites zu unterstützen gedenke oder nicht.

Da mir bekannt ist, daß hier ziemlich allgemein angenommen wird, wir bezweckten mit unserer Marokkopolitik den Ruin der englisch-französischen Entente, und es mir bei dem jetzigen Stande der Marokkoangelegenheit nicht nützlich erscheint, wenn jener Glaube sich bei dem Minister festsetzt, da dann eine stärkere Gemeinsamkeit des englisch-französischen Handelns in der Marokkofrage erfolgen würde, so sagte ich dem Minister noch folgendes:

Ich wisse, daß man uns hier beargwöhne, als versuchten wir hier die Entente zu sprengen. Es sei dies ein grober Irrtum, denn abgesehen von allem anderen seien wir doch zu klug, um nicht einzusehen, daß jeder dahin zielende Versuch unsererseits die beiden Ententemächte nur um so näher aneinander bringen würde. Die Entente stände uns an und für sich nicht im geringsten im Wege. Dagegen gedächten wir nicht ruhig zuzusehen, wenn eine andere Macht über unseren Kopf hinweg sich anschickte, über unsere Rechte und Interessen in einem Lande zu verfügen, das ihr nicht gehöre. Unsere Gleichberechtigung in Marokko beruhte auf der Meistbegünstigungsklausel der Madrider Konvention. Unsere Interessen lägen im deutschen Handel.

Aus meiner heutigen Unterhaltung mit Lord Lansdowne ziehe ich wiederum den Schluß, daß, wie auch im Telegramm Nr. 169* gemeldet, die hiesige Regierung den Konflikt nicht zuschärft und keinenfalls in ihn verwickelt zu werden wünscht.

Metternich

Nr. 6859

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 185 London, den 27. Juni 1905

Freiherr von Eckardstein sagt mir, er wisse bestimmt und sei fest davon überzeugt, daß Delcassé mit dem englischen Anerbieten einer Offensiv- und Defensivallianz in der Tasche seinerzeit zu Rouvier gekommen, von diesem aber zurückgewiesen worden sei. Rouvier habe uns zuliebe Delcassé fallen lassen, er habe den Wunsch gehabt, nicht nur eine Verständigung zu erzielen, sondern auch eine weitgehende Entente mit uns abzuschließen und die deutsche Freundschaft an die Stelle der englischen zu setzen. Er sei bereit, die Konferenz anzunehmen, und wünsche nur, wie dies bei Konferenzen üblich, sich vorher über den Inhalt derselben mit uns zu verständigen. Hieran halte Rouvier fest, da er nach Betätigung seines guten Willens den Druck auf weiteres Nachgeben als eine willkürliche Demütigung Frankreichs empfinde. Freiherr von Eckardstein führte aus, wir hätten den Bogen zu straff angezogen, der günstige Moment zu einer Entente mit Frankreich wäre verpaßt, die Erbitterung über die Demütigung Frankreichs werde nach 30 Jahren noch nicht vergessen sein, und bei weiterer starrer Haltung unsererseits sei das Zustandekommen der englisch-französischen Allianz nur mehr eine Frage von einigen Tagen, vielleicht nur von Stunden. Er wisse bestimmt, daß die englische Regierung Rouvier innerhalb der letzten zehn Tage mitgeteilt habe, er könne unter allen Umständen auf ihren diplomatischen Beistand zählen**,

* Siehe Kap. CXLVIII, Nr. 6712. Metternich hatte sich dort geäußert, er habe nicht den Eindruck, daß die englische Regierung die Franzosen in ihrem Widerstand gegen Deutschland zu bestärken wünsche. Im Gegenteil glaube er, daß die englischen leitenden Kreise am liebsten eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sehen würden, die es der englischen Politik erlauben würde, auch wieder näher an Deutschland heranzurücken, immer vorausgesetzt, daß dabei die englisch-französische Entente nicht leide.

** Nach einer Mitteilung des Deputierten Jean Dupuy an Fürst Radolin vom 26. Juni (vgl. Kap. CXLVIII, Nr. 6741) hätte England auch alles aufgeboten, um Frankreich in seinem Widerstreben gegen den Konferenzgedanken zu bestärken. „England arbeitet mit allen Mitteln und mit wahrer Wut, um es — die Annahme der Konferenz — zu verhindern und Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erzeugen."

wolle er aber eine Allianz mit England eingehen, so trete im Notfalle auch die englische Flotte für die französische Politik ein.

Freiherr von Eckardstein fügte hinzu, die englische Regierung suche Herrn Rouvier mit allen Mitteln zur Annahme der Allianz zu bewegen. Sie tue dies nur ungern, da sie einen Krieg zu vermeiden wünsche. Sie sehe aber ein, daß Frankreich sich in der Zwangslage befinde, zwischen England oder Deutschland wählen zu müssen, und sie würde selbst vor einer Allianz und eventuell vor einem Krieg mit uns nicht zurückschrecken, um die Entente mit Frankreich nicht zu verlieren. Freiherr von Eckardstein sagt, Armand Lévy* wisse von Herrn Rouvier selbst, daß der englische Allianzantrag vorliege und augenblicklich besonders kräftig betrieben werde. Herr Rouvier schwanke, werde aber bei fernerer unversöhnlicher Haltung Deutschlands die Allianz mit England eingehen.

Die letzte telegraphische Nachricht Rouviers an den augenblicklich sich hier aufhaltenden Armand Lévy sei von gestern abend und laute mit Bezug auf Marokko: impressions meilleures.

Den Lévy-Eckardsteinschen Ausführungen steht das Dementi Lord Lansdownes vom 16. d. Mts. gegenüber, welches ich im Telegramm Nr. 173** gemeldet habe.

Über den inneren Wert der Lévyschen Äußerungen kann ich mir kein Urteil anmaßen, da ich über den Gang der deutsch-französischen Verhandlungen in Unkenntnis bin.

Metternich

Nr. 6860

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 187 London, den 28. Juni 1905

Ich habe Lord Lansdowne heute unsere mir mit Erlaß Nr. 1098 vom 26. d. Mts. zugegangene Antwort an die französische Regierung*** in der Marokkofrage übergeben, das französische Exposé † dagegen nicht, da er es kennt. Ich habe dazu bemerkt, daß den übrigen Signatarmächten eine gleiche Mitteilung gemacht werde.

---

* Vertrauter Rouviers.

** Siehe Nr. 6858.

*** Vom 24. Juni. Siehe den Text im deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko" Nr. 21. Vgl. Kap. CXLVIII, Nr. 6734 ff.

† Vom 21. Juni. Siehe den Text in dem deutschen Weißbuch „Aktenstücke über Marokko", Nr. 20.

Der Minister dankte mir und bemerkte, Herr Cambon habe ihm soeben einen kurzen Auszug unserer Antwort mitgeteilt und einen günstigen Eindruck von derselben erhalten.

Auf Befragen erklärte ich dem Minister, der sich erst eine Übersetzung anfertigen lassen muß, daß wir nach wie vor an dem Konferenzgedanken festhielten und nicht glaubten, vorher ein detailliertes Programm entwerfen oder vereinbaren zu können, da dies in die Stellung der anderen Signatarmächte eingreifen und die Konferenz selbst illusorisch machen würde. Dagegen erkennten wir vollkommen das besondere Interesse Frankreichs auf Sicherung seiner algerischen Grenze an. Das Konferenzprogramm liege in der Einladung des Sultans und bestehe darin, geeignete Reformen anzunehmen und die Mittel zu ihrer Durchführung zu beschaffen.

Lord Lansdowne meinte, da Deutschland und Frankreich die Litiganten seien, so sei es naheliegend, wenn beide Teile sich in allgemeinen Zügen über ein Programm vorher verständigen würden.

Ich ließ diesen Punkt unerörtert und bemerkte, ich wünschte nur noch eine Privatsache mit ihm zu besprechen und ich gäbe ihm vorher die Versicherung, daß ich weder von Berlin dazu beauftragt worden sei, noch daß die Nachricht, die ich berühren wolle, aus Berlin komme. Sie stamme vielmehr aus Paris, und ich würde sie ihm gegenüber nach den Versicherungen, die er mir kürzlich erteilt habe*, überhaupt nicht erwähnen, wenn sie nicht aus solchen französischen Kreisen herrührte, denen ich Beachtung schenken müsse. Es sei mir nämlich auf das bestimmteste versichert worden, daß innerhalb der letzten vierzehn Tage die englische Regierung der französischen nicht nur die diplomatische Unterstützung, sondern, falls Frankreich auf ein Bündnis mit England eingehe, auch den Beistand der englischen Flotte versprochen habe**.

Lord Lansdowne erwiderte, ich wisse, daß die diplomatische Unterstützung innerhalb der Grenzen des englisch-französischen Abkommens der französischen Regierung zugesichert sei. Dies habe zur natürlichen Folge, daß die Frage, welche das Abkommen beträfe, zwischen den beiden Regierungen in freundschaftlicher Weise besprochen und die geeigneten Mittel und Wege erörtert würden, um die einzelnen Punkte des Abkommens ungeschädigt zu erhalten. Die Frage einer Allianz mit Frankreich dagegen sei niemals weder im englischen Ministerrat besprochen worden, noch sei jemals eine englische Allianz der französischen Regierung angetragen worden, weder in der letzten Zeit noch früher. Allerdings wolle er mir nicht verschweigen, daß in dem Falle, den er aber für gänzlich ausgeschlossen halte, wo Deutschland light-heartedly einen Krieg gegen Frankreich vom Zaun bräche, es nicht vorauszusehen sei, wie weit die öffentliche Meinung in England die Regierung zur Unterstützung Frankreichs treiben würde.

* Vgl. Nr. 6858.
** Vgl. Nr. 6859.

Ich erwiderte, wie er wissen müßte, liege uns nichts ferner als der Wunsch de chercher querelle à la France, wir seien aber von vornherein, als wir durch das Verhalten Frankreichs zu unserer jetzigen Haltung bezüglich Marokkos gezwungen worden seien, fest entschlossen gewesen und hielten auch ferner an dem Entschluß fest, unsere Rechte mit allem Nachdruck und unter allen Umständen zu wahren. Metternich

Nr. 6861

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 165 Berlin, den 30. Juni 1905

Die englische Presse sucht jetzt nach Erschöpfung anderer Mittel eine deutsch-französische Verständigung dadurch zu hintertreiben, daß sie behauptet, der in der deutschen Antwortnote* vertretene Standpunkt sei geeignet, die vertragsrechtliche Gültigkeit des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 in Frage zu stellen. Man hofft so auf das Rechtsgefühl des Herrn Rouvier zu wirken.

Euere pp. wollen an allen geeigneten Stellen — bei Herrn Rouvier und in der Presse — dieser Auffassung energisch entgegentreten. Das englisch-französische Abkommen stellt sich dar als eine Desinteressierung Englands hinsichtlich Marokkos. Diesen Akt der englischen Regierung kann niemand anfechten. Andererseits ist es aber nach der eigenen Erklärung der englischen Regierung ausgeschlossen, daß diese beabsichtigt habe, über die Rechte der übrigen Unterzeichner der Madrider Konferenzakte zu verfügen. Wenn letztere jetzt beanspruchen, ihre Rechte wahrzunehmen, so hat das mit der englisch-französischen Aktion nichts zu tun. Bülow

Nr. 6862

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 1246 Berlin, den 14. Juli 1905
[abgegangen am 15. Juli]

Ew. erhalten in der Anlage den Wortlaut der Äußerungen des Herrn Delcassé über Marokko**. Danach hat er im Ministerrate erklärt,

* Vgl. Nr. 6860, Fußnote ***.

** Es handelt sich um ein in dem „Gaulois" vom 12. Juli veröffentlichtes Interview Delcassés mit Enthüllungen über den entscheidenden französischen

daß er mit Sicherheit für den Kriegsfall auf englische Unterstützung rechne. Er hat auch dem Ministerrat den Entwurf eines englischen Bündnisses entwickelt.

In der deutschen Presse, namentlich auch in den mehr zu England neigenden liberalen Blättern, wie z. B. die „Vossische Zeitung", wird es sehr bemerkt, daß in England Regierung, Parlament und Presse schweigen.

Mühlberg

Nr. 6863

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 1270 Berlin, den 18. Juli 1905
Geheim

Nach Bestimmung des Herrn Reichskanzlers beehre ich mich, Ew. einen Brief des Kaiserlichen Gesandten im Haag* vom 12. d. Mts. zu Ihrer streng vertraulichen Orientierung ergebenst zu übersenden. Es ergibt sich daraus, daß die Königin von Holland glaubt, und daß die niederländischen Vertreter in London und Paris berichtet haben, König Eduard hetze zum Kriege gegen Deutschland und habe noch in den letzten acht Tagen seinem Ärger über Rouvier und die deutsch-französische Verständigung offen Ausdruck gegeben.

Diese Mitteilung löst vielleicht den scheinbaren Widerspruch zwischen der kategorischen Versicherung von Lord Lansdowne, daß die englische Regierung den Franzosen niemals ein Bündnis angeboten habe, und der öffentlichen Erklärung des Herrn Delcassé, daß er für den Kriegsfall der englischen Unterstützung sicher gewesen sei. Der König mag sich gegenüber dem auswärtigen französischen Minister in einer Weise geäußert haben, welche dieser, allerdings in voller Nichtberücksichtigung englischer Verhältnisse, als eine vollgültige Zusicherung englischer Unterstützung betrachtete.

Mühlberg

Ministerrat vom 6. Juni. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1905, S. 217 f.

* Der Brief das Gesandten von Schlözer vom 12. Juli beruht auf Mitteilungen, die ihm der Großherzog von Oldenburg über Äußerungen der Königin von Holland und des Hofmarschalls van Weede gemacht hat.

Nr. 6864

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 878 London, den 19. Juli 1905

Nachdem ich heute mit Lord Lansdowne auf dessen Initiative die Marokkokonferenz besprochen hatte, bemerkte ich im Anschluß hieran, als das interessanteste politische Faktum der letzten Woche erscheine mir das „Gaulois"-Interview des Herrn Delcassé*, worin er unverblümt ausspreche, daß seine ganze Politik gegen Deutschland gerichtet gewesen und daß er der Unterstützung Englands in einem deutsch-französischen Kriege, also des Bündnisses mit England, gewiß gewesen sei.

Der Minister bemerkte, die angebliche Bündnisfrage zwischen Frankreich und England sei ja schon Gegenstand einer privaten Besprechung zwischen ihm und mir gewesen**. Es sei ihm für den Augenblick nicht erinnerlich, ob Herr Delcassé in dem angeblichen „Gaulois"-Interview von einem Bündnisantrage seitens Englands gesprochen haben solle. — Zugleich machte sich der Minister eine Notiz auf dem Papier, um sich den „Gaulois"-Artikel wieder anzusehen und, wie mir schien, mit der Absicht, bei unserer nächsten Begegnung darauf zurückzukommen. — Ich erwiderte, die Bündnisfrage sei zwischen ihm und mir durch seine Erklärungen erledigt, nicht aber für das große Publikum, und ich hätte bis jetzt nicht bemerkt, daß irgendwo englischerseits ein Dementi erfolgt sei.

Aus dritter Hand wird mir mitgeteilt, der Kolonialminister Lyttelton habe einem seiner Freunde gesagt, England sei bereit gewesen und sei noch bereit, ein Bündnis mit Frankreich abzuschließen, wenn die Franzosen dies wünschten. Lord Lansdowne sagte mir kürzlich, wie ich seinerzeit gemeldet habe, er wolle mir nicht verschweigen, daß im Falle eines deutschen Angriffskrieges gegen Frankreich, den er aber keineswegs für möglich halte, es allerdings unberechenbar sei, inwieweit die öffentliche Meinung in England Nation und Regierung zur Unterstützung Frankreichs mitreißen würde***. Sir Frank Lascelles, mit dem ich kürzlich und mehrfach Besprechungen über die deutsch-englischen Beziehungen hatte, und der nach meiner Überzeugung ehrlich gute Beziehungen wünscht, gestand mir offen ein, daß in einem deutsch-französischen Kriege bei der hier vorherrschenden Stimmung England aktiv auf der französischen Seite sein würde.

---

* Nr. 6862, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 6858.
*** Vgl. Nr. 6860.

Ich glaube allerdings trotz abweichender Stimmen den bündigen Versicherungen Lord Lansdownes, daß kein englischer Bündnisantrag vorliegt. Auch bin ich der Überzeugung, daß die englische Regierung nicht auf einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hinarbeitet oder ihn wünscht. Gleichzeitig bin ich aber auch der Überzeugung, daß, wenn jetzt ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland losbricht, die englische Flotte auf Seite der französischen sein wird. Wer anfängt, kommt hierbei nicht in Betracht, da die Sache hier in der Presse unter allen Umständen so gedreht werden würde, daß uns die Schuld für den Angriff zugeschoben wird.

Eine deutsch-französisch-englische Kriegsgefahr dürfte am zweckmäßigsten möglichst wenig in unserer Presse besprochen werden. Falls dies aber doch geschieht, so sollte nicht wie bisher die Vernichtung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte durch England als etwas zu Erwartendes hingestellt, sondern es sollte auch einmal darauf hingewiesen werden, daß, wie die Seeschlacht von Tschusima zeige, nicht immer die größere Anzahl der Schiffe, sondern auch die tüchtigere Führung den Ausschlag geben kann. Bei unseren geschützten Häfen, an die niemand von der Landseite, wie in Port Arthur, so leicht herankommen kann, würde die Vernichtung unserer Flotte auch durch einen stark überlegenen Gegner keineswegs sicher sein.

P. Metternich

Nr. 6865

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 128 Berlin, den 20. Juli 1905

Der Kaiserliche Botschafter in Washington erzählte hier gestern, daß nach Ansicht des Präsidenten Roosevelt König Eduard persönlich bei der antideutschen Agitation beteiligt sei. Als vor ein paar Monaten Sir Mortimer Durand auf Wunsch des Präsidenten nach England kam, um dort im Auftrage von Roosevelt den Gedanken einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen anzuregen, erhielt er sowohl von Lord Lansdowne wie auch vom König die Ew. pp. bereits bekannte ablehnende Antwort, daß eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen gar nicht gewünscht werde. Der König hat dabei noch einen unverbindlichen Zusatz gemacht, entweder daß England seine eigenen Angelegenheiten allein besorge, oder daß der Präsident sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern möge*.

* Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXIX, Nr. 6300.

Baron Sternburg kam auch darauf zurück, daß der verstorbene Staatssekretär Hay* nach seinem Empfang durch den König und auf dessen Wunsch ein Telegramm an den Präsidenten Roosevelt richtete, wo er dringend riet, die englische Marokkopolitik gegen Deutschland zu unterstützen. Nicht zufrieden damit kam Hay nach seiner Rückkehr trotz seines schweren Leidens noch wenige Tage vor seinem Tode in das glühendheiße Washington, um dem Präsidenten vorzustellen, daß es nicht wohlgetan sei, den Rat eines so hervorragenden Politikers wie König Eduard in den Wind zu schlagen. Der Präsident war jedoch anderer Ansicht und sprach sich in Paris für Annahme der Konferenz aus.

Baron Sternburg berichtete ferner, daß der Präsident dem Botschafter Whitelaw Reid aufgetragen habe, stets in Fühlung mit Ew. pp. zu bleiben. Auch der deutschfreundliche Passus in der Tischrede des Botschafters am 4. Juli beruhe auf Instruktion.

Mühlberg

Nr. 6866

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept

Ganz vertraulich Norderney, den 22. Juli 1905

Herzlichsten Dank für Ihre beiden ausführlichen und sehr wichtigen Privatbriefe vom 5. und 12. d. Mts.**.

---

* † 1. Juli 1905. Er hatte im Juni 1905 in England geweilt; vgl. Kap. CXLVIII, Nr. 6713.

** Von den beiden Privatbriefen Metternichs vom 5. und 12. Juli befindet sich bloß der erstere bei den Akten; in bezug auf den letzteren läßt sich lediglich aus einer Aktennotiz feststellen, daß nach seinem Inhalt König Eduard von England das Vertrauen zu Kaiser Wilhelm II., verletzt durch die deutsche Marokkopolitik, verloren haben sollte. Metternichs Brief vom 5. Juli betraf die Person des englischen Militärattachés Oberstleutnant Graf Gleichen, der auf Weisung von London aus sich auch bei den englischen Vertretungen in München, Dresden und Stuttgart als Militärattaché hatte einführen lassen, ohne daß die Zustimmung Kaiser Wilhelms II. eingeholt war. Es war darüber, nachdem Graf Gleichen schon früher zu Zwischenfällen Veranlassung gegeben hatte (vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXI, Nr. 6043, S. 204, Fußnote), zu einer scharfen Mißstimmung zwischen dem deutschen Kaiser und dem englischen Könige, der die Verantwortung für den neuen Zwischenfall ganz auf sich nahm, gekommen, so daß Eduard VII. gegenüber Graf Metternich am 29. Juni drohte, den Posten des Militärattachés in Berlin in Zukunft unbesetzt zu lassen.

Am meisten interessiert hat mich natürlich, was Sie zur Beurteilung der Gesinnung Seiner Majestät des Königs uns gegenüber mitteilen. Ich gebe sonst sehr viel auf das ruhige und erfahrene Urteil des Grafen Seckendorff*. Ich habe auch bisher, wie Sie wissen, der von ihm und auch von Ihnen vertretenen Auffassung zugestimmt, daß König Eduard im Grunde doch bessere Beziehungen zwischen Deutschland und England wünsche und darauf hinarbeite. Ich muß aber doch gestehen, daß in letzter Zeit vieles zusammenkommt, was mich einigermaßen stutzig macht. Sie selbst erwähnen die Mitteilung der Großherzogin-Witwe von Mecklenburg-Strelitz, daß der König seit unserer Marokkopolitik das Vertrauen zu unserem allergnädigsten Herrn verloren habe. In derselben Richtung geht ein Brief Schlözers, von welchem Sie Abschrift erhalten haben**. Ebenso erzählt Sternburg auf Grund einer Mitteilung des Präsidenten Roosevelt: der König habe auf den todkranken Staatssekretär Hay auf das lebhafteste eingeredet, damit er Roosevelt von Deutschland abziehe***.

Es wäre nützlich gewesen, wenn Seckendorff Ihre völlig zutreffende Darlegung über unsere Gravamina gegenüber England dort weitergegeben hätte. Daß unsere Marokkopolitik nicht gegen den französisch-englischen Vertrag und überhaupt nicht gegen England gerichtet ist, haben Sie mit vollem Recht betont. Unsere Absichten waren und sind noch heute so wenig englandfeindliche, daß wir bei Einleitung unserer Aktion in Marokko und noch eine geraume Weile nachher auf Grund der Erklärung, die Ihnen Lord Lansdowne im Sommer v. Js. gegeben hatte, von der Hoffnung ausgingen, England würde in dieser Frage, wo es sich nur um Offene Tür und wirtschaftliche Gleichberechtigung handelte, wenn nicht auf unserer Seite, so doch mindestens neutral stehen.

Die Nachricht von einem row zwischen Fürst Radolin und seinem englischen Kollegen beruht in der an Sie herangetretenen Version auf einer Entstellung. Sir Francis Bertie hat es für passend gefunden, auf einer Soirée beim Prinzen Murat in Anwesenheit des Kronprinzen von Griechenland Radolin ganz unvermittelt und in gereiztem Tone Vorhaltungen über die „Sinnlosigkeit" unserer Bemühungen für eine Marokkokonferenz zu machen. Radolin hat diese ungewöhnlich taktlose Erklärung vornehm übersehen und ist sogar auf dem wenige Tage darauf stattfindenden offiziellen Empfang des englischen Botschafters erschienen, wenn auch begreiflicherweise in kühler Haltung.

---

* Graf Seckendorff, ehemals Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich und ein persönlicher Freund König Eduards, hatte wiederholt die Eindrücke, die er bei seinen Besuchen am englischen Königshofe sammelte, teils direkt, teils durch das Medium Graf Metternichs an Fürst Bülow gelangen lassen. Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6214 und 6217.

** Vgl. Nr. 6863 nebst Fußnote.

*** Vgl. Nr. 6865.

Den Rat des Grafen Seckendorff, daß wir die Angelegenheit des Grafen Gleichen für die nächste Zukunft unberührt lassen sollten, wollen wir nach Möglichkeit beherzigen und deshalb auf die Frage der Abberufung des hiesigen englischen Militärattachés für jetzt nicht weiter zurückkommen. Ganz auf sich beruhen lassen werden wir die Sache aber auf die Dauer nicht können, weil es sich dabei, wie Sie mit Recht Sir Frank und Lord Lansdowne gegenüber betont haben, nicht sowohl um die Person des Grafen Gleichen als vielmehr um eine sehr wichtige Prinzipienfrage handelt. Unser prinzipieller Standpunkt muß gewahrt bleiben, nämlich daß die Einheit der deutschen Armee nach außen hin die Ernennung von fremden Militärattachés bei den einzelstaatlichen Regierungen ausschließt, und daß die Sonderstellung, welche Bayern sowie in geringem Maße auch Sachsen und Württemberg für einzelne militärische Angelegenheiten eingeräumt ist, lediglich ein deutsches Internum bildet, welches das Ausland nichts angeht. Das Nähere über diese reichs-staatsrechtliche Seite der Sache ersehen Sie aus dem anliegenden Rechtsgutachten, welches im Jahre 1896 aus Anlaß eines Spezialfalles mit einer anderen Großmacht in Berlin ausgearbeitet wurde*. Seine Majestät der Kaiser hat sich damals, es handelte sich um einen russischen Militärattaché, auf das allerentschiedenste gegen die Zulassung von fremden Militärattachés bei den Bundesstaaten ausgesprochen. Das Rechtsgutachten weist nach, daß ein Militärattaché bei einer fremden Mission in München an die der Tätigkeit dieser Mission gezogenen Schranken gebunden wäre und folglich sich nur mit den wenigen Besonderheiten des bayerischen Heerwesens würde befassen dürfen, in denen Bayern nicht gehalten ist, sich wie sonst überall auf dem Gebiete des Heerwesens nach dem preußischen Vorbilde zu richten. Ganz im Einklang hiermit hat Seine Majestät der König von Sachsen nach einem hier eingegangenen Berichte des Königlichen Gesandten in Dresden der englischen Regierung auf die Anmeldung des Grafen Gleichen als großbritannischen Militärattachés für Sachsen erwidern lassen: Es würde ihn jederzeit freuen, den Grafen als Privatmann an seinem Hofe zu sehen, in amtlicher Eigenschaft, als Militärattaché, könne er ihn aber nicht empfangen, da es nach den bestehenden Bündnisverträgen fremde Militärattachés in Dresden nicht geben könne, die Annahme von solchen vielmehr Berlin vorbehalten sei.

Noch aus einem anderen Gesichtspunkte haben wir guten Grund, uns über das in dieser Angelegenheit von englischer Seite eingeschlagene Verfahren zu beklagen. Wir haben bekanntlich schon früher den Wunsch ausgedrückt, daß die englische Regierung in allen Fällen von irgendwelchen beabsichtigten Veränderungen in ihren Vertretungen bei den deutschen Höfen die Ansicht der Kaiserlichen Re-

* Hier nicht abgedruckt.

gierung darüber zuvor vertraulich einholen möchte. Dies ist uns im Jahre 1890 von Lord Salisbury ausdrücklich zugesagt worden. Nachdem wir aber in der Folge mehrfach zu beobachten hatten, daß diese Zusage auf englischer Seite in Vergessenheit zu geraten schien, müssen wir jetzt um so mehr daran erinnern und auf ihrer Beobachtung bestehen.

Trotzdem sonach der englische Standpunkt rechtlich nicht zu halten ist, will ich doch, nachdem Seine Majestät König Eduard für den Grafen Gleichen in so nobler Weise eingetreten ist und die Verantwortung für die Bestallung des Grafen als Militärattaché bei den drei Königreichen auf sich selbst genommen hat, aus Deferenz für die Person Seiner Majestät des Königs von einem Antrage auf Rücknahme jener Ernennung einstweilen absehen. Wir müssen aber um so mehr darauf bestehen, daß, sobald Graf Gleichen hier einen Nachfolger erhält, dieser nicht wieder als Attaché bei deutschen Einzelstaaten bestellt wird. Auch bleibt es nach wie vor für uns dringend erwünscht, daß der Graf von einer Wahrnehmung von Militärattachéfunktionen in Bayern und Württemberg absieht. Dieser Wunsch rechtfertigt sich übrigens, abgesehen von allem anderen, schon dadurch, daß eine Bloßstellung Seiner Majestät des Königs von Sachsen, wie zum Dank für höchstdessen oben erwähntes korrektes Verhalten, unter allen Umständen vermieden werden muß.

Das Vorstehende ist vorerst nur zu Ihrer Orientierung bestimmt. Unter den obwaltenden Umständen muß ich es lediglich Ihrem Ermessen überlassen, wann und wem gegenüber Sie dort von den darin enthaltenen Einzelheiten mit der nötigen Vorsicht Gebrauch machen können, ohne die Stimmung gegen uns noch mehr zu verschlechtern.

Was die Frage einer Würdigung des verstorbenen John Hay durch mich in der „North American Review“ angeht, so hat sich Sternburg gegen die Veröffentlichung eines solchen Artikels ausgesprochen. Sein in mancher Hinsicht interessantes Votum füge ich abschriftlich in der Anlage bei. Unter diesen Umständen kann ich in diesem Spezialfalle den Wunsch der Herren Leveson-Gower und Harvey nicht wohl erfüllen, bin aber sehr damit einverstanden, daß Sie beide kultivieren und weiter in guter Stimmung für uns erhalten.

Seit vorgestern weilt Seckendorff hier. Obwohl er Ihnen seine Reiseeindrücke schon mitgeteilt hat, fasse ich dieselben noch einmal ganz kurz wie folgt zusammen:

1. In Frankreich herrscht Angst vor uns, niemand will dort den Krieg gegen uns, auch Delcassé trieb nur Bluffpolitik, aber allerdings in sehr unvorsichtiger und ungeschickter Weise. Sein Abgang wird in Frankreich von niemand bedauert.

2. Die Avancen der Engländer und namentlich Seiner Majestät des Königs Eduard schmeichelten den Franzosen und namentlich dem

eitlen, aus kleinen Verhältnissen emporgestiegenen Delcassé. Seckendorff bestreitet, daß der König die Franzosen gegen uns aufgehetzt habe. Ich muß zu meinem Bedauern hinzufügen, daß viele Franzosen uns das Umgekehrte versichern. Seckendorff glaubt nicht, daß die Franzosen sich auf ein wirkliches Bündnis mit England einlassen würden. Das Mißtrauen gegen „la perfide Albion" sei doch tief gewurzelt und neu befestigt durch die Hetzereien der englischen Presse, „qui sont trop cousues de fil blanc". Auch dächten nicht nur die französischen Politiker, sondern vielleicht noch mehr die Masse des französischen Volks, daß die Engländer den Franzosen zu Lande, worauf es für Frankreich im letzten Ende allein ankomme, gar nichts nützen könnten. Die Franzosen hätten kein Vertrauen zu ihrer eigenen Armee, namentlich nicht zu ihren Generälen.

3. Bertie und sein Personal sind sehr antideutsch.

4. Die Pariser Haute Finance ist überzeugt, daß Rußland auch auf sehr harte japanische Friedensbedingungen und namentlich auf eine sehr hohe Indemnität eingehen wird*. Die entgegenstehenden Behauptungen russischer Blätter und Diplomaten wären Redensarten. Die Pariser Finanzkreise rechnen mit einer russischen Indemnität von vier bis fünf Milliarden und sind bereit, sie Rußland zu leihen. Den Krieg könne Rußland nicht fortsetzen, weil seine innere Lage es nicht gestatte und das Volk und jetzt auch der Zar kriegsmüde wären. Aber Rußland besitze so große innere Hülfsquellen, daß die internationale Finanz ihm immer wieder Geld vorstrecken würde.

5. Seckendorff glaubt nicht, daß die in England maßgebenden politischen Faktoren uns überfallen wollen. Er glaubt auch nicht, daß diese uns für so wahnwitzig halten, um uns Angriffsabsichten gegen England ernstlich zuzutrauen. In Marinekreisen schiene der Gedanke eines prophylaktischen Krieges gegen Deutschland mehr Anhänger zu haben. Im übrigen möge man uns nicht und sei neidisch auf uns. Mit Geduld, Ruhe und „good manners" würden sich die Verhältnisse, wenn auch langsam, wieder bessern können.

6. Wie schon erwähnt, ist Seckendorff der Ansicht, daß Seine Majestät der König Eduard nicht unser Feind sei. His Majesty werde nur von seiner uns fast durchweg feindlichen Umgebung aufgehetzt, die ihm einrede, daß sein hoher Neffe „unberechenbar" sei und alle möglichen „coups de tête" von Seiner Majestät zu erwarten wären.

7. Feindlich sind uns besonders Prinzeß Viktoria (Tochter des Königs), die Herzogin von Connaught, Prinzeß Louis Battenberg. — Albert von Holstein** und seine Eltern klatschen nach beiden Seiten. Richtig ist, daß der indiskrete und taktlose junge Prinz Seine Majestät,

* Vgl. darüber Bd. XIX, Kap. CXXXVII und CXXXIX.

** Prinz Albert von Holstein, geb. 1869, stand als Kommandeur der Leibeskadron des Leibgardehusarenregiments in Potsdam in naher Beziehung zum Kaiser.

allerhöchstwelchen seine Späße unterhalten, gegen die Royal family aufhetzt.

8. Seckendorff frug mehrfach, ob die „Times" sich nicht gewinnen lasse. Chirol könne Holstein den schroffen Bruch von 1896 nicht verzeihen. Walter fühle sich durch Eckardstein beleidigt. Glauben Sie, daß Sie mit Ihrem Takt in dieser Richtung etwas machen können?

9. His Majesty deutete Seckendorff an, daß Gleichen im Winter, vielleicht schon im Herbst abberufen werden würde. Es dürfe aber nicht so aussehen, als ob His Majesty dazu gezwungen worden wäre. Es scheint, daß His Majesty schon einen Nachfolger für Gleichen in petto hat.

10. Seckendorff kam immer wieder darauf zurück, daß das Streben des Königs nach wie vor darauf gerichtet sei, auch mit Rußland zu einem Agreement zu kommen.

Bülow

P. S. Norderney, den 24. Juli 1905

Besten Dank für Ihren soeben erhaltenen Brief vom 22. d. Mts.*. Die Ihnen durch Grierson** gewordene Mitteilung über Gleichen stimmt mit den Eindrücken von Seckendorff. Daß die Engländer bei einem deutsch-französischen Kriege mit den Franzosen gehen würden, bezweifelt Seckendorff noch immer. Ich neige aber mehr zu Ihrer Ansicht, daß ein bewaffnetes Eintreten der Engländer für Frankreich in diesem Falle mehr wie wahrscheinlich ist. Dagegen stimmen alle unsere Ansichten*** aus Paris darin überein, daß die Stimmung der breiten Schichten in Frankreich und auch der meisten Politiker gegenüber England nach wie vor eine mißtrauische ist, und daß dort geringe Neigung besteht, sich auf einen Krieg einzulassen, bei dem Frankreich nach menschlicher Voraussicht am schlimmsten fahren würde.

B.

Nr. 6867

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Abschrift

London, den 22. Juli 1905

Der Militärattaché Graf von der Schulenburg teilt mir mit, daß General Grierson, der frühere englische Militärattaché in Berlin, ihm

---

* Siehe das folgende Schriftstück.

** General Grierson, früherer englischer Militärattaché in Berlin.

*** Wohl verschrieben für „Nachrichten".

gesagt habe, Graf Gleichen solle bei sich darbietender Gelegenheit und unter Avancement einen anderen Posten erhalten. Es könne noch einige Zeit bis zur Versetzung des Grafen Gleichen vergehen. Zum Nachfolger für Berlin sei der Seiner Majestät dem Kaiser persönlich aus Gibraltar bekannte Oberst Trench ausersehen, der augenblicklich bei unseren Truppen in Südwestafrika weilt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß König Eduard augenblicklich hochgradig gegen uns und leider besonders auch gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers erregt ist. Ich möchte auch annehmen, daß er mit Delcassé mancherlei besprochen hat, was seine Minister nicht wissen. Nichts wird ihn so geärgert haben wie unsere Marokkopolitik, die die große Tat de son règne, das Abkommen mit Frankreich, ignoriert. Als es einen Augenblick so aussah, als ob Herr Rouvier, von der Furcht getrieben, bereit sei, die Entente zu opfern, wird König Eduard schon das Seinige getan haben, um sich als feste Stütze Frankreichs zu zeigen. Soweit sich von hier übersehen läßt, scheint bei den Franzosen die erste Furcht geschwunden und eine entschieden englandfreundliche Stimmung Platz gegriffen zu haben. Der englischen Hilfe sich sicherer glaubend als zuvor, dürften unsere Verhandlungen mit Frankreich ein langsameres Tempo gehen und schwieriger durchzuführen sein. Trotzdem scheint mir, wenn diese Voraussetzung richtig ist, ein r u h i g e r und beharrlicher Druck auf die Franzosen der beste Weg zu sein, um unsere Wünsche in Marokko zu erreichen. Die Aussicht, zu einer allgemeinen Entente mit Frankreich zu gelangen, scheint sich leider wieder zu verflüchtigen. Das größere Selbstgefühl der Franzosen in der Marokkofrage, welches ihnen von den Engländern eingeblasen worden ist, mag vor oder während der Konferenz wieder zu ernsteren Situationen Anlaß geben. Es auf eine nochmalige Kraftprobe, auf Biegen oder Brechen ankommen zu lassen, würde mit größerer Gefahr für den Frieden verbunden sein als das erste Mal. Es ist zwar anzunehmen, daß auch dann in Paris die Furcht wieder obsiegen würde; werden die Franzosen aber rabiat und lassen es auf einen Krieg ankommen, so werden sie auch ohne Bündnis die bewaffnete Macht Englands auf ihrer Seite finden. Die Marokkofrage hat sich in dem Gefühl der Engländer zu einem Kampf um die französische Freundschaft zugespitzt, und um diese zu bewahren, auch um die deutsche Hegemonie in Europa nicht übermächtig werden zu lassen, würden sie einen Krieg wagen.

Trotzdem bleibe ich dabei, daß weder König Eduard noch seine Regierung noch selbst das gegen uns verhetzte englische Volk einen Krieg mit Deutschland wünschen. Es gibt aber Anlässe, die dazu führen können. Die Marokkofrage hat uns in der Möglichkeit eines Krieges mit England um einen Schritt näher gebracht. Es liegt mir fern, eine Kritik an unserer Marokkopolitik ausüben zu wollen. Ich glaube im Gegenteil, daß es sehr richtig war, das französische Komplott zu

durchbrechen. Dagegen halte ich es für meine Pflicht, auch auf die möglichen Konsequenzen, soweit England in Betracht kommt, hinzuweisen.

Als im vorigen Dezember bei uns zum Teil die Ansicht auftrat, daß England uns den Krieg machen wolle, und ein englischer Freund König Eduards ihm von der German war scare* sprach, sprang der König erregt auf mit den Worten: „It is monstrous to pretend that I want to make war on Germany. I wouldn't declare war against Germany any more than I would make war against the Prince of Wales." Zwei Naturen bergen sich in seiner Brust.

Ich würde nicht zuviel darauf geben, was der holländische Gesandte in Paris und London berichtet**. Der erstere ist ein pompöser Hohlkopf, und der letztere hat nicht mehr Fühlung mit England, als wenn er auf Batavia lebte.

(gez.) P. Metternich

Nr. 6868

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Mühlberg

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats Zahn

Berlin, den 1. August 1905

Aus einer längeren Unterredung, die ich mit dem englischen Botschafter nach dessen Rückkehr aus England beim heutigen Diplomatenempfang hatte, möchte ich folgendes hervorheben:

Sir Frank gab sogleich seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß in den Beziehungen zwischen Deutschland und England immer noch keine Besserung eingetreten sei. Er verstehe nicht und könne sich die Gründe nicht klar machen, warum die Animosität in den beiden Ländern fortdauere. Er gab zu, daß man in England leider immer noch vielfach der Ansicht sei, Deutschland wolle England mit Krieg überziehen. Indessen scheine man jetzt auch in Deutschland die Befürchtung zu hegen, daß England seinerseits damit umgehe, Deutschland anzugreifen.

Ich erwiderte, daß man derartige Ideen bis vor kurzem hier keineswegs gehabt habe. Seit einiger Zeit seien aber allerdings weitere Kreise darauf gefaßt, England, wenn man diesem auch nicht zutraue, uns selbständig anzugreifen, im Falle von Komplikationen mit einer dritten Macht doch an der Seite unserer Feinde zu sehen.

Sir Frank verwahrte sich hiergegen energisch. Er habe erst vor kurzer Zeit mit König Eduard darüber gesprochen, und dieser habe

---

* Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVI.
** Vgl. dazu Nr. 6863.

ihm gesagt, er denke gar nicht daran, Deutschland in einen Krieg zu verwickeln. Richtig sei freilich, daß die gegenwärtigen Beziehungen zwischen König Eduard und dem Kaiser gespannt seien. König Eduard glaube, daß Kaiser Wilhelm überall, wo er nur könne, die englischen Pläne zu durchkreuzen trachte. Viel zu dieser Mißstimmung trügen wohl unkontrollierbare Zwischenträgereien und Entstellungen von Äußerungen unseres allergnädigsten Herrn bei.

Speziell sei König Eduard hinterbracht worden, daß Kaiser Wilhelm die Kandidatur des Prinzen Karl von Dänemark für den norwegischen Thron hintertreiben wolle, eine Kandidatur, für die der König großes persönliches Interesse an den Tag lege. Ich suchte diesen Punkt dahin richtigzustellen, daß Seine Majestät zunächst allerdings die Kandidatur eines Prinzen aus dem Hause Bernadotte gewünscht habe. Nachdem diese aber aussichtslos geworden, sei ein Widerstand gegen die Kandidatur des Prinzen Karl aufgegeben worden. Ich glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß Seine Majestät bei seinem Besuch in Kopenhagen sich in diesem Sinne allerhöchstselbst äußern werde*.

Sir Frank kam dann auch auf den englischen Flottenbesuch** und die in unserer Presse, namentlich im „Reichsboten", zutage getretene Empfindlichkeit zu sprechen. Ich sagte ihm, daß das Ausbleiben einer Ankündigung des Besuchs hier allerdings irritiert habe. Ich hätte deshalb mich beeilt, die englische Note vom Sonntag, in der die Anzeige erfolgt und ihre Verspätung entschuldigt sei, sofort an Seine Majestät gelangen zu lassen.

Der Botschafter will mich vor seiner bevorstehenden Abreise nach Hamburg am Freitag oder Sonnabend nochmals aufsuchen. Ich hätte also Gelegenheit, etwaige Weisungen Euerer Durchlaucht dem Botschafter gegenüber zu verwerten. Mühlberg

Nr. 6869

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Saßnitz

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 Berlin, den 4. August 1905

Euerer Majestät Botschafter in London telegraphiert:

„Ganz geheim.

Der russische Botschafter*** besuchte mich heute früh und besprach mit mir den beabsichtigten englischen Flottenbesuch in der Ostsee.

* Vgl. dazu Nr. 6870 und Kaiser Wilhelms II. Telegramm an den Zaren vom 2. August 1905, gedruckt u. a. bei Iswolsky, Memoirs p. 75 f.

** Vgl. darüber das folgende Schriftstück und Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6228, S. 478, Fußnote **.

*** Graf von Benckendorff.

Er erblickt hierin eine gegen Rußland und Deutschland gerichtete Demonstration. Er habe Grund zur Annahme, daß hier in maßgebenden politischen Kreisen geglaubt werde, bei der Kaiserzusammenkunft in Björkoe* habe Skandinavien eines der Hauptthemata der Unterredung gebildet. Er frug mich, ob ich beabsichtige, Lord Lansdowne über den Zweck dieses Besuchs zu interpellieren; wenn ich fragte, würde er auch fragen, sonst würde er es sein lassen.

Graf Benckendorff war im Zweifel darüber, ob die Frage der Abschließung des Baltischen Meeres von seinem und meinem Souverän besprochen worden sei[1]**. Er sprach die Ansicht aus, und er will auch in seiner Berichterstattung nach St. Petersburg darauf hinweisen, daß die etwaige Anschneidung dieser Frage im jetzigen Augenblick auf einen energischen Protest Englands stoßen werde. Der Botschafter ist, soweit ich es beurteilen konnte, einerseits erfreut darüber, daß durch die Zusammenkunft Seiner Majestät des Kaisers mit dem Zaren Rußlands Stellung eine Stärkung erfahren hat, andererseits verriet er einige Unruhe über eine etwaige neue deutsch-russische Ostseepolitik, weil er weiß, daß die etwaige Schließung der Ostsee[2] hier als Kriegsfall aufgefaßt werden würde.

Ich habe dem Botschafter erwidert, es scheine mir die richtige Handhabe zu fehlen, um Lord Lansdowne über den beabsichtigten Flottenbesuch in der Ostsee zu interpellieren. Ob es gerade taktvoll sei, daß die englische Flotte nach langen Jahren zum ersten Male gerade den Augenblick zu einem Besuch in der Ostsee benutze, nachdem die russische Flotte nicht mehr existiere, sei eine andere Frage[3]. Über den Inhalt der Unterredung in Björkoe sei mir nichts bekannt. Ich glaubte dagegen aus der gesamten Haltung unserer Politik bestimmt schließen zu können, daß wir nicht beabsichtigten, die Frage des mare clausum für die Ostsee anzuschneiden[4].

Zu dieser Äußerung habe ich mich auf Grund der mir in Telegramm Nr. 138 erteilten Weisung für ermächtigt gehalten.

Ich habe mich um so weniger bemüßigt gefunden, ohne Weisung und ohne Rechtsboden, da die Ostsee vertragsmäßig in Friedenszeiten ein offenes Meer ist, Lord Lansdowne über den Flottenbesuch in der Ostsee zu „interpellieren", als ich nicht den geringsten Zweifel habe, daß alles, was auf eine Schließung der Ostsee unsererseits gedeutet werden kann, hier den stärksten Widerspruch hervorrufen und unter Umständen zum Kriege führen würde.

Bei dem heutigen Diplomatenempfange bemerkte mir Lord Lans-

* Vgl. darüber Bd. XIX, Kap. CXXXVIII.

** Tatsächlich war von einer Abschließung der Ostsee bei der Zusammenkunft von Björkoe nur in dem Sinne die Rede gewesen, daß im Falle einer Festsetzung Englands in Norwegen anläßlich der Trennung Norwegens von Schweden Gegenmaßregeln von seiten der baltischen Nationen ergriffen werden müßten. Kaiser Wilhelm II. hatte indessen in dieser Beziehung eher abgewiegelt. Vgl. Bd. XIX, Kap. CXXXVIII, Nr. 6218 und 6220.

downe, die demnächstige Entsendung eines englischen Geschwaders in die Ostsee zu Übungszwecken habe unverdientes Aufsehen in der Presse erregt. Der Plan für die jährlichen Übungsfahrten der Flotte würde ihm regelmäßig vorgelegt. In diesem Falle habe er empfohlen, daß das englische Geschwader keine schwedischen oder norwegischen Häfen anlaufen solle, damit der Anschein einer Demonstration während der skandinavischen Krisis vermieden werde. Er könne mir versichern, daß die beabsichtigte Übungsfahrt in das Baltische Meer nicht den geringsten demonstrativen Charakter nach irgendeiner Richtung hin besitze. Der englische Admiral beabsichtige Stettin[5] und Danzig anzulaufen. Es sei zu bedauern, daß die hiesige Admiralität aus Versehen den Reiseweg für das Geschwader veröffentlicht habe, ehe die übliche Anfrage bei der Kaiserlichen Regierung erfolgt sei.

Ich erwiderte dem Minister, unter den tausend deutschen Zeitungen hätten zwei wenig bekannte Blätter die Frage des Flottenbesuchs im Baltischen Meere aufgegriffen. In Deutschland sei dies spurlos vorübergegangen, bis nach 24 Stunden die hiesige Presse die beiden in Deutschland bis dahin unbekannt gebliebenen Artikel hervorgezerrt und ein ungeheures Geschrei, verbunden mit Drohungen, über die gewaltsame Politik Deutschlands erhoben hätte. Darauf sei dann natürlich wieder in der deutschen Presse eine Antwort erfolgt. Übrigens scheine die Zeitungsaufregung sich wieder zu legen.

Über die Opportunität der Entsendung eines englischen Übungsgeschwaders in das Baltische Meer, zum ersten Male nach vielen Jahren und im jetzigen Augenblick, habe ich mich dem Minister gegenüber in Ermangelung von Weisungen nicht ausgesprochen.

Der russische Botschafter war unmittelbar vor mir bei Lord Lansdowne. Der Minister hat dem Grafen Benckendorff, wie dieser mir mitteilte, ehe ich zu Lord Lansdowne ging, im wesentlichen die gleiche Erklärung abgegeben wie mir." Alleruntertänigst

Mühlberg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Blödsinn Nein!
[2] denkt ja Niemand daran
[3] gut
[4] richtig
[5] liegt ja gar nicht am Meer da kommt er garnicht hin! Das liegt ja im Lande

Nr. 6870

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 14. August 1905

Ende der vergangenen Woche war ich in Cowes und wurde gleich am Tage meiner Ankunft von Ihren Majestäten, dem König und der

Königin, an Bord der „Victoria and Albert" zum Diner eingeladen. Als ich an Bord der königlichen Yacht kam, nahm mich Lord Knollys vor dem Diner beiseite, um mir mitzuteilen, er habe im Auftrage König Eduards vor kurzem folgendes an Lascelles geschrieben:

Er, der König, habe erfahren, es werde von Berlin von deutscher Seite verbreitet, er habe sich ungünstig über mich und meine hiesige Tätigkeit geäußert. Er beauftrage Lascelles, Ihnen mitzuteilen, daß diese Äußerungen unwahr seien, daß ich sein volles Vertrauen besäße, und daß er hoffe, mich für lange in meiner jetzigen Stellung zu behalten.

Lord Knollys bemerkte mir ferner, auch Ihre Majestät die Königin lasse mir sagen, sie habe zu ihrem Bedauern von den gegen mich gerichteten Verdächtigungen gehört, an denen kein wahres Wort sei. Ich besäße auch ihr volles Vertrauen, und sie sei mir durchaus wohlgeneigt. (Dieser letztere Satz sei auch in der Instruktion an Lascelles für Sie enthalten.)

Lord Knollys fügte hinzu, der König habe gesagt, wenn ich ihm auch mitunter unangenehme Dinge mitzuteilen hätte, so halte er mir das in keiner Weise nach, und es könne das nicht im geringsten sein Vertrauen in mich erschüttern. (Wahrscheinlich eine Anspielung auf die Affäre Gleichen.)

Auf diese Eröffnung, die mich um so mehr überraschte, als ich die Intrigen, die gegen meine Stellung von verschiedenen Seiten gesponnen zu werden scheinen, in keiner Weise zur Kenntnis des Königs habe gelangen lassen, erwiderte ich dem Lord Knollys, daß ich ihn bäte, den Majestäten meinen Dank für den Ausdruck ihres Vertrauens zu meiner Person zu übermitteln. — Da es meinem Gefühl widersprach, mich von einem fremden Souverän bei meinen Vorgesetzten gegen meine eigenen Landsleute in Schutz nehmen zu lassen, so fügte ich hinzu, ich hätte nicht den geringsten Grund anzunehmen, daß ich nicht auch das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers und ebenso das Ihrige besäße, und frug, ob er mir nicht sagen könne, von wem diese Verdächtigungen ausgingen, und ob sie nicht etwa übertrieben zu Ohren Seiner Majestät König Eduards gelangt seien. Busybodies bauschten mitunter einen Klatsch auf, auf den man nicht zuviel Gewicht legen solle. Lord Knollys erwiderte, er sei nicht ermächtigt, Namen zu nennen, der König werde aber wohl selbst nach Tisch mit mir über diese Dinge reden.

So kam es denn auch. Ich sollte jedenfalls besonders ausgezeichnet werden, denn obwohl der Prinz von Wales und der Herzog von Connaught zugegen waren, forderte mich der König auf, Ihre Majestät die Königin zu Tisch zu führen und mich rechts neben sie zu setzen. Nach Tisch nahm mich Seine Majestät sehr bald in ein leeres Zimmer beiseite und hatte wohl eine anderthalbstündige Unterredung mit mir.

Der König sprach mir zunächst mit manchen freundlichen und anerkennenden Worten von seiner Instruktion an Lascelles, und als ich

mich ihm ähnlich wie Lord Knollys gegenüber zweifelnd äußerte, machte er mir kein Hehl daraus, daß Graf Seckendorff der Urheber der Umtriebe gegen mich sei. Auch noch einen anderen, mir dienstlich nahestehenden Herrn nannte der König, der hinter meinem Rücken auch in England gegen mich intrigiere. Da König Eduard dies aber nur von dritter Seite erfahren hat, so will ich den Namen vorläufig lieber verschweigen. Als ich mein Erstaunen darüber äußerte, daß Graf Seckendorff, der lange Zeit mein Gast gewesen, mit dem ich nie eine Differenz gehabt hätte, und der, wenn er mich aufsuche, mir unaufgefordert seine Ansichten und guten Ratschläge mitteile, meine Stellung zu untergraben trachte, und als ich immer noch Zweifel durchblicken ließ, erwiderte der König lebhaft, ein Zweifel sei ausgeschlossen, denn der Graf habe bei seiner kürzlichen Anwesenheit in London bei ihm, dem Könige, selbst die Frage angeregt, ob ein Wechsel in der Person des deutschen Botschafters in London nicht angezeigt sei. Diese Anregung habe auf ihn, den König, keinen Eindruck gemacht, da ich in hohem Maße sein Vertrauen habe. Auch würde er nicht weiter darauf reagiert haben, wenn er nicht jetzt aus Berlin erfahren hätte, daß der Graf dort erzähle, er, der König, wünsche eine Änderung in der hiesigen deutschen Vertretung, da er mit mir nicht auskommen könne. Da dies unwahr sei, so habe er sich jetzt gezwungen gesehen, diesen Ausstreuungen entgegenzutreten.

Als ich im Scherze erwiderte, es stände dem Grafen Seckendorff zwar frei, mich für gänzlich ungeeignet für meinen Posten zu halten, ich könne aber nicht verstehen, was er mit der Stellungnahme gegen mich bezwecke, bemerkte der König, der Graf habe wohl selbst Ambitionen für London, was um so unverständlicher wäre, als er doch schon recht alt sei, um noch in die diplomatische Karriere einzutreten, mit der er sich bisher nie beschäftigt habe. „Ich fürchte, der arme Seckendorff ist ziemlich gaga," meinte der König lachend, worauf ich ebenfalls im Scherze erwiderte, mein viel umworbener Posten sei leider gar nicht so beneidenswert, wie sich dies einzelne Herren vorzustellen schienen. Es sei keine besondere Genugtuung für den deutschen Botschafter, mit ansehen zu müssen, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zusehends verschlechterten.

Hiermit nahm das Gespräch eine politische Wendung, und der König, der genau weiß, daß ich sowohl ihm wie andern gegenüber bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf das verderbliche Treiben der Presse hinweise, bemerkte, die Presse beider Länder richte viel Unheil an, wie z. B. noch kürzlich die Artikel wegen des Besuchs der englischen Flotte in der Ostsee. Ich sagte Seiner Majestät, daß nach meiner Überzeugung die englische Presse die Hauptschuld treffe. In der Vergangenheit, während des Burenkrieges, sei die deutsche Presse ebenso wie die aller andern Länder für die Buren gewesen. Seitdem aber gingen die Provokationen von der englischen Presse aus, und wie man

in den Wald hineinrufe, so schalle es wieder heraus. Ob er wisse, wie der Zeitungskampf über das Baltische Meer entstanden sei? „Nein," antwortete der König lebhaft und wünschte, das Nähere zu hören. Ich erklärte Seiner Majestät dann, daß unter der Masse der täglich in Deutschland erscheinenden Zeitungen nur zwei ziemlich unbedeutende Blätter den von der englischen Presse angekündigten Besuch der englischen Flotte einer heftigen Kritik unterzogen hätten. Die Artikel dieser beiden Zeitungen seien sowohl am deutschen Publikum wie an der deutschen Presse spurlos vorübergegangen, bis nach 48 Stunden die englische Presse ein ungeheures Geschrei über die beiden obskuren Artikel erhoben hätte. Darauf sei dann auch in der deutschen Presse erwidert worden, bis nach einigen Tagen dann auf beiden Seiten die Sache wieder eingeschlafen sei.

Der König sprach sodann von der Kaiserzusammenkunft in Björkoe, über der noch immer ein tiefes Dunkel liege. Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter habe noch gar keine Nachricht von ihrem Sohne über die Zusammenkunft erhalten, und selbst dem Grafen Lamsdorff habe der Zar kein Wort über den Inhalt der Unterredung mitgeteilt. Es sei das doch merkwürdig, seinen eigenen Auswärtigen Minister im dunkeln zu lassen über solche wichtigen Begebenheiten und noch dazu einen so tüchtigen und vortrefflichen Minister wie den Grafen Lamsdorff.

Ich dachte bei mir, daß das Lob, welches König Eduard dem Grafen Lamsdorff spendete, an dasjenige erinnert, womit er die Herren Delcassé und Villa-Urrutia auszeichnete. Fremde Auswärtige Minister, die König Eduard liebt, lieben Deutschland nicht. Auch war der Schluß naheliegend, daß, wenn König Eduard weiß, daß Graf Lamsdorff nichts weiß, er auch wissen würde, wenn der Minister über die Zusammenkunft etwas wüßte.

Ich sagte Seiner Majestät, auch ich sei nicht näher über die Zusammenkunft informiert. Nur eins wisse ich bestimmt, nämlich daß es nicht wahr sei, was hier behauptet werde, daß Seine Majestät der Kaiser zur Fortsetzung des Krieges à outrance geraten habe. Allerhöchstderselbe habe im Gegenteil zum Zaren im Sinne des Friedens gesprochen*.

Auf die Friedensaussichten übergehend, bemerkte der König, es sei zu bedauern, daß die Russen immer noch nicht einsehen wollten, daß sie geschlagen wären, und daß der Sieger berechtigt sei, Bedingungen zu stellen. Seine Majestät drückte sich ziemlich skeptisch über die Friedensverhandlungen aus.

Auf Skandinavien übergehend, sagte Seine Majestät, er wünsche dem durch den Abfall Norwegens tief gedrückten Könige von Schweden durch den Besuch der englischen Flotte in Stockholm eine Aufmerksam-

---

* Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVIII und CXXXIX.

keit zu erweisen. Die Flotte würde auch Kopenhagen besuchen, und er hoffe, daß auch der Besuch der deutschen Häfen einen guten Eindruck hervorrufen werde.

Da mir bekannt ist, daß hier verbreitet wurde, Seine Majestät der Kaiser stemme sich gegen die Kandidatur des Prinzen Karl von Dänemark* für den norwegischen Thron, so bemerkte ich, daß unter die vielen falschen Gerüchte, die hier über die Intentionen Seiner Majestät des Kaisers in Umlauf gesetzt würden, auch sein angeblicher Widerstand gegen die Kandidatur des dänischen Prinzen zu zählen sei. Das Gegenteil sei, soviel ich wisse, richtig. — König Eduard, der bekanntlich mit Wärme die Kandidatur seines Schwiegersohnes betreibt, erwiderte, er habe einen Brief von dem Prinzen Karl erhalten, woraus er ersehe, daß Seine Majestät der Kaiser eine längere freundschaftliche Unterredung mit dem Prinzen gehabt habe.

Ich fügte hier ein, ich glaubte zu meinem großen Bedauern bemerkt zu haben, daß die persönlichen Beziehungen zwischen ihm, dem Könige, und Seiner Majestät dem Kaiser nicht mehr die besten seien. Ich erinnerte mich der Zeit, wo zwischen ihm, als Prinzen von Wales, und Seiner Majestät dem Kaiser auch eine Entfremdung bestanden habe. Nichts Gutes sei dabei herausgekommen. Später hätten die beiden hohen Herren sich gegenseitig wieder verstanden, und noch im vorigen Jahre in Kiel hätte der König sich von den freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Gesinnungen seines hohen Neffen überzeugen können**. Ich fürchtete, daß mancherlei Tratsch und Klatsch zwischen den hohen Herren mischief anstifte. Meistens seien dergleichen Geschichten ganz unbegründet, und wenn etwas daran sei, dann würden sie übertrieben, teils weil der Erzähler sich interessant machen, teils auch weil er Unfrieden anstiften wolle. Nach meiner Überzeugung würde allem dem der Boden entzogen werden, wenn die beiden hohen Herren Gelegenheit hätten, sich auszusprechen.

Seine Majestät der König protestierte dagegen, daß er etwas gegen Seine Majestät den Kaiser habe. Er habe seinem Neffen nichts getan. Zur Hochzeit nach Berlin*** hätte er sehr gern den Prinzen von Wales oder den Herzog von Connaught geschickt, wenn er nicht beide während des Besuchs des Königs von Spanien zu seiner Hülfe hier nötig gehabt hätte. Prinz Arthur von Connaught ginge nun schon zu wiederholten Malen während dieses Jahres nach Deutschland und demnächst wieder zu den Manövern. Dies sei doch auch ein Zeichen seines, des Königs, guten Willens. Seine Reise im vorigen Jahre nach Kiel und nach Hamburg habe doch die gleiche Bedeutung. Er habe absichtlich Kiel und nicht Berlin vorgeschlagen, wo sich alljähr-

---

* Prinz Karl von Dänemark war Schwiegersohn König Eduards VII.
** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXI, Nr. 6038 ff.
*** Gemeint ist die Vermählung des Kronprinzen (6. Juni 1905).

lich der ganze Almanac de Gotha versammele (oh Eifersucht!), weil er geglaubt habe, daß eine Begegnung zu Wasser und im deutschen Kriegshafen Seine Majestät den Kaiser besonders gefreut habe. Er hoffe auch, daß mit der Zeit wieder eine Begegnung zwischen ihm und Seiner Majestät dem Kaiser stattfinden werde, er glaube aber nicht, daß schon jetzt in Anbetracht der politischen Verhältnisse der richtige Augenblick dazu gekommen sei. „Es ist vielleicht besser abzuwarten, bis die Marokkophase vorüber ist," bemerkte der König. Er bedauere die Fahrt des Kaisers nach Marokko. Der Sultan von Marokko sei doch nicht ein so einwandfreier Herrscher, um seine Unabhängigkeit in Schutz zu nehmen. Er glaube nicht, daß wir aus unserer Marokkopolitik viel Nutzen ziehen würden. Natürlich wisse man hier recht gut, daß es sich nicht um die Unabhängigkeit des Sultans von Marokko, sondern um das französisch-englische Abkommen und die französisch-englische Entente handle. Es sei ein Fehler anzunehmen, daß das Abkommen oder die Entente gegen Deutschland gerichtet seien. Die Entente sei friedlich und bedrohe niemand. Es sei ganz natürlich, daß bei der augenblicklichen Weltlage Frankreich und England den alten Hader vergäßen und näher aneinander rückten. Ein Einvernehmen mit Rußland sei ungewiß, eine Allianz zwischen England und Frankreich aber schon aus dem Grunde in den Verhältnissen liegend, weil beide Völker liberalen und fortschrittlichen Grundsätzen huldigten.

Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß man einem Souverän nicht immer in derselben Weise antworten kann wie seinem Minister, und daß man auf Stimmung und Verstimmung und auf manches andere in der Form und in dem Inhalt dessen, was man zu sagen wünscht, Rücksicht zu nehmen hat. Ich ließ daher den frommen Wunsch König Eduards, daß Seine Majestät der Kaiser bei seiner Marokkopolitik nichts gewinnen würde, unbeantwortet, da sich daraus nur eine unfruchtbare und den König irritierende Diskussion über die Zukunft ergeben haben würde, die verborgen im Schoße der Götter ruht. Ich beschränkte mich daher auf eine ruhige Darlegung unserer Marokkopolitik.

Das Hauptgewicht legte ich hierbei gegen die Annahme, daß unsere Marokkopolitik gegen das englisch-französische Abkommen oder gegen die englisch-französische Entente gerichtet sei. Beide ließen uns vollkommen kalt. Gegen England sei sie überhaupt nicht gerichtet. Erst von dem Augenblick an, wo wir gesehen hätten, daß Frankreich die Hand auf Marokko legen wolle, was so viel bedeute wie den Ausschluß anderer, hätten wir Protest erhoben. Wenn England sich mit Frankreich über Marokko verständige, soweit es die englischen Interessen in Marokko beträfe, so gehe uns das weiter nichts an, und wir bekümmerten uns nicht darum. Wenn aber Frankreich aus seinem Abkommen mit England folgere, daß es eigenmächtig

und unbekümmert um die Interessen anderer Nationen in Marokko auftreten dürfe, so irre es. Über die deutschen Interessen in Marokko dürfe Frankreich sich nicht ohne unsere Zustimmung hinwegsetzen. Dies sei der Anfang und das Ende unserer Marokkopolitik, und um den Franzosen dies klarzumachen, hätten wir auf die Konferenz gedrungen.

Der Name des Herrn Delcassé kam in unserer Unterredung nicht vor, und ich habe es unterlassen, seinen Sturz zu erwähnen, weil ich den König beruhigen und aufklären, aber nicht noch mehr erbittern wollte.

Ich fürchte, meine Aufgabe ist mir nur zum geringen Teil gelungen; denn obwohl Seine Majestät sich in versöhnlichem und freundschaftlichem Tone mit mir über die politischen Verhältnisse aussprach und er Lord Knollys nachher gesagt hat, „that he had had a most charming and thorough conversation with me", so weiß ich doch von anderer Seite, daß eine tiefe Verstimmung bei ihm gegen die deutsche Politik und leider auch besonders gegen die Person Seiner Majestät des Kaisers vorliegt. Der Sturz Delcassés und unsere Marokkopolitik bilden die Ursachen hierfür. Herrn Rouvier mag der König nicht besonders. Weshalb, weiß ich nicht bestimmt, läßt sich aber leicht erraten.

Die jüngsten Gerüchte in der Presse über eine angebliche Begegnung zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König Eduard haben ihn, wie ich aus seiner Umgebung weiß, besonders geärgert, weil er glaubt, daß sie von deutscher Seite gerade während des französischen Flottenbesuchs * lanciert worden seien, um den Eindruck des enthusiastischen Empfangs, den die Franzosen hier gehabt haben, abzuschwächen. Infolgedessen ist auch das beigefügte Dementi des Lord Knollys in der „Daily Mail" vom 12. d. Mts. erfolgt. Die „Daily Mail" ist Hofeinflüssen zugänglich. Der Eigentümer, früher Mr. Harmsworth, vor kurzem vom König als Sir Alfred Harmsworth zum Ritter geschlagen, wird von dem Könige geschätzt oder wenigstens als nützliches Mitglied der Gesellschaft benutzt.

Während der Cowes-Woche brachten „Daily Express" und „Daily Mail" die Sensationsente, daß der „Meteor", mit dem deutschen Botschafter an Bord, während eines race, als er die französische Flotte herandampfen sah, plötzlich umkehrte und nach Hause fuhr, ohne das französische Admiralsschiff zu grüßen. Jedermann in Cowes lachte über diese dumme Geschichte, an die kein Mensch glaubte. König Eduard verurteilte scharf diese Lüge, die nicht nur von einem Sensationsblatt wie „Daily Express", sondern „sogar" von der „Daily Mail" gebracht worden sei, als ob die „Daily Mail" eine Zeitung von größerem Gehalt als der „Daily Express" sei.

---

* 7.—14. August.

Ein deutsches Torpedoboot, das den „Meteor“ wieder nach Hause schleppen soll, dampfte gerade während der Flottenrevue in Cowes, als König Eduard durch die Schiffslinien fuhr, den französischen Kriegsschiffen entlang. Dieses zufällige, obwohl überflüssige Bravourstück unseres Torpedobootes gab zu allerlei komischen Gerüchten Veranlassung. Unter anderm wurde von sonst ernsthaften Leuten im Klubhaus der Royal Yacht Squadron gefragt, ob es wahr sei, daß Seine Majestät der Kaiser sich inkognito an Bord des Torpedobootes befinde, um sich die französische Flotte anzusehen. Diese hat, nebenbei bemerkt, auf das seemännische Auge der neuen englischen Freunde, sowohl was die Qualität der Schiffe, als auch besonders was Aussehen und Haltung der Offiziere anbetrifft, einen wenig günstigen Eindruck gemacht.

Seine Majestät König Eduard hat sich noch gestern dem Grafen Mensdorff gegenüber, wie dieser mir streng vertraulich und mit der Bitte um Geheimhaltung mitteilt, dahin geäußert, daß er doch unmöglich jetzt, unmittelbar nach dem französischen Flottenbesuch, und solange der marokkanische Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich bestände, eine Zusammenkunft mit Seiner Majestät dem Kaiser herbeiführen könne. Es würde das ja geradezu so aussehen, als ob er den Eindruck, den das französisch-englische Einvernehmen hervorrufe, abschwächen wolle. Wenn der marokkanische Gegensatz ausgeglichen sei, so könne dem Gedanken einer Begegnung nähergetreten werden. Statt dessen mache man von Berlin aus den Franzosen noch immer Schwierigkeiten und ziehe eine Verständigung in die Länge.

Die Frau Kronprinzessin von Griechenland arbeitet eifrig an einer Aussöhnung zwischen dem Könige und ihrem kaiserlichen Bruder und an der Herbeiführung einer Zusammenkunft zwischen beiden.

Es wäre dies gewiß das beste Mittel, manches Mißverständnis zu beseitigen, und um die Spannung, die unglücklicherweise zwischen den beiden hohen Herren zu bestehen scheint, zu beseitigen. Eine Begegnung scheint aber noch immer im weiten Felde zu liegen und trop de zèle, um sie herbeizuführen, würde nur schaden, außer wenn, wie im Falle der Frau Kronprinzessin von Griechenland, diese Bemühungen aus dem Kreise der hohen Verwandten selbst hervorgehen.

Admiral von Eisendecher* wurde am selben Abend wie ich zur königlichen Tafel eingeladen und saß neben dem König. Die Majestäten behandelten ihn wie stets mit großer Liebenswürdigkeit und speziell König Eduard hat ihm manche freundlichen Bemerkungen gemacht. Der Admiral war hocherfreut über den ihm zuteil gewordenen Empfang und sagte mir, er werde Seiner Majestät dem Kaiser über die Stimmung am hiesigen Hofe berichten. Ich warnte ihn davor, aus den Freundlichkeiten für einen gern gesehenen Gast wie ihn allzu opti-

* Preußischer Gesandter in Karlsruhe.

mistische Schlüsse auf die politische Stimmung des hiesigen Hofes für Deutschland zu ziehen.

Der König und die englische Politik stehen nach wie vor unter dem Zeichen der Annäherung an Frankreich. Alles andere wird diesem Gesichtspunkt hier untergeordnet. Die Annäherung hat unstreitig Fortschritte gemacht. Der Flottenbesuch ist so günstig wie möglich verlaufen und hat auch in Frankreich, soweit ich dies von hier aus zu übersehen vermag, eine beachtenswerte Wirkung hinterlassen. König Eduard verteilt zum Andenken an den Flottenbesuch an seine Umgebung Busennadeln mit den Emblemen des Union Jack und der französischen Trikolore. Trotzdem wird hier von den leitenden Kreisen, und ich bin überzeugt auch von König Eduard selbst, gewünscht, daß die Spannung zwischen England und Deutschland nachlasse. Einen Krieg mit Deutschland will hier niemand, und der Gedanke daran wird verabscheut. In einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland wegen der marokkanischen Frage würde England aber doch auf der französischen Seite stehen. An kriegerische Absichten Deutschlands gegen England und an deren Ausführung, sobald sich die Gelegenheit dazu biete, wird hier, nicht unter den maßgebenden Ministern, aber in weiten Kreisen geglaubt. Umgekehrt ist in Deutschland der Glaube vielleicht noch allgemeiner verbreitet, daß die Engländer bei erster Gelegenheit über uns herfallen wollen. Es liegt ein großes Mißverständnis zwischen den beiden Völkern vor, von dem zu hoffen ist, daß die Zeit es heben wird. Ebensowenig wie Sie oder sonst jemand die Macht hat, den Deutschen davon abzubringen, daß die Engländer über ihn herfallen wollen, kann ich von heute auf morgen das englische Volk von der Friedfertigkeit unserer Gesinnungen überzeugen. Sie können aber versichert sein, daß ich keine richtige Gelegenheit vorübergehen lasse, ohne im Sinne der Aussöhnung zu wirken, sei es im Gespräche mit den Leitern der Presse oder mit andern einflußreichen Leuten. In dieser für den Augenblick fast sisyphisch erscheinenden Aufgabe werde ich mich nicht entmutigen lassen.

P. Metternich

Nr. 6871

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Baden-Baden

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 2. Oktober 1905

Lascelles hat, wie Sie wissen, an Seine Majestät König Eduard über eine Unterredung Bericht erstattet, die er kürzlich mit Seiner Majestät dem Kaiser in Homburg über die persönlichen Beziehungen

zwischen den beiden Monarchen gehabt hat. Der Botschafter hat vor einigen Tagen die Antwort des Königs durch Lord Knollys erhalten. Als ich jetzt in Berlin bei Lascelles war, teilte er mir aus der Antwort einzelnes vertraulich mit.

Der König beginnt mit der Behauptung, er habe keinen Streit mit Seiner Majestät dem Kaiser und wünsche auch keinen zu haben. Eine Zusammenkunft auf der Reise nach Marienbad sei nicht möglich gewesen, weil jeder Tag seines Programms für die Badekur festgesetzt gewesen sei, und jeden einzelnen Beschwerdepunkt Seiner Majestät des Kaisers hält der König für unbegründet. Er stellt dafür die Behauptung auf, daß Seine Majestät der Kaiser überall gegen ihn, den König, seinen Einfluß geltend zu machen suche.

Aus dieser kurzen Übersicht ist ersichtlich, daß die Zeit für eine Aussprache oder Aussöhnung zwischen den beiden hohen Herren noch nicht reif ist. Je ruhiger sich Seine Majestät der Kaiser dem Unmute seines königlichen Onkels gegenüber verhält, um so mehr wird dieser in das Unrecht versetzt, und um so eher wird wieder ein richtiges Verhältnis zwischen den beiden Herrschern eintreten. Ich weiß bestimmt, daß schon jetzt den leitenden englischen Staatsmännern aus politischen Rücksichten das persönliche Zerwürfnis zwischen Kaiser und König höchst unerwünscht ist. Sobald sie deutlicher empfinden, daß die Schuld am Könige liegt, und daß aus den persönlichen Beziehungen der beiden Herrscher politische Störungen drohen, werden sie selbst bei dem Könige vermittelnd einzugreifen versuchen, da seine Untertanen nicht die geringste Lust haben, sich an den Deutschen die Köpfe blutig zu rennen, weil der Onkel den Neffen nicht mag[1]. Seine Majestät König Eduard ist klug genug, selbst einzulenken, sobald er empfindet, daß er zu weit gegangen ist. Nur muß man den Prozeß dieser Erkenntnis den Engländern selbst überlassen. Sollten wir irgendetwas tun, was so gedeutet werden kann, als wollten wir die Engländer gegen ihren eigenen König einnehmen, so würden sie einstimmig für ihn einstehen und gegen uns Front machen. Die Beziehungen zwischen Souveränen in die Zeitungen zu zerren, ist überhaupt unangebracht. In diesem Falle würde es außerdem direkt fehlerhaft sein.

Ich werde nach wie vor vollkommen unbefangen auftreten und versöhnend und beruhigend wirken, wo sich mir eine Gelegenheit dazu bietet. Falls Seine Majestät König Eduard mit mir über die Einladung des Kronprinzen* anfängt, werde ich ihm in der entsprechenden Form zu verstehen geben, daß es nicht freundlich ist, den Sohn ohne Wissen des Vaters einzuladen in dem Augenblick, wo man einer Begegnung mit dem letzteren ausweicht und zu verstehen gibt, daß man nichts mit ihm zu tun haben will[2]. Das Argument, daß die Anwesenheit des Kron-

* König Eduard VII. hatte im Spätsommer 1905 den deutschen Kronprinzen eingeladen, doch fand der Besuch nicht die Zustimmung Kaiser Wilhelms II.

prinzen in Berlin während des Besuchs des Königs von Spanien ebenso notwendig ist wie die Anwesenheit des Prinzen von Wales in London während des gleichen Besuchs, werde ich deshalb nicht verwerten können, weil König Eduard, ehe er den Kronprinzen einlud, sich in Madrid nach dem Datum des spanischen Besuchs in Berlin erkundigt hat und den Kronprinzen nach Ablauf des spanischen Besuchs in Berlin nach England eingeladen hatte[3].

Die wertvollen Aufschlüsse, welche Sie mir die Güte hatten über die Gesamtlage unserer Politik zu erteilen, werden mich in der Unbefangenheit meines Auftretens in England nicht beeinflussen. Ich glaube genügend Objektivität zu besitzen, um mir die Grenzen für meine hiesige Aufgabe richtig abzustecken, während ich wohl weiß, daß Ihnen auch noch andere Aufgaben als die Pflege der deutsch-englischen Beziehungen obliegen.

Ich bedauere die Haltung eines wichtigen Teils unserer Presse in ihrer Stellungnahme gegen das englisch-japanische Bündnis*. Dieses vertritt seinem Wortlaute[4] nach genau unsere erklärte Politik: Integrität Chinas, Aufrechterhaltung des Status quo, Gewährleistung des Besitzstandes der einzelnen Mächte in Ostasien, Gleichberechtigung des Handels für alle. Wir können abwarten, ob der Geist des neuen Abkommens sich gegen unsere Interessen richten wird. Es ist von unserem Standpunkte aus unnütz und gefährlich, einen deutsch-russischen Gegensatz gegen das englisch-japanische Bündnis zu konstruieren; denn dieselbe Rolle wie Frankreich in einem deutsch-englischen Kriege würde Deutschland in einem russisch-englischen Kriege, in den wir verwickelt würden, spielen, d. h. wir würden die pots cassés zu zahlen haben[5]. Eine deutsch-russische Annäherung sollte sich mit Frankreich, nicht mit England beschäftigen. Sie sollte Frankreich entweder kaltstellen oder zu uns hinüberziehen, obwohl es nicht ausgeschlossen ist, daß es dann auch ganz zu den Engländern übergeht[6]. Eine deutsch-russische Annäherung mit der Spitze gegen England bringt uns gar keinen Nutzen, sondern nur Schaden und Gefahr aus dem einfachen Grunde, weil, wie ich schon kürzlich mir erlaubte Ihnen zu sagen, die russische Hülfe gegen England für uns ungefähr so viel wert ist wie die des Mannes im Mond[7]. Eine Flotte besitzt Rußland nicht, unsere Häfen und unseren Handel kann es nicht schützen, und sein Landheer kann uns gegen England nichts nützen[8]. Dagegen würden wir uns unter Umständen noch die Japaner auf den Hals ziehen und Kiautschou verlieren. Deshalb sollten wir das englisch-japanische Bündnis möglichst in Ruhe und es den Russen, die Grund dazu haben, allein überlassen, sich darüber aufzuregen[9].

P. Metternich

---

* Vgl. über die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses (12. August 1905) Bd. XIX, Kap. CXL, A.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.

[1] Dem ist so!
[2] richtig
[3] stimmt nicht
[4] nur! Es kommt aber auf den Geist in der Ausführung an.
[5] nein!
[6] kann es wegen seiner 10 Milliarden épargnes nicht, die in Russ[ischen] Händen sind
[7] der Herr Botschafter ist Zivilist und versteht nicht was es für uns Militärs bedeutet, den Rücken und die Arme frei zu haben, statt nach 2 Fronten stehen zu müßen!
[8] ! ! aber aber!
Sobald Gallien klar ist, daß Russ[ische] Bajonette nicht mehr gegen uns gehen, wir also völlig freie Hand haben, wird es sich schwer hüten zu England überzugehen, dessen Flotte „keine Räder" hat und Frankreich gar nichts nützen könnte! um es vor uns zu schützen
[9] thun sie auch

Nr. 6872

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 246 Baden-Baden, den 8. Oktober 1905

Ich möchte annehmen, daß gegenüber den Delcasséschen Enthüllungen* es sich empfiehlt, ohne persönlichen Angriff gegen den früheren Minister rein sachlich und ganz ruhig darauf hinzuweisen, daß er mit vollem Bewußtsein, zweifellos und direkt auf den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hingearbeitet hat. — Ob die Behauptung, daß England bereit gewesen sei, die Hand auf den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu legen und Schleswig-Holstein zu besetzen, nicht gute Argumente für die Flottenverstärkung bietet, bitte ich mit dem Reichsmarineamt zu besprechen. Mir scheint, daß dadurch alle Forderungen für Küstenbefestigung, aber auch für Neubauten in hohem Grade erleichtert werden. Vergleiche auch die in dem Leitartikel der „Neuen Freien Presse" vom 6. d. Mts., Morgenblatt, enthaltene Drohung eines englischen Staatsmannes in Paris.

Bülow

---

* Am 6. Oktober hatten im „Matin" die neuen Enthüllungen über ein englisch-französisches Einverständnis gegen Deutschland und über die Ursachen von Delcassés Rücktritt begonnen. Den Clou der Enthüllungen bildete die Behauptung, daß England der französischen Regierung das mündliche Versprechen gegeben habe, im Falle eines deutschen Angriffes auf Frankreich seine Flotte mobil zu machen, den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu besetzen und 100 000 Mann in Schleswig-Holstein zu landen.

Nr. 6873

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 262 London, den 9. Oktober 1905

Als ich heute an Stelle des bis nächste Woche abwesenden Lord Lansdowne Unterstaatssekretär Sir Th. Sanderson besuchte, lenkte ich in allgemeiner Konversation das Gespräch auf die jüngsten Enthüllungen des „Matin". Der Unterstaatssekretär sagte mir aus eigenem Antrieb, vertraulich, und ohne daß er hierzu beauftragt sei, daß nach seinem besten Wissen — und er sei im ganzen Sommer an der Leitung der Geschäfte beteiligt gewesen — die englische Regierung niemals der französischen Regierung militärische Hilfe in Aussicht gestellt habe. Ein eventueller Bruch zwischen Frankreich und Deutschland sei von der hiesigen Regierung überhaupt nicht diskutiert worden, und das Versprechen einer Landung von 100 000 Mann englischer Truppen in Schleswig-Holstein gehöre erst recht in das Reich der Fabel. „To begin with," bemerkte Sir Th. Sanderson im Scherz, „we have not got hundred thousand men to land any-where." Ich erwiderte, die „Matin"-Enthüllungen schienen auch manches Richtige zu enthalten. So zum Beispiel stimmte die Schilderung der Szene im französischen Ministerrat bei Entlassung Delcassés in manchen Punkten mit dem überein, was ich früher darüber gehört hätte. Es sei auffallend, daß Delcassé, der augenscheinlich hinter den Enthüllungen stecke, wie schon früher so auch jetzt fest dabei bliebe, daß er der englischen bewaffneten Hilfe sicher gewesen sei. Wenn ich auch aus den früheren Versicherungen Lord Lansdownes und jetzt aus seinen, Sandersons, Bemerkungen entnähme, daß die englische Hilfe den Franzosen amtlich nicht angeboten sei, so drängte sich doch in Anbetracht der bestimmten Delcasséschen Behauptungen der Gedanke auf, daß ihm vielleicht von irgendeiner anderen einflußreichen englischen Seite dieser Glauben beigebracht worden sei. Sanderson meinte, er könne sich nicht vorstellen, wer dies gewesen sein sollte. Vielleicht spiele die französische Einbildungskraft dabei mit. Es sei wohl denkbar, daß Delcassé seinen Kollegen gesagt habe, er habe die Überzeugung, daß England im Fall eines deutsch-französischen Krieges den Franzosen beistehen werde. Die subjektive Auffassung, falls sie bei dem Minister bestanden habe, sei aber sehr verschieden von einem englischen Versprechen oder einem englischen Anerbieten der Hilfsleistung. Diese seien nie gemacht worden und, wie gesagt, der Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich englischerseits überhaupt nicht besprochen worden. Die englische Unterstützung sei nur diplomatisch und innerhalb der Grenzen des Abkommens mit Frankreich zugesagt worden. Allerdings, fügte der

Unterstaatssekretär hinzu, wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, daß im Fall eines unprovozierten deutschen Angriffs auf Frankreich, den die hiesige Regierung aber nicht für möglich gehalten habe, England die Partei Frankreichs ergriffen haben würde.

Metternich

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
Faule Ausreden!
Der König hat eben persönlich, direkt Delcassé die Sache versprochen! Nicht die Regierung.

Nr. 6874

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 255 Baden-Baden, den 10. Oktober 1905

Wir müssen meines Erachtens daran festhalten, daß Delcassé mit Bewußtsein zum Krieg trieb. Dies wird auch in französischen Blättern anerkannt: „Gaulois" vom 8. d. Mts.; „Eclair" vom 8. d. Mts.; auch Rede von Jaurès in Limoges* usw. — Daß Delcassé jetzt bestrebt ist, das republikanische Regime zu diskreditieren, erklärt sich wohl daraus, daß er zu den Nationalisten übergegangen ist. — Daß England Frankreich angeboten habe, „de saisir le canal de Kiel", muß gleichfalls als eine von Delcassé aufgestellte und deshalb nicht leicht zu nehmende Behauptung behandelt werden. Es bringt das unsere Feinde in England in Verlegenheit und Nutzen der Flottenvorlage.

Bülow

Nr. 6875

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 258 Baden-Baden, den 12. Oktober 1905

Meines Erachtens bleiben für die Enthüllungen des „Matin" die nachstehenden Gesichtspunkte maßgebend:

1. Der nachträgliche Ableugnungsversuch von Delcassé** kann nur Heiterkeit erregen. Alle englischen und die meisten französischen

---

* Am 8. Oktober hatte Jaurès in einer Rede zu Limoges erklärt: „Ich bin in der Lage zu bestätigen, daß die Darstellung des ‚Matin' vom Sturze Delcassés richtig ist; denn im schärfsten Augenblick der Krise haben mich drei Minister ins Geheimnis gezogen."

** Am 11. Oktober hatte Delcassé dem Herausgeber des „Figaro" ein höchst gewundenes Dementi bezüglich der „Matin"-Enthüllungen übersandt: „Je ne suis plus juge de l'opportunité d'une déclaration."

Blätter waren darüber einig, daß die Enthüllungen nur von Delcassé herrühren können und direkt von ihm inspiriert sind.

2. Enthüllungen müssen nicht zu skeptisch behandelt werden. Die Sache lag doch so: Delcassé arbeitete mit Bewußtsein auf Krieg mit Deutschland hin. Zu diesem Zweck wurde Spanien (de Villa-Urrutia) an Frankreich gekoppelt, Italien kompromittiert und vor allem Fühlung mit der Londoner Hetzclique („Times", „National Review" usw.) genommen. An einen Einmarsch in Marokko hat Delcasse kaum gedacht. Marokko war ihm nur ein Mittel zu dem Zweck, Deutschland zu verletzen und so einen Bruch herbeizuführen.

3. Deutschland ist weder England noch Frankreich gegenüber je aggressiv gewesen. Alles, was über deutsche maritime Vorbereitungen gesagt worden ist, ist Blech und Lüge. Eine andere Frage ist, ob nicht von anderer Seite nach einem Kriegsvorwand gesucht wurde.

4. Jeder persönliche Angriff auf König Eduard muß in deutschen Blättern sorgsam vermieden werden. Was die französischen Zeitungen über seine Intervention für Delcassé bringen, kann reproduziert werden.

5. Immer muß betont werden, daß wir nicht daran denken, eine Koalition gegen England zustande zu bringen oder Frankreich gegen England ausspielen zu wollen. Wir erlauben aber auch nicht, daß man uns umgarnen oder vergewaltigen will.

6. Die Wut der „Times", daß ich durch meine Interviews* die Delcassésche Bloßstellung provoziert habe, kann sehr gut lächerlich gemacht werden.

7. Kann Stein** nicht verhindern, daß die „Frankfurter Zeitung" solche Dinge schreibt wie am Schluß ihres Leitartikels in Nr. 282, wo sie behauptet, wir hätten aus Erregtheit über englische Intrigen oder unter dem Einfluß persönlicher Verstimmungen leichtfertig mit dem Kriegsfeuer gespielt?! Davon war gar keine Rede. Wir haben im richtigen Moment das Netz zerrissen, das uns über den Kopf geworfen werden sollte.

8. Das deutsche Volk muß für alle Eventualitäten der Zukunft die Überzeugung gewinnen, daß unsere Politik stets eine loyale und friedliche war, wir aber angegriffen und überfallen werden können, wenn wir nicht stark sind zu Lande und zu Wasser. Das muß nicht in einem einzelnen Artikel irgendeiner Revue gesagt werden, sondern als Grundton durch eine Reihe von Artikeln in Tagesblätter gehen.

Bülow

---

* Anfang Oktober hatte Fürst Bülow in Baden-Baden Mitarbeitern des „Petit Parisien" und des „Temps" ein Interview über die marokkanische Frage gewährt. Vgl. Kap. CXLIX, Nr. 6833, S. 594, Fußnote*.

** August Stein, Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung".

Nr. 6876

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 264 Baden-Baden, den 14. Oktober 1905

Für Exzellenz Freiherrn von Richthofen
Ganz geheim

Seine Majestät telegraphiert mir: „‚Figaro' hat ja nun das erwünschte Licht in die Angelegenheit gebracht*. Ich glaube, daß es sich empfiehlt, wenn Metternich im Foreign Office anfrägt, 1. ob die Regierung es dementieren könne oder wolle, 2. ob sie Gründe angeben könne, welche sie zu solchem Angebot an Frankreich veranlaßt hatten, aus unserem Verhalten. Sind die Antworten ungenügend, dann kann Metternich auf einige Zeit auf unbestimmten Urlaub reisen. Dieses Angebot auf Überfallen in Frankreichs Gemeinschaft unseres in Frieden lebenden Landes ist einer Banditenverabredung zum Raubmord im Walde gleich."

Erbitte umgehende Drahtantwort über dortseitige Auffassung**.

Bülow

---

* Am 13. Oktober hatten Eugène Lautier und Alexandre Ular im „Figaro" die Delcasséschen Enthüllungen besprochen, beide in dem Sinne, daß das englische Allianzversprechen an Frankreich tatsächlich ergangen sei, wenn auch nicht in den im „Matin" behaupteten Formen. Nach Ular hätte sich die Angelegenheit in folgender Weise abgespielt: „Avant la crise marocaine, dans l'année qui s'est écoulée depuis la conclusion du traité anglo-français concernant le Maroc, le gouvernement anglais a pris contact — à ce qu'il paraît à trois reprises — avec notre diplomatie pour savoir si la France était disposée à conclure un traité définitif d'alliance. Le gouvernement français, par égard sans doute pour la Russie impliquée dans une guerre avec l'allié de l'Angleterre, déclina de prendre la question en considération. — Mais quand le conflit franco-allemand prit un caractère aigu, c'est la diplomatie française qui reprit la question. Notre ambassadeur à Londres, M. Cambon, obtint de Lord Lansdowne l'assurance verbale d'un concours anglais effectif en cas de conflagration. Et M. Cambon put annoncer à M. Delcassé qu'une fois le casus foederis donné l'Angleterre réitérerait son assurance par écrit. — Ainsi se fit-il que, vers le 15 juin, Lord Lansdowne put déclarer à quelques amis qu'en cas de guerre franco-allemande, l'intervention anglaise ne pourrait faire le moindre doute."

** Sie erfolgte durch Telegramm Freiherrn von Richthofens Nr. 213 vom 15. Oktober. Der Reichskanzler gab den wesentlichen Inhalt dieses Telegramms an den Kaiser weiter; siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 6877

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 Baden-Baden, den 15. Oktober 1905

An Seine Majestät den Kaiser habe ich soeben nachstehendes telegraphiert:

„Geheim.

Die Enthüllung des „Figaro" stammt von Alexandre Ular, einem Elsässer Juden, der vor Jahren in China intrigiert hat und in französischen und deutschen Blättern schreibt. Seine Angabe im „Figaro" ist zweifellos ungenau, zum Beispiel wird darin einem gar nicht vorhandenen Berichte Metternichs eine besondere Rolle bei den Vorgängen zugeschrieben, die zum Sturze Delcassés führten. Auch abgesehen hiervon würde meines alleruntertänigsten Erachtens ein Eingreifen unsererseits in London mehr als bedenklich sein und geradezu eine Erleichterung der Verlegenheitssituation der englischen Regierung bedeuten. Es geht schon an und für sich schwer an, den Erklärungen, die Lord Lansdowne am 16. und 28. Juni gegenüber Graf Metternich über die Nichtexistenz von Bündnisprojekten und von militärischen Angeboten an Frankreich abgegeben und die kürzlich Sir Th. Sanderson spontan wiederholt hat, die Autorität des Herrn Lauzanne im ‚Matin' und des Herrn Ular im ‚Figaro' gegenüberzustellen. Die ganze Demarche müßte mit einer direkten Anzweifelung entweder der Loyalität Lord Lansdownes oder seines konstitutionell maßgebenden Einflusses auf die Leitung der auswärtigen englischen Politik beginnen, ohne daß wir uns dabei auf andere Tatsachen als Zeitungsartikel berufen könnten.

Die Folge davon wäre, daß die durch die Enthüllungen im Grunde doch sehr peinlich berührte öffentliche Meinung in England für Lord Lansdowne bezw. Seine Majestät den König Eduard Partei ergreifen und unsere Sommation als ungerechtfertigte Brüskierung auslegen würde. Das würde zugleich eine Verschärfung des Deutschenhasses in England involvieren. Unternehmen wir dagegen keinen offiziellen Schritt in London, so wird die Frage qui trompe donc ici? nicht zur Ruhe kommen und der die Engländer drückende Verdacht, daß auf ihrer Seite irgendwo unfair gehandelt worden ist, fortbestehen, das heißt, die Lage wird weiter für uns günstig bleiben. Solange wir keinen wirksameren Schuldbeweis vorbringen können, ist es zweifellos besser, nicht als Ankläger des Inkulpaten aufzutreten, sondern zu warten, ob und wie man sich öffentlich von dem Verdacht reinigen will. Eine ruhige und kühle Zurückhaltung ist zurzeit nützlicher, als wenn wir zu einer demonstrativen Dokumentierung unseres Mißtrauens in die englische

Politik schreiten würden. Je gelassener und ruhiger unsere offizielle Haltung bleibt, um so mehr deroutieren und ärgern wir unsere Gegner in England und die englische Aktionspartei, stärken die dortigen Friedensfreunde und befestigen unsere internationale Stellung. Eine offene Brouille mit England, aus der die letzten Konsequenzen zu ziehen nicht in unserem Interesse liegt, würde diese Position schwächen, denn ein noch gespannteres Verhältnis zu Albion würde die anderen Mächte schwerlich zu größerem Entgegenkommen uns gegenüber bewegen."

Bülow

Nr. 6878

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Baden-Baden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 271 Baden-Baden, den 15. Oktober 1905

Ich würde weitere amtliche Anfrage in England, Hindrängen auf solche in der Presse oder gar Abberufung des Botschafters für einen Fehler halten. Um so wichtiger ist es, überall und namentlich im deutschen Volke den Eindruck zu erwecken, daß England die Franzosen aufstacheln und vorschieben und einen Weltkrieg entfesseln wollte*, während Deutschland nie daran gedacht hat, Frankreich anzugreifen, auch gar nicht Frankreich mit Gewalt zu sich herüberziehen oder gegen England ausspielen will. Es darf nicht so aussehen, als ob England die schützende Hand über ein bedrohtes Frankreich hielte, wie dies Lautier im „Figaro" hinstellt.

Wichtig ist auch, daß das deutsche Publikum den Ernst der internationalen Lage begreift, die Notwendigkeit gerüstet zu sein, und wie

* Daß diese Auffassung vielfach auch in Frankreich herrschte, und daß man sich dort im klaren über Englands Streben war, Deutschland und Frankreich auseinanderzuhalten und es nicht zu einer Verständigung zwischen beiden durch und auf einer Marokkokonferenz kommen zu lassen, kommt in den Äußerungen der französischen Staatsmänner zu Fürst Radolin und dem im September 1905 als Unterhändler in der Marokkofrage in Paris weilenden Gesandten Rosen wiederholt zum Ausdruck; vgl. Kap. CXLIX. Von Interesse sind noch Äußerungen, die der Deputierte Millevoye laut einer Aufzeichnung Rosens vom 8. Oktober zu diesem Anfang Oktober tat. Danach hatte Millevoye u. a. gesagt: Gegen Deutschland sei man im französischen Volke nur mißtrauisch und wegen etwaiger Kriegsgefahr besorgt. Dieses Gefühl werde zurzeit von der englischen Mache mit allen Mitteln geschürt. Auf die Frage, welche Zeitungen besonders durch englisches Geld gekauft seien, sagte Herr Millevoye: „Les Anglais n'achètent pas des journaux, ils achètent une question. A l'heure qu'il est, ils ont acheté la question marocaine."

elend sich gegenüber dem Ernst der Weltlage Parteistreitigkeiten und die übliche philiströse Kleinigkeitskrämerei ausnehmen. Wer ist Richard Nordhausen? Das Beste, was ich in dieser Richtung gelesen habe, war sein Artikel im „Tag".

Bülow

Nr. 6879

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 1184 London, den 18. Oktober 1905

Ich habe Lord Lansdowne seit seiner Rückkehr aus Schottland und seit den „Matin"-Enthüllungen und den sich daran anknüpfenden Preßkommentaren in Deutschland, Frankreich und England heute zum ersten Male gesprochen.

Weil der Minister nicht davon anfing, so habe ich absichtlich das Thema auch nicht berührt. Seine mir zu verschiedenen Zeiten gemachten Äußerungen über das angebliche Versprechen englischer Hilfsleistung an Frankreich sind Euerer Durchlaucht bekannt, und der dunkele Punkt, wodurch der französische Minister die Überzeugung von der englischen Hilfe erhielt, würde auch diesmal schwerlich von Lord Lansdowne erleuchtet worden sein.

Soweit ich Sir Francis Bertie beurteile, dürfte derselbe zur kritischen Stunde auch ohne Auftrag in Paris den Mund sehr voll genommen haben. Vielleicht hat auch ein noch Höherer Delcassé den felsenfesten Glauben an die englische Hilfe eingeflößt[1].

Wirft man einen Rückblick, so ergibt sich folgendes Bild:

Die englische Regierung gibt uns zu verstehen, daß nur in dem ganz unvorhergesehenen, unwahrscheinlichen Falle eines unprovozierten deutschen Angriffs[2] auf Frankreich England vielleicht dahin getrieben worden wäre, Frankreich militärisch zu unterstützen.

Wer Angreifer und wer Angegriffener ist, wer Recht und wer Unrecht hat, darüber gehen bei Ausbruch eines Krieges die Ansichten bekanntlich sehr auseinander[3]. Falls England die Franzosen mit den Waffen unterstützen wollte, konnte es den Grund und die Veranlassung zum Kriege stets so auffassen, daß wir nach englischer Annahme im Unrecht gewesen wären[4].

Die großen Preßorgane, die auf Seiten der hiesigen Regierung stehen, haben alle ohne Umschweif betont, daß im Falle eines deutschen Angriffskriegs England militärisch für die Franzosen eingetreten sein würde[5].

Die englische liberale Presse dagegen steht auf dem Standpunkte, daß Frankreich nur die in dem englisch-französischen Abkommen vorgesehene diplomatische Unterstützung erwarten konnte, und daß im Falle eines deutsch-französischen Kriegs für England keine Veranlassung vorgelegen hätte, in die europäischen Händel kriegerisch einzugreifen [6].

The man in the street endlich, zu dem ich in diesem Falle auch den Durchschnittsparlamentarier und das Clubmitglied zähle, sagt, soweit ich habe feststellen können, und welcher Partei er auch angehören möge, es sei lächerlich anzunehmen, daß England sich an einem deutsch-französischen Kriege beteiligt haben würde [7]. Eine englische Regierung, die diesen Versuch machte, würde in acht Tagen fortgefegt werden. Die Engländer hätten ganz genug am Burenkrieg und wollten in keinen anderen Krieg verwickelt werden.

In Frankreich scheint infolge der Enthüllungen das Gefühl der Sicherheit gegen Deutschland durch die Vorspiegelung englischer Hilfe nicht erhöht worden zu sein. Im Gegenteil, äußerste Vorsicht und die Beteuerung friedfertiger Gesinnung scheinen dort den Grundton der öffentlichen Diskussion zu bilden, wenngleich man dort auch die Zusicherung englischer Freundschaft mit Wohlwollen und Genugtuung begrüßt hat.

In Deutschland machte sich eine gerechte Entrüstung über die frivole Zusicherung angeblicher englischer Hilfeleistung gegen uns in einem Kriege mit dem bisherigen Erbfeind geltend.

Der Kampf ist verstummt, und das ist das beste. Die englische Regierung [8] wird nach meinem Dafürhalten jetzt besonders vorsichtig und versöhnlich in dem amtlichen Verkehr mit uns auftreten. Diese Richtung wird voraussichtlich, wenn die konservative Regierung nach einigen Monaten von einer liberalen abgelöst sein wird, noch deutlicher hervortreten.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja! Der politische Hochstapler!

[2] ein solcher läßt sich — wie Delcassé gezeigt — jeden Augenblick durch politische Unverschämtheiten heraufbeschwören

[3] richtig

[4] wird es auch bestimmt thun

[5] Das war das Wichtigste, die für unsere Philister nöthige Klärung!

[6] würde keine Bedeutung haben das Publikum ist auf der andern Seite

[7] ?

[8] aber der König! E[duard] VII.!

Nr. 6880

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 22. Oktober 1905

Sir Thomas Barclay, der Ihnen bekannte Friedensapostel, war soeben bei mir, um mir einen hochpolitischen Plan vorzutragen.

Er will die Regierungen von Deutschland, Frankreich und England dafür gewinnen, daß sie sich gegenseitig versprechen, während zehn Jahre den Status quo ihres Besitzes nicht anzutasten. Er habe mit Herrn Rouvier gesprochen, der im Prinzip dem Gedanken nicht abgeneigt sei. Er wünsche nun zu erfahren, wie Sie sich zu diesem Plane verhielten. An die jetzige englische Regierung wolle er sich nicht wenden; die täte doch nur das, was Frankreich wünsche. Wenn Frankreich und Deutschland ein Abkommen der beschriebenen Art eingehen wollten, so tue England unbedingt mit.

Sir Thomas Barclay wollte nun wissen, wie ich über diesen Plan dächte. Ich erwiderte, über eine so weitgehende Frage könnte ich ihm nicht ohne weiteres eine feste Antwort erteilen. Ich kenne weder die Ansichten der englischen noch der französischen noch der deutschen Regierung in dieser Frage. Wenn er glaube, daß er aus seiner privaten Initiative einen so großen Plan der Verwirklichung näherbringen könne, so müsse er vor allem sich genauer über die Intentionen der französischen Regierung informieren. Was uns anbetreffe, so könne ich ihm nur sagen, daß wir ein friedliebendes Volk wären mit einer friedliebenden Regierung, daß wir keine aggressiven Pläne gegen wen immer hätten, und daß unsere Politik keine Vergrößerung unseres Gebietes anstrebe. Die Schlußfolgerungen hieraus möge er selbst ziehen. Über den Plan, diese politische Selbstgenügsamkeit des deutschen Volkes in die Form einer Vereinbarung mit Frankreich und England zu kleiden, könne ich mich nicht aussprechen. Der Hauptfaktor scheine mir Frankreich zu sein. Jedenfalls wäre ich gegen den von ihm zuerst in unserer Unterredung hingeworfenen Gedanken, daß England, Frankreich und Deutschland den Status quo von ganz Europa für zehn Jahre garantieren sollten. Wir hätten gar keine Lust, den Polizisten Europas zu spielen. Vereinbarungen, in denen man anderen, außerhalb Stehenden Beschränkungen auferlege, wären unpopulär, würden als ein Eingriff in das freiheitliche Selbstbestimmungsrecht Dritter unangenehm empfunden und seien daher in ihrem letzten Grunde nicht friedfertig. Ich fürchtete, daß auch Sie ihm nicht viel mehr sagen könnten, wenn er, wie er beabsichtige, Sie aufzusuchen und um eine Unterredung bitten wolle.

Er gab darauf den Gedanken, Sie aufzusuchen, auf, will Ihnen aber wahrscheinlich heute noch schreiben. Ich habe ihn hiervon nicht direkt abhalten wollen, um ihn nicht vor den Kopf zu stoßen, da er uns unter Umständen noch nützlich sein kann.

Der Mann ist mit Vorsicht zu genießen. Er mag von Rouvier eine vage Äußerung extrahiert haben und will nun, falls er auch eine von Ihnen erhält, damit hausieren gehen, um sich wichtig zu machen. Er sagt, sobald er die französische und deutsche Regierung sondiert und günstig gestimmt gefunden habe, wolle er für den Plan öffentlich Propaganda machen, und wenn dann im nächsten Juni die liberale Regierung komme, so würde diese ohne Zweifel mit Freuden sich der Sache annehmen. Er selbst ist Liberaler und steht sich mit der jetzigen Regierung, soviel ich weiß, schlecht.

Falls es Ihnen unbequem ist, Sir Thomas Barclay zu antworten, nachdem Sie seinen Brief erhalten haben werden, so schlage ich vor, daß Sie mir mit einigen freundlichen Worten für seine wohlmeinenden Bestrebungen aufgeben lassen, ihm in Ihrem Auftrage mündlich zu antworten.

P. Metternich

Nr. 6881

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Abschrift

London, den 2. November 1905

Das beigefügte Schriftstück* hatte ich vorgestern in einer müßigen Stunde aufgesetzt, nicht in der Absicht, es Ihnen einzureichen, sondern mehr, um mir selbst die Marokkofrage, wie ich sie auffasse, klarzumachen und dann den Aufsatz zu zerreißen. In dem Monat, seitdem ich Sie nicht gesehen habe, mag sich manches geändert haben, was sich meiner Kenntnis entzieht, und wodurch meine Betrachtungen unvollkommen und für Sie wertlos sein würden. Ich habe mich indessen anders besonnen und schicke Ihnen meine Aufzeichnung doch ein, da sie als Vorwort zu diesem Briefe dienen kann und mit den deutsch-englischen Beziehungen im engsten Zusammenhange steht.

Im vergangenen Sommer hatte ich den inzwischen leider durch einen Schlaganfall der politischen Arena entrückten Lord Spencer dazu vermocht, mit den anderen Führern seiner Partei die gemein-

* Siehe Anlage.

gefährliche Deutschenhetze zu besprechen und dagegen aufzutreten. Die Wirkung machte sich bald bemerkbar in Warnungsrufen, die von liberaler Seite erschallten. In der letzten Zeit haben, wie Sie wissen, eine ganze Anzahl englischer Redner zur Versöhnlichkeit gemahnt, und die englische Presse, besonders die liberale, ist viel ruhiger und zum Teil sogar freundlicher gegen uns gestimmt gewesen. Es liegen mir gerade eine Anzahl Novemberrevuen vor mit Artikeln über die deutsch-englischen Beziehungen, und zwar nicht wie seit den letzten Jahren gehässig gehalten, sondern freundlich gestimmt. Aus allem geht hervor, daß man hier, wie ich Ihnen auch schon mündlich sagte, Einsicht nimmt und an eine Umkehr denkt. Leider sind die „Matin"-Enthüllungen dazwischen gefahren und haben das deutsche Volk, wie das nicht anders sein konnte, mit Erbitterung gegen England erfüllt. Ich mache nicht zum ersten Mal, seitdem ich England kenne, die Beobachtung, daß, wenn Neigung in Deutschland zur Annäherung an England hervortritt, sie hier nicht erwidert wird und umgekehrt. Die Instrumente werden nicht auf beiden Seiten zur gleichen Zeit gestimmt und die Harmonie auf der einen wird mit einer Dissonanz auf der anderen beantwortet. England und Deutschland haben nicht den gleichen Resonanzboden. Wie dem aber auch sein mag, ich weiß, Sie sind mit mir der Ansicht, daß ich die versöhnliche Stimmung unterstützen soll.

Ich möchte nun Ihre besondere Aufmerksamkeit auf eine kürzlich stattgehabte Unterredung mit Mr. Haldane lenken, da sie von weittragender Bedeutung auf unser Verhältnis zu England und zum Ausgangspunkt einer Ära der Aussöhnung zwischen beiden Völkern werden kann. Die maßgebenden Leiter der liberalen Partei, die nach allgemeiner Ansicht spätestens im Februar oder März nächsten Jahres die Zügel der Regierung ergreifen wird, sind zu diesem Werke gewonnen. Mr. Haldane, Mitglied eines früheren liberalen Ministeriums und dazu bestimmt, einen wichtigen Posten in dem kommenden Kabinett einzunehmen, genießt großes Ansehen bei beiden Parteien. Er hat deutsche Bildung genossen, spricht deutsch und ist durch und durch deutschfreundlich gesinnt. Er wird, nach dem hiesigen Ausdruck, zum „inner circle of the Cabinet" gehören. Er ist ein Liberaler der neuen Roseberyschen imperialistischen Richtung, aber ohne jeden Anflug von Chauvinismus. Rosebery, Sir Edward Grey, Asquith sind in demselben Fahrwasser und persönliche Freunde Haldanes. Er hat sich aber nicht wie Rosebery mit dem radikalen, mehr doktrinär angehauchten Flügel der Partei, zu dem Sir Henry Campbell-Bannerman, Mr. Morley und Mr. Bryce gehören, überworfen, sondern übt auch bei ihnen großen Einfluß aus. In auswärtigen Fragen hört der Engländer lieber auf Rosebery als auf Bryce. Die Doktrinär-Radikalen stehen hier im Geruch des Little-Englander-tums, der liberale Imperialist dagegen nicht.

Ich sagte Mr. Haldane, ich hätte mit Bedauern der Rede Sir Edward Greys, dessen Ansichten über auswärtige Fragen bei der liberalen Partei besonders ins Gewicht fielen, entnommen, daß auch er ein besseres Verhältnis zwischen England und Deutschland davon abhängig mache, daß wir anstandslos die französische Marokkopolitik hinunterschluckten. Wir hätten den dringenden Wunsch, mit Frankreich in Frieden und Freundschaft zu leben, wir ließen aber nicht unsere Rechte und Interessen mit Füßen treten, auch nicht dann, wenn England, welches ebensowenig wie Frankreich über Marokko verfügen könne, den Franzosen seine Hülfe anbiete. Ich sähe nur darin eine Gefahr für den Frieden, daß Frankreich, in dem Glauben an englische Hülfe, dahin getrieben werden könne, sich über unsere Rechte und Interessen hinwegzusetzen. Dies würden wir uns nicht gefallen lassen. Es sei möglich, daß wir manche Fehler hätten, aber Feiglinge seien wir nicht. Wir hofften und nähmen an, daß durch unser Abkommen mit Frankreich über das Konferenzprogramm* die Hauptschwierigkeiten gehoben seien. Ich könnte mich aber nicht der Sorge verschließen, daß die Franzosen, wenn sie von England sich angespornt fühlten, weiter gingen, als sie nach Recht und Billigkeit dürften. Leider seien die Beziehungen zwischen England und Deutschland infolge der jüngsten Enthüllungen und Preßfehden auch nicht gerade besser geworden. Man scheine sich hier nicht recht darüber klar geworden zu sein, welchen tiefen Eindruck es in Deutschland habe machen müssen, plötzlich zu erfahren, daß England sich bereit erkläre, mit den Franzosen gegen uns zu kämpfen, und zwar freiwillig und ohne vorher eingegangene Verpflichtung. Zu sehen, daß ein Land, mit dem wir nie in Krieg gewesen wären, mit dem keine wichtigen Interessengegensätze beständen, sich ganz kühl dazu bekenne, daß es gegen uns kämpfen würde, wenn es mit unserem Erbfeinde zum Kriege käme, habe nicht Furcht, aber notwendig Erbitterung im deutschen Volk erwecken müssen. Wenn man nun auch von allem Sensationellen und Unwahren der jüngsten Enthüllungen absehe, so bleibe doch die nackte Tatsache bestehen, daß sowohl die englische öffentliche Meinung erklärt, wie auch die englische Regierung zu verstehen gegeben habe, daß bei einem deutschen Angriff die Franzosen die bewaffnete Hülfe Englands haben würden. Über die Verklausulierungen hinsichtlich des Angriffs mache sich wohl niemand eine Illusion, der die hiesige Stimmung kenne. Wenn die Franzosen morgen über die deutsche Grenze gingen, so würde es übermorgen in ganz England heißen, daß sie durch die herausfordernde Haltung Deutschlands dazu gezwungen worden seien. Wenn man hierzu noch das ihm, Mr. Haldane, bekannte Verhältnis zwischen König und Kaiser nähme, so sei das Bild vollständig. (Mr. Haldane

---

* Vom 28. September. Vgl. Kap. CXLIX.

war gerade einige Tage in Balmoral bei König Eduard zu Gast gewesen und weiß genau, wie es zwischen den beiden hohen Herren steht.)

Ich führe nur dies aus meinen Ausführungen an, um die Antworten Mr. Haldanes verständlich zu machen, übergehe aber der Kürze halber vieles andere und insbesondere alle meine Äußerungen, die den englisch-deutschen Gegensatz als unverständig und die Preßhetze als gefährlich bezeichneten. Ich malte absichtlich schwarz, um meinen Zuhörer zu impressionieren und in ihm den Wunsch nach Abänderung des vorhandenen Zustandes zu befestigen.

Mr. Haldane bemerkte, er wisse ganz bestimmt, daß Sir Edward Grey die Aussöhnung mit Deutschland wünsche. Von konservativer Seite werde versucht, die liberale Partei als im Gegensatz zur bisherigen auswärtigen Politik Englands hinzustellen. Das gute Einvernehmen mit Amerika, die entente cordiale und das japanische Bündnis seien aber Grundsätze der auswärtigen Politik, an denen ganz England festzuhalten wünsche. Sir Edward Grey habe daher mehr von dem Gesichtspunkte der inneren Politik aus die auswärtige Lage beleuchtet, um die Kontinuität der auswärtigen Politik Englands festzustellen, und um dem konservativen Wahlmanöver der Anschwärzung der liberalen Partei in auswärtigen Dingen entgegenzutreten. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse die Rede betrachtet werden. Sir Edward Grey und die übrigen Leiter der liberalen Partei seien aber einig darin, daß gegen die Verhetzung zwischen England und Deutschland etwas geschehen müsse. Der Enthusiasmus für Frankreich sei hier deshalb so groß, weil die Liebe noch jung sei. Mit der Zeit werde alles das in ruhigere Bahnen gleiten, und wenn, wie er hoffe, die Marokkokonferenz ohne neue ernstliche Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich vorübergegangen und die liberale Regierung in einigen Monaten am Ruder sei, so sei der Augenblick für eine Annäherung an Deutschland gekommen. Die liberale Partei wünsche zwar die Entente mit Frankreich festzuhalten, sie wolle deshalb aber nicht einen Gegensatz zu Deutschland schaffen. Er und seine politischen Freunde hätten den Wunsch, eine ebensolche Annäherung zwischen England und Deutschland herbeizuführen, wie sie zwischen England und Frankreich gelungen sei. Wenn in einigen Monaten die liberale Regierung formiert sei, so werde systematisch an dem Werke der Annäherung an Deutschland gearbeitet werden. Auch müsse versucht werden, eine Annäherung zwischen den beiden Herrschern herbeizuführen. Die Mißstimmung bei König Eduard hänge noch vielfach mit Erinnerungen an die Behandlung zusammen, die er als Prinz von Wales erfahren habe. Wenn das Werk der Annäherung zwischen den beiden Nationen gelingen solle, so müsse bei dem großen persönlichen Einfluß der beiden Souveräne auf den Gang der Politik auch eine Annäherung zwischen ihnen wieder erfolgen.

Ich erwiderte Herrn Haldane, daß er und seine Mitarbeiter bei dem Werke der Aussöhnung zwischen beiden Ländern auf meine bescheidene Hülfe und auch auf den guten Willen der Kaiserlichen Regierung zählen könnten. Er war über diese Zusicherung sehr erfreut.

Die Aussöhnung mit Deutschland steht schon jetzt auf dem Programm der liberalen Partei, wie aus vielen Reden und Schriften ihrer Mitglieder ersichtlich ist. Die Parteileitung will sich aber vor den Wahlen nicht zu sehr avancieren, um nicht der Beschuldigung ausgesetzt zu werden, daß sie die populäre entente cordiale dadurch störe. Sie hat aber die Absicht, sobald sie fest im Sattel sitzt, eine Annäherung an Deutschland zu betreiben. Ende nächster Woche treffe ich mit zwei oder drei anderen liberalen Parteiführern eigens zu dem Zweck zusammen, um die deutsch-englischen Beziehungen mit ihnen zu besprechen.

Ich glaube, daß auch unter der liberalen Regierung die Entente mit Frankreich den pivot der englischen Politik bilden wird. Es ist aber immerhin schon erfreulich, den guten Willen vorzufinden, um die Spannung mit Deutschland zu beseitigen.

(gez.) P. Metternich

Anlage

London, den 2. November 1905

Der Schwerpunkt der internationalen Lage liegt noch immer in Marokko. Die Franzosen als Nation haben unser Entgegenkommen zurückgewiesen. Es hat ihnen im Gegenteil Mut gemacht, uns zu widerstehen, und sie glauben mehr als bisher an den Nutzen der englischen Hülfe.

Auf der Konferenz von Algeciras stehen uns, wie mir scheint, drei Wege offen.

Entweder wir geben in Ausführung unseres Abkommens mit Frankreich über das Konferenzprogramm unter möglichster Wahrung des Scheines nach; dann haben wir Ruhe, aber auch die Aussichten auf Marokko verloren. Zudem gewinnt dann die englisch-französische Gruppe, wie geschickt wir die Sache auch drehen mögen, an innerer Festigkeit und äußerem Prestige, und wir büßen in entsprechendem Maße daran ein. Auch wenn wir die französische Politik auf der Konferenz unterstützen, so wird uns das französische Volk dafür keinen Dank wissen, sondern den Erfolg unserem Nachgeben und der englischen Hülfe zuschreiben. Ich gehe hierbei als sicher davon aus, daß die französische Regierung auf der Konferenz ebensowenig wie bisher die Internationalisierung der für Marokko einzuführenden Kontrolle zu-

geben wird, d. h. sich nicht damit begnügen wird, nur einen Teil der Kontrolle ohne zugleich die leitende Rolle zu übernehmen.

Oder aber wir suchen auf der Konferenz möglichst viele der daran teilnehmenden Mächte von Fall zu Fall für den Gedanken der Internationalisierung unter Ausschluß der präponderierenden Stellung Frankreichs zu gewinnen, sodaß wir voraussichtlich vieles preisgeben müssen und einzelnes vielleicht durchsetzen können. Dieses Stückwerk hat den Vorteil, daß wir den Rückzug besser verdecken, als wenn wir von vornherein klein beigeben. Es hat aber auch den Nachteil, daß dadurch keine Lösung der Marokkofrage erzielt wird, daß der deutsch-französisch-englische Gegensatz über Marokko auch nach der Konferenz perpetuiert wird, und daß die Wunde mit allen Gefahren für den Weltfrieden offen bleibt.

Der dritte Weg ist der, daß wir auf der Konferenz den festen Standpunkt einnehmen und vertreten, daß keine fremde Macht auf Marokko Anspruch hat und keine, auch nicht zu zweien, darüber verfügen darf. Bei dieser Politik zeigen wir uns als den Starken, aber wir werden wenig direkten Vorteil von ihr ernten. Die Mächte, auch außer England, haben sich an den Gedanken gewöhnt, an Frankreich die präponderierende Stellung in Marokko einzuräumen, und wir werden als Störenfried angesehen werden, der die Kriegsgefahr heraufbeschwört. Denn mit ihr müssen wir im Falle einer starken Politik in Marokko jetzt ernstlich rechnen, mehr als vor einem halben Jahre, nachdem die Franzosen sich von ihrem Schrecken erholt haben und sie die englische Unterstützung jetzt doch recht ernst nehmen, an unseren Ernst aber nicht mehr recht glauben. Ich glaube, daß diejenigen sich täuschen, welche annehmen, daß die Franzosen wiederum aus Angst zu jeder Konzession bereit wären. Die Franzosen werden nicht zum zweiten Mal aus demselben Anlaß den Kopf verlieren, nachdem sie während der Marokkoverhandlungen gesehen, daß mit Widerstand doch recht viel zu erreichen ist. Und dann haben die „Matin"-Enthüllungen, die n a c h den Marokkoverhandlungen kamen, doch der ganzen Nation das Gefühl beigebracht, daß sie auf England zählen können. Die Franzosen sind zwar immer noch friedliebend, aber sie sind wieder in einer frechen Stimmung, in der sie auch zeitweilig schon zur Zeit Bismarcks waren, obwohl sie damals weit schwächer dastanden als jetzt. Mit einem Wort, sie werden sich nicht mehr so viel bieten lassen wie vor einem halben Jahre.

Kommt es aber zum Kriege, so weiß man nicht recht wozu. Wenn wir die Franzosen besiegen, so haben wir nichts davon außer einem Verlust von Gut und Blut, den keine Kriegsentschädigung ersetzen kann. Daß wir England besiegen, ist zum mindesten nicht wahrscheinlich. Unser Außenhandel wird geschädigt, und an den französischen Kolonien können wir uns nicht schadlos halten, solange England das Meer beherrscht. Außerdem kann England den Seekrieg länger aushalten als

wir den Landkrieg. Im Rücken sind wir zwar gedeckt, wenn es in naher Zukunft zum Kriege mit Frankreich und England kommt, es wird uns aber auch niemand helfen wollen oder können. Eine deutsche Landung in England, die Entfachung des heiligen Krieges der Moslem gegen England, der Zug einer türkischen Armee nach Ägypten unter einem preußischen General sind Schimären. Der Sultan wird sich dafür bedanken, solange ihm die englischen Schiffe nach Jildis schießen können. Ich sehe nicht recht, wie und wo wir England beikommen wollen. Dagegen kann England uns, auch wenn wir Frankreich besiegen, auf die Dauer mürbe machen und zum Frieden mit Frankreich zwingen.

Eliminieren wir aber nun die Marokkofrage, so stehen wir ganz friedlich in der Welt da, denn niemand will uns was. Weder England noch Frankreich noch sonst jemand beabsichtigt, uns anzugreifen. Ein Krieg kann nur aus der Marokkofrage entstehen.

Keiner der drei Wege, die uns auf der Marokkokonferenz offenstehen, erscheint besonders einladend. Es ist nicht einladend, in Verwickelungen zu geraten, um das Prinzip der Unantastbarkeit des Sultans von Marokko zu verfechten. Eine geographische Scheidung der Interessen von Frankreich, England, Spanien und Deutschland in Marokko noch jetzt zu erreichen, dürfte schwer halten, nachdem unsere Politik auf der uneigennützigen Verteidigung des Status quo basiert ist. Auch werden die übrigen Signatarmächte der Konvention von Madrid, auf der Konferenz von Algeciras vereinigt, keinen Drang zeigen, für den alleinigen Vorteil der vier vorhin genannten Mächte zu arbeiten. Die Marokkofrage hat sich außerdem im Laufe der Zeit so sehr zur Machtfrage zugespitzt, daß auf die Bereitschaft der englisch-französisch-spanischen Gruppe zu geographischen Konzessionen an Deutschland kaum mehr zu rechnen ist, es sei denn im letzten Augenblick, um einen Krieg zu verhindern.

Alles in allem genommen, scheint mir der zweite Weg noch am gangbarsten, wo wir auf der Konferenz das Terrain stückweise zu verteidigen haben.

Für den Weg Nr. 1 ist Rosen, für den Weg Nr. 3 ist Tattenbach der Mann, für den Weg Nr. 2 sind beide als Vertreter auf der Konferenz geeignet.

Es mag auch Leute bei uns geben, die den Zeitpunkt für günstig halten, um es zu einem Bruch zwischen Frankreich und uns kommen zu lassen, und die sagen, daß wir nach Niederschlagung Frankreichs uns Kompensationen in Europa holen sollen für den Verlust unserer überseeischen Besitzungen durch England. Ich halte es aber für frevelhaften Leichtsinn, dem Gang der Weltgeschichte Gewalt anzutun, und für töricht, die Früchte vom Baume schütteln zu wollen, ehe sie reif sind.

(gez.) Metternich

Nr. 6882

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Moschen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 Berlin, den 3. Dezember 1905

Euerer Majestät Botschafter in London telegraphiert:

„Das Lord Avebury-Meeting, welches von einflußreichen Männern im öffentlichen Leben Englands zahlreich besucht war, bezweckte, den Deutschen und ihrem Oberhaupt zu zeigen, daß warme Gefühle der Freundschaft für sie im englischen Volk bestehen trotz der Zeitungen. Deshalb wandte sich der allgemein geachtete und angesehene Lord Avebury in seinem Telegramm an Seine Majestät den Kaiser.

Es mehren sich die Anzeichen, daß das englische Volk zur Besinnung und Einsicht kommt, und daß es die Hand der Versöhnung uns hinhält. Auch die hiesige Presse ist in den letzten Wochen viel ruhiger geworden[1].

Die Mitglieder der Kaiserlichen Botschaft und ich waren gestern zum Frühstück von dem Komitee des Junior United Service Club, des zweitgrößten militärischen Klubs Englands, eingeladen worden aus Anlaß der Übergabe des Porträts Seiner Majestät des Königs, welches die Botschaft für erwiesene langjährige Gastfreundschaft dem Klub nach eingeholter allerhöchster Genehmigung gestiftet hat. Der Vorsitzende des Komitees, Colonel Fitzherbert, brachte im öffentlichen Klublokal vor dem Bilde ein begeistert aufgenommenes Hoch auf Seine Majestät den Kaiser aus und sandte an allerhöchstdenselben ein Telegramm ab. Das ganze Fest war eine Demonstration für Deutschland und Seine Majestät den Kaiser. Das Frühstückszimmer war reichlich mit deutschen und englischen Flaggen und dem preußischen Adler geziert. Die Komiteemitglieder — Militärs und Nichtpolitiker — zeigten lebhaftes Interesse für die Aveburysche Versammlung, und von allen Seiten trat die Freundschaft für Deutschland und Mißbilligung der vorhandenen Verstimmung zutage.

Gestern abend fand in dem hiesigen Lyceum Club unter Teilnahme der Botschaft ein Festessen ‚zu Ehren Deutschlands und seines Vertreters' statt. Die Tragweite dieses Vorganges liegt nicht so sehr in der Wichtigkeit dieses Klubs als in der Bedeutung der Teilnehmer an dem Feste. Die Countess of Aberdeen, Gemahlin des früheren Vizekönigs von Irland, führte den Vorsitz und hielt auf deutsch eine warme Rede auf Seine Majestät den Kaiser. Ich hielt eine versöhnliche Ansprache, die den lebhaftesten Widerhall in der Versammlung fand. Es wehte ein Geist warmer, aufrichtiger Freundschaft für Deutschland, der in vielen Reden Ausdruck fand, unter anderen bei Lord Aberdeen, dem Lord Mayor von London, dem Bischof von Southwark,

dem Eigentümer der ‚Westminster Gazette' Sir George Newnes, dem Herausgeber der ‚Quarterly Review', der bedeutendsten Zeitschrift Englands, Herrn Prothero, dem Lord Monkswell, früherer Staatssekretär des Kriegsministeriums. Es waren unter anderen zugegen der Herausgeber der ‚Fortnightly Review', Herr Courtney, der ‚Contemporary Review', Herr Bunting, der Herausgeber des ‚Daily Chronicle', welcher, wie er selbst im Gespräch erklärte, als Feind kam, aber als Freund schied. Die ‚Times' fehlte[2]. Kundgebungen wie die von gestern und vorgestern sind aber für die Stimmung Englands unendlich viel wichtiger als Leitartikel der ‚Times'[3].

Es ist bekannt, daß eine Anzahl englischer Staatsmänner während der letzten Wochen deutschfreundliche Reden gehalten haben. Meine gestrige Rede wird, nach dem, was mir die anwesenden angesehenen Vertreter der Publizistik sagten, weite Verbreitung in England finden und Eindruck hier machen.

Wir stehen am Wendepunkt in den Beziehungen zu England. Ich habe bisher niemals zu demonstrativen Freundschaftsbezeugungen England gegenüber geraten, weil ich wußte, daß sie hier nicht die verdiente Würdigung finden würden. Wenn wir aber jetzt die wichtigen und spontanen Kundgebungen versöhnlicher Gesinnungen kühl zurückweisen, so müssen wir auf eine Besserung des Verhältnisses zu England endgültig verzichten. Daß dies zu unserem Nutzen ausschlagen würde, ist zu bezweifeln. Ob die Gelegenheit nochmals wiederkommen wird, die öffentliche Meinung Englands uns, wenn auch langsam, wiederzugewinnen[4], weiß niemand.

Ich halte es daher in dem jetzigen Augenblick, wo ein entschiedener Wandel in der Gesinnung uns gegenüber sich vorbereitet, und wo eine neue Regierung antritt, von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß Seine Majestät der Kaiser sich bewogen fühlen, den Empfang des Telegramms Lord Aveburys mit einigen freundlichen Worten zu bestätigen[5]. Auch gestatte ich mir zu empfehlen, daß Euere Durchlaucht bei Seiner Majestät eine freundliche Antwort an Colonel Fitzherbert befürworten." Alleruntertänigst

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr bescheiden!!

[2] vor allem irgend ein Prinz oder Freund oder Vertreter von E[duard] VII.!!! Standard auch! Daily News auch!

[3] solange S. M. sich nicht indirekt an ihn betheiligt oder sein Interesse ausspricht! haben sie wenig nutzen!

[4] davon sind wir noch weit entfernt!

[5] nur in dem Falle daß H. M. E[duard] VII. es auch thut, und offiziel von dem Meeting Kenntniß nimmt!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Metternich ist etwas optimistisch. Es ist gewiß erfreulich, daß nach 10 Jahren andauernden Hetzens und Intriguirens einige Damen und Herren und einige — nicht die wichtigsten — Zeitungsvertreter zusammenkommen, um ihre Sympathieen mit Deutschland auszudrücken. Ich begrüße diese Ereignisse mit Freude als Symptome und Anfänge zur Anbahnung eines besseren Verhältnißes. Aber die Probe aufs Exempel muß erst in den Handlungen der Regierung, in ihrer Politik gezeigt werden. Wenn sie aufhört Geschwader gegen uns um England herum und in der Nordsee aufzustellen, wenn sie aufhört in Paris gegen uns zu hetzen und die Hand dazu bietet uns die Franzosen zu einer Entente cordiale zuzuführen, wenn sie aufhört, uns die Russen auf den Hals zu hetzen und die Polen anzustacheln, wenn sie aufhört in Amerika gegen uns zu intriguiren, sondern ehrlich die Hand hinhält und pater peccavi sagt mit dem Bemerken: Soyons Amis Cinna!; wenn der König seine Haltung mir und meinem Lande gegenüber öffentlich ändert, erst dann will ich glauben, daß England mit uns Freundschaft halten will vorher ganz bestimmt nicht. Ein paar Diners mit ein paar wohlmeinenden Redensarten genügen mir nach meinen Erfahrungen nicht mehr! So billig bin ich nicht mehr zu haben. Vor allem hat H. M. E[duard] VII. sich persönlich mir zu nähern!

Nr. 6883

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 330 London, den 4. Dezember 1905

pp.* Ich bitte Euere Durchlaucht, Seiner Majestät unterbreiten zu wollen, daß ich im vollen Bewußtsein der verantwortlichen Stellung, in welche seine Gnade mich gesetzt hat, davon überzeugt bin, daß der psychologische Moment für eine Wiederannäherung der beiden Völker, wenigstens soweit England in Frage kommt, eingetreten und daß hier der unverkennbare Wunsch einer Aussöhnung vorhanden und zum öffentlichen Ausdruck gekommen ist. Ich bin nicht so sanguinisch, anzunehmen, daß nun mit einem Male alles sich fundamental geändert hat; es kann aber für jemand, der in England lebt und hier mit offenem Blick die Ereignisse der letzten Wochen und insbesondere der letzten Tage verfolgt hat, keinem Zweifel unterliegen, daß hier eine starke und, ich möchte fast sagen, allgemeine Bewegung im Gange ist, die auf Aussöhnung mit Deutschland drängt[1]. Warum sollen wir die dargebotene Hand nicht mit Vorsicht und ohne Überschwenglichkeit ergreifen?[2] Wir

* Das Telegramm ist dem Kaiser in einer etwas gekürzten Form vorgelegt worden und in dieser hier abgedruckt; Anfang und Schluß, die fortgelassen sind, betreffen Graf Metternichs Rede im Lyceum Club.

vergeben uns nichts damit, und es kann dem deutschen Vaterlande nur nutzbringend sein, wenn die gefährliche Spannung zwischen den beiden Nationen nachläßt. Hätte ich dieselbe Rede vor einem Jahre gehalten, so würde sie totgeschwiegen, kritisiert und bespöttelt worden sein. Daß jetzt, mitten in einer Wahlbewegung, im Wechsel des Ministeriums, wo die innere Parteifrage für den Augenblick die Lage beherrscht, die Beziehungen zu Deutschland trotzdem in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangt sind, ist ein deutliches Anzeichen für den Ernst der eingetretenen, auf Aussöhnung gerichteten Bewegung[3].

Ich weiß, wie ich vertraulich bemerke, aus sicherster Quelle, daß auch Seine Majestät König Eduard, wohl im Gefühl, daß er im vergangenen Sommer zu weit[4] nach der anderen Seite gegangen ist, einen Ausgleich der persönlichen und politischen Gegensätze wünscht[5]. Wie dem aber auch sein mag, er ist ein zu feiner Politiker, um einer Bewegung in seinem eigenen Volke entgegenzutreten, welche unter der vielleicht heute schon zustande kommenden liberalen Regierung* noch akzentuiert wird. An König Eduard sind von einflußreichen Versammlungen in Deutschland, die den Wunsch nach besseren Beziehungen mit England ausdrücken, keine Telegramme gerichtet worden. Er hat daher vielleicht auch nicht den gleichen Anlaß wie Seine Majestät der Kaiser, Stellung zu dem Telegramm Lord Aveburys an unseren allergnädigsten Herrn zu nehmen[6]. Ich bin daher überzeugt, daß eine freundliche Antwort Seiner Majestät etwa des Inhalts, daß die in der Versammlung zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen seine volle Sympathie haben, von wohltätigem Einfluß sein würde, besonders wenn auch die öffentliche Meinung und Presse in Deutschland die freundschaftlichen und versöhnlichen Stimmen aus England mit Herzlichkeit begrüßen[7]. pp.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Das bezweifle ich! Wenn ich sie nicht leugnen wollte!

[2] Der König und seine Regierung und sein Parlament haben mir Englands Hand darzubiten! Nicht Lady Aberdeen!!!

[3] ist nur eine Folge der Delcasséschen Enthüllungen, wodurch die Briten sich auf das schmählichste entlarvt und hereingefallen fühlen und nun, da der Ueberfall auf uns nicht gelang, sollen wir sofort alles vergessen!!

[4] Ich danke!

[5] wenn dem so ist so soll er das durch Thaten beweisen!

[6] wohl aber konnte er der Englischen Versammlung gegenüber durch Knollys sein Interesse aussprechen lassen!

[7] dazu ist es zu früh wir sind zu tief verletzt!

---

* Tatsächlich trat am 4. Dezember der lange erwartete Kabinettswechsel in England ein. An Stelle des bisherigen konservativen Kabinetts Balfour wurde am 10. Dezember das liberale Kabinett Campbell-Bannerman gebildet, in dem Sir Edward Grey das Auswärtige übernahm.

Nr. 6884

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept

Nr. 211 Berlin, den 5. Dezember 1905

Der Herr Reichskanzler hat heute an Lord Avebury nachstehendes Telegramm gerichtet:

„His Majesty the Emperor has received your Lordships telegram and I am authorized by His Majesty to transmit His sincerest thanks to you and to all those who share your feelings of friendship and good will."

An Colonel Fitzherbert hat Seine Majestät der Kaiser, wie allerhöchstderselbe dem Fürsten Bülow mitgeteilt hat, bereits geantwortet.

Erlaß des Herrn Reichskanzlers folgt.

Mühlberg

Nr. 6885

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 2091 Berlin, den 5. Dezember 1905

Wie Ew. aus dem Telegramm Nr. 211* entnommen haben, hat Seine Majestät der Kaiser infolge Ihrer Telegramme Nr. 329** und 330*** und auf meinen Vortrag mit einer von mir zu zeichnenden freundlichen Antwort an Lord Avebury allerhöchstsich einverstanden zu erklären geruht. Ich möchte aber Ew. nicht verschweigen, daß Seine Majestät durch den jetzt vorgekommenen Austausch von Freundlichkeiten den allgemeinen Status der beiderseitigen Beziehungen in entscheidender Weise noch nicht für gebessert anzusehen vermag. Seine Majestät der Kaiser hat sowohl zu Ihrer telegraphischen Berichterstattung wie zu einem dringenden Immediatbericht, den ich allerhöchstdemselben in der Angelegenheit erstattet habe, eine größere Anzahl Marginalien† gemacht, aus denen sich ergibt, daß allerhöchst-

* Siehe Nr. 6884.

** Identisch mit dem in Nr. 6882 inserierten Telegramm Metternichs.

*** Siehe Nr. 6883.

† Von den kaiserlichen Marginalien zu dem — nicht bei den Akten befindlichen — Immediatschreiben Fürst Bülows vom 4. Dezember ist folgende abschriftlich zu den Akten gekommen: „Ew. Durchlaucht mögen in meinem

derselbe Ew. Charakterisierung der gegenwärtig dort zutage tretenden Stimmungen für eine zu optimistische hält.

Allerdings glaubt Seine Majestät der Kaiser, daß die durch Delcassé enthüllten Vorgänge von manchen ernsteren englischen Politikern als bedauerlich und peinlich werden empfunden werden, und daß auch der Wunsch vorhanden sein mag, wir möchten alle Vorkommnisse der letzten Zeit von heute auf morgen aus unsrem Gedächtnisse streichen. Weder hinsichtlich der Motive noch hinsichtlich der Bedeutung der jetzigen Kundgebungen vermag indessen Seine Majestät der Kaiser schon ganz beruhigt in die Zukunft zu sehen.

Wie ich im allerstrengsten Vertrauen hier bemerken will, ist Seine Majestät nicht völlig frei von der Besorgnis, daß ein Teil der jetzt in England uns bezeigten größeren Freundlichkeit darauf zurückzuführen sein möchte, daß der Effekt, den Englands Haltung während der letzten Zeit auf unsere öffentliche Meinung auszuüben anfängt, d. h. die jetzt zutage tretende Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, sich gegen Überfälle besser als bisher zu schützen, vielleicht an irgendwelcher maßgebenden oder einflußreichen Stelle Englands Bedenken zu erregen beginnt.

Was die Persönlichkeiten anlangt, die im Lyceum-Club und in der Caxton-Hall hervorgetreten sind, so erscheinen dieselben Seiner Majestät dem Kaiser sympathisch, aber nicht gewichtig genug, um der Bewegung schon jetzt eine symptomatische Bedeutung beilegen zu können. Die gerade jetzt gegen uns gerichtete Bildung eines neuen Geschwaders in der Nordsee wird nach der Ansicht Seiner Majestät durch Sympathieerklärungen an uns von seiten nicht verantwortlicher Stellen nicht aufgewogen. Erst wenn verantwortliche Staatsmänner Englands frei und öffentlich im Parlamente es als notwendig nachdrücklich betonen würden, daß Frieden zwischen beiden Ländern herrschen solle und müsse, werde man unsrerseits rückhaltlos beistimmen dürfen.

Namen und Auftrage antworten! Ich tue es ganz bestimmt nicht! Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Geschichte nur ein schlauer Coup des Königs ist, um unsern Zorn und seine Rüstungsfolgen zu besänftigen! dabei aber ruhig seine Intrigenpolitik fortsetzt: also uns dummen Kerls fangen will! Ich teile Metternichs optimistische Ansichten nicht! Die Reden von ein paar unmaßgeblichen Herren und Damen in einer Versammlung und einem Damenclub bedeuten dem Englischen Verhalten und Taten uns gegenüber absolut Nichts. Erst wenn H[is] M[ajesty] seine Politik mir gegenüber ändert, erst wenn sein Vertreter bei der Marokkokonferenz mit meinem Hand in Hand geht und die Franzosen beruhigt und mit uns zu versöhnen trachtet; erst wenn die Staatsmänner offiziell wie öffentlich im Parlament es als nötig betonen, daß mit uns Frieden gehalten werden muß, dann werde ich es glauben und meine Haltung und Benehmen ändern, **vorher nicht!** Zudem wird jetzt eine neue direkt gegen Deutschland gerichtete Flotte von sechs Schiffen in der Nordsee gebildet! Das bedeutet mehr als alle Reden und Diners. (gez.) W."

Zu dem Passus Ew. Telegramms Nr. 330, wonach König Eduard in dieser Sache nicht den gleichen Anlaß zu einer Stellungnahme wie Seine Majestät der Kaiser habe, hat Seine Majestät am Rande eine Frage aufgeworfen, aus der hervorgeht, daß allerhöchstderselbe nicht davon sich überzeugen könne, daß König Eduard nicht vielleicht durch Lord Knollys der englischen Versammlung immerhin sein Interesse hätte aussprechen lassen können. Nur eine Änderung der englischen Politik uns gegenüber werde Seine Majestät zu der Überzeugung bringen, daß tatsächlich ein Umschwung eingetreten sei. Erst wenn England die Franzosen nicht mehr gegen uns aufstacheln, sondern trachten würde, sie mit uns zu versöhnen, werde Seine Majestät an eine tatsächliche Besserung der Lage gern und aufrichtig glauben.

Das Vorstehende ist im wesentlichen nur zu Ew. ganz vertraulicher Information bestimmt, und lediglich Ihrem Takt und Ihrer bewährten Kenntnis dortiger Personen und Verhältnisse bleibt es überlassen, ob und inwieweit Sie von der im Vorstehenden wiedergegebenen Beurteilung der Lage durch Seine Majestät den Kaiser an geeigneter Stelle etwa ganz vorsichtigen Gebrauch machen wollen.

Bülow

Nr. 6886

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1377 London, den 20. Dezember 1905

Bei meinem vorgestrigen ersten Besuche bei dem neuen Auswärtigen Minister Sir Edward Grey brachte ich das Gespräch auf Marokko und die Ereignisse des vergangenen Sommers, da ich es für nützlich hielt, den Minister über unsere Auffassung, soweit sie mir bekannt ist, zu informieren. Ich schickte voraus, daß ich keinen Auftrag hätte, diese Frage mit ihm zu besprechen, und fügte wahrheitsgemäß hinzu, daß ich seit meiner Rückkehr aus Berlin Ende September keinerlei amtliche Mitteilungen über Marokko erhalten hätte. Es seien mir aber die Ursachen und Ziele unserer Marokkopolitik genau bekannt, und es sei daher für ihn, den Minister, vielleicht nicht ohne Interesse zu erfahren, wie ich über diese Frage dächte.

Gelbbücher, auch wenn sie dreihundert Seiten umfaßten*, könnten gewisse einfache Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Es sei eine

* Anspielung auf das inzwischen in Frankreich zur Ausgabe gelangte Gelbbuch „Affaires du Maroc 1901—1905", das 320 Folioseiten umfaßte.

Tatsache, daß bis zum Jahre 1904 alle Großmächte über die Unabhängigkeit Marokkos mit Eifersucht gewacht hätten, und daß keine der anderen eine besondere Vormachtstellung dort einzuräumen gewillt gewesen sei. Insbesondere hätte auch die englische Politik nie zugeben wollen, daß Frankreich festen Fuß in Marokko fasse, nicht einmal in dem algerisch-marokkanischen Grenzgebiet, wo wir den Franzosen bereitwillig ihre Sonderstellung zugegeben hätten. Hierüber würden die Archive seines Amtes deutlichen Aufschluß geben, ebenso wie über manche Besprechungen, die ich mit dem verstorbenen Lord Salisbury an derselben Stelle gehabt hätte, an der ich jetzt zu ihm, Sir Edward Grey, spräche. Aus den Aufzeichnungen Lord Salisburys würde nichts weniger hervorgehen, als daß Frankreich eine prädestinierte Stellung in Marokko besäße. Die Theorie, daß ein Land, weil es eine lange Grenze mit einem anderen Lande habe, deshalb in dem Nachbarlande die natürliche Rolle auszuüben habe, für die übrige Welt dort aufzutreten, sei ganz neu und jedenfalls nicht international begründet.

Nun habe England in dem Abkommen mit Frankreich gewissermaßen seine Interessen an Frankreich abgetreten und sich dadurch desinteressiert. Dies sei Sache Englands und ginge uns nichts an. Dagegen erkennten wir nicht an, daß Abmachungen zwischen England und Frankreich über die Rechte und Interessen Dritter in Marokko verfügen könnten[1]. Unsere Rechte beruhten auf dem Vertrag von Madrid vom Jahre 1880 und auf unserem Handelsvertrag mit Marokko. Unsere Interessen lägen in unseren Handelsbeziehungen zu Marokko. Dieses Land sei eins der wenigen noch unerschlossenen Gebiete der Erde, mit großen Möglichkeiten für die Zukunft, die wir uns nicht ohne weiteres wegnehmen ließen. Es komme nicht nur der Handel mit Marokko in Betracht, sondern auch, was in solchen Ländern weit wichtiger wäre, die Vergebung von staatlichen Konzessionen für Wege- und Eisenbahnbau, für Hafenanlagen, für Bergwerke. Tunis und Madagaskar seien lehrreiche Beispiele dafür, wie der fremde Handel und Wandel fahre, wo französische Kolonialpolitik herrsche.

Gegen das englisch-französische Abkommen an und für sich hätten wir keine Einwendungen erhoben, obwohl auch in ihm die Handelsfreiheit auf dem Papiere nur für dreißig Jahre gesichert erschiene. Dagegen scheine die französische Regierung durch das Abkommen in den Glauben versetzt worden zu sein, als habe sie nun ein besonderes geheiligtes Vorrecht in Marokko erhalten. Dies sei ein Irrtum. Die Rechte Frankreichs in Marokko seien nach dem Abkommen nicht größer, als sie vorher gewesen seien, und die Stellung Dritter sei in Marokko die gleiche wie früher. Im April 1904 hätten wir nicht opponiert, weil dazu kein Grund vorgelegen habe. Erst die Auslegung, die die französische Regierung dem Abkommen gegeben zu haben scheine, the conduct of French policy in Morocco since April

1904[1], not the agreement itself, hätten uns veranlaßt, gegen das Vordringen Frankreichs in Marokko einzuschreiten, und zwar schon Ende desselben Jahres, nicht erst, wie hier behauptet werde, nach der Schlacht von Mukden, die im März des nächsten Jahres stattgefunden habe. Wenn die französischen Reformvorschläge von dem Sultan von Marokko angenommen worden wären, so wäre Marokko in militärischer, in finanzieller und in administrativer Beziehung in die Gewalt und unter den ausschließlichen Einfluß Frankreichs geraten. Dem wären wir entgegengetreten.

Auch wir träten für Reformen in Marokko ein, aber nur für solche, die auf internationaler, nicht rein französischer Grundlage beruhten. Deshalb hätten wir auf die Konferenz gedrungen. Von ihr erwarteten wir, daß die Reformen durch internationalen Vertrag festgelegt und unter internationaler Leitung ausgeführt würden. Wir verfolgten in Marokko weiter nichts als die Gleichberechtigung aller, equal opportunities, wie sie in dem japanisch-englischen Vertrage zum Ausdruck gebracht seien. Wir erblickten aber nur durch internationale Festlegung die Sicherheit für equal opportunities[1]. Bei rein französischer Leitung fehle diese.

Sir Edward Grey erwiderte, daß er und seine Kollegen den Wunsch hätten, freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland zu haben. Er beglückwünsche mich zu meiner Rede im Lyceum Club*, und er begrüße mit Freuden die Symptome der Annäherung zwischen England und Deutschland. Der Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sei in England allgemein[2]. Man wolle aber nicht die französische Freundschaft opfern, um die deutsche zu erreichen. An den Frankreich gegenüber in dem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen müsse England festhalten.

Ich erwiderte, im vergangenen Sommer sei England weit über die Grenzen seiner Verpflichtungen hinausgegangen. Es sei französischer als die Franzosen gewesen. Die Franzosen hätten im Juni des Jahres gefühlt, daß sie durch ihre Marokkopolitik sich Deutschland gegenüber in das Unrecht versetzt hätten. Dieses Gefühl sei in Frankreich allgemein zum Ausdruck gekommen und habe die Entfernung Delcassés herbeigeführt. In England dagegen hätte sich ein Geschrei erhoben, als ob die heiligsten Interessen Englands von uns verletzt worden wären[3]. Die öffentliche Meinung Englands sei so weit gegangen, daß sie die bewaffnete Hülfe den Franzosen in Aussicht gestellt habe, falls es zu einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland käme. Die englische Regierung hätte, wenn er mir gestatten wolle, mich freimütig zu äußern, nach unserem Eindruck die französische Regierung in ihrem Widerstande gestärkt und angeschürt[4]. Alles dies habe einen tiefen Eindruck in Deutschland ge-

* Vgl. Nr. 6882.

macht, dem auch ich persönlich mich nicht entziehen könne. Ich wünschte nun aber nicht alte Rekriminationen aufzuwärmen. Ich sei vielmehr davon überzeugt, daß er und seine Regierung ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland erstrebten. Niemand in Deutschland glaube, daß England die neuerworbene französische Freundschaft aufgeben werde, die ihm nach vielen Richtungen hin erwünscht sein müsse. Ich könne mir aber nicht vorstellen, daß es im englischen Interesse liege, sich Deutschland zum Feinde zu machen, weil es Frankreich zum Freunde habe, oder für die Freundschaft des einen Landes die Feindschaft des anderen einzutauschen [1]. Ich würde daher, wenn ich Engländer wäre, mir die Frage vorlegen, ob es nicht mehr im Interesse Englands liege, zwischen Frankreich und Deutschland eine ausgleichende, versöhnliche Rolle zu spielen [5], anstatt den französisch-deutschen Gegensatz in der Marokkofrage zu verschärfen. Ich sähe mit Besorgnis dem Zusammentritt der Konferenz entgegen, da aus den jüngsten französischen offiziellen Äußerungen erhelle, daß der Gegensatz zwischen der französischen und deutschen Auffassung noch voll bestehe. Es werde sich dann zeigen, ob England eine ausgleichende oder die bisherige, die Gegensätze verschärfende Politik verfolgen werde. Unsere Politik sei klar. Weder Frankreich allein noch Frankreich im Verein mit anderen Mächten werde uns dazu bewegen, unsere Rechte und Interessen preiszugeben [1].

Der Minister entgegnete, er hoffe, daß die Konferenz einen befriedigenden Verlauf nehmen werde, da sich Deutschland und Frankreich über die Fragen, welche auf der Konferenz zur Verhandlung kämen, in einem Programm geeinigt hätten. Die englische Regierung werde die französische Regierung auf der Grundlage dieses Programmes unterstützen [6]. Im übrigen müsse abgewartet werden, was die Konferenz bringe.

Ich wollte es vermeiden, die Zukunft einer Polemik zu unterziehen, da ich dem Minister sonst geantwortet haben würde, daß das Programm kein Definitivum wie ein Vertrag bilde, daß wichtige Fragen für die Diskussion offen gelassen seien, und daß selbst die Vereinbarungen in dem Programm verschieden ausgelegt würden. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die englische Regierung auch in Zukunft die französische in der Marokkofrage unterstützen wird, und daß sie die Freundschaft mit Frankreich nicht gefährden will. Sie würde sich sonst mit der Stimmung des ganzen Landes in Widerspruch setzen. Auch entspricht die Freundschaft mit Frankreich der liberalen Tradition. Wenn die jetzige Regierung in die Zwangslage versetzt wird, zwischen Frankreich oder Deutschland wählen zu müssen, so wird sie sich für Frankreich entscheiden [7]. Sie wird sich aber nur ungern in diese Lage begeben, und ich möchte daher annehmen, daß der modus procedendi in marokkanischen Dingen ein sanfterer sein wird als bisher, und daß sie es zu vermeiden

trachten wird, das deutsche Empfinden zu brüskieren. Der Wunsch nach einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen besteht unzweifelhaft und ist aufrichtig[8]. Er besteht nicht nur bei der jetzigen Regierung, sondern auch in weiten Kreisen des Volkes. Dieselben Leute, die noch vor kurzem auf uns schimpften, nehmen es jetzt übel, wenn man ihnen deutschfeindliche Gesinnung vorwirft. Es ist schwer, diese Erscheinung zu erklären, aber wir können es uns ja vorläufig an dem Umschwung der Gesinnung da, wo er eingetreten ist, genügen lassen, ohne zugleich Reue und Zerknirschung über die begangenen Sünden zu fordern. Man würde aber fehlgehen, wollte man den Anfang des Umschwunges in der Gesinnung uns gegenüber auf die Furcht zurückführen. Volksstimmungen sind launisch. Das Gefühl der Bitterkeit, welches der Burenkrieg zurückgelassen hatte, fängt an zu schwinden, und es ist eine gesunde Reaktion gegen die Verhetzung eingetreten. Es wird sich bald zeigen, wie weit die öffentliche Meinung gegen künstliche Bearbeitung in der „Times" und anderswo gefeit ist, und ob die zarte Knospe der deutschen Freundschaft den Frosthauch der Marokkokonferenz überdauern wird. Auszüge aus dem Gelbbuch, die in der hiesigen Presse zum größten Teil in franzosenfreundlichem Sinne gemacht und kommentiert worden sind, und die Rede des Herrn Rouvier* haben der hiesigen öffentlichen Meinung, soweit ich dies zu beurteilen vermag, den französischen Standpunkt im günstigen Lichte erscheinen lassen. Der hiesige Eindruck ist der, that Germany has been acting as a bully[9], und daß wir, weil wir uns als die Stärkeren fühlen, die Franzosen maßregeln wollen. Aber trotzdem ist von einer Erregung der Gemüter, wie sie im Sommer über die marokkanische Frage eintrat, jetzt hier nichts mehr zu bemerken. Es ist dies vielleicht das deutlichste Zeichen dafür, daß ein deutschfreundlicher Umschwung im Gange ist. Die öffentliche Meinung hat während der letzten Jahre die englische Regierung in eine, zum mindesten gesagt, Deutschland nicht wohlwollende Richtung getrieben. Die öffentliche Meinung wird, wenn sie nicht in den Fehler des Argwohns gegen Deutschland zurückfällt, eine willige Regierung, wie sie jetzt besteht, in einer deutschfreundlichen Haltung bestärken. Darin liegt die große politische Bedeutung der öffentlichen Kundgebungen.

Ich habe mich mehreren liberalen Führern in der letzten Zeit über die Marokkofrage in ähnlichem Sinne wie Sir Edward Grey gegenüber geäußert. Zuletzt habe ich dieses Thema vorgestern mit dem neuen Kriegsminister, Herrn Haldane, besprochen. Dieser ist ein warmer Freund Deutschlands und zugleich ein einflußreiches Mitglied der jet-

* Am 16. Dezember hatte Rouvier in der französischen Kammer eine ausführliche Darstellung der Marokkofrage gegeben, die nicht frei war von Empfindlichkeit gegen Deutschland. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1905, S. 222 ff.

zigen Regierung. Er ist ein persönlicher Freund Sir Edward Greys. Dieser hat, wie ich ganz vertraulich bemerke, seinen Eintritt in das Kabinett als Auswärtiger Minister bei Sir Henry Campbell-Bannerman davon abhängig gemacht, daß Mr. Haldane einen der wichtigen Ministerposten erhalte. Grey, Haldane, Asquith, mit dem ich auch die deutsch-englischen Beziehungen und die Marokkofrage besprochen habe, und der ebenfalls für die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen eintritt, gehören zu den Imperialisten Roseberyscher Schattierung und sind Anti-Homeruler. Der Premierminister, als Homeruler und ohne besonders ausgesprochene Neigungen für eine kräftige auswärtige Politik, und der daher die Imperialisten nicht zu sehr stärken wollte, hatte zuerst Schwierigkeiten gemacht, Herrn Haldane mit einem wichtigen Posten im Kabinett zu betrauen.

Wenn wir über die Marokkokonferenz ohne dauernde Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen glücklich hinwegkommen, so habe ich jetzt, wie mir scheint, die nicht unbegründete Hoffnung, daß unser Verhältnis zu England in absehbarer Zeit gesunden wird[10].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Gut

2 dann muß endlich der heimlichen Englischen Preßkampagne gegen uns in Gallien, Belgien, Russland, Amerika gründlich von der Regierung aus Einhalt gethan werden

3 richtig

4 ja

5 sehr richtig werden sie aber nie thun

6 na das ist ja recht deutlich

7 hat sie schon

8 aber es bleibt eben dabei! Ein Wunsch! es rührt Niemand einen Finger!

9 !

10 ?

Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut gemacht!

Nr. 6887

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Abschrift

Neues Palais, den 29. Dezember 1905

Lieber Bülow,

Gestern war der berüchtigte Börsenfreund und Spekulant of H[is] M[ajesty] E[duard] VII., Herr Beit, bei mir, um mir den illustrierten Katalog seiner Kunstschätze — vom guten Bode gemacht — zu überreichen.

Nachdem ich gebührend alles bewunderte und ihm die Wohnung Friedrich des Großen gezeigt hatte, kam bald das Gespräch auf Marokko und die Beziehungen von England zu Deutschland. Auf meine Bemerkung, es sei sehr erfreulich, daß von hüben und drüben in Versammlungen pp. die Leute sich regten und trachteten, die Reibungen zu mindern, fiel er mit seiner hastigen Lebhaftigkeit ein, voll zustimmend, und umsomehr, als England ja gar nichts von uns wolle, als mit uns in guten Beziehungen sein. Nur Marokko sei ein dunkler Punkt. Auf meine Frage weshalb, erwiderte er: weil in England die Ansicht vorherrsche, wir wollten den Franzosen den Krieg machen, weil sie mit England das Abkommen getroffen und die „Entente Cordiale" geschlossen hätten. Ich bemerkte dazu, „es sei höherer Blödsinn"! Die Engländer könnten mit Frankreich soviel „ententes cordiales" machen, wie sie wollten, das wäre uns ebenso egal wie der gallo-russische Zweibund, der uns auch nicht erschüttert hätte. Das Abkommen betreffend, so habe England seine Interessen an Frankreich abgetreten, also sich „desinteressiert", das ginge uns auch nichts an und sei lediglich Englands Sache; allein damit nicht genug, habe es Frankreich Vorzugsrechte auf Kosten der anderen Staaten und deren Interessen zugebilligt, und das gehe nicht an, da dadurch die Konvention von Madrid geschädigt werde. Wie es anderen Staaten in unter französischem Protektorat stehenden Ländern ergehe, zeige ja Tunis, Algier, und setzte Beit hinzu „Madagaskar". Das habe uns allen in Marokko gedroht, und das wollten wir alle anderen nicht. Zudem sei es doch recht unmanierlich gewesen, daß niemand es für gut befunden, uns das Geringste über das Abkommen, in dem unsere Rechte ignoriert würden, mitzuteilen. Dazu die englischen Intrigen in Paris, die durch die Delcasséschen Enthüllungen herausgekommen, wären Grund genug, daß wir uns nicht in der rosigsten Laune befänden, sondern eher den Eindruck hätten, zwei Buschkleppern uns gegenüber zu befinden, die einen nach Verabredung beim Spazierengehen zu überfallen sich anschickten; dann griffe man eben zum Revolver! Lebhaft unterbrach mich Herr Beit und erklärte: Was das in den Delcassé-Enthüllungen erwähnte Angebot beträfe, mit bewaffneter Hülfe, so „sei das nur in dem Falle gemeint gewesen, falls Deutschland Frankreich unrechtmäßigerweise überfiele!" England fühle eben durch die „entente cordiale" sich an Frankreich in der Marokkofrage festgebunden und werde die französischen Ansprüche unterstützen, weil das im Abkommen so bedungen sei und sie die französische Freundschaft sich absolut fürs erste erhalten wollten. Daher erachte sich England im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich für unbedingt verpflichtet, dem letzteren sofort beizuspringen, und das werde es auch bestimmt tun. Aber von sich aus allein einen Krieg mit Deutschland zu machen oder gar uns zu überfallen, daran

dächte niemand in England, da wäre das ganze große Publikum absolut dagegen, denn es wolle unbedingt gute Beziehungen mit uns haben. Auch die Regierung, deren Mitglieder er kenne, sei von demselben Wunsche erfüllt und würde alles tun, die freundschaftlichen Gefühle zu fördern. Dafür wäre es aber enorm wichtig, daß die leidige Marokkofrage erst von der Tagesordnung verschwinde, denn die laste wie ein Alp auf den Engländern, gerade wegen des in Aussicht stehenden Krieges Deutschlands gegen Frankreich. Als ich nochmals erklärte, davon sei gar keine Rede, wir würden mit den Franzosen schon zu Rande kommen, wenn sie London nur in Frieden ließe, sagte Beit: In Frankreich glaube man ebenso an den nahen Ausbruch des Krieges als in London! Rouvier, den er vor ein paar Tagen besucht habe, habe es ihm auch gesagt, als er über die Konferenz mit ihm gesprochen, die werde sich wohl allmählich abwickeln, aber er habe große Sorgen vor Überraschungen, „car il est incontestable qu'il y a quelque chose dans l'air." Nicht genug damit, habe Beit in Paris konstatiert, daß man sich in aller Stille auf einen Krieg vorbereite! Die Reserveoffiziere hätten ihre Einberufungsorders zu Ende Februar erhalten, dem mutmaßlichen Datum des Kriegsausbruchs, und überall hätten Vorbereitungen stattgefunden, soweit man solche treffen könne, ohne direkt mobil zu machen. Die Stimmung in Paris sei ernst, besorgt, aber fest und entschlossen gewesen. Der Schreck vom Frühjahr sei fort, und im Bewußtsein der sichergestellten englischen Hülfe sei man auch guten Muts. Ich erwiderte: Wir hätten seit den Enthüllungen nie daran gezweifelt, daß England mit Frankreich gehen werde — überhaupt stets auf der Seite unserer jeweiligen Gegner zu finden sein werde —. Die ganze Kriegsangst der Franzosen sei lächerlich, an Irrsinn grenzend; falls sie entschlossen seien, sich loyal und gentlemanlike in der Konferenz zu benehmen, würden sie bei uns dasselbe Verfahren finden, und hoffte ich, daß aus dem Verlaufe sich ein good understanding herausentwickeln werde. Da sei also gar kein Grund zu irgendwelchem Krieg oder Sorge vor Überfall von uns. Aber der Grund zu allen diesem Verdruß sei nicht in Frankreich sondern in London zu suchen! Das sei die verfluchte englische organisierte Hetze gegen uns, die systematisch unter der Hand in der Presse aller Länder mit skrupelloser Verleumdung, Lüge und Verdächtigung alles gegen uns einzunehmen und aufzubringen trachte! „Glauben Sie, daß die englische Regierung das macht"? fragte Beit. Ich erwiderte „Nein"! Aber englisches Kapital von reichen Privatiers, welche der Regierung indirekt damit Dienste leisten! Ich sei von Franzosen informiert, daß England 300 000 frcs. in die Pariser Presse stecke für antideutsche Hetzartikel! Beit bestätigte das, nur die Summe sei ihm nicht bekannt gewesen, das Factum sei aber absolut richtig! Desgleichen hätten auch die Russen ihre Summen, die sie in Paris spielen ließen, auch gegen uns; ich wisse da auch die Summe 360 000 frcs.! Dazu setzte Beit

„monatlich"! Desgleichen wisse ich es aus Belgien, wo die liberalen Parteichefs, die gern ein freundnachbarliches Verhältnis mit uns haben wollten, sich beklagten, daß sie ihre Presse nicht dirigieren könnten, da sie glatt von England bestochen und im antideutschen Sinne redigiert werde! Ebenso in Rußland, wo auch einflußreiche Blätter erkauft und gegen uns mit Gift versehen würden! Zu diesen Operationen im Auslande träte die systematische, jahrelange Brunnenvergiftung in den zahllosen englischen Revuen, wo die Leute, die sich Calchas, Diplomaticus, one who knows, Vales etc. unterschrieben, die unerhörtesten, schamlosesten Verleumdungen und Lügen über Deutschland und mich dem englischen Publikum unwidersprochen vorgesetzt hätten, die daher auch geglaubt worden seien. Herr Beit rief da aus: „Ja wenn man nur wüßte, nur herauskriegen könnte, wer diese infamen Kerle sind? ich habe mich ja auch schmählich darüber geärgert." Als ich ihm erwiderte, die Herren seien uns längst bekannt, machte er erstauntes Gesicht, aber noch größer wurden seine Augen, als ich ihm sagte „Wesselitzky, Poklewsky, Tatitschew und Delcassés Privatsekretär". „Donnerwetter, davon, das kann ich Sie versichern, hat man in England keinen Schimmer!" war die Antwort. Dann fuhr Beit fort: Das, worüber ich geklagt, sei recht, die Presse habe sich ganz unqualifizierbar benommen und habe die Hauptschuld an dem Zustande, wie er heute sei. Peccatur extra et intra! Es sei auch leider wahr, daß viel englisches Geld in die fremde Presse zu unlauteren und bösen Dingen gesteckt worden sei. Aber es sei jetzt der Anfang ehrlicher Annäherung gemacht, und er verspreche mir, mit seinem ganzen Einfluß sich dafür einzusetzen, daß dem Preßtreiben und Hetzen ein Ende bereitet werde. Er tue [es] um so freudiger, als er sich aus meinen Ausführungen überzeugt habe, daß ich ehrlich Frieden wolle und nicht die Franzosen überfallen wolle, wie ihm das in London und Paris eingebildet worden sei. Seine Majestät K[önig] E[duard] VII. wolle bestimmt auch nur den Frieden; noch vor kurzem habe ihm ein Offizier, auf den Burenkrieg angeredet, erklärt, in dem nächsten Kriege werde es besser gehen, dazu hätten sie sich besser vorbereitet, worauf H[is] M[ajesty] ausrief „there shan't be any more war, I want have any more war, Peace, Peace, Peace!" Das sei auch das Gefühl, von dem die gesamte Regierung erfüllt sei und alle Börsen (City) sowie Handelskreise in ganz England. Sie wollten alle keinen Krieg; sie seien nur besorgt wegen Marokko, event[uel]l, wenn Franzosen angegriffen würden, ihnen beispringen zu müssen. Diese Sorge werde er in London jedoch zerstreuen. Ich setzte hinzu, er möge doch sofort dahin wirken, daß die Preßhetze in Paris eingestellt werde, denn, wenn wir auch die besten Absichten hätten und loyal seien und friedlich bleiben wollten, so sei doch die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß bei fortgesetztem Aufputschen der Franzosen seitens Londons

diese sich schließlich — im Vertrauen auf die ihnen sichere englische Hülfe — uns gegenüber dergestalt ungezogen, renitent und provokant auftreten würden, bis endlich die nationale Ehre ins Spiel komme und dieser zuliebe die Waffen angerufen werden müßten; dann müßten wir losschlagen, und damit wäre der Grund für Englands Mithülfe gegeben, i[d] e[st] der „unrechtmäßige Überfall" von uns auf Frankreich. Und das sei eine ungeheuerliche Perfidie, auf so etwas hinzuarbeiten. Herr Beit sagte sofort: Das soll und darf unter keinen Umständen geschehen; ich werde in London sagen: man wünsche in Berlin nur eines, London möge Paris endlich mal in Frieden lassen, damit Paris mit Berlin sich vertragen und seinen modus vivendi finden könne. England habe von Berlin ungestört seine entente cordiale mit Frankreich gemacht, nun dürfe es aber auch anstandshalber keine Schwierigkeiten Deutschland in den Weg legen, wenn es auch mit Frankreich zu einer ebensolchen Entente kommen wolle; im Gegenteil, London müsse Berlin dazu beistehen und in Paris zureden. Was seine obigen Auslassungen über die Friedensliebe der Regierung beträfe, müsse er noch eine Ergänzung machen. Ein einziger sei nämlich vorhanden, der wolle den Krieg, habe ihn bis ins Detail vorbereitet und hetze dazu, das sei Sir John Fisher. Der habe neulich noch gesagt: „We are now quite ready and as powerful as possible, the Germans are not yet ready and are weak, now is the time for us let us hit them on the head." Ich erwiderte, das hätte ich von Sir John Fisher als selbstverständlich vorausgesetzt und dementsprechend meine Vorsichtsmaßregeln getroffen; alle Anordnungen der britischen Flotte seit November 1904 seien für mich nur Mobilmachungs- und Kriegsvorbereitungen gewesen und als solche escomptiert worden. „Nun," erwiderte Herr Beit, „lassen Sie sich das nicht weiter zu Herzen gehen, Fisher ist ein Hitzkopf, hat aber politisch nichts zu sagen und m u ß sich der Regierung fügen. Auch wenn Admirale nach Tisch Reden halten, nehmen Sie das nicht zu ernst, wie zum Beispiel mit der lächerlichen Drohung der Landung von 100 000 bei Ihnen, das ist ja Unsinn und zu dumm!" Ich erklärte darauf, das sei gar kein Unsinn, sondern bei dem kolossalen numerischen Übergewicht der englischen Flotte gut ausführbar, und zwar in Dänemark, da wo die britische Flotte in diesem Sommer rekognosziert hätte. „So?", sagte Herr Beit, „das ist möglich?! Ja, aber wenn sie an Land gekommen sind, dann schlagen Sie sie alle tot?!" Darauf erwiderte ich: „Das ist wieder ganz etwas anderes, und das ist lediglich unsere Sache!" Er wollte vor Lachen platzen. „Nun" — so schieden wir — „machen Sie, daß Sie mit den Franzosen ins reine kommen über Marokko, so werden Sie mit England keine Schwierigkeiten mehr haben, ich werde für die nötige Aufklärung in London sorgen." „Nehmen Sie nur unsere Hauptgegner aufs Korn d o r t", sagte ich, „nämlich Herrn Moberly, Bell und Mr.

Harmsworth, den H[is] M[ajesty] jetzt zum Lord macht!" „Ja," sagte Beit, „und noch einen, der sehr übel ist, das ist Mr. Saunderson*, „Times"korrespondent in Berlin; der hat jetzt eben vor kurzem nach London telegraphiert, daß er aus sicherer einwandsfreier Quelle wisse, daß binnen zwei Monaten — also Ende Februar — der Krieg erklärt werden solle von hier!!! „That is a fat lie and a good one," war meine Antwort. —

Die Konversation mit Herrn Beit hat Material zutage gefördert, das sehr wichtig ist. Einmal, daß in der Marokkosache England und Frankreich wie zwei Verbündete handeln werden. Daß Fisher brennend gern die Gelegenheit benutzen möchte, unsere See- und Handelsmarine bei dieser Gelegenheit zu vernichten. Daß zu diesem Zweck die fremde — Pariser Presse — mit englischem Privatkapital auf das schärfste bearbeitet wird, um die Gallier möglichst mutig zu machen und dazu zu bringen und zu provozieren, um den casus foederis zu haben. Daß es ganz richtig von unserem Admiralstabschef geurteilt und gesehen war, als die im vorigen November 04 begonnenen Marineveränderungen für Kriegsvorbereitungen und nicht bloß gewöhnliche Dislokationen angesehen wurden**. Daß die Berichte von Flotow und Mutius*** über die Stimmung in Paris vollkommen richtig sind; die Gallier zum Kampf entschlossen, wenn auch schweren Herzens, so doch geschlossen und fest geschart hinter ihrer Regierung stehen und tatsächlich eine Menge Kriegsvorbereitungen gemacht haben und noch machen†, wodurch sie eine Überraschung ausschließen und den Einfall bedeutend erschweren werden. Daß der von Saunderson nach London telegraphierte — wenn auch fingierte — Termin in London und Paris als echt angenommen wird, das geht daraus hervor, daß England einen Beobachtungskreuzer nach Kiel schickt, um zu sehen, ob wir schon in der heimlichen Mobilmachungsvorbereitung sind, und die Gallier jetzt noch einen Kreuzer nach Kopenhagen schicken, um zu beobachten, ob in Dänemark Abwehrmaßregeln von dort oder von uns vorbereitet werden. Damit stimmt ferner überein die Neuformation — soeben beendet — des englischen Nordsee (Eastern Squadron) Geschwaders — 6 Linienschiffe, 5 Kreuzer — und die zu Anfang Februar befohlene Konzentration der gesamten englischen Seestreitkräfte — 33 Linienschiffe, 25 Panzerkreuzer — an der portugiesischen Küste. I[d] e[st] 1) Kanalflotte mit 11 Linienschiffen und einer Kreuzerdivision, 2) Atlanticflotte mit 8 Linienschiffen und einer Kreuzerdivision, 3) Nordseegeschwader mit 6 Linienschiffen, einer

---

* Richtig Saunders.
** Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVI.
*** Hauptmann von Mutius, Militärattaché in Paris.
† Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLI, Anhang.

Kreuzerdivision, 4) Mittelmerflotte 8 Linienschiffe und eine Kreuzerdivision. Dieser Termin (Februar) ist mir auch von anderer Seite bestätigt worden, durch Mirbach, der jetzt einen Monat in Belgien zugebracht. Zu dem sind über ein Dutzend in Tränen aufgelöste Schwiegermütter französischer Reserveoffiziere aus den Verwandten- und Bekanntenkreisen seiner Frau gekommen, um zu hören, ob er es wüßte, ob es wahr sei, daß in zwei Monaten der Krieg ausbreche. Als er sich darüber totlachte, wurden die Damen ganz ärgerlich und erzählten ihm, daß sie von ihren Schwiegersöhnen die Mitteilungen erhalten hätten, letztere seien alle angewiesen, sich bereitzuhalten, zum Februar einzurücken, da Deutschland dann den Krieg erklären werde. Sie hätten auch alle ihre Testamente geschrieben! Mirbach hat die Damen dann ernstlich vermahnt, nicht solchen Blech zu glauben, und sie ermächtigt nach Paris zu schreiben, das sei alles Unsinn und Lüge. Das haben die Drachen aufatmend umgehend getan.

Daß ferner nur die Zusammenwirkung mit Frankreich in der Marokkofrage in London zum Kriege führt, sonst aber ohne dem — weil dann Frankreich nicht direkt beteiligt — England nicht mit uns Krieg haben will, der großen Kreisen des Volkes unsympathisch ist. Daß H[is] M[ajesty] E[duard] VII. auch friedlicher geworden ist* und keinen Krieg an sich mehr will. Daß Herr Beit eine Rekognoszierung hierher über Paris unternommen hat, um zu dementieren und orientiert zu werden. Daß er wohl nach allen Seiten hin beruhigend und kalmierend wirken wird. Daß Mr. Saunderson ein Erzschweinehund I. Klasse ist! Daß — was das allerwichtigste ist — tatsächlich England an Frankreich ein Angebot mit Waffenunterstützung gemacht hat — Herr Beit hat das ohne Umschweife zugegeben, nur etwas eingeschränkt — und auch jetzt noch die Unterstützung aufrechterhält! Also hat Lansdowne Metternich angelogen, was wir ja gleich vorausgesetzt hatten, deswegen konnte er auch nicht Dementi erlassen.

Daß die Berichte unserer Herren in Paris richtig und ihre Beobachtungen genau und korrekt sind, i[d] e[st] daß die Gallier keine Angst mehr vor uns haben wie im Frühjahr, geht außerdem noch aus ihrer gesamten Militärliteratur hervor. Aus einer weiteren Andeutung Beits nehme ich an, daß die nächste konservative Regierung unter Chamberlains Aegide die Schutzzollpolitik einführen wird, für die Herr Beit auch sehr eingenommen zu sein scheint.

Mit besten Grüßen

Ihr
(gez.) Wilhelm I. R.

---

* Die friedliche Stimmung König Eduards wird dadurch bestätigt, daß er sich auch bemühte, persönlich gegenüber Kaiser Wilhelm II. einzulenken. Vgl. seinen Briefwechsel mit dem Kaiser aus dem Januar 1906, Bd. XXI, Kap. CLII, Nr. 6961 ff.

Nr. 6888

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 60 Paris, den 16. Januar 1906
Streng vertraulich

Es hat sich heute Gelegenheit geboten, den Besitzer des „Matin", Herrn Bunau-Varilla*, kennenzulernen und eine längere Unterhaltung mit ihm zu haben. Er sagte mir, schon längst wäre sein Wunsch gewesen, mit mir bekannt zu werden und mir seine große Bewunderung für die Person Seiner Majestät des Kaisers und seine Sympathie für Deutschland zum Ausdruck zu bringen, was mich einigermaßen erstaunte. Er sehe im Kaiser — meinte er — den größten Souverän der Welt, dem die Rolle des Arbitre du Monde vorbehalten sei. Sein (Bunau-Varillas) sehnsüchtiger Wunsch sei es, eine aufrichtige Annäherung Deutschlands an Frankreich sich vollziehen zu sehen. Diese beiden Völker müßten sich notwendigerweise verbünden. Es liege in der Politik Englands, diese Annäherung zu hintertreiben und Verwickelungen hervorzurufen, die zu einem Bruch beider Länder führen müßten. Bunau-Varilla meinte ganz bestimmte Anzeichen zu haben, daß England einen deutsch-französischen Krieg möglichst beschleunigen will, um Deutschland nicht die Zeit zu geben, seine Unterseeboote in zwei bis drei Jahren fertigzustellen.

Der Grund, weshalb England mit sonst unerklärlicher Dringlichkeit die Annäherung an Frankreich gesucht habe, sei die Schaffung der französischen Unterseeboote. England hätte erkannt, daß Frankreich mit diesem Faktor die englische Flotte unbedingt vernichten könne und es kein Mittel in den Händen hätte, um das zu verhindern. Die kompetentesten Männer in Frankreich seien darüber einig. England halte sich selbst für verloren, wenn es Frankreich mit der gegenwärtigen Macht seiner Unterseeboote zum Gegner habe, und habe deshalb eine Allianz erstrebt, um gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen und die deutsche Flotte zusammen zu vernichten. Die Allianz sei freilich nicht geglückt, England müsse sich mit der Freundschaft begnügen. Es würde aber jedenfalls Mittel und Wege finden, in kürzester Zeit einen Krieg mit Deutschland, wenn auch allein, zu provozieren, um vor dem Ausbau der Unterseeboote dessen Seemacht zu vernichten. Wenn Deutschland erst diesen Ausbau vollendet haben würde, sei für England der Zeitpunkt vorüber, seine Pläne gegen Deutschland auszuführen.

---

* Vgl. über ihn auch Nr. 6853.

Frankreich würde sich unter keinen Umständen verleiten lassen, den kriegerischen Gelüsten Englands zu folgen und gegen Deutschland zu operieren, und deshalb sei es von der größten Wichtigkeit, daß sich beide Länder verständigten und der englischen Intrige sich gemeinsam widersetzten.

Bunau-Varilla hatte — ohne daß ich das Thema anrührte — mir von vornherein erklärt, bei Erörterung der französisch-deutschen Beziehungen müsse Elsaß-Lothringen überhaupt aus dem Spiel bleiben. Nur so könne man zu einer Verständigung gelangen.

Bunau-Varilla sagte mir, er erblicke in der feindlichen Haltung der „Times" einen Beweis dafür, daß England in Deutschland seinen gefährlichsten Konkurrenten sehe. Das Blatt sei von dem Gedanken geleitet, daß der Krieg Englands mit Deutschland unumgänglich sei, wenn der englischen Nation die wirtschaftliche Suprematie gesichert bleiben sollte. Die Beziehungen des Kaisers zu dem Präsidenten Roosevelt wären eine Garantie, daß Amerika sich mit Deutschland und Frankreich verbünden würde, um England in Schach zu halten.

Angesichts der früheren feindlichen Haltung des „Matin" deutete ich Herrn Varilla meine Überraschung an, solche Anschauungen bei ihm zu finden. Er erwiderte mir, die Erkenntnis der politischen Lage habe einen Wandel in seinen Anschauungen hervorgerufen, und sei nunmehr sein höchstes Ziel, die deutsch-französische Annäherung herbeizuführen. Auch stehe er mit seinem Blatt diesem Zwecke zur Verfügung, soweit der Zustand der öffentlichen Meinung in Frankreich das erlaube. Es werde Sache der deutschen Regierung sein, durch freundliche Behandlung Englands ihm die Veranlassung zu nehmen, feindlich gegen uns auftreten zu müssen. Auch versicherte mir Herr Bunau-Varilla, daß es durchaus richtig sei, daß England an Frankreich 100 000 Mann angeboten habe.

Die Aufrichtigkeit der Anschauungen des Herrn Bunau-Varilla kann heute nicht kontrolliert werden. Eine gewisse Überschwenglichkeit in den Ausdrücken ist auf seine südländische Abstammung zurückzuführen. Ich werde seine Bekanntschaft pflegen und darüber weiter berichten.

Wegen der Kürze der Zeit bitte ich die Flüchtigkeit dieses Berichtes hochgeneigtest entschuldigen zu wollen.

Radolin